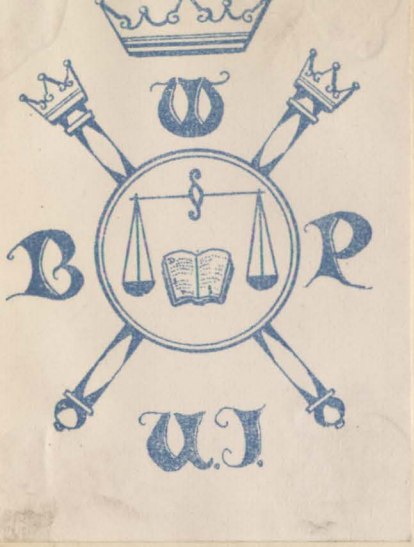
Wolfgang Windelband

Die auswärtige Politik der Großmächte

1494–1919





XII- 1925- Wiol

008229

BIBLIOTEKA KATEDRY PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO PUBLICZNEGO U. J.

BIBLIOTEKA
KATEDRY
PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO
PUBLICZNEGO
U. J.

008229

BIBLIOTEKA KATEDRY PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO PUBLICZNEGO U. J.

Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit

(1494 – 1919)

BIBLIOTEKA KATEDRY PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO PUBLICZNEGO U. J.
008229

Die auswärtige Politik der Großmächte in der Neuzeit

(1494–1919)

Von

Wolfgang Windelband

a. o. Professor an der Universität Heidelberg

Zweite, durchgesehene Auflage

Wydz. Bibl. Prawnicza
1806148518

Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin
1925

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1922 by Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart

Inhalt

Seite

Aufgabe und Ziel 1

Kapitel I. Die Entstehung des europäischen Staatensystems 5

Kapitel II. Die Glieder des Staatensystems zur Zeit seiner Entstehung 30

Kapitel III. Die vorbereitenden Kämpfe um Italien (1494 bis 1519) 49

Kapitel IV. Der Kampf gegen die Vormachtstellung Spaniens (1519—1659) 65

1. Bis zum Frieden von Cateau-Cambrésis 1559 65
2. Das Zeitalter Philipps II. und Heinrichs IV. 1559—1610 . . 83
3. Die Vernichtung der spanischen Großmachtstellung 1610—1659 109

Kapitel V. Der Kampf gegen die Vormachtstellung Frankreichs (1659—1815) 140

1. Das Zeitalter Ludwigs XIV. 1659—1715 142
2. Das kontinentale Gleichgewicht und der Kampf Englands und Frankreichs um die Weltstellung 1715—1790. 191
3. Das Zeitalter der Revolution und Napoleons I. 1790—1815 241

Kapitel VI. Die Weltstellung Englands (1815—1919) 284

1. Die Umbildung der kontinentalen Machtverteilung 1815—1871 286
2. Das Zeitalter des Imperialismus 1871—1919 328

Personenverzeichnis 421

Aufgabe und Ziel

Der Verſuch ſoll hier gemacht werden, Sinn und weſentlichen Inhalt des außenpolitiſchen Geſchehens in der Neuzeit auf knappe Formel zu bringen. Zu einem Geſamtbild möchte ich den bunten und vielfachen Wechſel vereinigen, der die Beziehungen der Staaten zueinander beherrſcht hat. Aus der Mannigfaltigkeit der Einzeltatſachen, der Kriege und Bündniſſe, des Auf- und Abſteigens der Mächte ſollen die großen, durch die Jahrzehnte und Jahrhunderte hindurchgehenden Linien herausgearbeitet und die ihnen innewohnenden und ſie hervorrufenden Bewegungen klargeſtellt werden. Die Aufgabe, die ich mir damit geſetzt habe, wäre an ſich geeignet, als Abſchluß und Krönung eines reichen wiſſenſchaftlichen Lebenswerkes zu dienen; nachdem in mühſamer Einzelforſchung die genaue Kenntnis aller Teilgebiete gewonnen iſt, kann die große Zuſammenſchau erfolgen. Naturgemäß aber iſt mir die unbedingte Quellennähe, dies Grunderfordernis hiſtoriſcher Arbeit, nur an einzelnen Punkten zu eigen. Wenn ich trotz dieſes Bewußtſeins meinte, vor dem Wagnis dieſes Überblickes nicht zurückſchrecken zu ſollen, ſo habe ich dabei unter dem Antrieb geſtanden, der ſich aus der Veränderung in der Stellung der Geſchichtswiſſenſchaft ergibt. Der deutſche Hiſtoriker darf ſich heute nicht einfach auf die ſtille Forſchertätigkeit zurückziehen mit keinem anderen Zweck als der Aufhellung der Wahrheit um ihrer ſelbſt willen, ſondern er ſteht wieder vor Aufgaben ähnlicher Art, wie die „politiſchen Hiſtoriker“ des vergangenen Jahrhunderts ſie ſich geſtellt haben und wie ſie beſonders in England ſeit langem als eigentliches Ziel der Geſchichtſchreibung aufgefaßt worden ſind. Den Satz J. R. Seeleys, daß die Geſchichte die Beziehung zur Politik niemals aus dem Auge verlieren dürfe, müſſen wir notgezwungen heute als für uns maßgebend anerkennen. Es gilt alſo, bei der wiſſenſchaftlichen Arbeit den dringenden Bedürfniſſen des praktiſch-politiſchen Lebens Rechnung zu tragen, und dabei tritt alsbald die Notwendigkeit hervor, die Verbindung zu

ziehen zwischen den eigenen Erlebnissen und dem früher Gewesenen. Denn eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Wiederaufbau unserer zusammengebrochenen Herrlichkeit ist die ungetrübte Klarheit über das eigentliche Wesen unserer Lage. Zu völligem Verständnis der eigenen Zeit können wir aber nur gelangen, wenn wir wissen, in welcher Weise sie herausgewachsen ist aus den Geschehnissen der früheren Jahrhunderte und wie sie in der Vergangenheit wurzelt. Weder im Geschehen noch im historischen Erkennen lassen sich die Einzelhandlungen der Staaten und der sie repräsentierenden Männer ablösen von der im Laufe des geschichtlichen Werdegangs ausgeprägten Eigenart.

Nach jeder Richtung hin finden wir uns bei solchem Bemühen auf den Bahnen, in die Leopold von Ranke die Geschichtschreibung verwiesen hat. Hat er es doch als den Beruf der Historie bezeichnet, sich von der Erforschung und Betrachtung des Einzelnen zu erheben zu einer allgemeinen Ansicht der Begebenheiten, zur Erkenntnis ihres objektiv vorhandenen Zusammenhangs. Er hat es weiter den Sinn aller Politik genannt, daß die Staaten ihre historisch gewordene Eigenart zu behaupten und gegen andere durchzusetzen suchen. Das Verständnis für die Bedeutung der großen Persönlichkeit ist zwar im höchsten Maße lebendig in seiner Geschichtsauffassung, so daß die Bilder der führenden Männer als Gipfelpunkte seiner Darstellung angesprochen werden können. Dennoch ist ihm nicht das Individuelle die eigentliche Triebkraft des Geschehens, nicht die Taten, Launen und Wünsche der jeweiligen Machthaber geben den weiterführenden Anstoß, sondern er erfolgt aus dem die Nationen und Staaten erfüllenden Lebensdrang heraus. Durch ihn werden sie zur Betätigung nach außen, d. h. zum Kampf mit den anderen veranlaßt. Gilt es deshalb auf der einen Seite den besonderen Eigentümlichkeiten der einzelnen gerecht zu werden, so darf darüber nicht übersehen werden, daß deren Leben sich nicht für sich gesondert abspielt, sondern daß sie alle sich zu einem höheren Gebilde zusammenschließen. Das ist gerade einer der immer wiederkehrenden Lieblingsgedanken Rankes. „Die Staaten, die Völker sind auf ewig voneinander getrennt, aber zugleich sind sie in einer unauflöslichen Gemeinsamkeit begriffen."

Dieser Gesamtorganismus, als dessen Funktionen das Nebeneinanderleben und die wechselseitigen Beziehungen der Einzelstaaten zu verstehen sind, ist das allgemeine Staatensystem. Sein Wesen

ist demnach ein doppeltes und enthält in sich die Verbindung zweier widersprechender Prinzipien: der Betonung der Einheitlichkeit des Ganzen steht gegenüber die der Unabhängigkeit der Teile. Sein Umfang ist seit seiner Entstehung in dauernder Erweiterung begriffen. Erst nur die germanischen und romanischen Völker umspannend, die das mittelalterliche Abendland bewohnen, dehnt es sich aus nach Norden und Osten zum europäischen Staatensystem, um dann im heutigen Weltstaatensystem seine Vollendung zu finden.

Mit dem Versuch, das diesen Rahmen erfüllende Leben zu entrollen, soll nicht etwa das geboten werden, was im heutigen Sprachgebrauch als „Weltgeschichte der Neuzeit" bezeichnet wird. Vielmehr enthält die Geschichte des Staatensystems die gewollte und bewußte Beschränkung auf ein Teilgebiet des Gesamtgeschehens, das als Längsschnitt aus diesem herauszuheben ist. Nur die Wechselbeziehung der Glieder dieses Organismus zueinander, d. h. eben nur die auswärtige Politik soll den Gegenstand meiner Behandlung abgeben. Zeiten wie die, die wir durchlebt haben und noch weiter durchleben, sind besonders geeignet die Aufmerksamkeit darauf hinzulenken, daß der höchste Standpunkt, von dem aus Geschichte geschrieben und verstanden werden kann, doch immer nur der staatliche ist. Dieser alte Hegelsche Gedanke ist uns aufs neue in deutlichster Form bestätigt worden. Groß ist allerdings heute die Zahl derer, die einen völlig abweichenden Standpunkt einnehmen. Sind wir doch Zeugen einer immer weitere Kreise erfassenden verhängnisvollen Auflösung des Staatsgedankens. So mag es sein, daß in Zukunft andere Prinzipien die Geschichtschreibung bestimmen werden; aber für Vergangenheit und Gegenwart hat der Satz Gültigkeit, daß der Staat das unter allen Umständen wichtigste Erzeugnis menschlichen Lebens und menschlicher Arbeit ist und daß seine Leistung die Voraussetzung für die erfolgreiche Wirksamkeit auch auf allen anderen Gebieten darstellt. Das staatliche Geschehen muß deshalb das Rückgrat aller historischen Betrachtung abgeben, und innerhalb der staatlichen Betätigung ist wieder die auswärtige Politik das Feld, von dessen gedeihlicher Bestellung am meisten abhängt. Denn nur der Staat kann auch im Innern seiner Aufgabe ganz gerecht werden, der die Kraft besitzt, alle äußeren Störungen fernzuhalten. In der auswärtigen Politik ist darum die Voraussetzung für den Bestand eines Staates zu erblicken und dasjenige seiner Lebensattribute, in dem sich sein innerstes dynamisches Prinzip und die Kräfte, die ursprüng-

lich zu seiner Entstehung geführt haben, dauernd erneuern und zum Ausdruck bringen. Infolge der Erkenntnis, daß zum Wesen des Staates untrennbar und fundamental die Wechselbeziehung zu anderen gehört, gilt uns das Primat der auswärtigen Politik über die innere als unzweifelhaft. Bismarcks staatsmännische Leistung hat diese Lehre aufs eindringlichste gepredigt, und ebenso hat sie den beherrschenden Gesichtspunkt abgegeben, der über der Geschichtsauffassung der ganzen Ranke-Schule steht. Bei Wilhelm Dilthey hat das schließlich den Grad angenommen, daß alle innere Politik schlechthin als Funktion der auswärtigen bezeichnet wird. Wenn auch diese Formulierung wohl eine Übertreibung bedeutet, so kann jedenfalls als unbestreitbar festgestellt werden, daß ich bei meiner Sonderbetrachtung der außenpolitischen Hergänge den entscheidenden Teil des staatlichen Lebens heraushebe. Die Berechtigung der speziellen Behandlung ist damit gegeben.

Die Schwierigkeit besteht allerdings gerade in dieser Heraushebung und Absonderung. Die völlige Unlösbarkeit des Bandes zwischen äußerem und innerem staatlichen Geschehen liegt ja auf der Hand; sie bedingen sich wechselseitig und sind nicht voneinander zu scheiden, das eine ist unerläßlich zum Verständnis des anderen. Die Außenpolitik einfach ablösen zu wollen von dem Hintergrund des Gesamtgeschehens, in das sie mit Innenpolitischem, Wirtschaftlichem und Kulturellem in engstem Zusammenfluß hineinverwebt ist, würde einen Rückfall in die Periode der Geschichtschreibung bedeuten, wo die Haupt- und Staatsaktionen ihr einziger Gegenstand waren. Da aber meine Absicht speziell darauf hinausläuft, die Kenntnis der außenpolitischen Zusammenhänge zu fördern, mußte sich mein Bemühen eben doch darauf richten, alles Nichtaußenpolitische nur insoweit mit in den Bereich der Darstellung einzubeziehen, als von ihm her das entscheidende Licht auf das Wesen der Dinge fällt, so daß sein Außerachtlassen eine direkte Verfälschung bedeuten würde. Im übrigen mußte es zurückgedrängt und durfte nur angedeutet werden. Durch die auf diese Weise sich ergebende Beschränkung wird, so hoffe ich, die Eigenart der Außenpolitik der Großmächte sich um so deutlicher offenbaren.

Kapitel I

Die Entstehung des europäischen Staatensystems

Das Leben des Staatensystems beruht infolge seiner Zusammensetzung aus einer Anzahl von selbständigen Staaten auf der Tatsache, daß jedes seiner Mitglieder bei jedem Schritt, den es über den eigenen Bereich hinaustut, auf die Wünsche und Interessen der anderen Rücksicht zu nehmen und mit ihnen zu rechnen hat. So selbstverständlich dies Prinzip dem Angehörigen der modernen Welt erscheint, ist es doch keineswegs etwas ursprünglich Gegebenes gewesen; erst allmählich hat es sich gegen stärkste Widerstände herausbilden müssen. Es setzt eben die Vielheit einer Reihe von gleichberechtigt nebeneinanderstehenden Mächten voraus, ohne die wir Heutigen uns die Welt nicht zu denken vermögen. Dem Mittelalter aber lag es fern, diesen Grundgedanken als berechtigt anzuerkennen. Sein Ideal war vielmehr die Einheit der Menschheit. In keiner anderen Periode der Geschichte ist das Bewußtsein von der Einheit der Menschheit so stark wie im Mittelalter. Es umfaßt alle Gebiete des Lebens, überträgt sich also auch auf die politischen und staatlichen Formen; infolgedessen hat sich das moderne Staatensystem herausbilden müssen im Gegensatz zu dieser allgemein herrschenden Anschauungsweise.

So groß auch zu allen Zeiten der Einfluß der Idee auf die äußere Entwicklung gewesen ist — gerade das letzte Jahrhundert mit der Vorgeschichte unserer Reichsgründung bietet ein klassisches Beispiel dafür —, niemals doch ist das historische Geschehen in solchem Maße von gedanklichen Vorstellungen beherrscht worden wie gerade im Mittelalter. Und die leitende Idee ist damals eben die der Einheit der Menschheit. Den Inhalt der Geschichte des Mittelalters bildet das anfänglich Erfolg verheißende, dann immer deutlicher zum Scheitern verurteilte Streben nach der Verwirklichung des theoretischen Ideals der Einheit. Alle Staaten gelten tatsäch-

lich als Teile eines gesamten hierarchisch-aristokratischen Reichs, ihre Beziehungen zueinander sollen bestimmt werden durch den vorherrschenden Einfluß eines gemeinsamen Mittelpunktes.

Dies Streben nach Einheit ist durchaus religiös gefärbt, als notwendige Folge der Identifizierung des römischen Weltreichs mit der christlichen Kirche. Die im Römerreich verwirklichte Einheit ist aber zerbrochen unter den Einwirkungen der Völkerwanderung, Ost- und Weström scheiden sich. Der politische und dann auch der religiöse Zerfall hat jedoch der theoretischen Vorstellung der Einheit keineswegs Abbruch getan. Genau so wie die Kaiser des Abendlandes haben auch die von Byzanz niemals ihren Anspruch aufgegeben, Herrscher des Universalreichs zu sein. Der Islam stellt dann einen weiteren Versuch dar, die Menschheit wieder einheitlich zusammenzuschließen. In der Theorie zwar bleibt die Vorstellung der Einheit also aufrechterhalten, in der Welt der Tatsachen dagegen hat der Umstand, daß keiner der drei die eigene Herrschaft restlos durchzuführen vermocht hat, zu einer sich nach der Religion richtenden Scheidung geführt. Die östliche Hälfte des Mittelmeerbeckens und damit die Länder, die der Ausstrahlung der dortigen Kultur und Religion unterlagen, sind ebenso wie die vom Islam beherrschten Gebiete für längere Zeit so gut wie ausgeschieden für das innere Leben des Abendlandes. Ihnen gegenüber stellen die römisch-katholischen Länder eine in sich geschlossene Einheit dar. Diese abendländische, sich aus den germanischen und romanischen Völkern zusammensetzende Einheit ist die Wurzel des Staatensystems, sie ist die Grundlage, aus der heraus und im Gegensatz zu der sich das moderne Staatensystem entwickelt hat. Vermöge der ihm innewohnenden expansiven Tendenz und des Dranges zur Einheit schlechthin geht der auf diese Weise entstandene Körper, so oft die eigenen Verhältnisse es irgend erlauben, zum Angriff auf die früher mit ihm verbundenen Teile über. Unter dem zentralen Druck von Ost und West ist schließlich Byzanz zusammengebrochen. Auch in der Neuzeit werden wir zu beobachten haben, wie das Abendland Schritt für Schritt seinen Bereich in die im Mittelalter verlorenen Gebiete wieder vorzuschieben versucht — jetzt allerdings nicht mehr so sehr unter dem Zeichen der religiösen Einigung als unter rein weltlichen, staatlichen Gesichtspunkten.

Die Einheit des sich so nach Ost und Süd abgrenzenden Abendlandes hat ihren Ursprung aus dem Römerreich nicht verleugnet.

Von dorther sind gerade die wichtigsten Bestandteile der mittelalterlichen Welt- und Staatsanschauung übernommen: politisch sowohl wie religiös werden die Traditionen des Römertums getreulich fortgeführt. Der ihm innewohnende universalistische Trieb hat im Mittelalter seinen Ausdruck gefunden in der doppelten Zuspitzung: politisch im Kaisertum, kirchlich im Papsttum. Kaisertum und Papsttum haben das gleiche Ziel, beide suchen, jeder auf seinem Gebiet, ihre universale Oberhoheit zur Anerkennung zu bringen. Diese Gleichartigkeit der Interessen hat bewirkt, daß zunächst sie sich gegenseitig Unterstützung leihen konnten. Karl der Große und der Erneuerer seines Werkes, Otto I., haben ihr Ziel nur dadurch erreicht, daß sie sich mit dem gleichgearteten Streben der Bischöfe von Rom verbanden; und andererseits verdankten diese ihre Sicherung in der päpstlichen Stellung der Stütze, die ihnen die Kaiser gewährten. So ist es beiden, Kaiser und Papst, in engster Gemeinschaft gelungen, der eine als weltlicher, der andere als geistlicher Oberherr des Abendlandes anerkannt zu werden. Gemeinsam verwalteten sie das Erbe des römischen Weltreichs. Daß sie zunächst derart miteinander Hand in Hand gehen konnten, war möglich nur dadurch, daß ihre Ziele zwar gleichartig waren, aber ihre Wirksamkeit sich verschiedenen Gebieten zuwendete. Karl der Große hatte allerdings sich nicht von dem Wunsch freigehalten, in seiner Hand die höchste weltliche und kirchliche Gewalt zu verbinden, aber seine Nachfolger haben trotz aller religiösen Färbung der imperialistischen Idee sich bewußt auf das rein politische Gebiet beschränkt und auf jeden Cäsaropapismus verzichtet, und ebenso haben die Päpste zunächst allein die Idee der religiösen Einheit des Abendlandes vertreten. Beide blieben also die ersten Zeiten hindurch den Grundlagen ihrer Macht getreu.

Dem Papsttum schwebte entsprechend der augustinischen Anschauung vom Gottesstaat auf Erden die Aufgabe vor, durch die pax Romana den Zusammenhalt der Christenheit dauernd zu gewährleisten. Aus diesem Grunde kennt seine Theorie ebensowenig wie die imperialistische den Begriff der Nationen, denn wenn auch bei Augustin aus praktischen Gründen die Gliederung der Menschheit in Einzelstaaten empfohlen wird, so tritt das doch zurück hinter der scharfen Betonung der Einheit, zu der sie zusammengefaßt werden sollen, und deshalb hat das Vorherrschen der augustinischen Lehre Jahrhunderte hindurch jede Möglichkeit nationalstaatlicher

Entwicklung unterbunden. Einheitlich soll die Christenheit zusammenstehen; einen Krieg innerhalb ihrer Gemeinschaft darf es nicht geben. Der einzige Krieg, der als berechtigt und erlaubt gilt, ist der, den die Gesamtheit der Gläubigen gegen die Heiden oder die Abgefallenen führt. Tatsächlich hat der gemeinsame Kampf gegen die Ungläubigen viel dazu beigetragen, um die Vorstellung von der Einheit der Christenheit wachzuerhalten. Diese Art des Krieges, also der Kreuzzug, ist verdienstlich, denn die Bekehrung und Umspannung der gesamten Menschheit ist ja das Prinzip des Katholizismus, als logische Konsequenz der Aufnahme des Gattungsbegriffs „Menschheit" in die anerkannte Theorie. Den Ablauf ihrer Geschicke hatte Augustin als eine große Einheitlichkeit behandelt. Er stellte zwar der historischen Reihenfolge nach mehrere sich ablösende Weltreiche auf, aber zusammen galten sie ihm doch als eine geschlossene Einheit: den Inhalt der Geschichte der Menschheit bildet der Wandel vom Sündenfall bis zur Erlösung. Diese Einheitlichkeit des in die Geschichte hineingelegten Sinnes hat aber zur Voraussetzung den Gedanken der Einheitlichkeit des ganzen Menschengeschlechts. Deshalb war es nur der folgerichtige Ausbau der augustinischen Lehre, wenn das Papsttum daran ging, die Einheit nicht nur im Abendlande zu verwirklichen, sondern auch auf die abgefallenen Teile des römischen Reiches auszudehnen.

Eine doppelte Kuppel also wölbt sich über den abendländischen Völkern des Mittelalters; Universalreich und Universalkirche treten nebeneinander. Aber der mittelalterlichen Welt war das Bedürfnis nach schlechthiniger Einheit in solchem Maße zu eigen, daß sie sich mit dieser doppelten Lösung nicht abzufinden vermochte. Ihrem Wesen und ihrer Eigenart entsprach das Verlangen nach unbedingter Zuspitzung in einer einzigen höchsten Instanz, und da die konkret sinnliche Auffassungsweise der Zeit mit dem Begriffe rein geistiger Oberhoheit nichts anzufangen wußte, durchdrang sich das Papsttum in ständig wachsendem Maße mit weltlichem Wesen, mit dem Streben nach materieller Macht und mit politischem Ehrgeiz. Die Theorie, die bis dahin von den zwei Schwertern gesprochen hatte, die nebeneinander in gemeinsamer Arbeit die Interessen der Christenheit verfechten sollten, wollte jetzt, daß sie beide durch den Willen des Papstes gelenkt würden. Da demgegenüber aber die Kaiser keineswegs gewillt waren, von ihrer Stellung zurückzutreten, so war der Kampf zwischen den beiden mit universalen Ansprüchen auftretenden Gewalten unvermeidlich.

Dieser Kampf hat mit dem Niederbruch des Kaisertums geendet; die Kaiser haben nicht vermocht, sich auf der Europa beherrschenden Höhe zu behaupten. Sie sanken von der allumfassenden Stellung herab, und so ist gegen Ende des Mittelalters der seine Entwicklung beherrschende Gegensatz verblaßt. Er hat ausgespielt und seine Bedeutung verloren. Aber zu ausdrücklicher Anerkennung dieses Ergebnisses, zu deutlichem Verzicht auf die Universalstellung haben sich die Kaiser trotz allem nicht bereit finden lassen. Ihre tatsächliche Macht war oft recht unbedeutend, ihre Stimme galt nur noch wenig im Rate der Völker. Immer jedoch haben sie den theoretischen Anspruch festgehalten, die weltlichen Oberherren der Christenheit zu sein. Trotz aller faktischen Machtverschiebung hat in der juristisch-politischen Theorie der Charakter des Kaisertums keine Änderung erfahren.

Auch an dem Sieger ist das gewaltige Ringen zwischen Imperium und Sazerdotium nicht spurlos vorübergegangen. Das Papsttum ist ebenfalls dadurch zu sehr geschwächt worden, als daß es ohne weiteres das Erbe hätte in Besitz nehmen können, das die Kaiser nicht mehr bewahren konnten. Nur dadurch hatte das Papsttum den Sieg errungen, daß es seinen eigentlichen religiösen Nerv verloren und sich mehr in der Richtung einer weltlichen Institution teils politischen, teils juristischen und finanziellen Charakters entwickelt hatte. Auf die Dauer aber schadete es sich selbst gerade dadurch am meisten. Je deutlicher es sich auch weiterhin von den rein geistlichen Dingen lossagte, um so sicherer untergrub es seine Stellung. Zu der Zeit, als nach dem Sieg über die Kaiser das päpstliche Ideal dicht vor der Verwirklichung zu stehen schien — unter Innozenz III. ist der Höhepunkt des politischen Einflusses der Päpste erreicht —, da ergab sich, daß die Kraft des Papsttums doch nicht mehr genügte, um dem neuen Gegner, der ihm entstand und der gerade infolge des Kampfes zwischen Kaiser und Papst ungestört hatte zu Kräften kommen können, nun ebenfalls noch gewachsen zu sein. Die Nationalstaaten, denen die Zukunft gehören wird und deren Prinzip in schroffstem Widerspruch steht zu der von Kaiser und Papst vertretenen Theorie, treten nun in den Vordergrund. Gerade der Papst, der auch politisch den universalen Anspruch des Papsttums in einem Umfang vertrat wie kaum einer seiner Vorgänger, Bonifaz VIII. — ego sum papa, ego sum imperator, das ist sein Glaubensbekenntnis — erlitt

die tiefste Demütigung: er mußte sich rückhaltslos der Jugendkraft des französischen Königtums beugen. Die Vereinigung aller weltlichen und geistlichen Gewalt in einer Hand wie bei den Kalifen der Islam war eben — wir kommen darauf noch zurück — im Abendland nicht angängig, weil hier die Kultur und damit die ganze Wesensart der Menschheit doch zu sehr aus weltlichen Quellen sich herleitete, um sich noch unbedingt der Hierarchie unterzuordnen. Das Exil von Avignon und das daraus sich ergebende Schisma sind dann vollends verhängnisvoll geworden für die Vorstellung der einheitlichen Zusammenfassung des Abendlandes unter päpstlicher Herrschaft. Am Ausgang des Mittelalters (1454) hat Papst Pius II., der Humanist Aeneas Silvius Piccolomini mit resignierender Betrübnis den Zusammenbruch des Ideales der Einheit festgestellt: „Die Christenheit hat kein Haupt mehr, dem sich alle beugen. Weder dem Papste noch dem Kaiser wird das ihnen Zukommende erwiesen." Aber erloschen ist der Gedanke der päpstlichen Führerschaft ebensowenig wie der imperialistische. Er blieb mächtig in Rom, doch auch im übrigen Europa fand er immer neuen Widerhall.

Die Entwicklung hat also dahin geführt, daß in der Theorie Kaiser und Papst ihre Oberhoheit noch aufrechterhalten haben, daß praktisch aber an die Stelle des Prinzips der Einheit das des gleichberechtigten Nebeneinanderbestehens einer Reihe von staatlichen Individualitäten innerhalb des Gesamtrahmens getreten ist, d. h. also das Staatensystem, ein Ergebnis, das sich dem vergleichen läßt, „wie die gotischen Kirchen in ihrem ganzen Bau den Einheitsgedanken zum Ausdruck brachten und zu gleicher Zeit jedes Glied doch ein selbständiges Kunstwerk darstellte" (Ter Meulen). Vorhanden waren diese Sonderstaaten ja auch schon im frühen Mittelalter, zu einer Zeit, als die universalen Bestrebungen in ihrer Blüte standen. Man darf sogar sagen, daß ihre Entstehung sich in gewissem Sinne zurückführen läßt gerade auf die Vorgänge, die auch die Grundlage der Erneuerung des abendländischen Kaisertums gewesen sind. Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß der Wiederbegründer des Imperiums, Karl der Große, der einzige Kaiser fast, der tatsächlich als Herr der gesamten abendländischen Christenheit gelten konnte, gleichzeitig auch, obwohl gänzlich unbewußt und sogar durchaus gegen seine persönliche Absicht, die Ausbildung der wichtigsten kontinentalen Nationalitäten erleichtert hat, die für

die weitere Entwicklung bestimmend geworden sind und dann schließlich den universalen Rahmen sprengen sollten. Sowohl Deutschland, wie Frankreich, wie Italien haben Karl dem Großen, obgleich und man darf auch andererseits sagen, gerade weil er sie miteinander vereinigte, das Wachstum ihrer besonderen, sich von den anderen abhebenden Nationalität zu verdanken. Nicht unmittelbar, aber aus den Folgen seines Handelns hat sich das ergeben. In Deutschland machte er dem Zustand ein Ende, daß überhaupt kein einigendes Band vorhanden war und daß es sich zersplitterte in eine Reihe sich fast ständig befehdender Stämme, denen auch jedes Gefühl der Zusammengehörigkeit mangelte. Für Frankreich hat er den abrundenden Zusammenschluß erreicht durch die Eroberung der Gascogne und Guienne, und in Italien schließlich hat er die Fremdherrschaft der Griechen und den auf dem Lande lastenden Druck der Langobarden beseitigt. Da er selbst sich mit der politischen Oberhoheit von jenseits der Alpen her im allgemeinen begnügte, so hat er tatsächlich Italien den Italienern zurückgegeben. Karl der Große ist es also gewesen, der die Vorbedingungen geschaffen hat, aus denen den drei Nationen das Bewußtsein ihrer Eigenart herauswachsen konnte, und gerade durch den Versuch, sie trotzdem zusammenzufügen, ist allmählich dies Bewußtsein zu einer lebendigen Macht geworden.

Auf der Verbindung dieser drei auf Karls Werk sich aufbauenden Einheiten, Deutschland, Frankreich, Italien, beruht die Geschichte Europas. Jede für sich wahrt ihre Selbständigkeit und steht dennoch in engster Berührung mit den anderen. Das ist der Grund für den Reichtum und die Vielgestaltigkeit der europäischen Geschichte. „Es ist das Leben und das Glück der germanisch-romanischen Völker, daß sie nie zur Einheit gelangen" (Ranke). Karls Einheitsstaat besaß keine Dauer, seine Nachfolger hatten nicht die Kraft, die auseinanderstrebenden Strömungen niederzuhalten. Das Reich zerfiel, und seitdem ist der kaiserliche Anspruch, Oberherr der Christenheit zu sein, nicht wieder in die Wirklichkeit umgesetzt worden. So kraftvoll auch manche Kaiser ihn vertreten haben, Frankreich hat sich doch faktisch ihrem Einfluß entzogen und ist damit das Vorbild für die anderen sich im Laufe des Mittelalters ausbildenden Nationalstaaten geworden. Es konnte das um so leichter, da für die Kaiser nicht seine Beherrschung, sondern die Italiens in der vordersten Linie stand. Daß dem so war, ist keineswegs etwas

Zufälliges gewesen. Denn mit dem Kaisertum war ja untrennbar verbunden der Begriff der Universalstellung, und für diese wieder war der Besitz Italiens die unerläßliche Vorbedingung. Noch lag durchaus der Schwerpunkt allen Geschehens an den Gestaden des Mittelmeers. Die italienische Halbinsel war der Kreuzungspunkt des internationalen Verkehrs; sie war der Sitz des größten Reichtums, sowohl wegen des Hochstandes von Industrie und Handel als wegen des Ertrages der Getreideproduktion. Zudem übte sie besondere Anziehungskraft als die Heimstätte einer feineren und höheren geistigen Tätigkeit, von der das gesamte Abendland mehr oder minder zehrte. Und zu alledem kam schließlich noch die Tatsache, daß die Traditionen des römischen Weltreichs noch viel zu stark waren, als daß nicht der Besitz der Ewigen Stadt als notwendige Voraussetzung einer Universalstellung gegolten hätte. Jeder, der solchen Plänen nachhing, mußte deshalb zunächst einmal sich der Herrschaft über Italien versichern.

Die Hinwendung auf Italien und der sich daraus ergebende Zusammenstoß mit den Päpsten hat die Kaiser von Frankreich abgezogen. Gerade der Kampf der beiden universalistischen Gewalten hat das Aufkommen auch der kleineren, nicht umfassenden Tendenzen ermöglicht. Wäre eine von ihnen als unbedingter Sieger und ungeschwächt daraus hervorgegangen, so wäre die Verkümmerung aller Sonderbestrebungen die natürliche Folge gewesen. Da das aber nicht eintrat, konnten diese sich ruhig und stetig entwickeln und allmählich zu Kräften kommen. Als wirksam haben sich dann in der Neuzeit nur die Staaten erwiesen, in denen der feste innere Zusammenschluß, sei es auf nationaler, sei es auf dynastischer Grundlage gelungen war. Die anderen treten hinter diesen zurück, sie sind mehr das Objekt der Politik der kräftigeren Rivalen, als daß sie selbst handelnd in die Geschicke Europas hätten eingreifen können. Diese innere Ausbildung der Sonderstaaten vollzieht sich in der zweiten Hälfte des Mittelalters.

Eigentlich also besteht dem äußeren Anschein nach auch schon im Mittelalter der Ansatz zu einem Staatensystem: eine Anzahl unabhängiger Mächte stehen nebeneinander und einander gegenüber. Ihr Leben spielt sich keineswegs isoliert voneinander ab, durch ihre Teilnahme an den Kreuzzügen bekennen sie sich als Glieder einer höheren Gemeinschaft — gerade das Aufhören dieser gesamtchristlichen Unternehmungen hat viel dazu beigetragen, um auch das Be-

wußtsein von der Einheit zurücktreten zu lassen —, aber auch abgesehen davon greift fortwährend die eine in den Bereich der anderen hinüber. Die innere und äußere Entwicklung der einen übt ihren Einfluß auf die der anderen aus. In wie starkem Maße das der Fall sein konnte, wird klar, wenn man sich die Beziehungen zwischen England und Frankreich vergegenwärtigt: in dem hundertjährigen Krieg, den sie miteinander ausgefochten haben, schien der Augenblick dicht bevorzustehen, wo Frankreich seine nationale Selbständigkeit einbüßen und vollständig unter die Herrschaft des fremden Staates geraten würde. Auch äußere Erscheinungsform hat der Gedanke der Zusammengehörigkeit der einzelnen Staaten bereits in Vorläufern der modernen gesamteuropäischen Kongresse, wie dem zu Arras von 1435, gefunden. Die Verbindung der beiden Prinzipien, der Gemeinschaft und der Selbständigkeit der einzelnen, scheint also schon durchaus gegeben.

Trotz alledem wäre es nicht gerechtfertigt, bereits in dieser Zeit von einem Staatensystem zu sprechen. Schon der alte Göttinger Historiker Heeren, dessen Geschichte des Staatensystems bei ihrem ersten Erscheinen (1809) gedacht war als eine Art Nekrolog auf die von Napoleon scheinbar endgültig zerschmetterte Freiheit der Einzelstaaten, hat in seiner Darstellung erst eingesetzt mit der Wende des 15. und 16. Jahrhunderts. Er beginnt mit den durch den Einbruch König Karls VIII. von Frankreich in Italien 1494 entfesselten Kämpfen, und mit voller Berechtigung ist seitdem sein Vorbild häufig befolgt worden. Auch mir erscheint dieser Augenblick als die Geburtsstunde des modernen Staatensystems. Als Gründe, warum gerade damals die zwischenstaatlichen Beziehungen eine solche Intensität erlangten, daß es berechtigt erscheint, von nun an von einem Staatensystem zu reden, führt Heeren neben der fortschreitenden, immer stärkere Berührungspunkte erzeugenden Kulturentwicklung fünf Haupttatsachen an: 1. die Streitigkeiten über Italien, 2. die religiösen Zwistigkeiten seit der Reformation, 3. das Bedürfnis gemeinsamer Verteidigung gegen die Türken, 4. den immer wichtiger werdenden Handel mit den Kolonien und die sich daraus ergebenden merkantilen Interessen, und schließlich 5. die Erleichterung des Verkehrs durch Buchdruckerei und Posten. Das alles habe „die Völker des christlichen Europa gleichsam moralisch zu einer Nation trotz der politischen Trennung gebildet". Alle diese Gründe treffen zweifellos zu, aber Heerens Betrachtungsweise ist doch eine mehr äußerliche.

Der eigentliche Grund, der es verbietet, die europäiſche Welt ſchon im Mittelalter als Staatenſyſtem zu bezeichnen, iſt der, daß jetzt erſt der innere Ausbau der Nationalſtaaten, in gewiſſer Weiſe wenigſtens, zur Vollendung geführt worden iſt. Daraus ergibt ſich die unendliche Steigerung ihrer innenpolitiſchen Kraft, und ſie wieder hat die Möglichkeit einer Betätigung auch nach außen hin in ſtärkſtem Umfang geſchaffen. Bisher hatte ihnen die innere Reife gefehlt, ihre ſtaatliche Eigenart war noch nicht ausgeprägt genug. Alles war noch im Fluß, ſie hoben ſich noch nicht mit eindeutiger Schärfe voneinander ab. Das iſt nun anders geworden. Wenn auch dieſe innere Entwicklung bis zum Ende des Mittelalters durchaus noch nicht zu vollſtändigem Abſchluß geraten iſt, ſo ſtehen doch um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts die Nationen als ausgebildete Perſönlichkeiten da. Vor allem gilt das für die drei großen Weſtreiche. Die Regierungszeiten der drei großen Herrſcherperſönlichkeiten, Ferdinands des Katholiſchen von Spanien, Ludwigs XI. von Frankreich und Heinrichs VII. von England, bedeuten tiefe Einſchnitte in der Geſchichte ihrer Völker. Nicht mit Unrecht hat Francis Bacon ſie als die drei Magier ihrer Zeit bezeichnet, und auch Machiavell feiert Ferdinand als die Verkörperung eines neuartigen Herrſchertyps. Mit der Kräftigung des innerſtaatlichen Baues entſteht von ſelbſt das Bedürfnis, auch nach außen hin eine größere Rolle zu ſpielen. Daher die gewaltige Steigerung der gegenſeitigen Berührungen. Sie hat wieder zur Folge den fortwährenden Kampf, und er verſtärkt dann weiter die innere Befeſtigung: die Zentraliſation der einzelnen Staaten wird infolgedeſſen auf die Höhe geführt. Es iſt alſo wirklich eine auf anderer Grundlage als bisher beruhende Entwicklung der europäiſchen Welt, die nun einſetzt; deren Struktur iſt völlig umgeſtaltet.

Noch etwas kommt hinzu, was die Ausbildung des Staatenſyſtems im Mittelalter verhindert hat. Dem einen Grundprinzip des Staatenſyſtems, dem Zuſammenſchluß aller zu einer Einheit, entſpricht ja allerdings, wie wir geſehen haben, die mittelalterliche Anſchauungsart im höchſten Maße. Um ſo mehr mangelt ihr das andere: das Bewußtſein, daß es *ſelbſtändige* Glieder ſein ſollen, die ſich zu der Einheit zuſammenfügen. Obwohl ja die Kräftigung der Nationalſtaaten möglich geworden iſt nur durch das Abflauen des univerſalen Prinzips, haben ſie es dennoch ruhig zugelaſſen, daß die Fiktion der kaiſerlichen Oberhoheit erhalten blieb.

Theoretisch gelten nach wie vor die christlichen Staaten als Teile des römischen Reiches. Nicht nur während des Mittelalters, noch tief in die Neuzeit hinein sind ja die Kaiser bei diesem Anspruch verharrt. Noch in der Mitte des 17. Jahrhunderts ist von kaiserlichen Publizisten die Universalhoheit des Kaisertums verfochten worden, allerdings nachdem dies Streben aus anderen Quellen neu gespeist worden war. Aber während im Zeitalter Ludwigs XIV. derartige Ausführungen außerhalb des Reiches natürlich nur mit Hohn aufgenommen wurden, haben das Mittelalter hindurch die Herrscher der nichtdeutschen Staaten prinzipiell, von ganz vereinzelten Stimmen abgesehen, keinen Widerspruch erhoben. Tatsächlich standen sie außerhalb des kaiserlichen Machtbereichs; der Einfluß des Kaisertums war materiell ganz von dem Umfang der Hausmacht abhängig, über die der jeweilige Inhaber verfügte. Daß dennoch im Mittelalter die Idee des Kaisertums immer eine wirksame Macht geblieben ist, zeigt sich gerade am deutlichsten darin, daß, als die deutschen Könige nicht mehr zu ihrer Verwirklichung imstande waren und zeitweise sogar auch auf das Streben nach ihrer Verwirklichung verzichten mußten, dann gelegentlich die anderen Staaten sie sich zu eigen gemacht haben, wenn sie die Kraft dazu in sich fühlten. Die bedeutendsten der mittelalterlichen Könige Frankreichs, ein Philipp August, ein Philipp der Schöne, haben das Ziel angestrebt, sich selbst an die Stelle der deutschen Kaiser zu setzen und aus ihrem Frankreich wieder das Frankenreich Karls des Großen zu machen, d. h. also ihre Herrschaft über Deutschland und Italien auszudehnen. Selbst ein König von England, Heinrich II., der ja allerdings neben seinem eigenen Staat noch über einen großen Teil Frankreichs gebot, ist imperialistischen Plänen nachgegangen. So bleibt die Politik des Mittelalters bis zu seinem Ende gekennzeichnet in ihrer Absicht durch das Streben nach politischer Einigung Europas und nach Beseitigung der Selbständigkeit der Glieder. Deshalb ist es eben falsch, schon damals von einem Staatensystem zu reden. Aber mit dieser Absicht der Einigung steht in schärfstem Widerspruch das tatsächliche Ergebnis: das Aufkommen einer Reihe von auf sich selbst stehenden Staaten.

*

Nicht allein die äußeren politischen Machtverhältnisse jedoch sind es, die dieses Ergebnis herbeigeführt haben. Maßgebend dafür ist

mindeſtens ebenſoſehr die gewaltige Veränderung geweſen, welcher der Zeitgeiſt unterlegen iſt. Der dem Mittelalter innewohnende Drang nach einheitlicher Zuſammenfaſſung hatte ſich durchaus nicht nur auf die äußeren Formen, nicht nur auf politiſche und religiöſe Verhältniſſe erſtreckt. Er hatte ſeinen tiefen inneren Grund in der Eigenart der mittelalterlichen Weltanſchauung überhaupt, und gerade in ihr iſt nun der denkbar größte Wandel eingetreten. Die bisherige Weltanſchauung wird überwunden, die Renaiſſance bricht mit der ſcholaſtiſchen Philoſophie. An der Hand der Antike lernt ſie ihren eigenen, von den bisherigen Pfaden abweichenden Weg gehen. An Stelle des Autoritätsglaubens, der die Unterordnung unter die Tradition gepredigt hatte, tritt die freie Selbſtbehauptung des Individuums. Das neue Geſchlecht ringt danach, ſich freizumachen von allen überlieferten Vorurteilen. Kein Gebiet des Lebens gibt es, auf dem ſich nicht dieſer Wandel in durchgreifender Weiſe bemerkbar macht. Überall wird die ſtarre Einheitlichkeit erſetzt durch das Beſondere und Einzelne. Der Wille zur Dezentraliſation beherrſcht alles Geſchehen nach allen Richtungen der menſchlichen Betätigung hin. Er zeigt ſich auf kulturellem Gebiet: für die Entwicklung, welche die mittelalterliche Welt genommen hat, für den Weg von der Einheit zur Vielheit iſt es kennzeichnend, daß Italien allmählich die unbedingt beherrſchende Stellung in allen kulturellen Fragen einbüßt. Schon lange hatte ſich in Paris ein zweiter Mittelpunkt des geiſtigen Lebens neben Rom herausgebildet, und jetzt entſtehen eine ganze Reihe weiterer Kulturzentren, die ihre Selbſtändigkeit behaupten und ein ſtarkes Eigenleben führen. Die zahlreichen Akademien Italiens, die neuen Univerſitäten Deutſchlands haben als ſolche zu gelten; in England geht von Oxford aus ein reicher Strom geiſtigen Lebens über die Nation. Die Dezentraliſation der wiſſenſchaftlichen Arbeit iſt auch daran erkennbar, daß das Lateiniſche aufhört, die ausſchließlich anerkannte Sprache der wiſſenſchaftlich gebildeten Welt zu ſein. Während dem Mittelalter die Eigentümlichkeit des Lateiniſchen durchaus gemäß war, bedurfte die Renaiſſance als Ausdrucksmittel ihrer perſönlichen und individuellen Auffaſſungsweiſe der lebenden Sprachen. Die Vorbedingung für eine Erfaſſung breiterer Kreiſe durch die Wiſſenſchaft war damit gegeben. Hand in Hand mit dieſer Veränderung der äußeren Form des wiſſenſchaftlichen Lebens geht die ihres Weſens. Es entſtehen die eiferſüchtig ihr Sonderdaſein wahrenden Einzel-

wissenschaften, die alle ihre besondere Methode und ihr besonderes Denkziel besitzen. Nach allen Richtungen hin steht also der kulturelle Neubau unter dem Kennzeichen der Zersprengung der bisherigen unifizierenden Zusammenfassung.

Es konnte nicht anders sein, als daß dieser Wandel in Lebensauffassung und Denkart der gebildeten Schichten den tiefstgreifenden Einfluß auch auf die öffentlichen Verhältnisse ausübte. Diese neue dezentralistische Richtung, die nun die Zustände des staatlichen Lebens erfaßte und von Grund aus umgestaltete, war natürlich den Tendenzen des Universalismus schroff zuwiderlaufend. Mit ihr gelangt auch in der Politik der Individualismus zu höchster Bedeutung Jakob Burckhardt hat die Tyrannen der kleinen italienischen Stadtstaaten geschildert als den Typus des auf sich selbst gestellten und dieser seiner Selbständigkeit froh bewußten Renaissancemenschen. Aber genau so wie im Einzelleben setzt sich auch im Spiel der Völker die Individualität durch. Der Geist der Renaissance führt damit den Sieg des nationalstaatlichen Prinzips herbei. Allen den so entstehenden selbständigen Staaten ist deshalb der Kampf gegen den Universalismus eingeboren, und er ist ein immanenter Gedanke des Staatensystems geblieben. Mit eifersüchtigen Augen bewachen die Mächte einander, ob auch nicht eine von ihnen Fähigkeit und Lust verspüre, ihrer Politik imperialistische Ziele zu setzen. Neue Kräftigung ist dem nationalstaatlichen Prinzip dann zugeflossen durch das in dem gleichen Grunde des Individualismus wurzelnde Streben, auch das religiöse Leben zu befreien von der einheitlichen, alle Unterschiede verwischenden Vorherrschaft des Papsttums. Durch den Gedanken, den Nationalstaat zu ergänzen und innerlich zu verstärken durch die Nationalkirche, hat das Renaissancezeitalter die Aussicht vernichtet, die Theokratie im Abendlande zu verwirklichen. Endgültig hat dann die Reformation dem Traum der kirchlichen Einheit ein Ende bereitet. Indem der Protestantismus mit dem Grundsatz „cuius regio illius religio“ jedem Staat sein eigenes, keine Instanz über sich duldendes Staatskirchentum zuerkennt, trägt er sehr viel dazu bei, alle universalistische Vorstellungen zu ertöten. Denn die ursprünglich rein religiöse Färbung der Reformation hat sich sehr bald verflüchtigt, auch auf politischem und geistigem Gebiet hat sie den Widerstand gegen jede Art von Universalismus wachgerufen. Nicht nur in den zum Protestantismus sich bekennenden Staaten ist durch sie der Kampf zwischen Staat und Kirche zu deren Un-

gunsten entschieden worden. Denn da die Kirche die Hoffnung nicht aufgab, die abgefallenen Glieder wieder zurückzuführen, war sie angewiesen auf die Unterstützung der treugebliebenen Länder. Um sie zu gewinnen, hat sie aber der staatlichen Macht Konzessionen gewähren müssen, teilweise sehr weitgehende, und so ist auch hier indirekt unter dem Einfluß der Reformation die päpstliche Oberhoheit ins Wanken geraten.

Auf die gleichgerichtete Wirksamkeit von politischen Machtfragen und ideellen Momenten ist es also zurückzuführen, daß das Streben des Mittelalters nach einheitlicher Zusammenfassung keine Verwirklichung gefunden hat. Wenn, wie wir gesehen haben, die einzelstaatlichen Individualitäten sich durchsetzen konnten mit Hilfe eines gemeinsamen Grundzuges des Renaissancezeitalters, so ist nun weiterhin die Art, in der ihre Beziehungen zueinander sich gestalteten, geregelt worden ebenfalls durch eine dieser Zeit wesenbestimmend anhaftende Eigenart. Neben die Auflehnung gegen alle ausgleichende Vereinheitlichung, neben den Individualismus, tritt als weiteres Kennzeichen für die Renaissance der Realismus, die Hinwendung auf das Weltliche und Wirkliche. Das Denken macht sich frei von der rein kirchlich-dogmatischen Richtung, die in der Scholastik geherrscht hatte. Die außerordentliche Erstarkung der weltlichen Kultur ist einer der wichtigsten Gründe für das Scheitern des päpstlichen Strebens nach der Weltherrschaft. Der Eigentümlichkeit des Zeitalters entsprechend wendet sich das Interesse mit glühendster Leidenschaft den neu sich erschließenden Gebieten zu. Die Folge davon ist ein unermeßlicher Aufschwung dessen, was wir heute als Staatswissenschaften bezeichnen, und zwar macht sich dieser Fortschritt sofort geltend gleichzeitig in der praktischen Anwendung wie in der theoretischen Niederlegung. In der Theorie zeigt sich dieser Umschwung darin, daß an die Stelle des Thomismus, der die Unterordnung des Staates unter die Kirche gelehrt hatte, die Auffassung Bodins vom Staat als souveränem Wesen tritt. Der individualistische Charakter der modernen Staatenwelt findet hierin ebenso deutlich Ausdruck wie ihr Bedingtsein durch bloß weltliche Motive. Da aber in diesem Falle die Theorie nicht der Praxis vorangeeilt, sondern eher durch sie beeinflußt ist, so ist der Schritt gelungen, der eine der größten welthistorischen Leistungen darstellt: der Übergang vom mittelalterlichen zum modernen Staat; und daß er sich hat erzielen lassen, ist um so bewundernswerter, weil sein Inhalt im Widerspruch steht

zu der anderen bewegenden Kraft der Zeit, zum Individualismus. Denn das Wesen des mittelalterlichen Staates ist ständisch-feudal, also individualistisch in gewissem Sinn, und an dessen Stelle tritt jetzt der Absolutismus der Monarchie. Es ist glänzend aufgezeigt worden (F. v. Bezold), wie in dem Italien des 15. Jahrhunderts gerade bei den vornehmsten Geistern allmählich die republikanischen Traditionen verblassen und von der aufgehenden Sonne der Monarchie überstrahlt werden. Die Überwindung des doppelten Dualismus von Herrscher und Ständen und von staatlicher und geistlicher Gewalt ist nötig gewesen, um den modernen, als Verbandseinheit erscheinenden Staat entstehen zu lassen. Der Staat, repräsentiert durch das Fürstentum, erhebt sich als schlechthin erhabene Macht über seine Glieder. Während zunächst noch der mittelalterliche Unterbau der Gesellschaft unverändert gelassen wird, wandelt sich die rohe und ungelenke Form des bisherigen Staates zum Kunstwerk, dessen einzelne Glieder sorgfältig ineinander eingepaßt und aufeinander zugeschnitten werden. Überall, im Süden wie im Westen und Norden Europas, kündigt sich die für die kommende Zeit maßgebende Staatsform an, der Absolutismus faßt den Staat als Einheit zusammen. Die große, allumfassende Einheit ist verloren gegangen, dafür wird die der selbständigen Glieder, soweit sie wirksam sein sollen, nur um so stärker betont. Im einzelnen gehen Entwicklung und Ergebnis in den verschiedenen Staaten natürlich vielfach auseinander. Überall aber setzt um diese Zeit die Auseinandersetzung des Herrschertums mit den ständischen Gewalten ein, die infolge des Geldbedürfnisses der Fürsten zu politischem Einfluß gekommen waren. Heer, gelehrtes Richtertum und bürgerliche Beamtenschaft sind dabei die wichtigsten Verbündeten der Krone im Kampf mit den feudalen Gewalten.

Gleichzeitig mit der Neubildung des Begriffs ist auch die dauernd gültige Bezeichnung gefunden worden. Lo stato hatte nach Jakob Burckhardt ursprünglich nur das persönliche Gefolge des Herrschers, nach Georg Jellinek, dem antiken Sinn von status entsprechend, die Verfassung bedeutet. Der moderne Sinn wird damit zum erstenmal zu Beginn des 15. Jahrhunderts verbunden, bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts ist es dann die allgemein übliche Bezeichnung geworden. Gleichzeitig also mit dem Siege der modernen Staatsidee hat sich der Name „Staat" durchgesetzt.

Durch diesen inneren Umbau sind ebenfalls, wie durch das innere Ausreifen der Staatspersönlichkeiten, die Kräfte unermeßlich ge-

steigert worden. Der Staat fühlt sich fähig, nach Höherem zu greifen, er verläßt die Kreise, auf die er bisher beschränkt gewesen war. Er kennt keinen anderen Zweck mehr als den der Erhaltung und Vermehrung seines politischen Ansehens, d. h. seiner Macht. Mit diesen neuen Zielen ändert sich aber auch der Charakter seines Vorgehens. Als leitender Gedanke und als vornehmste Rücksicht bei allen Unternehmungen tritt die Verfolgung von nichts anderem als dem eigenen Nutzen hervor — dies Prinzip, dem seit der Mitte des 16. Jahrhunderts die Bezeichnung der „Staatsraison" beigelegt worden ist. Nüchternster Utilitarismus bestimmt die Haltung der Staatsleitung. Das gilt sowohl für die innere Verwaltung wie für die Außenpolitik. Das einzige, wonach sich der Staat richtet, ist sein Vorteil, er tut nur das für den Ausbau seines Machtbereichs Zweckmäßige. Andere Überlegungen besitzen für ihn keine bindende Gewalt mehr. Die Zustände und Gewohnheiten, die sich auf diese Weise überall herausbildeten, werden am besten charakterisiert durch die Warnung, die Leon Battista Alberti, der Vertreter der empfindsamen Seite der Renaissance, ergehen ließ: ein anständiger und sich selbst ehrender Mensch tue gut daran, sich von der Geist und Charakter zersetzenden Politik völlig fernzuhalten. Er hat damit vielen der Humanisten seiner Zeit aus der Seele gesprochen. In der Tat waren die Grundsätze der Privatmoral gänzlich ausgeschaltet aus dem öffentlichen Leben. Die Anschauung galt als selbstverständlich, daß das Staatsinteresse jeden Verstoß gegen sie rechtfertige; entscheidend sei eben nur der Erfolg.

Das ist der Boden, auf dem die Theorie Machiavells gewachsen ist. Machiavell ist für die damalige Zeit der Klassiker der politischen Theorie, und Jahrhunderte hindurch ist sein Buch eine Art Bibel der europäischen Politik geblieben, ein praktischer Leitfaden, aus dem Könige und Staatsmänner ihre Belehrung schöpften. Schon Karl V. hat ihn besonders gern gelesen. Richelieu hat zur Verteidigung seiner eigenen Politik eine Verteidigung der Grundsätze des Florentiners verfassen lassen, Napoleon I. hat sie gebilligt. Machiavell ist der Vater der modernen politischen Theorie, alle neueren Lehren vom Staat und vom Staatsleben fußten auf ihm oder hatten sich mit ihm auseinanderzusetzen. Er hat erst zu Beginn des 16. Jahrhunderts geschrieben, dennoch muß er zur Charakteristik dieser vorbereitenden Zeit herangezogen werden. Denn er hat nicht eigentlich prinzipiell Neues geschaffen, sondern seine Schriften, der „Principe"

und die „Discorsi“, sind der Niederschlag der politischen Gewohnheiten und Anschauungen des Renaissancezeitalters. In klarer und scharfer Formulierung, mit schonungsloser Aufrichtigkeit hat er sie wiedergegeben und unter beherrschende Gesichtspunkte gebracht. Ausschließlich von der Betrachtung der politischen Realitäten her, mit der Absicht, die praktischen Bedürfnisse, die er als handelnder Staatsmann selbst kennengelernt hatte, zu befriedigen, ist er zum Theoretiker des Staats geworden, und es ist nur der Spiegel der tatsächlichen Verhältnisse seiner Zeit, wenn bei ihm die Ausdehnung der Herrschaft, die Machterweiterung schlechthin als Staatszweck erscheint. Er hat damit zu eindeutiger Formel erhoben, was zu allen Zeiten in der hohen Politik schon Gültigkeit besessen hatte und dann weiter behalten hat. Das staatliche Leben wird bestimmt durch die Macht, sie ist das Ausschlaggebende bei allem politischen Geschehen. Politik ist gleichbedeutend mit Existenzkampf der Völker. Deshalb kann sie sich nicht nach Idealen richten, will sie erfolgreich sein, sondern hat sich auf die Realitäten einzustellen. Recht und Moral kommen nicht unmittelbar für sie in Betracht. Der Staat ist selbst die Quelle des Rechts, deshalb nicht ihm unterworfen, so daß jeder Krieg, der für den Staat notwendig ist, auch als gerecht erscheint. Auch insofern gibt Machiavell einer der seine Zeit beherrschenden Tendenzen schärfsten Ausdruck, als er die unbedingte Zusammenfassung aller staatlichen Kräfte in einer einzigen Hand als das einzige Mittel bezeichnet, sich in dem schweren Ringen um die Macht gegen alle Rivalen zu behaupten. Der Absolutismus erscheint ihm als Notwendigkeit, allerdings will er ihn nur als Durchgangsstadium betrachtet wissen, als Vorbereitung zur Gesetzesherrschaft und als Schule zur Freiheit.

Die leitenden Gedanken Machiavells sind also nichts völlig Originelles, sie entstammen der Praxis seines Zeitalters. Das, worin er Eigenes, wirklich Neues beigesteuert hat, sind seine Ansichten hinsichtlich der Gestaltung der italienischen Politik. Es ist sein Wunsch, lieber ein kleines, aber selbständiges, als ein großes, von Fremden beherrschtes Italien zu sehen. Sein Ideal ist der geschlossene Nationalstaat; ihn zu errichten, bezeichnet er als die höchste Aufgabe. Auch hier also findet er sich durchaus in Übereinstimmung mit den wirkenden Kräften der Zeit. Wenn auch nicht in voller Klarheit und in allen ihren Konsequenzen, so hat er doch zuerst die Bedeutung der nationalen Grundlage für die Staatenbildung er-

kannt. Er hat die allgemeine Wehrpflicht gefordert als die einzige natürliche Basis staatlicher Selbständigkeit — eine Forderung, die bekanntlich noch Jahrhunderte gebraucht hat, bis sie so tief in die allgemeinen Vorstellungen übergegangen war, daß sie verwirklicht werden konnte. Mit diesen theoretischen Einsichten besitzt Machiavell einen gewaltigen Vorsprung gegenüber seinen Zeitgenossen, zum Beispiel gegen den ihm sonst so vielfach nahestehenden Guicciardini.

Die Selbständigkeit einer Reihe von nebeneinanderstehenden Staaten, also das Staatensystem, ist für Machiavell Voraussetzung seines politischen Denkens. Infolgedessen bilden seine Schriften die schärfste Abkehr von der Vorstellungswelt des Universalismus, wie ihn noch Dante in seiner Streitschrift über die Monarchie vertreten hatte. Dante hatte in dem Kaiser den Nachfolger der römischen Cäsaren gesehen; der Kaiser war ihm als Inhaber des imperium mundi zugleich der oberste Wahrer des Weltfriedens. Davon ist also Machiavell weit entfernt. Beide stimmen aber überein in der Forderung der Selbständigkeit des Staates von der Kirche; sie sind schärfste Gegner des weltlichen Universalismus des Papsttums. Machiavell geht noch weiter, er bekämpft erbittert jede Art der weltlichen Herrschaft des Papstes. Der Existenz des Kirchenstaats gilt sein glühender Haß, denn er erkennt in ihr das schwerste Hindernis der nationalen Einigung Italiens.

Die Selbständigkeit der Staaten also und als deren natürliche Folge der Kampf zwischen ihnen, das ist die Grundlage, auf der sich Machiavells Theorie aufbaut. Regeln des zwischenstaatlichen Verkehrs sind für ihn gleichbedeutend mit bloßen Interessenkonventionen, deshalb beschränkt sich ihre Gültigkeit nach seiner Auffassung auf die Dauer dieser Interessen. Aus den besonderen Zuständen Italiens, die wir noch zu betrachten haben werden, hat er diese Anschauungen hergeleitet. Aber seine Lehren behielten Gültigkeit auch für den weiteren Kreis der Großmächte, und sie haben sie bis heute nicht verloren. Als Salandra 1914 zur Begründung seiner Haltung gegen den bisherigen Bundesgenossen die Erklärung abgab, daß Italien sich allein vom „sacro egoismo“ leiten lassen dürfe, hat er eine glückliche Formel gefunden, auf die alle die Lehren Machiavells hinauslaufen.

So beschaffen sind die geistigen Strömungen, die gemeinsam mit der Gestaltung der äußeren Machtverhältnisse zur Entstehung des Staatensystems geführt haben. In wie hohem Grade diese geistige

Eigentümlichkeit des Renaissancezeitalters die politischen Verhältnisse bestimmt hat, geht auch aus der Tatsache hervor, daß zunächst nur die Länder sich zu dem Staatensystem zusammenfügten, in denen die Renaissance zur Wirkung gekommen war.

Daß um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts die Beziehungen der verschiedenen selbständigen Staaten zueinander einen viel höheren Grad der Intensität erreichten, als das bisher der Fall gewesen war, dafür besitzen wir auch ein untrügliches äußeres Kennzeichen: erst jetzt entsteht die Einrichtung einer ständigen Diplomatie. Dauernd akkreditierte Gesandtschaften an fremden Höfen gab es bis dahin nicht, und sehr ungern nur hat man sich zu ihrer Einführung entschlossen. Denn dem Mittelalter galt der fremde Gesandte von vornherein schlechterdings als Spion. Ein französischer Gelehrter hat noch im 16. Jahrhundert die stehenden Gesandtschaften „als die elende Ausgeburt dieser elenden Zeit" bezeichnet, und wie festgewurzelt dieses Vorurteil war, zeigt das Beispiel eines sonst so klaren Kopfes wie Hugo Grotius, der für ihre Abschaffung eingetreten ist. Es hat also der Besiegung eines sehr harten Widerstandes bedurft, bis der neue Brauch allgemein anerkannt war. Aber die praktischen Vorteile, die er bot, erwiesen sich auf die Dauer als allzu einleuchtend. Der zwischenstaatliche Verkehr hatte nun einmal einen Umfang angenommen, der für jede Regierung die Unterhaltung eines ständigen Vertreters bei den anderen einfach zur Notwendigkeit machte.

Vorausgegangen auf dem neuen Wege sind die italienischen Staaten, vor allem Venedig. An der Kurie allerdings, als dem Mittelpunkt der europäischen Politik, hatten bereits am Anfang des 14. Jahrhunderts fast alle Staaten ständige Vertreter, die sogenannten Prokuratoren, denen die Pflicht regelmäßiger Berichterstattung oblag. Aber im Verkehr der weltlichen Staaten untereinander kannte das Mittelalter nur die Sondergesandtschaften für einzelne, bestimmte Zwecke, und damit haben nunmehr die italienischen Staaten gebrochen. Im Laufe des 15. Jahrhunderts haben sie diese Praxis vollständig ausgebildet, so daß von diesem Zeitpunkt an der historischen Wissenschaft in den Gesandtenberichten das wunderbare Material zur Verfügung steht, auf dessen unschätzbaren Wert zuerst Ranke aufmerksam gemacht hat. Zunächst sind es nur die kleineren Staaten gewesen, die Gesandtschaften bei den stärkeren unterhielten, um rechtzeitig Kenntnis von etwaigen Angriffsabsichten sich zu verschaffen. Gelegentlich ist deshalb die Einrich-

tung einer ständigen Gesandtschaft geradezu als Eingeständnis der eigenen Schwäche ausgelegt worden. Erst allmählich sind dann auch die Großmächte zu diesem System übergegangen. Bis zum Ende des 15. Jahrhunderts hat sich der Brauch in ganz West- und Mitteleuropa eingebürgert. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts ist er auch zu den nordischen Königreichen vorgedrungen und somit zu einer gesamteuropäischen Institution geworden, die seitdem nie wieder aufgegeben worden ist, weil sie einfach nicht aufgegeben werden konnte, und die sich deshalb auch selbstverständlich bei der Erweiterung des europäischen Staatensystems zum Weltstaatensystem auf dieses übertragen hat.

*

Für die Abwendung der europäischen Völkergemeinschaft von dem Prinzip der Einheit war maßgebend der Individualismus des Renaissancezeitalters. Die Politik der neuen Staaten ist dann weiter beherrscht durch den Geist Machiavells: so leidenschaftlich und mit glühender Inbrunst das gesteckte Ziel erstrebt wird, in der Wahl der Mittel herrscht äußerste Härte und Kälte, sie ist dem unbedingtesten Realismus unterworfen. Es liegt in der Natur jedes in sich gekräftigten Staates, seine Wirksamkeit bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit auszudehnen, seinen Einfluß dem schwächeren aufzuzwingen und einem möglichst großen Teil der Welt seinen Stempel aufzudrücken. Aber es war das Resultat der mittelalterlichen Entwicklung gewesen, daß gleichzeitig mehrere solche Staaten emporgekommen waren, denen allen dieses Streben etwas Selbstverständliches war. Da die Ausdehnung der Staaten bei dem Fehlen einer obersten Instanz durch keine rechtlichen Schranken eingeengt wurde, mußte dies geschehen allein durch die Macht. Seit dem Sturz des mittelalterlichen Systems bestimmt zunächst, wie Thomas Morus das in seiner Utopia geschildert hat, keine Regel die internationalen Beziehungen. Jeder Staat setzt seinen Stolz darein, souverän zu sein, d. h. keine Stelle über sich anzuerkennen. Sein Tätigkeitsbereich hört deshalb erst da auf, wo er auf eine Kraft stößt, die ihn an weiterem Vordringen hindert. So mußten die Staaten aufeinanderprallen, mit Naturnotwendigkeit bringt die folgende Zeit ihren Kampf. Ihnen allen ist wesenhaft das Prinzip, sich zu vergrößern und ihren Machtbereich zu erweitern; der Geist der auswärtigen Politik ist nach Montesquieus Wort der Krieg und die Vergrößerung. Von Anerkennung des gleichberechtigten Neben-

einanderbestehens sind auch diese neuen Staaten weit entfernt. Der Vorherrschaft eines anderen wollen sie sich unter keinen Umständen fügen; selbst aber die eigene aufzurichten, dazu sind sie nur zu sehr bereit. Die alten Gewalten, Kaiser und Papst, haben sich noch nicht in den Verzicht auf ihre ehemalige vorherrschende Stellung gefunden, und die neuen trachten danach, sich selbst zu ihr aufzuschwingen. Da es also eine ganze Anzahl von Rivalen sind, die dasselbe Ziel anstreben und in deren Kräften kein allzu großer Unterschied besteht, so zeigt sich von vornherein die Unmöglichkeit, daß ein einziger alle anderen sich unterwerfe. Deshalb haben die nunmehr entbrennenden Kämpfe ein anderes Gesicht als die mittelalterlichen. Es geht tatsächlich nicht mehr um die Universalherrschaft, sondern ihr Gegenstand ist nur die Gewinnung eines vorherrschenden Einflusses. Von vollkommener Einheit ist nicht mehr die Rede, die nationale und staatliche Selbständigkeit soll im allgemeinen den anderen gelassen werden. Der Ehrgeiz erstreckt sich bloß darauf, nach mehr oder minder weitgesteckter Abrundung des unmittelbaren eigenen Machtbereichs den anderen politisch die Haltung vorzeichnen und sie wirtschaftlich ausbeuten zu können. Und auch insofern ist als dauernde Folge der Renaissance ein Wandel eingetreten, als das Streben nach der Vorherrschaft sich ganz freimacht von der religiösen Einheitsvorstellung. Es ist nicht mehr bedingt durch kirchliche Motive, sondern der Ausfluß rein staatlichen, weltlichen Ehrgeizes. Die Kirche dient nur noch als Mittel, sie ist nicht mehr höchster Zweck wie im Mittelalter; der rein weltliche Charakter der europäischen Staatengemeinschaft ist seitdem eine unbestrittene Tatsache. Gelegentlich allerdings tritt — besonders in den ersten Zeiten, da ja in diesen großen historischen Fragen niemals die Rede sein kann von plötzlichen Übergängen — auch noch der mittelalterliche Gedanke einer wirklichen Universalherrschaft, unter Umständen sogar wieder mit religiöser Färbung, hervor. Aber im allgemeinen hat sich der Sinn des politischen Geschehens geändert.

Jedoch auch dies bescheidenere Ziel einer überragenden Stellung, die nicht zu Alleinherrschaft ausarten soll, verträgt sich nicht mit der Art, wie die anderen ihre Lebensinteressen auffaßten. Jedes derartige Streben zu verhindern, ist ihr eifriges und selbstverständliches Bemühen. Auf diese Weise hat sich das Prinzip herausgebildet, das seitdem, viel gepriesen und viel geschmäht, aber unabänderlich die Gestaltung der europäischen Politik beherrscht hat:

das europäiſche Gleichgewicht. Staatenſyſtem und Gleichgewicht ſind zwei Begriffe, die untrennbar miteinander verknüpft ſind.

Einer der Publiziſten, die auch praktiſch von einflußreicher Stelle aus an der europäiſchen Politik haben mitwirken können, Friedrich Gentz, hat einmal[1]) das Gleichgewicht geradezu als die Verfaſſung der europäiſchen Staaten bezeichnet, „vermöge deren keiner unter ihnen die Unabhängigkeit oder die weſentlichen Rechte eines anderen ohne wirkſamen Widerſtand von irgendeiner Seite und folglich ohne Gefahr für ſich ſelbſt beſchädigen kann". Zweifellos iſt durch das dauernde Streben nach der Verwirklichung des Gleichgewichts der Grad des Zuſammenhaltes unter ihnen ganz außerordentlich verſtärkt worden. Jede Macht wacht darüber, daß keine andere ſich übermäßig vergrößere und dadurch zur Gefahr werde. Deshalb können Konflikte zweier Staaten nur in den ſeltenſten Fällen und nur unter ganz beſonderen Vorausſetzungen auf dieſe beſchränkt bleiben. Die anderen reden hinein, weil eine Machtverſchiebung zwiſchen den beiden keineswegs bloß deren eigene Angelegenheit iſt, ſondern die Intereſſen aller berührt.

Durch die Unabweislichkeit dieſes ſtändigen Zuſammenlebens iſt ſchließlich, unterſtützt durch die zunehmende Blutsmiſchung, trotz aller Kämpfe und Feindſchaften ein gewiſſes Solidaritätsgefühl der europäiſchen Großmächte erhalten worden. Das Bewußtſein iſt ihnen lebendig geblieben, daß ſie alle eben doch Glieder einer Gemeinſchaft ſind; es iſt ja auch durch die Tatſache des unzerreißbaren Zuſammenhanges der abendländiſchen Kultur, vor der die Unterſchiede von Nation zu Nation verſchwinden, immer wieder neu genährt worden. Inſofern bleibt alſo auch in der Neuzeit der mittelalterliche Gedanke der Einheit lebendig. „Es lebt ein heiliger Glaube in der Menſchheit, daß ſie innerlich und urſprünglich eins ſei" (Konſtantin Frantz). Wir werden zu beobachten haben, wie dieſer Gemeinſchaftsgedanke ſeinen Einfluß ausübt auch auf das tatſächliche Geſchehen; nur nach dieſer Richtung hin, nicht nach ſeiner theoretiſchen Fortentwicklung, werden wir in den uns gewieſenen Zuſammenhängen ihn verfolgen können. Viele der führenden Perſönlichkeiten haben ſich zu dieſer Auffaſſung bekannt und die eng nationaliſtiſchen Schranken abgelegt. So hat zum Beiſpiel ſchon im 18. Jahrhundert Fürſt Kaunitz von den gemeinſamen Pflichten

[1]) In ſeinen „Fragmenten aus der neueſten Geſchichte des politiſchen Gleichgewichts in Europa", Petersburg 1806.

der Staaten gegen die Gesamtheit der zivilisierten Völker gesprochen, und ebenfalls bereits vor der Französischen Revolution ist seit den Schriften des Abbé de St. Pierre in der publizistischen Literatur das Schlagwort von den Vereinigten Staaten Europas aufgetaucht. Wie stark dann gerade bei uns Deutschen in der folgenden Epoche die Verbindung von weltbürgerlichen Vorstellungen mit der nationalen Gedankenwelt gewesen ist, hat F. Meinecke aufgedeckt. Äußerlich in die Erscheinung getreten ist dies Gemeinschaftsgefühl der Mächte vor dem Weltkrieg zuletzt in den Wirren des Boxeraufstandes. Seitdem ist dann der fürchterliche Riß eingetreten, der schließlich zu der scharfen Absonderung zwischen Siegern und Besiegten geführt hat, zur Ausstoßung eines Teiles der Welt aus dem Kreise der sonst verbundenen Menschheit. Unter dem Eindruck dessen, was wir erlebt haben, ist aber heute das Bedürfnis, die Einheitlichkeit zum Ausdruck zu bringen, stärker als je. Es wird sich zeigen, ob auf die Dauer der Völkerbund dieser Aufgabe gerecht werden und wirklich der Gesamtheit die feste äußere Organisation geben wird, die so lange erträumt worden ist.

Mit dem Staatensystem ist also der Begriff des Gleichgewichts untrennbar verbunden. „Das sogenannte System des politischen Gleichgewichts stellt nicht irgendeine künstliche Kombination dar, die absichtlich von den Diplomaten erfunden wurde, vielmehr eine natürliche, normale Ordnung der Dinge" (Danilewski). Wir werden zu verfolgen haben, in welch wechselnden Formen das Streben nach seiner Erhaltung verwirklicht worden ist. In dem Augenblick der Entstehung des Staatensystems ist dies Streben auch schon da; praktisch ist es, sozusagen aus politischem Instinkt heraus, betätigt worden, lange bevor es seine theoretische Formulierung gefunden hat.

Der Gedanke hat seinen Ausgang genommen von der italienischen Halbinsel. Hier hatten sich neben und über der Fülle der winzigen Stadtstaaten einige größere Mächte herausgebildet, und zwischen ihnen ist zuerst durch den wechselnden Abschluß von Bündnissen praktisch das Gleichgewichtssystem betätigt worden. Lorenzo der Prächtige, der Mediceer, darf mit der Begründung des Dreibundes Florenz-Mailand-Neapel, der den Frieden Italiens gewährleistete, als Vater des Prinzipes gelten. Im Zusammenhang damit ist zum erstenmal auch das Schlagwort eines politischen Gleichgewichts aufgetaucht. Ganz besonders lebhaft ist der Gedanke von den Päpsten aufgenommen worden; konnten sie doch hoffen, auf diese Weise am besten die Existenz ihres Kirchenstaates zu sichern. Also auch in

dieſer Beziehung wieder iſt Italien der politiſche Lehrmeiſter Europas geworden. Gedanklich iſt eben Italien für Europa im höchſten Maße gebend geweſen, während es in der Welt der Tat das leidende Objekt dargeſtellt hat. Es ſelbſt hat in der großen Politik eine nur paſſive Rolle ſpielen müſſen, aber auf die Art und auf die geiſtige Grundlage dieſer Politik hat es weſenbeſtimmenden Einfluß ausgeübt. Zum Teil iſt dieſer große Einfluß des italieniſchen Geiſtes auch darauf zurückzuführen, daß ſo vielfach bis tief in die Neuzeit hinein — ſelbſt heute haben wir in Deutſch-Öſterreich ein Beiſpiel dafür — die Leitung der Politik in den Händen von Klerikern gelegen hat, ſei es, daß ſie amtlich damit betraut waren, ſei es, daß ſie als Beichtväter der Herrſcher Einfluß auf ſie ausüben konnten. Nach den verſchiedenſten Richtungen hin ſind die theoretiſchen Anſchauungen und die praktiſchen Gewohnheiten, die ſich in Italien herausgebildet hatten, dem geſamten Europa zum Vorbild geworden; ſo auch in dieſer Hinſicht: von Italien aus hat der Gleichgewichtsgedanke ſeinen Weg über die Welt genommen.

Schon die Flugſchriften, die das Ringen zwiſchen Frankreich und Spanien begleiten, enthalten immer wieder dieſes Wort „Gleichgewicht". Aber die ausführliche theoretiſche Begründung hat die Notwendigkeit dieſer Politik erſt in der Mitte des 17. Jahrhunderts erhalten, und zwar von franzöſiſcher Seite her. In ſeiner Richelieu gewidmeten Schrift „De l'intérest des princes et Estats de la chrestienté" (1638) hat der letzte große Hugenottenführer, der Herzog von Rohan, das Gleichgewicht als die Grundlage aller Geſchehniſſe der auswärtigen Politik bezeichnet. Er gruppiert die europäiſchen Mächte um die beiden Pole, Spanien und Frankreich, und weiſt nach, daß das Gleichgewicht dieſer beiden führenden Staaten der leitende Geſichtspunkt auch für alle anderen zu ſein habe: „Das oberſte Intereſſe aller anderen Staaten iſt, die Wage zwiſchen dieſen beiden Monarchien ſo im Gleichen zu halten, daß keine von ihnen, ſei es durch die Waffen, ſei es durch Verhandlungen, jemals einen beträchtlichen Vorſprung erlange. Auf dieſem Gleichgewicht beruht ganz allein die Ruhe und die Sicherheit aller anderen." Gerade die Mitte des 17. Jahrhunderts war beſonders geeignet, dieſer Idee des Gleichgewichts zu allgemeiner Anerkennung zu verhelfen. Iſt ſie doch die Zeit, da alles auf mathematiſche und phyſikaliſche Formeln gebracht werden ſollte, da Spinoza den Verſuch machen konnte, die Philoſophie more geometrico darzuſtellen, und Pufendorf nach demſelben Prinzip das Syſtem des Naturrechts ableitete. Deshalb wurde

nun auch auf das Staatsleben der physikalische Begriff des Gleichgewichts mit besonderer Vorliebe übertragen, und seitdem ist der Gleichgewichtsgedanke ein Gemeingut der politischen Vorstellungen geblieben. Es ist der dauernde Sinn der europäischen Politik, die Vorherrschaft einer einzelnen Macht zu verhindern.

In der heutigen politischen Literatur stößt man sehr häufig auf scharfe Verurteilungen des Gleichgewichtsprinzips wegen der Unzahl von Kriegen, die es hervorgerufen habe, und in der Tat, der zweite Artikel des Friedens von Utrecht, in dem das Gleichgewicht „als beste und stärkste Grundlage für gegenseitige Freundschaft und allgemeine und dauernde Eintracht" bezeichnet wird, ist durch den historischen Verlauf nicht gerade bestätigt worden. Und nicht erst von heute stammt diese Kritik. Schon Friedrich der Große hat über das „équilibre des sottises" gespottet, Adam Müller hat das europäische Gleichgewicht die Null genannt, hinter der die Kabinette ihre Ansprüche auf unendliche Ausdehnung zu verstecken pflegen, Jonathan Swift witzelt, das europäische Gleichgewicht gleiche einem Hause von so ausgeklügeltem Bau, daß es einstürze, sobald auch nur ein Spatz sich auf sein Dach setze. Man wird diese Kritik insofern als berechtigt anerkennen müssen, als das Gleichgewichtsprinzip sich auf die negative Aufgabe beschränkt, keine Störung der Unabhängigkeit der einzelnen zuzulassen. Wirklich aufbauende Leistungen können sich aber nur aus einem ganz positiv gerichteten System ergeben. Wer aber deshalb das Gleichgewicht nun ganz fallen lassen will, der schießt doch weit über das Ziel hinaus. Sein Grundgedanke ist zweifellos ein durchaus gesunder, auch die Politik der Zukunft wird ohne ihn nicht auskommen können.

*

Die Politik des Mittelalters ist gekennzeichnet durch das Streben nach Einheit, die der Neuzeit durch das nach dem Gleichgewicht zwischen den selbständigen Gliedern des Staatensystems. Vom Standpunkt der auswärtigen Politik her gesehen, besitzt also die überlieferte Periodeneinteilung, gegen die heute von den verschiedensten Seiten her Sturm gelaufen wird, durchaus Berechtigung. Um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts verläuft hier wirklich ein ganz tiefer Trennungsschnitt. Was sich seitdem auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen zugetragen hat, ist von völlig anderer Wesensart als der Inhalt der vorhergehenden Epoche.

Kapitel II

Die Glieder des Staatenſyſtems zur Zeit ſeiner Entſtehung

Obwohl Kaiſertum und Papſttum weder nach ihren Abſichten noch nach dem tatſächlichen Gang der Entwicklung im Laufe des Mittelalters ſich identifiziert haben mit den nationalen Begriffen Deutſchland und Italien, iſt ihr Geſchick ausſchlaggebend geweſen für das der beiden Nationen. Deren Kräfte haben ſich durch die Verſtrickung in den Kampf um die univerſale Stellung derart verbraucht, daß auch in der Neuzeit auf Jahrhunderte hinaus der nationale Zuſammenſchluß ihnen zur Unmöglichkeit geworden iſt. Dabei beſteht ein Unterſchied des Grades, in dem der innere Zerfall in beiden Ländern ſich durchgeſetzt hat: während Deutſchland in der Reichsidee ſtets wenigſtens einen gewiſſen Zuſammenhalt behauptet hat, iſt Italien nach dem höhniſchen Wort Metternichs zum bloßen geographiſchen Begriff herabgeſunken. Erſt ſehr ſpät iſt hier auch nur das Gefühl der inneren Verbundenheit wieder lebendig geworden. Dagegen iſt der Ausbau eines einheitlichen Nationalſtaates gelungen in den drei großen Königreichen Weſteuropas, Frankreich, England und Spanien.

Die Idee eines einigen Spanien iſt zum erſtenmal praktiſch in die Erſcheinung getreten durch die Vereinigung der beiden Königreiche Kaſtilien und Aragon infolge der Heirat Iſabellas und Ferdinands im Jahre 1469. Im Laufe des Mittelalters hatte die Staatsbildung auf der Pyrenäenhalbinſel zur Entſtehung einer größeren Zahl ſelbſtändiger Reiche geführt, die untereinander nur durch den gemeinſamen Kampf gegen das Vordringen der Mauren verbunden waren. Dieſer Kampf gegen die Mauren, deſſen Sinn gleichzeitig politiſch und religiös geweſen iſt, hat jahrhundertelang das geſamte ſtaatliche Geſchehen auf der Halbinſel beherrſcht. In ihm ſind die ſpaniſchen Chriſten, die ſeit dem Verfall des Reiches Karls des Großen und der von ihm gegründeten ſpaniſchen Mark ſo gut

wie gar keine Beziehungen mehr zu dem übrigen Abendland besaßen, ohne Unterstützung von seiten ihrer Glaubensgenossen geblieben. Es hätte eine völlig andere Entwicklung für Gesamteuropa zur Folge haben können, wenn die Päpste, statt dem ferneren, dafür aber in hellerem Glanz erstrahlenden Ziele des Heiligen Grabes zuzustreben, zunächst einmal den schwer ringenden spanischen Christen zu Hilfe gekommen wären. Ein durch päpstliche Unterstützung befreites Spanien wäre vielleicht gerade im Kampfe gegen Frankreich eine sehr wirksame Waffe des römischen Universalismus geworden. Aber die Päpste erkannten nicht, was ihnen hier winkte und überließen die Halbinsel sich selbst.

Das lange Ringen um politische wie religiöse Existenz hat dem spanischen Nationalcharakter die besondere Prägung erteilt. Die spanischen Nationalheroen des Mittelalters sind alle gleichzeitig Glaubenshelden, und auch für die neuzeitliche Politik des spanischen Staates ist die Durchdringung mit religiösen Motiven das Kennzeichnende geblieben. In sozialer Hinsicht hat der Kampf mit den Mauren die Folgeerscheinung gehabt, daß seine wichtigsten Träger, Ritter und Geistlichkeit, zum Dank für diese Leistung mit außerordentlichen Vorrechten ausgestattet wurden; ein scharfer Trennungsschnitt sonderte sie von den anderen Klassen ab. Auch die wirtschaftliche Entwicklung steht unter der Einwirkung des schweren Kampfes: ein höherer Aufstieg ist durch ihn unterbunden worden. Die Industrie ist über ganz schwache Gehversuche nicht hinausgekommen, und der Ackerbau bleibt auf niedrigster Stufe. Während zu Beginn der Neuzeit die anderen Staaten mit höchster Kraft an den Ausbau ihres Wirtschaftslebens gegangen sind, ist Spanien auch jetzt noch stehen geblieben. Durch die gewaltigen Summen baren Geldes, die der Nation aus den neuen überseeischen Besitzungen fast mühelos in den Schoß fielen, bestand für weite Kreise nicht die Notwendigkeit angestrengtester eigener Arbeitsleistung. Der wichtigste Antrieb zum wirtschaftlichen Fortschritt fehlte. Dazu kam das Steuersystem, das sich erdrückend auf alles gewerbliche Leben legte und jeden privaten Unternehmungsgeist ertötete. Ganz ausschließlich vom Standpunkt der Ergiebigkeit für die Staatskasse wurden die Steuern betrachtet, und weil auch derselbe Gesichtspunkt die Kolonial- und Welthandelspolitik leitete, sind die ungeheuren Möglichkeiten, die sich hier für Spanien eröffneten, restlos verschüttet worden. Die unbedingte Verstaatlichung des gesamten Übersee-

verkehrs sollte dazu dienen, daß der Fiskus den Nutzen einsteckte. Sie hat in Wirklichkeit auf die Dauer nur dazu geführt, daß die spanischen Untertanen die Lust an überseeischen Unternehmungen verloren und den ausländischen Konkurrenten das Feld überließen.

Als Verhängnis liegt also auf der spanischen Geschichte, daß der Staat sich nicht hat freimachen können von der Struktur, die ihm im Mittelalter zu eigen geworden war. Wirtschaftlich, kulturell und politisch setzte er das überlieferte System fort und hat sich damit selbst seine Bewegungsfreiheit beeinträchtigt. Der Grund zu seinem späteren Ausscheiden aus der Reihe der Großmächte ist wesentlich hierin zu erblicken. Zunächst aber steht er beim Anbruch der Neuzeit in vorderster Linie und das verdankt er seiner staatlichen Einigung.

Die Verbindung zwischen Kastilien und Aragon ergab eine solche Machtsumme, daß ihr der letzte Rest der maurischen Herrschaft nicht widerstehen konnte; 1492 fiel auch Granada. Einen weiteren wichtigen Schritt zur politischen Einigung der Halbinsel bedeutete die Erwerbung Navarras. Dies Königreich hatte inzwischen den Wall der Pyrenäen überstiegen und erobernd in Südfrankreich um sich gegriffen. Seit dem Vertrag von 1515 blieb nur noch seine nördliche Hälfte unter den Grafen d'Albret selbständig. Indem die südliche dem spanischen Einheitsstaat einverleibt wurde, sind die Pyrenäen wieder dessen Abschluß geworden. Damit ist es dem spanischen Königtum gelungen, die gesamte Halbinsel mit Ausnahme von Portugal in seiner Hand zusammenzufassen.

Gleichzeitig mit dieser äußeren Vereinheitlichung war das Königtum bestrebt, auch im Innern seine Stellung auszubauen. Hier stand ihm erschwerend im Wege die zwischen Aragon und Kastilien herrschende Abneigung; sie hat die Gefahr heraufbeschworen, daß beim Tode Isabellas 1504 die Verbindung wieder verloren gehe. Ferdinand ist durch glückliche äußere Umstände ihrer Herr geworden, und seitdem haben beide Reiche zwar noch getrennte Verwaltungen, aber stets nur einen gemeinsamen König, den rex catholicus gehabt. Aber der innenpolitische Machtbereich des Königs war noch kein sehr umfassender, vor allem in Aragon war er durch ständische Vorrechte auf Schritt und Tritt eingeengt. Dadurch aber, daß es ihm gelang, das Heer ganz in seine Gewalt zu bekommen und sich infolge seiner Ernennung zum Großmeister der drei Ritterorden Santiago, Alcantara und Calatrava finanziell von den ständischen Bewilligungen unabhängig zu machen, hat Ferdinand, gestützt auf die Städte, allmählich die feudale Opposition bewältigen können.

Auch die Verstaatlichung der Inquisition erwies sich als sehr wirksame Waffe zur Bekämpfung aller widerstrebenden Tendenzen. Sie steht im Zusammenhang mit den hier in Spanien ebenso wie überall sonst unter dem Einfluß der Konzilienbewegung erstarkenden Bestrebungen, eine von Rom losgelöste Nationalkirche zu errichten. Durch die Abmachungen von 1478 und 1482 hat Ferdinand tatsächlich, unter der Mitwirkung des Kardinals Ximenez, das Kirchenwesen der staatlichen Aufsicht unterstellt, wenn auch die Oberhoheit des Papstes unangetastet blieb. Das war eine äußerst wichtige Ergänzung der königlichen Machtvollkommenheit. Auf diese Weise hat das Königtum es erreicht, daß es als Verkörperung der nationalen Einheit erscheint. Die Vertretung des Staates nach außen hin liegt ganz ausschließlich in seinen Händen.

Sehr bald ist es auf die Probe gestellt worden, ob es diese Stellung werde behaupten können. Der Beginn des 16. Jahrhunderts hat schwere innere Erschütterungen gebracht. Aber welch gewaltige Kraft ihm bereits innewohnte, geht deutlich aus der Tatsache hervor, daß diese inneren Aufstände ohne wesentliche Schädigungen der riesig um sich greifenden äußeren Politik vorübergingen. Denn das Königtum hat sich nicht mit dem Ausbau der nationalen Konsolidation begnügt. Sie soll nur die Grundlage sein, um zu noch Höherem aufzusteigen. Spaniens Politik verläßt die Halbinsel und dringt im Mittelmeer vor. Schon seit längerer Zeit, seit 1283, waren die Balearen und Sizilien aragonesischer Besitz. Gerade Sizilien mit seinem Getreideüberschuß war eine unentbehrliche Ergänzung der darniederliegenden spanischen Landwirtschaft. Das wird jetzt die Brücke, die das spanische Königtum zu den Besitzungen der jüngeren aragonesischen Linie auf dem italienischen Festland hinüberführt. Mit dieser Einmischung in Italien aber beginnt eine neue Epoche der spanischen Politik, das Reich tritt als vollwertiges Mitglied in das europäische Staatensystem ein, dem es bisher ferngestanden hatte.

*

Derselbe Zeitpunkt, der die Entstehung der spanischen Großmacht gebracht hat, hat auch England die schwer bedrohte einheitliche Zusammenfassung zurückgegeben. In früheren Zeiten, im 11. und 12. Jahrhundert war der englische Staat dank dem normannischen Königtum im Vergleich zum Kontinent ausgezeichnet gewesen durch

verhältnismäßig straffe Zentralisation. Dagegen aber erhob sich der Individualismus der feudalen Gewalten, wie überhaupt die ganze englische Geschichte durch das Ringen der beiden Tendenzen, der zentralistischen und individualistischen, gekennzeichnet ist als Folge der Mischung von Normannentum und Angelsachsentum. Die großen Barone haben 1215 dem Königtum die Magna Charta abgepreßt, und dieser ihr erster Sieg ist ein derart durchgreifender gewesen, daß er ein für allemal den königlichen Absolutismus in England zur Unmöglichkeit gemacht hat. Der Einfluß des Parlaments ist auf Kosten des Königtums deshalb so rasch gestiegen, weil dies die Hilfe der Barone in dem Kampf gegen Frankreich mit innenpolitischen Zugeständnissen bezahlen mußte, genau wie der Kaiser die Beteiligung der Reichsfürsten an den Römerzügen erkauft hat. Aber in den Rosenkämpfen — diesen Zeiten der schwersten inneren Erschütterung, in denen nur die insulare Lage den Staat vor Eingriffen des Auslandes bewahrt hat — haben die großen Geschlechter sich selbst aufgerieben. Auf diese Weise ist der Königsmacht, die schon am Boden zu liegen schien, Rettung gekommen, und eine andere notwendige Folge der Vernichtung der das Oberhaus bildenden Geschlechter ist das Steigen der Bedeutung des Unterhauses. Im Oberhaus saßen die großen Barone und Prälaten, im Unterhaus der niedere Landadel und die Vertreter der Städte. Die Städte haben sich in England nicht zu derselben Rolle aufschwingen können wie ihre Schwestern in Italien, Deutschland und den Niederlanden. Weder wirtschaftlich noch politisch haben sie deren Bedeutung erreicht. Nur London macht eine Ausnahme; es ist immer eine der stärksten Gewalten in der englischen Geschichte gewesen. Wirtschaftlich konnten die Städte schon deshalb keine größere Rolle spielen, da England im Mittelalter weder See- noch Handelsmacht gewesen ist. Das kleine, menschenarme Land war überwiegend agrarisch. Die geringen Handelsbeziehungen zum Ausland, die hauptsächlich in dem Export von Rohstoffen, vor allem von Wolle, bestanden, lagen ausschließlich in den Händen fremder Kaufleute, besonders der Hansen mit ihrem Stahlhof. Da also Barone sowohl wie Städte versagten, so ist der Weg freigeworden für die Klasse, die dann bis ins 19. Jahrhundert hinein die Macht in Händen gehalten hat, für den Landadel, die Gentry. Aber das ist erst eine spätere Entwicklung gewesen, den unmittelbaren Nutzen trug das Königtum davon. Es war sein

Verdienst, daß dem Lande nach den langen äußeren Kriegen und inneren Wirren der Friede wiedergegeben wurde. Deshalb ist das auch ihm direkt zugute gekommen. Die Verfassung erfuhr allerdings keine Zurückbildung, dennoch war fürs erste die Stellung des Königtums derart, daß der Ausschlag bei ihm ruhte, vorausgesetzt, daß eine zielbewußte und tatkräftige Persönlichkeit auf dem Throne saß. Der Wiederhersteller der inneren Ruhe, Heinrich VII. Tudor, hat auch gleichzeitig Ordnung in die zerrütteten Staatsfinanzen gebracht. Indem er der Krone durch umfassende Konfiskationen riesigen Grundbesitz verschaffte, wurde er von der parlamentarischen Geldbewilligung unabhängig. Mit einem Schlage erfuhr seine Stellung eine derartige Kräftigung, daß sie sich faktisch trotz aller formellen Beschränkungen nur wenig von der eines absolutistischen Herrschers unterschied. Wenn trotzdem in der weiteren Entwicklung beim Entscheidungskampf zwischen Königtum und Gentry der Krone die Vormachtstellung genommen worden ist, so ist das hauptsächlich dadurch möglich geworden, daß der Adel sowohl die Verwaltung wie die militärische Organisation beherrschte; weder Heer noch Beamtenschaft waren rein königlich ausgestaltet worden. Zu Ende des Mittelalters aber stehen Königtum und Gentry, befreit von dem Druck der großen Geschlechter, der bis dahin auf beiden gemeinsam gelastet hatte, in engem Bunde miteinander. England ist also ein fest in sich geschlossener und nach außen sich abgrenzender, monarchisch regierter Staat, wenn auch diese Monarchie gemäßigt ist durch parlamentarische Rechte.

Zu diesem Ergebnis der inneren Zusammenfassung unter Abschluß nach außen hin war notwendig gewesen die Überwindung der Außenpolitik, die sich die mittelalterlichen Könige Englands zum Ziele gesetzt hatten. Denn sie hatten sich keineswegs auf die Insel beschränken wollen, vielmehr sind ihre Pläne stets auf den Kontinent gerichtet gewesen. Das Endresultat des 100jährigen Krieges mit Frankreich war aber die vollständige Niederlage Englands. Daraus hat Heinrich VII. die Schlußfolgerung gezogen. Er wirft das Steuer der englischen Politik herum und bricht mit der Absicht festländischer Eroberungen. Dieser Verzicht ist ihm dadurch erleichtert worden, daß England, wie es am Ende des Mittelalters dasteht, an realer Macht nicht in Wettbewerb mit den großen Kontinentalstaaten treten kann. Deshalb setzt er mit vollem Bewußtsein an Stelle der Eroberungspolitik die Ausnutzung des Vorteils, den die Natur

England geſchenkt hat, ſeiner inſularen Lage. Nur Calais wird ehrenhalber und um der Handelsbeziehungen willen noch feſtgehalten, aber es ſoll nach dem Sinne Heinrichs VII. nicht die Bedeutung einer Ausfallspforte haben. Der König iſt vielmehr aufrichtig bemüht, England aus dem Bereich der kontinentalen Politik loszulöſen und die Möglichkeiten der Verwicklung in die dortigen Händel zu vermindern. Zum erſtenmal tritt damit das Prinzip der „splendid isolation“ in die Erſcheinung, das in der Folgezeit ſo oft der Stolz und der Vorteil Englands geweſen iſt. Die inſulare Lage, der das Land ſeine innere Geſchloſſenheit zum guten Teil verdankt, verleiht ihm jetzt auch die äußere Abgeſchloſſenheit. Sie iſt damit für die Ausbildung des engliſchen Nationalcharakters von der allerhöchſten Bedeutung geweſen. Seit Heinrichs VII. Regierung hat England den ungeheuren Vorteil erkannt und ſyſtematiſch ausgenützt, den die Inſel ihm brachte und der Gültigkeit beſeſſen hat, ſolange die Geſchichte des Staatenſyſtems rein kontinentalen Zuſchnitt getragen hat: nur in dem Maße braucht England ſich an der europäiſchen Politik zu beteiligen, als es ſelbſt will und in Hinſicht auf die eigenen Intereſſen für erforderlich hält. Das iſt die für England charakteriſtiſche Haltung, die ſeitdem mit wenigen Ausnahmen unverändert geblieben iſt. Auch England gehört zu dem europäiſchen Staatenſyſtem, aber nur inſoweit, als es ſeinen Wünſchen entſpricht. Es liegt auf der Hand, welch gewaltigen Vorteil dieſer Umſtand bedeutet hat. Die Folge iſt, wie es der Sohn Salisburys in unſeren Tagen ausgeſprochen hat, daß England ſeinerſeits ſich nicht um Bündniſſe bewirbt, ſondern ſie bewilligt. Die kontinentalen Staaten dagegen müſſen Opfer bringen, um den Inſelſtaat auf ihre Seite zu ziehen. So iſt ſeit Heinrich VII. die inſulare Lage Englands die Grundtatſache ſeiner Geſchichte geblieben. England zieht ſich zunächſt aus den feſtländiſchen Händeln zurück, bleibt aber jederzeit bereit, in dem Augenblick, wo es ſeine Intereſſen geboten erſcheinen laſſen, in ſie einzugreifen.

Dieſe Selbſtändigkeit gegenüber dem Kontinent äußert ſich auch in dem ſie noch verſtärkenden Beſtreben, die engliſche Kirche von der Oberhoheit Roms freizumachen. Gerade die Überſpannung der päpſtlichen Anſprüche durch Innozenz III., der König Johann gezwungen hatte ihn als Lehensherrn anzuerkennen, hat die Gegenbewegung hervorgerufen, und ſie war zur Macht geworden, als die Päpſte in Avignon ſaßen. Damit waren ſie unter den Einfluß

des französischen Königtums geraten, und das nationale Selbständigkeitsgefühl Englands empörte sich gegen die Oberhoheit einer Institution, die ihrerseits in Abhängigkeit von einem fremden Staat stand. So sind in England auch schon vor der Konzilienbewegung Ansätze zu national-kirchlicher Organisation vorhanden. Heinrich VII. hat dann tatsächlich die päpstlichen Rechte, abgesehen von der finanziellen Seite, in rein formale verwandelt. Infolgedessen war es kein übermäßig großer Schritt mehr, als zu Beginn der Neuzeit Heinrich VIII. in aller Form die Trennung von Rom vollzog, die königliche Suprematie errichtete und die englische Staatskirche gründete. Damit ist England in jeder Beziehung zur selbständigen, allein auf sich ruhenden Staatspersönlichkeit geworden.

*

Die Geschicke Englands sind im Mittelalter die längste Zeit hindurch aufs engste verknüpft gewesen mit denen Frankreichs. Nach dem Zusammenbruch des Reiches Karls des Großen stand hier die königliche Gewalt in Gefahr, von den großen Geschlechtern erdrückt zu werden, und dazu kam für sie als fürchterliche Drohung der Staat im Staate, zu dem der Hausbesitz der Plantagenets allmählich ausgewachsen war. Es galt für das Königtum, ihn zu zerbrechen, wenn es nicht selbst daran zugrunde gehen sollte. Diese Aufgabe hat Philipp II. August durch den Sieg bei Bouvines im Jahre 1215 gelöst; seit der damals herbeigeführten Verbindung des Stammlandes der Kapetinger Franzien mit der Normandie ist die Stellung der Krone in kräftigster Entwicklung. Den Höhepunkt dieser Periode bildet die Regierung Philipps des Schönen; es ist nicht unberechtigt schon zu seiner Zeit von einem unter königlicher Führung national geeinten Frankreich zu reden. Aber jäh wird das unterbrochen durch den Anspruch, den nach dem Aussterben der Kapetinger die englischen Könige auf den französischen Thron erheben. Jetzt zielt ihre Absicht nicht mehr wie in den früheren Kämpfen darauf, ihre Stellung als Vasallen innerhalb Frankreichs zu vergrößern, sondern sie gehen aufs Ganze und wollen das gesamte Reich und seine Krone mit der ihren vereinen. Bis unmittelbar an den Rand des Abgrunds ist Frankreich dadurch geraten, dann aber beginnt das Volk den Kampf gegen England als Verteidigung gegen Fremdherrschaft aufzufassen. Das französische Nationalgefühl erwacht und ihm ist der endliche Sieg der Valois zuzuschreiben. Was national-fran-

zösisch empfindet, schart sich um das Königtum als den Vorkämpfer und gibt ihm die Mittel den Kampf durchzufechten. Die Überzeugung bricht sich Bahn, daß das Interesse der Krone zusammenfällt mit dem des Landes. Diese Institutionen, die als Kampfmittel geschaffen waren, haben aber Dauer gewonnen und sind die festesten Stützen des Königtums auf seinem Weg zum Absolutismus geworden. Aus den Ordonnanzkompagnien entwickelt sich das stehende Heer, das ausschließlich dem Befehl des Königs unterstellt ist, und aus der Verwaltung der zum Unterhalt dieses Heeres von den Ständen bewilligten regelmäßigen Steuer, der Taille, entsteht die rein königliche Bureaukratie. Mit diesen beiden Werkzeugen, Heer und Beamtentum, haben Karl VII. und Ludwig XI., vor allem der letztere, den Schritt vom mittelalterlichen Feudalstaat zum modernen Einheitsstaat vollzogen. Restlos durchgeführt haben sie ihn noch nicht; die Einheit war erst im Vordringen, noch blieben die widerstrebenden Elemente stark. Aber es war doch ein gewaltiges Stück Arbeit, das diese Könige geleistet haben. Der Drang nach zentralistischer Zusammenfassung, den das französische Volk als Erbschaft von dem staatsbildenden Römertum übernommen hat, kommt in ihnen zu besonders lebendigem Ausdruck. Sie haben die politische Macht der Großen gebrochen. Die Folge davon ist, daß dann unter Franz I. bereits die Entwicklung des Adels zum Hofadel deutlich erkennbare Form annimmt. Die Provinzialstände verlieren ihre politische Bedeutung, es gibt in diesem Frankreich keine Instanz mehr, die mit dem Königtum in Wettbewerb zu treten vermöchte, und vor allem nach außen hin ist das Land eine fest geschlossene Einheit geworden, deren Führung unstreitig bei der Krone liegt. Schon setzen auch die ersten Anfänge der Handelspolitik ein, die dann durch Colbert zum großen System erhoben worden ist: die Bemühungen, den wirtschaftlichen Abschluß gegen das Ausland unter gleichzeitiger innerer Zusammenfassung des gesamten Staatsgebiets zu verwirklichen. Es wird der Versuch gemacht, die zollpolitischen Schranken zwischen den einzelnen Landschaften niederzulegen. Die tatsächlichen Zustände beginnen der Losung zu entsprechen, die Frankreich sich gegeben hat: un Dieu, un Roi, une Loi, une Foi. Die innere Einheit befähigt den Staat zu ganz anderem internationalen Auftreten, als es ihm bisher möglich gewesen war. Gerade wenn man die Entwicklung der deutschen Verhältnisse damit vergleicht, muß man es als einen Segen für

Frankreich bezeichnen, daß die anfängliche Zerrissenheit seine Könige davon abgehalten hat, mit unzureichenden Mitteln eine Politik der hohen Ziele zu betreiben. Derartige Wünsche sind häufig aufgetaucht. Aber im Mittelalter übte die eigene Not den unwiderstehlichen Zwang, sich auf den engeren Kreis des Heimatlandes zu beschränken. Erst als im Innern der feste Zusammenschluß erzielt war, konnten die Könige weiter um sich greifen und haben es alsbald getan. Der universalistische Wunsch hat also den Antrieb zum dauernden Ausbau der königlichen Macht gegeben, so daß Frankreich im Mittelalter im wesentlichen nur die vorteilhaften, nicht die gefährlichen Folgeerscheinungen der imperialistischen Absichten seiner Könige zu spüren bekommen hat. Der innere Ausbau ist eben dadurch unterstützt und beschleunigt worden. Auf Opposition von innen heraus brauchten die Könige bei ihrer nunmehrigen Politik keine Rücksicht zu nehmen. Wenn später dann doch wieder ihnen innere Schwierigkeiten entstanden sind, haben diese sich aus dem Hereinspielen neuartiger Motive und aus deren Verbindung mit den alten oppositionellen Faktoren ergeben. Die letzteren allein würden nicht mehr die Fähigkeit zu erneuter Betätigung besessen haben. Aber auch bei diesen Kämpfen bis an die Schwelle der Revolution hin hat immer das Königtum die Sache der nationalen Zukunft vertreten, so daß das höhere historische Recht auf seiner Seite zu finden ist.

War also der nationale Zusammenschluß erreicht worden im Kampf und durch den Kampf mit England, so steht ebenfalls im engsten Zusammenhang damit der kirchliche Abschluß gegen ausländische Vorherrschaft. Die ersten Freiheiten einer eigenen gallikanischen Kirche sind allerdings schon durch Philipp den Schönen im Zusammenhang mit seinem Kampf gegen Bonifaz VIII. geschaffen worden. Aber zum System erhoben ist das eigentlich erst infolge des Kampfes mit England. Denn bei diesem standen die Sympathien der Päpste, soweit sie nicht sich in direkter Abhängigkeit von Frankreich befanden, fast durchgängig auf der Seite Englands. Deshalb regte sich in Frankreich der Wunsch, den päpstlichen Einfluß nach Möglichkeit auszuschalten, fast stärker noch von der hohen Geistlichkeit ist diese Richtung vertreten worden als vom Königtum. So ist es 1438 zur Pragmatischen Sanktion von Bourges gekommen, in der die Selbständigkeit der gallikanischen Kirche zu deutlichem Ausdruck gebracht wurde. Aber weil in ihr, der Vor-

geschichte entsprechend, die Rechte der hohen Geistlichkeit schärfer betont waren als die des Königs, hat Ludwig XI., der Vertreter des absolutistischen Prinzips, sie 1472 wieder aufgehoben. Ludwig XII. hat sie 1499 wiederhergestellt, die endgültige Regelung erfolgte dann durch das Konkordat von 1516 (vgl. S. 61 f.), das für lange Zeit die Grundlage des kirchenpolitischen Systems in Frankreich geblieben ist. Schon seit Bourges aber ist die französische Kirche tatsächlich ein Organ der national gerichteten Politik geworden.

Die innere Zusammenfassung der nationalen Kräfte ist also in Frankreich am Ende des Mittelalters eine ganz besonders straffe. Da sie aber erzielt worden ist nur unter dauernden und schwersten Kämpfen, so ist der Ausbau der wirtschaftlichen Mittel verhältnismäßig vernachlässigt worden. Auch sie zu höchster Entfaltung zu bringen, dazu hatte bisher die Kraft des Königtums noch nicht ausgereicht. Infolge des natürlichen Reichtums des Landes war der Ertrag der Landwirtschaft allerdings höher als der einheimische Bedarf, und gerade weil die Notwendigkeiten des Lebens so selbstverständlich vorhanden waren, fehlte der Antrieb zur Erschließung neuer Erwerbsquellen. Von systematischer Ausnützung war keine Rede. Wie in Spanien wurde die gesamte Wirtschaft wesentlich unter dem Gesichtswinkel des Steuererträgnisses betrachtet. Deshalb blieb sie zurück, und auch die Bevölkerungszahl war im Abnehmen begriffen. Aber die Quellen des wirtschaftlichen Aufstiegs waren im reichsten Maße vorhanden, sie warteten nur darauf, erschlossen zu werden. Der Abschluß der politischen Einigung hat dem Königtum die Möglichkeit gewährt, auch an die Lösung dieser weiteren Aufgabe heranzutreten.

Frankreich, England und Spanien stehen also am Ende des Mittelalters als national in sich geschlossene Einheiten da, in denen das Bewußtsein einer natürlichen Zusammengehörigkeit, eines eigenen Volkstums und das Gefühl der Überlegenheit über andere Nationen entwickelt ist. Das gibt ihnen den gewaltigen Vorteil gegenüber der Zerrissenheit Deutschlands und Italiens. Aber der nationale Zusammenschluß galt ihnen doch keineswegs als Endzweck, er war ihnen nur eine Etappe auf ihrem Weg. Geschaffen worden war er durch die Dynastien, und so ist die Politik dieser Staaten, mit Ausnahme von England, wo, wie wir gesehen haben, Heinrich VII. sich bewußt auf seine Insel beschränkte, auch weiterhin geleitet weniger von nationalen als von dynastischen Gesichtspunkten. Aus diesem

Grunde sind sie alle so geneigt, dem nationalen Prinzip wieder den Rücken zu kehren, sobald sich eine Gelegenheit zu darüber hinausgreifender Machterweiterung bietet, und sich Ideen hinzugeben, die zwar nicht immer gleich universalistischer Natur sein mochten, jedenfalls aber nicht mehr in den Bedürfnissen der nationalen Konsolidation begründet waren. Die Tendenz zur Machterweiterung und damit eben der aggressive Charakter ist ihnen im höchsten Maße zu eigen. Das persönliche Element des Interesses des Herrscherhauses spielt bei der auf der nationalen Einheit sich aufbauenden Politik eine ebenso entscheidende Rolle, wie es bei dem Zustandekommen dieser Einheit sie besessen hatte. Ganz ausschließlich auf diesem dynastischen Prinzip, ohne jede Anteilnahme, vielmehr unter völligem Ausschluß des nationalen Faktors ist die vierte für das damalige Bild Europas maßgebende Großmacht entstanden, das Reich der Habsburger.

*

Österreichs ganze Entwicklung ist beherrscht durch die Tatsache, daß es eine Reihe verschiedener Nationalitäten in sich vereinigt. Immer wieder ist durch diese innere Struktur des Staates seiner Außenpolitik Schwierigkeit erwachsen; er hat deshalb nur in den seltensten Fällen ganz reibungslos seine Gesamtkraft in die Wagschale werfen können. Schließlich ist dieser Zwist der Nationalitäten der Grund seines Untergangs geworden, trotz allen Glanzes seiner staatlichen Geschichte hat ihm der Mangel an nationaler Geschlossenheit das Grab geschaufelt. Als die Völker zum Selbstbewußtsein erwachten und das nationale Prinzip über das staatliche stellten, hatte ein Gebilde von der Eigenart Österreichs keine Daseinsberechtigung mehr.

Diese Eigenart Österreichs, den staatlichen Gesichtspunkt durchzuführen auf Kosten des nationalen, hat sich von dem ersten Augenblick an geltend gemacht, in dem es eine über den beschränkten Standpunkt des reinen Territorialstaates hinausreichende Bedeutung gewonnen hat. Das Land ist die Ostmark des Reiches gewesen, seine Aufgabe war daher der Grenzschutz gegen die von Südosten herandrängenden feindlichen Gewalten, die eine Gefährdung der europäischen Kultur darstellten. Indem der Habsburgerstaat dieser Aufgabe gerecht wurde, hat er sich ein unvergängliches welthistorisches Verdienst erworben. Aber infolge dieser Stellung

als Grenzhüter gehen seine Blicke nicht nur nach der Seite des Reiches. Es ist ja das Eigentümliche aller Grenzländer, daß in ihnen nicht die Eigenart eines Staates allein zum Ausdruck kommt, sondern daß sie von beiden Seiten sich beeinflussen lassen müssen. Darin beruht der Reichtum, unter Umständen aber auch, wie wir es an Elsaß-Lothringen sehen, die Tragik ihrer Entwicklung. Infolge dieser Stellung als Grenzmark steht der österreichische Staat schon zu den Zeiten der Babenberger in intimster Fühlung mit ihm rassenfremden Gebieten, und sobald er sich dazu stark genug fühlt, sucht er seine Herrschaft über sie auszudehnen. Einen weiteren Antrieb zur Machterweiterung liefert dann die Stellung der Habsburger als Kaiser. Sie mußten mit der traditionellen, sich nach Italien richtenden Kaiserpolitik brechen, weil ihre eigene Macht anfänglich viel zu klein war, als daß sie an so hochfliegende Pläne sich hätten wagen dürfen. Deshalb haben sie die zwar weniger glänzende, dafür um so solidere Politik auf ihren Schild geschrieben, erst einmal ihre Hausmacht gründlich zu vermehren. Da aber infolge des Wahlkaisertums ihnen die Stellung als Oberhaupt des Reiches nicht sicher war, so haben sie sehr bald, nachdem sie durch den Sieg über Ottokar von Böhmen eine beträchtliche Hausmacht erworben hatten, sich das Ziel gesetzt, ihrem Besitz eine möglichst große Unabhängigkeit von Kaiser und Reich zu verschaffen. Die berüchtigte Fälschung des Privilegium maius durch Rudolf IV. in den fünfziger Jahren des 14. Jahrhunderts ist der erste Schritt auf diesem Wege, und seitdem hat Österreich in der Tat stets einen anderen Charakter als den eines bloßen Reichsstandes besessen. Dieses Streben nach einer Machtstellung, auf die der jeweilige Inhaber der Kaiserwürde keinen Einfluß auszuüben vermöchte, hat also ebenfalls Österreich nach Osten hingewiesen. Tatsächlich ist es den Habsburgern allerdings gelungen, dauernd die Kaiserkrone an ihr Haus zu fesseln. Seit der Wahl Albrechts II. 1438 haben sie drei Jahrhunderte hindurch bis zum Erlöschen ihrer männlichen Linie ununterbrochen ihre Wahl durchzusetzen gewußt, wenn es auch manchmal nicht ohne schwerste Wahlkämpfe abgegangen ist. Aber für alle Fälle war es eben doch gut, die dem kaiserlichen Machtbereich nicht unterliegende Stellung hier im Osten auszubauen.

Bis zum Ausgang des Mittelalters haben sie jedoch noch keine besonderen Erfolge erringen können. Sie mußten Böhmen und Ungarn an nationale Könige abgeben und mußten es mitansehen,

wie von Polen aus die Jagellonen die drei Reiche Böhmen, Ungarn und Polen vereinigten. Der so entstandene Staat war eine ungeheure Gefahr für die Habsburger, und auch dadurch erfuhr ihre Aktionsfähigkeit eine schlimme Einbuße, daß ihre eigenen Stammlande sich unter drei verschiedene Linien verteilten und daß die Stellung des Herrscherhauses durch weitgehende ständische Rechte eingeengt wurde, die erst im 17. Jahrhundert wirkungslos gemacht worden sind. Österreich ist vorläufig noch keine Einheit; wie unbedeutend infolgedessen das Maß seiner Kräfte ist, erhellt aus der zeitweiligen Vertreibung Kaiser Friedrichs III. aus seinen Erblanden durch Mathias von Ungarn. Daß trotzdem Habsburg keinen geringen Einfluß auf die Politik des ausgehenden Mittelalters besessen hat, ist der beste Beweis für die Wirkung, die noch immer die Idee des Kaisertums auf die Vorstellungen des Abendlandes ausübte.

Zu wirklicher Großmacht hat erst Maximilian Österreich erhoben. Er vereinigt auf ausschließlich dynastischer Grundlage eine Reihe von Gebieten, die zwar auseinanderliegen, aber zusammengenommen doch den Vergleich mit der Macht jedes der drei in sich geschlossenen Westreiche aushalten können. Ein günstiges Geschick ermöglicht ihm die Verschmelzung der drei bisher getrennten Linien seines Hauses. Dann tut er den entscheidenden Schritt nach Osten, auf dem die große Zukunft beruht: er schließt den Erbvertrag mit den Jagellonen, der 1526 Böhmen und Ungarn an Habsburg gebracht hat. Schließlich hat er durch seine Heirat mit Maria von Burgund auch die Stellung in Westeuropa, die er bereits durch seine vorderösterreichischen Besitzungen innehatte, riesig ausgebaut. Durch diese Tatsache des Auseinanderliegens der einzelnen Glieder der habsburgischen Macht wird natürlich deren rein dynastischer Charakter besonders scharf betont, aber ebenso ihr aggressiver. Es ist selbstverständlich, daß ein derart beschaffener Staat darauf drängt, die Verbindung seiner Teile herzustellen. Er strebt also noch viel hemmungsloser nach weiterer Vergrößerung als die Gebilde, bei denen die nationale Einigung doch einen gewissen Abschluß bedeutet. Der Mangel an nationaler Geschlossenheit der habsburgischen Großmacht sowohl als des Deutschen Reiches hat natürlich auch die Ausbildung eines nationalen Kirchentums unmöglich gemacht. Es ist charakteristisch für die den westlichen Zuständen so völlig gegensätzlich gegenüberstehende Entwicklung, daß um dieselbe Zeit, als

dort das Streben nach der Nationalkirche die ersten großen greifbaren Erfolge aufwies, Kaiser Friedrich III. im Wiener Konkordat von 1448 die Ansätze der gleichgerichteten Bewegung im Reiche unterband.

*

Das sind die vier Staaten, die bei der Entstehung des Staatensystems den Anspruch auf die Stellung als Großmacht erheben können und deren Beziehungen zueinander zunächst das Bild Europas bestimmt haben. In ihrer Politik spielen die deutschen und italienischen Kleinstaaten zwar immer eine Rolle, aber im wesentlichen doch eine passive. Deshalb können sie bei dieser Betrachtung der entscheidenden Staatspersönlichkeiten der damaligen Zeit beiseite gelassen werden, und das gleiche gilt auch von den Staaten des Nordens und Ostens. So stark auch die Verbindung gewesen ist, in der sie, und besonders die skandinavischen Gebiete, zu den großen Mächten standen — der Ostseehandel ist ja der weitaus am höchsten entwickelte und ertragreichste der damaligen Welt —, politisch fallen sie als selbsthandelnde Faktoren für den allgemeinen Zustand noch nicht ins Gewicht. Dagegen sah es um die Mitte des 15. Jahrhunderts so aus, als ob sich den vier Großmächten eine fünfte einfügen wollte: zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich entstand Burgund als selbständige Macht. Die Lande, in deren Besitz die Burgunderherzöge sich mit der Zeit gesetzt haben, waren von jeher das Streitobjekt der beiden großen an sie stoßenden Reiche gewesen, und sie wurden das um so mehr, je stärker sie sich als die Mittelpunkte des europäischen Wirtschaftslebens entfalteten. Den Zeitpunkt, wo weder Frankreich noch Deutschland kraftvoll zentralistisch zusammengefaßt waren und demnach die alten Ansprüche nicht energisch verfechten konnten, haben die Herzöge benutzt, um sich auf die eigenen Füße zu stellen und das frühere Zwischenreich Lotharingien wieder aufleben zu lassen. Aus deutschen und französischen Lehensgebieten zusammengesetzt, hat dies Reich einen solchen Aufschwung genommen, daß es unter Karl dem Kühnen als die ausschlaggebende Macht Europas erscheint. Berauscht durch diesen Erfolg hat er, noch ganz unter dem Einfluß der mittelalterlichen Anschauungen, gleich wieder universalistische Pläne betrieben. Er denkt das Kaisertum an sein Haus zu bringen und strebt deshalb eine Verbindung mit den Habsburgern an. Zunächst muß er als Grundlage so weitreichender

Hoffnungen natürlich bemüht sein, seinen bisherigen Besitz aus Lehen, die er von fremder Hand trägt, zu voller Selbständigkeit zu erheben, und da er zum Kaiser gute Beziehungen zu erhalten wünscht, richtet sich dies Bemühen mit voller Schärfe gegen die Krone Frankreich. Im Zusammenhang damit steht das Bündnis, das er mit Spanien 1469 eingegangen ist. Ludwig XI. hatte sich bemüht, die nationale Einigung Spaniens aufzuhalten, indem er Isabellas Thronfolge in Kastilien bekämpfte; die Antwort darauf war deren und ihres Gemahls Ferdinand Annäherung an Karl. Die spätere Umklammerung Frankreichs durch die Vereinigung Burgunds mit Spanien hat in diesem Bündnis einen Vorläufer. Sein Abschluß ist für Karls Pläne charakteristisch: er läßt seinen Willen erkennen, sich unter den europäischen Mächten in vorderster Reihe zu bewegen. Aber gerade das allzuweite Umsichgreifen des burgundischen Ehrgeizes hat ihn zum Scheitern gebracht. Die Schweiz hat sich als ein Damm erwiesen, an dem Karls Vorstoß zerschellte. Damit hat die Zeit der eigenen burgundischen Großmachtspolitik ihr Ende gefunden, nach Karls Tod wird Burgund wieder das Objekt der Politik seiner starken Nachbarn.

Nur an einer Stelle gelingt es einer staatlichen Gemeinschaft, die eigene Selbständigkeit zwischen diesen beiden umfassenden Komplexen zu wahren. Es ist das die Schweiz, an deren Kraft Burgund zerbrochen war. Ihre Selbstherrlichkeit war um so bedeutungsvoller, da in ihrem Bereich der größte Teil der für den kontinentalen Handelsverkehr wichtigen Alpenpässe lag. Weil sie auf diese Weise den anderen unter Umständen unentbehrliche Lebensnotwendigkeiten unterbinden konnte, ist ihre Selbständigkeit so häufig bedroht worden. Die Entstehung der Schweiz steht ebenfalls in schärfstem Widerspruch zu dem Nationalitätsprinzip. Alles, was sonst einen Staat zusammenführen kann, geographische Beschaffenheit des Landes, Sprache, Blut und Stammeseigenart, reißt die Schweizer auseinander. Ihr Zusammenschluß bedeutet die Abtrennung ihrer einzelnen Teile von ihren Stammesgenossen im Westen, Süden und Norden. Aber auch das dynastische Moment fehlt hier, da der Wille von vornherein dahin gegangen ist, die althergebrachte Gemeinfreiheit gegenüber der sonst überall hochgekommenen Fürstengewalt aufrechtzuerhalten. Die These hat großen Anklang gefunden, daß das, was die Schweiz zusammengeführt habe und zusammenhalte, ein idealer Zug sei, der Wille, einen besseren Staat zu gründen

und eine Nationalität zu sein, die über der bloßen Bluts- und Sprachverwandtschaft stehe. Wenn sie zuträfe, würde infolge dieses Bedingtseins durch ein rein ideelles Moment die Schweiz eine ganz vereinzelte Erscheinung innerhalb des Staatensystems darstellen, aber gerade dies Abweichen von den überall sonst im staatlichen Leben herrschenden Kräften mahnt doch zur Vorsicht gegenüber dieser Anschauungsweise. Auch hier haben die materiellen Momente, wie zum Beispiel das gegenseitige Schutzbedürfnis der einzelnen Kantone, ihre Bedeutung besessen, die nicht übersehen werden darf.

Dem Wunsch nach Freihaltung von jeder fürstlichen Oberhoheit entsprechend ist zunächst das Streben der Schweizer auf Anerkennung ihrer Reichsunmittelbarkeit gerichtet gewesen, und im Kampfe gegen Habsburg haben sie das durchgesetzt. Danach aber tritt allmählich als Ziel hervor die unbeschränkte Selbständigkeit, die volle Loslösung vom Reich. In dieser Richtung sind die Schweizer bestärkt worden durch die Tatsache, daß die Kaiserkrone dauernd an ihren alten Gegner übergegangen war. Der Basler Friede von 1499, der den sogenannten Schwabenkrieg beendet, hat ihnen zwar noch nicht die formelle, aber die tatsächliche Abtrennung vom Reichsverband gebracht. Die Schweiz ist also zu der Zeit, da unsere nähere Betrachtung einsetzen soll, ein selbständiger Staat, wertvoll als Bundesgenosse durch die ihr innewohnende gewaltige militärische Kraft. Das starke, seit dem Sieg über Burgund riesig gesteigerte Selbstbewußtsein der jungen Macht äußert sich darin, daß sie um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts eine kraftvolle Großmachtspolitik zu treiben entschlossen ist. Durch die Vernichtung Burgunds hat sie selbst die Lage hergestellt, die seitdem so oft sich unangenehm für sie bemerkbar gemacht hat: sie ist eingeklemmt zwischen zwei sich fast unaufhörlich bekämpfende Großmächte, deren Konflikte sie direkt oder indirekt in Mitleidenschaft ziehen. Ihr Sieg über Karl den Kühnen lag im Interesse dieser fremden Staaten und hat für die Schweiz selbst also keineswegs nur vorteilhafte Folgen nach sich gezogen. Zunächst ist sie durch ihn darin bestärkt worden, sich selbständig auf der Bühne der europäischen Politik zu bewegen. Den Antrieb dazu entnahm sie auch der Tatsache, daß ihre Bevölkerungszahl eine größere war, als sie aus eigenen Mitteln ernähren konnte. Deshalb strebte sie nach Gebietsvergrößerung. Sie ist in dieser Zeit durchaus in eine Reihe zu stellen mit den großen, monarchisch regierten Staaten.

Das Bild Europas am Ende des Mittelalters ist also: im Westen die drei starken nationalen Königreiche, die Mitte durch Zersplitterung zu politischer Ohnmacht verurteilt, nur die Schweiz versucht ihre Stimme zu Gehör zu bringen. Habsburg gehört teils zu den Westmächten, teils zu dem Osten Europas. Es stellt die Vermittlung der abendländischen Welt zu diesen östlichen Gebieten dar, die sonst geradeso wie die nordischen politisch ganz für sich leben. Das Übergewicht und der Schwerpunkt liegt also zweifellos im Westen, und dessen Bedeutung wird noch dadurch verstärkt, daß diese Weststaaten den Zugang zum Ozean besitzen, jenseits dessen sich die neue Welt zu erschließen beginnt. Die unmittelbaren Folgen der überseeischen Entdeckungen sind nur wirtschaftspolitischer Natur gewesen. In dieser Hinsicht haben sie die gewaltigste Veränderung heraufgeführt. Der mittelalterliche Welthandel hatte als Ausgangspunkt das Mittelmeer gehabt, daneben war dann mit ständig wachsender Bedeutung die Ostsee getreten. Jetzt eröffnen sich die transozeanischen Verkehrsstraßen. Das starke Vordringen der Türkei im Mittelmeer hatte die romanischen Seemächte veranlaßt, sich andere Betätigungsgebiete zu suchen; dadurch war der Anstoß zu der Entdeckung neuer Seewege und Erdteile gegeben worden, die dann allmählich alle die altüberlieferten Grundlagen des abendländischen Handels erschüttert und ihn in völlig neue Bahnen und Methoden eingelenkt hat. Rein politisch aber haben die Entdeckungen zunächst nur insofern auf das europäische Staatensystem eingewirkt, als durch sie die Herren der neuerschlossenen Gebiete unerschöpflich erscheinende finanzielle Hilfsmittel und auch die moralische Stütze der staunenden Bewunderung der übrigen Menschheit gewannen. Im übrigen ist von politischen Folgen noch keine Rede. Wie wenig die Tatsache des Kolonialbesitzes die europäische Stellung des Mutterlandes an sich erhöhte, zeigt das Beispiel Portugals, dem seit dem Schiedsspruch Alexanders VI. 1493 die halbe Welt zu eigen war und das doch in den europäischen Machtfragen zu vollständigster Einflußlosigkeit verurteilt blieb. Trotz der tatsächlichen Erweiterung über die Welt hin sind nach wie vor führend die rein kontinental-europäischen Verhältnisse. Hier entschied sich das Auf- oder Absteigen eines Staates, die Kolonien änderten vorläufig noch nichts an dem europäischen Charakter des Staatensystems. Aber vom finanziellen Standpunkt aus gewann der Kolonialbesitz eben doch hohe Bedeutung, und so war es natürlich, daß die Länder, die an

den Ozean stießen, einen großen Vorsprung vor den übrigen gewannen. Auch das hat also mitgewirkt, um dem Westen die Führung zufallen zu lassen.

Daß trotzdem die Entwicklung nicht ausschließlich von den Westmächten beherrscht worden ist, ergibt sich aus dem großen Umschwung auf kirchlichem Gebiet. Die Reformation, die auch für die staatlichen Zustände entscheidend geworden ist, hat von Deutschland ihren Ausgang genommen. Auf diese Weise hat auch das politisch ohnmächtige Mitteleuropa seinen Einfluß auf die Gestaltung des Weltbildes ausüben können. Kingsleys Wort, daß die Geschichte Deutschlands die Grundwurzel für die Geschichte Europas bilde, besitzt für die Neuzeit seine Berechtigung durch die Einwirkung der Reformation auf die Politik aller Staaten. Ohne sie wäre zweifellos die Entwicklung ausschließlich vom Westen bestimmt worden.

Kapitel III

Die vorbereitenden Kämpfe um Italien (1494—1519)

Der Gang der Entwicklung hatte dahin geführt, daß mehrere Mächte gleichzeitig sich zu Fähigkeit und Willen durchgerungen hatten, im Dienste höherer Ziele das engere Gebiet ihres bisherigen Wirkungskreises zu verlassen. Deshalb ist, als sie jetzt zur Tat schreiten, die Lage durchaus keine eindeutige. Während die späteren Perioden die bestimmende Note durch das Vormachtsstreben *eines* Staates erhalten, gilt das für diese Zeit der Vorbereitung noch nicht. Zwar hat Frankreich durch sein Losschlagen die neue Situation heraufgeführt, so daß vielfach der Sinn des außenpolitischen Geschehens in diesen Jahrzehnten der Kampf gegen Frankreich ist. Aber die Verhältnisse sind doch keineswegs derart, daß Frankreich tatsächlich schon zur Gefahr für die Selbständigkeit der anderen geworden wäre. Von welcher Seite her die schwerste Bedrohung kommen wird, ist noch ungeklärt. Infolgedessen ist vorläufig keine einheitlich das Ganze beherrschende Linie aufzuweisen. Ein wildes und anscheinend regelloses Hin und Her von Bündnissen findet statt, jeder Staat wählt seine Stellung so, wie das Interesse des Augenblicks es geboten erscheinen läßt. Daher ist es zum Verständnis dieser Periode erforderlich, in stärkerem Maße auf Einzeltatsachen einzugehen, als das dann weiterhin dem Zwecke dieses Buches entsprechend der Fall sein wird.

Die Entwicklung Frankreichs im Laufe des Mittelalters hatte es im Westen, Süden und Südosten bis zu seinen festen, natürlichen Grenzen geführt. Offen dagegen stand seine Grenze im Norden und Osten, und das war um so bedenklicher, als von hier aus die Landeshauptstadt in ganz wenigen Tagesmärschen zu erreichen war. Daß eine in solcher Nähe von Paris gelegene Stadt wie Cambrai in fremder Hand sich befand, bildete eine schwer erträgliche Bedrohung. Deshalb war es geradezu selbst-

verſtändlich, daß die Könige verſuchten, dieſe Gefahr zu beſeitigen und auch hier eine Abrundung ihres Gebiets zu gewinnen. Das Maß, in dem dabei die Grenzlinie vorgeſchoben werden ſollte, wurde beſtimmt durch die romantiſchen Vorſtellungen, die völlig unverlierbar der franzöſiſchen Volksſeele aufgeprägt zu ſein ſcheinen, daß Frankreich notwendig auf den Umfang des alten Gallien gebracht werden, d. h. bis an den Rhein reichen müſſe. Der Kampf um die Rheingrenze iſt faſt ſo alt, als unſere Kenntnis von Germanen und Galliern zurückreicht. Er hat allmählich eine ſolche Bedeutung gewonnen, daß er den deutlichſten Ausdruck für das Machtverhältnis Deutſchlands und Frankreichs darſtellt. Je kräftiger und ſelbſtbewußter beide Völker ſich entwickelten, um ſo ſtärker ſtrebten ſie nach dem Beſitz dieſer Gebiete.

Der Wunſch der franzöſiſchen Könige, ihr Reich nach dieſer Richtung hin zu erweitern und zu ſichern, iſt der Ausfluß ihrer ſonſtigen Kraftſteigerung. Bei dieſen Bemühungen ſtoßen ſie aber erſt auf die Selbſtändigkeit Burgunds und dann auf deſſen Erben Habsburg. Nach Karls des Kühnen Tode erheben ſowohl Frankreich wie Habsburg Anſpruch auf das Ganze des burgundiſchen Staates, keiner aber hat ſich vollſtändig durchſetzen können. In den Verträgen von Arras 1482 und Senlis 1493 iſt das Kompromiß errichtet worden, daß Frankreich das Stammland Burgund an ſich nahm, während der Reſt, vor allem alſo die wirtſchaftlich ſo bedeutenden niederländiſchen Gebiete, an Maximilian fielen. Dieſer Ausgleich hat aber keine dauernde Verſtändigung gebracht. Die franzöſiſche und habsburgiſche Großmacht ſtoßen von jetzt an unmittelbar aneinander, und die enge Berührung hat fortwährende Reibung zur Folge gehabt. Der Streit um die burgundiſchen Lande iſt einer der wichtigſten Gründe für die dauernde Feindſchaft, die mehr als zwei und ein halbes Jahrhundert faſt ungeſchwächt zwiſchen Habsburg und Valois angehalten hat. Als Ludwig XV. im Verlauf des öſterreichiſchen Erbfolgekriegs 1745 ſeinen Einzug in Brügge hielt, hat er vor dem Grabmal Marias in der Liebfrauenkirche die Worte geſprochen: „Voilà l'origine de toutes nos guerres“, und in der Tat, der Anſpruch beider Mächte auf Marias Erbſchaft hat weſentlich dieſen Gegenſatz verurſacht, der einer der beſtimmenden Grundzüge der europäiſchen Politik geworden iſt. Die Feinde Frankreichs konnten mit Sicherheit darauf rechnen, daß Öſterreich an ihre Seite treten werde. Erſt die gemeinſame Bekämpfung der neu auf-

steigenden und die Interessen beider bedrohenden Macht Preußen hat die Erbfeinde zusammengeführt. In diesem österreichisch-französischen Gegensatz tritt uns also sofort eine der durch die Jahrhunderte hindurchgehenden Grundtendenzen entgegen.

Was war es gewesen, das Karl VIII. veranlaßt hatte, vor Maximilian zurückzuweichen und die so lange erstrebte Abrundung nach Norden und Osten hin preiszugeben? Nicht etwa der Wunsch, den Konflikt mit diesem starken Gegner zu vermeiden; dazu war das Selbstbewußtsein der Könige von Frankreich viel zu hoch gestiegen, und auch das tatsächliche Machtverhältnis hätte durchaus nicht einen solchen Zwang auferlegt. Karl hat vielmehr bewußt und absichtlich, im Widerspruch zu seinen Beratern, mit der nach Nordosten gerichteten Politik gebrochen. In ihm kommt wieder einmal die mittelalterliche Form des Universalismus zur Verkörperung. Auf sein einiges Frankreich gestützt, will er die Erbschaft der Kaiser sich aneignen und an die Spitze des Abendlandes treten. Zunächst geht sein Ehrgeiz auf die Eroberung Italiens; sie soll aber nur das Vorspiel sein zu einem Zug gegen den Orient, zur Befreiung Konstantinopels und Jerusalems, zur Wiederaufrichtung des Imperiums in vollstem Glanze. Unstillbare Abenteuerlust und sprudelnde Phantasie sind die Wurzeln von Karls politischem Handeln. Um aber nach Italien greifen zu können, muß er zunächst das eigene Haus sichern. Deshalb räumt er durch vorläufiges Entgegenkommen den Gegensatz zu Habsburg aus dem Wege; das ist der Sinn des Vertrages von Senlis. Demselben Zweck dient auch der Vertrag zu Etaples 1492 mit England und der zu Barcelona 1493 mit Spanien. Dieser letztere ist besonders kennzeichnend für die Art von Karls Politik: damit Spanien seinem italienischen Unternehmen keine Schwierigkeiten bereite, tritt er ihm Gebiete nördlich der Pyrenäen ab. Er läßt es also innerhalb der natürlichen Grenzen Frankreichs um sich greifen. Das zeigt deutlich, wie wenig nationale Gesichtspunkte für Karl maßgebend gewesen sind. Nachdem er sich auf diese Weise die nötige Rückendeckung verschafft hat, schreitet er zur Ausführung seiner Pläne: 1494 übersteigt er die Alpen.

Wieder also ist es Italien, das, wie im Mittelalter, für eine fremde Macht das Sprungbrett beim Griff nach einer universalen Stellung abgeben soll. Was ihm jetzt die Bedeutung verleiht, ist nicht mehr so sehr die Tradition des Kaisertums, sondern es ist

der materielle Reichtum, der hier zu finden iſt. Noch ſind ja die italieniſchen Handelsplätze die erſten der Welt, nirgends ſind ſolche Kapitalien angehäuft wie in ihnen; und gerade bares Geld mangelt den anderen Staaten, bis dann die Neue Welt Wandel geſchaffen hat. Deshalb iſt es begreiflich, daß ſich die Begehrlichkeit gerade hierher richtete, und die Zerriſſenheit der Nation erleichterte es, feſten Fuß zu faſſen. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts haben ſeitdem die Fremden das entſcheidende Wort über die Geſchicke Italiens geſprochen.

Fünf größere Staaten hatten ſich allmählich auf dem Boden der Halbinſel über der Maſſe der kleinen Herrſchaften und Stadtrepubliken herausgebildet. Die höchſte Stufe nahm unſtreitig das reiche Venedig ein, deſſen Politik geleitet wurde auf Grund einer äußerſt komplizierten Verfaſſung von einer in der Schule großer Tradition aufwachſenden Ariſtokratie. Die Zeitgenoſſen bewunderten dieſe venezianiſche Erbweisheit in derſelben Weiſe, wie ſeit dem 18. Jahrhundert vielfach die in ähnlichen Traditionen errungene engliſche Erbweisheit von den Kontinentalen mit guten Grunde beſtaunt worden iſt. Trotz der Erwerbung der terra ferma, die dem Staat auch den Weg in das Innere Italiens eröffnete, iſt für die Signorie maßgebend immer das Handelsintereſſe geblieben. Venedig ſtand und fiel mit ſeinem Handel. Aber gerade dieſer Umſtand barg die Urſache des Zerfalls der venezianiſchen Größe in ſich. Denn der Mittelmeerhandel wurde von Jahr zu Jahr mehr entwertet durch die überhandnehmende türkiſche Seeräuberei, und gleichzeitig öffneten ſich die neuen, ſo viel höheren Ertrag verheißenden überſeeiſchen Handelswege, die abſeits von den Bahnen Venedigs lagen. Noch ſtand der Staat aufrecht, aber er war rettungslos zum Sinken verurteilt.

Hohe Bedeutung für die internationale Politik beſaß auch Mailand. Formell war es noch Reichslehen, die Sforzas walteten aber in ihrem Herzogtum ganz wie ſelbſtändige Herrſcher. Franz Sforza hatte ſeinen Machtbereich auch auf Genua ausgedehnt, ſo daß der Inhaber von Mailand über die nach Venedig ſtärkſte Seemacht verfügte. Das hat dem Beſitz Mailands noch erhöhte Wichtigkeit verliehen. Dem Namen nach regierte Giangaleazzo Sforza, die Macht lag aber in den Händen ſeines bedeutenden Oheims Ludwigs des Mohren. Die anderen ſtaatlichen Gebilde von mehr als lokaler Bedeutung waren das Florenz der Mediceer, Neapel unter

der Nebenlinie des aragoneſiſchen Fürſtenhauſes und ſchließlich der Kirchenſtaat. Zu größerem Umfang gebracht durch Sixtus IV., iſt der letztere eigentlich erſt im Verlauf der Kämpfe dieſer Jahrzehnte, vor allem durch Alexander VI., Ceſare Borgia und Julius II., in feſte Form gegoſſen worden. Aber indem die Päpſte nunmehr als Herren eines ſelbſtändigen Staates erſchienen, haben ſie ihre univerſalen Anſprüche ſchwer geſchädigt. Sie ſanken, indem ſie in eine Reihe traten mit Venedig und den anderen, auf die Stufe eines italieniſchen Territorialfürſten herab. Die verhältnismäßig kleinen Intereſſen ihrer weltlichen Herrſchaft wurden das Ausſchlaggebende für ihre Politik; deutlich wurde dadurch betont, wie weit ſie abgekommen waren von ihrem Ziel, allbeherrſchend über dem Abendland zu thronen. Durch dies Überwuchern der kirchenſtaatlichen über die päpſtlichen Intereſſen iſt das Anſehen des Vatikans ſchwerer Beeinträchtigung verfallen. Gelegentlich allerdings haben die Päpſte auch gerade ihrer rein weltlichen Macht eine Verbeſſerung ihrer kirchenpolitiſchen Stellung zu verdanken gehabt, da andere Staaten ihre Hilfe mit kirchlichen Zugeſtändniſſen bezahlten. Aber ſolche kleinen Vorteile wogen doch die gewaltige Einbuße nicht auf, die in ihrer Geſamtſtellung zu verzeichnen iſt.

Dieſe fünf Staaten waren die Glieder des italieniſchen Staatenſyſtems, das, wie ſchon erwähnt, das Vorbild des europäiſchen Staatenſyſtems geworden iſt. Das unter ihnen beſtehende Gleichgewicht ging in die Brüche durch den Konflikt zwiſchen Neapel und Mailand. Ludwig der Mohr fürchtete, daß der durch ihn von der Macht ferngehaltene Giangaleazzo Hilfe bei Ferrante von Neapel, dem Großvater ſeiner Gemahlin, finden werde, und zum Schutz dagegen iſt er das Bündnis mit Frankreich eingegangen. Die Frage, ob er den Anſtoß zu dieſem Bündnis gegeben hat oder ob Frankreich ſeinerſeits mit der Anregung an ihn herangetreten iſt, läßt ſich nicht mit Sicherheit beantworten. Jedenfalls hat dieſer Vertrag von 1492 Karl VIII. den willkommenen Vorwand zum Eingreifen in Italien geliefert, und damit bleibt doch beim Mohren ein ſtarker Teil der Verantwortung für die ſeitdem auf dem Lande laſtende Fremdherrſchaft. Italien ſowohl wie ihm perſönlich iſt die Verbindung zum Verhängnis geworden: er endete ſein Leben als Gefangener des franzöſiſchen Königs.

Aber auch für Frankreich hat dies italieniſche Unternehmen Karls VIII. mit ſeiner univerſaliſtiſchen Färbung ſich nicht als Segen erwieſen;

es hat ihm die schweren Kämpfe der Folgezeit eingetragen. Deshalb ist es gerade von französischen Historikern (Sorel, Lavisse u. a.) sehr herb beurteilt worden. So sehr das sachlich berechtigt ist, muß doch auf der anderen Seite darauf hingewiesen werden, daß diese Kämpfe für Frankreich nicht vermeidbar gewesen wären, auch wenn es auf den Angriff auf Italien verzichtet hätte. Nicht Frankreich allein, sondern allen den zum Bewußtsein ihrer Kraft gekommenen Großmächten war der Griff nach Eroberungen natürlich. Er lag ihnen im Blut und gehörte notwendig zu ihrer Eigenart. Für diese ersten Jahre des Staatensystems gilt das, was Englands früherer Premierminister Lord Salisbury auch noch für unsere Zeit als gültig bezeichnet hat, mit der bindenden Kraft eines Naturgesetzes, daß die großen Staaten immer größer und die kleinen immer kleiner werden. Hätte also nicht Frankreich die nationale Basis seiner Politik verlassen, würde das zweifellos einer der anderen Staaten getan haben, so daß Frankreich dann doch ebenfalls das Kampffeld hätte betreten müssen, um ihn nicht allmächtig werden zu lassen. Zu fechten hätte es unter allen Umständen gehabt. So wie die Dinge gegangen sind, hat Karl VIII. diese Kriege durch seine Aggressive heraufbeschworen; aber auch wenn er das nicht getan hätte, würde er Defensivkriege zu führen gehabt haben. Bei dem Charakter des Staatensystems war friedliche Weiterentwicklung ausgeschlossen.

Vor dem französischen Einmarsch brach das italienische Staatensystem wie ein Kartenhaus zusammen, nach der Eroberung Neapels im Februar 1495 konnte Karl sich als Herrn der Halbinsel betrachten. Da aber regten sich die anderen Großmächte, die bisher beiseite gestanden hatten; eine derartige Vermehrung der französischen Macht waren sie nicht ruhig hinzunehmen gewillt. So bringt gleich die Entstehung des europäischen Staatensystems das charakteristische Kennzeichen: gegen den Störenfried des bestehenden Stärkeverhältnisses vereinigen sich die anderen. Der Palmsonntag (31. März) 1495 ist der Tag, an dem als erstes einer unendlich langen Reihe ein derartiges Bündnis abgeschlossen worden ist.

Damals waren es Österreich und Spanien, die gegen Frankreich zusammentraten. Maximilian knüpfte an die Politik Karls des Kühnen wieder an, Frankreich durch das Bündnis mit Spanien einzukreisen; jetzt aber stand nicht nur Burgund, sondern die ganze habsburgische Kraft hinter dieser Absicht. Es ist ein weltgeschicht-

licher Augenblick, in dem Österreich und Spanien zum erstenmal in politische Verbindung treten, und sie war gleich als eine dauernde gedacht: durch die Heirat Philipps des Schönen mit Juana wurde engste dynastische Beziehung hergestellt. So eng sie zu gestalten, wie das sich dann wirklich daraus ergeben hat, war allerdings keineswegs die Absicht. Zwischen Juana und dem spanischen Thron standen damals noch zwei ältere Geschwister. Durch deren Tod aber ist dann diese Verbindung in die Vereinigung der beiden Staaten umgewandelt worden. Frankreich hat also selbst dies Bündnis verursacht, das für Gesamteuropa so folgenschwer geworden ist. Den beiden Mächten gesellten sich hinzu alle italienischen Staaten, die noch ihre Selbständigkeit gegen Karl hatten behaupten können, aber sich in ihr schwer bedroht fühlten und erkannt hatten, was Frankreich unter Bundesgenossenschaft verstand, und dann vor allem auch England. Dessen Beitritt zu der Liga scheint im Widerspruch zu stehen mit dem Prinzip Heinrichs VII., sich von den kontinentalen Streitigkeiten fernzuhalten. Aber England mußte seinerseits von einem durch den Besitz Italiens gestärkten Frankreich einen Angriff gewärtigen; das beste Mittel, dem vorzubeugen, bestand darin, zu verhindern, daß Frankreich diese Machterweiterung erfuhr. Es war also eine defensive Maßregel, wenn Heinrich sich der Liga anschloß, und sie hat auch den Zweck, England von einem Kriege fernzuhalten, durchaus erreicht.

Denn angesichts dieser Koalition aller anderen blieb Karl nichts übrig als der schleunige Rückzug. Besonders empfindlich hatte ihn der Abfall Mailands getroffen, durch den er auch die Verfügung über die genuesische Flotte verlor. Bei dem Mangel eigener Seestreitkräfte war ihm dadurch der Nachschub zu seinen Stellungen in Süd- und Mittelitalien unmöglich geworden. So hat er das ganze Unternehmen preisgeben und sich wieder, unter Behauptung nur weniger Posten in Italien, auf französischen Boden zurückziehen müssen. Aber die Wirkung seines Vorstoßes war nicht mehr aus der Welt zu schaffen: die Lust an Eroberungen war geweckt. Spanien hat die zu Süditalien angeknüpften Beziehungen nicht wieder abbrechen lassen, suchte vielmehr sehr bald von hier aus nach Norden vorzudringen, und Frankreich nahm unter Karls Nachfolger Ludwig XII. dessen Angriffspolitik wieder auf. Aber der neue König tat das in realpolitischerem Sinn und in modernerer Form, deshalb auch mit mehr Aussicht auf Erfolg. Er verzichtete auf die universalistischen Pläne,

ſein Ziel war einfach der Gewinn Mailands und Neapels, alſo immer noch ein ſehr hohes, aber beſcheiden im Vergleich zu dem ſeines Vorgängers. Die Lage veränderte ſich damit: bisher hatten die italieniſchen Kleinſtaaten auf die Hilfe der anderen Mächte gegen die Gelüſte Frankreichs rechnen können, jetzt traten Frankreich und Spanien zum Duell an um die Vorherrſchaft in Italien und von da aus in Europa.

Ludwig XII. hat aus dem Mißerfolg Karls die Lehre gezogen, daß er ſich nicht nur auf die eigenen Kräfte ſtützen dürfe. Er will ſich nicht ebenfalls dem ausſetzen, daß alle anderen ſich gegen ihn vereinigen. England hofft er dadurch an aktiver Beteiligung zu verhindern, daß er mit Jakob IV. von Schottland anknüpft. Das Bündnis mit Schottland hat ſeitdem bis an das Ende von deſſen Selbſtändigkeit dauernde Aufnahme in das Repertoire der franzöſiſchen Diplomatie gefunden. Das war an ſich eine erhebliche Gefahr für England: zählte Schottland zu ſeinen Gegnern, ſo war der Vorteil der inſularen Lage hinfällig geworden. Es war aber Englands Glück, daß die Kräfte Schottlands nie zu ernſter Bedrohung ausreichten. Immerhin hat die ſchottiſche Gegnerſchaft in England den Wunſch lebendig erhalten, durch ſtaatliche Vereinigung der ganzen Inſel aller Gefahr vorzubeugen. Aber Englands Anerbietungen haben im Norden keine Gegenliebe gefunden, deshalb hat es durch Anknüpfen mit der innerſchottiſchen Oppoſition die Schlagfertigkeit des Staates mit gutem Erfolg zu vermindern gewußt. Für alle Fälle hielt alſo Ludwig das Bündnis mit Schottland bereit, aber die erfreulichſte Löſung war es ihm doch, als er in direkten Verhandlungen mit Heinrich zur Verſtändigung gelangte und deſſen Neutralität erkaufte. Auch ſeine Bemühungen in Italien waren von reichem Erfolg gekrönt. Venedig und der Papſt waren unſchwer zu gewinnen, ſie traten ſtets der Partei bei, von der ſie im Augenblick das meiſte geboten erhielten. Von hoher Bedeutung war es weiter, daß auch Spanien mit dem Gedanken der Erwerbung Mailands durch Frankreich ſich einverſtanden erklärte in der Hoffnung, daß Frankreich dann nichts gegen ſeine Feſtſetzung in Neapel unternehmen würde. Das Wichtigſte aber war, daß die Schweiz als Dank für die Unterſtützung, die ihr Ludwig in dem Schwabenkrieg geliehen hatte, ihre aktive Mitwirkung zuſagte. Dadurch iſt dem König die faſt müheloſe Eroberung Mailands im Jahre 1500 möglich geworden. Als Gegengabe erhielt

die Schweiz Bellinzona; sie stieß von ihren Bergen in die Ebene vor und ihre Führer sprachen es offen aus, daß ihr Ehrgeiz noch weiter reichte, daß das ganze oberitalienische Seengebiet mit seinen wichtigen Handelsstraßen der Eidgenossenschaft anheimfallen müsse, wodurch sie eine entscheidende Stellung in den großen europäischen Machtfragen an sich gerissen hätte.

Die erste Hälfte seines Planes hat Ludwig also verwirklicht, und auf Mailand gestützt greift er alsbald auch nach Neapel. Damit aber wird die Vorbedingung für das Einverständnis Spaniens hinfällig, es kommt zum Bruch, und das Ergebnis ihres Kampfes ist in dem Vertrag von Blois 1505, daß Ludwig zurückweichen muß. Mailand und damit die Herrschaft in Oberitalien bleibt bei Frankreich, aber Neapel und damit die in Unteritalien muß es Spanien überlassen. Insofern bedeutet dieser Vertrag die formelle Festsetzung der Fremdherrschaft über die Halbinsel. Das Schicksal Unteritaliens ist durch ihn für zwei volle Jahrhunderte geregelt worden, die spanische Stellung ist hier bis zum spanischen Erbfolgekrieg kaum je auch nur ernstlich bedroht worden. Um so schwereren Angriffen dagegen war die der Franzosen in Mailand von vornherein ausgesetzt.

Mailand bildete ja formell immer noch einen Teil des Reiches. Dennoch hat Kaiser Maximilian zunächst sich mit seinem Übergang in französischen Besitz abgefunden, weil er damals hoffte, selbst mit Frankreich in gute Beziehungen zu kommen. Er ähnelt in der unruhigen und phantastischen Art seiner Politik stark Karl VIII., auch er hofft auf das Universalreich. Durch die Heirat seines Sohnes Philipp mit Juana hatte er schon die Aussicht auf die Verbindung Österreichs mit Spanien eröffnet, und das versucht er zu erweitern durch nichts Geringeres als den Gewinn Frankreichs. Er verhandelt mit dem sohnlosen Ludwig über die Aufhebung des die weibliche Thronfolge ausschließenden salischen Gesetzes und die Heirat seines Enkels Karl mit Ludwigs Tochter Claudia. Die Einheit aller festländischen Großmächte und damit die Verwirklichung der Universalmonarchie wäre die Folge gewesen. Aber der französische Selbständigkeitssinn trat dieser Möglichkeit in den Weg, Claudia wurde dem jungen Franz von Angoulême, dem späteren Franz I., verlobt. Maximilians Plan war damit gescheitert. Von diesem Augenblick an tritt wieder der habsburgisch-französische Interessengegensatz mit voller Schärfe an das Tageslicht. Unter den veränderten Verhältnissen ist es dem Kaiser höchst unerwünscht, daß die Franzosen sich

in Mailand eingeniſtet haben, jetzt holt er ſeine eigenen Anſprüche auf das Herzogtum wieder hervor. Damit ſtoßen wir auf einen dritten Punkt, der neben dem Streben nach der Vormachtſtellung und neben dem Anſpruch auf die burgundiſche Erbſchaft den Anlaß zu dem ſäkularen Kampf zwiſchen Öſterreich und Frankreich gegeben hat: beide wollen die Herrſchaft über Oberitalien an ſich reißen. Immer wieder iſt über dieſe Frage der Streit zwiſchen ihnen entbrannt.

Maximilian rüſtet ſich alſo, Mailand den Franzoſen wieder abzujagen. Im Begriff aber, von Tirol her loszubrechen, ſtößt er auf ein Hindernis: die Alpenpäſſe ſind im Beſitz der Venezianer, und dieſe verweigern ihm den Durchmarſch aus Furcht, ſonſt in den Krieg hineingezogen zu werden. Gerade dadurch jedoch haben ſie das Gewitter direkt auf ſich ſelbſt gelenkt. Denn Maximilian wendet ſich nun gegen ſie, und er tut das um ſo lieber, als von jeher die Macht Venedigs ihm ein beſonderer Dorn im Auge geweſen iſt. Die noch immer lebendige Politik der Signorie, ihren adriatiſchen Küſtenbeſitz zu vermehren, erſcheint ihm als Bedrohung Öſterreichs, und außerdem muß er befürchten, durch die Erweiterung der feſtländiſchen Machtgrundlage der Republik einen ſtarken Riegel vor ſeine italieniſchen Zukunftspläne gelegt zu bekommen. So begrüßt er freudig den Anlaß, ihr einen Stoß zu verſetzen, und verſtändigt ſich mit Frankreich. Wie Karl VIII. ihm vorläufig um ſeiner anderen Abſichten willen den größten Teil des burgundiſchen Erbes überlaſſen hatte, ſo beſtätigt Maximilian zunächſt den Übergang Mailands in den franzöſiſchen Beſitz und gewinnt dadurch ſogar Ludwigs Hilfe gegen Venedig. Ihnen ſchließt ſich Spanien an, das durch die Erwerbung der venezianiſchen Küſtenplätze in der ſüdlichen Adria ſeine Mittelmeerſtellung entſcheidend auszubauen gedenkt, und ſchließlich tritt dem Bunde, der Liga von Cambrai 1508, auch noch Papſt Julius II. bei. Zwei große Ziele ſind es, die Julius anſtrebt und die ſich fortwährend ineinander verflechten. Das erſte iſt der Gedanke, den dann Machiavell theoretiſch niedergelegt hat: die Befreiung Italiens von den Fremden; das andere iſt die Kräftigung des Kirchenſtaats. Dieſer letztere Wunſch hat ihn zum Todfeind Venedigs gemacht, das ja ſeine Herrſchaft immer tiefer nach Italien hineinzutragen ſucht und dabei über Gebiete ausdehnt, die der Papſt dem Kirchenſtaat vorbehalten wiſſen will. Deshalb ſchließt auch Julius ſich der Liga an. An

und für sich könnte es überraschen, daß für den Kampf gegen das eine Venedig eine derart gewaltige Koalition sich zusammenfand. Damals aber beruhte die Wehrkraft eines Staates noch in viel höherem Maße auf seiner finanziellen Leistungsfähigkeit; wer das meiste Geld besaß, konnte das größte Heer aufstellen. Insofern war Venedig noch ein sehr ernst zu nehmender Gegner. Aber vor der Übermacht dieses Bündnisses brach es zusammen.

Rettung ist ihm gekommen durch die geschilderte Doppelpoligkeit in der Politik des Papstes. Indem es nach den vernichtenden Niederlagen dessen Forderungen bewilligte und die strittigen Teile der Romagna ihm überließ, d. h. also auf den Vorstoß in das Innere Italiens verzichtete, trennte es den Papst von der Liga, und seitdem stand für Julius wieder sein anderes Ziel, die Befreiung Italiens, im Vordergrund. Ihr gefährlichster Gegner war aber unstreitig Frankreich, gegen dessen oberitalienische Stellung wendete sich daher Julius mit voller Schärfe. Die Konzilien von Pisa 1511, wo sich die Anhänger Frankreichs versammelten, und vom Lateran 1512 spielen in diese Machtkämpfe hinein. Des Papstes Absicht war also, Ludwig aus Mailand zu verdrängen. Zu diesem Zweck hat er die Heilige Liga von 1511 zusammengebracht. Es ist ihm gelungen, die Schweiz zum Beitritt zu bewegen, die sich in den letzten Kämpfen ängstlich zurückgehalten hatte, weil ihr bei der Einigung zwischen den beiden sie flankierenden Großmächten unheimlich geworden war; jetzt aber nahm sie wieder ihre aktive, ehrgeizige Großmachtspolitik auf; Frankreichs Festsetzung in Mailand veranlaßte sie, an die Seite des Heiligen Stuhles in Kampfstellung gegen den früheren Bundesgenossen zu treten. Weiter hat Julius Spanien von dem bisherigen Bündnis abgesprengt, indem er Ferdinand die Gefahren ausmalte, die durch das Verbleiben Frankreichs in Mailand auch seinem italienischen Besitz drohten, und indem er ihn auf Erwerbungen in Südfrankreich hinwies; schließlich hat er ebenfalls durch Versprechungen auf Kosten von Frankreich England zum Anschluß bewogen. Heinrich VIII. ließ sich durch die Aussicht auf den Erwerb der Guienne verlocken, zu der mittelalterlichen Politik der aggressiven Eroberungsabsichten, mit der sein Vater gebrochen hatte, zurückzukehren.

Damit ergab sich die eigentümliche Lage, daß von der Liga von Cambrai nur noch Österreich und Frankreich übrig waren, die Staaten also, aus deren Gegensatz eigentlich der Krieg gegen Venedig herausgewachsen war. Ihr Bündnis war zweifellos, nachdem der unmittel-

bare Zweck erreicht war, ein unnatürliches, so ist es nicht überraschend, daß auch Maximilian bald den Werbungen des Papstes nachgab und seine Absichten auf Oberitalien wieder aufnahm. Das stand auch im Einklang zu seinen universalistischen Plänen, die ihn damals zur Betreibung des phantastischen Versuches veranlaßt haben, sich selbst zum Papst wählen zu lassen und demnach in seiner Person die Vereinigung der beiden höchsten Instanzen der Christenheit darzustellen. Er hat mit solcher Absicht natürlich nirgends Gegenliebe gefunden, und auch im übrigen stand der Gang der Ereignisse sehr im Widerspruch zu seinen Hoffnungen. Denn noch bevor er selbst einen Schritt in der Richtung auf Oberitalien unternehmen konnte, legte die Schweiz ihre Hand auf Mailand; sie beseitigte die französische Herrschaft und setzte die eigene an deren Stelle. Da alle anderen sehr viel lieber die Schweizer als den Kaiser an diesem wichtigen Punkte sahen, mußte Maximilian gute Miene zum bösen Spiel machen. Der Gewinn Mailands bildet den Höhepunkt dieser Episode der Schweizer Großmachtspolitik. Damit trat sie an die Spitze der Gegner Frankreichs, der Kampf zwischen beiden wurde das Wichtigste der nächsten Jahre.

Der Übermacht der gegnerischen Koalition ist Frankreich unterlegen. Sein Bundesgenosse Jakob IV. wird von England geschlagen, und es selbst kann sich des von allen Seiten hereinbrechenden Angriffs nicht erwehren. Im Süden stehen die Spanier auf seinem Boden, im Osten droht der Einfall der Schweizer, im Norden erleidet es gegen die vereinigten Kräfte Maximilians und Heinrichs die schwere Niederlage von Guinegate. In dieser höchsten Not bleibt nichts übrig als der Verzicht auf die italienischen Pläne. Ludwig überläßt Mailand den Eidgenossen, erkennt sie also als Großmacht an. Den Spaniern bestätigt er den Besitz der von ihnen nördlich der Pyrenäen eroberten Gebiete. Mit England gelangt er hauptsächlich auf Grund finanzieller Opfer zur Verständigung und sogar zu einem Bündnis. Auf diese Weise wird die Unabhängigkeit Frankreichs gerettet, aber alles darüber Hinausgehende ist verloren. Nicht einmal die Grenzen von vor 1494 sind in vollem Umfang behauptet. Frankreichs internationale Stellung ist schwer geschädigt, materiell und moralisch hat ihm der vergebliche Vorstoß Einbuße gebracht.

Dies wieder gutzumachen und die verlorengegangene große Stellung zurückzugewinnen, ist das oberste Ziel Franz' I. gewesen, und

mit kraftvoller Entschlossenheit ist er alsbald an dessen Verwirklichung gegangen. Im ersten Jahr seiner Regierung wirft er auf Grund des Sieges von Marignano die Schweizer aus Mailand heraus. Seitdem ist es vorbei mit der großen politischen Rolle der Eidgenossenschaft. Sie rettet zwar aus dem Zusammenbruch die Gebiete, die heute den Kanton Tessin bilden, aber der sogenannte Ewige Friede von 1516 bedeutet doch den Abschluß ihrer Großmachtstellung und den Übergang zu der Politik, die sie zu ihrem Segen dauernd hat durchführen können: sie bleibt bei den Verwicklungen der Nachbarstaaten neutral, und wenn auch später die internationale Garantie für ihre Neutralität ausgesprochen worden ist, so beruht diese doch hauptsächlich auf dem eigenen freien Willen der Schweiz und auf ihrer Kraft, jeden Eingriff zurückzuweisen. Demzufolge ist die Schweizer Neutralität ein Recht, auf das sie jederzeit Verzicht leisten könnte, wenn es ihr wieder einfiele, andere Politik zu treiben; sie ist nicht wie bei anderen Staaten eine auferlegte Pflicht. Die Schweiz hat also selbst, in richtiger Erkenntnis ihrer Mittel, der Episode ihrer Großmachtstellung ein Ende gesetzt und, um ihre Selbständigkeit nicht zu gefährden, sich von der Bühne der Machtpolitik zurückgezogen. Bestärkt worden ist sie in dieser Abwendung durch die eigene Kraftverminderung, die bald danach infolge der religiösen Zersplitterung eingetreten ist.

Seit Marignano saßen die Franzosen wieder in Mailand, und auf diesen Gewinn gestützt spielte Franz I. auch gleich wieder mit dem Gedanken, nach Süditalien vorzudringen. Da aber erfolgte der Tod Ferdinands von Spanien, sein Enkel Karl, der zukünftige Erbe Österreichs, bestieg den Thron. Für Frankreich rückte damit die Gefahr in greifbare Nähe, zwischen die Flügel eines einzigen großen Reiches eingeklemmt zu werden; der Krieg mit diesem einen Staat bedeutete ihm den Krieg mit zwei Fronten. Angesichts dieser sehr ernsten Lage durfte es sich nicht auch noch mit den anderen Mächten überwerfen. Deshalb verzichtete Franz auf die Machterweiterung nach Süditalien hinein, als das ihm verbündete England, getrieben von dem Wunsch, Frankreich nicht allzu stark werden zu lassen, in diesem Sinne einen diplomatischen Druck auf ihn ausübte. Dieses Zurückweichen hat auch die Stimmung des Papstes sehr günstig beeinflußt, und das wurde noch erhöht durch ein gewisses Entgegenkommen in kirchenpolitischen Fragen. Franz schloß mit Leo X. 1516 das Konkordat von Bologna. Einerseits wurden

darin die päpstlichen Hoheitsrechte, die höchste Gerichtsbarkeit und die Zahlung der Annaten wiederhergestellt; auch die Feststellung, daß die Konzilien über dem Papste stünden, geriet in Fortfall, so daß die römischen Wünsche in weitgehendem Maße erfüllt wurden. Andererseits aber erzielte Franz eine wichtige Vermehrung der königlichen Rechte, die Ernennung der französischen Bischöfe lag künftig ganz bei ihm. Dadurch wurde seine Stellung im Innern auf Kosten der hohen Geistlichkeit erheblich verstärkt, das Konkordat bedeutet einen wichtigen Schritt zur Vollendung des Absolutismus hin. Ein Zusammenwirken von Gründen der inneren und äußeren Politik hat also Franz zu seinem Entgegenkommen gegen den Papst veranlaßt. Da er sich mit dem bereits Gewonnenen vorläufig begnügte, sind die ersten Jahre seiner Regierung verhältnismäßig ruhig verlaufen. Die Mächte holten noch einmal Atem zu dem gewaltigen Ringen, das dann anheben sollte.

Das Ergebnis dieser vom Kampf um Italien ausgefüllten Zeit der Vorbereitung ist also: Frankreich hat die verlorengegangene Herrschaft über Oberitalien wieder an sich gerissen; in Süditalien dagegen sitzt Spanien. Beide Mächte sind aus der nationalen Grundlage ihrer Kraft vorgestoßen und haben ihren Machtbereich erweitert, indem sie sich in die frühere Stellung der Kaiser in Italien geteilt haben. Noch ist keine Entscheidung gefallen, wer von ihnen das Übergewicht erlangen wird. Beide aber stehen auf dem Sprung, die volle Erbschaft des mittelalterlichen Kaisertums anzutreten und schauen nach den sich dafür bietenden Möglichkeiten aus. Die Vereinigung mit Österreich und die Kaiserwahl von 1519 haben die Wage zugunsten Spaniens ausschlagen lassen.

Diese Kaiserwahl von 1519 ist ein Augenblick von größter weltgeschichtlicher Tragweite. Die Entwicklung des Deutschen Reiches wird durch sie auf unmißverständliche Formel gebracht. Sie besiegelt es, daß kein deutscher Fürst mehr imstande ist, das Reich zu einen und die Kaiserpolitik fortzusetzen, und enthält damit das Eingeständnis der Unfähigkeit Deutschlands, aus eigener Kraft die Gesundung herbeizuführen. Allerdings ist im Verlaufe des Wahlkampfes der Gedanke erwogen worden, den ausländischen Bewerbern eine nationale Kandidatur entgegenzustellen. Friedrich der Weise von Sachsen lehnte aber ab, und Joachim von Brandenburg, der an sich gerne die Kaiserkrone gewonnen hätte, hat nicht genügend Energie und Geschick aufgebracht, um die Mehrheit auf

sich zu vereinigen. Es wurde immer deutlicher, daß ein Fremder die höchste Würde der deutschen Nation erhalten würde. Auch Heinrich VIII. von England hat daran gedacht, seine Kandidatur aufzustellen, aber ernstlich ist er nicht in Frage gekommen, so daß sich der Wahlkampf zum Duell zwischen Karl von Spanien und Franz von Frankreich zuspitzte. Wenn auch Karl der Enkel Maximilians war, so mußte er doch ebenfalls als Ausländer angesehen werden. Die Kurfürsten waren sich dessen wohl bewußt, daß für ihn nicht die Interessen des Reichs, sondern die seines Spaniens und seines dem Reich nur noch lose verbundenen burgundischen Heimatlandes im Vordergrund stehen würden. Wenn sie ihn trotzdem wählten, muß es als eine Art politischen Selbstmordes bezeichnet werden, den das Reich damals beging. Es selbst gab damit seine Einwilligung, daß Deutschland fortan das Objekt der Politik der Fremden darstellte und daß seine Kräfte für Ziele eingesetzt würden, die nicht seine eigenen waren.

So ungeheuer also die Folgen der Wahl für Deutschland gewesen sind, genau dieselbe Bedeutung hat sie auch für Gesamteuropa gehabt. Denn es war klar, worum es eigentlich bei dem Wahlkampf ging: um die Führung des Abendlandes. Frankreich und Spanien strebten sie beide an; der Kampf um Italien hatte an ihrem Gleichgewicht noch nichts geändert. Jetzt aber verfügten die Habsburger über die Mittel zweier Großmächte. Gelang es ihnen, dem auch die immer noch starke ideelle Macht des Kaisertums hinzuzufügen, so erschien ihre Stellung unerschütterlich. Franz dagegen mußte als Gegenwicht gegen die Vereinigung Österreichs und Spaniens versuchen, das Kaisertum an sich zu bringen; sonst war seine Aussicht, sich an die Spitze des Kontinents stellen zu können, von vornherein schwer beeinträchtigt. Bei der Höhe des Ziels war der Kampf schon längere Zeit vor Maximilians Tode entbrannt. Seit 1517 setzten die Bemühungen Frankreichs ein, die Kurfürsten auf seine Seite herüberzuziehen. Ein wüstes und unerfreuliches Feilschen begann, das lebhaft an den unwürdigen Schacher der Fürsten erinnert, wie er sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als es um Säkularisation und Mediatisierung ging, in Paris abgespielt hat. Wesentlich ausschlaggebend für den endlichen Sieg Karls ist zum Schluß die öffentliche Meinung Deutschlands gewesen, die sich mit Leidenschaft dagegen erhob, daß ein Franzose den Kaiserthron besteigen sollte, und die trotz allem in Karl den

Habsburger vor dem Spanier erblickte. Mitgespielt hat bei den Kurfürsten auch die Furcht, daß der absolutistische Herrscher Frankreichs den Versuch machen würde, in Deutschland die reichsständische Libertät zu beschränken, während man dem jungen Karl Zügel anlegen zu können hoffte. Schließlich ist auch der Druck nicht zu vergessen, den die Verstärkung der süddeutschen Stellung der Habsburger durch die Vertreibung Ulrichs von Württemberg auf die Frankfurter Wahl ausübte.

So bestieg ein Kaiser den Thron, der über eine Hausmacht verfügte, wie noch nie einer seiner Vorgänger. Es war zu erwarten, daß er, auf sie gestützt, die kaiserliche Stellung wieder zu einem sehr realen Faktor umwandeln werde. Zunächst also konnte keine Frage sein, daß die Führung Europas an Spanien übergegangen war. Dem Prinzip des Gleichgewichts entsprechend mußte sich deshalb der Kampf der nächsten Zeit gegen Spanien richten.

Kapitel IV

Der Kampf gegen die Vormachtstellung Spaniens (1519—1659)

Anderthalb Jahrhunderte beinahe hat Europa sich gegen die Gefahr der spanischen Hegemonie verteidigen müssen. Die wechselnden Formen, in die sich Spaniens Griff nach der Alleinherrschaft gekleidet hat, werden wir zu betrachten haben. Deutlich gliedert sich diese Periode in drei Abschnitte, in denen Sinn und Methoden der spanischen Politik trotz des immer gleichen Endziels völlig verschieden sind. Wenn auch zeitlich die Einteilung nicht ganz zutrifft, lassen sich diese drei Abschnitte bezeichnen mit den Namen dreier Persönlichkeiten: Karls V., Philipps II. und des Herzogs von Olivarez.

1. Bis zum Frieden von Cateau-Cambrésis 1559

Mit der Kaiserwahl von 1519 hatte Spanien die Führung an sich gerissen, Franz I. war im Wahlkampf unterlegen. Er mußte sich also mit der Tatsache abfinden, daß der Inhaber eines politischen Machtgebildes, wie es die Welt noch nicht gesehen hatte, auch die Kaiserkrone besaß, und mußte damit rechnen, daß Karl auf der Grundlage dieses seines staatlichen Besitzes die alte Kaiserpolitik zu neuem Leben erwecken werde. Seinerseits war aber auch Franz keineswegs gewillt, von den eigenen Plänen, Frankreich zur Vormacht Europas zu erheben, abzustehen. Mit seinen Augen betrachtet, steht Frankreich bei den gewaltigen Kämpfen der nächsten Jahrzehnte mitnichten in der Defensive. Es ist für die Persönlichkeit dieses Herrschers bezeichnend, daß die bei der Wahl erlittene Niederlage ihm nur der Antrieb gewesen ist, nun erst recht, wenn auch mit anderen Mitteln, dem alten Ziele zuzustreben. Davon brachte ihn auch der Anblick der zweifellosen Überlegenheit an materieller Macht nicht ab, die Karl in seiner Hand vereinigte. Der nationalen Geschlossenheit seines Frankreich traute Franz die

höchste Kraftprobe zu, und da er überdies noch sich im Besitze Mailands befand, fühlte er sich stark genug, sich nicht nur Karl gegenüber aufrechtzuerhalten, sondern selbst seinerseits zum Angriff überzugehen und die Führung an sich zu reißen. Imposant war ja auch tatsächlich die Macht, über die er verfügte. 1546 hat ein Venezianer über ihn mit Recht geschrieben, wenn er nicht auf einen Gegner wie Karl gestoßen wäre, hätte er sich gewiß zum Herrn der Christenheit erhoben.

Franz war also fest entschlossen, sich nicht mit dem Erreichten zu begnügen. So sehr er auch stets in diesem Kampfe sich als den Verteidiger der Freiheit Europas darstellte, seine Absicht war doch nur deshalb die Vernichtung der habsburgischen Vorherrschaft, um die eigene an deren Stelle zu setzen. Durch neuen territorialen Gewinn wollte er die moralische Einbuße, die ihm die Wahlniederlage gebracht hatte, wettmachen, und dabei richteten sich seine Blicke wie die seiner Vorgänger auf Neapel. Damit aber gefährdete er das Werk, das er in seinen ersten Regierungsjahren aufgebaut hatte. Die Bundesgenossen, die ihm seine damalige Mäßigung gewonnen hatte, dachten nicht daran, sich für offensive Zwecke Frankreichs einzusetzen. Alsbald fielen sie von ihm ab und wendeten sich dem Kaiser zu, als der sich Franz in den Weg stellte. Für Karl V. war es eine Selbstverständlichkeit, nicht nur das Übergreifen Frankreichs auf Süditalien nicht zu dulden, sondern auch mit allen Mitteln den Versuch aufzunehmen, die französische Herrschaft über Oberitalien zu beseitigen. Denn der Besitz Mailands war die Voraussetzung aller seiner Pläne.

Diese Pläne Karls gingen begreiflicherweise zunächst dahin, die gewaltige Macht, die ihm zur Verfügung stand, dazu zu benutzen und dadurch noch weiter innerlich zu versteifen, daß er eine feste Landverbindung zwischen den auseinanderliegenden Teilen des Reiches herstellte. Dies selbstverständlich gegebene Bedürfnis seines Staates ist also neben allen durch persönliche Eigenart bedingten Wünschen Karls und seiner Nachfolger einer der entscheidenden Antriebe zum Vorwärtsstreben gewesen. Für eine solche Landverbindung brauchte er aber notwendig Oberitalien. Das war der erste Teil seines Programms, aber es sollte nur ein Anfang sein. Wenn das gelungen war, wollte er dann weiter die zwischen Maximilian und Karl VIII. vorgenommene Teilung des burgundischen Reiches rückgängig machen und den gesamten Besitz Karls des Kühnen an sich bringen. Das

Ziel war dabei, auf dem Wege über Vorderösterreich für Spanien die Verbindung der Niederlande mit Italien herzustellen; die spanischen Heere sollten einen Landweg besitzen, auf dem sie, ohne fremdes Gebiet berühren zu müssen, von Mailand nach Cambrai und Brüssel hätten marschieren können. Gleichzeitig wäre dadurch ein eiserner Ring um das herabgeminderte Frankreich gelegt worden, der ihm jede Ausdehnung unmöglich gemacht haben würde. Oft noch und in verschiedenster Form ist dieser für Frankreich so überaus bedrohliche Plan im Lauf der nächsten 150 Jahre aufgetaucht, naturgemäß hat es jedesmal in schärfster Weise dagegen zur Wehr setzen müssen.

Die so errungene, unerschütterlich erscheinende Stellung sollte dann aber die Grundlage sein, von der aus Karl seine eigentliche Absicht verwirklichen wollte: in ihm lebt ebenfalls noch einmal mit voller Stärke die mittelalterliche Vorstellungswelt auf, die Idee des kaiserlichen Universalismus in allen ihren Konsequenzen. Er hat es selbst ausgesprochen, daß er die Einheit des Abendlandes wiederherstellen wollte, und in der Tat, auf Grund der realen Machtverhältnisse hat niemals ein Herrscher besseres Recht besessen, diesem Ziele nachzustreben als Karl V.

Dem äußeren Hergang und der Absicht der beiden unmittelbar Beteiligten nach sind es also zwei Offensiven, die in Karl und Franz aufeinander prallen. Zwei große Reiche gehen daran, die eigene Vorherrschaft aufzurichten. Das höhere, umfassendere Streben aber liegt auf der Seite Karls. Er will noch einmal alle anderen zu einer Einheit unter seiner Leitung zusammenzwingen, infolgedessen steht im eigentlich historischen Sinne Frankreich trotz aller selbstsüchtigen Pläne bei diesem Zweikampf in der Defensive; es verficht in Wirklichkeit gleichzeitig mit der eigenen Sache auch die Europas.

In diesem umfassenden Ausmaß von Karls Streben liegt aber auch einer der wichtigsten Gründe für sein endliches Scheitern. Seine Absicht ging eben dahin, Europa auf einen Zustand zurückzuschrauben, über den es bereits hinaus war. Seinem Einheitswillen steht der modernere Gedanke Franzens gegenüber, der, wenn auch nur notgedrungen seit seiner Wahlniederlage, auf die Idee des Kaisertums mit ihrem teils kirchlichen Charakter Verzicht leistete und seinen Ehrgeiz auf Vormachtstellung, nicht auf Einheit richtete. In diesem Sinne ist der Kampf zwischen ihnen noch einmal der zwischen mittelalterlicher und neuzeitlicher Staatsauffassung,

und da Karl dabei das Überlebte vertrat, von dem ſich die Menſchheit bereits abgewendet hatte, ſo war er von vornherein zur Erfolgloſigkeit verurteilt. Aber andererſeits war doch ſeine Macht viel zu groß, als daß Frankreich ſein Ziel hätte erreichen können.

Als weiterer Grund für den Mißerfolg kommt hinzu, daß dieſe Macht, ſo überwältigend ſie auf den erſten Blick ausſieht, doch bei näherer Betrachtung ſo ſchwache Punkte aufweiſt, daß Franzens Unternehmen nicht ganz unverſtändlich erſcheint. Zunächſt hat Frankreich den militäriſchen Vorteil der inneren Linie und dann vor allem den der feſten, einheitlichen Geſchloſſenheit ſeines Staates. Einmal iſt dieſe Einheit in Frage geſtellt worden, durch die Unterſtützung des Connétables Karl von Bourbon dachte Karl die Kraft ſeines Gegners ins Mark zu treffen; er hoffte, das franzöſiſche Königtum auf ſeine mittelalterliche Schwäche zurückſchrauben zu können, indem er die alte Feudalgewalt wieder hochkommen laſſen und auf dieſe Weiſe einen Staat im Staate errichten wollte. Aber gerade dieſe Empörung eines der Großen der Krone, der ſein perſönliches Intereſſe höher ſtellte als das des Landes, hat ſehr viel dazu beigetragen, um die Nation ſich rückhaltslos hinter ihren König ſtellen zu laſſen. Die Notabelnverſammlung von 1526 hat einmütig die Fortſetzung des Kampfes beſchloſſen. Gegenüber dieſer Tatſache, daß Franz über die geſamten Kräfte des franzöſiſchen Staatskörpers verfügte, fiel es um ſo ſchwerer ins Gewicht, daß Karls Macht ſich aus ſehr verſchieden gearteten Teilen zuſammenſetzte und daß er unbedingter Herr in keinem von ihnen war. In Spanien hat er ſehr bald nach ſeinem Regierungsantritt die ſchwerſten Aufſtände niederzuwerfen gehabt. Neapel war noch viel zu junger ſpaniſcher Beſitz, als daß ſich hier ſchon ein inneres Verhältnis zu ſeinem Herrſcher hätte herausbilden können. Die öſterreichiſchen Stammlande und das neuerworbene Gebiet im Oſten waren alles eher als ein in ſich harmoniſch geſchloſſenes Ganzes; zudem hat Karl ſie bald an ſeinen Bruder Ferdinand weitergegeben, ſo daß hier nur noch dieſelbe Dynaſtie, nicht mehr dieſelbe Perſon wie in den anderen Teilen des Reiches gebot. Die Niederlande waren ebenfalls weit entfernt, ſich einfach gefügig in die Pläne des Kaiſers einſpannen zu laſſen; und das war um ſo peinlicher, als Spaniens Wirtſchaft ſie nicht mehr entbehren konnte, einmal als Lieferanten aller induſtriellen Erzeugniſſe, die nicht im Heimatland hergeſtellt wurden, dann aber auch als Abnehmer der ſpaniſchen Wolle. Die

wirtschaftliche Bedeutung der Niederlande hatte in den letzten Jahrzehnten unermeßliche Fortschritte gemacht, auf Kosten Italiens hatten sie sich zum Mittelpunkt des Welthandels ausgebildet, und infolge ihres Reichtums waren sie als Hauptgeldquelle einer der ausschlaggebenden Faktoren in Karls Politik geworden. Deshalb mußte er Rücksicht nehmen auf ihre Sonderwünsche, und ihre Gedanken gingen stets in vorderster Linie auf den eigenen Vorteil, auf die Wahrung ihrer ständischen und provinziellen Rechte; erst weit dahinter kam das Interesse der Dynastie. Als Kaiser schließlich hatte Karl in seiner Wahlkapitulation seine Einwilligung zu sehr weitgehender Beschränkung seines Einflusses geben müssen, so daß auch im Reich seine Stellung durchaus keine starke war. Nirgends also, in keinem der einzelnen Teile seines Herrschaftsbereiches ruhte Karls Gewalt auf unerschütterlichem Grunde, und die lockere Zusammenfügung der einzelnen, untereinander so ungleichförmigen Teile ergab tatsächlich keine derartige Summe von Macht, wie es äußerlich erscheint. Allzu viele Angriffspunkte bot er seinen Gegnern, und so besteht das Wort durchaus zu Recht: „Seine Macht ist zugleich seine Schwäche" (Baumgarten).

Diese innere Gelockertheit von Karls Macht ist einer der wichtigsten Gründe, warum er nicht sich völlig hat durchsetzen können. Dazu kamen aber noch zwei weitere Faktoren, die Frankreich Rettung gebracht haben: die Angriffe der Türken und die Reformation. Für den Kampf gegen diese drei untereinander in engster Berührung stehenden Elemente des Widerstandes, Frankreich, die Türkei und die protestantischen Reichsstände, hat die Kraft des Kaisers nicht ausgereicht. Franz I. hat in höchster Bedrängnis seine Hand erst nach der Hilfe des unter türkischer Oberhoheit stehenden algerischen Seeräuberstaates Haireddin Barbarossas, dann direkt nach der des Sultans ausgestreckt. Dies Bündnis Frankreichs mit den Osmanen bedeutet auch äußerlich den Bruch mit der mittelalterlichen Politik. Es zeigt aufs deutlichste, daß für den modernen Staat das weltliche Interesse das einzig Ausschlaggebende ist: er läßt sich nicht mehr von religiösen Motiven beherrschen. Der Nachfolger Ludwigs des Heiligen, der Allerchristlichste König, schließt einen Bund mit dem Staat, der bisher selbstverständlich als Erbfeind der gesamten Christenheit empfunden worden ist. Allerdings war die Tradition doch noch zu mächtig, als daß Franz den Mut zu formellem Bündnis gefunden hätte; den Zeitgenossen erschien ein solches als etwas ge-

radezu Ungeheuerliches, deshalb hängte er dem 1536 abgeschlossenen Pakt das Mäntelchen eines Handelsvertrags um. Tatsächlich aber erfolgten seitdem die militärischen Operationen im beiderseitigen Einverständnis; den deutlichsten Ausdruck dafür bildete die gemeinsame Beschießung von Nizza 1543 durch die türkische und französische Flotte. Die Türken haben danach lange Zeit in Toulon gelegen, so daß das gute Einvernehmen der beiden Staaten aller Welt deutlich vor Augen geführt wurde. Franz hat also als Gegenmine gegen die ihm selbst vom Habsburgerreich drohende Umklammerung den Kaiser durch seinen türkischen Verbündeten im Rücken gefaßt. In dem vierten Krieg hat er auch noch andere Bundesgenossen gewonnen, die ebenfalls bisher nicht in eigentlicher politischer Verbindung mit dem europäischen Staatensystem gestanden hatten, die nordischen Staaten Schweden und Dänemark. Das ist aber nur vorübergehend der Fall gewesen; erst später ist das nordische Bündnis zur dauernden Waffe Frankreichs ausgebildet worden. Dagegen sind die Beziehungen zur Türkei nicht mehr unterbrochen worden. Solange der Kampf mit Habsburg angedauert hat, hat Frankreich auf diese Hilfe nicht verzichtet; der Bund mit dem Osmanenreich ist Jahrhunderte hindurch ein ständiges Mittel der französischen Diplomatie geblieben.

Indem Frankreich sich mit dem türkischen Eroberungsdrang verband, hat es den Bereich des Staatensystems erweitert in einer Richtung, die sich als überaus folgenschwer erwiesen hat. Denn aus dem Eintritt der Türkei hat sich ja dann allmählich das Hineinreichen der Balkanfragen in den Gesichtskreis Europas ergeben. Wenn auch die Türkei keineswegs gleich als vollberechtigtes Mitglied anerkannt wurde — das hat noch sehr lange gedauert, beim Meerengenvertrag von 1841 ist sie zum erstenmal aktiv mitwirkend bei der Regelung gesamteuropäischer Probleme zugelassen worden —, fortan hat doch Europa mit ihrer Beteiligung an seinen Machtfragen zu rechnen. Fühlbar hatte sie sich ja schon vorher im Osten gemacht; sehr bald nach ihrer Festsetzung in Europa war sie gegen Ungarn vorgebrochen. Aber damals war eben Ungarn noch ein selbständiger Staat mit nur äußerlicher Beziehung zu Westeuropa. Nachdem jetzt aber die Habsburger das Land an sich gebracht hatten, war der Pufferstaat in Fortfall geraten: Österreich und mit ihm das gesamte Staatensystem waren seitdem direkt ihrem Ansturm ausgesetzt. Formell war Ungarn seit 1526 habsburgischer Besitz, aber

sein größter Teil war doch in türkischer Hand, und zudem entstand den Habsburgern dauernd ein von den Osmanen gestützter nationaler Gegenkönig, damals zuerst gegen Ferdinand Johann Zapolya. Diese ersten Jahre der habsburgischen Herrschaft sind Zeiten der furchtbarsten Gefahr: 1529 steht Suleiman II. vor Wien. Österreich hat diese Krisis überstanden, ebenso wie die vielen folgenden, die ihm die Türken heraufbeschworen haben; sie haben die Mauer, die ihnen der Kaiserstaat entgegenstellte, nicht zu übersteigen vermocht. Damit ist Österreich zu der Aufgabe zurückgekehrt, die ihm ursprünglich zugewiesen war: es ist wieder die Grenzmark gegen den Osten geworden, aber jetzt die Grenzmark nicht nur des Reichs, sondern ganz Europas. Zunächst steht es hier durchaus in der Defensive, weil es sein Gesicht vor allem nach Westeuropa hinwendet. So vermag die Türkei ihren Machtbereich gewaltig auszudehnen, aber nicht nur nach dem Innern des Festlandes richtet sich ihr Vorstoß, sondern gleichzeitig greift sie in Asien und Afrika um sich und entwickelt sich auf Kosten Venedigs zur ersten Seemacht des Mittelmeers. Es war also eine höchst bedeutende und in sichtlichem Aufstieg befindliche Macht, deren Hilfe Franz I. gewann.

So sehr auch die Rückenangriffe der Türkei und die Wirksamkeit ihrer Flotten den Kaiser im Kampf gegen Franz behindert haben, dennoch würde sich dieser wohl kaum haben behaupten können, wenn sich nicht noch der dritte Faktor Karl in den Weg gestellt hätte: die Reformation bedeutete die schwerste Einengung seiner Aktionsfreiheit. Im Rahmen dieser Darstellung verbietet sich leider ein näheres Eingehen auf die interessanten Zusammenhänge, wie einerseits die Furcht vor dem Anschwellen des Protestantismus im Reiche den Kaiser in seiner auswärtigen Politik gehemmt und wie andererseits gerade die Rücksicht auf seine auswärtige Politik ihm ein energisches Durchgreifen gegen die Glaubensspaltung unmöglich gemacht hat. In fortwährender engster Wechselwirkung steht beides zueinander. Allerdings ist die Opposition, die sich aus dem Schoße des Reichs gegen Karl erhoben hat, nicht nur auf den konfessionellen Gegensatz zurückzuführen. Sie hat daneben ihren Grund in der Verletzung des Selbstgefühls der deutschen Nation, die sich die Behandlung reindeutscher Angelegenheiten nach der Willkür spanischer Staatsmänner nicht gefallen lassen wollte, und sie ist verstärkt worden durch die doppelte Besorgnis, daß die habsburgische Weltpolitik dem Reiche unerträgliche Opfer auferlegen und daß das Übermaß

der kaiserlichen Macht die reichsständische Libertät beeinträchtigen werde. Aber das Beherrschende bleibt doch der Kampf um den Glauben, und da eben macht sich die angedeutete Wechselwirkung geltend. Der Kaiser konnte seine kriegerischen Erfolge gegen das Ausland nicht restlos ausnützen, weil er immer befürchten mußte, daß bei allzu starker Bindung seiner Kräfte außerhalb des Reichs und bei allzu langer persönlicher Abwesenheit die neue Richtung zu sehr um sich greife; auch konnte er wegen des inneren Zwistes fast nie die volle Kraft des Reichs gegen seine Gegner einsetzen. Insofern hat sich also aus dem Auftreten des Protestantismus eine schwere Schädigung der Weltpolitik des Kaisers ergeben. Auf der anderen Seite aber hat gerade seine weltpolitische Verstrickung ihm starke Beschränkung bei der Bekämpfung des Protestantismus auferlegt. Gegen Frankreich und die Türkei brauchte er notwendig die Unterstützung aller Reichsstände, war also auch auf die evangelischen angewiesen; diese Tatsache brachte ihn von seinem eigentlichen Herzenswunsch, der restlosen Durchführung des Wormser Ediktes, immer wieder ab. Die Protestanten haben diese seine Notlage ausgenützt, Luther selbst zwar war der Gedanke der Verquickung von Politik und Glaubenssachen zuwider, aber die Fürsten haben aus den außenpolitischen Bedürfnissen Karls die Erweiterung ihrer konfessionellen Rechte herausgeschlagen. Auf den Reichstagen begann das Feilschen, dessen Ende stets darin bestand, daß der Kaiser durch Verzicht auf schärferes Einschreiten gegen die Glaubensspaltung die militärische Hilfe erkaufte. Solange Karl nach außen gebunden war, hat auch die evangelische Bewegung sich auszubreiten vermocht.

Schon vorher war ja Deutschland zusammengesetzt aus einer Unsumme von staatlichen Gebilden, die zur gegenseitigen Bekämpfung neigten — staatsrechtlich ein Monstrum, wie Pufendorf es später genannt hat. Indem mit der Reformation noch ein neuer Riß in der Nation sich auftat, erfuhr der Zustand die entscheidende Erhärtung, den das Heilige Römische Reich Deutscher Nation niemals bis zu seinem Ende hat überwinden können: aus irgendwelchen, sei es konfessionellen, sei es politischen Gründen bestand immer eine Opposition, die sich vom Kaiser bedroht fühlte, infolgedessen konnten die europäischen Gegner des Kaisers, Jahrhunderte hindurch also in erster Linie Frankreich, mit Sicherheit darauf rechnen, daß ein Teil der Reichsfürsten sich auf ihre Seite schlagen werde. Die Anerbietungen des Auslands haben regelmäßig Gehör gefunden,

Frankreich hat sich innerhalb des Reichs eine Partei zu schaffen gewußt: „Versailles a le tarif de la conscience allemande“ (Lavisse). Es ist die Entwicklung, deren Höhepunkt der Westfälische Frieden bildet mit der reichsgesetzlichen Festlegung, daß die fremden Staaten in innerdeutschen Angelegenheiten mitreden dürfen. Erst mit der Neubildung unseres Reichs hat sie ihr Ende gefunden; sie wiederzubeleben ist heute das unverkennbare Bestreben Frankreichs. Daß sie einsetzen konnte, ist zurückzuführen auf die territoriale und verfassungsrechtliche Gestaltung der Zustände im Reich im Laufe des Mittelalters; sie ist dann zu Beginn der Neuzeit beschleunigt worden durch die Kaiserwahl von 1519, die den Herrscher eines fremden Staats, dessen Interessen für ihn im Vordergrund stehen mußten, auf den Thron erhob — notwendig ergab sich daraus eine Zuspitzung des Verhältnisses der Fürsten zum Kaiser —, und in derselben Richtung des Auseinanderfalls wirkte nun der Umstand, daß die Reformation sich nicht in Gesamtdeutschland durchzusetzen vermocht hat. Hier ist nicht der Ort für eine Erörterung der vielumstrittenen Frage, ob es ein Segen gewesen wäre, wenn die Reformation das Reich in vollem Umfange ergriffen hätte. Wir müssen hier nur die einwandfreie Tatsache feststellen, daß durch sie das Maß der Zerrissenheit vermehrt und dadurch die Möglichkeit des Platzgreifens fremden Einflusses verstärkt worden ist. Von Frankreich her gesehen aber ist sein Bündnis mit den deutschen Protestanten wieder ein Beweis, daß für seine Politik hinter dem staatlichen Interesse jedes andere zurücktritt. Es ist ein neues Kennzeichen, wie die religiösen Motive an Schwergewicht in der Außenpolitik eingebüßt haben. Protestanten und Türken sind fast regelmäßig die Verbündeten der Krone Frankreich, und dieses Bündnis ist auch in solchen Zeiten aufrechterhalten worden, wo im Innern die Hugenotten mit allen Mitteln der Gewalt unterdrückt wurden.

Frankreich, die Türkei und die evangelischen Reichsstände, das sind die drei Gegner, die sich Karl V. auf seinem Weg zur Universalherrschaft hin hemmend entgegengestellt haben. Ihrem Zusammenwirken ist es zuzuschreiben, daß er sich nicht hat durchsetzen können. Diese Entscheidung ist gefallen in den vier Kriegen, die Karl und Franz miteinander ausgefochten haben und von denen jeder einzelne eine ganze Reihe von Jahren gedauert hat. Das ist ja überhaupt charakteristisch für alle Kriege bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, daß in ihnen die Entscheidung sich hinauszögert, nicht alsbald in

einigen raſchen Schlägen fällt. Es ergibt ſich das aus der Art der Wehrverfaſſung der Zeit. Ein gutes Söldnerheer war nur mit außerordentlich hohem Koſtenaufwand zuſammenzubringen; da aber die Finanzen für jeden Staat den wunden Punkt darſtellten, wurde dies teure Werkzeug nach Möglichkeit geſchont. Auf die Dauer des Krieges kam es verhältnismäßig weniger an, da ja der Krieg ſich ſelbſt ernährte, wenn es gelang, ihn in Feindesland zu tragen. Deshalb iſt die Strategie nicht durch den Drang nach ſofortiger, wenn auch mit blutigen Opfern erkaufter Entſcheidung beherrſcht. Der wird erſt zur Notwendigkeit mit den modernen Volksheeren, die eine möglichſt kurze Kriegsdauer angebracht erſcheinen laſſen, da die Geſamtheit der waffenfähigen Bevölkerung nicht allzulange der friedlichen Arbeit des Heimatlandes entzogen werden kann.

Dementſprechend ſind auch dieſe Kriege zwiſchen Karl und Franz trotz einiger ganz großer Ereigniſſe, wie zum Beiſpiel der Schlacht von Pavia 1525, gekennzeichnet durch das Hinauszögern der Entſcheidung. Im Geſamtergebnis bringen ſie zweifellos einen höchſt bedeutenden Erfolg für Spanien. Der Friede von Crépy 1544 beſiegelte es, daß Frankreich auf Italien verzichten mußte. Zwar eröffnete ihm der Vertrag noch inſofern eine Ausſicht, als der Herzog von Orléans mit einer habsburgiſchen Prinzeſſin vermählt und mit Mailand belehnt werden ſollte. Als er aber gleich darauf ſtarb, hat Frankreich ſich in den glatten Verzicht finden müſſen. Das bei Marignano Gewonnene hat Franz alſo wieder verloren, und auch das eroberte Piemont und Savoyen mußte er herausgeben. Der Verluſt Italiens aber bedeutet das Scheitern des Vormachtſtrebens und das Todesurteil über die ehrgeizigen Pläne, die Franz zur Aufnahme des Ringens mit Karl getrieben hatten.

An Frankreichs Stelle in Oberitalien trat der ſpaniſche Staat. Allerdings war ja Mailand formell noch Reichslehen, aber indem Karl es ſeinem Sohne Philipp übergab, lieferte er das Herzogtum doch völlig dem ſpaniſchen Einfluß aus und trennte es tatſächlich von dem Verband mit dem Reich, ebenſo wie er damals die Niederlande unter die Beſitzungen des ſpaniſchen Zweiges des Hauſes Habsburg eingereiht hat. Nachdem alſo die Kriege bis 1519 den Spaniern den Beſitz von Neapel verſchafft hatten, haben die Karls V. ihnen auch noch Mailand eingebracht. Damit ſitzen ſie ſowohl im Norden wie im Süden feſt und beherrſchen auf dieſe Weiſe die ganze Halbinſel. Das hat in der Folgezeit das Gute bewirkt, daß

an der starken spanischen Militärmacht sich das Vordringen der Türken im Mittelmeer gebrochen hat. Spanien hat damit hier zur See die westeuropäische Kultur verteidigt, wie Österreich es zu Lande getan hat. Aber andererseits hat gerade für die Kultur seine Herrschaft über Italien schädliche Folgen gehabt mit der Hispanisierung des italienischen Geistes und der Ersetzung der Renaissance durch die gegenreformatorische Weltanschauung. In jeder Beziehung weht während der nächsten Zeit das spanische Banner über Italien.

War das schon ein gewaltiger Erfolg für Spanien, so wurde das noch verstärkt durch die Erweiterung seines Machtbereichs in den Niederlanden. Frankreich hat auf die ihm bisher noch zustehende Souveränität über Artois und Flandern verzichtet. Also auch der Versuch, die gefährliche Offenheit der Nordostgrenze zu beseitigen, ist gescheitert; Frankreichs Stellung ist auch hier nur geschwächt worden. In allen den die Beziehungen Frankreichs zu Habsburg bestimmenden Streitfragen hat Franz eine unzweideutige Niederlage erlitten. Als eigentlicher Gewinner ist demnach aus diesen Kriegen Spanien hervorgegangen; der spanische Staat, aber nicht Karl V. Denn hinter dem, was er erstrebt hatte, bleibt das Gewonnene doch gar zu weit zurück. So groß auch die Nachgiebigkeit Frankreichs hatte sein müssen, unumstößlich fest stand auch das Ergebnis, daß es seine Selbständigkeit und seine Existenz als Großmacht behauptet hatte. Alle die Versuche, seinen nationalen Zusammenhalt anzutasten, waren schmählich gescheitert. Da aber Karls Ziel die Einheit des Abendlandes unter kaiserlicher Führung gewesen war, so bedeutet dies Ergebnis der vier Kriege den Zusammenbruch seines Ideals. Trotz größten materiellen Gewinns ist sein eigentliches Ziel in unerreichbare Ferne entschwunden. Von den beiden Offensiven, die aufeinandergeplatzt sind, hat die Frankreichs mit voller Niederlage geendet; aber auch Karl hat die seine nicht bis zum wirklichen Erfolg führen können.

Weil das Ringen der beiden um die Vorherrschaft in Europa ging, ist es selbstverständlich, daß die anderen Staaten nicht unbeteiligt ihm zusehen konnten. Von ganz besonderem Interesse ist dabei die Haltung Englands, des einzigen Staates, der, wenn er sich auch an Schwergewicht seiner Machtmittel durchaus nicht in eine Linie mit den beiden Hauptkämpfern stellen konnte, doch immerhin das Auf und Ab der Wage zu beeinflussen vermochte. In der ersten Zeit war die Politik Heinrichs VIII., im Widerspruch zu der seines

Vaters, beherrscht durch die Absicht, Englands mittelalterliche Stellung zurückzugewinnen, d. h. auf Kosten Frankreichs wieder Landbesitz auf dem Kontinent an sich zu bringen. Er ging dabei so weit, selbst von der Erwerbung der französischen Krone zu träumen. Diese rein dynastische Färbung seiner Pläne wies ihn unbedingt auf die Seite Karls hin; der erste Krieg fand ihn denn auch als Bundesgenossen des Kaisers, seine Heere drangen bis dicht vor Paris vor. Es ist damals die Rede davon gewesen, daß Karl die Tochter Heinrichs, die Erbin Englands, heiraten solle, und wenn Heinrichs Plan der Vereinigung der englischen und französischen Krone gelungen wäre, dann wäre die aus dieser Ehe hervorgehende Dynastie wirklich die Herrscherin des geeinten Abendlandes geworden; ein Universalreich im vollsten Sinne des Wortes wäre entstanden. Karl aber hat damals das national-spanische Interesse höher gestellt als solche universale Aspirationen, die doch nur auf sehr schwankendem Grunde ruhen konnten, und hat die Hand einer portugiesischen Prinzessin vorgezogen, weil er dadurch die Aussicht auf die staatliche Einigung der Pyrenäenhalbinsel gewann. Die Ablehnung seines Angebots hat Heinrich verstimmt, und dazu kam sein Wunsch, sich von Karls Tante Katharina scheiden zu lassen. Auch in einer Darstellung der großen Zusammenhänge der europäischen Außenpolitik, in der sonst die Einzeltatsachen ganz verschwinden müssen, kann man nicht immer stillschweigend an solchen an und für sich gleichgültigen, rein dynastischen Ereignissen vorübergehen. Denn gerade als staatsbildendes Element hat die Heiratspolitik der Herrscher oft eine ausschlaggebende Rolle gespielt, solche Motive haben gelegentlich den entscheidenden Antrieb für das politische Geschehen abgegeben; und ganz besonders gilt das bei der persönlichen Eigenart Heinrichs VIII. Aber es ist doch nicht nur auf derartige Überlegungen zurückzuführen, wenn 1526 der König als Mitglied der gegen Karl gerichteten Liga von Cognac erscheint. Der kühlen Art, wie der Kaiser seiner Forderung der französischen Krone begegnet war, hatte er entnehmen können, daß England von ihm keine unbedingte Förderung seiner Ansprüche zu erwarten hatte. Vor allem aber wirkte der Rat seines Ministers, des Kardinals Wolsey, auf ihn ein. Stets schon hatte der Kardinal, der, allerdings mit einiger Übertreibung, als der größte politische Genius Englands bezeichnet worden ist, zur Zurückhaltung gemahnt. Er wollte sich nie in ein allzu festes Bündnis mit dem Kaiser ein-

lassen, damit dieser nicht zu stark werde, und nach Pavia konnte er darauf hinweisen, daß nun wirklich Karls Machtstellung einen derartigen Ausbau erfahren habe, daß sie zur Bedrohung jedes selbständigen Staates geworden sei. So wirft Heinrich das Steuer herum, er verzichtet auf festländische Eroberungen, das rein Dynastische tritt von nun an bei ihm zurück hinter dem Staatlichen. Seitdem übt er mit vollem Bewußtsein eine Politik des Gleichgewichts, indem er für England die Bedeutung des Züngleins an der Wage zwischen den beiden großen Gegnern in Anspruch nimmt. „Cui adhaereo praeest", so hat er es ausgesprochen. Als Schiedsrichter Europas kommt er sich fortan vor, er will sich gegen den wenden, der das Gleichgewicht gefährdet. Sein Beitritt zu den Gegnern Karls hat den Zweck, das Aufkommen einer Macht zu verhindern, die alle anderen unter ihren Willen zu zwingen fähig wäre.

Diese Aufrechterhaltung des Gleichgewichts ist dann der bestimmende Gesichtspunkt nicht nur für ihn geblieben, sondern auch für fast alle seine Nachfolger auf dem englischen Thron, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen. Es war das die beste Art, die eigene Sicherheit vor jeder Gefährdung zu behüten. Solange die festländischen Mächte sich untereinander im Schach hielten, brauchte England keinen Angriff auf seine Insel zu befürchten. Deshalb hat sich alle die Jahrhunderte hindurch die englische Politik immer gegen den kontinentalen Staat gerichtet, der am ehesten sich über die anderen erheben und damit eine Bedrohung für England werden zu können schien. Die Niederhaltung der stärksten Macht des Kontinents ist das Grundprinzip der englischen Politik geblieben, darin besteht ihre grandiose Einheitlichkeit. Und ebenso einheitlich wie dieser Grundgedanke ist auch das Mittel zu seiner Verwirklichung gewesen: England verbindet sich mit den durch diesen Gegner gefährdeten Festlandsmächten. Deren Heere sind seine eigentliche Angriffswaffe gegen seinen Feind, es selbst hält sich zurück und arbeitet im wesentlichen mit seiner Flotte und seinem Geld. Ziel und Mittel sind sich also gleich geblieben, gewechselt haben nur die Gegner und die Bundesgenossen. Diese große zusammenhängende Linie beginnt mit der späteren, unter Wolseys Einfluß betriebenen Politik Heinrichs VIII. Aber nicht er, sondern schon Heinrich VII. hat als ihr eigentlicher Vater zu gelten. Denn sie ist ja die fast selbstverständliche Folge des Grundsatzes, den Heinrich VII. zuerst aufgestellt, mit dem sein Sohn zunächst gebrochen hatte und zu

dem er nun zurückkehrte: daß England sich nur insoweit auf dem Festland einzumischen habe, als die Interessen des Inselstaates es erforderten.

Demgemäß hat sich der König nach Möglichkeit den Kriegen zwischen Karl und Franz ferngehalten, nur noch einmal, im vierten Krieg, hat ihn das Bündnis zwischen Frankreich und Schottland, das ihn selbst bedrohte, an die Seite Karls getrieben. Im allgemeinen hat er seine Stellung lavierend zwischen den beiden Gegnern gewählt und sich auf diese Weise einen großen Einfluß gesichert. Er gewinnt wieder den Vorteil, von beiden Parteien umworben zu werden. Der Verzicht auf das Streben nach festländischem Besitz hat sich also wohl bezahlt gemacht, außenpolitisch in einer erheblichen Steigerung des englischen Ansehens, im Innern durch die Erleichterung der ruhigen und stetigen Entwicklung der Kräfte des Staats. Mitgewirkt für die Einnahme dieser neutralen Haltung hat auch sehr stark Heinrichs Bruch mit Rom. Der Papst war, wie wir gleich sehen werden, fast ständig auf der Seite der Gegner des Kaisers, das machte dem König, der selbst in Todfeindschaft mit dem Papste lebte, den Bund mit Frankreich unmöglich. Andererseits war aber Karls Ziel ausgesprochenermaßen auch die kirchliche Einigung des Abendlandes, eine Absicht, der die Errichtung der englischen Staatskirche genau zuwiderlief. Deshalb war also auch der Kaiser ein gefährlicher Verbündeter für England. Auch unter diesen kirchenpolitischen Gesichtspunkten war es das Angemessenste, sich nach Möglichkeit einer positiven Stellungnahme in diesen Kämpfen zu enthalten.

Diese Fähigkeit, ohne eigenen Schaden fernzubleiben, besaß dagegen das Papsttum nicht. Auch in diesen Kriegen sind die Päpste zunächst durchaus als italienische Territorialfürsten anzusprechen. Durch territoriale Zugeständnisse hat Karl Leo X. zu sich herübergezogen, um so leichter, als die Tatsache, daß die Franzosen in Mailand saßen und von da aus ihre ehrgeizigen Blicke auf das übrige Italien warfen, ebenfalls für den Anschluß an den Kaiser sprach. Seit 1523 aber ändert sich die Haltung; Giulio Medici besteigt als Clemens VII. den päpstlichen Thron, und er nimmt wieder die Politik auf, die Julius II. betrieben hatte. Für ihn bestand auch, nachdem Karl die Franzosen aus Mailand vertrieben hatte, die Gefahr, die im Mittelalter die Päpste zum Kampf gegen die Kaiser veranlaßt hatte: wie sie sich damals durch die Festsetzung

der Hohenstaufen in Süd- und Norditalien bedroht gefühlt hatten, so wird jetzt der Kirchenstaat von Süden und Norden her von spanischem Besitz umklammert. Deshalb wendet sich Clemens gegen Karl, er ist der eigentliche Urheber der Liga von Cognac. Außerdem aber erfährt der Gegensatz jetzt wieder besondere Verschärfung durch das Hineinspielen kirchlicher Gesichtspunkte von höchster Bedeutung. Dem Kaiser war es allerdings mit seinem Glauben viel zu ernst, als daß er dem Gedanken jemals Raum gewährt hätte, Luther gegen den Papst auszuspielen, was einem nur politische Rücksichten beobachtenden Herrscher doch sehr nahe hätte liegen müssen. Aber auf der anderen Seite lag gerade in dieser strengen Kirchlichkeit Karls eine besondere Gefahr für den Papst. Denn sie bewog ihn, die religiöse Färbung des Imperialismus zu vertreten und deshalb sich auf die Konzilienidee zu stützen. Gerade vor dieser Verbindung der kaiserlichen mit der kirchlichen Idee mußte aber dem Papste grauen, weil sie notwendig das Ende seiner eigenen Vorherrschaft bedeutet hätte. Clemens suchte immer wieder dem Konzil auszuweichen, von dem er befürchten mußte, daß es sich als über der päpstlichen Gewalt stehend erklären werde. Sowohl die Territorial- wie die Kirchenpolitik des Papstes haben also den kriegerischen Zusammenstoß verursacht, der dem Papsttum den sacco di Roma 1527 eingebracht und damit zur völligen Niederlage geführt hat. Die Kaiserkrönung Karls in Bologna 1530 ist das äußere Anzeichen der Kapitulation des Papstes. Allerdings hat sich Clemens, dieser unheilvollste aller Päpste, wie Ranke ihn genannt hat, nicht lange in diese Abhängigkeit gefügt; bald ist er erneut in Verbindung mit Franz getreten. Der aber stand damals seinerseits in Verbindung mit den deutschen Protestanten, so daß die Gemeinsamkeit des Gegensatzes gegen den Kaiser ein politisches Zusammengehen des Papstes und der Protestanten veranlaßt hat.

Clemens' Nachfolger Paul III., der Vertreter der Kirchenreform von innen heraus, der durch Contarini 1541 den Versuch der Einigung mit den Protestanten gemacht hat, ist dann sehr viel besser mit dem Kaiser ausgekommen, weil er sich gegen den Gedanken der Berufung eines Konzils nicht so ablehnend verhielt. Tatsächlich hat ja im Dezember 1545 die Eröffnung des Trientiner Konzils stattgefunden. Aber höchst bezeichnend ist, daß auch dieser Papst sich gegen den Kaiser wendete, als durch den Sieg über

die Schmalkaldener Karls Stellung eine so überragende geworden war. Um nicht hilflos dem Kaiser ausgeliefert zu sein, hat Paul III. mit Franz angeknüpft, und die Verlegung des Konzils nach Bologna 1546 ist das Anzeichen, daß der Papst die kirchlichen Dinge dem Machtbereich des Kaisers fernerrücken wollte. Immerhin ist es nicht zum offenen Bruch zwischen ihnen gekommen. Dagegen hat Paul IV. noch einmal die kirchenstaatlichen Interessen scharf in den Vordergrund seiner Politik gerückt, was notwendig den Gegensatz zu Karl als dem König des Italien beherrschenden Spanien ergeben mußte. Im allgemeinen aber ist in dieser Zeit die Rolle des Papsttums für die politischen Verhältnisse doch eine recht untergeordnete. Es hat sich mit der Festsetzung der spanischen Herrschaft in Italien abfinden müssen; in der Folgezeit hat es dann aber mit dem wunderbaren Geschick der römischen Kurie gerade aus dieser ihm zunächst unerträglich erscheinenden spanischen Machtstellung den größten Nutzen gezogen.

*

Das Ergebnis des Kampfes zwischen Karl und Franz ist also das Scheitern des vom Kaiser vertretenen Universalismus. Aber zunächst sah es so aus, als ob er für diese Enttäuschung eine Entschädigung auf religiösem Gebiet erhalten werde. Der Sieg, den er über Frankreich davongetragen hatte, schien ihm wenigstens zu ermöglichen, die Spaltung der Christenheit wieder rückgängig zu machen. Wie sehr das zutrifft, worauf oben hingewiesen wurde, daß nur seine außenpolitische Bindung ihn von schärferem Vorgehen gegen die evangelischen Reichsstände abgebracht hat, zeigt die Tatsache seines Einschreitens gegen sie in dem Augenblick, wo er freie Hand gewinnt. 1544 ist durch den Frieden von Crépy sein Ringen mit Franz zu Ende gegangen, fast gleichzeitig kommt durch den Waffenstillstand von Adrianopel 1545 die Türkengefahr für ihn in Fortfall, und alsbald wendet er sich gegen die Protestanten. Der Schmalkaldische Bund erliegt seinen Waffen, die Glaubenseinheit scheint zurückgewonnen und die kaiserliche Macht auf Kosten der Fürsten wiederhergestellt zu werden. Aber gerade diese Höhe des Erfolges hat den Gegenstoß hervorgerufen. Die Gefahr des Einlenkens der verfassungsmäßigen Zustände des Reichs in absolutistische Bahnen weckt die Opposition von innen heraus, die Idee der reichsständischen Libertät verbindet sich mit der evan-

gelischen, und die Bewegung findet Unterstützung an Heinrich II. von Frankreich, weil ja die Stärkung der kaiserlichen Gewalt den französischen Interessen zuwiderläuft. Er war sich bewußt, daß das Vorhandensein einer starken Gegnerschaft im Reich, die den Kaiser nicht zur Allmacht gelangen lasse, die notwendige Voraussetzung der großen Stellung Frankreichs bilde, und hat deshalb durch die Hand des Kurfürsten Moritz von Sachsen Karl die Früchte seines Sieges wieder entwunden. Der Passauer Vertrag von 1552 und seine Folge, der Augsburger Religionsfriede 1555, bringen dieser Fürstenrevolution vollen Sieg, der doppelte Sinn der Opposition findet seinen Ausdruck: der Fortbestand des Protestantismus wird gesichert, so daß also auch die kirchlichen Bestrebungen Karls gänzlich gescheitert sind, und gleichzeitig wird das Kaisertum in der alten Beschränkung gehalten. War dies letztere schon ein glänzender Triumph für Frankreich, so hat es außerdem auch wichtigsten materiellen Gewinn davongetragen. Im Einverständnis mit den aufständischen Fürsten hatte es als Preis für seinen Beistand Metz, Toul und Verdun an sich genommen, beinahe wäre auch Straßburg ihm schon damals zum Opfer gefallen. Es ist der erste der ganz großen Fortschritte, die Frankreich in der Neuzeit bei seinem Streben nach Verbesserung seiner Ostgrenze aufzuweisen hat. Dieser Gewinn der drei Bistümer durch Frankreich bedeutete jedoch eine ernste Bedrohung der habsburgischen Stellung im Elsaß und in den alten burgundischen Gebieten. Noch einmal ergriff deshalb Karl nach seiner Verständigung mit den Aufständischen die Waffen, aber sein Gegenangriff brach zusammen vor den Mauern von Metz. Dieser sein letzter Krieg war ein entschiedener Fehlschlag, er hat den Franzosen die große Beute, die sie gemacht hatten, nicht abjagen können. Am Ende seiner Regierung hat er also einen Neuaufschwung des französischen Prestiges erleben müssen. Als Gesamtergebnis ist demnach festzustellen, daß er sowohl politisch wie kirchlich einen vollen Mißerfolg erlitten hat.

Der Kaiser gab die Hoffnung auf, die beherrschende Stellung zurückzugewinnen. Vielleicht wäre das mit der Zeit noch möglich gewesen, wenn die Vereinigung des Kaisertums, Österreichs, Italiens und Spaniens erhalten geblieben wäre; vielleicht würde das Schwergewicht dieser vereinten Mächte auf die Dauer doch noch Frankreich erdrückt haben. Aber auch die Aussicht auf Aufrechterhaltung dieser Verbindung mußte er erlöschen sehen. Er hat seinen Ver-

ſuch, Philipp zum Kaiſer wählen zu laſſen, gegen die Oppoſition der Reichsfürſten aufgeben müſſen, und ſo bekannte er ſchließlich ſelbſt das volle Scheitern ſeines Lebenswerks. Von Müdigkeit übermannt dankte er ab. Sein Leben iſt beherrſcht geweſen von mittelalterlichen Vorſtellungen, er beendete es jetzt, indem er ſich mittelalterlicher Weltentſagung zuwandte. Es iſt ein eigentümlicher und tragiſch berührender Gegenſatz, wie der Staat, auf den ſich dieſer Herrſcher hauptſächlich ſtützt, durch ſeine Politik zu rieſigſtem Aufſchwung gekommen iſt, während er ſelbſt durchaus zutreffend ſich als auf der ganzen Linie geſchlagen empfindet.

Mit Karls Abdankung fallen die unter ſeinem Zepter vereinigten Gebiete wieder in zwei Gruppen auseinander, jede für ſich noch eine gewaltige Macht, die bedeutendere aber unſtreitig Spanien, das noch immer mit Italien und den Niederlanden Frankreich von allen Seiten umklammert. Der vor Metz begonnene Krieg ging noch eine Reihe von Jahren weiter. Der Erfolg gegen das Reich hat Frankreich ſofort auch wieder zur Aufnahme ſeines italieniſchen Ehrgeizes Mut gemacht. Erſt 1559 iſt der Kampf im Frieden von Cateau-Cambréſis beendet worden. Dieſer Vertrag muß für die Betrachtung der europäiſchen Politik noch zur Epoche Karls V. gerechnet werden, denn er beſtätigt das Ergebnis der von ihm geführten Kriege: aufs neue wird feſtgeſtellt, daß die Rolle Frankreichs in Italien ausgeſpielt war, der Sieg der ſpaniſchen über die franzöſiſche Macht wird erhärtet. Aber der Friede bildet inſofern einen beſonderen Markſtein, als er gleichzeitig in eine neue Periode hinüberweiſt: Frankreich behauptet die gewonnenen Teile des Deutſchen Reiches. Seitdem haben ſich ſeine Könige wieder mehr nach dieſer Richtung hin betätigt, d. h. ſie ſind zurückgekehrt zur Politik des nationalen Ausbaus und des Strebens nach den ſogenannten natürlichen Grenzen. Die ausſchweifenden Pläne, die im Zuſammenhang mit der Eroberung Italiens geſtanden hatten, wurden künftig in zweite Linie gerückt, und ſo iſt, vom Standpunkt der Geſamtentwicklung her betrachtet, das Ergebnis dieſer Periode für Frankreich ein heilſames geweſen. Aber genau ſo wie die franzöſiſchen Könige beim Griff nach Italien auf Spanien geſtoßen waren, führt nun auch die nordöſtliche Richtung ihrer Politik zum Zuſammenprall mit der ſpaniſchen Macht.

2. Das Zeitalter Philipps II. und Heinrichs IV. 1559—1610

Mit dem Ausscheiden Karls V. hat Spanien die Verbindung mit dem Kaisertum verloren, und auch auf das Zusammengehen mit Österreich konnte es, obwohl ein Zweig desselben Herrscherhauses dort gebot, nicht mehr so unbedingt rechnen. Aber die eigene spanische Macht war ja durch die Kriege Karls derart erweitert worden, daß kein anderer Staat ihr widerstehen konnte, wenn er nicht Bundesgenossen fand. Eine wesentliche Schwächung hat die Loslösung vom Reich für Spanien nicht bedeutet; man darf vielleicht sogar sagen, daß sie ihm im Gegenteil einen Vorteil eingebracht hat. Denn Philipp war nicht wie sein Vater genötigt, seine beste Kraft immer wieder im Kampf mit den widerspenstigen Reichsfürsten aufzureiben, und vor allem drohte ihm nicht mehr der türkische Rückenangriff. Nur noch zur See ist die Türkei für ihn gefährlich gewesen, und hier hat der Sieg von Lepanto 1571 ihm für längere Zeit Freiheit verschafft. Die wirksame Waffe, die Frankreich gegen Karl hatte anwenden können, ihn durch den Verbündeten im Rücken zu fassen, versagt also im Kampf gegen Philipp. Das ist eine wesentliche Beeinträchtigung der französischen Kampfmittel, und da es seinerseits in konfessionellem Hader auseinanderbricht, so ist diese Zeit eine Periode höchster Gefahr nicht nur für die Großmachtstellung, sondern überhaupt für die nationale Selbständigkeit und Einheit des eben noch im Neuaufschwung begriffenen Frankreich. Infolgedessen ist es nicht in der Lage, die Führung im Widerstand gegen Spaniens hegemonische Gelüste zu übernehmen; diese welthistorische Aufgabe hat im Zeitalter Philipps II. England geleistet. Elisabeths Regierung ist der Beginn des gewaltigen Aufstiegs der englischen Macht. Deutschland tritt mit der Auflösung des Reiches Karls V. für einige Jahrzehnte ganz in den Hintergrund der europäischen Politik, es ist konfessionell und wirtschaftlich viel zu sehr mit eigenen Sorgen beschäftigt, um sich an den Weltvorgängen beteiligen zu können; nur einzelne besonders unternehmende Fürsten haben in die westlichen Kämpfe eingegriffen. Andererseits hat aber auch der Westen in sich zu viele und zu schwere Probleme zu verarbeiten, um sich der Zustände im Reich näher annehmen zu können. Auch dadurch erfährt der Grad der

Verbindung, die in dieſen Jahrzehnten zwiſchen dem Reich und Weſteuropa beſtanden hat, eine Verminderung, daß es nicht die ſpezifiſch deutſche Art des Proteſtantismus, das Luthertum, geweſen iſt, die den neuen Glauben im Weſten eingebürgert hat, ſondern der Kalvinismus. Damit fällt Deutſchland ſo gut wie ganz aus für die europäiſche Politik, und ebenſo geht es mit Italien. Mit der unbeſtrittenen Feſtſetzung der ſpaniſchen Herrſchaft über die ganze Halbinſel hört dieſe auf, der Mittel- und Brennpunkt der geſamteuropäiſchen Politik zu ſein, ſie iſt nicht mehr die Stelle, an der die Intereſſen aller Großmächte aufeinanderſtoßen. Durch dies Ausſcheiden Deutſchlands und Italiens ſogar als Objekte des Ehrgeizes der anderen ſchiebt ſich naturgemäß ein Damm zwiſchen den Weſten und Öſterreich. In die weſtlichen Fragen verwickelt worden war Öſterreich ja weſentlich durch ſeine burgundiſchen Beſitzungen, und die hat es an Spanien weitergegeben. Infolgedeſſen hat der öſterreichiſche Zweig der Habsburger in der Zeit bis zum Dreißigjährigen Kriege im weſentlichen nur ſich ſelbſt und ſeinen deutſchen und öſtlichen Intereſſen gelebt, an der großen Politik der ſpaniſchen Verwandten hat er keinen Anteil genommen. Dieſe Periode ſteht alſo zum Unterſchied von der Karls V. ausgeſprochen unter ſpaniſcher, nicht unter geſamthabsburgiſcher Signatur. Der öſterreichiſche Zweig hat ſich ſogar wie in der Zeit vor Maximilian wieder in verſchiedene Linien aufgelöſt: nach Ferdinands I. Tode ſcheiden ſich die öſterreichiſche und die ſteiermärkiſche Linie. Auch das mußte notwendig die Bedeutung Öſterreichs herabmindern, nur noch die Verbindung mit dem Kaiſertum umhüllt es mit dem Schein der Großmacht, materiell trifft das nicht mehr zu. Unbedingt alſo liegt noch ſtärker, wie es bisher ſchon der Fall geweſen war, der Schwerpunkt in dieſer Zeit im Weſten mit ſeinen mächtigen Nationalſtaaten. Für deren Beziehungen zueinander wird das Entſcheidende, daß das ſo hoch geſtiegene Spanien, jetzt völlig losgelöſt von jeder Beziehung auf das Kaiſertum, die Vormachtspolitik wieder aufnimmt. Rein politiſch geſehen iſt alſo nicht mehr Univerſalismus und Einheit das Ziel Philipps II., ſo daß ſich ſeine Beſtrebungen nicht ſo ſehr als Fortſetzung der Pläne Karls V. anſprechen, ſondern eher in eine Linie mit dem Verſuch Franz' I. ſtellen laſſen.

Wie ſtark dies Vormachtsſtreben Philipps war, zeigt ſich gleich an ſeiner Heiratspolitik. Vorübergehend gewinnt er durch ſeine

Ehe mit Maria von England eine mehr als gleichwertige Entschädigung für den Ausfall Österreichs. Einige Jahre hat infolgedessen die spanische Macht einen der anderen großen Nationalstaaten, nicht zu dessen Vorteil, in sich aufgesogen. Bei seinem ersten Kampf gegen Frankreich, bei dem wir noch einmal kurz in die Zeit vor Cateau-Cambrésis zurückgreifen müssen, steht Philipp also auch die Kraft Englands zur Verfügung. Aber die politischen und religiösen Folgen dieser Verbindung widersprachen allzusehr dem englischen Selbständigkeitsbedürfnis, als daß sie hätte von Dauer sein können. Deshalb hat Elisabeth nach dem Tode Marias 1558 die Werbung Philipps, der durch diese neue Heirat das Band zwischen beiden Staaten fortsetzen und vielleicht verewigen wollte, abgewiesen und damit die Episode der Vereinigung mit Spanien beendet. England stand wieder ganz auf sich selbst. Immerhin hat es das bezahlen müssen mit dem Verlust des letzten festländischen Postens. Denn Philipp hatte nun keine Veranlassung mehr, das englische Interesse zu vertreten, genau wie er das Reich hat fallen lassen, als seine Hoffnung auf die Erlangung der Kaiserwürde sich als trügerisch erwiesen hatte. So ist der Friede von Cateau-Cambrésis zwar für Spanien vorteilhaft gewesen, England jedoch hat er den Verlust von Calais gebracht wie dem Reich den von Metz, Toul und Verdun. Elisabeth hat aber trotz der Preisgabe der dauernden Verbindung mit Spanien zunächst darauf sehen müssen, ihr Verhältnis zu Philipp möglichst freundlich zu gestalten. Ihr drohte nämlich der Anspruch Maria Stuarts auf die Krone Englands, und hinter Maria Stuart stand Frankreich. Als Gemahlin Franz' II. hatte Maria ja schon das traditionelle Bündnis zwischen Frankreich und Schottland in feste Form gebracht. Um dieser Gefahr zu begegnen, suchte Elisabeth Rückhalt an Philipp, und den Weg dahin hat ihr Maria selbst geebnet. Denn deren Anspruch auf die englische Krone, d. h. also ihr Plan einer Vereinigung Englands mit Frankreich, widersprach aufs strikteste den spanischen Interessen. So gern Philipp den Übergang Englands an katholische Führung gesehen hätte, ein England unter französischer Oberhoheit war ihm schlechterdings unerträglich; die Verwirklichung von Marias Ziel würde nicht nur den eigenen Plänen Philipps, sein Spanien zur Vormacht Europas zu erheben, ein Ende gemacht, sondern ihrerseits die schwerste Gefahr für den spanischen Staat heraufgeführt haben. Daher hat der König sich anfänglich auf die Seite Elisabeths gestellt. Später da-

gegen, als nach dem Tod Franz' II. Maria nicht mehr auf dem franzöſiſchen Throne ſaß, ſo daß von einer Verbindung Englands und Frankreichs durch ihren Anſpruch nicht die Rede ſein konnte, hat er wieder das rein katholiſche Intereſſe auf ſich wirken laſſen können und von nun an Maria unterſtützt. Sie ſollte ſein Werkzeug zur Rekatholiſierung Englands ſein. Gelang es, dem engliſchen Staat wieder eine katholiſche Leitung zu geben, die ſich naturgemäß, um allen den inneren Schwierigkeiten Herr zu werden, an Spanien hätte anlehnen müſſen, ſo würde Philipp einen weiten Schritt nach ſeinem Ziele hin getan haben. Um ſo mehr hätte das zu bedeuten gehabt, als er 1580 auch Portugal ſeinem Reich einfügen konnte; ſeitdem gebot er über die ganze Pyrenäenhalbinſel nicht nur, ſondern auch über die geſamte überſeeiſche Welt, die ja bisher zwiſchen Spaniern und Portugieſen geteilt war.

Mit Philipps Abſicht, England für den Katholizismus zurückzugewinnen, berühren wir das eigentliche Ziel und das eigentliche Weſen ſeiner Politik. Denn obwohl auch durch machtpolitiſche Überlegungen ſeine Handlungsweiſe beſtimmt worden iſt, den entſcheidenden Antrieb hat ſie doch durch das religiöſe Motiv erhalten. Auch ſchon für Karl V. hatte dies ja immer mitgeſprochen, für ihn aber hatte im Vordergrund der politiſche Univerſalismus geſtanden. Philipps Politik dagegen ſteht vor allem anderen unter dem Zeichen der Religion. Auch wenn wir ausſchließlich die außenpolitiſchen Verhältniſſe ins Auge faſſen, dürfen wir doch dieſe Zeit mit dem bei der Darſtellung der allgemeinen Geſchichte üblichen Namen des Zeitalters der Gegenreformation belegen. Denn der Kampf um die Glaubensfragen iſt in jeder Beziehung in ihr das Beherrſchende. Hinter und über allen politiſchen Gegenſätzen und Verbindungen ſtehen als das Ausſchlaggebende die konfeſſionellen Motive; und daraus ergibt ſich der Charakter dieſer Zeit als „einer der leidenſchaftlichſten und befangenſten der Menſchheitsgeſchichte“ (Gothein). Das ſtaatlich-weltliche Intereſſe behauptet zwar, wie es ja gar nicht anders ſein kann, ebenfalls ſeine Gültigkeit, aber es verbindet und durchdringt ſich wieder in ganz anderem Maße, als das in den letzten Zeiten der Fall geweſen war, mit religiöſen Geſichtspunkten. Aufs neue ſteigt das Mittelalter auf gegenüber der Wirkſamkeit der Renaiſſance; die Außenpolitik erhält den Antrieb durch andere als in ihr ſelbſt begründete Motivationen. Wenn wir vorhin Philipps politiſches Streben in eine Linie ſtellen

konnten mit dem Franz' I., so läßt sich doch auch zu Karl die Verbindung herstellen insofern, als er wie dieser mittelalterliche Anschauungsweise verkörpert, wenn auch diese Abhängigkeit von mittelalterlichen Vorstellungen auf anderem Gebiet in die Erscheinung tritt.

Diese gewaltige Stärkung des religiösen Momentes in der Politik ist hervorgerufen worden durch die Gefahr, die vom Protestantismus her der katholischen Welt drohte, und in der Rückwirkung hat sie sich dann notwendig auch auf die jetzt ihrerseits durch den Gegenangriff bedrohten evangelischen Staaten übertragen, so daß auch für diese das konfessionelle Interesse das bestimmende wird. Die Reformation hatte über Deutschland hinausgegriffen in der Form des unter romanischen Einflüssen entstandenen und deshalb dem Katholizismus in romanischen Ländern viel gefährlicheren Kalvinismus. Das Luthertum war seiner ganzen Art nach zu sehr deutsch, als daß es die Tiefen der romanischen Völker hätte erfassen können. Obwohl ja auch im Kalvinismus vieles enthalten ist, was in schärfstem Widerspruch steht zu romanischer Eigenart, ist er dennoch im Ganzen seiner inneren Struktur nach viel geeigneter, sich ihr anzuschmiegen, als Luthers norddeutsches Wesen. So hat der Protestantismus in Frankreich in der Form der Genfer Konfession festen Fuß gefaßt, und eine Zeitlang sah es so aus, als ob sie das Königtum für sich gewinnen und damit zur Herrschaft gelangen könnte. Durch diesen Erfolg wäre dem Protestantismus das Übergewicht in ganz Europa zugefallen. An und für sich wäre der Kalvinismus schon befähigt gewesen, die Widerstände, die sich so hohem Ziel entgegenstellten, niederzuzwingen. Er ist ja von vornherein eingestellt auf Weltwirksamkeit; er will sich ausbreiten und seine Ausstrahlungen über die ganze Welt hin gehen lassen; er ist die viel stürmischer vorwärtsdrängende, kriegerischere Abart des Protestantismus. Deshalb schreitet er zum Angriff gegen eine der Hauptstellungen des Katholizismus und geht dabei aufs Ganze. Aber rechtzeitig hat die katholische Welt die drohende Gefahr erkannt, und diese Erkenntnis hat eine durchgreifende Reform, eine Verinnerlichung und gleichzeitig eine festere innere Organisation der katholischen Kirche veranlaßt. Nicht von oben her, vom Papsttum oder den höchsten kirchlichen Instanzen ist diese Neubelebung verursacht worden, sondern die aus den bescheidensten Anfängen sich rasch entwickelnde Gesellschaft Jesu hat sie erwirkt. Zunächst ohne und vielfach gegen das Papsttum hat sich die Richtung aus-

gebildet, von der das neue Aufblühen des Katholizismus ausgegangen iſt; erſt ſehr allmählich haben die Jeſuiten die Kirchenbehörden in ihren Bann ziehen können. Dann aber, als das gelungen war, iſt es eines ihrer Hauptprinzipien geweſen, ſich bedingungslos der Führung des Papſttums unterzuordnen, in der richtigen Erkenntnis, daß der Kampf gegen den Proteſtantismus Ausſicht auf Erfolg hatte nur unter der Vorausſetzung, daß er unter einheitlicher, alle Kräfte des Katholizismus zuſammenfaſſender Leitung organiſiert wurde.

Die katholiſche Welt rüſtet ſich alſo zum Gegenſchlag gegen die Reformation. Das Ringen von Kalvinismus und Gegenreformation iſt der wichtigſte Inhalt dieſer Jahrzehnte, auch für die Außenpolitik der Staaten iſt in ihm das abſolut Entſcheidende zu erblicken, weil eben die ſtärkſte vorhandene Macht ſich rückhaltslos in den Dienſt der katholiſchen Idee ſtellt. Der ſpaniſche Staat durchdringt ſich mit dem Geiſt der Gegenreformation, ſpaniſches und katholiſches Intereſſe identifizieren ſich, Philipps Vorſtoß gegen das übrige Europa dient vor allem anderen dem Zweck, die verlorengegangene religiöſe Einheit wiederherzuſtellen. Politiſch verzichtet er auf den Gedanken der Einheit, um ſo ſtärker betont er ihn religiös, und dieſe weſentlich konfeſſionelle Färbung ſeiner Politik iſt nur der Ausdruck der einheitlichen Volksſtimmung ſeines Landes. Spanien iſt ſeiner im Mittelalter gewonnenen Eigenart des untrennbaren Zuſammenfließens von Politik und Religion auch jetzt noch treu geblieben, die Tradition des Vorkämpfertums für ſeinen Glauben lebt in voller Stärke wieder auf. Die an ſich kleine und unſympathiſche Perſönlichkeit Philipps hat durch dies reſtloſe Aufgehen in das, was er als ſeine Aufgabe erkannte, einen machtvollen Schwung und eine bewundernswerte Folgerichtigkeit gewonnen. Da dies Ziel aber ein religiöſes war, wird die Religion zu der beherrſchenden Macht der Zeit. Ebenſo wie die Literatur wieder geiſtlichen Charakter annimmt, unterliegt die Politik religiöſem Einfluß. Weil Spanien der führende Staat iſt, erfährt auch die Haltung aller anderen Staaten dieſelbe Prägung. Solange die Welt mit der Gefahr der ſpaniſchen Vormachtſtellung zu rechnen gehabt hat, beſtand auch die der Vernichtung des Proteſtantismus. Der machtpolitiſche Kampf gegen Spanien hat alſo gleichzeitig den Sinn eines Exiſtenzkampfes des evangeliſchen Glaubens. Auch daher iſt es gekommen, daß, wie ſchon betont, in dieſer Epiſode des Kampfes

gegen Spanien nicht das katholische Frankreich, sondern das protestantische England an die Spitze seiner Gegner getreten ist.

Der Umstand, daß die Religion sich wieder in den Mittelpunkt aller Gefühle und aller Handlungen stellt, hat notwendig eine völlige Veränderung in der internationalen Stellung des Papsttums nach sich gezogen. Weil es unter Rückkehr zu der Grundlage seiner Macht das rein Kirchliche wieder in die vorderste Linie rückt, treten die kleineren Interessen des italienischen Territorialstaats, die in den letzten Jahrzehnten seine Haltung bestimmt hatten, weit zurück hinter den weltumfassenden Ideen der Gegenreformation. Wie der Kalvinismus die Welt umspannen wollte, bekennt sich nun auch der Katholizismus wieder in schärfster Ausgesprochenheit zu demselben ihm ursprünglich eingeborenen Streben. Die Auseinandersetzung zwischen ihnen bestimmt also das Schicksal der Welt. Die Waffe, die das Papsttum zur Behauptung der wiedergewonnenen Stellung über der gesamten katholischen Christenheit befähigt hat, ist vom Trientiner Konzil geschmiedet worden mit dem Abschluß des Dogmas und dem Sieg des päpstlichen Absolutismus innerhalb der Kirche. Gerade durch die feindlichen Strömungen, die im Kampf gegen die weltliche Macht des Papsttums die römische Kirche selbst zu treffen gedachten, hat die Kurie den Anstoß erhalten, den rein spirituellen Charakter ihrer Stellung wieder zu betonen und, aus der Not eine Tugend machend, innerhalb ihres ureigenen Gebietes ihre Herrschaft um so uneingeschränkter aufzurichten. Auf der anderen Seite gerieten die Päpste allerdings, weil sie sich auf Spanien als ihr bestes Werkzeug stützen mußten und dies direkt in Italien auf sie drücken konnte, leicht in Abhängigkeit von Madrid. Wiederholt haben sie deshalb durch Anknüpfung an Frankreich als der Spanien rivalisierend gegenüberstehenden katholischen Großmacht sich dieser Abhängigkeit zu entziehen gesucht, und tatsächlich haben sie es erreicht, daß ihr Schicksal sich nicht verflocht mit dem des spanischen Reiches. Aus der Veränderung des Sinnes der päpstlichen Politik ergibt sich aber auch ein gänzlicher Umschwung in deren äußerer Form. Seit der Wiederbetonung des rein kirchlichen, spirituellen Universalismus und dem Verzicht auf politische Machterweiterung — wozu übrigens wohl auch das Erlebnis des sacco di Roma mitgewirkt haben mag — verträgt sich der Charakter des Amts nicht mehr mit der Verstrickung in weltliche Kriege. Wie viele Bündnisse mit ausgesprochen kriegerischem Zweck hatten bisher unter ihren Mitgliedern das

Papſttum gehabt oder waren ſogar durch ſeinen Antrieb ins Leben gerufen worden, ſo daß ſie ſich die Bezeichnung „Heilige Liga“ hatten beilegen können. Von jetzt an ſcheidet der Vatikan als kriegführende Macht aus den allgemein europäiſchen Fragen aus. Mit ſeiner Diplomatie nimmt er nach wie vor engſten Anteil an ihnen, aber den militäriſchen Auseinanderſetzungen hält er ſich fern. Es iſt alſo ein Umſchwung von höchſter prinzipieller Bedeutung, der damals in der Haltung der Päpſte eingetreten iſt. Indem ſie auf die Idee der weltlichen Univerſalherrſchaft verzichteten, ſtärkten ſie gewaltig ihre moraliſche Stellung und wurden dadurch indirekt auch wieder zu der nicht zu unterſchätzenden politiſchen Macht, die ſie bis heute geblieben ſind.

Dem ſpaniſchen Staat dagegen iſt die Verknüpfung des politiſchen mit dem religiöſen Moment zum Verderben ausgeſchlagen. Denn ſie hat, wenn ſie auch zunächſt ſeine Wucht und ſeine Stoßkraft verſtärkt hat, bald zu innerer Zerſetzung geführt. Weil die Wiederaufrichtung des Katholizismus in ſeiner allbeherrſchenden Stellung das oberſte Ziel der ſpaniſchen Politik wurde, ſah ſich Philipp ganz ſelbſtverſtändlich genötigt, zunächſt einmal aus dem eigenen Staat alle dem widerſprechenden Elemente auszuſchalten, denn nur auf einen einheitlich geſchloſſenen Staat geſtützt konnte er an die Verwirklichung dieſes hohen Zieles denken. Aus dieſen Bemühungen aber ergaben ſich die Aufſtände des letzten Reſtes des Maurentums, der Moriskos, deren er nur ſchwer hat Herr werden können. Weiter hat das mit der Auswanderung der ſpaniſchen Juden zum Verluſte reicher Geldmittel geführt; der ſo ſchon ſchwachen ſpaniſchen Wirtſchaft wurde erneut viel Blut entzogen, ſo daß der Staat mitten in dieſer Zeit höchſter politiſcher Machtentfaltung mehrere Staatsbankrotte hat durchmachen müſſen. Das iſt auch ein Anzeichen dafür, wie geringfügig damals noch der Einfluß der Wirtſchaft auf die Außenpolitik geweſen iſt.

Unermeßlichen Schaden hat dieſe Einſtellung unter den konfeſſionellen Geſichtspunkt auch dadurch Spanien zugefügt, daß ſie ihm den Verluſt der holländiſchen Provinzen eingetragen hat. Allerdings iſt der Abfall der Niederlande auch durch anderes bedingt als durch den konfeſſionellen Gegenſatz. Vor allem iſt hier das wirtſchaftliche Moment zu erwähnen: das Land mußte ſich gegen das ſpaniſche Steuerſyſtem wehren, das für den Staat zwar ſehr hohen Ertrag abwarf, mit den Lebensbedingungen der in ſo hoher Blüte

befindlichen niederländischen Industrie und ihres Handels dagegen schlechterdings unvereinbar war. Dazu kommt auch die ständische Opposition gegen die absolutistischen Pläne Philipps. Aber obwohl dies alles zweifellos stark mitgespielt hat, das Entscheidende bleibt doch der Glaubenskampf. Die leidenschaftliche Inbrunst des Glaubenseifers ist es auch gewesen, die den Holländern die Kraft zum Ausharren gegeben hat, trotzdem mehr wie einmal ihre Sache hoffnungslos zu stehen schien. Daß letzten Endes der religiöse Gegensatz das Ausschlaggebende gewesen ist, ergibt sich auch deutlich aus dem Riß, der sich in den bisher vereinigten Provinzen herausstellte: nur die evangelischen Nordstaaten haben sich freigemacht. Für die Südstaaten, das heutige Belgien, bestanden an sich genau dieselben wirtschaftlichen und politischen Gegensätze zu Spanien, aber weil sie katholisch bleiben wollten, fehlte ihrem Widerstand der Fanatismus, der allein zum Siege über die so überlegene Macht befähigte. Nach kurzem Kampf sind sie wieder unter die spanische Oberhoheit zurückgekehrt; in Scharen haben die Protestanten das Land verlassen und sind nach Holland und Nordwestdeutschland ausgewandert, so daß die Romanisierung wesentlich erleichtert worden ist. Durch die Wiederaufrichtung der spanischen Herrschaft ist aber auch die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Südprovinzen schwer beeinträchtigt worden. Sie geraten in Abhängigkeit von dem frei emporsteigenden Holland, Antwerpen wird von Amsterdam überflügelt. Deshalb hat sich auch Spanien nicht mit diesem Teil seines bisherigen Besitzes begnügen wollen. Philipp hat das Äußerste versucht, die Aufständischen wieder unter seine Botmäßigkeit zurückzuzwingen, um auch weiterhin das gesamte Gebiet mit seinen Reichtümern für die Zwecke Spaniens ausnützen zu können. Dieser Kampf, der zeitweise wahrhaft heroischen Charakter angenommen hat, erfüllt das ganze Zeitalter. Hohe Talente treten auf beiden Seiten hervor: auf der spanischen besonders Alexander Farnese, unstreitig der größte aber ist Wilhelm von Oranien, der Begründer der Machtstellung des Geschlechtes, das dann der Träger der holländischen Großmachtpolitik geworden ist. Der Wahlspruch, den die Oranier auf ihrem Wappenschilde führten, lautete: „Je maintiendray!“, und wie sehr haben diese Männer ihm nachgelebt, angefangen von dem Retter der holländischen Selbständigkeit, dem großen Schweiger, bis herab zu dem größten von ihnen, dem Retter der europäischen Freiheit vor Ludwig XIV., Wilhelm III.

Der Sieg der Holländer iſt nur möglich geworden durch die Unterſtützung des Auslandes, und dieſe wiederum iſt eine Folge des Umſtandes, der überhaupt zu dem Abfall geführt hatte: der Verquickung von Politik und Religion in den Abſichten Philipps. Damit erkennen wir einen weiteren und den wichtigſten Punkt, inwiefern dieſe Verbindung für Spanien verhängnisvoll geworden iſt. Denn der doppelte Charakter der ſpaniſchen Politik entfeſſelte naturgemäß auch zwei Arten von Gegnerſchaften, und dadurch, daß dieſe beiden Arten ſich miteinander verbanden, ergab ſich ein Maß des Widerſtandes, vor dem ſchließlich die Kräfte Spaniens erlahmten. Die religiöſe Färbung machte alle evangeliſchen Staaten zu Feinden Philipps, die Erkenntnis ſetzte ſich durch, daß der Sieg Spaniens das Ende des Proteſtantismus ſein würde, und daß deshalb ſeine Bekenner zuſammenſtehen müßten. Aus dieſen Gründen konfeſſioneller Solidarität haben die Holländer die Unterſtützung Englands und deutſcher evangeliſcher Reichsſtände gefunden, und ebenſo haben an den innerfranzöſiſchen Wirren einerſeits zugunſten der katholiſchen Guiſenpartei Spanien, andererſeits zugunſten der Hugenotten England und einige deutſche Fürſten Anteil genommen. Die konfeſſionelle Gemeinſchaft beginnt über die ſtaatliche Zugehörigkeit hinauszugehen, auf religiöſer Grundlage bilden ſich große internationale Parteien, deren Mitglieder nicht bloß in ſich geſchloſſene Staaten, ſondern die dem betreffenden Bekenntnis angehörigen Teile der einzelnen Staaten ſind. Damit bahnt ſich eine Entwicklung an, die eine Gefährdung der ganzen bisherigen ſtaatlichen Ordnung Europas in ſich barg und ſie auseinanderzuſprengen und auf den Kopf zu ſtellen drohte. Es iſt die logiſche Folge aus der Unterordnung der Außenpolitik unter andere als die rein ſtaatlichen, machtpolitiſchen Geſichtspunkte. Jeder einzelne Staat hat unter dieſer inneren Zerklüftung gelitten und durch ſie an Kraft eingebüßt.

Neben dieſer dem konfeſſionellen Zwiſt entſpringenden Gegnerſchaft fand aber Philipp noch weiter alle die Staaten auf ſeinem Weg, die ſich durch ſein Streben nach politiſcher Vorherrſchaft bedroht fühlten und demgegenüber ihre eigene Selbſtändigkeit behaupten wollten. Aus dieſen Gründen hat zeitweilig Frankreich den Holländern ſeine Unterſtützung geliehen. Frankreich trug ja an ſich durchaus den Charakter einer katholiſchen Großmacht, aber in ſeiner politiſchen Exiſtenz war es am unmittelbarſten durch das Übergewicht Spaniens bedroht. Deshalb hat es Zeiten gegeben, in denen

Frankreich aus Rückſicht auf die gemeinſamen katholiſchen Intereſſen Hand in Hand mit Philipp gegangen iſt, und dann wieder andere, in denen die durch politiſche Gründe bedingte Furcht vor Spanien nicht nur es hinderte, ſich an den von den Jeſuiten gepredigten und vor allem im ſpaniſchen und päpſtlichen Vorteil liegenden Kreuzzug gegen den Proteſtantismus zu beteiligen, ſondern darüber hinaus es veranlaßte, aktiv dem Vordringen der Gegenreformation entgegenzutreten. Einfach eine durch die Intereſſen des Katholizismus beſtimmte Politik zu treiben, wäre für Frankreich eine Unmöglichkeit geweſen, ſelbſt dann, wenn es überhaupt die Fähigkeit zu einheitlich feſtgehaltener Stellungnahme beſeſſen hätte, und davon war es in dieſen Jahren des Bürgerkriegs weit entfernt. Durch ihn iſt Frankreich, das unter normalen Verhältniſſen neben Spanien das ſchwerſte Gewicht in die europäiſche Wagſchale zu werfen hatte, zu faſt vollſtändiger Bedeutungsloſigkeit für die internationalen Vorgänge herabgezogen worden. Es zerſpaltet ſich in zwei ſich blutig bekämpfende Parteien; auch hier ſind hochbedeutende Männer unter den Führern, wie überhaupt dies Zeitalter ausgezeichnet iſt durch die Fülle glänzender Erſcheinungen. Während auf der katholiſchen Seite die Perſönlichkeiten des großen Feldherrn Franz von Guiſe, des Verteidigers von Metz und Eroberers von Calais, und ſeines Bruders, des Kardinals Karl Guiſe hervorragen, beſitzen die Hugenotten in Gaſpard von Coligny einen Führer von hoher ſtaatsmänniſcher Begabung.

Den Anſtoß zu dieſem Bürgerkrieg hat das Eindringen des Kalvinismus gegeben, aber das Ziel der Hugenotten war keineswegs eine ſolche Zerſpitterung; nicht nur die Gleichberechtigung ihres Bekenntniſſes wollten ſie durchſetzen, ſondern ſie arbeiteten darauf hin, es zum herrſchenden und womöglich allein anerkannten zu machen und auf ſeiner Grundlage die Nation wieder zu einen. Die Spaltung hat den politiſch Denkenden und Weitblickenden unter ihnen Kummer und Sorge bereitet. Zur Überwindung dieſes Zuſtandes war als erſte Bedingung erforderlich, die Inſtanz zu gewinnen, in der ſich die Einheit der Nation verkörperte. Deshalb iſt es der leitende Gedanke Colignys geweſen, das Königtum auf die evangeliſche Seite hinüberzuziehen; damit wären dann die Hugenotten aus der Oppoſitionsſtellung herausgekommen. Das iſt aber nicht gelungen: ein tiefer innerer Widerſpruch hat es verhindert, daß das franzöſiſche Königtum ſich dem neuen Glauben zuwandte. Denn eine der Grundlagen des Kalvinismus iſt die Autonomie

der Gemeinden, und dies Prinzip ist unversöhnbar mit dem System, auf dessen Ausbau das Königtum seit Jahrhunderten hinarbeitete und vor dessen Vollendung es damals stand, mit dem Absolutismus. An diesem inneren Gegensatz mußte Colignys Versuch scheitern. Eine Verbindung zwischen absolutistischem Königtum und Kalvinismus war nicht durchführbar, notwendig mußten sie in Kampf mit einander geraten, und daß in diesem Kampf die Hugenotten unterlegen sind, findet darin seine Erklärung, daß der Sinn der ganzen innerfranzösischen Entwicklung in dem Drang nach absolutistischer Zentralisation besteht; es war also ein wesensfremdes Element, das durch den Kalvinismus eingeführt werden sollte. Dazu kommt, daß in Frankreich ein Antrieb nicht vorhanden war, der in Deutschland gerade auf die unteren Schichten sehr stark eingewirkt hat: die Organisation der Nationalkirche hatte die maßlose finanzielle Aussaugung von außen her unmöglich gemacht. Schließlich aber fehlte dem Protestantismus in Frankreich das höchste Maß der Verinnerlichung, die ihm den Schwung verliehen hätte, über alle äußeren Widerstände hinwegzukommen. Unzweifelhaft sind ja Glaubensbegeisterung und Opfermut der Hugenotten sehr hoch gewesen, aber es war eine von außen her verpflanzte, nicht bodenständig gewachsene Bewegung, so daß ihr das wirklich Letzte und Entscheidende an leidenschaftlicher Entschlossenheit und fanatischer Leistungsfähigkeit nicht eignete. Deshalb hat sie nicht über den Standpunkt einer gegen die staatlich anerkannte Gewalt opponierenden Partei hinauskommen können, und so blieben die auf die Einheit der Nation hindrängenden Kräfte ihre Gegner. Auf dieser ihrer Eigenschaft als Oppositionspartei beruht es dann weiter, daß sie sich notgedrungen, nur um sich überhaupt behaupten zu können, mit den anderen gegen das Königtum sich richtenden Strömungen verband, vor allem mit der ständischen Bewegung des hohen Adels. Gerade dadurch aber hat sie sich alle wirklich gesunden Kräfte der Nation zu Feinden gemacht, sie zog sich selbst den Boden unter den Füßen fort, auf dem sie stehen wollte. Daß sie nicht über die oppositionelle Stellung hinauskam, hat auch zur Folge gehabt, daß sie von außen nicht die Unterstützung erhielt, die sie erhofft hatte. Die deutschen evangelischen Reichsstände waren zwar durchaus gewillt, ihren kämpfenden Glaubensgenossen zu Hilfe zu eilen. Aber sie haben nichts wirklich Bedeutsames getan, weil sie sahen, daß sie sich dadurch das französische Königtum zum Feind gemacht hätten, auf

dessen Hilfe sie nach wie vor bei ihrem eigenen Kampf gegen spanische und kaiserliche Vorstöße rechnen mußten. Jede Stärkung der Hugenotten war gleichbedeutend mit einer Schwächung der königlichen Macht, und diese erschien den deutschen Protestanten als eigene Gefährdung. Deshalb ist es zu nichts anderem als gelegentlicher Anteilnahme Einzelner an diesen Kämpfen gekommen.

Allerdings hat auf der anderen Seite auch Spanien längere Zeit die gleiche Zurückhaltung bewiesen. Philipp mußte zwar dringend den Sieg der Guisen wünschen, einmal aus dem katholischen Interesse, dann aber auch, weil ein evangelisch geleitetes Frankreich, ganz abgesehen von dem dann selbstverständlichen Übergang in das Lager seiner Gegner, eine unmittelbare Gefahr für den territorialen Bestand seines Reiches gewesen wäre, indem der noch spanisch gebliebene Teil der Niederlande auf allen Seiten von protestantischen Staaten umschlossen und der protestantischen Propaganda ausgeliefert gewesen wäre. In der Tat hat Coligny die Eroberung von Flandern als das wichtigste Ziel der französischen Außenpolitik hingestellt, und er hoffte sie zu erreichen durch die Verbindung mit Holland, die ihm als Schwiegervater Wilhelms von Oranien besonders nahe lag. Frankreich in den Krieg mit Spanien hineinzustoßen schien ihm das sicherste Mittel, das Königtum für den Protestantismus zu gewinnen. Die verschiedensten, höchst gewichtigen Gründe machten also Philipp den Versuch zur Selbstverständlichkeit, die Hugenotten nicht zur Herrschaft kommen zu lassen. Aber er sah auch mit größter Freude, wie als Folge der Selbstzerfleischung der Parteien Frankreichs Macht sich von Jahr zu Jahr verringerte. Deshalb hütete er sich, vor der Zeit einzugreifen, ließ jedoch deutlich erkennen, daß er jeden Augenblick dazu bereit sei. Dauernd schwebte also über Frankreich die Gefahr, daß im Zusammenhang mit seinen inneren Wirren ein fremder Staat sich in seinem Hause festsetzte.

Diese Gefahr abzuwenden und die ausländischen Einflüsse nach Möglichkeit fernzuhalten war das Ziel der Frau, in deren Händen damals die königliche Gewalt lag, Katharina von Medici. An und für sich ging ihr Streben also durchaus nach der Richtung, auf die das sachliche Interesse der Nation hinwies: sie suchte deren Selbständigkeit zu wahren und zwischen und über den Parteien eine feste Stellung einzunehmen. Sie wußte sehr wohl, daß der unbedingte Sieg einer der Parteien, wie die Dinge nun einmal lagen, einem bestimmten Teil des Auslandes dauernden Einfluß

auf die inneren Verhältniſſe Frankreichs eröffnen werde. Sie perſönlich ſtand dem Proteſtantismus ſchroff ablehnend gegenüber, dennoch hat ſie ſich ihm öfter auf Koſten der katholiſchen Partei genähert, damit nicht durch deren Vermittlung die ſpaniſche Macht allzu weiten Spielraum innerhalb Frankreichs gewänne. Die Unabhängigkeit der Krone war alſo Katharinas Ziel, aber nicht aus dem ſachlichen Grund, weil ſie deren überragende Stellung als notwendig für die Größe Frankreichs erkannt hätte, ſondern einfach aus dem kleinlicheren Motiv perſönlichen Ehrgeizes. Ihrer eigenen Macht galt all ihre Sorge, nicht dem großen Geſichtspunkt des Königtums, und dementſprechend waren die Mittel, mit denen ſie ans Ziel zu kommen hoffte, nur die der Intrige. Darin war ſie allerdings groß; mit vollendeter Meiſterſchaft hat ſie zwiſchen den Parteien laviert, mit beiden ihre Fäden angeſponnen, nach beiden Richtungen hin ihre Ränke und Liſten ausgeſpielt und alle beide betrogen. Aber dieſe Methode genügte doch nicht, um eine für die Dauer ſichere Grundlage der königlichen Gewalt zurückzugewinnen.

Katharinas Intrigantennatur zeigt ſich deutlich in den Zwecken, die ſie mit dem 1565 bei Gelegenheit einer Zuſammenkunft mit dem Herzog von Alba in Bayonne mit Spanien abgeſchloſſenen Bündnis verband. Anſcheinend bedeutet ja dies Bündnis die freiwillige Aufgabe ihrer Unabhängigkeit, denn ſie war viel zu klug, um ſich nicht einzugeſtehen, daß das innerlich zerfleiſchte Frankreich ſich dem Einfluß eines an realer Macht ſo überlegenen Verbündeten nicht werde entziehen können. Dennoch glaubte ſie dem vorbeugen zu können; gerade in dem anſcheinend für Spanien ſo vorteilhaften Bündnis hoffte ſie den Weg zur Verminderung des ſpaniſchen Drucks gefunden zu haben. Denn durch dies Bündnis der beiden wichtigſten feſtländiſchen Mächte mußten ſich alle anderen bedroht fühlen, und naturgemäß würde ſich der Unwille und das Mißtrauen in erſter Linie gegen Spanien als den führenden Teil richten. Spaniens politiſcher Kredit in ganz Europa würde geſchädigt, und durch dieſe Gegnerſchaft der anderen würde es genötigt werden, von den innerfranzöſiſchen Verhältniſſen abzulaſſen. Gleichzeitig alſo wollte Katharina ſich Philipps verſichern, daß er als Bundesgenoſſe nichts gegen ihre Herrſchaft unternehme, und ihn durch dies Bündnis ſchwächen, indem ſie ihm die Feindſchaft der anderen Mächte auf den Hals hetzte. Ihre Politik iſt der zur Potenz erhobene Machiavellismus.

In Erfüllung gegangen ist aber ihre Hoffnung nicht, daß Frankreich sich dem spanischen Druck werde entziehen können. Sie ist vielmehr in der Folgezeit deutlich in Abhängigkeit von Philipp geraten. Darin schien jedoch zu Beginn der siebziger Jahre ein Wandel einzutreten. Die Erfolge der spanischen Truppen in den Niederlanden und der gleichzeitige Sieg, den Don Juan d'Austria über die Türken bei Lepanto errang, erhöhten Philipps Machtstellung derart, daß Katharina Rückhalt an England suchte. Sie bemühte sich also, die spanische Bevormundung abzuschütteln. Aber von der dauernden Einhaltung dieser neuen Linie ist sie abgebracht worden durch die Tatsache, daß Coligny beherrschenden Einfluß auf ihren Sohn König Karl IX. gewann. Das hätte an sich nur eine Stärkung der Richtung gegen Spanien bedeutet. Aber wiederum zeigt sich, wie wenig sachliche Gesichtspunkte für Katharina treibend waren. Ihre eigene Allmacht fühlte sie durch Coligny bedroht, deshalb wollte sie trotz der augenblicklichen sachlichen Übereinstimmung sich seiner entledigen und hat das Attentat auf ihn veranlaßt, aus dem die Bartholomäusnacht herausgewachsen ist. Damit hat sie sich natürlich vollständig in die Arme der katholischen Partei geworfen; auch der schwache Heinrich III. ist nicht imstande gewesen, irgend etwas zu tun, was nicht dem Willen der aufs engste mit Spanien verbundenen und von dorther beeinflußten Guisen entsprach. Bis zur Thronbesteigung Heinrichs IV. 1589 ist Frankreich fast zum Werkzeug Spaniens herabgesunken, aber zu einem Werkzeug, dem so gut wie gar keine Bedeutung zukam, da der höher als je entbrennende Bürgerkrieg alle seine Kräfte lähmte.

Frankreich spielt also diese Jahrzehnte hindurch im wesentlichen keine aktive Rolle in den für das Gesicht Europas entscheidenden Machtfragen; an ihm hat es nicht gelegen, daß Philipps Streben nach der Universalstellung zusammengebrochen ist. Dafür tritt England in die von Frankreich nicht mehr verteidigte Bresche. Das Zeitalter Elisabeths ist eine der glänzendsten Erinnerungen der englischen Geschichte. Denn während ihrer Regierung haben sich, obwohl der Königin selbst die historische Größe mangelt, alle die lebendigen Kräfte Englands entfaltet, die seinen Aufstieg verursacht haben. Der Grund der künftigen weltumfassenden Macht ist damals gelegt worden.

Elisabeth ist, wie sie Philipps Werbung zurückgewiesen hatte, auch später unvermählt geblieben, damit nicht durch einen festländischen

Prinzgemahl England wieder an einen fremden Staat angekoppelt würde: die Lösung jeder politischen Verbindung mit dem Kontinent war ihr Prinzip. Die Abweisung Philipps hat zwar, wie erwähnt, noch nicht gleich zu direktem Kampf geführt, aber es häufte sich der Brennstoff, der schließlich die Flamme hoch auflodern ließ. Einer der Gründe, die den Waffengang unvermeidlich gemacht haben, ist in der Tragödie Maria Stuarts zu erblicken. Mit Marias Gefangensetzung und der Errichtung einer protestantischen Vormundschaft für Jakob VI. ist Schottland tatsächlich mit England vereinigt worden; daraus hat sich später durch die Erhebung der Stuarts auf den englischen Thron die Personalunion entwickelt, die 1707 verfassungsmäßig in Realunion verwandelt worden ist. Schottland scheidet also als selbständiger Staat aus dem Bereich der europäischen Politik aus, für England bedeutet das die Befreiung von einer höchst peinlichen Last. Die Gefangennahme Marias hat demnach mit diesen Folgen dem englischen Staat großen Vorteil eingebracht, dagegen hat sich Elisabeth durch sie Philipp endgültig zum Feinde gemacht. Ein zweiter Grund für den Zusammenstoß mit Spanien ist Englands Haltung gegenüber dem Abfall der Niederlande. Elisabeth sah die Schwächung der spanischen Großmacht gerade an der ihrem Lande gegenüberliegenden Küste mit Freuden. Um den aktiven Beistand der Königin zu erlangen, sind die aufständischen Provinzen so weit gegangen, ihr die Oberhoheit anzubieten; das hat sie abgelehnt, weil sie dadurch wieder neue Bindung auf dem Kontinent eingegangen wäre. Sie hat auch niemals den Holländern tatkräftige Hilfe geliehen, aber sie hat sie immerhin unterstützt und so den Groll Philipps vermehrt.

Weiter mußte sich der Konflikt ergeben aus der Art der neuen Handelspolitik, die England nunmehr einschlug. Der Staat schüttelte die bisher bestehende Herrschaft der ausländischen Kaufleute ab; durch die Erziehung des Volkes zur wirtschaftlichen Selbständigkeit, die damit in Fortsetzung der Bestrebungen Heinrichs VII. geleistet wurde, ist die Voraussetzung der späteren Welthandelsherrschaft geschaffen worden. In engster Gemeinschaft nahmen Königtum und Kaufmannschaft diese Aufgabe auf sich, zum ersten Male wurde mit der Persönlichkeit Thomas Greshams ein Großkaufmann zum Minister ernannt, und er ist alsbald energisch daran gegangen, England von dem Monopol Antwerpens und von der Ausnutzung durch die Hansen zu befreien. Er hob die Vorrechte des hansischen

Stahlhofs auf, und um Antwerpen zu schädigen, verlegte er den englischen Stapel von dort nach Hamburg, das dadurch vor dem gleichen Niedergang wie die anderen deutschen Hansestädte bewahrt worden ist. Die englischen Kaufleute drängten jetzt ihrerseits in der Nord- und Ostsee vor. Eine Fülle von Handelsgesellschaften entstanden, die auf die Unterstützung des Staates rechnen konnten. Aber der erwachende Unternehmergeist beschränkte sich nicht auf Europa, auch nach Amerika begann die englische Handelsflotte ihre Fahrten. Zunächst allerdings waren es mehr Freibeuterzüge, die Frobisher und Drake unternahmen; noch war es nicht in aller Form der englische Staat, der sich in Übersee festsetzte. Immerhin stieß England damit in das Gebiet hinein, das bisher ausschließlich dem Romanentum, den Spaniern und Portugiesen, vorbehalten war, und nötigte Philipp, seine Maßnahmen gegen diese rasch um sich greifende Entwicklung zu treffen. Spanien hatte mit den holländischen Provinzen einen großen Teil seines Reichtums bereits eingebüßt, deshalb mußte es mit äußerster Energie der Gefahr entgegentreten, daß nun ein anderer europäischer Staat ihm auch noch die Goldquelle jenseits der Meere entreiße oder auch nur seine Verbindung mit den überseeischen Gebieten gefährde. Es ist das erstemal, daß Streitigkeiten in anderen Erdteilen sich rückwirkend auf die Beziehungen zwischen den europäischen Großmächten fühlbar machen; der Auftakt zu der Zeit der Kolonialkriege ist hierin zu erkennen.

Das, was letzten Endes aber die kriegerische Abrechnung zwischen England und Spanien unvermeidlich gemacht hat, ist der Eigenart des Zeitalters entsprechend der religiöse Gegensatz gewesen. Auch hier wieder läßt sich das Ineinanderspielen und die gegenseitige Verstärkung der verschiedenen Motivgruppen deutlich feststellen: je mehr sich der politische und wirtschaftliche Gegensatz verstärkt, desto entschlossener bekennt sich der englische Staat zum Protestantismus, und wieder, je enger er sich dem Protestantismus verbindet, um so unversöhnlicher wird auch der politische Gegensatz. Mit der Zunahme der Reibungsflächen zwischen England und Spanien wächst der protestantische Einfluß in England. Elisabeth muß sich mehr auf die Spanien ungünstig gesinnten, d. h. also die protestantischen Teile ihres Landes stützen, infolgedessen steigt deren Bedeutung fast von Tag zu Tag. Die Reformation ist hier nur zur Hälfte eine religiöse Bewegung gewesen, zur anderen Hälfte ist sie der Aus-

druck des nationalen Selbständigkeitsbedürfnisses (Seeley). Der große außenpolitische Gegensatz treibt den englischen Staat vom Katholizismus hinweg, bis er schließlich fast in dem gleichen Maße wie das Spanien Philipps II. auch seine politische Existenz auf die Religion gründet. So haben gemeinsam politische und konfessionelle Motive den großen Zusammenstoß heraufgeführt, bei dem nach Rankes Wort die Geschicke der Welt in den Wagschalen lagen.

Um die Mitte der achtziger Jahre sah es aus, als ob Philipp dicht vor seinem Ziel stünde. Portugal war ihm anheimgefallen, der Widerstand der Niederlande schien mit der Ermordung des Oraniers zusammenzubrechen, Frankreich lag zu seinen Füßen. Damit hat Philipps Macht eine Entfaltung erreicht, die sogar dem Papste bedrohlich schien; Sixtus V. hätte unter diesen Umständen eine Schwächung Spaniens nicht ungern gesehen. Philipp war so stark geworden, daß Elisabeth jetzt sich entscheiden mußte; zögerte sie noch länger, so würde er ihr binnen kurzem als Herr des ganzen europäischen Festlands und der gesamten überseeischen Welt gegenüberstehen. Dann wäre auch wohl England nichts übriggeblieben, als seinem Willen sich zu unterwerfen, der Protestantismus wäre verloren gewesen. In dieser Lage hat Elisabeth für den Krieg entschieden. Neben sie traten ihre großen Minister William Cecil und Francis Walsingham als Hauptbefürworter der protestantischen Kampfpolitik, und der nationale Stolz des englischen Volkes bäumte sich auf gegen die Möglichkeit der Unterordnung unter fremde Bevormundung. Die Hinrichtung Maria Stuarts 1587 war ihre Kriegserklärung an Philipp. Durch sie aber wurde die gesamte katholische Welt entflammt; an der Art, wie sie aufgenommen wurde, läßt sich der Sinn dieses Kampfes, die Wiederaufrollung des ganzen religiösen Problems, deutlich erkennen. Maria hatte Philipp zu ihrem Erben eingesetzt, d. h. ihren Anspruch auf die englische Krone an ihn übertragen. Papst Sixtus, eben noch der Gegner Philipps, beauftragte ihn unter dem Eindruck der Hinrichtung mit der Exekution des Bannes gegen Elisabeth. Es war also in Wahrheit ein Kampf um Tod und Leben, um politische und religiöse Existenz, in den England eintrat. Auf der Kraft seiner jungen Flotte ruhte die Freiheit Europas und die Fortdauer des Protestantismus. Sie hat die große Probe bestanden, die Kanalschlachten des August 1588 haben die Niederlage der spanischen Weltmacht entschieden.

Die erste unmittelbare Folge des grandiosen Sieges war die Sicherung der Selbständigkeit Englands. Spaniens Versuch, die Insel in seinen Einflußbereich zu ziehen, ist hilflos zusammengebrochen. Dann weiter haben die Kanalschlachten der zukünftigen Entwicklung insofern den Weg gewiesen, als sie durch die Vernichtung der stolzesten Flotte, die bis dahin jemals die Meere befahren hatte, den anderen Staaten die Bahn in die Welt hinaus freigemacht haben. Es war selbstverständlich, daß die englische Flotte, um dem besiegten Gegner möglichst viel Abbruch zu tun, sich auf die spanischen Kolonien stürzte. Damit faßte nach dem englischen Handel auch der Staat England festen Fuß in Übersee. Spaniens Angriff auf die Insel ist also der direkte Anlaß zu der Änderung, die nunmehr in dem Charakter des englischen Staates und seiner Politik eintritt. Erst jetzt wird England zur Seemacht, und sein Beispiel ist dann bald von den Holländern im Verlauf ihres Kampfes mit den Spaniern befolgt worden. In ganz starkem Maße hat allerdings England auch jetzt noch nicht diesen Weg beschritten; Elisabeth mit ihrem System vorsichtigen Maßhaltens hat den auf rücksichtslosen Eroberungskrieg hindrängenden Feuereifer der Essex und Raleigh gebremst, aber die ersten kolonialen Besitzergreifungen sind immerhin schon damals erfolgt. In Asien wie in Amerika und Afrika gewinnt England die ersten überseeischen Posten, so daß seitdem die Möglichkeit besteht, diese Richtung in umfassendem Maße auszubauen. Für die neue Eigenart des englischen Staats ist ebenfalls höchst wichtig gewesen die Steigerung des Selbstbewußtseins der englischen Seeleute durch ihren Sieg über die Armada. Fortan fühlten sie sich als die Herren der Meere, und dies Selbstbewußtsein hat die Hinwendung Englands auf die Stärkung seiner Seemacht ganz entscheidend beeinflußt. Schon zwanzig Jahre später hat Jakobs I. Kanzler Bacon die Herrschaft über die Meere bezeichnen können als „die kostbare Mitgift des britischen Reichs, die ihm die Freiheit des Adlers gewährt".

Nicht geringer als für den Sieger sind für den Besiegten die Folgen der Kanalschlachten gewesen. Spanien hat nie wieder seine Seemacht auf die Höhe bringen können, die erforderlich gewesen wäre, um jeden Konkurrenten von der Ausnutzung der neuen Welt fernzuhalten, und damit war es entschieden, daß ihm fortan keine solche materielle Überlegenheit zu eigen war, um sich als Vormacht zu behaupten. Nicht viel weniger als ein Jahrhundert hat es aller-

dings noch gedauert, bis der spanische Ehrgeiz sich zur Anerkennung dieses Ergebnisses bereit gefunden hat. Noch standen ihm auch nach der Vernichtung seiner Seemacht gewaltige Kraftquellen zur Verfügung; durch den ihm verbliebenen Teil der Niederlande und Italien war es immer noch die erste Großmacht der Welt. Aber als solcher waren ihm Rivalen erstanden, gegen deren Angriffe seine inneren Kräfte nicht mehr ausreichten. Die Charakteristik, die der Herzog von Sully von ihm gegeben hat, als einem Staat, dessen Arme und Brust stark seien, während das Herz nur noch geringe Leistungsfähigkeit besitze, trifft seit der Vernichtung seiner Seemacht den Nagel auf den Kopf. Der Verlust der Seegeltung ist der eigentliche Anlaß zum Abstieg Spaniens. Damit beginnt die Zeit des rapid um sich greifenden inneren Zerfalls, der bald auch für die Außenpolitik sich fühlbar macht. Wie die Entwicklung der Machtverhältnisse auf dem Festland sich gestaltet hatte, haben auf der Höhe der großmächtlichen Stellung dauernd nur die Staaten sich zu halten vermocht, die neben der Fürsorge für das Heerwesen auch dem wirtschaftlichen Ausbau die größte Sorgfalt widmeten. Das hat Spanien versäumt. Der Schlag von 1588 ist ihm so tief ins Mark gegangen, daß es nicht einmal mehr zu dem Versuch Kraft fand, das Verlorene durch die Erschließung neuer Kraftquellen im Innern zu ersetzen. So ist es bald nicht mehr im Besitz des Rückhalts gewesen, den seine Außenpolitik mit ihren hohen Zielen erforderte. Auch seine moralische Stoßkraft hat durch die Niederlage schwerste Einbuße erlitten. 1588 ist der Höhepunkt der ersten gesamteuropäischen Krise; seitdem befindet sich die Macht, die ihre Hände nach der Vorherrschaft ausgestreckt hatte, auf dem absteigenden Ast.

Auf religiösem Gebiet war die Folge der Kanalschlachten die Rettung des Protestantismus. Unter dem Eindruck der englischen Siege erstarkte er in dem Maße, daß seitdem der Gedanke, ihn überhaupt noch auszurotten, zur Unmöglichkeit geworden ist. Die Engländer und Holländer trugen ihn in die Welt hinaus, so daß, wenn es auch gelungen wäre — wie das der Sinn des Dreißigjährigen Kriegs in seinen Anfängen gewesen ist —, ihn auf dem Festland wieder zu beseitigen, an der Tatsache seiner Existenz nicht mehr gerüttelt werden konnte. Der Versuch, die religiöse Einheit wieder aufzurichten, ist endgültig gescheitert.

Ebenso wie religiös hat auch politisch der Sieg Englands nicht nur für die unmittelbar beteiligten Staaten, sondern für die Gesamtheit Europas sich fühlbar gemacht. Frankreich konnte sich wieder dem spanischen Einfluß entziehen; mit Heinrich IV. bestieg der Mann den Thron, den Philipp mit allen Mitteln fernzuhalten gesucht hatte. Darin lag eine schwere Beeinträchtigung der durch den Verlust der Seeherrschaft doppelt bedeutsam gewordenen Kontinentalstellung Spaniens. Um sie rückgängig zu machen, ließ Philipp noch einmal den Krieg hoch aufflammen. In richtiger Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen haben aber England, Frankreich und Holland Schulter an Schulter gekämpft, und gegen ihren Bund konnte er nicht durchdringen. Nach zehnjährigen Bemühungen hat er die Unmöglichkeit eingesehen, sich Frankreich wieder zu unterjochen. Heinrich IV. hatte durch das Edikt von Nantes seinem Lande zwar nicht die Glaubenseinheit, jedoch den inneren Frieden wiedergegeben, indem er das katholische Bekenntnis als das herrschende anerkannte, aber den Hugenotten Glaubensfreiheit bewilligte und diese durch die Verleihung von Sicherheitsplätzen gewährleistete. Damit war eine wenigstens vorläufig befriedigende Lösung gefunden, der König persönlich hatte sie ermöglicht durch seinen Übertritt zum Katholizismus („Paris vaut bien une messe"), und ganz von selbst hat die Rückkehr des inneren Friedens die Wirkung gehabt, daß dem Lande auch das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit wiedererstand. Wie zur Zeit Franz' I. stellte sich die Nation beim Kampfe gegen das Ausland geschlossen hinter ihren König. Der Staat hatte sein katholisches Gepräge behalten, war aber unbedingt in das Lager der Gegner Spaniens übergegangen. Die inneren Zustände Frankreichs boten Philipp keine Handhabe mehr zur Einmischung, so daß er schließlich die Konsequenz aus diesem Umschwung gezogen und im Frieden von Vervins 1598 Frankreichs Unabhängigkeit anerkannt hat. Vermittelt worden ist dieser Vertrag durch Papst Clemens VIII., der in einer Stellung zwischen den beiden katholischen Großmächten die beste Sicherung der eigenen Unabhängigkeit erblickte; wie früher Sixtus V. wünschte er also unter Umständen noch anderswo als an Spanien Anlehnung suchen zu können. Wenige Monate nach der Unterzeichnung dieses Friedens, der den Zusammenbruch seiner politischen Bestrebungen bedeutete, ist Philipp aus dem Leben geschieden.

Frankreich ſteht alſo wieder, nachdem die Bürgerkriege zum Abſchluß gebracht waren, in ſeiner früheren Form da. Durch ruhige und zielbewußte Arbeit hat Heinrich mit Hilfe Sullys die zerrüttete wirtſchaftliche Kraft des Landes ſchnell wieder auf die Höhe gebracht, indem er die von Natur ſo außerordentlich günſtigen Verhältniſſe ſich ohne äußere Störung auswirken ließ, und nachdem das gelungen war, hat Frankreich auch alsbald wieder die alte Bedeutung in der europäiſchen Politik zurückgewonnen, die es in den Zeiten Franz' I. und Heinrichs II. beſeſſen hatte, — inſofern noch vermehrt, als ihm nicht mehr ein Staat von ſo überragender Macht gegenüberſtand, wie es das damalige Spanien geweſen war.

Wenn Philipp II. ſelbſt noch in den Verzicht auf die Einbeziehung Frankreichs in die ſpaniſche Einflußſphäre hatte einwilligen müſſen, ſo ſah ſich ſein Nachfolger genötigt, auch den Kampf gegen Holland aufzugeben. Mit dem Waffenſtillſtand von 1609 wird die Anerkennung Hollands als auf ſich ſelbſt geſtellten Staates ausgeſprochen. Ein neues Mitglied tritt alſo dem Staatenſyſtem bei, und zwar ein Staat, der ſich in der Folgezeit mit Rieſenſchritten zur Bedeutung einer Großmacht erhob. Die Holländer taten das, was Eliſabeth von ihren Flotten zunächſt mehr duldete, als daß ſie es beförderte: ſie ſtürzten ſich auf die wehrloſen ſpaniſchen und portugieſiſchen Kolonien. Am Kap der Guten Hoffnung, in Braſilien und Oſtindien ſetzten ſie ſich feſt, allerdings auch ſie nicht als Vertreter ihres Staats, ſondern in der Form der ſtaatlich anerkannten großen Handelsgeſellſchaften, deren führende Perſönlichkeiten aber meiſtens identiſch waren mit den Leitern der holländiſchen Politik, ſo daß tatſächlich die Gründung dieſer Geſellſchaften nichts anderes darſtellt als die „Übertragung des Handelsmonopols aus der Sphäre des monarchiſchen Abſolutismus in die des ſtadt-ſtaatlichen Republikanismus" (Rachfahl). Wie eng die Wechſelbeziehung zwiſchen dem Staat und den der Form nach Privatunternehmungen bleibenden Kompagnien auch in dem dem holländiſchen Vorbild getreulich folgenden England geweſen ſind, geht daraus hervor, daß lange Zeit hindurch nicht nur die überſeeiſchen Konſulate, ſondern auch ein für die europäiſche Politik des Staats ſo wichtiger Poſten wie der des Geſandten in Konſtantinopel aus den Mitteln der Geſellſchaften bezahlt worden ſind, — übrigens auch ein typiſches Anzeichen, daß die Türkei noch nicht als Mitglied der europäiſchen Staatenwelt angeſehen wurde.

Diese Gründung der großen Privatgesellschaften läßt schon deutlich die ganze Verschiedenheit der von Engländern und Holländern befolgten Kolonisationsmethoden gegenüber den spanischen zutage treten. Sie beschränken sich nicht darauf, möglichst hohe Summen von Edelmetallen aus ihren Kolonien zu ziehen, sondern gehen sofort mit größter Energie an deren gesamtwirtschaftliche Ausnützung. An die Stelle des rein militärischen Kolonisationssystems der Spanier setzen sie das wirtschaftliche. Der Handel ist von Anfang an das Lebensprinzip des holländischen Staates gewesen. Amsterdam wird der Mittelpunkt des Welthandels und Geldverkehrs; Antwerpen und Lyon, die früheren Zentren, können nicht mehr dagegen aufkommen. Im Welthandel erstarkte die holländische Großindustrie und das Bankwesen zur höchsten Blüte, kein anderer Staat verfügte über derartige Mittel. Das Holland der damaligen Zeit ist die Verkörperung der Tendenz, das Tätigkeitsfeld von Europa über die anderen Erdteile auszudehnen. Die Gedanken der kleinen Republik umspannen die Welt, wegen ihrer Klugheit und Geschicklichkeit und wegen der Reichweite ihres Horizontes gilt die holländische Diplomatie als die Erbin der venezianischen; Männer wie Hugo Grotius in der Theorie, Oldenbarneveldt und die Oranier in der Praxis des Staatslebens haben den holländischen Einfluß auf die Verhältnisse Gesamteuropas an entscheidende Stelle gehoben. Auf diese Weise verwirklicht Holland das, was Portugal nicht gelungen war: bei verhältnismäßig geringfügiger europäischer Macht doch auch innerhalb der großen Politik ein gewichtiges Wort mitreden zu können. Das neue Mitglied des Staatensystems bringt also eine Veränderung von dessen Charakter mit sich: von jetzt an gehört ihm ein Staat an, dessen Machtstellung ausschließlich auf seiner Seegeltung beruht. Der rein kontinentale Zuschnitt, an dem auch die Zugehörigkeit Englands bisher nichts geändert hatte, geht damit verloren. Den Mächten wird durch das Beispiel Hollands und des ihm rasch und mit verstärkter Intensität nachfolgenden England klar, welche Bedeutung den überseeischen Kolonien zukommt. Gegen die Anerkennung der Tatsache, daß der Kolonialbesitz auch für die heimatliche Politik bestimmend werden konnte, haben sie sich allerdings noch lange gesträubt; es blieb noch die künstliche Konstruktion, daß koloniale Zusammenstöße auf die Haltung der europäischen Kabinette nicht abzufärben brauchten. Aber es ist oben gezeigt worden, daß schon in der Vorgeschichte des Kriegs, der zur Vernichtung der

Armada geführt hatte, derartige Fragen nicht ohne Bedeutung gewesen waren, und ihr Einfluß steigerte sich schnell; die Entwicklung ließ sich nicht aufhalten. Fortan spielen die Kolonien auch eine politische, nicht mehr bloß eine finanzielle Rolle. Die Erweiterung zum Weltstaatensystem beginnt sich anzubahnen, wenn auch vorerst die kontinentalen Fragen die unbedingt entscheidenden bleiben.

Im übrigen aber ist am Schlusse dieser Kämpfe das äußere Bild Westeuropas dasselbe wie an ihrem Beginn: Frankreich und Spanien stehen sich feindlich gegenüber, durch die Neubetonung der Unabhängigkeit Frankreichs ist ihre gegensätzliche Stellung nur verschärft worden, und bei diesem Gegensatz nimmt England die nun schon traditionell gewordene Haltung des Züngleins an der Wage ein. Es ist genau das System Heinrichs VIII. und Wolseys. Dies Bestreben hat Elisabeth, da Spanien noch immer auf seine Vormachtgelüste nicht verzichtete, auf die Seite Frankreichs geführt. 1601 trifft sie sich in Dover mit Sully, und dort will der Herzog, wie er in seinen Memoiren erzählt, ihr im Auftrag seines Königs einen Plan unterbreitet haben, der eine Umwälzung des Staatensystems von Grund aus anstrebte. In der historischen Literatur ist das „grand dessein" Heinrichs IV. berüchtigt geworden; sein Sinn war, durch Herstellung einer aus 15 gleichartigen Staatsgebilden bestehenden „christlichen Republik" der Gesamtheit eine feste Form zu verleihen, innerhalb deren der ewige Friede herrschen würde. Daß das Ganze eine reine Erfindung Sullys ist, der nach dem Tode Heinrichs und seiner Kaltstellung der Politik des Königs und damit seiner eigenen durch idealisierende Ausmalung höheren Glanz verleihen wollte, ist der neueren kritischen Forschung nachzuweisen gelungen. Für die politische Praxis hat der Plan also keine Bedeutung besessen, um so höhere kommt ihm in der Theorie zu, denn es hat immer wieder starke Wirkung geübt, daß die Vorläufer der modernen Lehre des Völkerbundes darauf hinweisen konnten, einer der größten Könige Frankreichs habe sich zu ihren Anschauungen bekannt.

Daß die Fälschung so lange als bare Münze hingenommen worden ist, liegt daran, daß die Grundtendenz des Planes tatsächlich mit Heinrichs Politik übereinstimmt. Denn die Herstellung gleichwertiger Staaten stand ja in schärfstem Widerspruch zu der spanischen Absicht der Vormacht, und gegen Spanien hat sich der

König mit aller seiner Energie gewendet. Während Spanien zu England dank der Thronbesteigung von Maria Stuarts Sohn wieder in besseres Verhältnis gelangt, obwohl gerade England ihm den Schlag versetzt hat, den es nie hat überwinden können, bleibt der französisch-spanische Gegensatz unvermindert. Denn Heinrich IV. hat, sobald Frankreichs innere Kraft neubelebt war, die große europäische Stellung zurückgewinnen wollen. Es ist charakteristisch, daß er als eines der wirksamsten Mittel hierfür alsbald die Verbindung mit der Türkei abermals hat aufleben lassen. Aber die echte Staatsmannschaft dieses Königs zeigt sich in der wohlberechneten Mäßigung, mit der er auf sein Ziel losgeht. Er will es nicht durch Übereilung gefährden und begnügt sich deshalb mit dem wirklich im Augenblick Erreichbaren; nur das nimmt er an sich, was er auch sicher behaupten zu können glaubt. Der Frieden von Lyon 1601 mit dem Herzog von Savoyen, in dem er zugunsten direkter territorialer Abrundung auf den letzten französischen Posten in Italien, Saluzzo, verzichtete, ist dafür kennzeichnend. Das Beispiel Spaniens, das durch allzu weitgesteckte Ziele sich so viele Feinde gemacht hatte, stand ihm warnend vor der Seele. Auf welchem Wege er aber auch, bei noch so großer Mäßigung, sein Frankreich in die Höhe zu führen gedachte, stets stieß er auf den spanischen Staat. Der war deshalb der Feind, dessen Bekämpfung Heinrichs Lebensaufgabe darstellte, und aus diesem Grunde sind auch alle Versuche, die von Rom und den Jesuiten unternommen wurden, eine Einigung der beiden katholischen Großmächte zu gemeinsamem Kampf gegen den Protestantismus herzustellen, vergeblich geblieben.

In diesem Willen, den Spaniern Abbruch zu tun, hat Heinrich den Holländern in dem letzten Stadium ihres Freiheitskampfes vor dem zwölfjährigen Waffenstillstand von 1609 Unterstützung geliehen. Mit der Sicherung ihrer Unabhängigkeit war es gelungen, die eine Außenstellung Spaniens ganz wesentlich zu schwächen, und nun ging der Angriff des Königs auch gegen die zweite Außenbastion. Durch die Verbindung mit Savoyen, das damit zum erstenmal auf der Bühne der ganz großen europäischen Machtfragen erschien und dessen Bedeutung darauf beruht, daß es den Zugang von Frankreich nach Italien beherrscht, hoffte er die spanische Herrschaft über Italien zu erschüttern; auch suchte er den Papst und Venedig gegen sie aufzuhetzen. Weitere Verschärfung, so daß der Krieg unvermeidlich erschien, wurde in das französisch-

ſpaniſche Verhältnis durch die jülich-kleviſche Streitfrage hineingetragen, bei der es ſich darum handelte, ob die bisher unter dem Druck der ſpaniſchen Nachbarſchaft in den Niederlanden aufrechterhaltene Herrſchaft des Katholizismus am Rhein fortdauern oder ob ſich hier ein proteſtantiſches Fürſtenhaus feſtſetzen würde. Gegen dieſe letztere Möglichkeit erhoben ſich gemeinſam der Kaiſer und Spanien. Am liebſten hätten ſie die Lande ſelbſt an ſich genommen, da ſie äußerſt brauchbar geweſen wären als Bindeglied in der erhofften Landverbindung zwiſchen den Niederlanden und Italien. Der Verwirklichung ſolcher Abſichten konnte aber Heinrich nicht tatenlos zuſehen. Sein Gegenzug war ſein Bündnis mit der proteſtantiſchen Union, er dachte die evangeliſchen Reichsſtände als Sturmbock in ſeine ſich gegen Spanien richtende Politik einzuſpannen. Auch Holland folgte nur dem eigenſten Intereſſe, wenn es ſich dem Streben Spaniens nach dem Niederrhein entgegenwarf und deshalb ſich ebenfalls Heinrich näherte. So ſchien der allgemeine Krieg unmittelbar vor der Türe zu ſtehen, als Heinrichs Ermordung durch Franz Ravaillac die große Abrechnung noch um einige Zeit hinausſchob. Unter der ſchwächlichen Leitung von Maria Medici trat Frankreich wieder für eine Reihe von Jahren von der durch Heinrich errungenen entſcheidenden Stellung innerhalb der europäiſchen Politik zurück. Der bisherige Vorkämpfer gegen die Beſtrebungen Spaniens ging in deſſen Lager über. Aber das konnte nur vorübergehend geſchehen, nur ſo lange eben als Frankreich auf die ihm natürliche Politik Verzicht leiſtete. Sobald es zu ihr zurückkehrte, mußte der große Entſcheidungskampf entbrennen. Er war durch Heinrichs Ausſcheiden verzögert worden, aber alle ſachlichen Gegenſätze blieben unvermindert beſtehen, und zudem hatte die durch den jülich-kleviſchen Erbfolgeſtreit hergeſtellte Wiederanknüpfung der Verbindung mit Öſterreich den ſpaniſchen Staatsmännern die Möglichkeit gezeigt, wie ſie aufs neue die ins Wanken gekommene Hegemonie ſichern könnten. Die Seegeltung war unwiederbringlich dahin, nur einen Weg gab es für Spanien, ſich dennoch auf der ſtolzen Höhe der Vormacht zu erhalten: er beſtand darin, noch einmal die kontinentale Stellung auf ganz breiter Baſis aufzurichten. Dazu konnte eben das Bündnis mit Öſterreich dienen. Es iſt der Inhalt der Periode des Dreißigjährigen Krieges, daß auch dieſer letzte Verſuch Spaniens zuſammengebrochen iſt.

3. Die Vernichtung der spanischen Großmachtstellung 1610—1659

Das Ergebnis der eben behandelten Epoche war die Herstellung eines gewissen Gleichgewichtes im Westen gewesen, zum mindesten war es ausgeschlossen, daß eine einzige der großen Westmächte der Verbindung der anderen sich gewachsen zeigen würde. Angesichts dieses Gleichmaßes der Kräfte gab es hier kein Objekt, das als Ziel ihres Ehrgeizes hätte dienen können. In Italien, dem Gegenstand des Streites der früheren Jahrzehnte, war die Herrschaft Spaniens noch zu fest aufgerichtet, als daß Versuche, wie der eben erwähnte Heinrichs IV., Erfolg verhießen hätten; es konnte erst in zweiter Linie für Frankreichs Vergrößerungspläne in Betracht kommen. Erst wenn der französische Staat sich anderswo neuen Kräftezuwachs geholt hatte, bot der Sturm gegen die spanische Stellung in Italien Aussicht auf Erfolg. Da schließlich überseeische Erwerbungen noch nicht als vollwertige Befriedigung des Dranges nach Machterweiterung angesehen wurden, blieb nur noch ein Land, auf das sich die Blicke aller hinwendeten: das Deutsche Reich mußte wieder für die ehrgeizigen Absichten der Westmächte herhalten. Die schwache Mitte Europas, deren Parteizersplitterung das Eingreifen des Auslandes besonders begünstigte, wurde abermals der Gegenstand der Politik der Starken, nachdem die Kämpfe zwischen diesen nicht mit dem unbedingten Siege des einen von ihnen geendet hatten. Der jülich-klevische Erbfolgestreit hatte ja bereits sowohl für Spanien wie für Frankreich den Anlaß geboten, sich wieder ernstlich mit innerdeutschen Angelegenheiten zu befassen. Aber seit dem Xantener Teilungsvertrag von 1614 zwischen den nächstbeteiligten Brandenburg und Pfalz-Neuburg war den fremden Mächten fürs erste die Handhabe der Einmischung entzogen. Während Frankreich infolge des allgemeinen Nachlassens in der Energie seiner Außenpolitik sich hiermit abfand, suchte Spanien dauernd nach neuen Möglichkeiten, seinen Einfluß auf Deutschland auszudehnen, und sehr bald hat es sie gefunden.

Ihrem Sinne nach ist die Politik Philipps III. dieselbe geblieben wie die Philipps II., sie trägt durchaus die gleiche Prägung, — innenpolitisch die des uneingeschränkten Absolutismus, außenpolitisch die des Strebens nach der Vorherrschaft und der religiösen Einheit.

Die Identifizierung von spanischem und katholischem Interesse besitzt auch für diese Periode Gültigkeit. Nur haben die spanischen Staatsmänner die Unmöglichkeit erkannt, allein mit den Mitteln, die ihnen nach Philipps Mißerfolg noch geblieben waren, ihr Ziel zu erreichen, und sind deshalb bemüht, durch die Wiederanknüpfung mit Österreich die Machtverbindung herzustellen, die unter Karl V. zwar nicht die Alleinherrschaft, aber doch den einwandfreien Sieg über den Rivalen Frankreich bewirkt hatte. Des Einvernehmens mit dem Kaiser mußte sich ja Spanien auch aus dem Grunde versichern, weil das Reich wieder in seinen Horizont gerückt war. Mit Lockungen und Drohungen bearbeitete deshalb der Gesandte Oñate Kaiser Mathias, und zwar bestand seine Drohung hauptsächlich in dem Anspruch auf Böhmen als den Spanien von dem kinderlosen Kaiser zukommenden Erbschaftsteil. Ernst gemeint ist diese Forderung wohl kaum gewesen, da der Gewinn Böhmens Spanien mehr Unannehmlichkeiten als Vorteile eingebracht haben würde; offenbar sollte Mathias durch sie nur den übrigen Wünschen gefügig gemacht werden. Einen Verbündeten fand Oñate an dem anderen Erben, Ferdinand, der infolge der extrem-katholischen Färbung seiner Politik zu Spanien neigte, vor allem, nachdem er sich sehr bald überzeugt hatte, daß zwischen den beiderseitigen Erbschaftsansprüchen ein Ausgleich unschwer zu erzielen sein werde. Gemeinsam haben sie schließlich in immer wiederholtem Ansturm den Sieg davongetragen über die von gutem staatsmännischem Blick zeugenden Warnungen des Kardinals Khlesl, nicht durch schärferes Vorgehen gegen den Protestantismus die Gefahr einer weiteren Schwächung der kaiserlichen Stellung heraufzubeschwören. Mathias gab seine Einwilligung zu dem Prager Vertrag von 1617, der einen glänzenden Sieg der spanischen Diplomatie bedeutet. Spanien verzichtete zwar zugunsten Ferdinands auf Böhmen, dafür erhielt es aber die ihm viel wertvolleren vorderösterreichischen Besitzungen im Elsaß und in der Ortenau und erlangte die Gewißheit, daß der Kaiser ihm Unterstützung gewähren würde.

Diese Abmachungen des Prager Vertrags sind von allerhöchster Wichtigkeit: aus ihnen ist nicht nur der Dreißigjährige Krieg hervorgegangen, sondern sie haben auch die Art dieses Krieges bestimmt. Denn mit der Anerkennung Ferdinands als König von Böhmen setzt hier die katholische Reaktion ein, was den unmittelbaren Anstoß zum Kriegsausbruch gegeben hat. Daß der Krieg dann

aber einen so gesamteuropäischen Charakter angenommen hat, geht ebenfalls auf diesen Vertrag zurück. In engster Interessengemeinschaft streben seitdem Spanien und Österreich die Rekatholisierung des Reiches an; zeitweilig fällt bei diesem Zusammengehen die Führung wieder dem österreichischen Zweig zu, weil in der späteren Zeit infolge des nun schon mehr als ein Jahrhundert fast ständig andauernden Kampfes in Spanien sich die Ermattung geltend macht. Aber dies Zusammengehen der beiden und die Tatsache, daß Spanien mit Einwilligung des Kaisers Teile des eigentlichen Reichskörpers an sich genommen hatte, mußten in höchstem Maße die Besorgnis nicht nur der deutschen Protestanten, sondern aller anderen Staaten erregen. Das hat zwar nicht sofort, aber mit allen den sich daraus ergebenden Folgen auf die Dauer doch notwendig zum Eingreifen Frankreichs geführt, und indem die katholische, von einem Kardinal der römischen Kirche geleitete Großmacht an die Seite der Protestanten tritt, verliert der Krieg den religiösen Charakter. Zum Ausbruch gekommen ist er über konfessionelle Streitigkeiten; diese Fragen standen neben der der Machtverteilung im Reich zunächst im Vordergrund. Aber sie bleiben wegen der innigen Verquickung von Politik und Religion nicht allein wirksam. Vom gesamteuropäischen Standpunkt her gesehen treten sie immer mehr hinter den Machtfragen zurück, bis der Krieg schließlich das Religiöse so gut wie abstreift und sich zum endgültigen Entscheidungskampf über die Frage gestaltet, ob den vereinten Kräften der Habsburger dieser letzte Griff nach der Vormachtstellung gelingen werde. Mit diesem Überwiegen des weltlichen Gesichtspunktes über den religiösen stellt der Dreißigjährige Krieg die Überleitung in eine neue Epoche der europäischen Politik dar. Das, was das letzte Zeitalter charakterisiert hatte, die unbedingt beherrschende Stellung der Religion, besitzt nicht mehr Gültigkeit. Der Gegenschlag, der gegen den rein weltlichen Stil der Renaissance eingetreten war, hat seine Kräfte verzehrt. Das staatlich-weltliche Interesse kommt für das Völkerleben wieder führend obenauf. Den Übergang zu dieser erneuten Anerkennung des alten Prinzips bildet dies Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges.

Der Krieg zerfällt in zwei deutlich geschiedene Hälften: in der ersten sind nur die evangelischen Reichsstände die Gegner des habsburgischen Vorstoßes, in der zweiten stößt dieser auf andere Großmächte. Allerdings steht auch in der ersten Periode wegen des

Zusammengehens von Österreich und Spanien die Möglichkeit einer europäischen Intervention dauernd im Hintergrunde, aber sie ist nicht zur Tat geworden. Diese Zeit der Lokalisierung auf das Reich währt bis zum Beginn des schwedischen Krieges. Denn auch die Beteiligung Dänemarks ändert an dem ursprünglichen Charakter nichts, da Christian IV. hauptsächlich in seiner Eigenschaft als Reichsstand losgeschlagen hat wegen der Gefahr, die seinen aus säkularisierten Gebieten bestehenden Besitzungen von den Restitutionsplänen des Kaisers her drohte. In dem ersten Jahrzehnt des Krieges haben also alle die ausländischen Mächte, auf die sonst der deutsche Protestantismus rechnen konnte, für ihn versagt — aus Gründen, deren Darlegung in anderem Zusammenhang erfolgen wird —, und da die evangelischen Reichsstände unter sich über so geringe Einheit verfügten, daß die beiden wichtigsten von ihnen, Sachsen und Brandenburg, dem Kampf ihrer Glaubensgenossen sich fernhielten und ihren Vorteil am ehesten in schwächlicher Neutralität zu finden vermeinten, so ist das Ergebnis ein vernichtendes gewesen. Mit höchstem Geschick hat Spanien diesen Augenblick, in dem seine Rivalen ihm freie Hand ließen, genützt und die ihm vom Kaiser 1617 zugestandene Stellung gewaltig ausgebaut. Mit der Thronbesteigung des jungen Königs Philipp IV. war zum eigentlichen Lenker des Staats der kluge und energische Herzog von Olivarez geworden, ein seines großen Gegenspielers Richelieu nicht unwürdiger Staatsmann. Die Ziele Philipps II. machte er sich in vollem Umfang und mit ähnlicher Folgerichtigkeit zu eigen, und als Grundlage für sie ging er zunächst auf territoriale Vergrößerung aus. Den schon gelungenen Gewinn des Elsaß dachte er als Schritt zur Verwirklichung des alten Planes der Abschnürung Frankreichs durch eine Landverbindung von Oberitalien nach den Niederlanden. Ganz so gefährlich wie früher, wo zeitweise diese Verbindung durch Burgund und das Arelat, also unmittelbar auf Kosten des französischen Staats hergestellt werden sollte, war der Plan in der Form, wie Olivarez jetzt auf ihn zurückgriff, nicht mehr, aber immer noch völlig unerträglich für ein aufstrebendes Frankreich. Schon 1620 hatten die spanischen Truppen von Mailand aus das Veltlin besetzt, jetzt legten sie die Hand auch auf Graubünden: Vorderösterreich war dadurch mit Mailand verbunden. Und der pfälzische Krieg eröffnete eine neue glänzende Aussicht: auch dies Land wurde von den Spaniern besetzt. Olivarez

hätte es gerne für sich behalten, hat es dann aber an Maximilian von Bayern weitergeben müssen; immerhin war das ein Bundesgenosse, dessen Absichten sich zwar durchaus nicht immer mit den politischen, wohl aber mit den religiösen Plänen Spaniens deckten. Solange diese Interessengemeinschaft bestand, war tatsächlich die Verbindung Italiens mit den Niederlanden hergestellt.

In engstem Zusammenhang mit diesem hochbedeutsamen Machtzuwachs Spaniens stand der gewaltige Aufschwung des kaiserlichen Ansehens im Reich, und da unter Ferdinand II. das kaiserliche Interesse in demselben Maße wie das spanische gleichbedeutend war mit dem katholischen, ergab sich daraus ein entsprechender Niedergang des Protestantismus. In seinem Fanatismus hat der Kaiser das eigene Haus allerdings auf die Dauer materiell schwer geschädigt durch die brutale Durchführung der Gegenreformation in seinen Erblanden, die gerade die geistig und wirtschaftlich lebendigsten Kräfte von dort vertrieb. Aber im Augenblick fügte er damit der evangelischen Sache einen schweren Schlag zu, unter dem sie um so mehr litt, als auch im Reich ihre Stellung aufs äußerste bedroht war, seit mit dem Übergang der Pfälzer Kur auf Bayern es nur noch zwei evangelische Kurfürsten gab. Wie Spanien war der Kaiser entschlossen, die günstige Gelegenheit auszubeuten und die Zustände im Reich sowohl nach der religiösen wie nach der politischen Seite hin einer umfassenden Rückbildung zu unterziehen. Für ihn war es ein ganz besonderer Vorteil, daß der furchtbare Feind, der sonst stets Österreichs Rücken bedroht hatte, wenn es sich nach Westen hin wandte, im Augenblick nicht in der Lage war, sich um Europa zu bekümmern. Die Kräfte der Türkei waren durch den Krieg mit Persien gebunden, der Sultan konnte den Rufen, die Frankreich an ihn ergehen ließ, nicht folgen, und ohne seine Unterstützung blieb die Aktion Bethlen Gabors von Siebenbürgen unwirksam. In diesen ganzen Jahrzehnten hat die Türkengefahr nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt.

Ungestört also konnte der Kaiser die Siege der katholischen Heere ausnützen, und er fand einen kraftvollen Förderer seiner imperialistischen Pläne in Wallenstein. Während Ferdinand stets gleichzeitig mit dem Interesse des Kaisertums das des Katholizismus im Auge hatte, waren Wallensteins Absichten in überraschendem Maße, trotz seines Glaubenseifers, frei von konfessionellen Rück-

sichten; ihm stand die Politik höher als die Religion, insofern kann er mit Richelieu zusammen als die typische Verkörperung dieses Zeitalters der beginnenden Abwendung von der Beherrschung alles Politischen durch das Religiöse angesehen werden. Sein Ziel war die Erhöhung der kaiserlichen Machtstellung, in deren Glanz er den eigenen gesichert wähnte, und als deren notwendige Vorbedingung erkannte er die Verstärkung des Einflusses gerade auf Norddeutschland. Im Zusammenhang damit ist dann, nachdem er einmal hier festen Fuß gefaßt hatte, sein großes Ostseeprojekt entstanden: die Ostsee sollte ein deutsches Meer werden, das dominium maris Baltici an den Kaiser übergehen. In Wallensteins Absicht lag also, indem er den Kaiserstaat in die Reihe der See- und Handelsmächte hineinstellte, eine gänzliche Änderung von dessen Wesensart. Als Herr der Ostsee hätte er die Kontrolle über den trotz aller Kolonien noch bedeutendsten Handel der damaligen Welt gewonnen, die Möglichkeit hätte sich geboten, der schlimmen Finanznot, unter der das Kaiserhaus ständig litt, gründlich abzuhelfen. Wenn auf diese Weise das Kaisertum sich wieder zu einer seiner Vergangenheit würdigen Bedeutung aufgeschwungen hätte, dann, so plante Wallenstein, sollte es den Kampf mit der Türkei offensiv aufnehmen und sie aus Europa hinauswerfen. Eine überaus merkwürdige Mischung liegt hier vor: im Hintergrund der sehr real gehaltenen Überlegungen Wallensteins, denen teilweise die Zukunft recht gegeben hat, steht doch noch immer die Utopie des kaiserlichen Universalismus.

Die Grundlage dieser Pläne sollte also die Gewinnung der Ostsee sein, und bei diesen Bemühungen stieß Wallenstein auf die baltischen Reiche, die, trotz aller Verbindung im einzelnen, bisher der großen europäischen Politik durchaus ferngestanden hatten, von jetzt an aber dauernd in ihrem Gesichtskreis verbleiben. Der von Wallenstein erdachte und durchgeführte Vorstoß hat also zu einer Erweiterung des Staatensystems nach Norden hin geführt. Eine eigene Staatengruppe hatte sich hier herausgebildet, deren Gestaltung nach dem Scheitern des Versuches eines großen nordischen Einheitsreiches beherrscht war durch die beiden großen Gegensätze Schweden gegen Dänemark, dem damals auch Norwegen und beide Ufer des Sundes zu eigen waren, und Schweden gegen Polen. Der letztere war in dem Augenblick, wo diese baltische Welt in den Strudel der gesamteuropäischen Kämpfe hineingezogen wurde, der wichtigere

geworden, weil er zusammenfiel mit dem religiösen. Der schwedische Staat beruhte zum guten Teil auf der Reformation, von Anfang an hatte sich der Kampf der Wasas gegen die Fremdherrschaft verflochten mit dem um den evangelischen Glauben, und deshalb bedeutete es eine doppelt schwere Gefahr für Schweden, als König Sigismund von Polen, das Haupt der katholischen Linie des Hauses Wasa, Anspruch auf seine Krone machte. Schon einmal, um die Wende des 16. und 17. Jahrhunderts, vor der Erhebung Karls IX., hatte er beide Reiche in seiner Hand vereinigt gehabt. Gelang das jetzt wieder, so würde diesem Machtkomplex die unbedingte Vorherrschaft im Norden zugefallen sein, und da an seiner Spitze ein katholischer Fürst stehen sollte, wäre die Gegenreformation auch hier zum Siege gelangt. Wie sehr die konfessionelle Absicht auf die Haltung der Staaten auch in diesen nordischen Fragen eingewirkt hat, ergibt sich aus dem Bündnis, das nur durch sie zwischen dem Kaiser und Polen zustandegebracht wurde; da indirekt auf diese Weise auch Spanien mit einbezogen wurde, ist es ein zusammenhängendes Vorgehen der katholischen Mächte mit Ausnahme Frankreichs, um den Norden dem Protestantismus abzujagen. Für diesen Kampf gegen Schweden gewann Polen auch noch die Unterstützung Rußlands, das im übrigen noch in keinerlei politischen Beziehungen zu dem Westen stand und auch nach diesem Kriege wieder in sein Sonderleben zurückgefallen ist. Aber trotz dieser scheinbar überwältigenden Koalition war das Ergebnis ein glatter Sieg Schwedens, da es sich als Militärmacht allerersten Ranges erwies und Glaubenseifer und nationaler Schwung ihm eine verblüffende Leistungsfähigkeit verliehen. Gustav Adolf nahm den Russen Ingermanland und Karelien, den Polen Livland und die wichtigsten Plätze Preußens. Damit beherrschte Schweden auch die ihm gegenüberliegende Küste der Ostsee, ohne Frage war die Herrschaft über das Meer ihm zugefallen; der Vorstoß der Gegenreformation hatte nur zur Stärkung der protestantischen Macht geführt.

Wenn jetzt Wallenstein lediglich aus politischen und wirtschaftlichen Gründen den Gedanken aufnahm, die Herrschaft über die Ostsee für den Kaiser zu erringen, so konnte das also nur geschehen auf Kosten Schwedens. Mit dessen Gegnerschaft hatte er vor allem zu rechnen, und bei der Belagerung von Stralsund war er auch schon auf schwedische Truppen gestoßen. Gerne hätte er, weil er die Kraft

dieſes Gegners richtig einſchätzte, den kriegeriſchen Zuſammenſtoß vermieden. Daher iſt er auf den Gedanken verfallen, ob vielleicht der Ausweg gangbar wäre, Schweden durch Auslieferung ſeines Todfeindes Dänemark zu „ſaturieren“, ſo daß es fortan wieder trotz der Machtvermehrung, wie es der Kleinſtaat früher getan hatte, ein Sonderleben für ſich führen werde, ohne ſich um die Ereigniſſe auf dem Feſtland zu bekümmern; währenddeſſen ſollte der Kaiſer ſich an der Südküſte der Oſtſee feſtſetzen, um dann von hier aus die Herrſchaft über das Meer an ſich zu reißen. Vollenden laſſen hätte ſich das ſchließlich doch nicht ohne kriegeriſchen Konflikt mit Schweden. Das Meer trennt ja nicht nur, ſondern es verbindet auch: wenn tatſächlich das Unwahrſcheinliche eingetreten und es gelungen wäre, keine politiſchen Differenzen zwiſchen Schweden als Herrn der nördlichen und dem Kaiſer als Herrn der ſüdlichen Oſtſeeküſte aufkommen zu laſſen, ſo hätte es doch bei der Höhe des Ziels, das Wallenſtein ſich ſteckte, über die Handelsfragen zum Zuſammenſtoß kommen müſſen. Aber er hoffte, wenn erſt einmal eine Flotte geſchaffen ſei, dieſen Kampf erfolgreich zu beſtehen. Sein Angebot an Schweden, ihm die große Stellung im Norden zu überlaſſen, war alſo nur für den Augenblick gemeint, ſein Sinn war Zeitgewinn; ſpäter ſollte es doch dem kaiſerlichen Vorſtoß Raum geben. Wallenſtein ſelbſt hatte allerdings keine große Hoffnung, daß Guſtav Adolf kurzſichtig genug ſein werde, darauf einzugehen. Deshalb tat er alles, um die kaiſerliche Stellung in Norddeutſchland ſo ſtark auszubauen, daß ſie jeder Möglichkeit gewachſen ſei. Die Feſtſetzung in Mecklenburg und Pommern verfolgte dieſen Zweck, und als Schweden dann tatſächlich das Angebot zurückwies und der Krieg damit unvermeidlich wurde, ſchloß er, um alle Kräfte gegen den neuen Gegner frei zu haben, mit Dänemark den Frieden zu Lübeck. Die darin ausgeſprochene Anerkennung des Reſtitutionsediktes durch Chriſtian war ein wichtiger Schritt zu dem Ziel, durch die Schaffung einer neuen katholiſchen Organiſation den kaiſerlichen Einfluß auf Norddeutſchland zu ſichern.

Das erſte Kriegsjahrzehnt hat alſo dem Kaiſer eine ungeheure Erweiterung ſeiner Macht eingetragen, Ferdinand ſtand ungefähr ſo da, wie Karl V. nach dem Sieg über die Schmalkaldener. Aber wie damals das Eingreifen des Auslandes den Kaiſer um die Früchte ſeines Erfolgs gebracht hat, ſo kam auch jetzt ſeinen Gegnern Rettung von außen her. Die fremden Mächte wußten eben, daß

eine Änderung in der Tatsache der Machtlosigkeit der Reichsgewalt ihre eigenen Absichten unmöglich machen werde. Deshalb erfolgt nun die ausländische Einmischung, und damit tritt der Dreißigjährige Krieg in ein neues Stadium ein.

Was war es denn eigentlich gewesen, was die Mächte bisher veranlaßt hatte, sich noch nicht an den Kriegsereignissen in Deutschland zu beteiligen? Sorgenvoll zwar betrachteten sie deren Entwicklung, aber sie ließen zunächst den Dingen ihren Lauf. Jakob von England hätte allerdings als Schwiegervater des Winterkönigs guten Grund gehabt, aus seiner abwartenden Stellung herauszutreten. Jedoch er dachte nicht daran, die Rolle Englands als Schutzmacht des Protestantismus weiterzuspielen, die allerdings auch Elisabeth mehr unter dem Druck der Verhältnisse als aus eigenem freien Willen übernommen hatte. Er war bemüht, ein möglichst gutes Verhältnis zu Spanien aufrechtzuerhalten, so daß er eine der Ausnahmen in der sonstigen Einheitlichkeit der englischen Politik bildet: anstatt sich der stärksten Macht des Kontinents entgegenzustemmen, schließt er sich ihr an und gerät dadurch in Gefahr, von ihr abhängig zu werden. Die Abweichung von der Überlieferung hat sich auch keineswegs als vorteilhaft für England erwiesen. Jakob war zu ihr veranlaßt durch den Wunsch, einen Krieg zu vermeiden, weil er dadurch bei seiner ständigen Finanznot gezwungen worden wäre, die Hilfe des Parlaments in Anspruch zu nehmen, und dazu wollte er, dessen Ideal der königliche Absolutismus war, sich nicht verstehen. Um nicht den Bruch mit Spanien herbeizuführen, hat er, in scharfem Widerspruch zu der öffentlichen Meinung seines Landes, die mit sicherem Instinkt die noch immer drohende religiöse und politische Gefahr erkannte, auf die Vertreibung Friedrichs aus der Pfalz nur mit schwächlichen diplomatischen Mitteln geantwortet. Die allgemeine Unzufriedenheit darüber hat dann seinen Sohn Karl doch genötigt, aus seiner Untätigkeit herauszutreten. Zwar in Deutschland hat er nicht eingegriffen, aber er hat Spanien den Krieg erklärt und näherte sich dessen übrigen Gegnern. Ein Bündnis zwischen England, Frankreich und Holland trat in den Bereich der Möglichkeit, gemeinsam haben sie damals Christian von Dänemark zum Krieg beredet. Aber ihr gutes Verhältnis ging in die Brüche im Zusammenhang mit den neuerlich Frankreich erschütternden Hugenottenwirren. Bei deren erstem Wiederaufflackern 1625 hatten allerdings England und Holland noch Richelieu die nötigen

Schiffe überlassen, um den Prinzen von Soubise niederzuwerfen, so daß damals die Hugenotten unter indirekter Mitwirkung ihrer Glaubensgenossen besiegt worden sind. Nun aber hielt sich Karl aus Rücksicht auf die Stimmung seines Landes verpflichtet, auch in Frankreich den Protestantismus zu unterstützen, wodurch die guten Beziehungen beider Staaten sich in ihr Gegenteil verwandeln mußten. Der daraus sich ergebende englisch-französische Krieg hat Karl die wenig ruhmvolle Episode von La Rochelle eingetragen. Aber auch nach Wiederherstellung des Friedens hat er nichts für die deutschen Protestanten tun können, denn nun erhoben sich die inneren Wirren, die ihm jede größere auswärtige Politik unmöglich gemacht und schließlich Thron und Leben gekostet haben. An eine Beteiligung an den festländischen Kämpfen war nicht mehr zu denken. England ist auf diese Weise die einzige Großmacht, die in den ganzen Verlauf des Dreißigjährigen Kriegs nicht hineingezogen worden ist. Für zwei volle Jahrzehnte scheidet es aus dem Gesichtskreis der Kontinentalstaaten so gut wie vollständig aus. Nur seiner insularen Lage und dem gleichzeitigen Kampf aller gegen alle auf dem Festland hat England es zu verdanken, daß es diese inneren Schwierigkeiten ohne Einmischung des Auslandes hat überwinden können. Richelieu hat allerdings in den Anfängen der Revolution die Opposition gegen das englische Königtum unterstützt, weil dessen Schwächung im Interesse Frankreichs lag, aber zu eigentlicher Intervention ist es doch nicht gekommen; im wesentlichen blieb England sich selbst überlassen. Wenn das auch unendlich viel wert war, so hat der Staat auf der anderen Seite es später doch sehr schwer empfunden, daß er bei der Neuregelung der festländischen Machtverhältnisse seine Stimme nicht hat erheben können.

Auch Holland war viel zu sehr durch eigene Nöte in Anspruch genommen, als daß es sich aktiv an den Kämpfen im Reiche hätte beteiligen können. Denn sobald der 1609 vereinbarte zwölfjährige Waffenstillstand abgelaufen war, hatte Spanien wieder den Krieg eröffnet. Bei dem Sinn, der diesem erneuten Vorstoß zu Grunde lag, war es eine Selbstverständlichkeit, daß es noch einen letzten Versuch zur Rückgewinnung der verlorenen Provinzen unternahm, und da es über einen Feldherrn von hohem Range, Ambrosius Spinola, verfügte, gestaltete sich die Lage bedrohlich genug für die Republik. Sie brauchte alle verfügbaren Truppen zur eigenen Ver-

teidigung, nur mit Geld hat sie Mansfeld und Christian von Dänemark unterstützt. Jede darüber hinausgehende Betätigung zugunsten der deutschen Protestanten war ihr unmöglich.

Frankreich schließlich stand bei Kriegsausbruch noch unter der Leitung Marias, der das konfessionelle Interesse mehr galt als das staatliche, so daß sie sich zu dem habsburgischen Vorstoß trotz dessen die französische Selbständigkeit bedrohenden Zielen durchaus freundlich stellte, und da ihr persönlich jede Kraft und Bedeutung mangelte, war der Staat in Gefahr, das von Heinrich IV. Geschaffene wieder zu verlieren; denn gleichzeitig mit der großen internationalen Stellung geriet auch die nationale Einheit durch die sich erneut erhebende konfessionelle und feudale Opposition ins Wanken. Als dann in der Person Richelieus wieder ein politischer Genius die Leitung Frankreichs übernahm, mußte er deshalb zunächst, bevor er zu der Außenpolitik Heinrichs zurückkehrte, im Innern die widerstrebenden Kräfte niederzwingen. Aber seine Ernennung zum leitenden Minister 1624 machte sich alsbald fühlbar in einer strafferen und von stärkerem Selbstbewußtsein getragenen Haltung Frankreichs. Zwei große beherrschende Gedanken ergeben das Leitmotiv seines Handelns: die Herstellung der unbedingten Einheit der Nation und die Erhöhung des Staates innerhalb der Völkergemeinschaft. Das erstere war die Vorbedingung des letzteren, deshalb bewältigte er den Partikularismus der Großen, beugte die provinziellen Machthaber unter die Autorität der Krone und führte die zur Zentralisation hindrängende Entwicklung der Verwaltung zum Abschluß. Derselbe Gedanke aber verursachte auch seinen Kampf gegen den Staat im Staat, den die Organisation der Hugenotten in ihren Sicherheitsplätzen darstellte. Die Glaubensfreiheit zwar beließ er ihnen, aber die Sicherheitsplätze wurden ihnen genommen und damit ihre politische Macht gebrochen. Ihre rechtliche Stellung hatte schon mit dem Edikt von Nantes insofern eine empfindliche Schwächung erfahren, als das Königtum nicht mehr wie früher einen förmlichen Vertrag mit ihnen abschloß, sondern durch einseitige und demnach jederzeit rücknehmbare Verordnung ihre Sonderrechte regelte. Dasselbe Prinzip befolgte auch Richelieu; dadurch ist dann unter Ludwig XIV. deren gänzliche Beseitigung ermöglicht worden.

In der Zeit dieses doppelten Kampfes im Innern gegen feudale und protestantische Opposition hat sich der Kardinal nach außen bemüht, zwar wo er nur konnte, dem habsburgischen Vorwärts-

drängen Hinderniſſe zu bereiten, ſich ſelbſt aber von ſolchen kriegeriſchen Verwicklungen freizuhalten, die ſein innenpolitiſches Werk gefährdet hätten. Deshalb hat er zwar Spanien den Krieg erklärt, aber der großen deutſchen Abrechnung iſt er, wie Maria Medici, ferngeblieben. Nur indirekt alſo verſchaffte er den deutſchen Proteſtanten Luft, indem er einen Teil der ſpaniſchen Macht auf ſich zog. Immerhin hat er auch ſchon in dieſer Zeit für die Aufwärtsentwicklung Frankreichs bedeutſame Erfolge aufzuweiſen gehabt. Die wichtigſten Plätze Lothringens hat er an ſich reißen und ins Elſaß eindringen können; es iſt die Wiederaufnahme des Strebens nach dem Rhein. Die durch die Gewinnung der drei Bistümer von Heinrich II. errungene Stellung in dieſer Gegend wird damit entſcheidend verſtärkt. Für den weiteren Ausbau nach dieſer Richtung mußte es von ausſchlaggebender Bedeutung ſein, ob es ihm gelingen werde, den Plan von Olivarez zu durchkreuzen und den Ring zu zerſprengen, den Spanien um Frankreich zu legen im Begriffe ſtand. Auch damit hat Richelieu Erfolg gehabt. Unter dem durch Savoyen und Venedig verſtärkten Druck Frankreichs und unter Vermittlung des Papſtes, der die Kräfte der ganzen katholiſchen Welt in den Kampf gegen den Proteſtantismus ſtellen wollte, hat Spanien wirklich auf Veltlin und Graubünden verzichtet. Seitdem hat auch die Tatſache des Übergangs der Pfalz in katholiſche Hände für Frankreich ihre bedrohliche Bedeutung verloren, — um ſo mehr, als der neue Beſitzer, Bayern, erſchreckt durch das Maß des Umſichgreifens der kaiſerlichen Macht und des damit verbundenen ſpaniſchen Einfluſſes im Reich, in die Oppoſition gegangen war. Seit 1631 war Maximilian der direkte Verbündete Frankreichs, allerdings unter dem Vorbehalt, daß ſich dieſes Bündnis nicht gegen den Kaiſer wenden ſollte.

Spaniens Plan der Landverbindung zwiſchen Italien und den Niederlanden war alſo wieder einmal zunichte geworden. Errungen hat Richelieu dieſen Erfolg durch die Vereinigung mit italieniſchen Staaten. Dies Wiedereinſchlagen der Richtung auf Italien gleichzeitig mit der nach dem Rhein hin iſt bezeichnend für die Politik des Kardinals. Die ſpaniſche Vorherrſchaft möchte er auch hier erſchüttern und ſich ſelbſt gleichzeitig damit einniſten. Die Möglichkeit, ſeine erſten Fühler auszuſtrecken, hatte ihm der mantuaniſche Erbfolgeſtreit 1628 geboten: im Bunde mit Mantua, Venedig und Savoyen ſchloß er die Liga „zur Verteidigung der Selbſtändigkeit Italiens“. Dadurch iſt er aber nicht nur mit Spanien, ſondern

auch mit dem Kaiser, der ja formell noch immer der Lehensherr Mailands war, in Konflikt geraten, und der militärische Verlauf des Krieges war wenig günstig für Frankreich, weil seine Kräfte noch allzusehr geschwächt waren durch den eben erst beendeten Kampf mit den Hugenotten und dem hinter diesen stehenden England. Das Erscheinen der englischen Flotte vor La Rochelle hatte einen Augenblick die Gefahr eines gesamtkatholischen Bundes heraufbeschworen. Für ganz kurze Zeit hatte Papst Urban VIII. 1627 tatsächlich ein Bündnis zwischen Frankreich und Spanien zustande gebracht, aber diese religiöse Interessengemeinschaft hielt nicht stand gegenüber der politischen Divergenz. Olivarez erkannte deutlich, was ihm von Richelieu drohte, und andererseits war sich dieser darüber klar, wohin die Pläne des Herzogs zielten. Um Frankreich Schwierigkeiten zu bereiten, hat sich Olivarez sogar entschlossen, die Hugenotten zu unterstützen, d. h. also die Übereinstimmung von spanischem und katholischem Interesse zu verleugnen. Auch das ist ein unverkennbares Anzeichen für das allgemeine Abflauen des Einflusses der Religion auf die Politik. Der italienische Krieg hat aber auch in seinem weiteren Verlauf keine militärischen Erfolge für Frankreich gezeitigt, dennoch endet er durchaus zu dessen Gunsten: in Mantua wird der französische Kandidat anerkannt, Frankreich verfügt also wieder über einen Vasallenstaat in Italien, und die den Weg über die Alpen beherrschende Feste Pinerolo wird französischer Besitz. Diese Bestimmung des Friedens von Chierasco 1631 ist von dauernder Wichtigkeit, weil sie Ludwigs XIV. Griff nach Italien erleichtert hat.

Daß der Kaiser und Spanien in der mantuanischen Frage trotz des für sie günstigen militärischen Verlaufs solche Nachgiebigkeit bewiesen hatten, war hervorgerufen durch die Vorgänge in Deutschland: Gustav Adolf nahte, und die katholische Partei brauchte alle ihre Kräfte, um ihm zu begegnen. Hier in Deutschland fiel eben die Entscheidung, ob die Habsburger ihre Stellung wieder auf ganz breiter Basis aufzurichten vermöchten; gelang das, dann war ihnen die Beseitigung der Position, die sie Frankreich in Italien wieder zugestanden hatten, ein leichtes. Die Hauptsache war also unbedingt, wer auf den deutschen Schlachtfeldern den Sieg erringen werde, und wie ernst Schwedens Eingreifen aufzufassen sei, darüber hat der Kaiser sich keiner Täuschung hingegeben. Daß Gustav Adolf sich aber den deutschen Fragen zuwandte, ist nicht ohne Einmischung Richelieus geschehen. Denn solange der Kardinal nicht selbst teil-

zunehmen in der Lage war, befolgte er die Methode, durch Vorschieben anderer den Habsburgern Abbruch zu tun. Er hat Holland unterstützt, Mansfeld und Christian von Dänemark Subsidien gezahlt, und seit 1623 schon hat er Schweden umworben, daß es den Kampf aufnehme. Seine Absicht war, wie er in seinen Memoiren erzählt hat, sich Gustav Adolfs zu bedienen, um die Streitkräfte des Kaisers von Italien und Frankreich abzuziehen, und sein Druck auf Schweden verdoppelte sich, als mit dem Ausgang des dänischen Krieges die Lage sich so glänzend für den Kaiser gestaltet hatte. Durch Richelieus Vermittlung ist 1630 der Waffenstillstand von Altmark zwischen Schweden und Polen zustande gekommen, der die schwedischen Truppen für das deutsche Unternehmen freimachte. Gleichzeitig war er bemüht, den Boden in Deutschland zu bereiten, indem er dem kaiserlichen Einfluß bei den katholischen Reichsständen entgegenwirkte; es war seine Hoffnung, die Liga vom Kaiser loszulösen, damit Schwedens ganze Macht direkt auf die Habsburger hereinbreche und sich nicht auf das Reich zu zersplittern brauche. Nicht zuletzt seinen Einflüsterungen ist die Opposition der Kurfürsten zuzuschreiben, die den Kaiser zwang, seine beste Stütze, Wallenstein, fallen zu lassen. In den ersten Kriegsjahren war Ferdinand ganz auf die Hilfe der Liga angewiesen und deshalb von ihr abhängig gewesen. Aus dieser Lage hatte ihn Wallenstein befreit, jetzt bedrohte im Gegenteil seine Macht die Selbständigkeit auch der katholischen Fürsten, und Wallenstein hat ihnen diesen Umschwung oft allzu schroff ins Bewußtsein gerufen. Deshalb waren sie geneigt, den Vorstellungen Frankreichs Gehör zu schenken, als auf dem Regensburger Kurfürstentag Richelieus geschickteſter Agent, der Pater Joseph, erschien. Er hat damals als Regel für die französische Politik aufgestellt, zwischen den beiden Konfessionen in Deutschland vollkommene Neutralität zu beobachten und beide gegen den Kaiser zu hetzen. Aber die Loslösung der Liga von den Habsburgern mißlang, denn Ferdinand stellte das kaiserliche Interesse hinter dem katholischen zurück, entließ Wallenstein und bewilligte die Forderungen der Kurfürsten. Infolgedessen hat Bayern, als Gustav Adolf dann wirklich erschien, sein Bündnis mit Frankreich wieder gelöst, so daß der König nach seiner Landung zunächst in dem Feldherrn der Liga, Tilly, seinen Hauptgegner hatte; im Widerspruch zu Richelieus Hoffnungen mußte er also ebenso die katholischen Reichsstände wie den Kaiser bekämpfen. Aber durch die Schwächung der kaiserlichen Stellung

war das Ergebnis des Regensburger Tages doch ein Triumph für Richelieu. Dieser Erfolg und das Erscheinen der Schweden auf dem deutschen Kriegsschauplatz verschoben durchgreifend die Gesamtlage zugunsten Frankreichs.

Gustav Adolf hat, obwohl der Kardinal schon seit so langer Zeit ihn bearbeitete, doch schließlich ganz auf Grund eigener Überlegungen das schwere Wagnis des Krieges auf sich genommen, deshalb fällt aber auch ihm ganz persönlich das Verdienst an den Folgen zu: die Rettung des Protestantismus ist sein Werk. Dies Ergebnis seines Eingreifens steht fest, aber die Frage, welches seine eigentlichen Absichten gewesen sind, ist eine der meist umstrittenen der neueren Geschichte. Offenbar ist es nicht eine Wiederaufnahme universalistischer Pläne, die ihn vorwärts getrieben hat; sich selbst die Kaiserkrone aufs Haupt zu setzen, daran hat er jedenfalls bei seiner Landung nicht gedacht. Damals sind vielmehr seine politischen Absichten wohl rein negative gewesen: das wichtigste für ihn war, den von Wallenstein angeregten, für Schweden so bedrohlichen Plan, daß der Kaiser sich zum Herrn der Ostsee machen solle, zu vereiteln, und Gustav Adolf hat stets dem Grundsatz gehuldigt, daß der Angriff die beste Art der Verteidigung sei. Er wollte also den Kaiser von der Küste fernhalten. Ebenso aber wie er politisch sich als den Bedrohten fühlte, hielt er es auch auf religiösem Gebiet für seine Pflicht, sich dem Vordringen der Gegenreformation entgegenzustemmen. Der Kampf für seinen Glauben ist ihm eine wahre Herzenssache gewesen, keineswegs darf er nur als der klug seinen Vorteil berechnende Politiker betrachtet werden, und zwar hat er nicht nur den Protestantismus vor dem katholischen Gegenschlag erretten, sondern auch der Gefahr begegnen wollen, die für das Luthertum in Norddeutschland von dem Kalvinismus her drohte. Konfessionelle Motive haben zweifellos sehr stark auf ihn eingewirkt, nie jedoch haben sie ihn vergessen lassen, daß er der König von Schweden war und dessen politische Interessen wahrzunehmen hatte. Aber das vertrug sich auch sehr gut miteinander: weil der schwedische Staat auf dem Protestantismus beruhte, mußte auch seine Politik notwendig evangelische Prägung tragen. Beides, politisches und religiöses Interesse, wies ihn in dieselbe Richtung.

Als er landete, war also seine Absicht die rein negative, dem Vordringen des Kaisers, das sich politisch und religiös gleich fühl-

bar machte, Halt zu gebieten. Aber zweifellos hat dann, als ihm die ersten großen Erfolge zufielen, sein Wunsch sich sehr bald auf ganz positive Ziele gerichtet. Jetzt wollte er Schwedens Stellung als Großmacht des Nordens durch den Gewinn fast aller Küstenländer der Ostsee vollenden; einen erheblichen Teil des Reichs dachte er nicht wieder aus seiner Hand zu geben, und um diese Stellung vor Angriffen des Kaisers zu schützen, verbündete er sich mit einer möglichst großen Zahl der selbständig gebliebenen Reichsstände, die sich als Art von Pufferstaat zwischen den schwedischen und den kaiserlichen Machtbereich einschieben sollten. Es ist das erste Beispiel der später sogenannten „Triaspolitik": das Deutsche Reich soll zerlegt werden in die drei Gruppen zweier Großmächte und eines Bundes der Mittleren und Kleinen. Den ihm zugeschriebenen Plan, das ganze Reich sich unterzuordnen und sich selbst zum Kaiser zu machen, hat er wohl auch jetzt nicht gehabt. Da aber seiner Absicht nach rein deutsches Land in weitem Umfang schwedisch werden sollte, hätte sich daraus eine Zerstückelung des Reiches ergeben. Der Ausbildung eines deutschen Nationalstaates würde ein riesiger Felsblock in den Weg gelegt worden sein, dessen Beseitigung wohl nicht so leicht und selbstverständlich hätte erfolgen können, wie gemeint worden ist (Max Lenz). Die Verwirklichung von Gustav Adolfs Plänen hätte also äußerste Gefährdung der deutschen Zukunft bedeutet, und darum hat es meiner Meinung nach bei dem Worte Heinrich v. Treitschkes zu bleiben: „Ein gnädiges Geschick rief den Retter des deutschen Protestantismus hinweg gerade in dem Augenblicke, da er der Feind unseres nationalen Staatswesens werden mußte."

Worauf auch Gustav Adolfs Absichten hinausgelaufen sein mögen, das steht jedenfalls fest, daß er sehr weit davon entfernt war, sich nur als Werkzeug der französischen Diplomatie brauchen zu lassen, wie Richelieu gehofft hatte. Er nahm die schwerste Last des Krieges auf die eigenen Schultern und wollte dementsprechend auch den Hauptgewinn einstreichen. Allerdings nahm er gern die von Frankreich gebotenen Hilfsgelder, denn während sein Heer infolge des nationalen Wehrsystems das unbedingt höchststehende der Zeit war, litt er an Geld empfindlichsten Mangel — ein Schwächemoment, über das auch seine Nachfolger niemals hinausgekommen sind. Dem half Richelieu ab durch den Vertrag von Bärwalde 1631; aber abhängig wurde Gustav Adolf dadurch keineswegs von ihm, irgendwie hineinreden ließ er sich in die Art seines

Vorgehens nicht. Mit größtem Unwillen mußte der Kardinal mitansehen, wie die Schweden sich sogar auf dem Gebiet, das er als seine Domäne betrachtet wissen wollte, auf dem linken Rheinufer festsetzten. Es sah so aus, als ob die entscheidende Rolle in Deutschland, die er sich selbst wünschte, an Schweden übergegangen wäre. Deshalb war es keine so unbedingt aussichtslose Sache, als 1632 die katholische Liga Frankreichs Hilfe gegen Gustav Adolf anrief. Der Kaiser hatte allerdings dagegen protestiert, weil er hoffte noch allein mit ihm fertig zu werden und weil in diesem Falle seine Oberhoheit über das Reich sich viel durchgreifender hätte ausbilden können, als wenn er den Sieg der Hilfe Frankreichs verdankte. Aber gerade das war die Furcht der Fürsten, daß Ferdinands Stellung zu stark würde, und deshalb wünschten sie Frankreichs Eingreifen. Obwohl für Richelieu Gründe bestanden, den allzu stark ins Rollen gekommenen schwedischen Stein aufzuhalten, konnte er dennoch nicht dem Hilfegesuch der Liga Folge geben, denn ihr Sieg wäre ja der Spaniens gewesen, und diesen herbeizuführen hätte für den Kardinal die Vernichtung des eigenen Lebenswerkes bedeutet. Dem Zwange der Not gehorchend, hatte der Kaiser auch wieder auf Wallenstein zurückgegriffen, und Richelieu wußte sehr wohl, daß in ihm der gefährlichste Gegner des französischen Einflusses im Reich zu erblicken war und daß er für seine Pläne nicht zu haben sein werde. Die Hoffnungen, die der Kardinal an Schwedens Eingreifen geknüpft hatte, schienen sich also nicht zu erfüllen, im Gegenteil war seine Lage recht schwierig geworden.

Wie sich die Dinge gestaltet hatten, war der entscheidende, aus eigener Kraft erstrittene Sieg jeder der beiden Parteien mit Frankreichs Wünschen nicht zu vereinigen. Infolgedessen besteht Richelieus Politik in den nächsten Jahren in einem fortwährenden Hin- und Herlavieren zwischen beiden. Anscheinend unentschlossen neigt er bald der einen, bald der anderen zu, aber diese scheinbare Haltlosigkeit ist in Wahrheit bedingt durch eine eiserne Folgerichtigkeit: nichts anderes ist sein Ziel als der Vorteil und die Größe Frankreichs.

Aber es sollte der Augenblick kommen, wo ein solcher entscheidender Sieg der einen Seite, wie er ihn von seinem Standpunkt aus verhindern wollte und mußte, dennoch einzutreten schien. Zunächst allerdings bestand trotz Gustav Adolfs Tod ein ungefähres Gleichgewicht der Kräfte, und diesen Augenblick hat Wallenstein zu dem Versuch

benützen wollen, über den er gefallen ist: eine eigene Politik zwischen dem Kaiser und seinen Gegnern zu treiben, die deutsche Frage auf Grund der Prinzipien der reichsständischen Freiheit und der Toleranz zu lösen und mit Hilfe des neu geeinten Reichs die Fremden, Spanier und Schweden, wieder vom deutschen Boden zu verjagen. Der Gegensatz, in den er naturgemäß infolgedessen zu Ferdinand geriet, hat ihn aber dazu verleitet, im Widerspruch zu seiner eigentlichen Absicht mit den Schweden in Verbindung zu treten. Er seinerseits machte sich also des Paktierens mit dem Auslande schuldig. Daß er durch diese Inkonsequenz selbst das Todesurteil über seinen Versuch sprach, hat er persönlich empfunden und deshalb nicht den Mut aufgebracht, sich offen zu dem betretenen Weg zu bekennen. Den Bruch mit dem Kaiser suchte er wieder zu vermeiden, so daß zuletzt niemand mehr wissen konnte, woran man eigentlich mit ihm war. Der durch die eigene innere Unsicherheit hervorgerufene Mangel an Entschlußkraft hat sein Ende herbeigeführt, denn er verblieb im Machtbereich des Kaisers, der seine Haltung als versteckte und deshalb um so gefährlichere Rebellion empfinden mußte und ihn deshalb ermorden ließ. Da Wallenstein, wenn er auch den Abfall noch nicht in aller Form vollzogen hatte, doch aller Welt bereits als Feind des Kaisers galt, bedeutete diesmal sein Ausscheiden im Gegensatz zu seinem ersten Sturz eine entschiedene Verstärkung der kaiserlichen Machtstellung. Seitdem lenkte die kaiserliche Politik wieder mit ganzer Kraft in das spanische und gegenreformatorische Fahrwasser ein, so daß die katholische Partei durch die Einheitlichkeit des Zieles stark an Schlagkraft gewann. Demgegenüber waren die Protestanten ohne allgemein anerkannten Führer. Deshalb schien die schwere Niederlage von Nördlingen das Ende des Kriegs und den unbedingten Triumph Habsburgs zu ergeben. Die wichtigsten evangelischen Stände, Sachsen und Brandenburg, die beide sehr ungern und nur unter dem gewaltsamen Druck Gustav Adolfs ihre Neutralität aufgegeben hatten, beeilten sich ihren Frieden mit dem Kaiser zu schließen, und da Ferdinand alles Interesse daran hatte, sie von Schweden abzuziehen, stellte er sich für den Augenblick auf den Boden der Pläne Wallensteins und bewilligte ihnen die Glaubensfreiheit. Ohne Mitreden des Auslandes ist diese Einigung erzielt worden, so daß der Prager Frieden den letzten Versuch darstellt, die deutschen Angelegenheiten aus eigener Kraft zu regeln.

Durch die Erfolge des Kaisers und die überraschende Mäßigung, die er Sachsen und Brandenburg gegenüber gezeigt hatte, wurden auch die bisher unbedingt zu Schweden stehenden Stände schwankend. Das Heilbronner Bündnis, das Oxenstierna ganz im Sinne Gustav Adolfs 1633 mit den vier oberdeutschen Kreisen abgeschlossen hatte, begann zu zerfallen, und diese Tendenz erhielt neue Nahrung durch die großen Vorbereitungen der Spanier, Holland den Garaus zu machen, auf Grund deren sie auch wirklich die Beherrschung des linken Rheinufers wieder an sich reißen konnten. Selbst im eigenen schwedischen Lager wuchs die Zahl derer, die für die Beendigung des deutschen Unternehmens eintraten, bevor es zur Gefahr für die nordische Stellung Schwedens werde. Schon waren Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Oxenstierna im Gang, in denen der Kanzler sich zum Verzicht auf jeden territorialen Gewinn in Deutschland bereit erklärte. Es war das Eingeständnis, daß Schweden seine Kräfte erlahmen fühlte. Nur eine Geldentschädigung verlangte er, und an der Höhe dieser Summe ist die Einigung gescheitert, deren Zustandekommen eine völlig andersartige Entwicklung der deutschen Geschichte zu Folge gehabt hätte. Der Phantasie bietet sich breitester Spielraum bei der Vorstellung, was alles anders hätte werden können, wenn damals tatsächlich der Krieg noch vor Frankreichs Eingreifen zu Ende gegangen wäre. Um nur einiges anzudeuten: der Protestantismus im Reiche wäre dann vielleicht doch erlegen, auch Preußens Hochkommen, das sich zum guten Teil im Kampf und durch den Kampf mit Schweden vollzogen hat, hätte in anderer Richtung vor sich gehen müssen. Der Streit um eine Geldsumme hat diese Verständigung unmöglich gemacht, der Kaiser übersah die ungeheuren Vorteile, die ihm hier winkten. Infolge des schlechten Standes seiner Finanzen glaubte er das Geforderte nicht aufbringen zu können. Der Krieg ging weiter.

Aber für Richelieu waren diese Verhandlungen das deutliche Anzeichen, daß er ohne eigenen Schaden dem Krieg nicht länger fernbleiben durfte. Der Augenblick war gekommen, in dem er seine Untätigkeit aufgeben mußte, wollte er nicht allein den siegreichen Habsburgern gegenüberstehen. Dazu kam seine klare Einsicht, daß die Interessen Frankreichs, wie sie ihm vorschwebten, die Ohnmacht der Reichsgewalt zur Voraussetzung hatten. Das Prinzip, dem schon Heinrich II. und Heinrich IV. und nach ihnen ausnahmslos alle Ver-

treter einer ehrgeizigen französischen Politik gehuldigt haben, daß um Frankreichs Größe willen Deutschland zersplittert bleiben müsse, hat keinen energischeren Anhänger besessen als Richelieu. Die Aufrechterhaltung einer starken Opposition gegen den Kaiser galt ihm als Notwendigkeit im französischen Interesse, und da im Augenblick diese Opposition sich auf konfessionelle Momente gründete, war für ihn das Eintreten zugunsten der Protestanten das Gebot der Stunde. Keinen Augenblick hat er sich durch seine Kardinalswürde darin behindert gefühlt; wenn auch vorerst die Kirche darunter leide, so werde die Frömmigkeit des Königs später alles wieder gutmachen, hatte er beruhigend schon in einer Denkschrift von 1625 geschrieben. Die rein weltliche Färbung seiner Politik erhellt auch aus der Antwort, die er nach dem Abschluß mit Schweden auf Vorstellungen des Nuntius erteilte, dies Bündnis werde gerade dem Papst zugute kommen, da es den Kaiser in Italien nicht allmächtig werden lasse. Zögerte Frankreich jetzt noch länger, so wurde der Kaiser in gefährlichstem Maße Herr im Reich, und besonders erschreckte Richelieu das Vordringen Spaniens am Rhein. Jetzt war er aber auch imstande, die volle Stärke Frankreichs einzusetzen. Sein Werk im Innern war im wesentlichen abgeschlossen, und damit ist die nun beginnende hohe Politik des Kardinals nur die Ausstrahlung der neu gewonnenen Kräfte seines Staats. Wenn auch die Defensive gegen die drohende Übermacht den Anstoß gegeben hat, so sind Richelieus eigene Absichten doch unverkennbar aggressiver Natur. An die Verwirklichung des zweiten seiner beiden hohen Ziele kann er von jetzt an seine Bemühungen setzen. Seine Absicht, Spanien in Deutschland tödlich zu treffen, um sich selbst in den Besitz von dessen Erbe, der Vormachtstellung, zu setzen, wird nunmehr zur Tat, im Mai 1635 erfolgt seine Kriegserklärung.

Mit Frankreichs Eingreifen verliert der Krieg, wie schon erwähnt, den religiösen Charakter, fortan geht es in ihm nur noch um die Frage, inwieweit der spanische und kaiserliche Einfluß im Reich zurückgedrängt und welchen Grad an dessen Stelle der französische einerseits, der schwedische andererseits gewinnen werde. Schweden sowohl wie Frankreich streben beide danach, sich den vorherrschenden Einfluß in Deutschland zu sichern, so daß ihr Verhältnis trotz der Waffenbrüderschaft keineswegs ein ungetrübtes gewesen ist. Eine besondere Episode in diesem Ringen der beiden ausländischen Mächte um die Seelen der Reichsstände bildet das Auftreten

Bernhards von Weimar mit der Absicht, für sich selbst zwischen den kämpfenden Parteien am Rhein ein Reich zu gewinnen, aus dem die Wiederbelebung des alten Lotharingiens oder des burgundischen Reiches hätte herauswachsen können. Richelieu hat diesen Plan begünstigt, weil dadurch die Rheinstellung Spaniens auseinandergesprengt worden wäre und weil gleichzeitig dessen fortdauerndes Streben nach ihr den neuen Staat zum Anschluß an Frankreich gezwungen hätte. Über seine Ausdehnung jedoch ist es zum Streit gekommen, das französische Interesse verbot eben, daß er allzu stark werde. Das Elsaß wollte Richelieu Bernhard lassen, aber als dieser das eroberte Breisach zu behalten und damit auch auf dem rechten Ufer Fuß zu fassen Miene machte, erhob der Kardinal Einspruch. Nur der Tod Bernhards hat den offenen Bruch verhindert; dadurch ist aber die Frage im günstigsten Sinne für Frankreich gelöst worden: es konnte den verwaisten Staat jetzt einfach an sich nehmen und erhielt noch dazu in den weimarischen Regimentern, die seit den starken Verlusten der Eliteſoldaten Gustav Adolfs als die besten vorhandenen Kampftruppen galten, eine vortreffliche Stütze seiner Pläne. Sie haben ihm dazu verholfen, die ganze Rheinlinie zu gewinnen und so den unmittelbaren Zweck seines Eingreifens zu verwirklichen.

Zu großen Anstrengungen hat dieser Krieg Frankreich nicht genötigt, denn sein Hauptgegner, Spanien, war am Ermatten. Die gewaltigen Opfer, die Olivarez' Angriffspolitik dem Staate auferlegt hatte, wurden in allen Provinzen mit steigender Unzufriedenheit empfunden, bis schließlich an allen Ecken der offene Aufstand losbrach. Portugal stellte sich wieder auf sich selber, die katalonischen Rebellen traten in Verbindung mit Frankreich, in Neapel und Sizilien wankte die spanische Herrschaft bedenklich. Alle diese Ereignisse hatten 1643 den Sturz Olivarez' zur Folge, und seit dem Ausscheiden des Trägers seines Großmachtgedankens war Spanien nur noch zur Defensive fähig; es mußte froh sein, wenn es sich des französischen Angriffs erwehren konnte, und war nicht mehr imstande, die katholische Partei in Deutschland zu unterstützen. Ein letzter Versuch, zur See den protestantischen Mächten entgegenzutreten, wurde durch Tromps Sieg auf der Höhe von Dünkirchen vereitelt; gleichzeitig begann die französische Marine sich zu entwickeln, so daß für Spanien die Herrschaft über das westliche Becken des Mittelmeers und damit die Verbindung mit Italien ebenso verloren ging, wie

es die über den Atlantik schon früher eingebüßt hatte. Die Zeit der spanischen Führerschaft neigte sich ihrem Ende zu.

Der Kaiser konnte also nicht mehr auf die Hilfe Spaniens rechnen, er stand allein Frankreich und Schweden gegenüber. Auch der Versuch Dänemarks, die schwedische Übermacht zu erschüttern — wobei also jetzt auch ein protestantischer Staat auf die Seite der Habsburger trat, ebenso wie in dem Kurfürsten von Trier unter dem Drucke Frankreichs sich ein katholischer Reichsstand dem Kaiser entgegengestellt hatte, so daß auch dadurch das rein weltliche Kriegsziel unterstrichen wird —, brachte ihm keine Erleichterung, da Christian im Frieden zu Brömsebro 1645 seine völlige Niederlage eingestehen mußte, und schließlich wurde auch noch seine letzte Stütze Bayern 1647 gemeinsam von Franzosen und Schweden zum Waffenstillstand gezwungen. Damit war die Niederlage auch des Kaisers entschieden; es stand fest, daß die fremden Mächte nicht mehr aus Deutschland hinauszutreiben waren. In Münster und Osnabrück hat Ferdinand III. sich darein fügen müssen, daß Frankreich und Schweden nicht nur im Besitze von Reichsland blieben, sondern daß sie auch durch die Übernahme der Garantie für die reichsrechtlichen Festsetzungen die Handhabe erlangten, in alle innerdeutschen Fragen hineinzureden. Es wäre zuviel, von der Errichtung einer Fremdherrschaft über Deutschland durch den Westfälischen Frieden zu reden, wie sie Italien sich gefallen lassen mußte, aber mit einer nur durch deutsche Interessen bestimmten, selbstherrlichen Reichspolitik war es seitdem auch formell zu Ende.

Das Streben des Kaisers, seine Stellung im Reich neu zu stärken, war ebenso zusammengebrochen wie die Bemühungen, der Gegenreformation zum Siege zu verhelfen. Gegenüber dem Einspruch des Auslandes hat er darauf verzichten müssen, eine festere Einheit herzustellen. Die Gleichberechtigung des Protestantismus wurde gegen den ausdrücklichen Widerspruch des Papstes in aller Form festgelegt; das Recht der itio in partes machte es ein für allemal unmöglich, daß auf dem Reichstag die evangelische Minderheit in Glaubensfragen von den Katholiken überstimmt würde. Für Ferdinand III. war das allerdings kein so furchtbarer Schlag, wie es für seinen Vater gewesen wäre, da er lange nicht in dem gleichen Maße seine Haltung vom konfessionellen Gesichtspunkt bestimmen ließ. Ihn traf empfindlicher die Regelung des Verhältnisses zwischen Kaisertum und Reichsfürsten. Die sich hierauf beziehenden

Bestimmungen von 1648 brachten den endgültigen Sieg des ständischen Prinzips und die weitestgehende Beschränkung der kaiserlichen Vorrechte. Das Streben des Kaisers nach höherer Stellung hat keineswegs damit aufgehört, auch künftighin und künftighin erst recht hat jede im alten Reich aufwärtsdrängende Kraft ihren Weg im Gegensatz zu dem Kaisertum suchen müssen. Aber Aussicht auf Erfolg bestand jetzt nicht mehr für dies kaiserliche Streben. Derselbe Zeitpunkt also — Albert Sorel hat darauf hingewiesen — hat in Frankreich den Sieg des königlichen Absolutismus, in Deutschland den der Feudalität gebracht: in Frankreich galt der Bund eines Großen der Krone mit dem Ausland als Hochverrat und Verbrechen an der Nation, in Deutschland war er, wenn er auch der papierenen Bestimmung nach sich nicht gegen Kaiser und Reich richten durfte, eines der wichtigsten Rechte. Schlaglichtartig wird dadurch der ganze Gegensatz der Entwicklung der beiden Völker erhellt. Eigentlich war damit schon die Auflösung des Reichs gegeben. Die Gefährdung des bestehenden Gleichgewichtes Europas, die in dem Plan einer kraftvolleren Zusammenfassung Deutschlands gelegen hatte, war gründlich beseitigt. Das Reich blieb eine nur lose verbundene, leicht zu zerteilende Summe selbständiger Kleinstaaten. Deren Anzahl war allerdings durch Säkularisationen und Ausdehnung fürstlicher Hoheiten ganz erheblich herabgesetzt worden, aber auch die verbleibenden 355 ergaben kein lebensfähiges Ganzes. Das Ausland hat es durchgesetzt, daß die Zerspaltung in sich gegenseitig bekämpfende Parteien erhalten blieb, und damit war es sichergestellt, daß auch fernerhin das Reich nur das Objekt des Ehrgeizes der Großmächte sein würde.

Das Aufkommen einer starken Reichsgewalt zu verhindern, war einer der Gründe gewesen, die Richelieu zum Eingreifen in den Krieg veranlaßt hatten. Es ist also seine Politik, die Mazarin im Westfälischen Frieden zum Triumphe führt. Dazu kommt der direkte Landgewinn mit der Abtretung der habsburgischen Besitzungen im Elsaß durch den Kaiser, obwohl dieser eigentlich seit 1617 darüber nicht mehr zu verfügen hatte, und überdies geschah die Abgrenzung der abgetretenen Rechte in so zweideutiger Form, daß Frankreich hernach einfach das ganze Land an sich nehmen konnte. Außerdem aber griff es durch die Erwerbung von Breisach und des Besatzungsrechtes in Philippsburg alsbald auch auf das rechte Rheinufer über und hat damit den Beweis geliefert, daß das

vielgebrauchte Schlagwort von der Notwendigkeit der natürlichen Grenze von Anfang an nur propagandistischen Zwecken diente: in demselben Augenblick, wo die Macht dazu ausreichte, blieb Frankreich an der ersehnten Grenze nicht stehen, sondern sicherte sich darüber hinaus Plätze, die ihm als Ausfallspforten nach Süddeutschland hinein dienen konnten. Auch die Wiedererrichtung der Pfälzer Kurwürde bildete durch die sich aus ihr ergebende Stärkung der Opposition gegen den Kaiser einen Erfolg für Frankreich. Schließlich aber erfuhr seine europäische Stellung dadurch bedeutsamste Verstärkung, daß es aus dem Kriege aufs engste verbündet mit der neuen Großmacht hervorging, die sich dem Staatensystem einfügte. Schwedens Stellung in einer Reihe mit den führenden Mächten wurde durch den Westfälischen Frieden bestätigt, und solange es sich in dieser Bedeutung hat behaupten können, ist es fast ständig der Bundesgenosse Frankreichs gewesen. Für Deutschland aber hat die Tatsache, daß die beiden fremden Mächte, die im Verlauf des Krieges sich innerhalb seiner Grenzen festgesetzt hatten, dauernd in nächsten Beziehungen zueinander geblieben sind, schwerste und unheilvolle Folgen besessen, und von Deutschland rückwirkend hat sie sich für ganz Europa aufs empfindlichste fühlbar gemacht.

Der Westfälische Frieden ergibt demnach in jeder Hinsicht, politisch wie moralisch, den Sieg Frankreichs. Es gilt fortan als die führende Großmacht, ist also an die Stelle getreten, die Spanien bisher innegehabt hatte. Aber noch immer hat sich der spanische Staat nicht in den Verzicht finden wollen. Nachdem der Kaiser Frieden geschlossen hatte, war allerdings die habsburgische Interessengemeinschaft erloschen, und die Zerreißung des Bandes ist noch betont worden durch die Verpflichtung, die Kaiser Leopold I. 1658 in seiner Wahlkapitulation hat eingehen müssen, das Bündnis nicht wieder aufleben zu lassen. Spanien ist also bei seinem weiteren Kampf ganz allein auf die eigenen Mittel angewiesen und damit zur Erfolglosigkeit verurteilt. Dennoch hat es noch einmal das Äußerste aufgeboten, um dem Herabsinken zu entgehen. Damit alle Kräfte gegen Frankreich konzentriert werden könnten, schloß es seinen Frieden mit Holland, dem der Westfälische Frieden ebenso wie der Schweiz auch die formelle Unabhängigkeit vom Reich eingebracht hatte. Bei dem Ermattungszustand aber, in den Spanien bereits eingetreten war, würde es doch nicht vermocht haben, den

Krieg noch über ein Jahrzehnt fortzuführen, wenn ihm nicht durch den abermaligen Auseinanderbruch der inneren Einheit Frankreichs wirksame Hilfe gekommen wäre. Gegen Mazarin, diesen „Dogmatiker der Gewalt" (Ranke), erhob sich die Fronde; die Erschütterung des französischen Staats, die bereits 1644 den Kardinal zur Aufstellung einer „Armee des Innern" genötigt und sein Drängen auf schleunigen Abschluß des Friedens in Deutschland verursacht hatte, nahm allmählich so starke Formen an wie nur je in den Hugenottenkriegen. So konnte Spanien den Krieg zum Teil auf französischen Boden verlegen. Aber dieser Erfolg zerrann, als ihm noch ein neuer Gegner erwuchs: unter Cromwell, der das von den Stuarts befolgte System beiseite schob und die Politik Elisabeths wieder aufnahm, kehrte England in den Bereich der kontinentalen Auseinandersetzungen zurück, und wie es zu gehen pflegt, äußerte sich der Gegenschlag gegen die völlige Zurückhaltung der letzten Jahrzehnte in scharfer Betonung erneuter Macht- und Eroberungspolitik. Dieser Umschwung ist zwar nicht ausschließlich, jedoch in wesentlichem Teil verursacht durch die Tatsache, daß das Puritanertum in England zur Herrschaft gelangt ist. Denn dessen Auffassung vom Staate verlangte intensive Betätigung auch nach außen hin. Ihm gilt der Gütererwerb nicht nur als erlaubt, sondern geradezu als gottgewollte Pflicht; die Askese, die er propagiert, ist ihm nicht ein Kampf gegen Reichtum und Besitz, sondern gegen die damit verbundenen Versuchungen. Aber nicht nur der Einzelne unterliegt dieser Pflicht des Gütererwerbs, sondern genau so der Staat; die Machterweiterung wird damit das Prinzip des puritanischen Staates, so daß in dem Puritanertum — allerdings mit allzu einseitiger Zuspitzung, aber berechtigtem Kern — die geistige Urkraft des modernen britischen Imperialismus hat erblickt werden können (Schulze-Gävernitz). Ebenfalls eine Auswirkung des Puritanertums ist es, wenn die Engländer damals begannen, sich als das auserwählte Volk und deshalb als unendlich überlegen über alle anderen Nationen zu fühlen. Gerade auf Cromwell selbst hat dies Gefühl mit der Kraft inbrünstiger Überzeugung gewirkt, und in der Folgezeit ist es allmählich der Nation ins Blut übergegangen. Die Entwicklung ihrer politischen Geschichte, der Glanz ihrer äußeren Stellung, war ja auch in hohem Grade geeignet, diesen Glauben zu unterstützen, der sich teilweise in grotesker Form in der englischen staatstheoretischen Literatur geäußert hat.

Mit dieſer ethiſchen Eigenart des Puritanismus verknüpft ſich der Wunſch, die Vormacht des Katholizismus endgültig niederzuwerfen, ſo daß am Schluſſe des Zeitalters die frühere Verbindung von Religion und Politik noch einmal ganz beſondere Geltung erlangt. Beide Arten von Beweggründen haben Cromwell veranlaßt, nach Beendigung des über handelspolitiſche Gegenſätze — wir werden darauf zurückzukommen haben — ausgebrochenen Krieges mit Holland 1654 einen umfaſſenden Angriff auf die ſpaniſchen Kolonien einzuleiten, deſſen Frucht die Eroberung des reichen Jamaika war, und weiter dann Frankreich die Hand zu reichen, obwohl an ſich der Bund mit ihm als einer katholiſchen Macht dem Lord-Protektor widerſtrebte. Gerade in ſeinen ſpäteren Jahren hat er durchaus religiös gefärbte Politik getrieben und deshalb auf dem Wege über die Verbindung mit Holland, an deren Ausgeſtaltung zu voller ſtaatlicher Vereinigung er gedacht hat, ſämtliche proteſtantiſche Mächte zuſammenfaſſen wollen; England ſollte deutlich die Rolle der Vormacht des Proteſtantismus übernehmen. Solange aber noch immer von Spanien ein gegenreformatoriſcher Vorſtoß zu befürchten war, mußte Cromwell Bundesgenoſſen nehmen, wo er ſie fand, und hat ſich deshalb an Frankreich angeſchloſſen. Ihren vereinten Kräften iſt der ſpaniſche Staat binnen kurzem endgültig erlegen.

England behielt im Pyrenäenfrieden 1659 Dünkirchen, ein Zeichen, daß die neu eingeſchlagene Eroberungspolitik durchaus nicht nur jenſeits der Meere ſich betätigen wollte; das Prinzip, ſich nicht durch feſtländiſche Beſitzungen in die dortigen Händel verſtricken zu laſſen, wurde durchbrochen. Den Hauptvorteil aber trug wie im Weſtfäliſchen Frieden Frankreich davon. Der Landgewinn, den es im Süden und Nordoſten erzielte, bedeutete inſofern eine doppelte Verſtärkung, als er nicht in abgelegenen Territorien beſtand, ſondern wichtige und lang erſehnte Abrundung ſeines Gebietes brachte. Der Druck auf Paris, den die Nähe der Grenze ausübte, wurde vermindert, und Frankreich hat das zum Antrieb genommen, weiterhin erſt recht mit Einſetzung aller Kraft deſſen gänzliche Beſeitigung anzuſtreben. Beiden Gegnern alſo hat Spanien weſentliche Zugeſtändniſſe machen und ſich als geſchlagen bekennen müſſen. Nicht nur keine Vergrößerung, ſondern ſchwerſte Einbuße iſt das Ergebnis ſeines letzten Griffes nach der Vorherrſchaft. Seine vorherrſchende Stellung in Mitteleuropa iſt vernichtet, ſein Übergewicht

dauernd beseitigt. Mit voller Deutlichkeit tritt nun aber alsbald die verhältnismäßige Geringfügigkeit der seinem eigentlichen Kern innewohnenden Kraft zutage. Dem Umfang nach könnte es noch immer Großmacht sein, aber seine innere Lebenskraft ist aufgezehrt. Von der Stellung als Vormacht sinkt es herab zu einem Staate zweiten Ranges; nie wieder hat es sich auch nur in eine Reihe mit den führenden Gewalten Europas aufschwingen können.

Für die zukünftige Gestaltung des Staatensystems hat der Pyrenäenfriede aber noch eine weitere, unendlich wichtige Bestimmung enthalten, die Heirat Ludwigs XIV. mit der Infantin Maria Theresia. Daraus ist später die ungeheure Erschütterung des Gleichgewichts hervorgegangen. Zwar mußte die Prinzessin auf ihr Erbfolgerecht in Spanien ausdrücklich Verzicht leisten, aber schon die Zeitgenossen, ja sogar der die Verhandlungen mit Mazarin führende spanische Minister Haro selbst, nahmen das nicht ernst. Seitdem rechneten die Kabinette mit der Möglichkeit der Vereinigung von Frankreich und Spanien; dieser Gedanke ist nicht mehr aus der Publizistik verschwunden und hat zu dauernder Beunruhigung Europas geführt. Aber selbst wenn er nicht in Wirklichkeit umgesetzt werden würde, konnte doch gar kein Zweifel daran bestehen, daß Frankreich nunmehr an die führende Stelle getreten war. Kaum hatte Europa die Gefahr der spanischen Vorherrschaft überwunden, stand eine andere Macht bereit, nach demselben Ziele zu greifen.

Die Besiegelung der spanischen Niederlage ist einer der Marksteine der neueren Geschichte. Der Charakter der europäischen Politik ändert sich, seitdem Spanien nicht mehr in der Lage ist, ihr seinen Stempel aufzudrücken: die Religion tritt aus dem Mittelpunkt alles Geschehens zurück. Lange Zeit hindurch waren die konfessionellen Gegensätze das unbedingt Beherrschende gewesen, allmählich hatten sie sich überspannt und an Bedeutung verloren. Wenn auch in der Theorie noch nicht anerkannt, so beginnt sich doch praktisch eine gewisse Duldung durchzusetzen. Ebenso wie Literatur, Kunst und Wissenschaft das religiöse Gewand wieder abstreifen — von jetzt an setzt die große Entwicklung vor allem der Mathematik und der Naturwissenschaften ein —, nimmt auch das Staatsleben rein weltlichen Charakter an. Mit dem Ende der Gegenreformation erwachen die Mächte der Renaissance abermals zum Leben. Wieder wird für die Haltung der Staaten das politische und wirtschaftliche Interesse fast ausschließlich das Bestimmende, nur gelegentlich noch

tritt auch für die Geſtaltung ihrer wechſelſeitigen Beziehungen das konfeſſionelle Moment beherrſchend hervor. Damit verſchwindet auch die Gefahr, die der bisherigen ſtaatlichen Ordnung durch die Bildung der großen über den Rahmen der Einzelſtaaten hinausgreifenden Religionsparteien gedroht hatte; in dem überlieferten Prinzip der Einteilung Europas iſt keine Änderung eingetreten. Das Zeitalter der Religionskriege hat ſein Ende gefunden. Spanien hatte ſie heraufgeführt, mit ſeinem Rücktritt von der Führung hören ſie ebenfalls auf. An Spaniens Stelle tritt Frankreich, und Hand in Hand mit ſeinem politiſchen Vordringen geht das ſeiner Kultur. Der Kontinent unterliegt dem Einfluß der franzöſiſchen Literatur, Kunſt und Mode, das Franzöſiſche ſetzt ſich durch als die allgemein anerkannte Sprache der Diplomatie. Das nächſte Zeitalter trägt alſo in jeder Beziehung franzöſiſche Signatur, noch ſtärker als die Periode von 1519—1659 ſpaniſche getragen hat.

*

Bevor wir aber in die Betrachtung dieſer neuen Epoche eintreten, muß noch eine Erſcheinung Berückſichtigung finden, die ſich in der eben behandelten Zeit herausgebildet hatte und in langſam fortſchreitender Entwicklung war: das Völkerrecht. Seine Entſtehung war möglich nur auf Grund der gegenſeitigen Anerkennung der Staaten als gleichberechtigte und ſelbſtändige Exiſtenzen, ſo daß es im Mittelalter, als noch das Streben nach Einheit das Geſchehen beherrſchte, nicht zur Ausbildung hatte gelangen können. Es ſetzt das vielteilige Staatenſyſtem voraus. Nachdem aber einmal ſein Prinzip Anerkennung gefunden hatte, hat es für die Geſchichte des Staatenſyſtems höchſte Bedeutung gewonnen, denn es ſtellt die Normen auf, unter denen deſſen Betätigung erfolgen ſoll. Die Mitglieder des Staatenſyſtems gewinnen an ihm die feſte Vorſchrift für die Formen ihres gegenſeitigen Verkehrs. Die fortwährenden Kriege weckten eben notwendigerweiſe das Bedürfnis nach gewiſſen Grundregeln, von denen niemals abgewichen werden dürfe, und auch im Frieden hatte der zwiſchenſtaatliche Verkehr derartige Intenſität angenommen, daß ſeine Regelloſigkeit als peinliche Störung empfunden wurde. Gerade der ungeheure Aufſchwung der Handelsbeziehungen legte den Gedanken beſonders nahe, ſie durch feſtumriſſene Grundrechte zu ſichern. Deshalb iſt es kein Zufall, daß die Bewegung den ſtärkſten Anſtoß in Holland, der führenden

Handelsmacht, erfahren hat. Das Wachstum der Bedeutung der Schiffahrt ließ auch die andere Frage brennend werden, wem denn eigentlich das Meer gehöre; durch die Anerkennung des Grundsatzes der Freiheit der Meere, abgesehen von den Küstengewässern, hat sie die Antwort gefunden, ebenfalls wieder ganz im Interesse Hollands und seines überallhin dringenden Zwischenhandels.

Aber es wäre falsch, die Entstehung des Völkerrechts wesentlich auf egoistische und materialistische Absichten zurückzuführen. Ihr eigentlicher Anstoß ist in der großen idealistischen Bewegung zu erblicken. Die Menschheit wollte heraus aus dem Kampf aller gegen alle, den noch Hobbes als ihren Naturzustand bezeichnet hatte. Die Unbeschränktheit des Machtgesichtspunktes, wie Machiavell sie für das politische Leben proklamiert hatte und wie sie der bisherige tatsächliche Zustand gewesen war, sollte beseitigt werden durch die Bindung an das Recht. Die Vertreter des Naturrechtes haben das große Verdienst, diesen instinktiv längst empfundenen Wunsch auf klare Formel gebracht zu haben. Im Anschluß an eine Praxis, die sich stillschweigend bereits herausgebildet hatte, hat Hugo Grotius den Kodex positiver Bestimmungen aufgestellt, der das Völkerleben zur Gesetzmäßigkeit erheben sollte. Auch insofern kommen in seiner Lehre die treibenden Kräfte der Zeit zum Ausdruck, als er durch die scharfe Trennung von Naturrecht und göttlichem Recht die Verweltlichung der Staatslehre und in deren Rückwirkung auch des gesamten Staatslebens beschleunigt hat. Viele allerdings von den Gesetzen, die er aufstellte, waren erst sittliche Postulate, die von der Erfüllung noch weit entfernt waren. Obwohl bald die gesamte zivilisierte Welt sie der Hauptsache nach sich ideell zu eigen gemacht hat, ist ihre Durchführung von Anfang an auf das Hindernis gestoßen, dessen Überwindung bis heute noch nicht gelungen ist und um dessentwillen Friedrich der Große das Völkerrecht als „un vain fantôme“ bezeichnet hat: auf den Mangel jeder Garantie. Es besteht keine Instanz, die den einzelnen, den allgemein anerkannten Prinzipien zuwiderhandelnden Staat zur Befolgung des Völkerrechtes zwingen könnte. Die Macht bleibt damit das Entscheidende, die Rechtsidee hat zwar in dem Bewußtsein der Menschheit seit Grotius' Tagen Raum gewonnen, aber gerade in der nächsten Periode, im Zeitalter der Kabinettskriege, tat in besonders augenfälligem Maße jede Regierung eben nur das, was sie als ihren Vorteil erachtete, unbekümmert darum,

ob ethiſche Überlegungen dem im Wege ſtänden, vorausgeſetzt natürlich, daß ihre Macht dazu ausreichte. Immerhin iſt durch die Begründung des Völkerrechts eine Entwicklung angebahnt worden, die den wertvollſten Bedürfniſſen der Menſchheit entſpricht und nach deren Richtung hin ihre Hoffnungen gegangen ſind. Eine gewiſſe Garantie für die Einhaltung der völkerrechtlichen Beſtimmungen ergab ſich auch gerade aus der faktiſchen Geſtaltung der Machtverhältniſſe, aus der Beherrſchung der europäiſchen Politik durch das Gleichgewichtsprinzip: da kein Staat über derartige Macht verfügte, ſeinen Willen der Geſamtheit der anderen aufzuzwingen, waren ſie alle genötigt, die Grundſätze ihrerſeits zu reſpektieren, die ſie auf ſich ſelbſt angewendet wiſſen wollten.

Entſprechend dem doppelten Charakter des Staatenſyſtems, auf der einen Seite die Zuſammenfaſſung aller zur Einheit, auf der anderen das ſelbſtändige Nebeneinanderſtehen ſeiner Mitglieder zu betonen, hat auch das Völkerrecht, deſſen Vorausſetzung die gegenſeitige Anerkennung der Staaten geweſen war, daneben zur Verſtärkung des Gemeinſchaftsgedankens geführt. Seine Verwirklichung ergab die Schaffung einer höheren Organiſation, der ſich die einzelnen ein- und unterordneten. Dieſer Gedanke iſt in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen im weſtfäliſchen Friedensſchluß. Die Vertreter der vielen Staaten, die hier zuſammengekommen ſind, hatten die ausgeſprochene Abſicht, die Gelegenheit nicht vorübergehen zu laſſen, gewiſſe Grundregeln des Staatenverkehrs durch die allgemeine Anerkennung zum Geſetz zu erheben. Wenn es ja auch nur wenig iſt, was praktiſch dabei herauskam, ſo iſt die bloße Abſicht doch ſchon bezeichnend, und deshalb iſt es nicht unberechtigt, den Weſtfäliſchen Frieden, mit der Einſchränkung allerdings, daß infolge des Fehlens Englands nicht alle entſcheidenden Staaten an ihm beteiligt waren, als die erſte Verfaſſungsurkunde des Staatenſyſtems zu betrachten. Er enthält die Feſtſtellung, daß die Staaten ſich als Glieder eines großen Körpers fühlen; der mittelalterliche Einheitsgedanke triumphiert in neuer Form.

Gleichzeitig mit dieſen Anfängen internationaler Geſetzgebung geht die Ausbildung feſter Regeln für den Geſandtſchaftsverkehr. Die inzwiſchen allgemein üblich gewordene Einrichtung der ſtändigen Geſandtſchaften erfährt die endgültige Sanktion durch die Aufſtellung eines beſonderen Zeremoniells. Die Rechte der Geſandten, ihre verſchiedenen Rangſtufen, die diplomatiſchen Gewohnheiten,

alles das wird einheitlich festgelegt. Die dauernde Berührung hat also allerlei Äußerungen des Solidaritätsgefühls aller europäischen Staaten hervorgerufen, das Staatensystem hat die für seinen Bereich geltenden Verkehrsregeln gefunden, die sich deutlich unterscheiden von dem im Umgang mit außereuropäischen Ländern Üblichen. Zum Beispiel haben die Gesandten der Mächte bei der Hohen Pforte, da sie ja nicht als Mitglied des Staatensystems galt, noch auf lange Zeit hinaus von ihr nicht die Rechte zugebilligt erhalten, die sie an europäischen Höfen selbstverständlich besaßen. Zum Beispiel ist der Begriff der Unverletzlichkeit der Person des Gesandten in Konstantinopel noch etwas gänzlich Unbekanntes geblieben; es ist höchst ergötzlich zu lesen, wie der Großwesir gelegentlich einen ihm unbequemen Gesandten einfach durch Stockschläge forttreiben läßt, ohne daß daraus eine Rückwirkung auf die Beziehungen zu dem betreffenden Staat notwendig eingetreten wäre. Viele Gesandte sind von den Türken eingekerkert, manche sogar hingerichtet worden. Für die Türkei also gelten die internationalen Gesandtschaftsvorschriften noch nicht, Europa dagegen hat im Prinzip anerkannt, daß gewisse Gesetze für seine Gesamtheit bindend sein sollen.

Kapitel V

Der Kampf gegen die Vormachtſtellung Frankreichs (1659—1815)

Schon während des Ringens gegen Spanien waren allerlei Anzeichen erkennbar geworden, daß Frankreich, obwohl es das Schlagwort der Verteidigung der Freiheit Europas dauernd im Munde führte, nur allzu geneigt ſei, dieſe Freiheit ſeinerſeits zunichte zu machen, ſobald es dazu in der Lage wäre. Tatſächlich nimmt es alsbald nach ſeinem Siege dieſes Streben auf, und anderthalb Jahrhunderte hat es gedauert, bis endgültig derartigen Plänen der franzöſiſchen Staatslenker ein Ziel geſetzt worden iſt. Faſt genau ſo lange, wie Europa unter der Gefahr der ſpaniſchen Vormacht geſtanden hatte, hat die der franzöſiſchen gewährt. Allerdings hat Frankreich, das zur Zeit ſeiner höchſten Entwicklung faſt die Hälfte der zu dem damaligen Staatenſyſtem gehörigen Bevölkerung umfaßt hat, nicht immer mit gleicher Energie während dieſer Periode ſein Endziel offenbart. Aber im allgemeinen gilt es doch während ihrer ganzen Dauer als die führende Macht des Feſtlandes, und da trotz der rapiden Zunahme der Bedeutung weltpolitiſcher Probleme die kontinental-europäiſchen Verhältniſſe den Zeitgenoſſen noch als das unbedingt Entſcheidende gelten, muß ſie als von Frankreich beſtimmt angeſehen werden. Auch ſie zerfällt in drei verſchiedene Abſchnitte: auf das Zeitalter Ludwigs XIV. folgt das 18. Jahrhundert, das die große weltpolitiſche Auseinanderſetzung zwiſchen Frankreich und England zum wichtigſten Inhalt hat, und dann der nochmalige Verſuch Frankreichs unter Napoleon I. ſich zu allbeherrſchender Höhe aufzuſchwingen.

Die Tatſache aber, die wir eben feſtgeſtellt haben, daß der Gemeinſchaftsgedanke der europäiſchen Völker inzwiſchen wieder zu neuer, bereits praktiſch ſich fühlbar machender Lebendigkeit erwacht war, hat der Politik dieſes Zeitalters die beſondere, von der vorhergegangenen abweichende Färbung gegeben. Ihr Sinn zwar

bleibt insofern durchaus der alte, als er auch jetzt noch, und vielfach gerade jetzt ganz besonders, auf die schärfste Betonung des Prinzipes der Staatsraison hinausläuft, so daß nach wie vor die Rücksicht auf den eigenen Vorteil die eigentliche Triebfeder der Geschehnisse darstellt. In Ludwig XIV. und Friedrich dem Großen findet dieser Staatsegoismus Verkörperung. Aber seine ausschließliche Berechtigung ist doch nicht mehr unbestritten: neben ihn tritt der andere Gesichtspunkt, daß die Staaten bei aller selbstverständlichen Wahrung des eigenen Interesses darüber doch nicht vergessen dürfen, daß sie Glieder eines höheren Ganzen bilden. Die Auffassung vom Staatensystem erfährt durch diese Neubetonung des Einheitsgedankens eine Wandlung und Vertiefung. Bisher war in dem Gleichgewichtsprinzip nur eine mehr äußerliche Zusammenfügung gegeben gewesen, statt dessen regt sich jetzt wieder das Bewußtsein der inneren Zusammengehörigkeit. Der scharfe Unterschied aber gegen die Art, in der dieses Bewußtsein während des Mittelalters in die Erscheinung getreten war, beruht auf der völligen Loslösung von allen religiösen Gedankengängen. An ihnen konnte das Gemeinschaftsstreben, seitdem auf religiösem Gebiet die Einheitlichkeit verloren gegangen war, keinen Halt mehr gewinnen. Dadurch jedoch war auch eine seiner tragfähigsten Säulen zusammengebrochen; ohne die religiöse Färbung war es ihm sehr erschwert, so tief in die allgemeinen Vorstellungen einzudringen, daß das praktische Leben sich seiner Einwirkung nicht länger entziehen konnte. Es ist ein Zeichen für die Selbstverständlichkeit, mit der dies Streben der menschlichen Natur eingeboren ist, wenn dennoch wenigstens einige Erfolge erzielt worden sind. Der Wunsch findet vielfach Erfüllung, daß die Regelung der Einzelprobleme in gemeinsamer Arbeit und unter dem leitenden Gedanken erfolgen solle, dabei auch wirklich etwas der Gesamtheit Zuträgliches, „Konvenierendes", wie der übliche Ausdruck lautete, zustande zu bringen, wonach dann auch in der neuesten historischen Literatur die wenig glückliche Bezeichnung „Konvenienzpolitik" Anwendung gefunden hat. Durch diesen Gesichtspunkt, Fragen von zwischenstaatlicher Bedeutung lösen zu wollen in einer den Interessen aller, nicht nur der unmittelbar Beteiligten entsprechenden Art, sind im Zusammenhang mit dem herrschenden, rein mechanischen Staatsbegriff, der noch keine Verbindung von Staat und Volk kennt, alle die willkürlichen Teilungen, Verschiebungen und Austausche veranlaßt worden, in denen die

Politik dieſer Zeit ſich äußert. Jede noch ſo künſtliche Löſung, auch wenn ſie gleichbedeutend war mit nackteſter Vergewaltigung, fand durch die Berufung auf die in ihr liegende Wahrung des Intereſſes der Geſamtheit ihre Rechtfertigung. Sehr vielfach iſt das natürlich nichts anderes als eine hohle Phraſe, hinter der ſich die Selbſtſucht zu verbergen ſucht, aber daß dieſe Bemäntelung der eigentlichen Abſicht für notwendig erachtet wurde, wirft doch ein Licht auf die Kraft, mit der dieſer Gemeinſchaftsgedanke im Vordringen war. Der Beginn des Zeitalters ſteht allerdings noch ganz unter der Herrſchaft des gegenteiligen Prinzips: noch einmal verſucht ein einzelner Staat den eigenen Willen gegen den Widerſpruch aller anderen durchzuſetzen.

1. Das Zeitalter Ludwigs XIV. 1659–1715

Die öſterreichiſchen Flugſchriften, die in dem den Dreißigjährigen Krieg begleitenden publiziſtiſchen Kampf den Vorwurf gegen Richelieu erhoben hatten, er gehe auf die Weltherrſchaft Frankreichs aus, hatten letzten Endes die Wahrheit richtig getroffen, aber der Kardinal war ein viel zu nüchtern rechnender Staatsmann, um mit einem Schlage das Ganze verwirklichen zu wollen. Um dem gehofften Ergebnis auch Dauer zu verleihen, war nötig, es langſam und allmählich heranreifen zu laſſen. Deshalb richtete er ſein Vorgehen, wie Heinrich IV., nur auf das tatſächlich Erreichbare; den defenſiven Kampf gegen die habsburgiſche Übermacht benutzte er zur äußeren und inneren Verſtärkung, ſo daß ſeine Politik zwar nicht dem Endziel, aber den Methoden nach als eine durchaus national-franzöſiſche bezeichnet werden kann. Mazarin dagegen iſt dann einen Schritt weitergegangen, allerdings auch ſchon auf Grund der geſteigerten Kraftentfaltung Frankreichs. Gern hätte er, wenn ſich irgendwie die Möglichkeit geboten hätte, bei der Kaiſerwahl von 1658 die Kandidatur Ludwigs XIV. durchgeſetzt; wie Franz I. hat er daran gedacht, durch die Gewinnung der Kaiſerkrone Frankreich auch äußerlich an die erſte Stelle in Europa zu erheben. Da er ſich aber ſehr bald von der Ausſichtsloſigkeit dieſes Unternehmens überzeugen mußte, iſt er wieder zu der Politik Richelieus zurückgekehrt, ſich eine Partei in Deutſchland zu ſichern und durch deren Gegengewicht den Kaiſer niederzuhalten. Immerhin geht

er auch hier insofern einen Schritt über seinen Vorgänger hinaus, als er sich nicht mit der bloßen Existenz dieser Oppositionspartei im Reiche begnügt und nicht nur im Kriegsfall an ihre Seite tritt, sondern eine dauernde Verbindung herstellt. Der Rheinbund von 1658 bedeutet geradezu eine militärische Organisation der sich gegen den Kaiser richtenden und deshalb Frankreich zuneigenden Partei im Reiche. Zustandegebracht hat Mazarin das wesentlich durch die Mitarbeit des Kurerzkanzlers Johann Philipp von Schönborn, dessen Ideal eine auf die Aristokratie der Fürsten aufgebaute Reichspolitik war. Er wollte auf Grund von Plänen, die er in Gemeinschaft mit seinem Minister Boyneburg und dem jungen Leibniz ausgearbeitet hat, das Reich zu machtvollem Körper umgestalten, aber nicht als innerlich geschlossene Einheit unter starker kaiserlicher Führung, sondern als den festen förderativen Rahmen für die Einzelstände. Da also auch er die Stärkung des kaiserlichen Einflusses unterbinden wollte, konnte er mit Mazarin ein Stück Weges gemeinsam zurücklegen. Aber obwohl der Kurfürst durchaus national-deutsche Absichten verfolgte und der Gedanke zugunsten Frankreichs zu arbeiten ihm sehr fern lag, ist er naturgemäß dem Einfluß der verbündeten Großmacht verfallen; der Rheinbund ist trotz allem nichts anderes als ein Werkzeug Frankreichs gewesen. Größere Bedeutung jedoch hat er nicht gewonnen. Ohne jemals ernstlich in Aktion getreten zu sein, ist er nach einem Jahrzehnt wieder verfallen, da Frankreichs Politik inzwischen anderen Objekten sich zugewendet hatte. Seine Gründung beweist gleichwohl, wie auch Mazarin bemüht gewesen ist, die europäische Stellung Frankreichs zu erhöhen, und wie er als bestes Mittel dazu die Knebelung des Kaisers betrachtet. Dies letztere Ziel zeigt sich auch in seiner Unterstützung der Angriffe Karl Gustavs von Schweden auf Dänemark und Polen, und wirklich erschien die Entwicklung der Dinge hier im Norden und Osten dem Kaiser so bedrohlich, daß er sich dem Westen zunächst nicht zugewendet hat. Es sind das die Kämpfe, in deren Verlauf der Große Kurfürst durch seinen mehrfachen ebenso kühnen wie geschickten Parteiwechsel den Grund zu dem Aufstieg Brandenburgs legt: er gewinnt ein nicht zum Reich gehöriges Land, in dem er als souveräner Herrscher gebietet, so daß er von nun an sehr viel freier und teilweise als durchaus selbständiger Machtfaktor in den europäischen Auseinandersetzungen auftreten kann. Durch seinen Abfall ist das anfänglich erfolgreiche Schweden in die größte Be-

drängnis geraten, Mazarin hat es jedoch gerettet, weil er den nordiſchen, wie er ſelbſt an den Verhältniſſen im Reich beteiligten Bundesgenoſſen ſo ſtark wie möglich erhalten will, um durch ihn jederzeit einen Druck auf den Kaiſer ausüben zu können. Nur durch Frankreichs Eingreifen ſind die für Schweden günſtigen Friedensſchlüſſe von Oliva und Kopenhagen 1660 zuſtandegekommen.

In Mazarins Politik liegt alſo die Wurzel des gewaltigen Vorwärtsdrängens, das dann unter Ludwig XIV. eingeſetzt hat. Aber in den erſten Jahren nach der eigenen Regierungsübernahme hat der König noch keine univerſaliſtiſche Tendenz gezeigt. Vorhanden zwar iſt ſie ſchon bei ihm, aber ſie tritt zurück hinter der national-ſtaatlichen. Beides iſt ſein ganzes Leben lang dauernd durcheinandergegangen: obwohl er den Gedanken der Weltherrſchaft, des empire d'occident, niemals hat fallen laſſen, behält er doch ſtets auch das nationale Intereſſe Frankreichs im Auge. Nach Richelieus Vorbild ſoll ihm die Kräftigung des eigenen Staates den Zutritt zu höherer Bahn erſchließen. Dieſen notwendigen Kräftezuwachs zu gewinnen iſt das Ziel ſeiner inneren Politik mit ihrem praktiſch bereits von Richelieu gehandhabten, jetzt aber in ganz großem Stil von Colbert durchgeführten Merkantilismus, der die ihm innewohnende ſtaatsbildende Kraft in Frankreich in ſolchem Maße bewieſen hat, daß er für die anderen das eindrucksvolle Vorbild wurde. Das Streben, durch Ausgeſtaltung des Staatsgebiets zum autonomen Wirtſchaftskörper den Abfluß des Geldes ins Ausland zu unterbinden, iſt infolgedeſſen eines der typiſchen Merkmale der Zeit. Aber es konnte nicht ausbleiben, daß die gegenſeitige Zollabſperrung der Staaten auch ihre allgemeinen Beziehungen beeinflußte, und ſo iſt dem wirtſchaftlichen Moment in der politiſchen Geſchichte dieſes Zeitalters erhebliches Schwergewicht beizumeſſen. Eine Reihe von Kriegen ſind durch Handelsſtreitigkeiten mit verurſacht worden. Deshalb liegt die Verſuchung nahe, eine Analogie zu der vorher gegangenen Epoche zu konſtruieren: wie damals in der Zeit der ſpaniſchen Führerſchaft die Außenpolitik die entſcheidende Beeinfluſſung von der Religion her erfahren hat, ſo jetzt von der Wirtſchaft. Aber das würde eine Verfälſchung bedeuten. Denn tatſächlich hat das außenpolitiſche Geſchehen in viel höherem Grade als bisher ſeine Unabhängigkeit zurückgewonnen; nicht anderen Gebieten entnimmt es den Antrieb, ſondern es ſchafft ſich aus ſich ſelbſt heraus ſeine Geſetze. Als eigentlicher Motor

steht wieder der Machtwille hinter den Ereignissen, der Handel ist für ihn nur ein Mittel zum Zweck. Der Einfluß der Wirtschaft darf nicht geleugnet, aber auch nicht überschätzt werden.

Die Stärkung des französischen Wirtschaftslebens ist also nicht Selbstzweck, sondern sie soll die Befriedigung des staatlichen Ehrgeizes erleichtern. Aus diesem Grunde hat Colbert, um nicht in den gleichen Fehler wie Spanien zu verfallen, das merkantilistische System nicht auf das Heimatland beschränkt, seine Absicht ist vielmehr, dem französischen Kaufmann und den neu gegründeten Industrien nach holländischem und englischem Muster den Weltmarkt zu erschließen. Überseeische Handelskompagnien entstehen, das französische Kolonialreich wird begründet, aber auch im Mittelmeer und in der Ostsee macht sich der französische Handel geltend, und zu seinem Schutz wird die unter Mazarin ganz in Verfall geratene Kriegsflotte von Colbert auf eindrucksvolle Höhe gebracht.

Daß Ludwig trotz dieser Konkurrenz für die Seemächte in den ersten Jahren noch keine universalistischen Absichten hat erkennbar werden lassen, beweist die Unterstützung, die er dem Kaiser gegen die Türken lieh. Das Stadium der Schwäche der Türkei, das während des Dreißigjährigen Kriegs so wohltätig für den Kaiser gewesen war, hatte sein Ende gefunden, die Großwesire aus dem Hause Köprili nahmen die alte Angriffspolitik wieder auf und zwar in einem Umfang und mit einer Energie, daß ihr Vorstoß allgemein als Gefahr für Gesamteuropa aufgefaßt wurde, — auch das eine Wirkung des neubelebten Gemeinschaftsgefühls der christlichen Staatenwelt. Infolgedessen hat sich auch Frankreich nicht der Forderung des Zusammenstehens gegen die Ungläubigen entziehen können; bei St. Gotthard an der Raab 1664 stoßen die Türken auch auf französische Truppen, aber für Ludwigs Zukunftspläne ist es bezeichnend, daß er gleichzeitig sich heimlich beim Sultan entschuldigt und ihm bedeutet hat, daß er keineswegs als König von Frankreich, sondern nur notgedrungen in seiner Eigenschaft als Protektor des Rheinbundes dem Kaiser Hilfe geleistet habe. Er bemühte sich also, trotz des militärischen Zusammenstoßes, das gute Verhältnis zum Sultan, das sich schon so oft von hohem Wert für Frankreich erwiesen hatte, nicht in die Brüche gehen zu lassen, damit er jeden Augenblick auf die Möglichkeit zurückgreifen könnte, den Kaiser im Rücken zu fassen. Das war für ihn eine der Voraussetzungen einer Politik wirklich hoher Ziele. Vorerst aber hat

er eine ſolche noch nicht getrieben, ſondern ſich damit begnügt, das Werk von 1648 und 1659 durch weitere Grenzabrundung fortzuſetzen. Noch immer war ja die Nordoſtgrenze die verwundbarſte Stelle Frankreichs. Dem ſollte Abhilfe geſchaffen werden durch den Gürtel ſtarker Feſtungen, mit dem Vauban das Land umgab, aber das genügte Ludwig nicht, ſondern er wollte eine Radikalkur herbeiführen durch den Gewinn der ſpaniſchen Niederlande. Auf Grund des Erbrechtes ſeiner Gattin erhob er 1667 Anſpruch auf Flandern, ſo daß die Welt im Devolutionskrieg zum erſtenmal durch die gefürchtete Frage der ſpaniſchen Erbteilung erſchüttert wurde.

In Ludwigs Sinne war es alſo noch immer ein verhältnismäßig beſcheidener Gewinn, nach dem er verlangte; noch handelte er unter dem Antrieb des Bedürfniſſes ſeines Staates, nicht im Banne univerſaliſtiſchen Ehrgeizes. Immerhin war es der Beginn des großen Ringens, Frankreich fiel jetzt ſeinerſeits über ſeinen alten, nunmehr zur Ohnmacht herabgeſunkenen Gegner her, und die anderen Mächte dachten dem nicht einfach untätig zuzuſehen. Hauptſächlich um die Möglichkeit des Eingreifens im Weſten zu gewinnen, hat Kaiſer Leopold den Türkenkrieg mit dem trotz großer Waffenerfolge ungünſtigen Frieden von Vasvár beendet. Er ſtand dabei unter dem Einfluß des Freiherrn von Liſola, des bedeutendſten Staatsmannes, den Öſterreich vor Eugen von Savoyen im 17. Jahrhundert beſeſſen hat, und der in klarer Erkenntnis des zunächſt noch verhüllten Endzieles von Ludwigs Plänen den Kampf gegen Frankreich unabläſſig als Notwendigkeit predigte; aus der ſiegreichen Durchführung dieſes Kampfes, ſo hoffte er, werde ſich ein Neuaufſchwung der kaiſerlichen Macht ergeben. Liſola hat in höchſt wertvollen Flugſchriften, deren wichtigſte unter dem Titel: „Le bouclier d'Etat et de justice“ 1667 erſchienen iſt, in dieſer Zeit des Niederganges des Kaiſertums deſſen früheren Anſpruch, als Repräſentant Geſamteuropas anerkannt zu werden, noch einmal energiſch verfochten, und als Vorbedingung dazu galt ihm mit Recht die Eindämmung des franzöſiſchen Unternehmungsgeiſtes. Sein Einfluß reichte aus, um den ſchwerfälligen Leopold dazu zu bewegen, auch unter Opfern ſich die Möglichkeit einer Intervention im Weſten zu ſchaffen, aber zu poſitivem Handeln hat er ihn zunächſt noch nicht zu bringen vermocht. Dazu bedurfte es noch ſtärkerer Beweiſe für Ludwigs eigentliche Abſichten.

Dagegen rief der Griff nach den spanischen Niederlanden eine Reihe anderer Mächte alsbald auf den Plan. Unmittelbar bedroht war Holland, ihre Aufrechterhaltung war sein dringendstes Interesse, da sie ihm als Pufferstaat dienten, durch den es vor dem direkten Druck der größten Kontinentalmacht bewahrt wurde. Von Anfang an hatte Hollands Großmachtstellung daran gekrankt, daß sie auf gar zu geringer Landbasis beruhte. Dadurch war die Abwehr gegen die anderen Militärstaaten so erschwert; infolgedessen mußte Holland versuchen, sich rings mit einem Gürtel neutraler, d. h. keiner der ihm gefährlichen Mächte gehörenden Gebiete zu umgeben. Gegen dieses Prinzip verstieß die Festsetzung Frankreichs in Flandern, sie war also geeignet, die höchste Besorgnis der Republik zu erregen.

Aber auch England hatte aus ganz ähnlichen Gründen starkes Interesse daran, Ludwig von dieser Gegend fernzuhalten. Es wäre sehr bedrohlich für die Insel gewesen, wenn die ihr unmittelbar gegenüberliegende Küste in den Besitz einer gleichmäßig über Armee und Flotte gebietenden Großmacht geraten wäre. Der spanische Besitz von Flandern bedeutete seit der Vernichtung der spanischen Seemacht keine Gefahr für England mehr. Aber Frankreich war auch gerade auf dem Meer in gewaltigster Kraftentfaltung begriffen, deshalb durften vom englischen Standpunkt aus nicht auch noch die flandrischen Häfen seine Stützpunkte werden. Dieses Prinzip, nur einen schwachen Staat in dieser Gegend zu dulden, ist seitdem unwandelbar von England festgehalten worden und hat immer wieder zu seinem Eingreifen in kontinentale Kriege geführt. Einen treffenden Ausdruck dafür hat schon in der Mitte der sechziger Jahre des 17. Jahrhunderts ein Agent Ludwigs XIV. in London gefunden, indem er seinem König schreibt, daß die Engländer ihre Hemden verkaufen würden, wenn es gälte, die spanischen Niederlande aufrechtzuerhalten.

Die Bedrohung Flanderns schien den englischen Staatsmännern so wichtig, daß sie eine totale, der bisherigen Richtung genau entgegenlaufende Neuorientierung ihrer Politik vornahmen. Die letzten Zeiten waren, nach Beendigung des kurzen, oben besprochenen Versuchs eines Zusammengehens mit Holland aus konfessionellen Motiven, erfüllt gewesen von dauerndem Krieg der beiden Seemächte. Unter Cromwells Leitung und dem Einfluß des Puritanertums hatte eben England nun vollständig denselben Charakter angenommen,

der bisher ausschließlich in Holland in die Erscheinung getreten war, daß der Handel das oberste Prinzip des Staates wird und die staatliche Politik seine Blüte zum entscheidenden Gesichtspunkt nimmt. Die festländischen Mächte sind sich auch deutlich der Andersartigkeit dieser beiden bewußt gewesen, deshalb wird es zum allgemein eingebürgerten Sprachgebrauch, sie als die beiden „Seemächte" zusammenzufassen und von den anderen zu unterscheiden. Während sie also den anderen gegenüber eine Einheit bilden, hat die gleiche Richtung ihrer wirtschaftlichen Interessen sie untereinander notwendig zum Konkurrenzkampf geführt. Bei der Tatkraft und Energie, mit der sie beide ihre Seegeltung und den Bereich ihres Handels ausdehnten, war der Zusammenstoß unausbleiblich. Wieder ist es Cromwell gewesen, der diesen Kampf mit voller Kraft und Rücksichtslosigkeit aufgenommen hat; die kurze Zeit seines Protektorates hat demnach in den verschiedensten Richtungen für die englische Außenpolitik und damit für Europa höchste Bedeutung gewonnen. Er hat mit der Navigationsakte von 1651, also gleich zu Beginn des Kampfes, die Maßregel erlassen, die sich auf die Dauer als der tötliche Schlag für den holländischen Handel erwiesen hat. Ihr Inhalt war, daß in England überseeische Güter nur auf englischen Schiffen, europäische Güter ebenfalls nur auf englischen oder auf Schiffen des betreffenden Landes, in dem sie erzeugt waren, eingeführt werden durften. Der gesamte Handel also nicht nur zwischen England und seinen eigenen Kolonien, sondern auch der mit den Kolonien fremder Staaten wurde für England monopolisiert. Wenn das schon ein schwerer Schlag für Holland war, so wurde es fast noch vernichtender durch die andere Bestimmung getroffen, wonach im Verkehr zwischen Europa und England sein Zwischenhandel, der bisher den reichsten Ertrag abgeworfen hatte, ausgeschaltet wurde. Dagegen mußte sich Holland zur Wehr setzen, und in den darüber entbrennenden Kämpfen ist die gewaltige englische Flotte entstanden, auf der fortan die Weltmacht Großbritanniens und sein europäischer Einfluß sich aufbauten. Cromwell hat es durchgesetzt, daß jedes fremde Schiff zuerst die englische Flagge zu salutieren hatte, wodurch die anderen Mächte England als die erste Seemacht anerkannten. Seine Nachfolger aber haben den Kampf mit Holland nicht mit der gleichen Kraft durchgeführt, ihnen erhoben sich auch in Tromp und de Ruyter Gegner von unbezwinglicher Genialität, die der Seemacht und dem Seeruhm Englands schimme Schläge versetzt haben, so daß in

der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts beide Staaten noch als durchaus ebenbürtige militärische und handelspolitische Gegner sich gegenüberstehen. Ihre Kräfte halten einander die Wage; noch ist es keineswegs entschieden, wer von ihnen zur See und draußen in der Welt endgültig die Führung an sich reißen wird.

Dieser im Wesen beider Staaten begründete Kampf hat aber unter dem Eindruck von Ludwigs Angriff auf Flandern, der für beide die schwerste Bedrohung enthielt, und im Hinblick auf die Gefahr, die ihnen gemeinsam von Frankreich als dem neuen Konkurrenten in Übersee und auf dem Gebiet des Welthandels drohte, Unterbrechung erfahren. Gegen den Dritten einigten sie sich und schlossen erst den Frieden zu Breda 1667 und darüber hinaus gleich ein Bündnis, das sich dann im Jahre darauf durch den Beitritt Schwedens zu der gegen Frankreich gerichteten Tripelallianz ausgewachsen hat. Durch die Aussicht auf höhere Subsidien war es gelungen, Schweden zum Abfall von seiner sonst befolgten Politik des Bündnisses mit Frankreich zu bewegen. Als Urheber dieser ersten Koalition gegen Ludwig XIV. darf William Temple bezeichnet werden, dessen persönlicher Einfluß den schwankenden und zu Frankreich hinneigenden Karl II. zu diesem Entschluß gebracht hat. Wie Lisola im Interesse des Kaisers, so vertrat Temple in dem Englands den rücksichtslosen Kampf gegen Frankreich, weil dessen allzu hoher Aufstieg unerträgliche Folgen für die andern nach sich ziehen werde.

Aber Ludwig verfügte damals in seinem Außenminister Hugues de Lionne über einen Diplomaten von erlesener Meisterschaft. Kaum war die Tripelallianz ins Leben getreten, so hat er sie auch schon wieder auseinderzusprengen verstanden. Zunächst hat er die von Temple betriebene Erweiterung des Bündnisses verhindert, indem er den Kaiser vom Beitritt abhielt, und zwar hat er das erreicht durch das Angebot einer von seiner Seite wohl kaum ernst gemeinten Verständigung über die zu erwartende spanische Erbschaft. Er regte an, in gütlicher Übereinkunft diese Doktorfrage, um Bismarcks Ausdruck zu gebrauchen, aus der Welt zu schaffen, und hoffte, daß infolge der dadurch eröffneten Aussicht Leopold sich nicht seinen Gegnern zugesellen werde. Der Kaiser ist auch tatsächlich in die Falle gegangen. Daneben aber richteten sich Lionnes Bemühungen direkt gegen den Bestand der Tripelallianz. Um Englands Gegnerschaft auszuschalten, veranlaßte er Ludwig, seine persönlichen Beziehungen

zu Karl II. wieder aufzunehmen, und der Stuart ergriff bei dem Kampf, in den er mit dem Parlament geraten war, voller Freuden den Rückhalt, der sich ihm hier bot; die englische Regierung wurde ihrem ursprünglichen Entschluß, Frankreichs Festsetzung in Flandern nicht zu dulden, untreu. Seitdem hat Ludwig trotz allerlei Schwankungen, solange die Stuarts am Ruder blieben, darauf rechnen können, daß England zum mindesten nicht seinen Gegnern sich anschließen werde, — auch dies wieder eine der seltenen Ausnahmen von Englands sonstigem Kampf gegen die stärkste Macht des Festlands.

Die eine der Seemächte war also schon der gegen Frankreich gerichteten Allianz verloren, Temples Politik war preisgegeben. Aber auch der Leiter des holländischen Staates, der Ratspensionär Jan de Witt, war unschwer für den Gedanken der Verständigung mit Frankreich zu gewinnen. Als Anhänger des Gleichgewichtsgedankens, dessen Aufrechterhaltung ja gerade für das militärisch schwache Holland von ganz besonderer Wichtigkeit war, hatte ihn die Gefahr, daß Frankreich allzu stark werde, zum Anschluß an die Tripelallianz bewogen. Da aber jetzt Ludwig ihm beruhigende Versicherungen erteilte, ließ er sich ganz von dem ihm eigentlich am Herzen liegenden Gesichtspunkt bestimmen, von der Sorge für den holländischen Handel. Er war der Führer der sogenannten Regentenpartei, der kaufmännischen Aristokratie, und nur im Frieden glaubte er den Handel zu höchster Blüte entfalten zu können. Deshalb nahm er zum Leitmotiv seiner Politik die Wahrung des Friedens, aber er hat diesen vernünftigen Grundgedanken bis zu einem Grade durchgeführt, daß dadurch das Gegenteil des Erhofften sich ergab; sein Friedenswille artete aus in Vermeidung des Krieges um jeden Preis. Rein theoretisch war er sich selbst allerdings über die Fehlerhaftigkeit dieses allzu kaufmännischen Vorgehens klar; er hat einmal geschrieben: „Niemals werden die Holländer aus Furcht, daß Krieg ausbrechen könnte, in Friedenszeiten Entschlüsse fassen, welche sie von vornherein zu Geldopfern nötigen könnten. Der Charakter der Holländer ist ein derartiger, daß sie nicht geneigt sind, Geld für ihre eigene Verteidigung auszugeben, solange ihnen nicht die Gefahr ins Gesicht starrt," und hat dennoch genau so gehandelt. Im Einverständnis mit den Vertretern der großen Städte zog er die Verständigung mit Frankreich vor und ließ die Armee verfallen, die allerdings, wenn sie auf genügender Höhe bleiben sollte, um Holland gegen einen kontinentalen Angriff zu decken, sehr große

Summen verschlungen hätte. Das hat den erbitterten Protest der oranischen Partei hervorgerufen, ein heftiger Flugschriftenkampf entbrannte, an dem Spinoza auf der Seite de Witts teilgenommen hat. Sein „Tractatus theologico-politicus“ ist nicht, wie früher immer angenommen worden ist, eine rein theoretische, staatswissenschaftliche Untersuchung, sondern hat ausgesprochen praktischen Zweck: er stellt eine Verteidigungsschrift der Prinzipien der Regentenpartei dar, so daß seine Darlegungen unter ganz andere Beleuchtung zu rücken sind, als ihnen in der üblichen Auffassung zuteil geworden ist. Der Angehörige der modernen Welt aber wird voll Neid auf die Zeit blicken, in der praktisch-politische Streitschriften auf solchem Niveau stehen durften! Außerdem jedoch ist die Tatsache, daß Spinoza sich an dem Parteistreit beteiligt und für die Abfassung einer Parteischrift sich hat bezahlen lassen, geeignet, das übliche Bild von der völligen Weltfremdheit des Philosophen umzugestalten.

Die Regenten haben, weil damals der oranischen Partei der Führer mangelte, ihren Willen durchgesetzt, obgleich die bessere Einsicht unstreitig auf der Seite der letzteren war. Denn durch die Einwilligung in die Verstärkung Frankreichs wurde Ludwig der Verwirklichung seiner eigentlichen Absichten um ein erhebliches Stück näher gebracht, denen gegenüber Holland auf die Dauer ohne Verzicht auf seine Unabhängigkeit doch nicht den Frieden bewahren konnte. Aber auch gerade dem holländischen Handel, in dessen Interesse diese Nachgiebigkeit bewiesen wurde, ist daraus schwere Schädigung erwachsen. Die Regenten übersahen, daß jeder Machtzuwachs Frankreichs auf dem Festland auch eine Beschleunigung seines Umsichgreifens jenseits der Meere zur Folge hatte; das Vordringen hier aber war verbunden mit der Ausdehnung des Merkantilsystems, d. h. des Ausschlusses alles fremden Zwischenhandels. Von den englischen Kolonien war Holland schon durch die Navigationsakte ferngehalten, mit Frankreichs überseeischem Wachstum entglitt ihm noch ein weiterer Teil der Welt. Diese Entwicklung aufzuhalten war möglich nur durch den Krieg. Also auch gerade vom handelspolitischen Gesichtspunkt aus wäre das einzig richtige für Holland gewesen, wie die Oranier es forderten, Frankreich entgegenzutreten, solange es noch nicht über unerschütterliche Übermacht verfügte. Die Holländer hätten sich ein Beispiel an England nehmen sollen, dessen Lebensprinzip in dieser Zeit (nach Seeleys Definition) die Verbindung von kaufmännischem und kriegerischem Geist geworden war. Aber

ſie veranſchlagten die augenblicklichen Schäden, die ſich aus dem Krieg ergeben mußten, höher als den dauernden, nicht wieder gutzumachenden Verluſt, den die friedliche Ausdehnung Frankreichs ihnen zufügte. Liſola allerdings hat die drohende Gefahr immer wieder ihnen vorgehalten und, als das nichts half, ſie mit blutigem Spott übergoſſen; in ſeinem ſehr witzigen politiſchen Teſtament hat er einem der Führer der Regenten ſeinen Verſtand vermacht, „pour subvenir à sa nécessité“. Aber er hat taube Ohren gefunden, weil noch etwas hinzukam, was die Regenten in ihrem Feſthalten am Frieden beſtärkte: vielleicht noch mehr als die Sorge um den Handel hat auf ſie eingewirkt die Furcht vor den Oraniern. Im Kriege hätten ſich die Augen des holländiſchen Volkes auf das Heldengeſchlecht gerichtet, dem es ſo viel zu verdanken hatte, und das konnte leicht die Handhabe zur Errichtung einer Diktatur und eventuell der Erbmonarchie bieten. Dieſe Beſorgnis war wohl das Entſcheidende, warum die ariſtokratiſch-republikaniſchen Regenten es vorzogen, ſich gütlich mit Frankreich zu verſtändigen. Innenpolitiſche Überlegungen ließen ſie in dieſen entſcheidenden außenpolitiſchen Fragen auf ſich einwirken, und wie faſt immer in ſolchen Fällen, iſt dieſe Haltung zum Nachteil des Staates ausgeſchlagen.

Nach dieſer Vereinbarung hatte Lionne die Sicherheit, daß die beiden wichtigſten Mitglieder der Tripelallianz ihm keine Schwierigkeiten bereiten würden, und ſo hat Spanien, da es nirgends Hilfe fand, nachgeben müſſen: der Aachener Frieden von 1668 brachte die wichtigſten Plätze Flanderns an Frankreich. Ludwigs Selbſtbewußtſein iſt durch dieſen ſeinen erſten Sieg, der die Ohnmacht Spaniens und die Uneinigkeit der anderen Mächte deutlich hatte zutage treten laſſen und unter verhältnismäßig geringfügigen Anſtrengungen errungen worden war, ins Unermeßliche geſteigert worden. Es hat ſich als ſein Verhängnis erwieſen, daß er ſich nunmehr in eine allzu geringe Vorſtellung von der Widerſtandskraft Europas verrannte, und ſehr bald, 1671, hat er mit Lionnes Tod den Staatsmann verloren, der klaren Einblick in die realen Machtverhältniſſe beſaß. Damit werden ſeine perſönlichen Wünſche das Ausſchlaggebende für die Haltung Frankreichs, die Zeit der Maßloſigkeit beginnt. Er hält das Staatenſyſtem in der hiſtoriſch herausgebildeten Form für ſchwach und morſch und die eigene Kraft für geſtählt genug, um nun ſein eigentliches Ziel offenbaren zu dürfen: der Stoß gegen Holland bedeutet den Griff nach der

Weltherrschaft. Der Umschwung, der in den europäischen Zuständen eingetreten war, wird dadurch beleuchtet, daß diesmal nicht wie bei allen seinen Vorgängern seit Karl VIII. Italien als das Sprungbrett benutzt werden sollte; dessen Eroberung hätte unter den veränderten Verhältnissen, so wichtig sie an sich auch noch war, doch lange nicht die Folgen gehabt, wie der Gewinn von Holland sie hätte haben müssen.

An der Art von Ludwigs Vorgehen ist die Kritik geübt worden (Lavisse, Mahan), daß er sich allzu einseitig auf die festländische Machtausdehnung verlegt und gerade dadurch die Erfolgsmöglichkeit versperrt habe; er habe kein Verständnis für die sich anbahnende weltpolitische Erweiterung des Staatensystems besessen. Tatsächlich ist er, wie wir sehen werden, daran gescheitert, daß er die Herrschaft über die Meere verlor. Eine Zeitlang hatte wirklich die Aussicht bestanden, daß Frankreich, gestützt auf das Werk Colberts, sich in Übersee Hilfsquellen schaffte, die rückwirkend ihm wohl auch die Fähigkeit verliehen haben würden, seine kontinentalen Absichten durchzuführen. Ludwig XIV. hat aber den umgekehrten Weg eingeschlagen, nicht weil er die Bedeutung des Kolonialreichs verkannt hätte, sondern in dem Glauben, daß dessen Errichtung ihm ein Leichtes sein werde, wenn er erst einmal die große europäische Stellung gewonnen habe. Er ist also nicht den Weg gegangen, den England später gewählt hat, unter Verzicht auf festländische Erwerbungen das Weltreich zu gründen. Es ist möglich, daß die Entwicklung, wenn auch er diese Methode befolgt hätte, eine andere geworden wäre; möglich, aber keineswegs notwendig und auch nicht einmal wahrscheinlich. Denn die Analogie mit England hinkt insofern, als dieses das Glück gehabt hat, nach Überwindung der ersten Kämpfe gegen absteigende oder noch nicht voll entwickelte Konkurrenten sich dann ohne ernsten Rivalen ausbreiten zu können. Frankreichs Versuch dagegen würde sofort den erbittertsten Widerstand der in blühendstem Aufstieg begriffenen Seemächte gefunden haben, und man darf weiter wohl annehmen, daß diese mit Erfolg alles versucht hätten, um auch die Landmächte in den Kampf hineinzuziehen und so Frankreichs Hauptkraft zu fesseln. Auf diese Weise würde Ludwig also auch auf dem entgegengesetzten Wege genau dasselbe Ringen zu bestehen gehabt haben, wie es tatsächlich der Fall gewesen ist. So wie die Dinge gelaufen sind, haben die unmittelbar bedrohten Landmächte

die Hilfe der Seemächte angerufen, im anderen Fall würde es umgekehrt vor sich gegangen sein. Immerhin ist richtig, daß der Umweg über die Kolonien doch mehr Aussicht geboten hätte, weil möglicherweise der Kaiser nicht zu der Erkenntnis gekommen wäre, daß auch sein eigenes Interesse durch Frankreichs Vordringen jenseits der Meere berührt werde, und weil er sich infolgedessen den ihn scheinbar nichts angehenden Kämpfen im Westen ferngehalten hätte, ebenso wie eine Zeitlang England sich nicht in die scheinbar ihm gleichgültigen Kämpfe auf dem Festland eingemischt hat. Jedenfalls hat Ludwig, in überlieferten Gedankengängen befangen, diesen Weg nicht beschreiten wollen, er hat die althergebrachte Politik Frankreichs fortgesetzt, sich zur anerkannt ersten Macht des Kontinents emporzuschwingen, so daß also wirklich seine Politik noch durchaus in dem Rahmen des europäischen Staatensystems, noch nicht in dem der Weltpolitik steht. Deshalb ist es auch durchaus berechtigt, daß niemand, trotz der Tatsache der Errichtung eines großen französischen Kolonialreichs und trotz der von Colbert geförderten Ausbreitung des französischen Handels über die Welt hin, auf den Gedanken verfallen ist, Frankreich als dritte den eigentlichen Seemächten anzureihen. Sein Gesicht bleibt in der Hauptsache dem Kontinent zugewendet, und auch dadurch unterscheidet es sich von den damaligen Seemächten, daß in erster Linie ihm immer die Machtpolitik, nicht die Rücksicht auf den Handel steht.

Die diplomatische Vorbereitung des holländischen Krieges, der also den Beginn des Vorstoßes in ganz großem Stile bedeutet, ist noch einmal ganz vortrefflich gewesen; zum Teil war sie noch Lionnes Werk. Auf Karl II. von England konnte Ludwig seit dem Vertrag von Dover 1670 mit Bestimmtheit rechnen; der dritte Teilhaber der Tripelallianz, Schweden, kehrte mit Hilfe umfassender Bestechungen wieder zu der altgewohnten Politik des Anschlusses an Frankreich zurück: die beiden Staaten also, die eben noch Hollands Bundesgenossen gewesen waren, hatten ihm den Rücken gekehrt. Aber darüber hinaus nahm Lionne die Verbindung mit einem Teil der Reichsstände wieder auf, und es war von besonderer Wichtigkeit, daß Bayern durch den Vertrag desselben Jahres 1670 auf die französische Seite hinübertrat; als stärkster süddeutscher Reichsstand fühlte es sich unmittelbar vom Kaiser bedroht, und seitdem ist es bis zum Ende des alten Reichs fast ständig in Beziehung zu Versailles geblieben, als beste Stütze des

französischen Einflusses im Reich. Frankreich konnte also die eigene Kraft durch eine Anzahl Verbündeter erhöhen, und die Staaten, bei denen jeder Versuch, sie zu sich herüberzuziehen, aussichtlos war, gedachte ganz in Lionnes Geist sein Nachfolger Pomponne dadurch von einer Unterstützung Hollands abzuhalten, daß er an allen Ecken und Enden Europas Brände entzündete, deren Bekämpfung ihre Kräfte lähmen sollte. Gegen Spanien ging es, wenn er in Messina den Adel zur Revolte anstiftete. Gegen den Kaiser war er bemüht, Polen auszuspielen; das war zunächst erschwert durch den polnisch-türkischen Krieg, aber die französische Vermittlung hat ihn 1676 beendet, so daß nun König Johann Sobieski den ungarischen Aufständischen Hilfe leisten konnte. Durch diese Anknüpfung mit Polen faßte Frankreich festen Fuß auch in Osteuropa, zu dem es bisher nur gelegentlich in Verbindung gestanden hatte. Schon einmal allerdings war ein französischer Prinz, Heinrich von Anjou, 1573 zum König von Polen gewählt worden; die dauernde Freundschaft ist aber erst von jetzt an ein Mittel der französischen Diplomatie geblieben. Sie ergänzte aufs vorteilhafteste das Bündnis mit Schweden und das mit der Türkei, das nach der anfänglichen Verstimmung von Ludwig ganz in der früheren Form wiederhergestellt worden war. Durch dies System von Allianzen haben Lionne und Pomponne eine wunderbare diplomatische Organisation geschaffen, die von allen Seiten auf den Kaiser drückte und ihm höchste Vorsicht zur Pflicht machte; Frankreich war plötzlich dadurch auch hier im Osten zu gewaltigstem Einfluß gekommen.

Aber auch schon bevor Ludwig auf diese Weise seine letzten Absichten aller Welt deutlich enthüllte, hatte sich die Erkenntnis ausgebreitet, daß Frankreichs Macht auf dem Wege sei, eine furchtbare Gefahr für Europa zu werden. Aus solchen Gedankengängen ist der höchst interessante Plan entstanden, den im Auftrage des Mainzer Kurfürsten Leibniz ausgearbeitet und persönlich in Versailles vorgetragen hat, den französischen Unternehmungsgeist vom Kontinent und speziell vom Rhein abzulenken und auf den Orient hinzuweisen. Schönborn und er hatten sich auf die Dauer nicht der Einsicht verschließen können, daß die Rheinbundpolitik nicht, wie sie gehofft hatten, zu größerer Selbständigkeit der deutschen Fürsten, sondern nur zur Unterordnung unter Frankreich an Stelle des Kaisers führe. Da dies aber ihrem guten deutschen Patriotismus widersprach, machten sie der französischen Regierung den Vorschlag einer Expedition nach Ägypten, wobei zum erstenmal

der Gedanke des Suezkanals aufgeworfen wurde. Also auch ein so klarer Geist wie Leibniz hat noch außereuropäische Erwerbungen Frankreichs für unbedenklich angesehen; insofern ist sein Projekt eine Bestätigung der Meinung, daß Ludwig zum Ziele hätte kommen können, wenn er sich zuerst mit voller Energie dem Ausbau des Kolonialreichs und der Flotte zugewendet hätte. Aber die französischen Staatsmänner hatten sich bereits viel zu fest in ihre kontinentalen Unternehmungen eingelassen, um Leibniz' Vorschlag, der außerdem den Bruch ihres Bündnisses mit der Türkei bewirkt haben würde, auch nur ernstlich in Erwägung zu ziehen.

Als Ludwig zum Schlage ausholte, schien das vereinzelte und durch eigene Schuld wehrlos gewordene Holland unweigerlich verloren. Allerdings trat der Kaiser, durch den französischen Erfolg erschreckt, aus seiner abwartenden Haltung heraus, jedoch alsbald drückten Ungarn und Türken auf ihn und erlaubten ihm bloß eine schwächliche Betätigung. Nur Friedrich Wilhelm von Brandenburg ist wirklich energisch für Holland eingetreten, aber die eigene militärische Notlage zwang ihn 1673 zum Sonderfrieden von Vossem, und als er dann infolge der durch Lisolas Bemühungen herbeigeführten Erklärung des Reichskrieges wieder auf dem Kampfplatz erschien, wußte ihn Ludwig abermals von sich abzulenken durch den auf Frankreichs Veranlassung erfolgenden Einbruch der Schweden in sein eigenes Land. Zu dessen Verteidigung mußte er zurück, und wenn ihn das auch nach Fehrbellin geführt hat, so bedeutete doch im Augenblick sein Ausscheiden eine wesentliche Erleichterung für Ludwig. Das System der Bündnisse hat also vortrefflich gewirkt, und da auch das durch die Besetzung seiner Niederlande in Mitleidenschaft gezogene Spanien vollständig unfähig war sich zu wehren, geschweige denn Holland Hilfe zu bringen, schien die sich selbst überlassene Republik sich dem Willen des Angreifers unterwerfen zu müssen.

In diesem Augenblick trat Ludwig die Persönlichkeit entgegen, der vor allen anderen es zu danken ist, daß Frankreich sein Ziel nicht erreicht hat. Die Wut des holländischen Volkes, das jetzt die Folgen der Friedenspolitik um jeden Preis verspürte, fegte de Witt hinweg, und an die Spitze des Widerstandes stellte sich Wilhelm III. von Oranien. Der Kampf gegen Frankreich ist Wilhelms Leitstern sein ganzes Leben lang geblieben, nicht etwa aus persönlichem Haß gegen Ludwig und nicht nur um des sachlichen Interesses Hollands willen, sondern aus der klaren Erkenntnis der unbedingten Not-

wendigkeit des europäischen Gleichgewichts. Von vornherein hat Wilhelm bei allem seinem Tun fast mehr Europa als sein eigenes Land im Auge, so daß er als der typische Vertreter des neubelebten Gemeinschaftsgedankens der europäischen Staatenwelt bezeichnet werden darf. Mit dieser Eigentümlichkeit stellt er in der Reihe der großen und erfolgreichen Staatsmänner eine ganz seltene Ausnahme dar: denn fast alle führenden Persönlichkeiten der Geschichte haben gerade dadurch so viel erreicht, daß sie sich selbst mit dem Interesse ihres Landes gleichsetzten und rücksichtslos nur diesen Gesichtspunkt zum Maßstab ihres Handelns machten. Oranien dagegen hat bei aller heißen Liebe zu seinem Vaterlande doch nicht nur dessen Vorteil, sondern den der europäischen Gemeinschaft im Auge. Diese Tatsache hat ihn in Verbindung damit, daß er trotz des idealistischen Endzwecks in der Wahl seiner Mittel unbedingtester Realist war, dazu befähigt, die Krone eines anderen Staats, zu dem er von Haus aus keine Beziehungen besaß, auf sein Haupt zu setzen, aber sie hat auch bewirkt, daß seine Politik seinem eigenen Lande geradezu zum Verhängnis geworden ist, da dessen Interesse nicht mit dem allen anderen selbstverständlichen brutalen Egoismus vertreten wurde.

Es ist ein denkwürdiges Schauspiel, wie der zwanzigjährige Jüngling dem auf der ganzen Linie siegreichen Feinde entgegentritt in dem festen, fast fatalistischen Glauben an seine Sendung als Befreier Europas. In dieser ganz prinzipiellen und idealistischen Auffassung seiner Aufgabe liegt seine Bedeutung. Um ihretwillen stimmen auch alle Beurteiler des Mannes, mögen sie ihm noch so ablehnend gegenüberstehen, darin überein, daß der Widerstand gegen Ludwig in Wilhelm von Oranien seine Verkörperung gefunden hat.

Aber das Ende seines ersten Kriegs war die denkbar schwerste Niederlage. Er mußte es erleben, daß in Nymwegen die holländischen Staaten gegen seinen Willen ihren Frieden mit Ludwig schlossen und ihren Verbündeten im Stiche ließen. Einen entscheidenden Umschwung des Kriegsglücks hatte Wilhelm, dessen Feldherrnbegabung an seine staatsmännische nicht heranreichte, nicht erzwingen können, und so hatte die zweifellose militärische Überlegenheit des einheitlich geführten Frankreich im Laufe der Jahre einen Stimmungsumschwung im holländischen Volke verursacht: die Furcht vor dauernder Schädigung des Handels hatte wieder die Regentenpartei emporkommen lassen. Andererseits aber bestimmte

das Maß des Widerstandes doch auch Ludwig zum Einlenken, so daß beide Parteien begierig die Hand Karls II. von England ergriffen, als dieser sich aus Besorgnis, durch den wachsenden Haß seines Volkes gegen Frankreich ebenfalls in den Krieg gezogen zu werden, zur Vermittlung erbot. Wenn auch Ludwig die Selbständigkeit Hollands nicht antastete, so brachte der Friede zu Nymwegen, dem dann nach der Verständigung zwischen Frankreich und Holland auch der Kaiser und Spanien sich notgedrungen anschließen mußten, ihm vor allem durch die lang ersehnte erhebliche Verbesserung der Nordostgrenze eine abermalige gewichtige Machtsteigerung, während alle anderen geschwächt aus dem Kriege hervorgingen. Das Stärkeverhältnis verschob sich also erneut zugunsten Ludwigs. Das hat er benutzt, um dann noch weiter auf Kosten der Schwachen unter brutalster und rücksichtslosester Ausnützung seiner Macht in der Form der Reunionen um sich zu greifen. Lothringen, die spanischen Besitzungen und die deutschen Reichsstände haben herhalten müssen, und am selben Tag wie Straßburg, am 30. September 1681, ist auch die Piemont beherrschende Festung Casale gefallen. Nun also griff Ludwig mit der durch die Abrundung im Nordosten neugewonnenen Kraft auch wieder auf das alte Ziel zurück, den französischen Einfluß auf Italien auszudehnen.

Dies allzu schroffe Vorgehen hat jedoch die Wirkung gehabt, die Bestrebungen seines großen Gegners zu fördern. Der Oranier hatte sich die Lehren des holländischen Kriegs tief in die Seele geschrieben. Sie hatten ihm die Erkenntnis gebracht, daß die Macht Frankreichs auf viel zu fester Grundlage beruhte und schon viel zu weite Ausdehnung erfahren hatte, als daß sie erschüttert werden könnte durch die Vereinigung einer Anzahl anderer Staaten. Seitdem geht unablässig sein Streben dahin, alle Mächte zu dem gemeinsamen Ziel zu verbinden. Das ist ihm schließlich gelungen, und darin besteht der tiefgreifende Unterschied gegen die vorhergehende Periode. Deren Inhalt war im wesentlichen, wenn auch mit zeitweiliger Unterbrechung im Zeitalter der Elisabeth, der Kampf zwischen Spanien und Frankreich gewesen, in denen deshalb der Herzog von Rohan (vgl. oben S. 28) die beiden Pole Europas hatte sehen können. Das Gleichgewicht hatte damals darin bestanden, daß jede dieser beiden Mächte sich einen gleichwertigen Anhang suchte, so daß es immer zwei große Koalitionen gewesen waren, die sich gegenüberstanden. Jetzt hingegen ist Frankreich nur

dadurch niedergekämpft worden, daß alle anderen sich gegen den einen Überragenden zusammenfanden. Bei den entscheidenden Kämpfen hat Ludwig, eine Zeitlang wenigstens, in Europa keinen Verbündeten gefunden. Das Bündnissystem, das in seinen Anfängen sich so glänzend bewährt hatte, hat er nicht beizubehalten verstanden, sondern den gesunden Gedanken Lionnes in maßloser Überschätzung der eigenen Kraft preisgegeben. Die Türkei, die noch außerhalb des eigentlichen Staatensystems stand, war seine einzige Stütze in dem sogenannten orléansschen Krieg. Alle anderen gehörten der Großen Allianz an, die es sich zur Aufgabe setzte, die Übermacht Frankreichs zu vernichten. Daß diese Koalition aller zustandekam, ist fast ausschließlich das Verdienst der einen Persönlichkeit gewesen, Wilhelms von Oranien.

Aber wie viele Schwierigkeiten galt es für ihn auf seinem Wege zu überwinden! Zunächst einmal konnte er im eigenen Lande mit Rücksicht auf die Regentenpartei nicht vorsichtig genug handeln; sobald sie merkte, daß er an einem auf Krieg hinzielenden Bündnis arbeitete, türmte sie ihm alle erdenklichen Hindernisse entgegen. Dennoch ist es ihm gelungen, schon sehr bald nach dem Nymweger Frieden Schweden, das sich von Ludwig nicht genügend unterstützt fühlte, zu einer „Assoziation" zu gewinnen. Das war die erste Bresche in Ludwigs System von Bündnissen, der Anfang war gemacht, auf den sich die große zu gründende Allianz aufbauen konnte. Weiter galt es, das Reich aus seiner Abhängigkeit von Frankreich loszulösen. Der Laxenburger Rezeß von 1682, ein Defensivbündnis zwischen dem Kaiser und einigen Reichsständen war der erste Erfolg nach dieser Richtung hin: wie früher Mazarin in seinem Rheinbund die französische, so dachte Oranien jetzt die antifranzösische Partei im Reich militärisch zu organisieren, in der Hoffnung, allmählich das ganze Deutschland an diesen festen Kern herankristallisieren zu können.

Einen schlimmen Augenblick hat er aber durchmachen müssen, als nach der Eroberung von Luxemburg durch Ludwig 1684 Kaiser Leopold geneigt war, dem dringenden Hilferuf Spaniens Folge zu leisten. Demgegenüber hat Oranien alles getan, um ihn vom Eintritt in den Krieg fernzuhalten. Denn noch war sein diplomatisches Werk nicht beendet, noch konnte er nicht zweifeln, daß ein Krieg in diesem Augenblick nur einen neuen Sieg und damit eine vielleicht nicht wieder gutzumachende Verstärkung Frankreichs ergeben würde.

Aus diesem Grund hat er Leopold zur Nachgiebigkeit veranlaßt, wesentlich seinem Einfluß ist es zuzuschreiben, daß der Kaiser den zwanzigjährigen Waffenstillstand mit Ludwig einging, der Frankreich im Besitz aller durch die Reunionen geraubten Länder ließ. Diese kampflose Unterwerfung hat ein holländischer Historiker (Müller) die größte Schmach genannt, die Deutschland jemals erlitten habe, Oranien dagegen war mit Recht froh, daß Leopold sich für den Augenblick fügte, solange die große Allianz noch nicht fertig war. Sein Verhalten hat auch hinterher glänzendste Rechtfertigung gefunden. Etwas Durchgreifendes und wirklich Erfolg Verheißendes konnte erst geschehen, wenn die Zahl der Feinde Frankreichs sich noch vermehrt hatte; bis dahin galt es ruhig abzuwarten, sich nicht zu vorschnellem Handeln hinreißen, aber auch nicht entmutigen zu lassen. Die klar berechnende Mäßigung, die der Prinz bei diesem Anlaß an den Tag gelegt hat, ist der beste Beweis seiner staatsmännischen Fähigkeiten. Wie Bismarck sich zunächst mit dem Zurückweichen Preußens bei Olmütz einverstanden erklärt hat, so hat auch Oranien die Niederlage hingenommen in dem Bewußtsein, daß die Zeit, in der er sie in Sieg werde verwandeln können, kommen und vielleicht gerade durch dieses Zurückweichen um so eher kommen werde.

Ruhig also arbeitete er weiter an seiner großen Allianz, und dabei ist ihm Ludwig selbst durch die Art seines Verhaltens zu Hilfe gekommen. Denn die Aufhebung des Edikts von Nantes 1685 ließ in allen protestantischen Staaten die Abneigung gegen Frankreich hoch anschwellen. Daß Ludwig diesen Schritt vollzog, war nicht so sehr die Folge besonderen Religionseifers, sondern einfach die logische Konsequenz der ganzen inneren Entwicklung des französischen Staates mit ihrem Drang nach restloser Einheit, der in Ludwig als klassischem Vertreter des dogmatischen Absolutismus besonders kräftigen Ausdruck fand. Die Glaubensfreiheit eines Teiles der Untertanen widersprach der vollen Verwirklichung der Einheit, deshalb hat ihr der König ein Ende gemacht. Aber im Ausland wirkte die Beseitigung der protestantischen Rechte als konfessionelle Kriegserklärung und belebte wieder den alten kriegerischen Geist des Kalvinismus. In Holland schlug die Kriegsbegeisterung hohe Wogen, und wesentlich durch diese Maßregel Ludwigs ist auch der Große Kurfürst von Brandenburg auf die Seite Oraniens hinübergetrieben worden. Sonst würde er für dessen Pläne wohl kaum

zu haben gewesen sein, da er, seitdem die Haltung des Kaisers ihm die Ausnützung seiner Siege über die Schweden unmöglich gemacht und den unbefriedigenden Vertrag von St. Germain-en-Laye 1679 auferlegt hatte, zur französischen Partei hinübergeschwenkt war. Jahrelang hat der große Realist sich von Gefühlspolitik nicht freigehalten, indem er den Haß gegen den Kaiser auf sich einwirken und alle anderen Rücksichten übertönen ließ — 1683, als die Türken vor Wien standen, wollte er dem bedrängten Kaiser nur unter der Bedingung seine Hilfe zuteil werden lassen, daß Leopold sich vorher mit Frankreich einige, obwohl Friedrich Wilhelm wußte, daß dafür der Verzicht auf Straßburg die Voraussetzung bilde —, und erst ein übermächtiges anderes Gefühl, seine Glaubensleidenschaft, hat ihn davon abgebracht. Die Aufhebung des Ediktes stieß ihn als gläubigen Kalvinisten in dem Maße vor den Kopf, daß er sie nicht nur sofort mit dem Potsdamer Edikt beantwortete, wodurch er mit dem Einströmen hugenottischen Blutes seinem Staate so viele wertvolle Kräfte gewonnen hat, sondern daß er sich auch mit seinem bisherigen Todfeind Schweden gegen Frankreich verständigte. Dieser nach dem Verlauf der letzten Jahrzehnte im höchsten Maße überraschende Umschwung zeigt deutlich, wie leicht es damals für Oranien gewesen wäre, alle protestantischen Mächte des Festlands gegen Ludwig zu einen.

Aber Wilhelms klarer Blick und unerschütterliche Folgerichtigkeit haben sich auch in dieser Lage aufs glänzendste bewährt. Er ist keinen Augenblick der Versuchung erlegen, sondern erkannte sofort, daß er mit konfessionellen Motiven nicht arbeiten dürfe, weil ein Bündnis mit derartiger Färbung niemals die Mitwirkung der katholischen Mächte gefunden hätte und er auf diese genau so wie auf die protestantischen rechnen mußte. Deshalb war ihm die Belebung der konfessionellen Leidenschaft sogar äußerst unerwünscht, er meinte, in ihr geradezu einen Schachzug Ludwigs erblicken zu sollen, der sich gegen seine Pläne richte: durch die Vertiefung der Kluft zwischen katholischen und evangelischen Staaten habe er eine gemeinsame Aktion gegen Frankreich unmöglich machen wollen. Das war tatsächlich unrichtig, so weite außenpolitische Ziele hat Ludwig mit der Aufhebung nicht verfolgt; jedenfalls aber hat sie für Wilhelm erhebliche Schwierigkeiten hervorgerufen. Mit äußerster Kraft jedoch hat er den holländischen Kriegswillen für den Augenblick wieder zum Verstummen gebracht und die Arbeit an seiner die konfessionellen

Schranken durchbrechenden Koalition fortgesetzt. Während also bei Friedrich Wilhelm von Brandenburg noch die alte Verquickung von Politik und Religion feststellbar ist, liegt in Oraniens Haltung die bewußte und gewollte Abwendung von dem Zeitalter der Religionskriege.

Allmählich reifte auch seine Ernte, allerorts rief Ludwigs gewalttätiges Vordringen Widerstand hervor. Den Kaiser mußte das schnelle Anwachsen des französischen Einflusses im Reich mit Sorge erfüllen; solches Ausmaß hatte dieser bereits angenommen, daß Ludwig auf den Plan zurückgreifen konnte, die Kaiserwürde mit der französischen Krone zu vereinen und seiner Politik auch äußerlich den universalen Stempel aufzudrücken. Auf seinen Wink traten die Fürstenbergs für die Wahl des Dauphins zum römischen König ein. Das hat die Gegenwirkung hervorgerufen, daß sich der Kaiser, Spanien, Schweden, Bayern und einige andere Reichsstände zur Augsburger Allianz 1686 zusammenschlossen, und die antifranzösische Stimmung im Reich wurde angefacht durch Ludwigs Verhalten in der Frage der Kölner Erzbischofswahl und der Pfälzer Erbschaft. Hier fand also Oranien einen Bund, den dem seinen einzuverleiben nicht übermäßig schwierig sein konnte. Gleichzeitig machte ein großer Erfolg gegen die Türken, die Eroberung Belgrads durch Max Emanuel von Bayern 1688 dem Kaiser im Rücken Luft, ein Sieg, der den Gegenschlag gegen die höchste Gefahr bildete: wenige Jahre vorher, 1683, war Wien dicht daran gewesen, in die Hände der Türken zu fallen. Damals hätte Ludwig es sehr gerne gesehen, wenn die Stadt sich wirklich hätte übergeben müssen, denn dann hätte er als Retter der Christenheit erscheinen und seine Stellung politisch und moralisch gewaltig verstärken können. Unter diesen Umständen würde auch sein Plan, dem Dauphin die Kaiserkrone zu verschaffen, erheblich an Aussichten gewonnen haben. Jetzt dagegen hat er durch allzu hohen Flug gerade das Gegenteil hervorgerufen. Deutschland schloß sich in einer seit langem nicht mehr dagewesenen Einmütigkeit den Feinden Frankreichs an. Die Zersplitterung des Reiches, deren Beibehaltung das mit allen Mitteln erstrebte Ziel der französischen Diplomatie gewesen war, wurde im Augenblick überbrückt, kein Reichsstand hat sich ausgeschlossen, als nun endlich der Versuch gemacht werden sollte, dem Übermut Ludwigs ein Ziel zu setzen.

Das Werk des Oraniers hatte also schon außerordentliche Fortschritte gemacht, eine sehr starke Koalition war ins Leben gerufen.

Aber zur Vorsicht mahnte die Überlegung, daß im wesentlichen dieselbe Koalition schon einmal, im holländischen Krieg, gegen Frankreich im Felde gestanden und den Kürzeren gezogen hatte. Zwar war jetzt auch Schweden auf die Seite der Gegner Ludwigs getreten, dafür war er selbst aber noch stärker als damals geworden. Es galt also, um den Sieg zu sichern, sich noch nach weiteren Bundesgenossen umzuschauen, und dafür kam nur noch ein Staat in Betracht, England, dessen noch unverbrauchte finanzielle Kräfte den Alliierten fast noch nötiger waren als seine militärische Mitwirkung. Die Gewinnung Englands für die Koalition ist das entscheidende und persönlichste Verdienst Oraniens.

Die englische Politik unter den beiden letzten Stuarts hält sich nicht auf einheitlicher, klarer Linie, sondern besteht teils wegen des durch absolutistische und katholisierende Neigungen hervorgerufenen Kampfes zwischen König und Parlament, teils wegen der Willensschwankungen, denen Karl II. persönlich unterlag, in fortwährendem Hin und Her. Im großen und ganzen hat dennoch Ludwig England in seinem Schlepptau halten können, dank der raffinierten Geschicklichkeit, mit der sein Gesandter Barillon bald den König gegen das antifranzösische Parlament, bald die Opposition gegen den König auszuspielen verstand, wenn dieser Frankreich zu entgleiten drohte. Die Wünsche der Stuarts gingen dahin, nicht in die kontinentalen Kämpfe verstrickt zu werden, wie auch aus der Preisgabe Dünkirchens durch Karl II. hervorgeht. Nach der gleichen Richtung wiesen aber auch die Interessen des Parlaments: die Revolution hatte die Gefahr zutage treten lassen, die den bürgerlichen Gewalten von einem starken Heer drohen konnte; um deshalb nicht die Armee vermehren zu müssen, sollte der Friede bewahrt bleiben. Damals ist der englischen Nation die Abneigung gegen das stehende Heer ins Blut übergegangen. Die Wünsche der beiden entscheidenden staatlichen Faktoren stimmten also darin überein, daß England außerhalb des europäischen Staatensystems stehen sollte, von Bedeutung für dies nur durch sein Dasein und durch die Möglichkeit seines Eingreifens für die eine oder andere Partei. Den Staat aus dieser passiven Rolle herauszureißen und ihn als mithandelnden Faktor in das Ringen um das europäische Gleichgewicht einzustellen, d. h. ihn nach der Abweichung der letzten Jahre zum Wiedereinhalten der großen traditionellen Linie zu bewegen, das war von jeher Oraniens Absicht gewesen. Er hoffte, daß sich in England eine starke und

ſicher antifranzöſiſch geſinnte Regierung herausbilde, die ſo viel Autorität im Innern beſitze, daß die Koalition zuverläſſig auf ſie rechnen könne. Deshalb war er beſtrebt, König und Parlament zu verſöhnen und beide gemeinſam für den Widerſtand gegen Frankreich zu gewinnen. Aber ihr Gegenſatz erwies ſich als unüberbrückbar, ihr Kampf, auf den die Ausbildung der beiden großen Parteien als feſter Körper, der Whigs und der Tories, zurückzuführen iſt, verſchärfte ſich zuſehends. Schon frühzeitig ſind die Häupter der Whigs an Wilhelm mit der Frage herangetreten, ob er nicht als Schwiegerſohn Jakobs II. zur Sicherung des Proteſtantismus einzugreifen bereit ſei. Oranien hat das glatt abgelehnt, weil er nicht als Parteihaupt, ſondern nur als Vertreter der ganzen Nation in England auftreten wollte. Dieſe Gelegenheit ergab ſich aber erſt, als Jakob durch ſein Vorgehen gegen die Biſchöfe ſich die anglikaniſche Kirche und die Tories zu genau ſo ſcharfen Feinden gemacht hatte, wie die Whigs es von jeher waren, und als durch die Geburt des Thronfolgers das verhaßte ſtuartiſche Syſtem zur Dauer erhoben zu werden ſchien. Jetzt wandten ſich beide Parteien an Wilhelm, und jetzt erklärte er ſich bereit.

Sein Unternehmen barg jedoch eine große Gefahr in ſich: zu erfolgreichem Auftreten in England brauchte er vor allem die Unterſtützung durch die Kirche, auf Sympathien in den Maſſen des Volkes konnte er nur auf Grund ſeines religiöſen, nicht ſeines politiſchen Programms rechnen. Die Sicherſtellung des Proteſtantismus vor den Anſchlägen der Stuarts mußte er alſo auf ſeine Fahne ſchreiben, das aber bedeutete zweifellos eine Gefährdung ſeiner ſo mühſam zuſtandegebrachten interkonfeſſionellen Allianz. In der Tat hat deshalb der Kaiſer zunächſt die Unterſtützung ſeines Unternehmens verweigert; ſo gern er England für die Koalition gegen Frankreich gewonnen hätte, ſah er doch auf der anderen Seite die Verſuche der Stuarts, England zum Katholizismus zurückzuführen, mit größter Freude. Ohne den Kaiſer aber konnte Oranien die Fahrt nach England nicht wagen, mußte er doch annehmen, daß Ludwig ihm entgegentreten werde, ſo daß nur das Verſprechen Leopolds, im Notfall Hilfe zu leiſten, die Gefahr für Holland auf erträgliches Maß herabſchraubte. Dieſe Zuſage war aber vorläufig nicht zu haben, und daran ſchien der ganze Plan zu ſcheitern. Wilhelm war, in tiefſter Verzweiflung, ſchon nahe daran ihn fallen zu laſſen, da, im letzten Augenblick, erfolgte der Umſchwung in Wien, der

Kaiser gab seine Einwilligung, und das Verblüffende daran ist, daß die Veranlassung dazu eine Botschaft des Papstes gewesen ist. Papst Innozenz XI. hat das schwerste Hindernis aus dem Wege geräumt, dessen der Prinz aus eigener Kraft nicht Herr zu werden vermochte.

Diese Haltung des Papstes ist deswegen so überraschend, weil an und für sich die Sachlage die war, daß die Stuarts darauf ausgingen, dem Katholizismus in England wieder zur Herrschaft zu verhelfen, während der Oranier ausgesprochenermaßen im evangelischen Interesse auf dem Plan erschien. Da sollte man doch meinen, daß der Papst keinen Augenblick zweifelhaft hätte sein können, daß er sich auf die Seite der Stuarts zu schlagen habe. Dennoch hat gerade er Wilhelms Unternehmen möglich gemacht. Die Erklärung dieses Rätsels bietet das Verhältnis des Papstes zur Kirchenpolitik Ludwigs XIV. Durch Bossuets gallikanische Artikel von 1682 war die französische Nationalkirche zum Abschluß gebracht worden, und gerade für Innozenz XI., dessen Ideal die Wiederaufnahme der Kreuzzugspolitik des einigen Abendlandes unter päpstlicher Führung war, mußte die Übertragung des nationalen Gedankens auf das kirchliche Gebiet der denkbar härteste Schlag sein. Deshalb hat er diesen Bestrebungen mit aller Kraft entgegengearbeitet. Die Rückführung Englands zum Katholizismus, wie sie die Stuarts planten, bot aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn Jakob die kräftigste Unterstützung von seiten Frankreichs fand. Voraussetzung dafür jedoch war, daß er sich ganz in Ludwigs Arme warf, und die Folge davon wieder würde gewesen sein, daß auch in England dieselben kirchenpolitischen Tendenzen zur Herrschaft gekommen wären, die der Papst in Frankreich so energisch bekämpfte. Auch England würde für die spezifisch römisch gefärbte Seite des Katholizismus nicht zu haben gewesen sein. Innozenz stand demnach vor der Wahl, ob er unter Ausdehnung des Katholizismus eine dem römischen Standpunkt widerstreitende Richtung innerhalb der Kirche fördern oder auf diese Ausdehnung verzichten wollte. Bei dieser Alternative hat er nicht geschwankt, ein englisches Staatskirchentum war in seinen Augen das weitaus größere Übel. So ist es zu erklären, daß er den zögernden Kaiser zur Unterstützung Wilhelms bestimmt hat.

In Oraniens Zug nach England 1688 liegt der Grund für den endlichen Mißerfolg Ludwigs. Unter den Stuarts war England

ſo gut wie ein Verbündeter für Frankreich geweſen, von nun an wird es bald zum Mittelpunkt des Widerſtandes und hat den Ausſchlag für den Sieg der Koalition gegeben. Ludwig ſelbſt hat das verſchuldet, denn obwohl er über die Vorbereitungen Wilhelms unterrichtet war, hat er nichts dagegen getan, weil er meinte, daß durch ſeine Landung in England ein langwieriges Ringen entbrennen werde, ſo daß ſein bedeutendſter Gegner den feſtländiſchen Vorgängen keine Aufmerkſamkeit zuwenden könne. Statt deſſen iſt mit raſchem Schlag das ganze Land dem Oranier zugefallen, und ſo kommt durch ſeine Befeſtigung des engliſchen Thrones erſt der ganz große Stil in den Kampf gegen Frankreich. Die Koalition ſchloß ſich jetzt lückenlos, aber an der Art, wie Ludwig der Vereinigung ganz Europas Widerſtand leiſtete, zeigte ſich, welch ungeheure Kraft ſich in ſeinem Staate angeſammelt hatte.

Allerdings iſt ihm das Standhalten dadurch erleichtert worden, daß ſeine beiden mächtigſten Gegner vorerſt noch nicht alle Kraft in den Kampf warfen. Englands Beteiligung hat Wilhelm nicht gleich in dem Maße, wie er es gewünſcht hätte, durchgeſetzt. Er war von den Parteien gerufen worden aus innenpolitiſchen Gründen, für ihn ſelbſt dagegen waren maßgebend geweſen Erwägungen außenpolitiſcher Natur. Es iſt deshalb kein Wunder, daß ſchon nach kurzer Zeit der Gegenſatz aufklaffte. Das Parlament wollte von einem Kriege nichts wiſſen, es ſträubte ſich, die eigenen Mittel für Intereſſen einzuſetzen, die es für rein kontinentale hielt. Wie weit bei einem Teil der Engländer dieſe Kurzſichtigkeit ging, erhellt aus dem Wunſch der Whigs im Jahre 1683, Wien möchte vor den Türken fallen, weil dadurch Handel und Induſtrie von Mitteleuropa zerrüttet worden wären, ſo daß der engliſche Weizen geblüht hätte. Ihre Hoffnungen ſtimmten alſo damals ganz mit denen Ludwigs XIV. überein, aber während für dieſen der Fall von Wien wirklich eine Gelegenheit ergeben hätte ſich die Vorherrſchaft zu ſichern, wäre der Vorteil für England doch nur ein ganz vorübergehender geweſen; auf die Dauer hätte er ſich durch die Verſtärkung von Englands gefährlichſtem Rivalen Frankreich in ſein genaues Gegenteil verwandelt. Die Whigs waren hier in denſelben Fehler verfallen, den ſich die holländiſchen Regenten Ludwig XIV. gegenüber hatten zuſchulden kommen laſſen, allzu kaufmänniſch und zu wenig politiſch zu denken. Dasſelbe aber taten ſie auch jetzt wieder, als Wilhelm ſie gegen Ludwig aufrief; ſie ſahen nicht, wie ſehr

gerade auch für England die Verhinderung allzu weiten Umsichgreifens Frankreichs auf dem Kontinent Notwendigkeit war, und diesmal haben sich die Tories, die sich sonst so oft durch außenpolitisches Verständnis ausgezeichnet haben, fast als noch blinder erwiesen. Ganz um den Krieg herum kam England allerdings nicht infolge der Unterstützung, die Ludwig dem entthronten Jakob lieh. Aber es beschränkte sich auf äußerst zurückhaltende Beteiligung, und Wilhelm besaß durch die starke Einengung der königlichen Gewalt, in die er bei seinem Regierungsantritt hatte willigen müssen, nicht die Macht, seinen Willen durchzusetzen.

Ebenso wie England hat aber auch der Kaiser nicht alle Kräfte gegen Frankreich verwendet. Bei ihm lag es allerdings nicht an dem mangelnden Willen, sondern daran, daß das alte Bündnis Frankreichs mit der Türkei sich aufs neue bewährte und ihn zwang, mit größter Vorsicht auf seine Rückendeckung bedacht zu sein. Die eigentliche Türkengefahr war allerdings seit der Eroberung von Belgrad vorüber, aber der Krieg dauerte noch an und entzog den westlichen Kämpfen einen großen Teil des kaiserlichen Heeres. Jetzt aber beginnt im Osten sich ein Umschwung von welthistorischer Bedeutung vorzubereiten: es zeigt sich, daß sich die Angriffskraft der Türkei überspannt hat, seit 1683 ist sie im Sinken. Noch nie hatten die Kaiserlichen solche Erfolge gegen sie erzielt als jetzt unter Ludwig von Baden und Eugen von Savoyen. Eugen ist der erste gewesen, der in scharfer Erkenntnis des Vorteils, der Österreich bei seinem Vordringen nach Osten winkte, wo es nicht auf die Eifersucht der Westmächte stieß, für systematischen Ausbau dieser Stellung eingetreten ist. So wenig der Kaiserstaat den Westmächten die überseeischen Kolonien neidete, fühlten diese sich durch das Vordringen Österreichs gegen den Balkan beschwert; beides läßt sich damals durchaus in eine Linie stellen. Österreich, das bisher hatte froh sein müssen, wenn es sich des Ansturms der Türken hatte erwehren können, geht jetzt seinerseits zur Offensive über. Zwar ist es noch weit davon entfernt, deshalb sich ganz vom Westen abzuwenden, aber seine Aufmerksamkeit ist doch sehr geteilt. Diese Spannweite seines Einflusses vom Westen hinüber nach dem Südosten bedeutet gleichzeitig Schwächung und Stärkung für den Kaiserstaat. Der Landerwerb im Osten beschäftigt ihn von nun an in mindestens ebenso starkem Maße, und dank Eugens Feldherrn- und Staatsmannskunst hat ihm gleich der erste Schritt nach dieser Rich-

tung im Frieden von Carlowitz 1699 den Besitz fast ganz Ungarns eingebracht. Auf diese Weise hat Österreich den Verlust, den das Sinken des kaiserlichen Einflusses im Reich bedeutet hatte, mehr als wettgemacht. Auch unabhängig von der kaiserlichen Stellung wird es erst jetzt in Wahrheit wieder zur Großmacht, die es in den Zeiten von Maximilian I. gewesen war, wenn auch auf völlig veränderter Grundlage; den ihm bis zum Ende seines staatlichen Daseins eigentümlichen Charakter hat es um diese Wende des 17. und 18. Jahrhunderts gewonnen. Ungarn, das Besitztum, das bisher stets eine Gefahr für die Habsburger gewesen war, wird die stärkste Stütze ihrer großen Politik.

Die Westmächte haben allerdings, den Erwartungen Eugens entsprechend, noch auf lange hinaus den Vorgängen in Ungarn und auf dem Balkan kein besonderes Interesse zugewendet, aber ganz ohne gefährlichen Rivalen, wie der Prinz gehofft hatte, ist Österreich doch auch hier nicht geblieben. Denn zu der gleichen Zeit, in der Österreich sich mit ganz anderem Nachdruck als bisher dem Osten zuwendete, griff eine neue Macht in diese Fragen ein, die fortan nicht von ihnen abgelassen hat, Rußland. Peter der Große legte 1696 die Hand auf Asow, führte Rußland ans Schwarze Meer heran, und daraus hat sich folgerichtig sein Interesse an der Balkanhalbinsel ergeben. Wegen des gemeinsamen Gegensatzes zur Türkei war das Zarenreich zunächst der natürliche Verbündete Österreichs; solange die Hohe Pforte eine wirklich gefährliche, zu heftigen Gegenschlägen fähige Macht blieb, ist darin keine Änderung eingetreten. Die Feindschaft zwischen ihnen eröffnete sich aber in dem Augenblick, als es an die Teilung des Erbes ging. Das jedoch war eine Entwicklung, die noch in weiter Ferne lag, vorläufig haben die Beziehungen zwischen Österreich und Rußland, wie sie sich aus den Balkanfragen ergaben, für Gesamteuropa keine Bedeutung besessen. Nur indirekt zogen diese südöstlichen Ereignisse auch den Westen in Mitleidenschaft, indem sie eben einen Teil der Kräfte Österreichs banden. Für Frankreich allerdings war es ein unmittelbarer Schlag, daß Österreich so vernichtende Siege über die Türkei davontrug. Die Niederlage seines Verbündeten war eine Schädigung seiner eigenen Stellung.

Immerhin hat der Kampf des Kaisers mit den Türken es Ludwig erleichtert, sich gegen die Koalition zu behaupten. Weder England also noch Österreich haben ihm ihre Gesamtmacht entgegen-

gestellt, infolgedessen hat auch dieser Krieg zu Lande noch einen recht günstigen Verlauf für die Franzosen genommen. Zwar bestand innerhalb der Koalition ein besserer Wille als in der früheren, aber eben doch keine so feste Einheit wie auf der Gegenseite, wo unbedingt die Nation hinter Ludwig stand und trotz schwerster Opfer sich keine Spur einer Spaltung zeigte. Dementsprechend ist das Ergebnis, daß Ludwig nicht mehr wie in seinen bisherigen Kriegen den einwandfreien Sieg an seine Fahne heften konnte, aber es war noch ein erheblicher Triumph, daß er sich gegen die Gesamtheit des übrigen Europa behauptete. In Rijswijk 1697 hatten alle starken Mächte einen Gewinn zu verzeichnen, der leidende Teil war ausschließlich das Reich. In der wichtigsten Frage, dem Stärkeverhältnis der Großmächte zueinander, war keine Entscheidung erfolgt.

Dennoch hat die endliche Niederlage Ludwigs ihren Grund schon in diesem durch den Rijswijker Vertrag beendeten Krieg und nicht erst in dem an militärischen Leistungen ungleich höher stehenden spanischen Erbfolgekrieg. Denn in seinem Verlauf ist das Ereignis eingetreten, das der folgenden Entwicklung den Weg bereitet hat: die vernichtende Niederlage der französischen Flotte unter Tourville am 28. Mai 1692 bei La Hogue, in dem Augenblick, als Ludwig durch Landung in England seinen gefährlichsten Gegner niederzuwerfen gedachte, hat darüber entschieden, daß den Franzosen die Herrschaft über die Meere nicht zufallen werde. Frankreich ist infolgedessen ganz auf die Mittel des eigenen Landes angewiesen gewesen, die Flotten der Seemächte machten es ihm unmöglich, seine Hilfsquellen jenseits der Meere heranzuziehen, und in dem von nun an rein festländischen Kampf mußte es der Überzahl der Gegner erliegen. So hat der Spanische Erbfolgekrieg nur bestätigt, daß die Entwicklung nicht rückgängig gemacht wurde, die auf La Hogue folgen mußte. Nur dann konnte eine der europäischen Mächte, wie die Kräfteverteilung unter ihnen sich gestaltet hatte, wirklich zur Vormachtstellung gelangen, wenn ihre kontinentalen Mittel sich durch koloniale in dem nötigen Maße verstärken ließen. Spanien war herabgesunken infolge des Schlages von 1588, und nun ist auch für Ludwig XIV. die Vernichtung seiner Seemacht der eigentliche Grund seines Mißerfolgs.

Aber wie Spanien nach Verlust seiner Seegeltung noch einen Versuch im Dreißigjährigen Krieg gemacht hatte, durch Verbrei-

terung seiner festländischen Basis dennoch zum Ziele zu kommen, genau so schien die Gunst des Schicksals Ludwig die Möglichkeit zu bieten, das Verlorene durch eine totale Verschiebung in den kontinentalen Machtverhältnissen wettzumachen. Die Frage der spanischen Erbschaft, die schon alle die letzten Jahrzehnte die Kabinette in lebhafteste Bewegung versetzt hatte, wurde brennend. Auch schon die Verhandlungen in Rijswijk hatten ganz unter dem Schatten des bevorstehenden Ablebens Karls II. von Spanien gestanden, der Friede war wesentlich deshalb zustandegekommen, weil alle noch einmal vor der beginnenden großen Auseinandersetzung Atem schöpfen wollten. Mit hastigster Geschäftigkeit setzten die Versuche ein, zu friedlicher Vereinbarung zu gelangen. Denn Ludwig fühlte, daß sein Staat nicht mehr auf der Höhe seiner Kraft stand, und war deshalb bereit, sich mit einem Teil zu begnügen, und auf der anderen Seite mußte Wilhelm, der die Kriegsunlust der Holländer und Engländer kannte, sehr froh sein, wenn es auf gütlichem Wege gelang, die Zertrümmerung des Gleichgewichts zu verhindern. Als dann der aus dieser beiderseitigen Einstellung erwachsene erste Teilungsvertrag, der auch die Billigung des Kaisers gefunden hatte, durch den Tod des in Aussicht genommenen Haupterben, des Kurprinzen von Bayern, hinfällig wurde, ist es Wilhelms diplomatischem Geschick gelungen, Ludwig zu einem zweiten Teilungsvertrag zu bewegen. Zwar lehnte Leopold dessen Einzelbestimmungen ab, aber mit dem Prinzip der Teilung erklärte auch er sich einverstanden, so daß also die Hoffnung bestand, dies unendlich schwierige Problem friedlich aus der Welt zu schaffen. Da warf beim Tode Karls Ludwig alles über den Haufen: er konnte der lockenden Versuchung nicht widerstehen und nahm das Testament des Königs an, das seinen Enkel Philipp von Anjou zum Gesamterben einsetzte. Für Karl war dabei der Wunsch maßgebend gewesen, eine Zerstückelung des spanischen Besitzes zu verhindern, daneben aber hatte er zur Wahrung der Selbständigkeit der spanischen Krone ausdrücklich deren Unvereinbarkeit mit der französischen ausgesprochen. Dennoch war es klar, daß Philipp nur eine Puppe in der Hand seines Großvaters sein und Ludwig also fortan genau so wie über die eigenen auch über die Mittel des spanischen Staates verfügen würde. Die spanische Politik war bedingungslos in das Fahrwasser der französischen geraten. Damit wäre in Ludwigs Hand ein Machtkomplex vereinigt worden, der dem von Wilhelm zur Aufrecht-

erhaltung des Gleichgewichts errichteten Bau nicht nur die Fundamente weggezogen, sondern weit darüber hinaus die Vorherrschaft Frankreichs ergeben hätte. Denn wozu Frankreich allein nicht mehr die Fähigkeit besaß, das rückte durch die Vereinigung mit Spanien wieder in den Bereich der Möglichkeit: beide Länder in einer starken Hand zusammengefaßt, konnten nicht nur der europäischen Gegnerschaft Schach bieten, sondern auch die verlorene Weltstellung zurückerobern, falls ihnen die nötige Vorbereitungszeit gelassen wurde.

Das durfte also nicht geschehen. Daß der Kaiser, der ja selbst Erbansprüche anzumelden hatte, dagegen auftreten würde, war selbstverständlich, und um den Preis der Anerkennung der Königswürde für Preußen gewann er die Unterstützung des zum stärksten Reichsstand gewordenen Brandenburg. Aber die Reichseinheit ließ sich nicht wieder wie im letzten Krieg bewerkstelligen, da Bayern bei seinem dauernden Mißtrauen gegen den Kaiser sich durch Ludwigs Angebot der spanischen Niederlande in das französische Lager hatte hinüberziehen lassen. Also diesmal ist es nicht eine Koalition aller anderen, die Ludwig niedergerungen hat. Es ist aber bezeichnend für die Kraftverminderung, die Frankreich durch die gewaltigen Leistungen der bisherigen Kriege und vor allem des letzten, erfahren hatte, daß es trotz des Besitzes von europäischen Verbündeten, der eine entsprechende Schwächung der Gegenseite bedeutete, erlegen ist; die Allianz aller anderen war nicht mehr erforderlich für den Sieg. Zunächst war es aber sehr zweifelhaft, ob der Kaiser überhaupt ein umfassenderes Bündnis werde zustande bringen können, denn die Kriegsunlust der Seemächte war groß. Wilhelm persönlich allerdings und sein Gesinnungsgenosse in Holland, der Ratspensionär Heinsius, waren fest entschlossen, unter keinen Umständen die Vereinigung von Frankreich und Spanien hinzunehmen, und diesmal besaßen sie sehr wirkungsvolle Argumente zur Verfechtung ihrer Sache. Denn gerade dem Handel drohte höchste Gefahr. Die spanischen Kolonien waren ein sehr ergiebiges Arbeitsgebiet für die Seemächte geworden, nicht nur den Warenverkehr, auch die sehr einträgliche Fischerei hatten sie so gut wie ganz trotz der Zollmauer durch glänzend organisierten Schmuggel an sich gerissen. Überall aber waren in letzter Zeit die Franzosen als nicht zu verachtende Konkurrenten aufgetreten. Wenn jetzt in den spanischen Kolonien die Grundsätze Colberts mit dem erprobten französischen Verwaltungsapparat den Seemächten gegenüber rücksichtslos, gegen

Frankreich aber nicht angewendet wurden, so wäre das für England und Holland ein geradezu katastrophaler Schlag gewesen. Auch der Levantehandel drohte ihnen zu entgleiten, wenn Frankreich von der Pyrenäenhalbinsel aus das Mittelmeer sperren konnte. Gerade in handelspolitischer Hinsicht war der Augenblick also höchst kritisch. Indem Wilhelm immer wieder darauf hinwies, förderte er die Einsicht, daß auf dem Kontinent auch um sehr reale Interessen des eigenen Landes gekämpft würde, und indem diese Erkenntnis trotz allen Widerstrebens sich schließlich siegreich durchgesetzt hat, ist England zu der ihm natürlichen Außenpolitik zurückgekehrt. Der Oranier hat damit seinen Lebenszweck erreicht. Die Seemächte verbündeten sich mit dem Kaiser unter der Bedingung, daß ihnen alles gehören solle, was sie von den spanischen Kolonien würden erobern können.

Letzten Endes hat also die Überspannung des zentralistischen Gedankens durch Frankreich, die ursprünglich die Quelle seines gewaltigen Machtaufstiegs gewesen war, die Gegnerschaft herausgefordert, die zu bestehen seine Kraft nicht ausreichte. Denn hatte schon die restlose Anwendung dieses Prinzips auf kirchlichem Gebiet mit der Aufhebung des Ediktes von Nantes den Staat wirtschaftlich und politisch geschwächt, so hat jetzt der Versuch seiner allzu weiten Anwendung auf handelspolitischem Gebiet das Zustandekommen der großen Koalition gefördert. Die Seemächte sind ganz wesentlich durch die Drohung, von einem großen Teil der Welt zugunsten Frankreichs ausgeschaltet zu werden, in die Schranken gerufen worden, und ihr Eintritt in den Krieg hat die Überlegenheit der Gegner Frankreichs gesichert. Für England und Holland sind also handelspolitische Motive ausschlaggebend gewesen, deshalb trifft Seeleys Bezeichnung des spanischen Erbfolgekriegs als des größten Geschäftskriegs, den England je geführt habe, den Kern der Dinge.

Doppelten Charakter trägt also dieser Krieg, von der Seite der Alliierten her gesehen. Einmal ist er ohne allen Zweifel defensiv gemeint, sie fechten für die Wiederherstellung des von Ludwig erschütterten Gleichgewichts. Der Geist, in dem Wilhelm ihn zu führen gedachte, geht aus den Worten hervor, die er damals dem Parlament zurief: „Jetzt wird man erkennen, ob ihr ernstlich gewillt seid, daß dies England die Wage der Welt in den Händen halte und an der Spitze der protestantischen Christenheit stehe.“ Um den Krieg im englischen Volk populär zu machen, brauchte er

diesen letzteren Hinweis, daß es gegen die Vormacht des Katholizismus gehe, ihm selbst aber ist der Gleichgewichtsgedanke das Entscheidende. Es ist auch charakteristisch, daß damals zuerst die für das Heer nötigen Geldmittel mit der Begründung „zur Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts" bewilligt wurden. Die Engländer halten ja an allem überlieferten Formelwesen mit außerordentlicher Zähigkeit fest, und so ist es gekommen, daß bis ins 20. Jahrhundert hinein die regelmäßige Bewilligung dieser Gelder stets mit diesem Zusatz erfolgt ist. Es ist die dauernde Fiktion geblieben, daß England sein Heer zur Bewahrung des Gleichgewichts unterhalte. Andererseits aber ist der Krieg doch auch deutlich ein Eroberungsfeldzug der germanischen Kolonialmächte. Hervorgerufen und veranlaßt ist er allerdings nur durch die Schuld Frankreichs, durch Ludwigs allzu weitschweifende Pläne. Aber nachdem er unvermeidlich geworden war, sollte er im Sinne der Gegner Ludwigs ganz anderen Plänen dienen als der bloßen Verteidigung. Die Seemächte sollten sich nehmen, soviel sie dem Gegner an Kolonien abzujagen imstande sein würden. Auf dieser Grundlage hat sich die Koalition gebildet, und diesmal hat sie gehalten, bis die von Frankreich drohende Gefahr wirklich beseitigt war.

Heroisch und bewundernswert hat Frankreich den Krieg geführt, aber schließlich ist es zusammengebrochen. Die Anerbietungen, die Ludwig auf den Konferenzen zu Geertruidenburg 1710 machte, beweisen, daß er sich am Ende seiner Kraft fühlte; sogar Straßburg wäre damals wieder für das Reich zu haben gewesen. Jedoch an den übertriebenen Forderungen der Alliierten, von denen besonders die englischen Whigs meinten nicht ablassen zu dürfen, vor allem an dem Ludwig persönlich an die Ehre gehenden Verlangen, mit eigenen Truppen seinen Enkel aus Spanien zu verjagen, sind die Verhandlungen gescheitert. Der Krieg ging weiter, und dennoch ist dem König die vernichtende Niederlage, zu der er rettungslos verurteilt schien, erspart geblieben. Denn in England vollzog sich der große Umschwung. Wilhelm war schon im ersten Jahre des Krieges gestorben, er hatte aus dem Leben scheiden können in dem sicheren Bewußtsein, daß sein Werk der Vollendung entgegengehe. Diese selbst zu schauen, ist ihm nicht vergönnt worden. Sein Ziel war gewesen, durch die aktive Teilnahme Englands das Gleichgewicht zu sichern, und anscheinend erfolgt 1711 ein Bruch mit dieser seiner Politik: das im Jahre vorher ans Ruder gelangte

Tory-Kabinett unter der Führung von Oxford und Bolingbroke, das von Anfang an den Krieg nur mit halber Seele geführt hatte, ruft die englischen Truppen vom Festland zurück, entsetzt Marlborough, die Seele des Kampfes gegen Ludwig, aller seiner Ämter und wendet der Koalition den Rücken. In Wirklichkeit aber konnte nichts mehr im Sinne Wilhelms sein als dieser Umschwung. Denn der Krieg hatte solchen Verlauf genommen, daß Frankreich jede Möglichkeit genommen war, seine alten Ansprüche durchzusetzen; seine Machtmittel stellten keine Gefährdung des Gleichgewichts mehr dar. Durch den Tod Kaiser Josephs 1711 aber war die Möglichkeit des früheren habsburgischen Weltreichs wieder aufgetaucht: sein Bruder Karl, der im Einverständnis mit den Seemächten zum König von Spanien gemacht worden war, erhielt die Kaiserkrone. Wilhelm hatte niemals Frankreich als solches bekämpft, sondern immer nur seine Vormachtstellung. In dem Augenblick, wo nicht mehr Ludwig, sondern die Habsburger zu einer solchen zu kommen drohten, hätte auch er so gehandelt wie Bolingbroke und im Interesse Europas, das er ja immer verfochten hat, ohne jeden Zweifel das Steuer herumgeworfen.

Dieser plötzliche Abfall Englands von der Koalition hat zum erstenmal den europäischen Mächten eine Tatsache vor Augen geführt, die sie zu ihrem Schaden noch oft haben erleben müssen: als Folge des parlamentarischen Regimentes genügt der Sturz des Kabinetts, um alle geschlossenen Verträge hinfällig werden zu lassen. Der Nachfolger im Ministerpräsidium findet völlig freies Feld vor, für ihn gelten die Verbindlichkeiten nicht, die sein Vorgänger eingegangen ist. Seitdem datiert der Ruf der Unzuverlässigkeit englischer Abmachungen, kein Staat kann dauernd auf einen Bund mit England bauen. Die Franzosen haben sehr oft auf diese Tatsache hingewiesen, Friedrich der Große und Bismarck haben aus diesem Grunde England schlechthin als bündnisunfähig bezeichnet, bei den Verhandlungen über ein deutsch-englisches Bündnis im Jahre 1898 hat der deutsche Botschafter Hatzfeldt offen auf dies Bedenken hingewiesen und die feierliche Annahme durch das Parlament, also eine Bindung beider Parteien, zur Bedingung gestellt. Aber so sehr diese Unzuverlässigkeit auf die Gefühle der Festlandsmächte gegen England eingewirkt hat, die Möglichkeit eines Bündnisses mit ihm hat trotzdem immer höchsten Wert besessen. Auch für Friedrich den Großen und Bismarck war das Bedenken nicht so ausschlaggebend, daß sie nicht unter Umständen

ebenfalls zum Abschluß mit England bereit gewesen wären; nur das ist dabei ihr eifrigstes Bestreben gewesen, daß diese Beziehung zu England nicht das einzige Eisen sei, das sie im Feuer hätten. Um sich einseitig und ausschließlich auf England festzulegen, dazu konnten sie ihm nicht genügend trauen.

Damals also zuerst hat der Kabinettswechsel eine völlige Veränderung der englischen Außenpolitik zur Folge gehabt. Englands Ausscheiden macht dem bedrängten Frankreich Luft, der Tod Kaiser Josephs hat Ludwig vor dem Schlimmsten bewahrt; den vollständigen Zusammenbruch hat er wenigstens vermeiden können. Er ist besiegt und furchtbar geschwächt — sowohl politisch und militärisch wie finanziell und moralisch — aus dem Krieg hervorgegangen, aber keineswegs vernichtet. Von dem Maß der vorherigen Überlegenheit über die anderen kann jedoch keine Rede mehr sein. Diese Verschiebung im Kräfteverhältnis ist weniger durch direkte Schwächung des territorialen Bestandes Frankreichs, als vielmehr durch Verstärkung der anderen, und zwar auf Kosten Spaniens, erreicht worden. Frankreich ist trotz seiner einwandfreien Niederlage nicht einmal der Staat, dem der Friedensvertrag die größte Einbuße gebracht hat. Der direkt und weitaus am meisten leidtragende Teil ist Spanien. Was Karl II. durch die Einsetzung Philipps zum Gesamterben hatte verhindern wollen, ist durch ihre Folgen gerade herbeigeführt worden, die Zerstückelung des spanischen Reiches. Es verliert in Europa alle seine Nebenlande. Die spanische Stellung auf der italienischen Halbinsel, in Sardinien und den Niederlanden geht an den Kaiser über, der dadurch derart verstärkt und derart an den Westen trotz seines Vordringens im Osten gebunden wird, daß auch das Verbleiben eines französischen Prinzen auf dem spanischen Thron keine Gefährdung des Gleichgewichts mehr darstellte. Dessen Wiederherstellung war die eine Seite des Kriegsziels gewesen, und sie ist in vollem Umfang verwirklicht worden. Das Ergebnis der Friedensschlüsse von Utrecht und Baden war so, daß die Großmächte, soweit sie nicht für sich selbst eine Vormachtstellung erträumt hatten, durchaus zufrieden sein konnten. Der Kaiser und Holland hatten nicht unerheblichen Gewinn davongetragen, und Frankreich blieb in seiner nationalen Existenz unangetastet, d. h. es stand auf dem Kontinent noch immer in vorderster Reihe, jedoch nicht mehr allein vor allen anderen. Das Gleichgewicht war wiederhergestellt.

Dennoch liegt gerade in den Bestimmungen des Utrechter Vertrages der Kern zur späteren Gefährdung des Gleichgewichts, zur Erhebung einer neuen Macht zur Vorherrschaft, allerdings nicht mehr im rein europäischen, sondern im weltpolitischen Rahmen. Diese Entwicklung hat sich daraus ergeben, daß auch die andere Hälfte des Kriegsziels, der Eroberungsfeldzug gegen die französischen und spanischen Kolonien in den Friedensbedingungen sich ausspricht. Und hier ist England der fast allein gewinnende Teil. Was auch den anderen alles zugefallen ist, es läßt sich doch nicht vergleichen mit den riesigen Vorteilen, die England einsteckte. Infolge seines vorzeitigen Sondervertrages mit Frankreich hat es die Machtverteilungen, die der Frieden brachte, ganz nach eigenen Wünschen regeln können. England ist der eigentliche Gewinner dieses Krieges und damit die Macht der Zukunft.

Es war in den Krieg eingetreten wesentlich aus Handelsrücksichten, und gerade sein Handel erfuhr durch die Bestimmungen des Friedens den ungeheuersten Aufschwung. Der „Assiento", der ihm das Monopol für die Sklaveneinfuhr nach den spanischen Kolonien bewilligte, sicherte ihm eine riesige Einnahme, die in der Folgezeit derart ausgebeutet worden ist, daß ein englischer Historiker (Lecky) den Sklavenhandel geradezu als „the central object of british policy" während des 18. Jahrhunderts bezeichnet hat, und dieser Vertrag wurde ergänzt durch äußerst vorteilhafte Handelsverträge mit Holland und Frankreich. Dazu kommt der unmittelbare koloniale Gewinn. Seitdem beginnt die Ausbreitung Englands über die Welt hin den stärksten Umfang anzunehmen; und es sichert diese Ausbreitung dadurch, daß es sich fern von seiner Insel in europäischen Gewässern politische und Flottenstützpunkte verschafft. Einer der ersteren Art ist Portugal, das seit dem Methuen-Vertrag von 1703 in Abhängigkeit von London geblieben ist. Ähnlichen Zwecken soll auch Sizilien dienen; durch Englands Fürsprache kommt es an Savoyen, das damit den ersten Schritt zu höherer politischer Bedeutung macht. Von Anfang an verdankt Savoyen seinen Aufstieg nicht der eigenen Kraft, sondern dem Wohlwollen der Großmächte: Bolingbroke dachte es als Zünglein an der Wage zwischen den beiden nunmehr im Mittelmeer wichtigsten Mächten, dem Kaiser und Frankreich, im englischen Interesse benutzen zu können. Zu diesen abhängigen Staaten kamen dann die Stützpunkte, die England direkt in den eigenen Besitz nahm und

zu Flottenstationen ausbaute: Gibraltar und Minorka. Durch sie konnte es die Kontrolle über das westliche Becken des Mittelmeeres ausüben. Auf Gibraltar hatten schon Cromwell und Wilhelm III. ihr Auge geworfen; daß der Utrechter Vertrag diesen so ungeheuer wichtigen Punkt in englischen Händen beließ, war von weitestreichender Bedeutung. Er ist eine der Säulen der britischen Weltherrschaft geworden.

Noch wichtiger aber für Englands Ausbreitung war das Ergebnis des Krieges, daß alle seine bisherigen weltpolitischen Konkurrenten nicht mehr sich ihm an Kraft vergleichen konnten. Auf die früheren Herren der Meere, Portugal und Spanien, brauchte es so gut wie gar keine Rücksicht mehr zu nehmen. Frankreich blieb zwar noch im Besitz eines umfangreichen und wertvollen Kolonialreichs; darin liegt der Keim der späteren Kämpfe. Aber vorderhand hatte es zu viel mit sich selbst und der Heilung der durch den Krieg geschlagenen Wunden zu tun, um an außereuropäische Betätigung denken zu können. Es mußte im Gegenteil froh sein, wenn England sich nicht auch noch weiterhin unmittelbar auf seine Kosten bereicherte. Schließlich aber, und das ist für den englischen Aufstieg das Wichtigste gewesen, konnte auch Holland, die andere Seemacht, nicht mehr als ebenbürtig gelten. Denn im Laufe des Krieges war es in einem Maße, das sich nicht wieder einholen ließ, von der Raum greifenden englischen Macht überflügelt worden. Dieser Entwicklung hatte es sich um des im Augenblick unentbehrlichen Bündnisses willen nicht widersetzen können, und der Utrechter Friede bestätigte in aller Form die nunmehr eingetretene Verschiebung. Das Zusammengehen mit England hat Holland um die führende Stellung auf dem Weltmarkt gebracht, es muß hinter dem stärkeren Rivalen zurücktreten. Noch vor wenigen Jahrzehnten war es, wie wir gesehen haben, ungeklärt gewesen, ob England oder Holland an den ersten Platz in der Beherrschung der Meere treten würde. Die Entscheidung ist gefallen zuungunsten Hollands; sie ist aber eingetreten nicht durch direkte Waffenauseinandersetzung, sondern auf die Dauer haben sich die inneren Kräfte des englischen Staates als die lebendigeren und reicheren erwiesen. Im Haag und in Amsterdam hat man auch erkannt, daß, wie der Lauf der Dinge sich gestaltet hatte, es ein aussichtsloses Bemühen gewesen wäre, sich wieder auf gleiche Höhe mit England hinaufzuheben, man hat deshalb auf den Kampf ver-

zichtet und weitere weltpolitische Expansion preisgegeben. Aber unter dem deprimierenden Eindruck der englischen Überlegenheit hat man gleich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und die Betätigung als Großmacht überhaupt in einer Weise eingestellt, daß der Staat ebenso rasch, wie er emporgekommen war, auch wieder herabsank. Eine Macht, die freiwillig auf Ausdehnung verzichtet, kann sich auch nicht auf der erklommenen Höhe halten. Nur das Volk hat, wie die Geschichte aller Zeiten und aller Länder lehrt, in Wahrheit das Zeug zur Großmacht, das in sich das Bedürfnis verspürt, über das Erreichte hinauszugreifen und einem möglichst weiten Teil der Welt den eigenen Stempel aufzudrücken. Hollands politische Bedeutung hatte ausschließlich auf seiner Weltstellung beruht; da es sich hier freiwillig beschied, verlor es angesichts seiner Unfähigkeit, mit den großen Militärstaaten des Kontinents in Wettbewerb zu treten, auch seinen europäischen Einfluß binnen kürzester Zeit. Eine Machtstellung ließ sich nicht behaupten, die mit dem festländischen Grund, worauf sie sich aufbaute, in keinem Verhältnis stand. Die Regierung ging ganz in die Hände der großen Kaufleute über, deren höchstes Ziel Handelsblüte und Geldverdienst war und die deshalb um jeden Preis politischen Verwicklungen fernbleiben wollten. Alles was der Staat noch an Kraft aufzubringen vermochte, setzte er an seinen Ehrgeiz, der Bankier Europas zu sein. Eine holländische Machtpolitik im eigentlichen Sinne des Wortes gibt es seitdem kaum mehr, in einseitig übertriebener Form wird die Politik de Witts zur Dauer erhoben, und da Holland um seines Handels willen einen Bruch mit dem übergewaltigen England nicht mehr riskieren kann, so ist es politisch vielfach in dessen Abhängigkeit geraten, — nach dem höhnischen Wort Friedrich des Großen die kleine Schaluppe am Schlepptau der stolzen Fregatte. Die Rolle Hollands als Großmacht ist ausgespielt.

Fürs erste gibt es also keinen Staat, der Englands Kolonial- und Handelspolitik hätte in den Arm fallen können. Es erfreut sich voller Freiheit jenseits der Meere, in aller Ruhe kann es sich ausbreiten. Nicht lange nach dem Utrechter Frieden hat James Thomson sein „Britannia rule the waves“ anstimmen können, diesen Triumphgesang, im Vergleich zu dem auch das mißverstandene „Deutschland über alles“ so überaus bescheiden anmutet. Wenn auch in der Folgezeit noch viel bestritten und infolge der politischen Eigenart des Zeitalters noch auf lange hinaus überhaupt nicht emp-

funden, geht die englische Weltherrschaft zurück auf die Niederringung Ludwigs XIV. Sie ist in Utrecht noch nicht als ragendes Gebäude aufgerichtet, aber die Voraussetzungen sind dort geschaffen worden, aus denen sie sich entwickeln konnte.

*

Während Ludwigs Vormachtstellung in diesem direkten Kampfe gebrochen wurde, erlitt sein Einfluß innerhalb des Staatensystems noch eine weitere Einbuße durch die Niederlage, die gleichzeitig der traditionelle Bundesgenosse Frankreichs, Schweden, sich im Nordischen Krieg zuzog. Wie der spanische Erbfolgekrieg um die Vorherrschaft in Europa und damit in der Welt ging, so wurde die innerhalb des baltischen Staatensystems durch den Nordischen Krieg entschieden. Auch das war eine Frage, der für Gesamteuropa höchste Wichtigkeit innewohnte; nur die vollständige Inanspruchnahme der anderen Mächte durch die eigene Kriegführung hat bewirkt, daß sie hier nicht eingegriffen haben. Für eine Anzahl von Jahren wird die Verbindung der nordischen Staatengruppe mit dem übrigen Europa wieder unterbrochen. Der Grund dafür liegt auch in dem Umstand, daß deren Schwerpunkt sich nach Osten hin in Gebiete vorschob, die bisher ganz auf sich selbst gestanden und sich noch nicht dem allgemeinen Staatensystem zugezählt hatten.

Schweden hatte sich nicht lange auf der 1648 erklommenen Höhe zu halten vermocht. Sein Ansehen war stark vermindert worden durch die offenbare Tatsache der Abhängigkeit von Frankreich, in die Gustav Adolfs Nachfolger verfallen waren, und dann weiter durch den Eindruck von Fehrbellin. Aber Karl XI. hat durch sein energisches Regiment die inneren Kräfte des Staates wieder auf solche Höhe gebracht, daß Schweden sich den bei seinem Tode von allen Seiten hereinbrechenden Angriffen zunächst durchaus gewachsen zeigte. Den Umstand ausnutzend, daß ein fünfzehnjähriger Knabe auf dem Throne saß, griffen Dänemark, Polen und Rußland zu den Waffen. Dänemark war der alte Erbfeind Schwedens; Polen strebte wieder nach der Ostsee, in Verbindung mit dem aufständischen livländischen Adel hoffte es die Verluste der letzten Jahrzehnte zurückzugewinnen. Allerdings befolgte der polnische König, August von Sachsen, kein bestimmtes politisches Ziel, aber sein Ehrgeiz ging sehr hoch, so daß er alle möglichen Pläne erwogen, zeitweilig z. B. daran gedacht hat, mit Frankreichs Hilfe dem Kaiser Schlesien zu entreißen, sich also eine Verstärkung seiner deutschen

Stellung in der Art zu verschaffen, wie es später Friedrich der Große getan hat. Bei ihm stand also keineswegs fest, nach welcher Richtung hin er sich betätigen werde; unter dem Einfluß Patkuls hat er sich dann der Ostsee zugewendet.

Derselbe Wunsch, die Ostseeküste zu erobern, hat auch Peter den Großen zum Angriff auf Schweden veranlaßt. Durch Vermittlung Polens war Rußland schon in den letzten Jahrzehnten in etwas engere Verbindung mit den europäischen Zuständen getreten; Handelsbeziehungen hatten seit dem Ende des 12. Jahrhunderts bestanden. Durch seine Festsetzung an der Ostsee wird es nun endgültig zum Mitglied des Staatensystems. Rußlands Sehnsucht nach der Ostsee reicht weit zurück, schon im 13. Jahrhundert, als es noch keine staatliche Einheit, sondern ein Bündel kleiner Fürstentümer war, hatten die sich in Livland festsetzenden deutschen Ritter und Kaufleute mit den Russen zu kämpfen gehabt, die aber damals rasch das Feld räumten. Aber nachdem sich um das Ende des 15. Jahrhunderts die Einigung Allrußlands unter der Führung der Großfürsten von Moskau vollzogen hatte, stieß um die Mitte des 16. Jahrhunderts Iwan der Schreckliche wieder nach Livland vor; Polen jedoch und Schweden, die sich inzwischen hier eingenistet hatten, wiesen seinen Angriff ab. Seitdem war trotz dieses Mißerfolgs eine gewisse Verbindung Rußlands mit dem Westen hergestellt, die westliche Kultur begann, wenn auch nur sehr langsam und oberflächlich, ihren Einzug zu halten. Aber politisch wußte Europa noch nichts von Rußland, selbst Leibniz hat das Zarenreich durchaus auf eine Stufe mit Persien und Abessinien gestellt; auch Rußlands Beteiligung an dem ersten Nordischen Krieg gegen Karl X. von Schweden (Frieden von Kardis 1661) hat daran nichts geändert. Demgegenüber ist es nun der bewußte Leitgedanke Peters des Großen gewesen, Rußland dem Staatensystem einzufügen, und zwar sofort in beherrschender Stellung. Seine Pläne bedeuten also die schwerste Gefährdung des europäischen Gleichgewichts, das neue Mitglied hat die Gefahr weiterer Verwicklungen erheblich vermehrt. In fast noch stärkerem Maße als bei den anderen Großmächten ist Rußlands Charakter gekennzeichnet durch den Drang nach Eroberung und Machterweiterung. Es ist das eine Folge seines halbasiatischen Charakters, sowie der Ausfluß des unerhörten Kraftbewußtseins, das dem jungen Reiche innewohnt. Für Europa aber ist es ein neuer Störenfried.

Auch das hat Zar Peter erkannt, daß die Gewinnung dieser vorherrschenden Stellung in dem nunmehr gesteckten großen Rahmen nur dann für Rußland möglich sein werde, wenn es sich die Hilfsmittel der europäischen Kultur in stärkerem Umfang aneigne und durch sie seine unberechenbaren materiellen Kräfte zur eigentlichen Entfaltung bringe. Auf diese Weise hat Peter der Große eine neue Phase im Verhältnis von Okzident und Orient heraufgeführt. Bisher hatten die Vorstöße der orientalischen Mächte immer nur auf deren eigenen Mitteln beruht und waren deshalb gescheitert. Jetzt nimmt Rußland ein Stück des westlichen Kulturapparates in sich auf und vermehrt dadurch in hohem Maße die Möglichkeit des Erfolges; allerdings wird dabei auch wenigstens in etwas der klaffende Artunterschied überbrückt, Rußland selbst rückt vom Orient ab und mehr nach dem Westen hin. Was das Zarenreich damals durchgemacht hat, erinnert stark an die Entwicklung, die in unseren Tagen in Japan eingetreten ist: der Staat nimmt europäisches Wesen an und macht sich europäische Kultur und Technik zunutze, um mit Erfolg gegen Europa auftreten zu können. In Japan läßt sich derselbe Ehrgeiz, dieselbe Willenskraft und kluge Berechnung, wie in dem Rußland Peters des Großen erkennen. Der Unterschied ist aber, daß in Japan fast das ganze Volk, nachdem es die anfänglichen Widerstände gegen das Eindringen fremden Wesens fallen gelassen hat, diese Entwicklung mitmacht und unterstützt, während Zar Peter seine Riesenaufgabe so gut wie allein und im Kampfe gegen die am Althergebrachten hängenden Neigungen seines Volkes geleistet hat. Eine Aufgabe von welthistorischer Tragweite hat dieser eine Mann auf seine Schultern genommen und, was an ihm war, durchgeführt. Es ist aber auch gleichzeitig der schwache Punkt Rußlands, daß das Europäertum dem Volke zwangsweise aufoktroyiert werden mußte. Infolgedessen ist es nur in eine dünne Schicht übergegangen, nur soweit als es der Staatsgewalt nützlich erschien, und nicht in die Grundfesten aufgenommen worden, so daß sich eine dauernde Uneinheitlichkeit ergeben hat, deren Folgen sich auch in der russischen Politik immer wieder bemerkbar gemacht haben. Seinem innersten Wesen nach ist Rußland asiatisch und orientalisch geblieben und deshalb nicht befähigt, in Europa die führende Stellung zu gewinnen, solange es nicht die Macht besitzt, mit brutaler Gewaltsamkeit der Gesamtheit der anderen seinen Willen aufzuzwingen.

Als beſtes Mittel, ſeinem Volke in größerem Umfang die Segnungen der europäiſchen Kultur zuteil werden zu laſſen, erkannte Peter die Herſtellung möglichſt enger politiſcher und wirtſchaftlicher Beziehungen, vor allem verſprach er ſich ſehr viel von dem Handel. Noch aber war Rußland vom Weſten durch einen breiten Gürtel von Ländern abgeſchieden, die ſelbſt nicht über das höchſte Maß der geprieſenen weſtlichen Kultur verfügten. Polen war ja eine völlig andere Welt als Europa, in ſeinen Zuſtänden Rußland ſehr viel näher verwandt als dem Weſten, zu dem es nur ſeine Zugehörigkeit zur römiſch-katholiſchen Religion hinübergeführt hatte, und in den Oſtſeeprovinzen war bloß eine dünne Oberſchicht von Deutſchen und Schweden über der auf genau derſelben Kulturſtufe wie das ruſſiſche Volk ſtehenden Maſſe der Eingeborenen. Dieſe unfruchtbare Zwiſchenzone galt es alſo zu überwinden, und dieſe Tatſache in Verbindung mit dem Wunſch, durch Belebung des Handels den Finanzen aufzuhelfen, wies Peter mit unbedingter Notwendigkeit auf das Meer hin. Nur dann konnte er Erfolge erzielen, die für die Dauer vorzuhalten geeignet waren, wenn es ihm gelang, ſeinem Staat den Zugang zum Meere mit allen ſeinen Nutzungsmöglichkeiten zu erſchließen. Das iſt der tiefere Sinn des Vorſtoßes, den der Zar gleichzeitig nach zwei Richtungen hin durchführte.

Es iſt ſchon erwähnt worden, daß Peter 1696 im Süden Aſow eroberte. Damit gewann er die Möglichkeit einer Verbindung zum Mittelmeer, der freie Ausgang dorthin wurde aber durch die Türken als die Herren des Bosporus und der Dardanellen unterbunden. Infolgedeſſen ſetzt von dem Augenblick an, wo Rußland am Schwarzen Meer Fuß faßt, ſein Streben nach Konſtantinopel ein, das einen wichtigen Beſtandteil der geſamteuropäiſchen Politik in den beiden ſeitdem vergangenen Jahrhunderten gebildet hat. Dies Streben iſt hervorgerufen und unterſtützt auch durch Gefühlsgründe ſtärkſter Art, iſt doch Konſtantinopel mit der Hagia Sophia die Mutterſtadt ruſſiſchen Glaubens und ruſſiſchen Geiſtes. Aber auch rein politiſch iſt es etwas Notwendiges und Selbſtverſtändliches für ein nach wahrhafter Großmachtſtellung hinſtrebendes Rußland, daß es die Feſſel der in fremder Hand befindlichen Meerengen abſchütteln und ſich den freien Zugang zum Weltverkehr eröffnen will. Von Anfang an iſt deshalb die türkiſch-ruſſiſche Feindſchaft geradezu naturgegeben geweſen, und ſobald Rußland in Über-

windung des heutigen Schwächezustandes wieder sich zu einheitlichem Ganzen zusammengeschlossen haben wird, wird es mit derselben Notwendigkeit sich gegen den Staat wenden, dem inzwischen die Meerengen zugefallen sein werden. „In dieser Angelegenheit," so hat Dostojewski, der Prophet des slawischen Weltreichs, geschrieben, „dürfen wir Europa keine einzige Konzession machen, denn hier handelt es sich für uns um Leben oder Tod," und Danilewski hat dieselbe Auffassung in die Worte gekleidet: „Die orientalische Frage gehört nicht zu den Fragen, welche der Entscheidung der Diplomatie unterliegen." Das ist das Dogma des Panslawismus gewesen, und es muß anerkannt werden, daß er von seinem Standpunkt aus gar nicht anders denken konnte.

Neben dieser einen Richtung, in der Peter der Große sich ans Meer heranarbeitete, läuft die andere einher, die nach der Ostsee, kaum minder wichtig und jedenfalls für das damalige Europa noch unmittelbarer fühlbar. Da hier die ganze Rußland vorgelagerte Küstengegend sich im Besitz Schwedens befand, konnte der kriegerische Konflikt der beiden Mächte nicht ausbleiben. Schon lange wartete der Zar auf einen günstigen Augenblick, um über den starken Gegner herzufallen, und so ergriff auch er wie Dänemark und Polen die Gelegenheit der Thronbesteigung Karls XII. Anscheinend ist es also ein brutaler Eroberungskrieg, den die drei Mächte beginnen, aber er findet doch seine innere Rechtfertigung durch die Tatsache, daß Schweden innerhalb der baltischen Staatengruppe eine ähnliche Rolle spielte wie Frankreich innerhalb Europas: es war die weitaus stärkste Macht, und die anderen mußten von ihm eines Vorgehens gewärtig sein wie Europa von Ludwig XIV. Deshalb ist es begreiflich, daß sie dieser Gefahr ein Ende machen wollten. Aber was wir so oft im europäischen Staatensystem erlebt haben, das wiederholt sich jetzt auch hier im Norden und Osten: die Mächte, die angeblich nur zur Verteidigung der eigenen Freiheit gegen die drohende Übermacht auftreten, streben tatsächlich nach der eigenen Vorherrschaft.

Während wir uns beim spanischen Erbfolgekrieg auf die Feststellung des Ergebnisses beschränken konnten, müssen wir hier beim Nordischen Krieg auch seinen Verlauf ins Auge fassen, da er verschiedentlich eine Umgestaltung der gesamten Staatenordnung in den Bereich der Möglichkeit gerückt hat. Sein Ausbruch kam allen Großmächten höchst unerwünscht. Die Interessen der See-

mächte als der eigentlichen Herren des Oſtſeehandels konnten durch eine hier eintretende Machtverſchiebung peinlichſt geſchädigt werden, deshalb wollten ſie den augenblicklichen Zuſtand aufrecht erhalten wiſſen. Aber ihr Vermittlungsangebot blieb ungehört, da ſie im Augenblick bei der Bindung aller ihrer Kräfte gegen Ludwig nicht in der Lage waren, es durch materiellen Druck zu ſtützen. Nachdem der Krieg dann ausgebrochen war, richteten ſie ihr eifriges Bemühen darauf, ihn zu lokaliſieren und zu verhindern, daß er ſich mit dem Erbfolgekrieg verflocht. Aber ebenſo wie die Seemächte wurde auch Ludwig durch den Beginn des Nordiſchen Krieges höchſt unangenehm berührt, denn das Wiederzutagetreten der alten, in letzter Zeit durch ſeine Vermittlung überbrückten Feindſchaft zwiſchen Schweden und Polen zerbrach endgültig das Syſtem der Allianzen, wie es zu Beginn ſeiner Regierung beſtanden hatte, das ſeitdem allerdings ſchon erſchüttert worden war, das er aber immer noch wieder aufzurichten hoffte. Durch beide Staaten hatte er den Kaiſer niederhalten wollen; indem der Krieg zwiſchen ihnen ausbrach, verſagten ſie beide hierfür. Inſofern iſt alſo der Kaiſer der einzige, dem der Kriegsausbruch zum Vorteil gereicht hat; aber deſſen Folgen mit dem Aufkommen Rußlands und der Verſtärkung Preußens ſind gerade für ihn beſonders ſchlimm geweſen, und es mußte ihm auch von Anfang an höchſt bedenklich erſcheinen, daß die Neugeſtaltung der Dinge hier vor ſich gehe, ohne daß er, bei ſeiner gänzlichen Inanſpruchnahme durch den Kampf gegen Ludwig, mitreden konnte.

Anfänglich ſah es ſo aus, als ob Schweden ſich nicht nur behaupten, ſondern aller ſeiner Feinde Herr werden und damit die eigene Vormachtſtellung noch weiter befeſtigen könnte. Aber durch ſein ſchwer begreifliches Verhalten hat Karl XII. die Wirkung aller ſeiner Schlachterfolge zunichte gemacht; während er als Feldherr Geniales geleiſtet hat, iſt ſeine Politik geradezu töricht geweſen. Es war auch eine ungeheuerlich ſchwere Aufgabe, vor die der König geſtellt wurde, und bei ſeiner Jugend war es kein Wunder, daß er ihr nicht gewachſen geweſen iſt. Aber auch in ſpäteren Jahren, und gerade da, widerſprach ſeine Haltung den einfachſten Geboten vernünftiger Überlegung, ſeine Natur vertrug ſich nicht mit planmäßigem und ſyſtematiſchem Handeln. Nicht durch politiſche Rückſichten, ſondern durch Gefühl hat er ſich leiten laſſen: aus perſönlichem Haß gegen Auguſt von Polen, den er für den Krieg

verantwortlich machte, hat er den verhängnisvollen Fehler begangen, 1701 nach seinem Sieg an der Düna sich gegen ihn, anstatt gegen Rußland zu wenden. Hätte er damals Peter angegriffen, so würde dieser, dessen Armee bei Narwa vernichtet war, ihm wehrlos ausgeliefert gewesen sein; vielleicht hätte Karl den Aufstieg des Zarenreiches im Keime erstickt und damit die Stellung Schwedens als Vormacht des Nordens unerschütterlich aufrichten können. Aber er durchschaute nicht, von welchem seiner Gegner ihm die eigentliche Gefahr drohte, und hat Peter Zeit gelassen, in angestrengtester Arbeit sein Heer nach europäischem Muster zu reorganisieren. Seine Wendung gegen August hat ihm ja allerdings im Frieden zu Altranstädt zu ausgiebigstem Triumph verholfen, aber die schlimmen Folgen sind alsbald hervorgetreten.

Zunächst einmal hat Karls Vorstoß nach Sachsen hinein die Möglichkeit geschaffen, daß der Krieg auch auf andere Reichsteile übergreife. Preußen begann Verhandlungen und drohte mit seiner Einmischung, wenn Karl nicht dareinwillige, daß Polen ihm Westpreußen abträte. Dieser erste Versuch, die Landbrücke zu seinen östlichen Besitzungen zu schlagen, scheiterte aber an Karls Ablehnung, worauf Preußen wirklich sich dessen Gegnern näherte. Es war ja in der glücklichen Lage, auf jeder der beiden Seiten für sein Hochkommen äußerst wichtige Gebiete gewinnen zu können: siegte es im Bunde mit Schweden, so konnte es auf Westpreußen rechnen, auf der Gegenseite winkte ihm Pommern. So drohte ein Staat, der in der Koalition gegen Frankreich stand, auch in den Nordischen Krieg einzugreifen, was wohl zu einem Bündnis zwischen Ludwig und Karl geführt hätte. Um das zu verhindern und um die preußischen Truppen sich zu erhalten, kam Marlborough persönlich nach Berlin, und durch Drohungen und geringe Versprechungen hat er es fertig gebracht, die preußischen Staatsmänner, die sich in der Regierungszeit des ersten Königs nicht gerade durch Kraft und weiten Blick auszeichneten, vom Handeln abzuschrecken. Preußen blieb auch weiterhin diesen Kämpfen fern, obgleich sie in ganz anderem Maße seine eigentlichen Lebensinteressen berührten als die in Westeuropa.

Bedenklicher aber noch als diese schwankende Haltung Preußens war die Wirkung davon, daß Karl XII. so lange Zeit in Sachsen stehen blieb. Das neue Auftreten eines Schwedenkönigs im Reich ließ die Erinnerung an den Dreißigjährigen Krieg wieder aufleben, die

evangeliſchen Fürſten erwogen ſchon eine große Umwälzung der Reichsverfaſſung zugunſten ihres Glaubens. Außerdem aber erhob ſich jetzt in voller Stärke die Gefahr eines Bundes zwiſchen Karl und Ludwig. Marſchall Villars, Ludwigs beſter Mann, erſchien in Altranſtädt und umwarb den Schweden. Der Abſchluß des Bündniſſes in dieſem Augenblick und bei der Stellung, die Karl innehatte, wäre vielleicht einer Kataſtrophe für die Koalition gleichgekommen, denn Wien wäre vollkommen ungedeckt ſeinem Angriff ausgeſetzt geweſen, da die geſamte kaiſerliche Heeresmacht in Spanien, Italien, am Rhein und in den Niederlanden focht. Während dieſer Wochen hing das Schickſal Europas von der völlig unberechenbaren Laune des jungen Königs ab. Um ihm zu zeigen, daß er, wenn er ſich gegen den Kaiſer wende, die Feindſchaft der Seemächte für ſein Land heraufbeſchwöre, iſt auch Marlborough nach Altranſtädt geeilt, und ſeinem Einfluß, vor allem aber auch konfeſſionellen Rückſichten, die mit den Erinnerungen ſeines Hauſes ſehr ſtark auf Karl XII. eingewirkt haben, hatte Europa es zu danken, daß das Gewitter vorüberzog. Von rein ſchwediſchem Standpunkt aus betrachtet, hat der König, obwohl diesmal durch die Gegnerſchaft der Seemächte zweifellos ein ſehr erhebliches Riſiko damit verbunden geweſen wäre, noch einmal, wie nach dem Sieg an der Düna, eine nie wiederkommende Gelegenheit vorbeigehen laſſen, und auch das proteſtantiſche Intereſſe hat er nur ſehr ſchwächlich vertreten. Von irgendeinem folgerichtigen Anſtreben klar durchdachter Ziele iſt eben bei ihm keine Rede. Europa aber, ſoweit es zur Koalition gehörte, konnte aufatmen, als er wieder gen Oſten zog.

Jetzt jedoch erwieſen ſich die ſchlimmen Folgen ſeines Abmarſches nach Sachſen. Was inzwiſchen ſich im Oſten ereignet hatte, hat er nicht rückgängig machen können, und das iſt ihm zum Verderben ausgeſchlagen. In aller Ruhe hatte Peter die Kräfte ſeines Reiches wiederhergeſtellt und die Abweſenheit Karls benutzt, um ſein eigentliches Kriegsziel, die Eroberung der Oſtſeeprovinzen, zu verwirklichen. Von einem Vorſtoß nach Südrußland hinein verſprach ſich Karl nicht nur die Rückgewinnung dieſes Verluſtes, ſondern die volle Auflöſung des Zarenreiches. Statt deſſen hat er ihm die vernichtende Niederlage von Pultawa eingetragen. Schweden hat ſich von ihr nie wieder erholen, ſein Heer nicht mehr auf die alte Höhe bringen können. Auch Europa erkannte, daß es vorbei war mit der großen Stellung des ſchwediſchen Staates. In Ver-

sailles ist Pultawa als eigene Niederlage empfunden worden. So richtig dieses Gefühl auch war, andererseits sind die unmittelbaren Folgen der Schlacht doch auch für die Koalition keine angenehmen gewesen, denn sie schien zu bewirken, daß jetzt tatsächlich ein Teil der Alliierten sich von dem Kampf gegen Frankreich ab- und dem gegen Schweden zuwendete. Von allen Seiten stürzten sich jetzt die Feinde auf das ermattende Schweden, und auch Preußen erkannte, daß es höchste Zeit zum Eingreifen sei, wenn es aus dem schwedischen Schiffbruch etwas für sich selber gewinnen wollte. Wieder aber haben die Großmächte einen Weg gefunden, der es ihm auch weiterhin ermöglichte, ohne Schaden dem Kriege fernzubleiben. Im Haager Konzert von 1710 wurde die Neutralität des schwedischen Besitzes im Reich ausgesprochen, so daß Rußland, das schon sehr deutlich seine Hand ausstreckte, von den Ländern ferngehalten wurde, auf die Preußen schon seit längerer Zeit hinstrebte.

Aus eigenem Interesse also haben die Mächte Schweden die Handhabe geboten, seine norddeutschen Besitzungen und damit immer noch eine ansehnliche internationale Stellung zu behaupten. Aber Karl selbst, beherrscht durch die fixe Idee eines großen Sieges über die Russen mit Hilfe der Türken, hat diese letzte Möglichkeit zuschanden gemacht. Er lehnte das Angebot ab und ebenso ein weiteres, das ihm ebenfalls noch gute Aussichten eröffnet hätte: Preußen, Sachsen und Polen wären zu einer billigen Verständigung bereit gewesen. In gänzlicher Verkennung der Sachlage hat er sie von sich gewiesen.

Daß diese drei Staaten unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen sich mit Schweden vertragen wollten, hatte seinen Grund darin, daß ihnen allen unheimlich geworden war vor dem gewaltigen Aufstieg Rußlands. Sie selbst fühlten sich bedroht durch den mit brutaler Offenherzigkeit zur Schau getragenen Wunsch Peters, seinen Einfluß auf Norddeutschland auszudehnen. Angesichts dieses Zieles war es für Preußen ein Glück, daß endlich der Spanische Erbfolgekrieg zu Ende ging und es infolgedessen seine ganze Aufmerksamkeit den baltischen Vorgängen zuwenden konnte. Die Wirkung trat sofort ein; die preußischen Waffen hatten einen solchen Ruf gewonnen, daß selbst Peter die Verständigung vorzog. Er hatte allerdings mit dem Gedanken gespielt, durch ein Bündnis mit Frankreich zur Hegemonie zu gelangen; für sein Selbstbewußtsein bezeichnend sind die Worte, mit denen er sich 1717 dem Regenten anbot: „Ich

werde Euch Polen, die Türkei und Schweden erſetzen." Die ruſſiſche Kraft hielt er alſo für ausreichend, um allein das ganze große Syſtem von Allianzen, wie es in den Anfängen Ludwigs XIV. beſtanden hatte, für Frankreich aufzuwiegen. Aber nach deſſen Tode war der franzöſiſche Staat unter der Nachwirkung der ungeheuerlichen Kriegsanſtrengungen in Lethargie verfallen, ſo daß er keine feſte Stütze für Rußlands ehrgeizige Abſichten darſtellte. Deshalb mußte Peter notgedrungen ſich mit Geringerem begnügen. So iſt es Friedrich Wilhelm I. gelungen, den Zaren von der deutſchen Oſtſeeküſte fernzuhalten und für ſich ſelbſt Pommern, dies alte Ziel der Sehnſucht Brandenburgs, zu gewinnen. Und um das Schickſal Schwedens zu vollenden, trat jetzt auch noch England gegen es in den Krieg: die Thronbeſteigung des Kurfürſten von Hannover machte ſich geltend, denn Hannover ſtand in bezug auf Bremen und Verden in genau dem gleichen Verhältnis zu Schweden, wie Preußen in bezug auf Pommern. Aber es iſt nicht bloß das hannöverſche Intereſſe, das für die Beſetzung Bremens ſprach, ſondern eigenes britiſches Machtbedürfnis: ſchon Cromwell hatte ſie bei ſeinen Plänen feſtländiſcher Eroberungen ins Auge gefaßt, um auch dieſen Teil der Nordſee unter engliſche Herrſchaft zu bringen. Durch die Vereinigung mit Hannover erhielt England den Anſtoß, dieſe Politik wieder aufzunehmen.

Es iſt kein erfreuliches Schauſpiel, wie von allen Seiten die Übermacht über das wehrloſe Schweden herfällt und ſich auf ſeine Koſten bereichert, wenn auch das Verhalten Karls derartiges geradezu herausforderte. Noch einmal hat Schweden den Beiſtand ſeines alten Verbündeten, Frankreich, angerufen, und Ludwig XIV. hat trotz der eigenen ſchlimmen Finanznot ihm wenigſtens Hilfsgelder gezahlt. Auch Spanien hat im Zuſammenhang mit der noch zu betrachtenden Politik Alberonis ein Bündnis mit Schweden abgeſchloſſen, aber beides hat weder zur Ausdehnung des Kriegs geführt noch dem erliegenden Staat irgendwie helfen können. So hat ſich Schweden in ſein Geſchick fügen müſſen, um ſo mehr, als die noch verbliebene Kraft durch inneren Zwiſt gelähmt wurde. Gegen das Königtum erhob ſich die feudale Oppoſition, gleichzeitig von außen und von innen wurde der Staat erſchüttert, und dieſem doppelten Angriff hat er nicht ſtandzuhalten vermocht. Er mußte einen Strich machen unter ſeine Kriegs- und Großmachtpolitik. Graf Görtz hatte das richtige Prinzip verfolgen wollen,

erst das große Rußland als den gefährlichsten Gegner zu befriedigen, damit dann von den anderen billigere Bedingungen hätten erreicht werden können, aber der Adel hat ihm den umgekehrten Weg vorgeschrieben, und so ist es gekommen, daß Schweden in jedem dieser Verträge ausschließlich der leidtragende Teil gewesen, schließlich aber Rußland gegenüber verhältnismäßig noch gut davongekommen ist. Es hat das der Haltung Englands zu verdanken. Für das Londoner Kabinett wurde nach Befriedigung seiner eigenen Ansprüche, wodurch das im Erbfolgekrieg Gewonnene noch weitere Verstärkung erfuhr, der Wunsch maßgebend, Rußland nicht zu groß werden zu lassen. Deshalb hat es seine Flotte in die Ostsee entsandt. Vor dieser Demonstration ist Peter zurückgewichen und hat sich beschieden. Die Bedingungen, unter denen er abschloß, waren noch sehr günstig, aber nicht das, was er erstrebt hatte.

Das Gesamtergebnis der verschiedenen Friedensschlüsse der Jahre 1719—1721 ist mit dem Zusammenbruch der schwedischen Ostseestellung, dem Verlust der baltischen Provinzen und seiner norddeutschen Besitzungen das Ausscheiden Schwedens aus der Reihe der Großmächte. Noch zwei Kriege hat es im Laufe des 18. Jahrhunderts geführt, um durch Wiedergewinnung der Ostseeprovinzen die alte glänzende Stellung zurückzuerobern (1741—1743 und 1788—1790), aber es hat das Rad der Geschichte nicht rückwärts drehen können. Denn seine innere Kräftigung hatte nicht Schritt gehalten mit seiner äußeren Entwicklung. Auch die Geschichte Schwedens ist ein Beweis dafür, daß eine große Stellung innerhalb des Staatensystems sich auf die Dauer doch nur dann behaupten läßt, wenn sie auf wenigstens einigermaßen entsprechender Grundlage ruht und die Basis einigermaßen im Verhältnis steht zum Gesamtbau. Holland hat sich nicht aufrechterhalten können, weil das bei ihm nicht zutraf, Portugal ist aus demselben Grunde trotz seines Weltreichs überhaupt nie zu Einfluß in Europa gekommen, und auch Schweden hat sich der Wirkung dieses Gesetzes nicht entziehen können.

An Schwedens Stelle tritt Rußland, und zwar trotz der Einschränkung, die es sich hatte gefallen lassen müssen, gleich gefährlicher für die anderen, als Schweden jemals zur Zeit seiner höchsten Blüte gewesen war. Rußlands Macht war zweifellos groß, aber noch größer war die Besorgnis, die an den anderen Höfen vor ihm herrschte. Alle Kabinette besaßen ganz übertriebene Vorstellungen von den Hilfsmitteln dieses plötzlich unter sie getretenen

Staates, der sich vor ihren Augen aus dem scheinbaren Nichts zur Großmacht entwickelt hatte; sie standen alle unter dem Eindruck, daß schon die nächste Zeit Rußland schlechthin zur Führerschaft emporheben werde. Das war von Anfang an das Ziel Peters des Großen gewesen, der erste Schritt hatte aber noch nicht den ganzen Weg durchmessen: obwohl Rußland ohne Zweifel der eigentliche Gewinner des Nordischen Krieges gewesen ist, wie England der des Spanischen Erbfolgekrieges, war der Platz, den es damit innerhalb des Staatensystems einnahm, doch nicht der erste. Es hatte festen Fuß an der Ostsee gefaßt, war aber nicht ihr Herr geworden. Weil aber noch nicht gleich alle Ziele erreicht worden waren, bleibt das russische Streben weiter bestehen und bleibt ein dauerndes Beunruhigungsmoment. Klassischen Ausdruck hat dies Streben in dem sogenannten politischen Testament Peters des Großen gefunden. Obwohl es fraglos gefälscht ist, könnte es seinem Inhalt nach unbedingt echt sein. Es gibt in der Tat die Pläne wieder, die Peter ins Auge gefaßt hatte, durch gleichzeitiges Vordringen in Europa und Asien sich zum Herrn der Welt zu machen.

Entschiedenen Aufschwung hat neben Rußland auch Preußen erzielt. Noch ist es zwar nicht zur Großmacht geworden, aber weit ist es nicht mehr davon entfernt. Durch die Leistungen seiner Truppen hat es erreicht, daß seine Stimme schon Gehör findet im Konzert der Mächte. Die europäische Politik hat mit ihm als nicht bedeutungslosem Faktor zu rechnen, und wenn nicht Einigkeit zwischen den Kabinetten besteht, haben sie auf seine Wünsche Rücksicht zu nehmen. Die nächsten Jahrzehnte haben ihm dann mit dem Werk Friedrich Wilhelms I. den inneren Kraftgewinn gebracht, der es befähigte, auch äußerlich den Schritt zur Großmacht zu vollziehen.

In ihrer Rückwirkung auf Gesamteuropa bringen diese Ergebnisse des Nordischen Kriegs abermals wie die des Spanischen Erbfolgekriegs eine Schwächung Frankreichs. Die große Rolle seines Bundesgenossen ist ausgespielt und damit die eigene erheblich beeinträchtigt. Durch Rußlands Emporkommen an Stelle von Schweden ist es zu Ende mit Frankreichs großem Einfluß im Norden und Osten. Das System der Bündnisse aus dem Beginn von Ludwigs Regierungszeit hatte zuerst durch das Herabsinken der Türkei ein nicht wieder gutzumachendes Loch bekommen, jetzt bricht es gänzlich zusammen. Zwar ist die Allianz mit Schweden in der Folgezeit

meistens bestehen geblieben, aber sie wollte nichts mehr besagen, und auch Polen mit seinem Wahlkönigtum bot zwar noch Punkte, an denen der französische Einfluß einsetzen konnte, aber von entscheidender Stellung im Streit der polnischen Parteien war Frankreich sehr weit entfernt. Die unmittelbar das Land umklammernden Großmächte Österreich und Rußland hatten viel wirkungsvollere Mittel, ihren Willen durchzudrücken. Auch hier also war eine Stütze der internationalen Stellung Frankreichs ins Wanken geraten, und selbst in den Zeiten, wo das Bündnis noch erhalten blieb, war es wegen der inneren Fäulnis des polnischen Staates ziemlich wertlos. Polen, Schweden und die Türkei, alle drei Staaten, durch die Frankreich bisher auf den Osten hatte einwirken können, versagten also fortan; damit ist seine große Stellung in dieser Gegend zusammengebrochen.

Der Nordische Krieg hat demnach in derselben Richtung gewirkt wie der Spanische Erbfolgekrieg, beide gemeinsam haben den Griff Frankreichs nach der Weltherrschaft zum Scheitern gebracht. Die überragende Stellung, deren es sich seit 1648 und 1659 hatte erfreuen können, ging ihm verloren; es wurde wieder nicht mehr als eine von mehreren Großmächten, die sich untereinander das Gleichgewicht hielten. Aber die Zusammensetzung dieser Gruppe der Großmächte hat durch die Periode des Kampfes gegen Ludwig XIV. ein ganz anderes Bild gewonnen: zu deren Beginn waren es Frankreich, England, Holland, Österreich und Schweden gewesen, von jetzt an sind es Frankreich, England, Österreich und Rußland, die auf die Bezeichnung als Großmacht Anspruch erheben können und das Angesicht der europäischen Politik bestimmen.

2. Das kontinentale Gleichgewicht und der Kampf Englands und Frankreichs um die Weltstellung 1715—1790

Die unmittelbare Folge der großen Kriegsepoche zu Beginn des 18. Jahrhunderts ist ein Nachlassen der Unternehmungs- und Eroberungslust der festländischen Großmächte. Die ganz großen Fragen hatten ja auch eine vorläufige Entscheidung gefunden, zunächst stand kein Problem im Vordergrund, an dessen Lösung ganz Europa gleichmäßig interessiert gewesen wäre. Infolgedessen ist die Zeit

vom Badener Frieden bis zum Tode Kaiser Karls VI. und zur Thronbesteigung Friedrichs des Großen mehr eine vorbereitende. Sie ist zwar gekennzeichnet durch ein ganz besonders gesteigertes Maß diplomatischer Betriebsamkeit und erfüllt von einem unruhigen Hin und Her, aber das ist ja, wie wir auch bei den Kämpfen um Italien nach 1494 gesehen haben, gerade charakteristisch für solche Zeiten der Vorbereitung. In ihr entwickeln sich allmählich die weltumspannenden Kräfte und Tendenzen, die dann in dem Zeitalter, das wir vom rein kontinentalen Gesichtspunkt her als das Friedrichs des Großen bezeichnen, hervorbrechen, das Staatensystem beherrschen und diese Zeit zu einer für die europäische und weltpolitische Entwicklung entscheidenden machen.

Um die Aufrechterhaltung des in Utrecht wiederhergestellten, durch Rußlands Eintritt aber erneut verschobenen Gleichgewichts gehen diese vorbereitenden Kämpfe. Gegen die früheren Perioden nehmen sie infolge der Ausbildung einer Reihe ziemlich gleichstarker Mächte ein anderes Gesicht an. Als Spanien nach der Vorherrschaft strebte, war Frankreich sein großer Gegner gewesen; um diese beiden Pole hatten sich die anderen Staaten gruppiert. Gegen Ludwig XIV. war die Koalition aller nötig gewesen, um den einen Überragenden niederzuringen. Jetzt ist es ausgeschlossen, daß sich in Europa eine einzelne Macht auf allbeherrschende Höhe erhebe, daher wird das Gleichgewicht nunmehr aufrechterhalten durch den fortwährenden Wechsel der Allianzen. Aber je länger, desto mehr treten doch wieder zwei Staaten hervor, deren dauernder Gegensatz der bestimmende Grundzug der gesamteuropäischen Politik wird. Wir haben gesehen, wie sehr das Streben nach der Vormachtstellung in Peter dem Großen lebendig war. Das hatte ihm alsbald die Feindschaft Englands eingetragen. Soeben hatte England die von Frankreich her drohende Gefahr überwunden, jetzt wollte es nicht eine andere Macht aufkommen lassen, die fähig gewesen wäre, das Gleichgewicht zu zerstören und damit sein Rivale auch in der Welt zu werden. Deshalb war es ihm am Ende des Nordischen Krieges entgegengetreten, es hatte auch erreicht, daß ihm der Friedensschluß nur einen mäßigen Gewinn einbrachte, der es nicht über die anderen Großmächte hinaushob. Da also das materielle Kräfteverhältnis den Zaren zwang, seine Wünsche nicht in Taten umzusetzen, und vor allem auch von Schritten abhielt, Rußland zur wirklichen Seemacht zu erheben, so lag kein

Grund zu dauernder Feindschaft zwischen England und Rußland vor. Der Abgrund, der sich zwischen ihnen aufgetan hatte, wurde vorläufig wieder überbrückt; in den folgenden Jahrzehnten hat Europa zwar stets mit dem möglichen Aufflackern des englisch-russischen Gegensatzes rechnen müssen, aber noch nicht eigentlich unter seinem wirklichen Losbruch zu leiden gehabt.

Also nicht, wie es zunächst den Anschein gehabt hatte, Rußland ist die Macht, die den Gegenpol Englands bildet, sondern abermals, trotz allem Geschehenen, tritt Frankreich mit solchem Anspruch auf den Plan. Wie einst Spanien und Frankreich, so sind es jetzt Frankreich und England, deren Feindschaft, sobald der französische Staat die Schwächeperiode nach der Niederlage einigermaßen überwunden hat, die beherrschende Note im Konzert der Mächte abgibt. Die anderen Staaten stehen bald auf der einen, bald auf der anderen Seite, sie beide aber leben in unwandelbarer Gegnerschaft. Schon der junge Kronprinz Friedrich von Preußen hat darin die oberste, für ganz Europa gültige Tendenz erkannt, hinter der alle anderen Fragen der Staatenwelt an Wichtigkeit zurückträten.

Maßgebend für diesen Gegensatz ist vorläufig nicht so sehr ein erneutes Streben Frankreichs nach der Vorherrschaft gewesen, obwohl, wie wir sehen werden, Kardinal Fleury wieder stark vorwärtsdrängende Politik getrieben hat. Er ist vielmehr diesmal hervorgerufen worden durch die Änderung in dem Sinn der Haltung Englands. In diesem Stadium der Geschichte des Staatensystems ist die durch Wilhelm III. hergestellte enge Verbindung zwischen England und dem Kontinent nicht wieder verloren gegangen, an allen festländischen Kämpfen des 18. Jahrhunderts, sobald die Wirrheit der ersten Zeit nach dem Abschluß der großen Kriege überwunden war, hat England den regsten Anteil genommen. Zwei Gründe haben es dazu bewogen: einmal der mehr äußerliche der Verbindung mit Hannover. Dadurch hatte England wieder einen Fuß auf dem Kontinent, es bot also nunmehr einen Punkt, an dem die reinen Landmächte es fassen konnten, die Vorteile der insularen Lage wurden dadurch beeinträchtigt, und die hannöverschen Könige haben gelegentlich, soweit das Parlament das zuließ, die Interessen der Großmacht England zurückgeschoben hinter die ihres Heimatstaates. Dennoch ist es im allgemeinen nicht der kleinere hannöversche Gesichtspunkt, unter dem Englands Eingreifen erfolgt,

sondern in den meisten Fällen hätte es gar nicht anders gekonnt, als sich einzumischen. Der eigentliche Grund seiner dauernden Beteiligung an den festländischen Kriegen ist darin zu erblicken, daß es nur dann die Freiheit seiner Ausbreitung über die Meere hin behaupten konnte, wenn ihm keine andere europäische Macht mit gleichen Kräften in den Weg trat. Diese Ausbreitung hat sich damals wie in den Anfängen des britischen Vordringens nicht so sehr in der Form kriegerischer Eroberungen, als friedlich durch den Handel vollzogen. Den Kontinentalmächten war aber auch solche friedliche Erweiterung vorläufig unmöglich, da alle ihre Aufmerksamkeit durch unmittelbar auf dem Festland an sie herantretende Probleme gefesselt war, keine von ihnen besaß genügenden Spielraum, um sich auf größere überseeische Unternehmungen einzulassen. Diesen Zustand aufrechtzuerhalten war das höchste Interesse Englands; damit aber in ihm keine Änderung eintrete, durfte es nicht die Mächte sich selbst überlassen.

Die Beteiligung an den festländischen Händeln hat also für England einen völlig veränderten Sinn gewonnen. Unter Wilhelm III. war, genau wie es seit Wolsey zur Tradition geworden war, das Streben nach Aufrechterhaltung des Gleichgewichts erfolgt unter dem Gesichtspunkt, die Freiheit der Einzelstaaten zu bewahren vor dem übermächtigen Druck einer ehrgeizigen Macht. Mit äußerster Mühe nur hatte er die Engländer hierzu zu bewegen vermocht. Allmählich aber kam dem Volk das Verständnis, wie wunderbar diese Politik des Gleichgewichts sich zum eigenen Vorteil ausbeuten ließ: das Nebeneinanderbestehen einer Anzahl ungefähr gleichstarker Großmächte, die immer auf einen Angriff der anderen gefaßt sein mußten, zwang diese, den Hauptteil ihrer Kräfte auf die festländische Kriegsbereitschaft zu verwenden, und machte ihnen die Weltpolitik unmöglich. So behielt England in dem ihm eigentlich lebensentscheidend gewordenen Gebiet freie Hand. Schon in den letzten Jahren des Spanischen Erbfolgekriegs hat eine englische Flugschrift das Gleichgewicht als die notwendige Voraussetzung der englischen Seeherrschaft bezeichnet. Der Kampf um das Gleichgewicht ist also von jetzt an das Mittel für England, die eigene Weltstellung zu sichern. Das ist das neue Prinzip, in dem sich die englische Politik von der bisherigen unterscheidet.

Das äußerlich gleichbleibende System, den stärksten Staat des Festlandes durch das Bündnis mit den anderen niederzuhalten, hat also von jetzt an den neuen Sinn, jede Rivalität für die britische

Überseestellung unmöglich zu machen. Deshalb richtete sich Englands Gegnerschaft in erster Linie gegen die Staaten, die noch Kolonien besaßen, und da der einzige, der gleichzeitig festländische Großmachtstellung und Kolonialbesitz sein eigen nannte, Frankreich war, so blieb Frankreich trotz seines Sturzes von der Stellung als Vormacht der dauernde Gegner Englands auch in dieser Periode. Es galt, das bei La Hogue begonnene Werk zu vollenden. Der Inhalt dieses Zeitalters ist deshalb vom welthistorischen Standpunkt die Verdrängung Frankreichs durch England aus den wichtigsten überseeischen Landen. In immer wieder sich erneuernden Kriegen ist das gelungen; es ist ausgerechnet worden, daß in der Zeit von 1688 bis 1815, die durch dieses Ringen ausgefüllt ist, von 126 Jahren also, nicht weniger als 64, über die Hälfte, Kriegsjahre gewesen sind. Bisher hatte England an der Spitze der Koalition gegen Frankreich aus dem Grunde gestanden, dies nicht zu beherrschender Höhe emporsteigen zu lassen. In gewisser Beziehung bleibt das auch jetzt noch so, Frankreich hat auf solche Hoffnungen noch immer nicht verzichtet; aber der rein englische Standpunkt dabei ist der, Frankreich von der Höhe fernzuhalten, auf der es selbst steht. Die Feindschaft der beiden beruht wesentlich auf überseeischen Fragen, und dennoch wird sie für Europa ausschlaggebend. Deutlich läßt das erkennen, welche Veränderung auch in dem Charakter des ganzen Staatensystems eingetreten ist. Den rein europäischen Rahmen hatte es ja längst schon verlassen, jetzt aber beginnt es sich einem höheren Gebilde fest einzufügen. Seeherrschaft und Kolonialbesitz sind ebenso wichtige Faktoren geworden wie die festländischen Probleme.

Englands Politik ist erleichtert worden dadurch, daß die Kontinentalen sich noch nicht zur Erkenntnis dieses Umschwungs in der Bedeutung der maritimen und kolonialen Fragen durchgerungen hatten, sondern noch ganz in den altüberlieferten Vorstellungen befangen waren. Wie Ludwig XIV. glaubten sie auch jetzt den Hauptwert auf festländische Erwerbungen legen zu müssen und übersahen, was es bedeutete, daß infolgedessen für England der Weg in die Welt hinein uneingeschränkt offen stand. Sie ahnten nicht, daß das einmal für sie selbst zur schwersten Gefahr werden könnte. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts hat ein Mann wie Gentz mit großem Pathos verkündet, daß der Besitz überseeischer Gebiete für die politischen Verhältnisse Europas völlig gleichgültig und be-

deutungslos sei. Deshalb haben sie auch keinen Versuch gemacht, der englischen Ausbreitung Hindernisse in den Weg zu legen. Während sie also ihrerseits sich nicht um Englands Vordringen bekümmerten, durfte sich dies, wenn es die Machtverhältnisse in Europa nach eigenen Wünschen regulieren wollte, nicht von dort zurückziehen. So sehr auch Walpole bemüht war, die englische Handelsentfaltung nicht durch kontinentale Verwicklungen stören zu lassen, hat er doch dauernd seine Hand in ihnen haben müssen. Aber niemals hat sich England tiefer in sie eingelassen, als seine eigenen Interessen es erforderten; sobald es diese gewahrt glaubte, hat es sich wieder freigemacht. Also auch die Politik des 18. Jahrhunderts ist die getreue Fortsetzung der großen einheitlichen Linie seit Heinrich VII. Die Form bleibt dieselbe, nur ist eben der Sinn ein völlig anderer geworden.

Daraus daß Englands Hauptgegner noch immer Frankreich blieb ergab sich selbstverständlich die Rückkehr zu den äußeren Methoden Wilhelms III., mit denen unter veränderten Verhältnissen Bolingbroke hatte brechen müssen, d. h. also zum Bündnis mit dem Kaiser. Aber das hat sich erst allmählich abzeichnen können, zunächst war Frankreich nach dem Utrechter Frieden so geschwächt, daß in seiner Haltung kein Grund für die Annäherung Englands an Österreich gegeben war. Wenn wir trotzdem in den nächsten Jahren England sichtlich bemüht sehen an den Kaiser heranzukommen, so hat das ganz andere Ursachen. Der Kaiser war der Besitzer der bisher spanischen Niederlande geworden, er beherrschte also die England unmittelbar gegenüberliegende Küste, deshalb war ein gutes Verhältnis zu ihm von größtem Wert für den Inselstaat. Außerdem aber wiesen in dieselbe Richtung die Befürchtungen vor dem aufsteigenden Rußland. Es sind die Jahre, in denen die englische Flotte zugunsten Schwedens in der Ostsee erschien, und die Allianz mit dem Kaiser hatte überdies den Vorteil, daß sie je nach Bedarf nach zwei Richtungen ausgespielt werden konnte. Mit Rußlands Eintritt in das Staatensystem ist erst die geographische Lage Deutschlands und Österreichs in Mitteleuropa in vollem Maße zu politischer Bedeutung gelangt. Gelegentlich ausgenützt worden war sie auch schon früher, das ist der Sinn des Bündnissystems aus den Tagen Lionnes und Pomponnes gewesen. Aber erst jetzt hat der Zustand die ganz scharfe Ausprägung erfahren, daß die Mitte von zwei Seiten her von wirklichen Großmächten flankiert wurde. Für Deutschland und

Österreich war das überaus bedrohlich, für England dagegen ist seitdem das Bündnis mit ihnen doppelt wertvoll geworden. Frankreich und Rußland waren seine beiden großen Gegner, jetzt konnte es Kaiser und Reich benützen, um beide in Schach zu halten. Dies Bündnis konnte entweder nach Osten oder nach Westen gewendet werden.

Auf die erste Probe wurde die neue Freundschaft zwischen London und der Wiener Hofburg gestellt infolge der durch den abermals erwachten spanischen Unternehmungsgeist 1717 hervorgerufenen Unruhen. Königin Elisabeth und ihr Minister, Kardinal Alberoni, suchten die verlorengegangene spanische Stellung in Italien zurückzugewinnen, als Auftakt zur Wiedereinfügung Spaniens in die Reihe der Großmächte. Der Plan Alberonis richtete sich also gegen die Art, wie in Utrecht das Gleichgewicht aufgebaut worden war. Direkt betroffen wurde der Kaiser, der in Italien an Spaniens Stelle getreten war; von ihm war also mit Sicherheit Widerstand zu erwarten. Deshalb benutzte der Kardinal den Augenblick, wo neuer Türkenkrieg seine Kräfte fesselte. Aber es war zu erwarten, daß auch die anderen Unterzeichner des Friedensvertrags die Umbildung ihres Werkes nicht einfach hinnehmen würden. Dem hoffte Alberoni begegnen zu können durch Anknüpfung mit Schweden, Rußland und Preußen. Sein Versuch hätte also die Herstellung engster Verbindung zwischen dem Westen und dem eben erst zum Mitglied des Staatensystems gewordenen Osten ergeben. Aber der Nordische Krieg war damals noch im Gange, eine Einigung zwischen den von dem Kardinal als Bundesgenossen in Aussicht genommenen Staaten war deshalb nicht zu erzielen, und alle anderen Mächte waren entschlossen, den Störenfried nicht aufkommen zu lassen. Nicht einmal an Frankreich fand Spanien, trotz der Verwandtschaft der Herrscherhäuser, eine Stütze, weil Alberoni den Regenten Philipp von Orléans durch den Anspruch auf den französischen Thron aufs tiefste verletzt hatte, den er trotz aller vertraglichen Festsetzungen für den spanischen Bourbon erhoben hatte. Unmittelbar also nach dem Tode Ludwigs XIV. standen sich Frankreich und Spanien feindlich gegenüber, und das hat den Regenten zur Anlehnung an England bewogen; vorübergehend verwischte sich der Gegensatz der beiden Mächte, aber möglich war das eben nur durch den Verzicht Frankreichs auf größere, selbständige Politik, wie er durch die Persönlichkeit Orléans' und die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Staates geboten war.

England aber kam dadurch, daß es neben seinen guten Beziehungen zu Österreich nun auch noch über ebensolche zu Frankreich verfügte, in glänzende Stellung, es stand als der Schiedsrichter Europas da. Anerkanntermaßen besaß es die Führung in der Quadrupelallianz von 1718, zu der es sich mit Frankreich, Österreich und Holland gegen den Ehrgeiz Alberonis vereinigte und vor deren ungeheurer Übermacht dieser schleunigst zurückweichen mußte. Der Vorstoß Spaniens hat nicht zur Erschütterung, sondern eher zur Verstärkung der kaiserlichen Stellung in Italien geführt, indem er den Anlaß zu dem Austausch Siziliens und Sardiniens zwischen Österreich und Savoyen gegeben hat.

Diese Quadrupelallianz hat zum erstenmal seit dem Bestehen des Staatensystems ein Zusammengehen Englands, Frankreichs und Österreichs hervorgebracht, eine Konstellation, die auch in der Folgezeit nur in seltensten Fällen sich wiederholt hat. Es ist ja auch selbstverständlich, daß die drei führenden Großmächte sich nicht zu dauernder Interessengemeinschaft zusammenfinden können; noch war auch die alte Gegnerschaft zwischen Frankreich und dem Kaiser in voller Gültigkeit, nur im Augenblick war sie genau wie die englisch-französische durch das Nachlassen in der Energie der französischen Außenpolitik in den Hintergrund getreten. Einigkeit zwischen ihnen allen konnte nur für einen einzelnen, ganz bestimmt umrissenen Fall, nicht in umfassenderem Rahmen hergestellt werden. So ist auch diesmal der Bund der drei Mächte, sobald er seinen unmittelbaren Zweck erfüllt hatte, auseinandergebrochen, und zwar durch den Zusammenstoß zwischen England und dem Kaiser. Denn Karl machte Miene, seinen neuerrungenen Besitz in den Niederlanden, wodurch er an die alten burgundischen Überlieferungen seines Hauses anknüpfen konnte, auszunützen, um auch dem Kaiserstaat Anteil an den Erträgnissen des Welthandels zu sichern. Nach dem Vorbild Englands und Hollands gründete er die Ostendische Kompagnie, die mit dem Sitz in Ostende den flandrischen Welthandel, speziell den mit Indien organisieren sollte und schon nach wenigen Jahren reichen Gewinn abwarf; gleichzeitig suchte er von Triest und den italienischen Häfen aus den Levantehandel an sich zu ziehen. Was schon Wallenstein mit seinem Ostseeprojekt beabsichtigt hatte, das setzte Karl also in die Tat um: den Eintritt Österreichs in die Reihe der See- und Handelsmächte. Damit aber erregte er den Unwillen Englands, um so mehr, als dies an einer ebenso empfindlichen Stelle durch die Tatsache

berührt wurde, daß nun wieder eine seebefahrende Großmacht die flandrische Küste beherrschte. Das nicht zu dulden galt der englischen Politik als Pflicht. Die reine Landmacht Österreich hatte England nicht ungern in Belgien gesehen, ebenso wie es gegen die dortige Herrschaft Spaniens von dem Augenblick an, in dem dessen Rolle zur See ausgespielt war, nichts einzuwenden gehabt hatte. Aber nachdem Österreich seinen Platz unter den Seemächten gesucht und gefunden hatte, wurde seine Anwesenheit in Flandern zur Gefahr für die Insel, so daß Walpole alsbald seinen Entschluß zu erkennen gab, entweder den Kaiser von hier zu verdrängen oder zur Aufgabe seiner Handels- und Flottenpläne zu zwingen. Darüber ist der Bruch zwischen ihnen eingetreten, und auch mit Holland geriet Karl in Konflikt. Denn den Holländern war ebenfalls das Auftreten des neuen Konkurrenten im Welthandel höchst unangenehm, mit ihnen bestand aber noch eine besondere Reibungsfläche in dem sogenannten Barrierevertrag, der ihnen das Besatzungsrecht in den wichtigsten belgischen Festungen einräumte. Das hatte einen Sinn gehabt, solange der ohnmächtige spanische Pufferstaat Frankreich und Holland trennte, damals war die Barriere ein notwendiges Erfordernis militärischen Schutzes für das zu Land so besonders deckungsbedürftige Holland gewesen. Jetzt dagegen richtete die starke österreichische Heeresmacht eine viel festere Schutzmauer gegen Frankreich auf, als die Barriere es sein konnte, so daß der Vertrag einerseits sinnlos geworden war und andererseits eine schwer erträgliche Fessel für den Kaiser darstellte. Es war begreiflich, daß er sie abzuschütteln suchte, aus Prestigegründen glaubten aber die Holländer an diesem Recht festhalten zu sollen.

Die über diese Punkte mit den Seemächten sich erhebenden Streitigkeiten haben zum Austritt des Kaisers aus der Quadrupelallianz und zu seinem Anschluß an Spanien geführt, und eine Zeitlang war davon die Rede, diese Verbindung durch die Heirat Maria Theresias, der Erbin Österreichs, mit Don Carlos, dem Erben Spaniens, zur Dauer zu erheben und das Reich Karls V. wieder aufleben zu lassen. Der Bund der beiden Staaten fand auch einen starken Rückhalt an der jüngsten Großmacht Rußland, das aus Rache für die ihm beim Friedensschluß mit Schweden auferlegte Beschränkung für jede antienglische Kombination zu haben war, und unter dem Druck der doppelten Flankierung von seiten Österreichs und Rußlands ist auch Preußen im Vertrag von Wuster-

hausen 1726 diesem Lager beigetreten, obwohl es sich knapp ein Jahr vorher in Herrenhausen der englisch-französischen Partei angeschlossen hatte. Etwas Ähnliches war also ins Leben gerufen, wie Alberoni es früher geplant hatte. Die Bildung dieser großen Allianz hat verhindert, daß England und Frankreich sich voneinander trennten, sie mußten ihr gegenüber peinlich darauf bedacht sein, alles, was möglicherweise sie auseinanderführen konnte, hintanzustellen. Europa zerfiel also in zwei sich feindlich gegenüberstehende Hälften, ohne daß es sich dabei um wirkliche Lebensfragen aller gehandelt hätte. Aus diesem Grunde waren aber auch alle Mächte bereit, sobald der Gegner Entgegenkommen bewies, mit sich reden zu lassen und die Partei zu wechseln. Jede der beiden Allianzen mußte fortwährend auf den Abfall eines Mitgliedes gefaßt sein, der Zustand des Gleichgewichts war im höchsten Maße labil.

Niemals ist daher die europäische Diplomatie unruhiger und geschäftiger gewesen als in diesen Jahren. Entsprechend der Vorstellung, daß ihre Aufgabe im Dienste der allgemeinen „Konvenienz" der Ausgleich der Interessen der Einzelstaaten mit denen der Gesamtheit sei, hat sie damals, zum ersten Male in der Neuzeit, den Versuch gemacht, die zwischenstaatlichen Probleme zu erledigen durch gemeinsame Besprechungen der Vertreter aller Staaten, die im Frieden zusammenkommen und dadurch den Ausbruch von Kriegen verhindern sollen. Die Kongresse von Cambrai 1724 und Soissons 1728 haben solche Streitfragen aber nicht aus der Welt zu schaffen vermocht genau so wenig, wie später wirkliche Lebensfragen der Mächte jemals nur durch Kongresse oder Schiedsgerichte Beantwortung gefunden haben. Es erwies sich eben, daß die Gemeinschaftsidee noch nicht im entferntesten derart erstarkt war, um den Egoismus siegreich aus dem Felde schlagen zu können. Obwohl sie sich nicht mehr einfach aus der Praxis ausschalten ließ, blieb nach wie vor die Staatsraison der eigentliche Antrieb des politischen Handelns.

Die Betriebsamkeit der Kabinette erfuhr dadurch besondere Steigerung, daß sie alle mit dem Eintritt zweier Ereignisse zu rechnen hatten, die unter Umständen das Bild des Staatensystems verändern konnten. In Österreich und in Polen stand der Thronwechsel bevor, und in beiden Fällen, da Polen Wahlkönigtum war und Kaiser Karl keinen männlichen Erben besaß, war die Nachfolgerschaft keine selbstverständlich gegebene, so daß diese beiden an sich rein dynastischen Fragen höchste Bedeutung für Gesamt-

europa gewannen. Um dem Aufrollen dieser Fragen möglichst stark gegenüberzustehen, waren beide Mächtegruppen wechselseitig bemüht, die Gegenpartei durch Absprengung ihrer Glieder zu schwächen. Die erste Veränderung brachte der Umschwung in Frankreich, die Übernahme der Regierung durch Kardinal Fleury, unter dessen Einfluß an die Stelle der rein persönlich gefärbten und schwächlichen Haltung des Regenten wieder eine kraftvolle Politik unter staatlich-französischen Gesichtspunkten trat. Das hat zunächst zur Aussöhnung der beiden Bourbonenhöfe geführt, lag es doch auch für Spanien nahe, lieber auf diese Seite hinüberzutreten als noch weiter in Gemeinschaft mit dem Kaiser zu verharren, auf dessen Kosten gerade es sich in Italien zu bereichern gedachte, und so sind seit dem ersten der sogenannten bourbonischen Familientraktate im Jahre 1733 in dieser ganzen Periode Versailles und Madrid eng miteinander verbunden geblieben. Weiter aber hat die Wiederaufnahme einer hochstrebenden französischen Politik mit unweigerlicher Folgerichtigkeit die Abkühlung des Verhältnisses zu England herbeigeführt. Der große Gegensatz, der vorübergehend verwischt worden war, kommt wieder zum Vorschein, um bis zur Entscheidung nicht mehr zu verschwinden.

Die eine der beiden großen Mächtegruppen war also zersprengt. Um nicht ganz vereinzelt dazustehen, sah sich England genötigt, seinen Konflikt mit dem Kaiser gütlich zu beendigen, und die Verständigung ist gefunden worden auf der mittleren Linie, daß jeder Teil dem anderen einen Herzenswunsch erfüllte. Karls Entgegenkommen an die englischen Forderungen bestand in dem Verzicht auf die Ostendische Handelskompagnie, d. h. in dem Verzicht auf Weltpolitik und Welthandel. Österreich wurde wieder die Großmacht rein kontinentalen Zuschnitts, die es früher gewesen war, und England gewann damit die Sicherheit, daß die flandrische Küste keiner Kriegsflotte als Stützpunkt dienen werde. Für dieses bedeutsame Zugeständnis gab es seinerseits die Einwilligung zu einer Sache, die mehr als alles andere dem Kaiser am Herzen lag: es übernahm die Garantie der pragmatischen Sanktion, der Erbordnung von 1713, in der Kaiser Karl seinen Töchtern das uneingeschränkte Erbrecht zugesprochen hatte. Häufig ist dem Kaiser der Vorwurf gemacht worden, daß er um dieses rein dynastischen Interesses willen in Lebensfragen des Staates Österreich sich allzu nachgiebig verhalten habe. In der Tat hat er seine ganze Politik auf

die Anerkennung der Sanktion zugeschnitten und sie allen Kabinetten teuer bezahlt. Aber bei dem deswegen gegen ihn erhobenen Tadel wird übersehen, daß in Österreich Staat und Dynastie durchaus gleichbedeutend waren und daß demzufolge die Sanktion die denkbar wichtigste Lebensfrage auch des Staates darstellte. Sein Zusammenhalt beruhte ganz ausschließlich auf der Dynastie, sie gab ihm den Kitt, ohne den die ganze Ländermasse in ihre Teile auseinanderfallen mußte. Deshalb war es im Prinzip ein unbedingt richtiger Gedanke Karls VI., die Fortdauer der Dynastie durch Opfer zu erkaufen; das hieß durch Preisgabe einzelner Vorteile die Existenz der Großmacht sichern. Er konnte nicht voraussehen, daß alle die Verträge, die er zu diesem Zwecke schloß, sich hinterher als wertlos herausstellen würden und daß dennoch seine Tochter die Fähigkeit besitzen werde, auch gegen den Ansturm fast aller festländischen Mächte den weitaus größten Teil des Staates zusammenzuhalten und eher noch fester als vorher zusammenzuschmieden. Daß er alles getan hat, was in seinen Kräften stand, um Maria Theresia diesen Existenzkampf zu ersparen, und zu diesem Zwecke Opfer gebracht hat, darf ihm nicht als Fehler angerechnet werden.

Der Wunsch nach Anerkennung der Pragmatischen Sanktion ist aber nicht der einzige Grund für den Kaiser gewesen, sich mit England zu verständigen. Dazu trieb ihn auch der Umschwung in der französischen Politik, genau wie dieser für England die Veranlassung gewesen ist, ihm die Hand hinzustrecken. Die größere Energie in der Haltung Frankreichs belebte eben automatisch auch den alten, nun schon seit mehr als zwei Jahrhunderten bestehenden Gegensatz zu Österreich, und besondere Zuspitzung hatte er erfahren, seitdem von der Ehe Maria Theresias mit Franz von Lothringen die Rede war. Die Erwerbung Lothringens war ja seit langem Frankreichs Wunsch, sie wäre der wichtigste Schritt nach der Rheinlinie hin gewesen; ging das Land jetzt aber in Österreichs Besitz über, so wären nicht bloß solche Pläne zerronnen, im Gegenteil würde es eine unmittelbare Bedrohung für Paris dargestellt, und die damit gegebene Verbindung Vorderösterreichs mit Belgien würde die Gesamtstellung des Kaisers in Westeuropa beträchtlich versteift haben. Durch diesen Gedanken geriet denn auch Fleury in nicht geringe Aufregung, er hat ihn zur Aufnahme einer deutlich gegen Österreich gerichteten Aktion bewogen. Seine Gegenmine sollte ein Bündnis sein in der Art dessen, das sich in den ersten Zeiten Ludwigs XIV.

so vortrefflich bewährt hatte: die schon bestehende Allianz mit Spanien dachte Fleury auszudehnen auf einen Teil der Reichsfürsten, die Türkei und Polen, wodurch also der Kaiser von allen Seiten umfaßt worden wäre.

Dieser Versuch Frankreichs, seinen Einfluß in Polen zum beherrschenden zu machen, hat beim Tod Augusts II., 1733, den allgemeinen Erwartungen entsprechend, den Funken dargestellt, der den angehäuften Brennstoff in Flammen versetzte. Fast der ganze Kontinent ist durch den Polnischen Erbfolgekrieg in Mitleidenschaft gezogen worden, infolge des ihn in seiner Gesamtheit überziehenden Bündnissystems. Von Großmächten hat nur England sich ihm ferngehalten, weil eben die Lage noch nicht derart geworden war, daß ihm die Wendung gegen einen bestimmten Staat klar geboten gewesen wäre; im Gegenteil, noch war ihm der Zusammenprall aller anderen nur erwünscht, da er sie alle schwächte und ihm selbst ein noch höheres Maß der Freiheit in der Welt einbrachte. Jedoch gerade das Ergebnis des Kriegs hat England gezwungen, diese Politik der Zurückhaltung aufzugeben und von nun an, wie ich es oben auseinandergesetzt habe, dauernd durch aktive Beteiligung sich die Kontrolle über das gegenseitige Kraftverhältnis der Mächte zu sichern.

Der Wiener Friede von 1738 brachte nämlich eine völlige Niederlage Österreichs, die noch verstärkt wurde durch den ungünstigen Frieden zu Belgrad von 1739 mit der Türkei, und das enthielt ein entsprechendes Emporschnellen Frankreichs. Alle westeuropäischen Streitfragen wurden zu dessen Gunsten entschieden, durch Stanislaus Lesczynskis Erhebung zum Herzog von Lothringen und durch die Errichtung der spanischen Sekundogenitur in Neapel gingen beide Länder in den französischen Einflußbereich über, die west- und südeuropäische Stellung des Kaisers ist erheblich eingeschränkt worden. Bei der Eigenart Frankreichs hatte dieser große Erfolg der Fleuryschen Politik ganz selbstverständlich zur Folge, daß sofort auf Grund der Verbesserung der kontinentalen Position auch der alte Traum der Weltstellung seinen Zauber ausübte. An der lebhaften Agitation für die Schaffung der dazu nötigen Vorbedingung, einer starken Flotte, läßt sich das erkennen, und wirklich hat André Deslandes' Schlagwort, daß der Ausbau der Marine die für ihn aufgewendeten Gelder mit Wucherzinsen heimzahlen werde, großen Eindruck auf die Gemüter gemacht. Ganz von selbst lenkte Frankreich

wieder in das alte Fahrwaſſer ein, und derart bedrohlich war bereits ſeine Kraftentfaltung geworden, daß Kronprinz Friedrich von Preußen in ſeinen allerdings damals unveröffentlicht gebliebenen „Considérations sur l'état présent du corps politique de l'Europe“ die Mächte zum Zuſammenſchluß gegen Frankreichs Streben nach der Weltherrſchaft aufrief. Auch ſein „Antimachiavell“ iſt nur dann richtig zu verſtehen, wenn man ſich vergegenwärtigt, daß er keineswegs rein theoretiſche Betrachtungen enthält, ſondern als Bekämpfung der Methoden Fleurys gedacht iſt.

Der glänzende Sieg Frankreichs in allen weſteuropäiſchen Streitfragen wurde allerdings einigermaßen herabgedämpft durch die ſchwere Schlappe, die ihm der Wiener Friede in Oſteuropa einbrachte und die, abgeſehen von dem Erfolg ſeines türkiſchen Bundesgenoſſen, die im Nordiſchen Krieg erlittene Niederlage vervollſtändigte: mit dem Unterliegen des franzöſiſchen Kandidaten in Polen wurde hier Frankreichs Einfluß ſo gut wie vollſtändig ausgeſchaltet, und trotz aller Verſuche hat es ihn, ſolange der polniſche Staat noch beſtehen blieb, nicht wieder zurückzugewinnen vermocht. Das war immerhin eine empfindliche Einbuße für ſeine europäiſche Stellung. Dieſer Verluſt kam aber nicht dem Kaiſer zugute, ſondern den Vorteil hatte weſentlich Rußland, wo Zarin Anna die Politik Peters des Großen getreulich fortſetzte. Fortan ruht der ruſſiſche Einfluß mit ſtärkſtem Druck auf Polen; der Wiener Friede bedeutet wieder einen wichtigen Schritt Rußlands nach Weſten hin, die Zwiſchenzone, die bisher in der Geſtalt der Oſtſeeprovinzen und Polen es von dem eigentlichen Europa abgetrennt hatte, wird immer ſchmaler und bedeutungsloſer.

Immerhin war das Geſamtergebnis ein ſo zweifelloſer Aufſchwung der franzöſiſchen Macht, daß die bisherige Art der Aufrechterhaltung des kontinentalen Gleichgewichts, bei der die Führung der einen Seite von Öſterreich, die der anderen von Frankreich ausgeübt worden war, ſich nicht mehr beibehalten ließ. Der nunmehrige Zuſtand war nicht ſo, daß England ihn als Garantie ſeiner ungeſtörten Ausbreitung empfinden konnte. Es mußte daher wieder ſelbſt eingreifen, und um ſo mehr, da das Gleichgewicht vollends in die Brüche zu gehen drohte durch den Verſuch Friedrich Wilhelms I. von Preußen, ſich in den Beſitz von Jülich und Berg zu ſetzen. Durch dieſe Ausdehnung ſeiner rheiniſchen Provinzen würde der preußiſche Staat für Weſtdeutſchland die gleiche Bedeutung ge-

wonnen haben, die ihm schon für Ostdeutschland zukam, er würde erheblich gesteigerten Einfluß innerhalb des Reiches gewonnen haben. Aus diesem Grunde erhob der Kaiser Widerspruch, aber auch die anderen Mächte schlossen sich ihm an. Frankreich wollte nicht dulden, daß eine Reihe der wichtigsten Rheinübergänge, vor allem Düsseldorf in die Hände einer starken Militärmacht gerieten, auch fürchtete es für den eigenen Einfluß auf die westlichen Reichsstände. England trat den preußischen Wünschen entgegen, weil auf diese Weise Hannover von preußischem Gebiet umklammert worden wäre, und schließlich wollte auch Holland in seiner unmittelbaren Nachbarschaft an dem Zustand der Kleinstaaterei keine Änderung eintreten lassen. Alle vier Mächte haben also einstimmig den Plan Friedrich Wilhelms zurückgewiesen; gegenüber der Note, die sie gemeinsam 1738 ihm überreichten, hat er nicht den Mut zur Tat gefunden, das Risiko war auch allzu groß. Die gefürchtete Verschiebung des Gleichgewichts ist zunächst also noch nicht eingetreten. Aber England hatte wieder in innerdeutsche Angelegenheiten eingegriffen und hat, als dann der Umsturz dennoch durch Preußen, aber auf ganz anderem Wege erfolgte, nicht wieder einfach den Rückzug antreten können.

Denn das Bewußtsein, daß der Aufstieg Preußens den allgemeinen Widerspruch zu überwinden habe, hat Friedrich Wilhelms großen Sohn nicht daran gehindert, von dem Augenblick seines Regierungsantritts an mit aller Kraft an der Erhebung seines Staates in die Reihe der Großmächte zu arbeiten. Wie am Ende des Mittelalters der Abschluß des inneren Ausbaus die Staaten dazu veranlaßt hatte, sich auch in der Außenpolitik höhere Ziele zu setzen, und damit überhaupt zur Entstehung des Staatensystems geführt hatte, so ist auch jetzt der durch innere Arbeit gewonnene Kräfteüberschuß das treibende Moment beim Emporkommen des preußischen Staates gewesen. In dem Gefühl, daß das Lebenswerk seines Vaters Energien geschaffen hatte, die zu ganz anderen als den bisherigen bescheidenen Aufgaben ausreichten, spähte Friedrich nach der Gelegenheit aus, sie in wirkungsvollster Weise sich betätigen und gerade dadurch noch weiter stählen und im höchsten Maße entfalten zu lassen, und er fand diese Gelegenheit durch den Tod Kaiser Karls VI. Ganz Europa war darauf gefaßt, daß dieser Augenblick einen großen Umschwung bringen werde; wir haben gesehen, wie sich alle Mächte auf ihn vorzubereiten suchten.

Auch Friedrich hatte als Kronprinz vorhergesagt, daß mit diesem Ereignis eine völlige Umgestaltung des Staatensystems eintreten werde; damals war er allerdings der Meinung gewesen, sie werde von Frankreich ausgehen; jetzt hat er selbst den Stein ins Rollen gebracht.

Aus der Geschichte seines Hauses und der klar erkannten, unvermeidlichen Eigenart der kaiserlichen Politik hat Friedrich der Große die richtige Schlußfolgerung gezogen, daß Preußen einen entscheidenden Machtzuwachs erringen könne niemals im Einverständnis mit dem Kaiser, sondern nur gegen ihn. So oft sich die Hohenzollern in der Hoffnung auf solche Vergrößerung auf die kaiserliche Seite geschlagen hatten, war stets das Ergebnis hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Habsburger hätten ihr eigenes Interesse und ihr selbstverständliches Bestreben vergessen müssen, wenn sie die Ausbildung einer wirklich starken staatlichen Gewalt innerhalb des Reichs zugelassen oder gar unterstützt hätten. Deshalb hat Friedrich in kühlster und von keiner gefühlsmäßigen Rücksicht getrübter Berechnung seinen Standpunkt gegen Österreich gewählt und sich entschlossen, den für Preußen notwendigen Kraftzuwachs gerade auf Kosten des Kaiserreichs zu holen. Er trat in den Krieg gegen Österreich, er, der Herrscher eines Staates zweiten Ranges, mit der festen Absicht, die Machtverteilung des gesamten Staatensystems auf andere Grundlage zu stellen, und er begann ihn, in einer auf den ersten Blick unfaßlich erscheinenden Tollkühnheit, ohne Rückhalt an irgendeinem Bundesgenossen. Aber es war keineswegs seine Absicht, durch diesen Schritt die Gegnerschaft aller Welt herauszufordern, sondern er sah scharf voraus, daß er, während er beim Griff nach Jülich und Berg wie sein Vater alle Mächte gegen sich gehabt haben würde, beim Kampf gegen den Kaiser nicht lange allein bleiben werde. Deshalb eben ließ er das Objekt, auf dessen Gewinnung Friedrich Wilhelm I. seine ganze auswärtige Politik zugeschnitten hatte, fallen und erhob den Anspruch auf Schlesien. Und seine Berechnung hat ihn nicht getrogen. Mit wundervoller Klarheit durchschaute er die wegen des fortwährenden Wechsels der Allianzen und Kombinationen für die übrigen Zeitgenossen besonders unverständliche Gesamtlage. Daß er gegen Maria Theresia auf den Beistand einer Anzahl von Reichsständen rechnen konnte, vor allem des nach der Kaiserkrone langenden Bayern, war sicher, wollte aber nicht sehr viel besagen. Entscheidend war allein die Stellung, welche die Großmächte ein-

nehmen würden, und unter ihnen war die 1738 gegen Preußen zustandegekommene Einheit längst wieder zerspalten.

Zwischen England und Spanien war über handelspolitische Zerwürfnisse 1739 der Krieg ausgebrochen, und so sehr auch Fleury sich dagegen gesträubt hatte, war Frankreich ebenfalls in ihn hineingezogen worden, da Spanien sich auf das Bündnis berufen konnte. Die Abkühlung des Verhältnisses zu England, die seit den großen französischen Erfolgen im Polnischen Erbfolgekrieg eingetreten war, verwandelte sich also wieder in offene Feindschaft, und sobald der Bruch da war, hat England ihn benützen wollen, um seine Weltgeltung entscheidend zu sichern. Damit aber gewinnen auch für das Antlitz Gesamteuropas erneut die ganz großen weltgeschichtlichen Probleme Bedeutung. Die verhältnismäßig geringfügigen Fragen, die zwei Jahrzehnte lang im Vordergrund gestanden hatten, treten hinter ihnen zurück. Die Periode der für die Weltstellung entscheidenden Kriege, die große koloniale Auseinandersetzung zwischen England und Frankreich bricht an, und mit ihr verflicht sich unlösbar der für die Gestaltung der kontinentalen Machtverhältnisse maßgebend werdende Gegensatz Österreichs zu Preußen. Die preußische Frage wächst sich zu einer Angelegenheit von höchster Wichtigkeit für Gesamteuropa aus.

Das Wiederzutagetreten des französisch-englischen Gegensatzes hat einen der wichtigsten Faktoren in Friedrichs Berechnung dargestellt, er hatte infolgedessen die Sicherheit, auf alle Fälle an einer der beiden stärksten Mächte Rückhalt zu gewinnen, jede mußte um der eigenen Lage willen ihn als Bundesgenossen freudig begrüßen. Gern hätte er den Augenblick möglichst weit hinausgeschoben, wo seine Wahl zwischen ihnen erfolgen mußte; um die Entwicklung abwarten zu können, wollte er zunächst die Option „zwischen den dickköpfigsten und den ehrgeizigsten Leuten von Europa" vermeiden. Aber der Verlauf der Dinge hat dann doch seinen Anschluß an Frankreich zur Selbstverständlichkeit gemacht. Denn auch Frankreich gesellte sich dem allgemeinen Ansturm gegen Österreich nach dem Tode Kaiser Karls bei, wieder sehr gegen den Wunsch Fleurys, aber wieder gezogen durch das Bündnis mit Spanien, das die Vorherrschaft über Italien dem Kaiserstaat abzujagen hoffte. Vor allem aber handelte der Kardinal unter dem Zwang der öffentlichen Meinung des eigenen Landes, der noch immer die traditionelle Feindschaft gegen Österreich als Dogma galt und die es nicht verstanden hätte, wenn Frank-

reich in der Stunde, da deſſen Zuſammenbruch zu erfolgen ſchien, nicht verſucht haben würde, ihm den Todesſtoß zu geben und gleichzeitig möglichſt umfangreichen eigenen Gewinn davonzutragen. Frankreich und Preußen ſtanden alſo beide im Kampf gegen Öſterreich, ganz von ſelbſt hat ſich daraus ihr Bündnis ergeben. Auf der anderen Seite war es die ebenſo notwendige Folge des Kriegsausbruchs zwiſchen Frankreich und Öſterreich, daß dies letztere in engſte Verbindung mit England trat, und dieſe Mächtegruppe hat dann, was für Friedrich beſonders empfindlich war, auch Rußland für ſich gewonnen. Denn mit brennendem Ehrgeiz hat Eliſabeth die Politik Peters des Großen fortgeſetzt, ihren Staat auch in Europa zu beherrſchendem Einfluß zu bringen, und das Mittel dazu ſollte der Ausbau der Oſtſeeſtellung, zunächſt einmal der Gewinn Oſtpreußens ſein. Wenn ſie von da aus noch weiter vorwärts dringen wollte, durfte ihr keine norddeutſche Großmacht in den Weg treten. Die Ausbildung Preußens zu einer ſolchen war das ſchwerſte Hemmnis des ruſſiſchen Machthungers; beim Überblick über die ganze ſeitdem eingetretene ruſſiſche Entwicklung greifen wir mit Händen, wie recht Eliſabeth von ihrem Standpunkt aus hatte, als ſie das Werk Friedrichs des Großen verhindern wollte. Dazu kam ihr von dem Kanzler Beſtuſchew ſyſtematiſch genährter perſönlicher Widerwille gegen den König, beides hat ſie dazu veranlaßt, Maria Thereſia ihren Beiſtand anzubieten. Aber zu eigentlicher Beteiligung am Öſterreichiſchen Erbfolgekrieg iſt es dennoch nicht gekommen, da auf den Druck Frankreichs Schweden die Ruſſen angriff; das alte Bündnis bewährte ſich alſo noch einmal. Immerhin iſt Eliſabeth in nahe Fühlung mit Öſterreich und damit auch mit England getreten, das unter den augenblicklichen Umſtänden nicht daran denken konnte, ſeine ruſſenfeindliche Politik beizubehalten, ſondern ſehr froh über jeden ſich bietenden Bundesgenoſſen ſein mußte. Denn in allen Teilen des Weltmeers hatten ſeine Flotten in den erſten Kriegsjahren derart unglücklich gefochten, daß ſeine Seeherrſchaft ernſtlich in Frage geſtellt war und es ſelbſt auf ſeiner Inſel ſich nicht mehr ſicher fühlte. Deshalb ging es nicht nur die Verbindung mit Rußland ſehr gern ein, ſondern ſeine Wünſche zielten darauf ab, auch den Gegenſatz zwiſchen Öſterreich und Preußen zu überbrücken, damit auch Friedrich für die Koalition gegen Frankreich gewonnen werden könnte. Das preußiſche Heer wäre eine höchſt wertvolle Verſtärkung geweſen, ſodann mußte England gerade vor ihm Hannovers wegen auf der Hut ſein, und ſchließlich hat

offenbar die Überlegung stark auf die Londoner Staatsmänner eingewirkt, daß Rußland, wenn es auf derselben Seite wie Preußen stehe, auf dessen Lebensnotwendigkeiten Rücksicht nehmen und seine Ostseepläne fallen lassen müsse. Durch die Einbeziehung beider Staaten in die allgemeine Koalition hofften sie also, die russische Machtentwicklung in erträglichen Grenzen zu halten. Während die Zarin den Krieg zwischen Österreich und Preußen freudig begrüßte, weil bei ihm, einerlei wie er ausging, eine Schwächung einer der Mächte eintrat, die sie als Konkurrenten für sich selbst im Osten empfand, hat England alles getan, um seinen Ausbruch zu verhindern, und dann, als das vergeblich gewesen war, ihn wenigstens zu raschem Abschluß zu bringen. Tatsächlich sind auch die beiden ersten schlesischen Kriege durch englische Vermittlung beendigt worden.

Ihr Ergebnis, wie es der Dresdener Friede von 1745 darstellt, war, daß Maria Theresia die Forderungen ihres gefährlichsten Feindes erfüllte, um sich der Menge der übrigen erwehren zu können. Daß Friedrich sein Ziel erreichte, bedeutet aber eine Machtverschiebung von größter Tragweite; denn der Übergang Schlesiens an Preußen hat sowohl für die Verhältnisse im Reich wie innerhalb des ganzen Staatensystems tief einschneidende Bedeutung gewonnen. Im Reich hatte Österreich bisher als die einzige zu ihm gehörige Großmacht einer Summe von mittleren und kleinen Staaten gegenübergestanden und dank dieses seines materiellen Schwergewichts die Rolle als Vormacht behaupten können; mit deren Selbstverständlichkeit war es nunmehr zu Ende. Allmählich hatte sich Brandenburg aus der Masse der anderen Reichsstände herausgelöst und sie überflügelt, jetzt entriß es dem Kaiserstaat seine reichste und deutscheste Provinz und rückte dadurch in eine Linie mit Habsburg, zumal da das erfolgte in dem Augenblick, wo seit Jahrhunderten zum erstenmal wieder ein Angehöriger eines anderen Herrscherhauses die Kaiserkrone trug. Zwischen Österreich und Preußen ist ein ungefähres Gleichgewicht der Kräfte hergestellt worden; wenn auch binnen kürzester Zeit das Kaisertum wieder an die Habsburger zurückgefallen und ihnen bis zum Ende des Reichs verblieben ist, so haben sie doch künftighin bei ihrer deutschen Politik berücksichtigen müssen, daß ihnen nunmehr eine ebenbürtige Macht gegenüberstand. Da diese aber den Kraftzuwachs gerade auf Kosten Österreichs sich geholt hatte, war es selbstverständlich, daß solange der Kaiserstaat noch deutschen Ehrgeiz besessen hat, echte Freund-

schaft zwischen ihnen nicht mehr hat bestehen können; der Ursprung der preußischen Großmacht hat sich immer wieder zwischen sie gestellt und sie als Rivalen aufeinander platzen lassen. Der Dualismus Österreichs und Preußens, der bis 1866 der bestimmende Grundzug der deutschen Geschichte geblieben ist, weist zurück auf die Eroberung Schlesiens durch Friedrich den Großen. Seine Tat hat also den Anstoß zu der Entwicklung gegeben, die das Ausscheiden Österreichs aus Deutschland gebracht hat; sie hat zersetzend und untergrabend auf die alte Reichseinheit gewirkt und bis auf den heutigen Tag einen die Gesamtheit der Deutschen umfassenden Staatsbau unmöglich gemacht. Jedoch auf der andern Seite ist in ihr die Vorbereitung und Grundlegung für ein neues, wirklich lebensfähiges und aus der alten Ohnmacht befreiendes Gebilde zu erblicken.

Nicht nur das Reich aber, sondern Gesamteuropa ist von diesem Besitzwechsel betroffen worden, die Umwälzung, die Friedrich hatte herbeiführen wollen, ist wirklich eingetreten. Den vier Großmächten reiht sich eine fünfte an, die vermöge der ihr innewohnenden Jugendkraft das Recht gewonnen hat, bei allen Fragen von zwischenstaatlicher Bedeutung gehört zu werden. Ein Teil des Reichsgebiets wird dem ausländischen Einfluß entzogen, es bildet sich ein Kern innerhalb Deutschlands, der nur noch das eigene Interesse als Gesetz seines Handelns anerkennt; der erste Schritt zur Wiedergewinnung der Selbständigkeit ist auf diese Weise vollbracht. Diese Entstehung der norddeutschen Großmacht, in deren Wesen die weitere Ausdehnung tief begründet lag, war ein schwerer Schlag für alle die Mächte, die auch fernerhin die eigene Stellung auf der Tatsache der Kraftlosigkeit Deutschlands aufzubauen gedachten. Auf der Ohnmacht des Reichs hatte zu einem wichtigen Teil das Gleichgewicht beruht; seitdem diese Voraussetzung aber nur noch in stark verminderter Weise Gültigkeit besaß, mußte ihm eine andere Grundlage geschaffen werden. Auch verschob sich mit dem Emporkommen dieser neuen Großmacht der Schwerpunkt Europas wieder nach seiner Mitte hin, wo er im Mittelalter geruht hatte und von woher er seitdem erst nach dem Süden und dann nach dem Westen wegverlegt worden war. Gesamteuropa ist aber auch insofern durch den Übergang Schlesiens an Preußen berührt worden, als dieser Verlust den Charakter des österreichischen Staats stark verändert hat. Durch die Abtrennung dieser Provinz erlitt das Deutschtum in Österreich eine Einbuße, die es niemals hat verwinden können; die nichtdeutschen Elemente,

die keine Beziehung zum Reich besaßen, gewannen seitdem gesteigerten Einfluß. Der deutsche Charakter des Gesamtstaats wurde in Frage gestellt durch das zunehmende Schwergewicht des ungarischen Reichsteils. Maria Theresia hatte nur dadurch die zur Abwehr der Feinde nötige Stärke gewinnen können, daß sie den Ungarn weitgehende Sonderrechte verlieh; das aber war der Bruch der Einheitlichkeit ihres Staats, aus ihnen ist der die Geschichte des Habsburgerreiches bis zu seinem Ende beherrschende Dualismus der österreichischen und der ungarischen Hälfte erwachsen. Diese Betonung einer gewissen Selbständigkeit Ungarns hat auf die Dauer ebenso wie der Verlust Schlesiens eine Verstärkung der Abwendung vom Reich und vom Westen, und eine Beschleunigung der Entwicklung nach dem Osten zur Folge gehabt. Unter dem Einfluß der Ungarn schlug die Politik der Hofburg stärker die Richtung ein, die Prinz Eugen ihr vorgezeichnet hatte und in der die eigentliche historische Mission des österreichischen Staates lag. Obwohl die Türkenkriege schon immer dazu genötigt hatten, auch hierher die Blicke zu richten, gewannen für den Kaiserstaat die eigentlichen Balkanfragen ganz die gleiche Wichtigkeit wie die innerhalb des Staatensystems sich erhebenden Probleme doch erst, seitdem die Ungarn an ausschlaggebende Stelle in der Monarchie gerückt waren.

Die Fortdauer des Erbfolgekriegs zwang allerdings vorläufig noch Maria Theresia ihre ganze Kraft im Westen einzusetzen. Während die österreichischen Waffen in Italien Erfolge errangen, erlitten sie in den Niederlanden trotz der Verbindung mit den Engländern Niederlage auf Niederlage durch die von Moritz von Sachsen geführten Franzosen. Aber das wurde wieder wettgemacht durch die unbedingte Überlegenheit, die auf allen maritimen Kriegsschauplätzen die englische Flotte, sich aus dem anfänglichen Tiefstand herausarbeitend, erstritten hatte. Die militärischen Operationen hatten also für keine der fechtenden Parteien den restlosen Sieg ergeben, jede hielt ein Pfand in der Hand, das sie am Verhandlungstisch gegen die andere ausspielen konnte. Darum ist der Friede zwischen England und Frankreich auf dem Boden des Status quo ante abgeschlossen worden, eine Entscheidung ist zwischen ihnen in keiner Weise erfolgt. Europa mußte damit rechnen, daß jeden Tag der Gegensatz der beiden führenden Mächte aufs neue aufbrechen konnte. Aber auch das Ergebnis der rein kontinentalen Kämpfe war derart, daß es weitere Kriege zur Notwendigkeit machte. Das

Ziel, das ſich die Verbündeten bei ihrem Angriff auf Maria Thereſia geſteckt hatten, die Zertrümmerung der habsburgiſchen Großmacht, war nicht erreicht worden. Der Verſuch war daran geſcheitert, daß Frankreich zu ſehr durch ſeinen gleichzeitigen Waffengang mit England in Anſpruch genommen worden war, und vor allem daran, daß Friedrich von Preußen ſich nicht einfach als Werkzeug der franzöſiſchen Wünſche hatte gebrauchen laſſen, ſondern in dem für ihn ſelbſt vorteilhaften Augenblick ſich aus dem Krieg zurückgezogen hatte. Deshalb war er auch der einzige, der wirklich ſein Ziel erreichte. Er hatte das aber getan auf Koſten Öſterreichs, und da dies trotz des Verluſtes noch kräftig aufrecht ſtand, innerlich dank der Perſönlichkeit und der Verwaltungstätigkeit Maria Thereſias ſogar gefeſtigter als vorher, war es zu erwarten, daß auch hier das Ergebnis nicht endgültig hingenommen und der Friede nur von kurzer Dauer ſein werde. In den allgemeinen Tendenzen iſt durch den Aachener Frieden von 1748 alſo keine Änderung hervorgerufen worden, er trägt nur den Charakter eines Waffenſtillſtands. Die europäiſche Politik wird auch fernerhin noch beſtimmt durch die drei großen Gegenſätze: den zwiſchen England und Frankreich, den zwiſchen Öſterreich und Frankreich und den zwiſchen Öſterreich und Preußen. In ihnen allen iſt die Abrechnung nur vertagt worden, und ihr gegenſeitiges Ineinanderhineinſpielen hat den Siebenjährigen Krieg hervorgerufen.

Hinſichtlich der rein europäiſchen Vorgänge iſt die Vorgeſchichte des Siebenjährigen Krieges wieder ein heiß umſtrittenes Problem. Die Frage iſt zu entſcheiden, ob Friedrich der Große, wie früher die faſt allgemein angenommene Auffaſſung geweſen iſt, mit ſeinem Losſchlagen 1756 in politiſcher Defenſive gehandelt, oder ob er, wie neuerdings behauptet worden iſt, die Vorbereitungen ſeiner Gegner nur zum Vorwand genommen, tatſächlich aber aus Eroberungsabſichten heraus den Krieg eröffnet hat, ſo daß die Schuld an deſſen Ausbruch durchaus ihm zufiele.

Daß der Aachener Friede die Lebensfragen Europas berührt, aber nicht gelöſt hatte und daß demzufolge die Entſcheidung durch erneuten Waffengang herbeigeführt werden müſſe, war allen europäiſchen Kabinetten klar. Deshalb ſetzte unmittelbar nach ſeinem Abſchluß die Wühlarbeit der Diplomatie ein, um die Gegenſeite zu ſchwächen. Jede Partei ſuchte die andere zu ſprengen, und das iſt ſchließlich in dem Maße gelungen, daß die europäiſche Konſtellation von Grund aus umgeſtaltet worden iſt. Dieſe entſcheidende

Veränderung herbeigeführt zu haben, konnte sich der große Minister Maria Theresias, Fürst Kaunitz, rühmen.

Das Ziel, auf das er seine ganze Politik zugeschnitten hat, war die Rückeroberung Schlesiens und die Vernichtung der preußischen Großmacht. Dem galt schon das Bündnis, das er noch in den letzten Jahren des Österreichischen Erbfolgekriegs 1746 mit Zarin Elisabeth abgeschlossen hat. Aber er mußte dabei Rücksicht nehmen auf die Stellungnahme seines anderen Bundesgenossen, England, von dem er wußte, daß die Wendung gegen Preußen nicht in dessen Wünschen lag. Die Absicht der Londoner Regierung war vielmehr, entsprechend der Haltung während der ersten schlesischen Kriege, die Annäherung an Friedrich, weil sie ihn sowohl gegen Frankreich wie gegen ein allzu starkes Vordringen Rußlands brauchte. Englands Pläne standen also in unvereinbarem Widerspruch zu den Hoffnungen der Hofburg, und so ist Kaunitz auf den Gedanken verfallen, das Bündnis mit England zu lösen und statt dessen sich der Freundschaft von dessen Gegner Frankreich zu versichern. Für diese Umstellung sprach auch, daß zur Niederringung Preußens die französische Landmacht viel wertvollere Dienste leisten konnte als die englische Seemacht.

Leicht war es aber nicht, was Kaunitz sich damit zur Aufgabe stellte. Es galt zunächst das Gefühl zu überwinden, das durch die Jahrhunderte alte Feindschaft zwischen Österreich und Frankreich tief eingewurzelt war: ebenso wie Kaunitz' erste Andeutungen bei Maria Theresia auf glatte Ablehnung stießen, war auch in Versailles die alte Überlieferung noch mächtig, daß Frankreich vor allem anderen den Kaiser niederzuhalten habe. Weiter mußte Frankreich erst aus der Allianz mit Friedrich losgelöst werden, die ihm bisher recht vorteilhaft gewesen war und die ihm gerade beim Kampf gegen England wegen der Hannover bedrohenden geographischen Lage Preußens geeigneter erscheinen mußte als die mit Österreich. Das einzige, was für Kaunitz wirken konnte, war die persönliche Verstimmung, die am französischen Hofe gegen den allzu selbständigen Friedrich herrschte, der zweimal ohne Rücksicht auf den Bundesvertrag dem Krieg den Rücken gekehrt hatte. Vorläufig jedoch überwogen die realen Vorteile des Zusammengehens mit Friedrich diese Stimmungsmomente, und so wurde Kaunitz, weil er nichts Entsprechendes zu bieten vermochte, mit seinen Anregungen abgewiesen.

Da spitzte sich allmählich über die kolonialen Fragen das Verhältnis zwischen Frankreich und England zum Bruche zu. Der Versuch der Franzosen, ihre Besitzungen in Kanada und Louisiana durch einen Gürtel von Forts zu verbinden, schien den Engländern unerträglich, weil dadurch nicht nur der ganze Westen Nordamerikas ihrer Kolonisation entzogen worden wäre, sondern auch die allseitige Umklammerung durch französisches Gebiet die Gefahr der Erdrückung der eigenen Siedelungen heraufbeschworen hätte. Für Frankreich eröffnete sich damit die Aussicht auf ein gewaltiges Kolonialreich, das ebenbürtig neben dem britischen gestanden wäre. Allen englischen Überlieferungen und Lebensinteressen würde es widersprochen haben, dem nicht mit aller Kraft entgegenzutreten. Schon war es 1754 im Ohiotal zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Kolonisten gekommen, zu denen die heimatlichen Staatsleitungen Stellung nehmen mußten, und die dadurch geschaffene Kriegsgefahr wurde noch verschärft durch die Vorgänge in Ostindien, wo ebenfalls den Engländern unter Robert Clive in den von Dupleix und Labourdonnaye geführten Franzosen eine empfindliche Nebenbuhlerschaft entstanden war. Hier hat allerdings Frankreich mit der Abberufung Dupleix' vor den englischen Forderungen kapituliert, aber die feindliche Stimmung war ebenfalls vermehrt worden. Der Krieg stand vor der Tür, und sein Inhalt würde das Allerhöchste sein: wer hier siegte, der hatte begründete Aussicht auf die Weltherrschaft.

Die Kabinette sahen den Krieg kommen und richteten sich auf ihn ein, weil sie erkannten, daß sie nicht unbeteiligt bleiben würden. Denn wie die Sachlage war, konnte er sich nicht einfach zur See und in den Kolonien abspielen: Frankreich war nicht in der Lage, gegen Englands maritime Überlegenheit aufzukommen, und mußte deshalb, genau wie später Napoleon I. es getan hat, sich auf dem Festland Kompensationsobjekte zu sichern suchen. Infolgedessen würde der Krieg nicht auf die beiden Hauptgegner beschränkt bleiben, alle Mächte mußten ihm ins Auge sehen. In höchster Eile und mit größter Anspannung haben sie ihre Vorbereitungen getroffen.

Je schwärzer sich die Wolken am Horizont färbten, um so emsiger umwarben die Engländer Preußen für die große antifranzösische Allianz. Aber da sie damit nicht vorwärts kamen und im Gegenteil das französisch-preußische Bündnis nach wie vor Tatsache blieb, suchten sie sich für alle Fälle zu decken und schlossen 1755 mit Rußland ein

Verteidigungsbündnis ab: falls Preußen einen Angriff auf Hannover unternahm, sollte es von Rußland im Rücken gefaßt werden. Gleichzeitig aber arbeitete die Londoner Regierung trotz dieses eindeutig gegen Preußen gerichteten Vertrages weiter auf ihr eigentliches Ziel hin, Friedrich ebenfalls für die Koalition zu gewinnen und so deren Spitze ausschließlich gegen Frankreich zu kehren. Darin äußert sich das Prinzip der englischen Politik, das sich noch so oft aufs vorteilhafteste bewährt und das zuletzt in der Vorgeschichte des Weltkriegs Anwendung gefunden hat, sich alle Wege, die zum Ziele führen könnten, offenzuhalten und deshalb auch mit scheinbar widersprechenden Methoden gleichzeitig zu arbeiten. So suchte England damals trotz der diplomatischen Einkreisung, die es gegen Preußen betrieb, dieses selbst zu direkter Verständigung zu gewinnen, und teilweise wenigstens ist König Friedrich auf seine Wünsche eingegangen. Ihm kam es hauptsächlich darauf an, die lästige Drohung von Rußland her loszuwerden, und das hoffte er durch Englands Vermittlung erreichen zu können. In der irrigen Meinung, daß der englische Einfluß in Petersburg stark genug sein werde, die Zarin von ihren gegen Preußen gerichteten Absichten abzubringen, hat er am 16. Januar 1756 die Konvention zu Westminster abgeschlossen. Ihr Inhalt war, daß England und Preußen gemeinsam die Garantie der Neutralität Deutschlands übernahmen; das hieß also, daß Preußen Frankreich von Hannover und England Rußland von Preußen fernhalten werde. Ein Bündnis stellte sie keineswegs dar, und das hat auch Friedrich nicht darunter verstanden wissen wollen, im Gegenteil meinte er sein Bündnis mit Frankreich ruhig mit dem neuen Vertrag vereinigen zu können, wie auch die Engländer deswegen keineswegs ihren Vertrag mit Rußland fallen zu lassen gedachten. Friedrichs Hoffnung war, durch die Konvention in die Lage gekommen zu sein, daß die eine der beiden führenden Großmächte direkt für ihn, die andere zum mindesten nicht gegen ihn sein werde. Aber in dieser Berechnung hat er sich völlig getäuscht. Seine eigene rein festländische Einstellung ließ ihn eben nicht die ganze, entscheidende Tragweite des weltpolitischen Gegensatzes zwischen England und Frankreich erkennen. Er glaubte eine Mittelstellung einnehmen zu können, aber die Natur dieses Gegensatzes war derart, daß eine dritte Macht unmöglich mit beiden auf gutem Fuß bleiben konnte; wer nicht für den einen war, mußte notwendig gegen ihn sein. Deshalb hat die Aufnahme, die der Konvention in Versailles bereitet wurde, Friedrich eine so furchtbare

Enttäuſchung gebracht. Die Franzoſen betrachteten die darin enthaltene Annäherung Preußens an ihren Feind als Bruch des beſtehenden Bündniſſes, Friedrichs Gegner, an ihrer Spitze die Pompadour, kamen am Hofe obenauf, und ſo fand Kaunitz jetzt Gehör für ſeine Anerbietungen. Frankreich ließ Preußen fallen, am 1. Mai 1756 wurde durch den Verſailler Vertrag, noch in der Form des Verteidigungsbündniſſes, die neue Intereſſengemeinſchaft mit Öſterreich ins Leben gerufen.

Dieſer Augenblick des „Umſturzes der Bündniſſe“ (le renversement des alliances) bildet wieder eines der ganz beſonderen Ereigniſſe in der Geſchichte des Staatenſyſtems, die bisher geltenden Prinzipien der kontinentalen Mächtegruppierung werden dadurch genau auf den Kopf geſtellt. Er iſt der Endpunkt einer mehr als ein Vierteljahrtauſend zurückreichenden Linie. Bei allem Wechſel der europäiſchen Konſtellationen war der Gegenſatz der Habsburger zu den Valois und Bourbonen, von äußerſt ſeltenem und jedesmal ſchnell wieder aufgegebenem taktiſchen Zuſammengehen in Einzelfragen abgeſehen, unerſchütterlich beſtehen geblieben. Das Staatenſyſtem hatte ſeit ſeiner eigenen Entſtehung ſich mit ihm abzufinden gehabt, die anderen Kabinette hatten ſich mit Fug und Recht daran gewöhnen können, ihn als den unbedingt feſtſtehenden Punkt in ihre Berechnungen einzuſtellen, und je länger er Gültigkeit beſaß, hatten ſich um ſo zahlreichere und empfindlichere Reibungsflächen zwiſchen den beiden Mächten herausgebildet. Es war zur ſelbſtverſtändlichen Politik Frankreichs geworden, dem Vordringen des kaiſerlichen Einfluſſes inner- und außerhalb des Reichs hemmend in den Weg zu treten, und mit derſelben Selbſtverſtändlichkeit hatte der Kaiſer, ſo oft Frankreich vorſtieß, Widerſtand geleiſtet. Dieſer Grundſatz wird nun plötzlich, ohne daß eine reinliche Klärung in allen den großen ſie trennenden Fragen eingetreten wäre, durchbrochen und in ſein Gegenteil verwandelt. Die beiden Erbfeinde finden ſich zuſammen, und der Zweck dabei iſt die gemeinſame Bekämpfung der überraſchend aufgeſtiegenen Macht. Für Öſterreich lag dieſer Frontwechſel nahe, weil eben Preußen auf ſeine Koſten ſich emporgeſchwungen hatte und weil es nicht mehr ſolchen Nachdruck auf den Ausbau ſeiner weſteuropäiſchen Stellung legte: je mehr es ſich nach Oſten wandte, um ſo geringeres Intereſſe hatte es am Kampf mit Frankreich. Dies dagegen verleugnete das Leitmotiv ſeiner bisherigen Politik, denn auf Grund aller ihm bisher geläufigen Überlegungen hätte es die Ausbildung der ſtarken nord-

deutschen Macht als schwersten Schlag gegen die kaiserliche Vorherrschaft nur freudig begrüßen müssen. Daß es sich trotzdem zur Preisgabe seines alten Prinzipes entschlossen hat, ist auch ein Beweis dafür, wie in diesem Jahrhundert die kontinentale Politik ihm an Bedeutung hinter der Weltpolitik zurücktrat. Frankreich ist sich auch der Tragweite dieses Systemwechsels bewußt gewesen, hat sich nur zögernd und ungern dazu entschlossen, und tatsächlich hat er sich in seinen durchaus schädlichen Wirkungen als unnatürlich und zweckwidrig erwiesen; auf dieser Bahn war für Frankreich das hohe Ziel nicht zu erreichen. Die Empfindung dafür hat den französischen Staatsmännern nicht gefehlt, aber der Umstand, daß sie ihren bisherigen Bundesgenossen in das Lager Englands übergegangen wähnten, hat sie dennoch dazu veranlaßt. Unter diesen Verhältnissen brauchten sie einen anderen Verbündeten und ergriffen deshalb die Hand, die Kaunitz hinhielt. Alle diesem Zusammenschluß im Wege stehenden Hindernisse beseitigt zu haben, war eine diplomatische Meisterleistung ersten Ranges, aber ermöglicht ist sie Kaunitz worden nur durch den schweren Rechenfehler, den Friedrich mit der Westminster-Konvention beging; der König selbst hat dadurch Frankreich in die Arme seines Feindes gestoßen.

Aber noch schwerer sollte sich dieser Fehler strafen. Denn ebenso verhängnisvolle Wirkung, wie auf die Beziehungen Preußens zu Frankreich, hat die Konvention auf die zu Rußland ausgeübt. Elisabeth hatte ihr Bündnis mit England ganz ausschließlich als gegen Preußen gerichtet angesehen, und als sie jetzt von dem Einverständnis zwischen diesem und England hörte, stand ihr Entschluß zum Bruch auch mit dem letzteren sofort fest. Damit war für sie auch der Weg zu Österreich wieder offen, der einen Augenblick während ihres Bündnisses mit England durch dessen Entzweiung mit der Hofburg versperrt gewesen war. Sie schloß einen Offensivvertrag mit Maria Theresia und traf schon Vorbereitungen für sofortigen Angriff auf Friedrich. Aber Kaunitz fiel ihr in den Arm, weil die eigenen österreichischen Rüstungen noch nicht weit genug gediehen waren; im kommenden Frühjahr 1757 jedoch verabredeten sie, über Preußen herzufallen, und Elisabeth legte einen Entwurf zu dessen Aufteilung vor, wodurch es auf die Stufe eines der unbedeutenden deutschen Kleinstaaten herabgedrückt worden wäre. Ein formeller Vertrag über die gemeinsame Offensive war allerdings noch nicht abgeschlossen, als Friedrich dann seinerseits losschlug,

aber über die Absicht waren sie einig, und damit bleiben sie die eigentlichen Angreifer. Denn daraus, daß Friedrich, als er hörte, daß Österreich noch nicht zum Kriege bereit sei, ihn aber in Gemeinschaft mit Rußland für das nächste Frühjahr plane, sich die Schlagfertigkeit seines Heeres zunutze machte und die Offensive an sich riß, kann nicht seine Schuld am Kriege abgeleitet werden. Gewiß hat er den Krieg begonnen in der Hoffnung, Besitzerweiterungen aus ihm davonzutragen, aber diese Wünsche haben nicht derart über ihn Macht besessen, daß er um ihretwillen den Frieden gebrochen hätte.

Unter dem Eindruck von Friedrichs Einfall in Sachsen war es für Kaunitz ein leichtes, die Verabredungen, auf denen bisher der Offensivplan beruht hatte, in feste, formelle Abmachungen umzuwandeln und die beiden Bündnisse Österreichs, einerseits mit Rußland, andererseits mit Frankreich, miteinander zu vereinigen. Am 20. August 1756, nach den drei den Einmarsch einleitenden Anfragen, die Friedrich nach Wien hatte ergehen lassen, haben Österreich und Frankreich die vertragliche Festsetzung getroffen, daß dies letztere, sobald Maria Theresia mit seiner Hilfe Schlesien zurückerobert haben werde, die österreichischen Niederlande erhalten sollte. Dieser Vertrag, der wieder deutlich die beginnende Abwendung Österreichs vom Westen hervortreten läßt, richtete sich gleich scharf gegen die beiden Gegner der ihn unterzeichnenden Mächte: es ging gegen Preußen, wenn Österreich Schlesien zurückhaben wollte, und es ging gegen England, wenn Frankreich sich in Belgien festsetzte. Die Lebensinteressen beider standen auf dem Spiel.

So ist ganz von selbst durch den Gang, den die Ereignisse infolge der Westminster-Konvention genommen hatten, Friedrich zum Bundesgenossen Englands geworden. Für beide vertragschließende Teile hat sie das Gegenteil erbracht von dem, was sie damit bezweckt hatten. Friedrich hatte sie durchaus nicht als Bündnis gemeint, denn er mußte ja seine Politik zuschneiden auf die unversöhnliche Feindschaft des Kaiserstaats, und gegen sie war Frankreich der viel brauchbarere Verbündete; Englands Absicht war die Einbeziehung Preußens in die allgemeine Koalition gegen Frankreich gewesen, statt dessen war es jetzt ganz allein auf Friedrich angewiesen. Nun aber mußten sie froh sein, wenigstens aneinander Rückhalt zu finden.

Der Siebenjährige Krieg ist der erste wirklich gesamteuropäische Krieg in dem Sinne, den wir heute mit „Europa" verbinden. Keine

der Großmächte und kaum einer der kleineren Staaten hat sich seinem Bereich entziehen können. Aber wegen des Preises, um den der Kampf zwischen England und Frankreich ging, hat er noch unendlich über den damit schon so weitgespannten Rahmen hinausgegriffen: in allen Teilen der Welt, wo Europäer sich festgesetzt hatten, ist ebenfalls gefochten worden. England hat zunächst versucht, sich auf diesen Kampf zur See und in den Kolonien zu beschränken und mit möglichst geringer Beteiligung auf dem Festland auszukommen. Dann aber ist es durch die Gefahr der französischen Festsetzung in Belgien und unter dem Einfluß des größten Staatsmannes, den es im 18. Jahrhundert besessen hat, William Pitts, doch zu erheblich gesteigerten Kraftanstrengungen übergegangen, so daß das Bündnis Friedrich nicht nur finanziell, sondern auch militärisch eine wesentliche Entlastung gebracht hat. Sie war ihm aber auch um so nötiger, da seine Bemühungen um sonstige Bundesgenossen vergeblich geblieben sind. Holland und Dänemark hat er erfolglos bearbeitet, und auch sein Versuch, in Nachahmung des Beispiels, das Frankreich so oft gegeben hatte, Österreich durch ein Bündnis mit der Türkei im Rücken zu fassen, scheiterte daran, daß in Konstantinopel der französische Einfluß den englischen noch überwog, mit dessen Hilfe Friedrich zum Ziele zu gelangen hoffte. Preußen ist also mit England allein geblieben.

So wertvoll auch dessen Beistand für Friedrich gewesen ist, unendlich mehr bedeutet sein Durchhalten für England. Pitt selbst hat ja in seinem berühmten Wort, daß Amerika in Deutschland erobert worden sei, zugegeben, daß England ihm sein Weltreich verdankt. Indem er die Kräfte aller festländischen Gegner auf sich zog, hat er den unbedingten Sieg Englands außerhalb Europas ermöglicht, ein Ergebnis, das nach dem Verlauf der ersten Kriegsjahre, in denen wieder wie im Österreichischen Erbfolgekrieg ein schlimmer Verfall der englischen Flotte zutage getreten war, zum mindesten unwahrscheinlich ausgesehen hatte. Da aber Friedrichs Widerstand den Kampf in Deutschland hinzog und seine Gegner erschöpfte, gewann England die Möglichkeit, die Flotte zu reorganisieren und dann mit ihrer Hilfe alles zu erreichen, was es erstrebte. Frankreichs Griff nach Belgien wurde abgewehrt, seine wichtigste Siedlungskolonie Kanada mußte es abtreten, und da es außerdem Louisiana an Spanien weitergab zur Entschädigung für Kolonien, die dieses seinerseits den Engländern einräumte, so war ihm nicht nur die

Möglichkeit eines großen, sich erdrückend um die englischen Niederlassungen herumlegenden nordamerikanischen Kolonialreichs genommen, sondern es mußte vollständig von dort ausscheiden. Auch in Ostindien wurde die fast gänzliche Alleinherrschaft Englands wiederhergestellt. An den beiden Punkten der Welt, wo Frankreich mit starker und Aussicht auf guten Erfolg bietender Arbeit eingesetzt hatte, mußte es dem mächtigen Gegner weichen. Es behielt zwar noch eine Reihe überseeischer Stützpunkte, aber eine Weltmacht war es nicht mehr. Mit einer Kolonialpolitik großen Maßstabs war es zu Ende, erst mehr als ein Jahrhundert später, von ganz kurzer Unterbrechung zur Zeit Napoleons I. abgesehen, ist die dritte Republik wieder in diese Bahnen eingelenkt. Der französische Geograph Reclus hat einmal geschrieben: „Das erste nicht wieder gutzumachende Unglück für Frankreich war nicht Pavia, Malplaquet, Roßbach, Waterloo oder Sedan — es war Quebeck. Bei dieser Stadt entriß uns England die Herrschaft über Amerika und vielleicht die Weltherrschaft." Das trifft dem Sinne nach durchaus zu, die überragende Stellung Frankreichs ist nicht so sehr durch die auf dem europäischen Festland verlorenen Schlachten zertrümmert worden als dadurch, daß es die Herrschaft über die Meere nicht aufrecht erhalten konnte. Das aber datiert nicht erst seit Quebeck, sondern das „erste nicht wieder gutzumachende Unglück" ist La Hogue gewesen, in dessen logischer Konsequenz Quebeck liegt. Auf kanadischem Boden ist nur aufs neue bestätigt worden, was bei La Hogue entschieden worden war.

Mit dem Zusammenbruch der französischen Weltstellung hatte England sein Kriegsziel erreicht, und sobald es an diesem Punkte angekommen war, zog es sich ohne jede Rücksicht auf seinen Bundesgenossen aus den festländischen Kämpfen zurück, um nicht wieder einen Kriegsausgang wie 1748 zu erleben, wo seine und seiner Verbündeten kontinentalen Niederlagen es um die Früchte seiner Seesiege gebracht hatten. Pitt allerdings hat Einspruch erhoben. Zwar hat niemand stärker als er betont, daß für England das Entscheidende nur der Kampf mit Frankreich sei; das beweisen seine Worte auch noch von 1762: „Die Minister Seiner Majestät dürfen nie dies große Prinzip vergessen, das leitende Prinzip unserer gesamten Politik: das einzige, was England auf dieser Welt zu fürchten hat, ist, daß Frankreich eine See-, Handels- und Kolonialmacht werden könnte." Obwohl dies Prinzip behauptet und damit

Pitts eigenes Kriegsziel verwirklicht war, hat er den sofortigen Friedensschluß als Vertragsbruch gegenüber dem Manne, dem England so viel verdankte, nicht zulassen wollen. Das hat aber nur seinen eigenen Sturz herbeigeführt; sein Nachfolger Bute hat auch den Hilfsgeldervertrag mit Friedrich gekündigt. Damit nahm der Siebenjährige Krieg die Form an, die Friedrichs Heldentum der Mit- und Nachwelt so ungeheuer eindrucksvoll vor Augen rückte: allein hielt er sich gegen den ganzen übrigen Kontinent. In diesem Ringen würde der sich selbst überlassene König trotz seiner unbezwingbaren Ausdauer, die ihn auch nach scheinbar rettungslos vernichtenden Schlägen stets wieder hochkommen ließ, schließlich wohl doch der erdrückenden Übermacht erlegen sein, wenn sich nicht sein Glaube an das „Wunder seines Hauses" bewährt hätte und der Umschwung in Rußland eingetreten wäre, der mit dem Tode Elisabeths aus dem gefährlichsten Gegner einen Verbündeten und dann nach Katharinas Thronbesteigung wenigstens einen wohlwollenden Neutralen gemacht hat. Infolge des Abfalls Rußlands von der Koalition und der völligen Erschlaffung Frankreichs mußte auch Maria Theresia ihre Hoffnungen aufgeben; an allgemeinem Kräftemangel ist der Krieg zu Ende gegangen. Der Hubertusburger Friede brachte einfach die Bestätigung des Dresdener Vertrags, territoriale Veränderungen sind durch ihn nicht eingetreten. Preußen erzielte also keinen weiteren Gewinn, aber es war ein nicht hoch genug einzuschätzender Erfolg, daß es sich gegen die Vereinigung aller festländischen Mächte hatte behaupten können. Noch 1740 war es ein Staat zweiten Ranges gewesen, jetzt hatten alle anderen es nicht niederzuringen vermocht. Moralisch und politisch hat es damit einen ungeheuren Sieg erfochten, an seiner neuen Stellung als Großmacht war nicht mehr zu rütteln. Europa hat es endgültig hinnehmen müssen, daß die Zahl der in der vordersten Reihe stehenden Staaten sich um einen weiteren vermehrt hatte.

Obwohl also auf dem Festland äußerlich weder eine neue Verschiebung noch eine Rückbildung erfolgt ist, bietet Europa dennoch nach der Beendigung des Kriegs ein total anderes Bild wie bei seinem Ausbruch. Die Einteilung der Großmächte in zwei feindliche Lager trifft nicht mehr zu, auf so einfache Formel lassen sich die allgemeinen Verhältnisse jetzt nicht mehr bringen. Englands Bund mit Preußen war zerbrochen, und fürs erste war an seine

Wiederanknüpfung nicht zu denken; mit Erbitterung hat Friedrich jeden derartigen Versuch abgewiesen. Aber England brauchte in der nächsten Zeit auch gar keinen Verbündeten; es hatte das eigene Ziel in vollem Umfang erreicht, von nirgends her konnte ihm eine Bedrohung kommen, deshalb durfte es sich vorläufig wieder einmal einfach auf seine Insel zurückzuziehen. Aber auch die Gegenpartei ist gründlich zersprengt aus dem Kriege hervorgegangen. Zwar bestand die französisch-österreichische Allianz auch fernerhin noch, erst durch die Revolution ist ihr das Ende bereitet worden. Aber Frankreich hatte durch den Krieg derart gelitten, daß es fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken war. Durch Roßbach hatte es die fürchterlichste moralische Einbuße erlitten, seine Finanzen und demzufolge auch sein Heerwesen waren gänzlich zerrüttet. Deshalb besaß es nicht mehr die Kraft, das verbündete Österreich irgendwie wirksam zu unterstützen. Ihre Allianz war für die anderen Mächte mehr eine Drohung für die Zukunft als ein Faktor, den sie für ihre gegenwärtigen Unternehmungen in Rechnung zu stellen hatten. Auf Frankreich konnte Österreich also nicht zählen, aber auch Rußland, das ja schon im Verlaufe des Krieges abgesprungen war, blieb ihm verloren. Es ist demnach keine Rede mehr davon, daß das Gleichgewicht durch zwei sich gegenüberstehende große Allianzen gewahrt werde. Eigentlich ist seit den Pariser und Hubertusburger Verträgen eine volle Auflösung über das Staatensystem hereingebrochen; jede einzelne der Großmächte steht auf sich selbst, ihre Beziehungen sind fast vollständig abgebrochen, zum mindesten in ihrer Intensität auf ein ganz ungewohntes Maß herabgestimmt. Aber dieser Zustand konnte unmöglich von Dauer sein, ganz von selbst spannen sich die Fäden wieder zwischen ihnen, weil sie ja doch alle aufeinander angewiesen waren und miteinander zu rechnen hatten. Ihre Gemeinschaft trat sehr schnell wieder in die Erscheinung, immerhin ist ein eigentliches Gleichgewichtssystem in der Weise, wie es bisher stets angestrebt worden war, bis zur Revolution hin, durch deren Ausbruch dann die völlige Neubildung bewirkt wurde, nicht mehr zur Aufrichtung gekommen.

Als erster hat Friedrich der Große aus der gänzlichen Vereinzelung herauszukommen sich bemüht, wie überhaupt seine Haltung den nächsten Jahrzehnten den Stempel aufgedrückt hat; er war anerkannt der erste Mann Europas, und damit erhob sich auch

sein Staat, die jüngste Großmacht, an die einflußreichste Stelle. Der ihn leitende Gesichtspunkt ist von nun an, nachdem durch die große Kriegsperiode das gesichert war, was ihm bei seinem Regierungsantritt vorgeschwebt hatte, die Aufrechterhaltung des Friedens geblieben, um durch innere Arbeit dem ausgesogenen Land wieder zu den Kräften zu verhelfen, die zur Behauptung nach außen erforderlich waren. Weil er am eigenen Leibe gespürt hatte, was es bedeuten konnte, ganz allein auf sich selbst stehen zu müssen, suchte er sich durch einen starken Verbündeten zu sichern, und an wen er sich dabei zu wenden habe, dafür war die Richtung gewiesen. Gegen England war er seit dem Bündnisbruch in übelster Stimmung, die Allianz mit ihm konnte nicht die dauernde Garantie bieten, auf die es ihm ankam. Frankreichs Bundesgenossenschaft wollte vorläufig nicht mehr sehr viel besagen, und daß er in Wien auf glatte Ablehnung stoßen würde, wußte er nur zu genau. So richtete sich ganz von selbst sein Blick auf Katharina von Rußland, zu der er ohnehin schon in verhältnismäßig freundlicheren Beziehungen stand als zu allen anderen Mächten.

Aber Friedrich war sich bewußt, daß er auch auf diesen Verbündeten, falls es überhaupt gelang, ihn zu gewinnen, doch nur in sehr begrenztem Maße bauen durfte, denn in Katharina war das alte russische Streben nach der Ostseebeherrschung besonders lebendig, so daß sie an dem Dasein eines kraftvollen Preußen nur geringes Interesse haben konnte. Es galt also für ihn, sie vor andere Ziele zu stellen, bei deren Erreichung die preußische Hilfe ihr wertvoll sein mußte, gleichzeitig aber dabei, um für alle Fälle gesichert zu sein, eine eigene Verstärkung herauszuschlagen. Das Mittel, mit dem sich beides erreichen ließ, war gegeben. Als ungeklärtes Streitobjekt lag zwischen Rußland und Preußen das Königreich Polen, dessen über alle Begriffe zerrotteten Zustände es schon lange zu dem Punkt gemacht hatten, an dem die unterirdische Wühlarbeit aller Kabinette Europas sich in ihrer unerfreulichsten Form betätigte. Friedrich schätzte den Wunsch Katharinas richtig ein, daß diese Mauer, die noch zwischen ihr und dem Westen stand, auf die für sie vorteilhafteste Weise zu Fall gebracht werde. Allerdings war es für ihn selbst keineswegs unbedenklich, wenn damit der Pufferstaat beseitigt wurde, der ihm bisher das Zarenreich vom Leibe gehalten hatte, aber er hoffte selbst dabei so viel gewinnen zu können, daß auch die unmittelbare Nachbarschaft Rußlands

zu ertragen war. Seine Berechnung ist also gewesen, Katharina durch Unterstützung ihrer polnischen Absichten von dem weiteren Vordringen an der Ostsee abzulenken, sie auf seine Seite herüberzuziehen und dabei für sich das Land zu gewinnen, dessen Erwerb er schon als Kronprinz als unentbehrlich für eine große Zukunft seines Staates erkannt hatte, Westpreußen.

Diesmal hat er richtig gerechnet, alles ist nach seinen Wünschen gegangen. Gegen das Versprechen, ihren Thronkandidaten in Polen zu unterstützen, hat die Zarin 1764 ein Bündnis mit Friedrich abgeschlossen. Ein wichtiger Teil seines Planes war damit verwirklicht, Preußen war heraus aus der Vereinzelung und hatte gerade die von allen Höfen am meisten gefürchtete Macht für sich gewonnen. Ihre Verbindung stellte die weitaus stärkste Machtansammlung im damaligen Europa dar, ihr Druck war gewichtig genug, um in Polen den österreichischen und auch den letzten Rest des französischen Einflusses auszuschalten. Frankreich hat aber, da es selbst einzugreifen nicht in der Lage war, auf indirektem Wege diesen endgültigen Verlust seines letzten Postens im Osten zu verhindern versucht. Nachdem es vergeblich daran gearbeitet hatte, einen Keil in das preußisch-russische Verhältnis zu treiben, hat es, um Katharina von Polen abzubringen, die orientalische Frage aufgerollt. Auf seine Veranlassung erklärte der Sultan ihr den Krieg, das alte Bündnis mit der Türkei wurde diesmal also nicht gegen den Kaiser, sondern gegen Rußland ausgespielt, und es hat nicht viel gefehlt, daß Frankreich wirklich den Zweck, den es dabei verfolgte, erreichte und die Ostmächte untereinander in Zwist gerieten.

Denn als Antwort auf den Angriff des Sultans nahm Katharina das Streben nach Konstantinopel mit größter Energie wieder auf, sie holte zum gewaltigen Gegenschlag aus, und unter ihm brach die Türkei zusammen. Ihre innere Schwäche trat zutage, es erwies sich, daß sie nicht auf einer Nation beruhte, sondern nur auf einer Armee (Lavisse), so daß sie nur zu Eroberung, nicht zu friedlicher Kultivierung fähig war. Seitdem hat sie den Zustand nicht mehr überwinden können, für den die Bezeichnung als „kranker Mann" der charakteristische Ausdruck geworden ist. Die russischen Erfolge steigerten sich rasch, besonders bedrohlich für die Pforte war auch die Entsendung der russischen Ostseeflotte in das Mittelmeer — diese Episode, die für die Betrachtung der allgemeinen Zusammenhänge der Außenpolitik so besonderes Interesse bietet, weil an ihr das da-

malige Verhältnis Englands zur orientalischen Frage deutlich sich erkennen läßt. Die Engländer haben dies Unternehmen nach jeder Richtung hin begünstigt und gefördert. Damals also hat die Aufrechterhaltung der Türkei noch kein solches Interesse für sie besessen, während sie dann später so lange Zeit hindurch zu einem der beherrschenden Prinzipien der englischen Politik wurde, bis am Ende des 19. Jahrhunderts abermals ein Wandel eingetreten ist. Denn noch war der Sultan der ständige Bundesgenosse von Englands eigentlichem Gegner Frankreich. Deshalb mußte in London die türkische Niederlage als eigener Erfolg gelten; um Frankreich indirekt zu treffen, hat England der russischen Flotte auf ihrer Fahrt solchen Vorschub geleistet. Zur See also und auf dem Lande erhob sich die größte Gefahr für Konstantinopel; die Lage auf dem Balkan war derart geworden, daß Katharina bereits erklären konnte, das Gebiet der Donaumündung, Moldau und Walachei, werde sie nicht mehr herausgeben. Damit aber stieß sie auf die Gegnerschaft Österreichs, und so schien es, als ob dieser Krieg, obwohl er mit der Schwächung des türkischen Verbündeten zum Schaden seines Urhebers Frankreich gereichen mußte, doch insofern dessen Interesse dienlich sein werde, als er wirklich einen allgemeinen Krieg der Ostmächte und damit deren gegenseitige Schwächung in unmittelbare Nähe rückte.

Der Kaiserstaat konnte es nicht tatenlos mitansehen, daß die Mündung seines Hauptstroms in den Besitz einer anderen europäischen Großmacht überging. Bisher waren Österreich und Rußland einig gewesen in der gemeinsamen Abwehr gegen den türkischen Angriff und auch in dem allmählichen eigenen Vordringen. Jetzt aber näherten sich ihre Stellungen einander, beide begehrten Gebiete, die der andere als die eigene Interessenzone betrachtete. So hat dieser Türkenkrieg zum erstenmal einen Konflikt zwischen Rußland und Österreich um des Balkans willen heraufgeführt; aus den bisherigen Kampfgenossen werden Rivalen. Der Eindruck dieser Tatsache ist in Wien ungeheuer gewesen und hat für den Augenblick einen Ausschlag des Pendels nach der den bisherigen Gewohnheiten widersprechenden Richtung veranlaßt, und zwar in doppelter Weise. Joseph II. schloß ein geheimes Bündnis mit der Türkei, und dann hat er noch weiter, weil er bloß mit ihr zusammen sich nicht der russischen Macht gewachsen fühlte, sich auch Preußen genähert. Ihm persönlich und vor allem Maria Theresia, deren Mitregent er geworden war und die in Friedrich nie etwas anderes als den

Räuber ihrer schönsten Provinz erblickte, muß das gefühlsmäßig sehr schwer gefallen sein. Die beiden Todfeinde Österreichs sollten also nunmehr seine Stützen im Kampf gegen Rußland abgeben; zu solch gründlichem Systemwechsel war die Hofburg unter dem Eindruck des sich ankündigenden Bruches mit dem Zarenreich entschlossen.

Den vorsichtigen Andeutungen, die Kaunitz machte, kam Friedrich ebenso vorsichtig entgegen. Zwar wollte er seine Beziehungen zu Katharina nicht verschütten, aber die Annäherung an Österreich war doch eine wichtige Sicherung seiner Friedenspolitik, und überdies war ihm die Aussicht auf einen allzu großen Erfolg Rußlands keineswegs angenehm, weil er voraussah, daß dieser Kraftzuwachs einen neuen Vorstoß nach dem Westen, also unmittelbar gegen ihn selbst auslösen werde. Schon damals also ist sowohl von preußischer wie von österreichischer Seite der Gedanke erwogen worden, ob nicht der eigentliche Feind für beide in Rußland zu erblicken und es deshalb zweckmäßig sei, die zwischen ihnen bestehenden Differenzen in den Hintergrund zu schieben und sich zusammenzuschließen, und weiter ist schon damals die Aufnahme der Türkei in diese Gruppierung geplant worden. Diese Zukunftsmöglichkeit haben die beiden großen Staatsmänner Friedrich und Kaunitz gesehen. Friedrichs Lage nach Hubertusburg erinnert an die Bismarcks beim Ausbruch der orientalischen Krisis in den siebziger Jahren wie in mancher anderen Hinsicht auch insofern, als er vor die Frage gestellt wurde, mit welchem der beiden Kaiserreiche er das Bündnis eingehen wollte. Damals aber war ein solches mit Österreich für die Dauer nicht möglich, noch stand sein deutscher Ehrgeiz trennend zwischen ihnen. Deshalb konnte nur zeitweise Annäherung, nicht volle Interessengemeinschaft auf den Zusammenkünften von Neisse und Mährisch-Neustadt erzielt werden. Weil Friedrich im eigenen Interesse den Krieg verhindern wollte, dem er selbst nicht hätte fernbleiben können, übernahm er es, den Ausgleich zwischen den widerstreitenden Standpunkten Österreichs und Rußlands herbeizuführen, und indem ihm das gelang, hat er gleichzeitig den eigenen Vorteil aufs glänzendste gewahrt. Seiner Initiative ist es zuzuschreiben, daß Frankreichs Spekulation auf den Krieg der Ostmächte nicht in Erfüllung gegangen ist.

Um die russische Begehrlichkeit von der Stelle, wo sie im Augenblick am gefährlichsten war, abzulenken, holte er wieder die polnische Frage hervor und machte offiziell den schon lange in der Luft

liegenden Vorschlag der Teilung des Landes zwischen den drei es umklammernden Großmächten. Die Schwierigkeit, die er dabei zu überwinden hatte, lag aber darin, daß Katharina die Hoffnung hegte, ganz Polen an sich zu bringen, und daß auch Joseph einen so bedeutenden Machtzuwachs wie Westpreußen auf keinen Fall Friedrich zuteil werden lassen wollte. Deshalb haben beide Partner, mit denen der König das Geschäft abzuschließen gedachte, sich zunächst ablehnend verhalten. Als aber dann Österreich unter dem Vorwand des polnischen Bürgerkriegs die Landschaft Zips mit Beschlag belegte, um auf alle Fälle ein Gegengewicht gegen die eventuelle Besetzung der Donaufürstentümer durch Rußland in der Hand zu haben, erkannte die Zarin, daß sie die Hoffnung auf alleinigen Gewinn des ganzen Landes fahren lassen mußte, und da sie sich durch Österreichs Vorgehen verletzt fühlte, einigte sie sich mit Friedrich ganz auf der Grundlage seiner Vorschläge. Demgegenüber blieb dann auch Österreich, so ungern es sich dazu herbeiließ, nichts übrig, als ebenfalls einzuwilligen. Auf Kosten des Königreichs Polen blieb der allgemeine Friede gewahrt.

Alle drei beteiligten Mächte haben sehr erhebliche Verstärkung erfahren, Preußen auf der Karte den kleinsten Anteil, verhältnismäßig aber den größten Gewinn. Denn die Herstellung der breiten Landbrücke zwischen zweien der Teile, in die bisher sein Gebiet auseinandergefallen war, bedeutete eine unschätzbare Vermehrung an innerer Kraft. Gerade Rußland gegenüber war es eine höchst wertvolle Sicherung, daß Ostpreußen nun nicht mehr so hilflos vom Reste des Staates abgeschnitten war. Ohne Schwertstreich hatte Friedrich durch prachtvolle Ausnutzung der sich bietenden Möglichkeiten eine Machterweiterung erzielt, wie sie keiner der anderen Beteiligten ihm hatte zukommen lassen wollen. Insgesamt hat die Teilung Polens mit dieser Stärkung der drei östlichen Großmächte dazu beigetragen, daß der Schwerpunkt Europas sich noch weiter weg vom Westen nach dem Osten hin verschob. Das hat sich herausgestellt, als nach Überstehung der Stürme der ja alles über den Haufen werfenden Revolution der alte Zustand wiederhergestellt wurde.

Diese Teilung Polens von 1772 ist vielfach Gegenstand moralischer Entrüstung geworden. Neben den Demokraten im Zeitalter der törichten Polenbegeisterung, gegen die der junge Bismarck so leidenschaftlich angekämpft hat, haben auch vielfach französische Historiker

in ſolchen Phraſen ethiſcher Verurteilung geſchwelgt; ein Mann wie Laviſſe hat geſchrieben, daß die letzte Handlung des Staatenſyſtems vor der Revolution ein Mord geweſen ſei, offenbar um anzudeuten, daß Derartiges mit dem Siege der Ideen von 1789 unmöglich gemacht worden ſei. Zweifellos iſt die Teilung ein unſeren heute wenigſtens in der Theorie anerkannten Grundſätzen ins Geſicht ſchlagender, brutaler Gewaltakt, wobei allerdings einſchränkend hinzugeſetzt werden muß, daß gerade der Gewinn Weſtpreußens und des Netzediſtrikts für Preußen von Woodrow Wilſon in ſeinem Buch „Vom Staate" als übereinſtimmend mit dem durch die Revolution hochgekommenen nationalen Prinzip anerkannt worden iſt, da dadurch gänzlich germaniſiertes Land von der polniſchen Herrſchaft befreit worden ſei. Vor allem aber gilt es bei ihrer Beurteilung ſich zu vergegenwärtigen, daß in ihr im Grunde uns doch nichts anderes entgegentritt als das Hin- und Herwerfen mit Ländern und Völkern ganz ohne Rückſicht auf deren Stimmung und Wünſche, das ſchon immer Sitte geweſen war und an dem lange nicht in demſelben Maße moraliſcher Anſtoß genommen wird. Das Gleichgewicht beruhte eben damals auf dem Prinzip, daß jeder Staat, der einen Machtzuwachs erzielte, den anderen dafür eine gewiſſe Kompenſation zuzugeſtehen hatte. Um das zu ermöglichen, ſind im Geiſte der Konvenienz ſo viele Staaten auseinandergeriſſen worden, ganz gleichgültig, ob ſie bis dahin ſouverän geweſen waren oder nicht, und ohne daß die nationale Zuſammengehörigkeit auch nur irgendwie beachtet worden wäre. Das war die Folge der ausſchließlichen Herrſchaft der Staatsraiſon über alle anderen Empfindungen und Überlegungen. Solange die Untertanen noch nichts anderes waren als das einfache Objekt der Staatsgewalt und kein inneres Verhältnis zwiſchen Staat und Volk beſtand, iſt dieſe Auffaſſung die allgemein anerkannte geblieben. Inſofern iſt die Beſſerung alſo wirklich auf die Begleiterſcheinungen der Franzöſiſchen Revolution zurückzuführen, aber das trifft durchaus nicht zu, daß ſie in der Staatspraxis gleich Wandel geſchaffen hätte. Sie bringt vielmehr im Gegenteil, ſo ſehr ſie auch das Schlagwort vom Recht der Nationalitäten im Munde führt, gerade den Höhepunkt des altüberlieferten Syſtems. Denn dem willkürlichen Länderzuſammenballen und -auseinanderreißen, deſſen ſie ſich ſchuldig macht, liegt wieder nichts anderes zugrunde, als die Staatsraiſon des verſchrieenen 18. Jahrhunderts. Was iſt denn, um nur ein Beiſpiel

herauszugreifen, die Annexion eines Teiles von Holland durch die französische Republik im Prinzip anderes als die Erwerbung polnischer Gebiete durch den Absolutismus der Ostmächte! Deshalb ist es falsch, die Teilung Polens unter die benachbarten Großmächte als unerhörtes politisches Verbrechen zu bezeichnen; sie steht keineswegs vereinzelt da, sondern ist nur ein Glied einer sehr langen Kette, und zwar weder ihr erstes noch ihr letztes. Wer sich also über sie moralisch entrüsten will, der muß das folgerichtig noch sehr oft bei der Betrachtung der Weltgeschichte tun. Dazu kommt, daß diese Gewaltsamkeit ihre Rechtfertigung durch ihre Folgen gefunden hat: die Verminderung der Bedeutung Polens, aus der sich dann von selbst die vollständige Beseitigung des Staates herausentwickelt hat, ist für Gesamteuropa nur von wohltätiger Wirkung gewesen. Die inneren Zustände hatten sich eben in einer Weise entwickelt, daß das Land keine Daseinsberechtigung als selbständiges Gemeinwesen besaß. Es hatte selbst alles getan, was es zum wehrlosen Streitobjekt der anderen herabwürdigen mußte, und hatte dadurch zu dauernder Beunruhigung Anlaß gegeben. Für den Frieden Europas ist es deshalb segensreich gewesen, daß dieser Staat verschwand.

Auch in der Beziehung hat Friedrich den Zweck erreicht, den er bei seinem Anstoß zur Teilung im Auge hatte, als infolgedessen Katharina sich zur Aufgabe eines großen Teils ihrer Ansprüche gegen die Türkei verstand. Zwar blieb das Maß des von ihr im Frieden von Kütschük Kainardschi 1774 Erreichten noch sehr hoch, für die Zukunft haben vor allem die Rechte besondere Bedeutung erlangt, die Rußland innerhalb des Hoheitsbereiches der Pforte zugestanden wurden, weil es daran die Handhabe zu dauernder Einmischung gewann; aber Katharina hatte doch noch viel mehr gefordert. Vor allem das für Europa und speziell für Österreich unmittelbar Bedrohliche wurde vermieden durch ihren Verzicht auf die Donaufürstentümer. Der allgemeine Friede blieb daher gewahrt, auch hier hat die Teilung Polens, ohne die Katharina auf ihren Forderungen beharrt haben würde, sich als sachdienlich erwiesen.

Nur in einer Beziehung hat sie gerade für ihren Urheber unerwünschte Wirkung gehabt: indem die Einigung über die brennenden polnischen und türkischen Streitfragen den russisch-österreichischen Gegensatz verwischte, wurde auch die Vorbedingung hinfällig, die für die Annäherung zwischen Österreich und Preußen gegolten

hatte. Die östlichen Fragen waren fürs erste entschieden, Österreich brauchte von Rußland nichts mehr zu besorgen und konnte sich deshalb erneut mit aller Kraft den Verhältnissen im Reiche zuwenden. Joseph II. war noch immer nicht zur Anerkennung der durch die drei schlesischen Kriege erzeugten Machtverschiebung gewillt. Zwar auf die direkte Rückeroberung Schlesiens als Mittel für die einwandfreie Wiederherstellung der kaiserlichen Vormachtstellung im Reich verzichtete er als gänzlich hoffnungslos, aber er glaubte einen anderen Weg zu erblicken zur Überflüglung des preußischen Rivalen: den Gewinn Bayerns beim Aussterben des dortigen Herrscherhauses. Aber Friedrich hat die Gefahr rechtzeitig erkannt und im Bayerischen Erbfolgekrieg vorläufig die Absicht vereitelt. Das hat Joseph jedoch nicht abgebracht, mit echt habsburgischer Zähigkeit auch weiter seinen Plan zu betreiben; auf dem Wege des Ländertauschs glaubte er doch noch um alle Schwierigkeiten herumzukommen und bot Karl Theodor für Bayern die österreichischen Niederlande. Deren Besitz war ja durch den Verzicht auf die systematische Betreibung des Welthandels, den Karl VI. gegenüber dem Einspruch Englands hatte eingehen müssen, sehr wesentlich in seiner Bedeutung herabgemindert worden, in vieler Beziehung stellte er sogar eher eine Last als einen Vorteil dar, da er den Feinden einen besonders günstigen Angriffspunkt bot und der Kaiser durch ihn in Streitigkeiten verwickelt wurde, die der Hauptmasse seiner Länder durchaus fremd waren. Deshalb hatte auch schon 1756 der Gedanke auftauchen können, Belgien als Kaufpreis für den Rückgewinn Schlesiens zu bieten, und auch jetzt schien Joseph die Erwerbung Bayerns durch seine Hergabe keineswegs zu teuer bezahlt. Der Augenblick war günstig, denn gleichzeitig war es Kaunitz gelungen, das preußisch-russische Bündnis zu zersprengen. Friedrich hatte Katharina vorgeschlagen, dies Bündnis zu ergänzen durch die Aufnahme der Türkei; in seinem Sinn war es hauptsächlich gegen Österreich gerichtet, das dann von drei Seiten umfaßt worden wäre. Katharina dagegen dachte nach wie vor sehr ernst daran, der Türkei noch erheblich mehr abzunehmen, als es im letzten Kriege geschehen war, und hätte deshalb gern an deren Stelle Österreich als dritten Partner gewonnen. Diese Meinungsverschiedenheit hat Joseph, der ebenfalls zu weiteren Angriffen auf die Türkei gewillt war, benützt, um sich selbst an Friedrichs Stelle in Petersburg zu schieben; es kam tatsächlich 1781 zum Verteidigungs-

bündnis zwischen Österreich und Rußland. Formell blieben allerdings die Beziehungen Katharinas zu Friedrich unverändert, aber es war deutlich, daß sobald der alte und der neue Bündnisvertrag sich als unvereinbar erweisen würden, nicht dem mit Preußen das größere Gewicht eignen werde. Weil also Joseph nun seinerseits Rückhalt an Rußland hatte und Friedrich ganz vereinzelt dastand, glaubte der Kaiser auch seine bayerischen Pläne durchsetzen zu können.

Da aber hat Friedrich sich eine Stütze zu schaffen verstanden aus etwas, das vorher keine Macht dargestellt hatte: er vereinigte die Reichsfürsten zu festem Bund gegen den Kaiser unter preußischer Führung. Mit größtem Geschick hat er die durch Josephs mannigfaltige Versuche, die kaiserliche Gewalt zu höherer Geltung zu bringen, und durch seine Säkularisationen bei weltlichen und geistlichen Fürsten entstandene Unzufriedenheit benutzt, um den Fürstenbund von 1785 ins Leben zu rufen. Weil er auf keine Großmacht rechnen konnte, sammelte er die Vereinigung der deutschen Fürsten um sich, die in geschlossenem Verband unter seiner kraftvollen Führung doch auch eine nicht unerhebliche Macht darstellten. Jedenfalls reichte sie aus, um Joseph sofort zum Rückzug zu zwingen; das bayerische Projekt ist damit endgültig begraben worden.

Diese Vorgänge im Reich sind ein Anzeichen für das Herabsinken Frankreichs und haben in ihren Auswirkungen seine Macht noch weiter vermindert. Denn zum ersten Male gruppieren sich die Fürsten beim Widerstand gegen kaiserliche Bestrebungen nicht um Frankreich als Schutzmacht, sondern um einen deutschen Staat. Das war die Folge davon, daß das Reich neben Österreich jetzt noch eine zweite Großmacht besaß; die Opposition hatte es nicht mehr nötig, sich an das Ausland zu wenden. Die nationale Selbständigkeit hat also einen großen Fortschritt aufzuweisen, und noch in anderer Beziehung hat der Fürstenbund der nationalen Sache gute Dienste geleistet. Friedrich selbst hat allerdings nicht im entferntesten sich durch derartige Überlegungen leiten lassen, für ihn war treibend nichts als das preußische Interesse. Aber ohne es zu ahnen und zu wollen, hat er die Zukunft Deutschlands gerettet. Denn durch das Vordringen Österreichs tief nach Süddeutschland hinein, wie es sich aus der Erwerbung Bayerns ergeben hätte, wäre der Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland wohl unüberwindlich und die Reichseinheit in der heutigen Form undurchführbar geworden. Wenn der ganze Süden zum Einfluß-

bereich Österreichs, also eines wesentlich nichtdeutschen Staates, geworden wäre, würde die Mainlinie die Bedeutung des dauernden und tiefen Risses in der Nation angenommen haben. Das hat der Fürstenbund verhindert und sich damit als wichtige Vorbereitung des Einheitsstrebens erwiesen. Auf diese Weise konnte er in den Deutschen die Hoffnung auf Wiedererrichtung eines starken Reichs neu aufleben lassen. So wenig er nach der Absicht der ihn schließenden Regierungen sich in einen festen Bundesstaat verwandeln sollte — die Erhaltung, nicht die Abänderung der Reichsverfassung war ihm als Aufgabe gestellt —, hat er doch viel getan, um diese Möglichkeit für eine spätere Zeit vorzubereiten. Gerade das Gefühlsmoment, daß durch das Auftreten gegen die drohende kaiserliche Übermacht die starke innere Abneigung der Süddeutschen gegen das ihnen vielfach unverständlich und abstoßend erscheinende Preußen gemildert und die „fritzische" Gesinnung aus neuen Quellen gespeist worden ist, darf nicht unterschätzt werden. Das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit, diese notwendige Vorbedingung der tatsächlichen Einheit, ist durch den Fürstenbund gekräftigt worden. Auch durch die abermalige Betonung des gleichberechtigten Nebeneinanderstehens von Österreich und Preußen ist eine der künftigen Entwicklung förderliche Klärung eingetreten. Es hatte sich eindeutig erwiesen, daß Österreich nicht mehr die Fähigkeit besaß, gegen den Widerspruch Preußens dem Reich seinen Willen aufzuzwingen. Eindringlich war der große Umschwung aller Welt vor Augen gestellt worden, und so hat das Scheitern der bayerischen Pläne Josephs das moralische Gewicht Preußens noch weiter verstärkt.

Während dieser Vorgänge in Ost- und Mitteleuropa hatten sich, ganz unabhängig von ihnen, mit den Westmächten Dinge von höchster Bedeutung vollzogen. Daß hierbei der Osten sich so gar nicht beteiligt hat, ist einerseits eine Folge der noch immer geltenden weltpolitischen Einstellung der beiden führenden Westmächte — denn Frankreichs Weltstellung war zwar zerbrochen, aber unverändert blieben seine Wünsche —, so daß ihre Interessen denen der drei östlichen Mächte durchaus fremd waren, dann aber ist es noch eine Nachwirkung der Auflösung, der das Staatensystem nach dem Ende des Siebenjährigen Kriegs anheimgefallen war. Zum Teil war sie wieder überwunden, aber noch nicht vollständig, und so haben sich zwei große Gruppen herausgebildet, zwischen denen eine tiefe Grenze verläuft; die Vorgänge innerhalb der einen sind fast

wirkungslos auf die andere geblieben. Es ist das eine Rückbildung zu Verhältnissen der Art, wie sie zu Beginn des 18. Jahrhunderts gegolten hatten: wie damals die baltischen Staaten getrennt vom übrigen Europa ihre Machtfragen untereinander auskämpfen konnten, so lösen sich auch jetzt zwei Staatensysteme voneinander. Die Scheidung, die sich im 19. Jahrhundert dann ganz scharf eingestellt hat zwischen Ost und West, ist also damals schon eingetreten, aber in ganz anderem Sinne. Während im 19. Jahrhundert ihr Gegensatz die europäischen Zustände beherrscht, stehen sie in der Zeit nach dem Hubertusburger Frieden fast berührungslos nebeneinander.

England erlebt den ersten größeren Rückschlag in seinen kolonialen Unternehmungen; das seit Utrecht ständig anhaltende Wachstum seiner Weltgeltung erfährt jähe Unterbrechung durch den Abfall der nordamerikanischen Kolonien. Über Besteuerungsfragen und auch über die Besorgnis Englands, daß die in einigen der Kolonien herrschenden demokratischen Prinzipien auf das Verhältnis zum Mutterland und auf dessen eigene Zustände abfärben könnten, ist es zum Bruche gekommen. In den Grundsätzen, welche die englische Kolonialpolitik gegenüber den Nordamerikanern angewendet hatte, bestand ein merkwürdiger Gegensatz. Im inneren Leben ließ die Londoner Regierung den Kolonisten ursprünglich vollständige Freiheit und duldete das selfgovernment in seiner ausgesprochensten Form; nach außen hin aber schrieb sie die Haltung aufs genaueste vor und erlaubte keine Abweichung von ihren Anweisungen. Das haben sich die zur Selbständigkeit erzogenen Siedler schließlich nicht mehr gefallen lassen wollen, und als dann England, um die finanziellen Schädigungen des Siebenjährigen Kriegs auszugleichen, gar zu Eingriffen auch in die innere Verwaltung schritt, da ist die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten 1776 erfolgt. Damit erhob sich in demselben Augenblick, wo England sein Weltreich vor jeder europäischen Konkurrenz gesichert zu haben glauben durfte, aus dessen eigenem Schoße der Widerstand, und da alle Anstrengungen, ihn niederzuzwingen, sich als vergeblich erwiesen, hat auch Frankreich die Gunst der Stunde wahrgenommen zu erneutem Ansturm gegen die alleinige Weltstellung Englands. Daß die Kräfte des britischen Reiches in einen Schwächezustand gerieten, der den Zusammenbruch des Werkes des älteren Pitt herbeizuführen schien, gab den Franzosen Mut, die Festsetzungen des Pariser Friedens noch einmal anzufechten.

Während Montesquieu, der große Bewunderer der englischen Verfassung, die er in so fälschlich idealisierter Form als Vorbild hinstellte, unpolitisch genug dachte, um für Annäherung Frankreichs an England zu wirken — unpolitisch, weil sie unter dem bestehenden Machtverhältnis gleichbedeutend mit Unterordnung gewesen wäre —, hatte Choiseul als Außenminister schon seit längerer Zeit eine antienglische Richtung eingeschlagen und deshalb große Anstrengungen darauf verwendet, die Flotte wieder auf die alte stolze Höhe zu bringen. Zu diesem Zweck hatte er eine Bewegung entfesselt, die in ihrer Art der Agitation des deutschen Flottenvereins unserer Tage verwandt ist: der Sinn war, durch private Sammlungen die staatlichen Mittel zu ergänzen, und tatsächlich war es gelungen, die Marine sowohl quantitativ wie qualitativ auf eine Höhe zu heben, daß sie den Vergleich mit den Zeiten Tourvilles nicht zu scheuen brauchte. Auch Choiseuls Nachfolger Vergennes hat sich auf den Gegensatz gegen England eingestellt und deshalb jetzt die Gelegenheit ergriffen, dem Feinde einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Aber trotz der außerordentlichen Leistungen der französischen Flotte, vor allem unter der Führung Suffrens in Ostindien, hat Frankreich die Seeherrschaft Englands nicht erschüttern können.

Sein Eingreifen hat allerdings bewirkt, daß die Amerikaner ihren Freiheitskampf siegreich bestehen konnten; ohne seine Beteiligung, darf man wohl sagen, würden sie schließlich doch unterlegen sein, wie in unseren Tagen die Buren ohne die Unterstützung Europas erlegen sind. So aber hat England seine Einwilligung dazu geben müssen, daß gerade die wichtigste, am höchsten entwickelte und zukunftsreichste seiner Kolonien aus dem Bau des Weltreichs ausschied. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika bilden fortan eine eigene, neue Nation für sich. So groß der Eindruck dieser Tatsache auch war und so sehr ihre Folgen sich geltend gemacht haben, ist das Bild der europäischen Politik dadurch vorläufig noch nicht verändert worden, weil das neue Staatengebilde in politischer Beziehung sich absichtlich dem Leben der anderen ferngehalten hat. Die politischen Einwirkungen, die von ihm ausgegangen sind, sind noch ohne sein eigenes Zutun erfolgt. Sie sind allerdings sehr groß gewesen, denn die Prinzipien, auf denen die Verfassungen der einzelnen nordamerikanischen Staaten beruhten, haben mit ihrem Einfluß auf die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte tief in die Anschauungen und Zustände des alten Europa

eingegriffen, aber ein außenpolitisches Zusammenwirken im eigentlichen Sinn hat sich noch nicht zwischen beiden Weltteilen eingestellt. Es hat noch recht lange gedauert, bis in dieser Beziehung die Vereinigten Staaten Bedeutung für die Geschichte des Staatensystems gewonnen haben. Vielmehr hat der Wille, ihm nicht als Mitglied beizutreten, den schärfsten Ausdruck gefunden in dem politischen Testament Washingtons von 1796, in seinem Rat, so wenig als irgend möglich politische Beziehungen zu den fremden Mächten zu unterhalten, die durch den Ozean gegebene Trennung auszunützen und den Handelsverkehr in den Vordergrund zu stellen. Neutralität und Unabhängigkeit hat er als die Grundgesetze der nordamerikanischen Politik aufgestellt, und lange Zeit hindurch ist sein Programm das A und O der amerikanischen Staatskunst geblieben.

Englands im Versailler Frieden von 1783 erzwungene Anerkennung der Selbständigkeit Nordamerikas ist das Eingeständnis einer schweren Niederlage. Das hat Frankreich also erreicht, aber im übrigen besagte die im Friedensvertrag ausgesprochene ungefähre Bestätigung des alten Besitzstandes, daß an der britischen Seeherrschaft nicht gerüttelt würde. Sie blieb trotz der Verkleinerung des Kolonialreichs unangetastet. Der englische Handel hat sogar aus dem Abfall der Nordamerikaner geradezu Vorteil gezogen, denn binnen kurzer Zeit stellte sich der Verkehr mit der freien Union für das alte Mutterland ertragreicher, als der mit den abhängigen Kolonien gewesen war; auch nach der politischen Befreiung kam sie noch auf lange Zeit über den Zustand der wirtschaftlichen Abhängigkeit von England nicht hinweg.

Der erlittene Schlag hat begreiflicherweise den Stolz der Engländer hart getroffen, aber bewundernswert ist die Art, wie sie alsbald seine Lehren sich zunutze gemacht haben. Der jüngere Pitt, der die Leitung des Staates übernahm und in großartiger Arbeit die verlorenen Kraftquellen durch andere zu ersetzen verstanden hat, zog die sich aufdrängenden Schlußfolgerungen aus der Tatsache, daß Nordamerika sich aus dem Weltreich losgelöst hatte, weil es sich durch das Mutterland in seiner Selbständigkeit beeinträchtigt fühlte. Das durfte sich nicht noch einmal an anderer Stelle wiederholen, einen zweiten derartigen Verlust würde Großbritannien nicht verwinden können. Deshalb ging er an die Festigung des noch Bestehenden, auf seine Gedanken sind die Bemühungen des heutigen britischen „Imperialismus" zurückzuführen, der das

Weltreich über die äußerlichen Beziehungen von Mutterland und Kolonien hinaus zu einer wirklichen inneren Einheit zuſammenſchmieden will, gerade unter Verzicht auf die feſte äußere Organiſation dieſer Einheit. Weil gemäß der Natur des über alle Weltteile ausgebreiteten Reiches eine unbedingte ſtaatliche Zentraliſation ſich nicht durchführen läßt, ſondern immer die Gefahr des Abſpringens eines Teiles vorliegt, wird auf ſolche Zuſammenfaſſung verzichtet und das Moment des Zuſammenhalts in eine ganz andere Sphäre verlegt: die Reichsfreudigkeit der Dominien ſoll dadurch belebt werden, daß ſie in wachſendem Maße den Charakter der am Gängelbande der Heimat gehaltenen Kolonie ablegen, bis ſie ſchließlich gleichberechtigt neben ihr ſtehen und ſich auf Grund der kulturellen und wirtſchaftlichen Gemeinſchaft um ſo lieber den Zuſammenſchluß gefallen laſſen. Das iſt der Grundſatz, der ſeit Pitt die geſamte engliſche Kolonialpolitik beherrſcht und der beſonders in dem Bericht Lord Durhams 1839 über ſeine Tätigkeit als Generalgouverneur von Kanada niedergelegt worden iſt. So iſt es allmählich bis dahin gediehen, daß die größeren Kolonien mit Ausnahme von Indien durchaus ſelbſtändige Staaten geworden ſind, wie ſie als ſolche heute Aufnahme in den Völkerbund gefunden haben, und daß dennoch ihre Stellung im britiſchen Weltreich keine Lockerung erfahren hat. Die Verleihung einer Verfaſſung an Kanada 1791 iſt der erſte Schritt auf dieſer Bahn geweſen, und die Folgen haben gezeigt, daß Pitts Prinzipien das Heil Englands geweſen ſind.

Indirekt alſo iſt der Abfall Nordamerikas vom Standpunkt der ſäkularen Entwicklung her geſehen, trotz des zweifellos gewaltigen Verluſtes geradezu der Anlaß zu einer Kräftigung der britiſchen Weltſtellung geworden. Deren Beeinträchtigung aber war die Abſicht Frankreichs geweſen, demnach hat der Krieg alles in allem ihm einen völligen Mißerfolg eingetragen. Für ſich ſelbſt hat es nichts erreicht, und die ungeheuren Anſtrengungen, zu denen es ſich aufgerafft hatte, haben ſeinen zerrütteten Finanzen den Reſt gegeben und der Revolution vorgearbeitet. Sein abermaliger Verſuch, Anteil an der Weltgeltung zu gewinnen, hat nur den inneren Zerfall noch beſchleunigt und damit auch ſeine europäiſche Bedeutung weiter herabgemindert. Treffend iſt das in einem Bericht Vergennes' an den König von 1782 dargelegt, wo der Miniſter vor der harten Wahrheit nicht zurückſchreckt, daß Frankreich, während es früher als die erſte Macht Europas gegolten habe, jetzt kaum mehr

ein Platz unter den Mächten zweiten Ranges zuerkannt werde. Wie sehr das zutraf und wie einflußlos der französische Staat geworden war, zeigten die holländischen Wirren des Jahres 1787, bei denen preußische Truppen die starke Partei, die zum Anschluß an Frankreich drängte, niederschlugen und die Politik der Niederlande wieder in das Fahrwasser Englands verwiesen, ohne daß die französische Regierung etwas Ernstliches dagegen hätte unternehmen können.

Ebenso wie der erste Kampf zwischen Frankreich und England im Zeitalter Ludwigs XIV., wobei es um die Vorherrschaft in Europa gegangen war, hat also auch dieser zweite, dessen Sinn die Beherrschung der Meere darstellte, mit Frankreichs Niederbruch geendet. Der französische Staat stand am Schlusse dieser Periode noch viel mehr geschwächt da als in den Jahren nach dem Utrechter Frieden. Trotzdem sollte noch einmal die Welt durch seinen Griff nach dem Höchsten erschreckt und in blutiges Chaos verwandelt werden.

Die in ihren Auswirkungen auch für Gesamteuropa so überaus bedeutungsvolle Abrechnung zwischen England und Frankreich ist vor sich gegangen ohne Teilnahme der Ostmächte, dennoch hat ihr Verlauf zur Wiederanspinnung der alten Fäden und zur Wiederherstellung des gesamteuropäischen Staatensystems geführt. Gegenüber der fortgesetzten Mißachtung aller gewohnheitsmäßig anerkannten Rechte des neutralen Handels, die England während seines Kriegs mit Frankreich sich zuschulden kommen ließ, hat die Zarin Katharina im Jahre 1780 im Einverständnis mit fast allen dadurch betroffenen, nicht am Kriege beteiligten Staaten die sogenannte „bewaffnete Seeneutralität" ins Leben gerufen: gewisse Grundregeln des Seerechts wurden aufgestellt, deren Einhaltung sie mit den Waffen erzwingen zu wollen erklärte. Sachlich hat dieser Protest der Neutralen nichts geholfen, weil hinter ihm nicht der Entschluß zum Handeln stand. Er hat nur England den Vorwand geliefert, über Holland herzufallen und den Rest von dessen Seemacht zu vernichten, im übrigen hat es sich nicht darum gekümmert und genau dieselbe seinem Interesse dienliche Praxis auch weiterhin befolgt. Aber die Tatsache, daß Rußland zum erstenmal in maritimen und handelspolitischen Fragen auch außerhalb der Ostsee seine Stimme erhoben hatte, ließ alsbald eine sehr kühle Stimmung zwischen London und Petersburg aufkommen. Als England sich davon überzeugen mußte, daß Rußland nicht gewillt war sich auf den Kontinent zu beschränken, sondern auch sehr stark mit Beteiligung am Welthandel rechnete, erwachte, wie

in den letzten Jahren des Nordischen Kriegs, die Besorgnis, daß das Zarenreich sich das eben abgeschlagene Streben Frankreichs zu eigen machen könne, und sie wurde verstärkt durch das Eingreifen Katharinas in den zwischen Joseph II. und Holland 1784 ausgebrochenen Streit um die Scheldemündung. Die holländische Oberhoheit über die Scheldemündung ruhte als drückende Last auf dem Antwerpener Hafen und dem gesamten belgischen Handel; deshalb suchte Joseph sich von ihr freizumachen, und Katharina bestärkte ihn in diesem Plan, weil sie die Hoffnung hatte, in dem befreiten und ihrem Verbündeten gehörigen Antwerpen einen Stützpunkt ihrer eigenen Kriegs- und Handelsflotte zu gewinnen. Ihre sich nach dem Westen und nach dem Ozean richtenden Pläne dachte sie wesentlich auf Antwerpen aufzubauen. In eigenstem Interesse hat deshalb England sich auf die Seite Hollands gestellt und Joseph zum Verzicht gezwungen. Diese Vorgänge haben aber die englischen Staatsmänner veranlaßt, Rußland gegenüber eine Politik stärksten Mißtrauens einzuschlagen. Pitts Bemühungen, den durch den Abfall Amerikas erlittenen Schaden durch innere Kräftigung wiedergutzumachen, konnten nur dann von Erfolg gekrönt werden, wenn sich kein neuer mächtiger Rivale erhob. Damit Rußland dazu nicht die Fähigkeit gewinne, ist England zu ihm in deutlichen Gegensatz getreten und hat ihm, wo es nur konnte, Hindernisse in den Weg gewälzt. Dieses neue Prinzip offenbart sich an dem Wechsel in der Haltung zur Türkei. Während 1770 noch England die Niederlage der Türkei als des Bundesgenossen Frankreichs gewünscht und gefördert hatte, wird von jetzt an ihre Aufrechterhaltung als Bollwerk gegen den Drang Rußlands zum Mittelmeer und die Schließung der Meerengen einer der durch den Wechsel der englischen Methoden hindurchgehenden roten Fäden. In dem allgemeinen Zusammenhang der Pläne Katharinas war deutlich zu erkennen, daß die Zertrümmerung der Türkei für sie nur ein Schritt zu sehr viel entfernteren Richtpunkten sein sollte. Gewann Rußland freien Austritt ins Mittelmeer, so würde ihm dessen östliches Becken ausgeliefert gewesen sein und das würde seinen hochfliegenden Ehrgeiz ins Unermeßliche gesteigert haben. Deshalb war es für einen weitblickenden Staatsmann wie Pitt selbstverständlich, der Türkei in dem 1787 neu entbrennenden Krieg Beistand zu leisten, aber heftige Widerstände haben sich gegen diese seine Absicht im eigenen Lande erhoben. Seiner Auffassung stellte

sich die altüberlieferte Anschauung gegenüber, daß die Türkei kein Mitglied des europäischen Staatensystems und deshalb kein wesentlicher Bestandteil des europäischen Gleichgewichts sei. Daraus leitete der Hauptvertreter dieser Theorie, Burke, die Folgerung ab, daß ihr Bestand nicht wertvoll genug sei, um seinetwillen die Last eines Krieges mit Rußland auf sich zu nehmen. Pitt aber wußte, daß es in dieser Frage nicht nur um das Gleichgewicht, sondern direkt um die englische Suprematie in der Welt ging, und hat ein diplomatisches Eintreten zugunsten der Pforte durchgesetzt.

Dieser neue Türkenkrieg hat zum Unterschied von dem letzten Rußland und Österreich, entsprechend ihrem Bündnis von 1781, wieder Schulter an Schulter gefunden. Damit nicht bei der im letzten Krieg zutage getretenen Schwäche der Türkei Rußland zu überragendem Einfluß auf dem Balkan komme, hat Joseph ebenfalls eingegriffen, auch veranlaßte ihn dazu seine Hoffnung, durch äußere Erfolge seinem Staat über die inneren Schwierigkeiten hinwegzuhelfen, die bedrohlich zu werden begannen. Infolge der sich überstürzenden Flutwelle seiner wohlgemeinten, aber nicht genügend durchdachten und nicht systematisch ausgeführten Reformen hatte sich an allen Ecken und Enden die Opposition erhoben, und der Kaiser sah kein anderes Mittel mehr, ihrer Herr zu werden, als einen siegreichen Krieg. Deshalb benutzte er gern die Gelegenheit, im Bund mit Rußland über die Türkei herzufallen. Aber demgegenüber erwachte in Friedrich Wilhelm II. von Preußen, genau wie 1770 in Friedrich dem Großen die Besorgnis, daß die Übermacht der beiden zur Aufteilung der Türkei und daß dieser Machtzuwachs dann weiter zu einem neuen Vorstoß Rußlands führen könne, dessen Opfer Preußen sein werde, und diese Gefahr war um so größer, als der König ganz auf sich selbst angewiesen war. Der Fürstenbund bestand allerdings noch, aber seit dem Tode Friedrichs fehlte ihm die Führung, die allein ihn zu einem in den europäischen Wagschalen beträchtlichen Gewicht machte. Rußland und Frankreich waren die Bundesgenossen Österreichs, so blieb Preußen nur die Anlehnung an England, und darauf wurde es auch durch das gemeinsame Interesse an dem Fortbestand der Türkei hingewiesen. Das hat tatsächlich das Bindemittel zwischen beiden abgegeben.

Der äußeren Form nach war also die Konstellation von 1756 wiederhergestellt: England und Preußen standen Österreich, Rußland und Frankreich gegenüber. Aber keine der beiden Gruppen besaß

den Charakter eines dauernden Syſtems, es waren nur Intereſſen des Augenblicks, die ſie zuſammengeführt hatten, ſo daß, wie in der Zeit der Vorbereitung vor 1740, jeder neu eintretende Faktor eine Verſchiebung in der Zuſammenſetzung der beiden Lager bewirken konnte. In dem hierdurch bedingten diplomatiſchen Hin und Her hat der ſogenannte „große Plan“ des preußiſchen Miniſters Hertzberg eine bedeutende Rolle geſpielt, der auf der Grundlage eines Ländertauſches, zu dem die von Öſterreich aus dem Türkenkrieg davonzutragende Beute den Anſtoß geben ſollte, eine Verſtändigung mit der Hofburg zu erzielen gedachte. Der Sinn dieſes Projekts war alſo, dem ruſſiſchen Ehrgeiz ein durch den Rückhalt an England verſtärktes Mitteleuropa entgegenzuſtellen. Da aber allen Erwartungen zuwider der Krieg nicht ſehr glücklich für Öſterreich verlief, blieb das aus, worauf der ganze Tauſchplan ſich aufbauen ſollte. Dennoch hat Leopold II. das Prinzip des Hertzbergſchen Plans, die Annäherung zwiſchen Öſterreich und Preußen, aufgegriffen. Er brauchte eben den Frieden, um ſeinen durch Joſeph bis in die tiefſten Tiefen aufgewühlten Staat zur Ruhe kommen zu laſſen, und um ſo mehr, da bereits der Druck der Anfänge der Franzöſiſchen Revolution auf Europa laſtete. Auch Leopold ſah das Intereſſe beider Staaten in dem Zuſammenſchluß gegen die Gefahren, die ihnen aus Oſt und Weſt drohten. Solche Überlegungen haben 1790 den Abſchluß der Konvention von Reichenbach bewirkt.

Innerhalb der europäiſchen Geſamtlage bedeutet ſie einen gründlichen Umſchwung, und zwar wurde ſie, da Preußen den gefährlichen Gegenſatz zu Öſterreich überbrückt hatte, von den Zeitgenoſſen als glänzender Triumph der Berliner Diplomatie aufgefaßt. Bismarck dagegen hat ſie in den „Gedanken und Erinnerungen“ als eine der verpaßten Gelegenheiten, die deutſche Frage im preußiſchen Sinne zu löſen, herb verurteilt und gerade als Beweis der Unentſchloſſenheit und Schlappheit der preußiſchen Politik angeſehen wiſſen wollen. In der Aufwärtsentwicklung des preußiſchen Staates kommt ihr auch tatſächlich keine Bedeutung zu, aber für die Geſchichte des Staatenſyſtems bildet ſie doch ein einſchneidendes Ereignis. Denn dem Sinne der preußiſchen Staatsmänner nach ſollte ſie den Dualismus der beiden im Reich aneinandergeketteten Großmächte beenden und der erſte Schritt zu einem Bündnis ſein, das beiden Deckung gegen die Drohungen Rußlands gewährte. Ein Bündnis iſt in der Folge wirklich daraus entſtanden, aber es richtete ſich nach ganz

anderer Seite, gegen das revolutionäre Frankreich. In der Konvention zu Reichenbach liegt also für die österreichische Politik, wenn auch nicht ihrer unmittelbaren Absicht nach, der Kern zu der Abwendung von dem System, wie es 1756 aufgerichtet war, und zu der Rückkehr zu der überlieferten Gegnerschaft gegen Frankreich. Damit bringt sie noch eine neue Farbe in das vorher schon so bunte Gemälde der europäischen Politik. Am Schlusse dieser Periode wird die allgemeine Lage, trotz der großen Machtverschiebungen im einzelnen, insofern ungefähr die gleiche wie bei ihrem Beginn, als es keine große, alles beherrschende und alle Staaten in ihren Bannkreis ziehende Frage gibt. Auf einheitliche Formel läßt sich das ganze europäische Staatsleben nicht mehr bringen. Das ist aber auch kein Wunder, bei der Vielheit der in der vordersten Reihe stehenden Großmächte mußten deren Interessen sich fortwährend kreuzen. Die verschiedensten Linien schneiden sich und gehen durcheinander in buntem Gewirr. Jedoch gerade, weil so vieles vorhanden war, was die Mächte aufeinanderprallen lassen konnte, genügte ein Funke, um allenthalben die Flammen hoch emporlodern zu lassen. Dazu kam noch, daß in fast allen Ländern bereits innere Umbildungen eingesetzt hatten, die geeignet waren, der staatlichen Organisation veränderten Sinn und Charakter zu geben. So war das Staatensystem reif zu einer großen Abrechnung, und der Anstoß, den es erhielt, war so gewaltig, daß nun doch alles das Durcheinandergehende und Widerstreitende zurücktrat hinter dem einen großen Neuen: dem Kampf gegen die Revolution.

3. Das Zeitalter der Revolution und Napoleons I. 1790—1815

Unter den fünf Großmächten, deren Beziehungen zueinander das Bild Europas bestimmten, hatte am Ende der eben behandelten Periode unstreitig Frankreich an letzter Stelle gestanden; sein Einfluß innerhalb des Staatensystems war durch die wiederholte Niederlage und deren Rückwirkungen auf seine inneren Zustände tief herabgesunken. Wenige Jahre später dagegen steht dasselbe Frankreich in unaufhaltsam erscheinendem Ansturm gegen die anderen, deren Kräfte ihm in keiner Weise gewachsen sind: wieder wie zur Zeit Ludwigs XIV. ist die Koalition aller erforderlich, um es nach

ſchwerſtem Ringen in ſeine Schranken zurückzuweiſen. Die Antwort auf die Frage, wie binnen ſo kurzer Zeit ein derartiger Umſchwung ſich hat vollziehen können, liegt in der Tatſache, daß die Politik und Kriegführung des ancien régime zwar den Staat Frankreich erſchöpft hatte, nicht aber das Volk, und daß es das Werk der Revolution geweſen iſt, dieſe beiden bisher getrennten Begriffe zu wirklicher Einheit ineinander fließen zu laſſen. Volk und Staat werden ein und dasſelbe, die ſtaatliche Organiſation erhält an ihrer Verbindung ein neues, breiteres und tragfähigeres Fundament, und aus ihm ſtammen die rieſigen Kräfte her, durch die Frankreich die ganze übrige Welt in ſich aufrührte und in ihrem Weſen veränderte. Der franzöſiſche Staat, der bisher, von einzelnen Momenten abgeſehen, wo äußere Bedrohung das Nationalgefühl aufgepeitſcht hatte, eine Angelegenheit der Dynaſtie geweſen war, wird ſtatt deſſen nun wirklich eine ſolche der Nation. Bisher war die Maſſe der Bevölkerung hier in Frankreich wie überall ſonſt und faſt mehr und in ſchlimmerem Sinne noch als anderswo nur das willenloſe Objekt der Staatsgewalt geweſen, jetzt wird ſie das Subjekt, das mit noch jugendlich unverbrauchter Kraft die Herrſchaft in die eigenen Hände nimmt. Aus dem kaſtaliſchen Bade ſteigt ein in ſeiner Leiſtungsfähigkeit unendlich geſteigertes Frankreich hervor.

Die Entwicklung in dieſer vom Abſolutismus fortführenden Richtung reicht tief zurück in die Zeiten vor der Revolution und hat ihren Urſprung nicht etwa in Frankreich genommen. Schon der Übergang zum aufgeklärten Deſpotismus bildet dazu einen Anſatz mit der neuen Anſchauung, daß der Herrſcher nicht mehr über und außer dem Staate ſtehe, ſondern ihm ein- und untergeordnet ſei. Der Dienſt am Gemeinwohl des Ganzen erſcheint als die beſte Art, wie der Fürſt auch ſein eigenes Intereſſe wahrzunehmen habe. Damit iſt die Geſamtheit als etwas Höheres anerkannt, und in folgerichtiger Weiterentwicklung dieſes Gedankens verlangen nunmehr auch die bisher zurückgeſetzten Schichten ihren Anteil an der öffentlichen Gewalt. Das Bürgertum erhebt ſich gegen Abſolutismus und Ariſtokratie. Faſt allenthalben hatten in Europa mehr oder minder erfolgreiche Beſtrebungen eingeſetzt, die wenigſtens auf eine gewiſſe Demokratiſierung der Verwaltung und Durchdringung des öffentlichen Lebens mit ſtaatlichem Gemeingefühl hinausliefen. Während aber anderswo gerade die Regierungen ſich mit ſolchen Gedanken erfüllt und ihnen wenigſtens einigermaßen

zur Umsetzung in die Praxis verholfen hatten, war in Frankreich der Mann, der in dasselbe Fahrwasser hineinzusteuern sich bemühte, Turgot, darüber gefallen, so daß hier die Regierungsform in krassem Widerspruch zu dem verharrte, was unter der Einwirkung der Gedanken der Aufklärung zur allgemeinen Forderung geworden war. Um so stärker wurde dieser Gegensatz empfunden, als bei Gelegenheit der Unterstützung des nordamerikanischen Freiheitskampfes die in den dortigen Verfassungen niedergelegten Prinzipien zur Kenntnis der Franzosen gelangt waren. Deshalb ist gerade in Frankreich der Bruch ein so gewaltsamer gewesen; dann aber ist infolge dieser Gewaltsamkeit das Ziel auch viel schneller und in viel umfassenderem Maße erreicht worden als in den Ländern, wo die Entwicklung ruhigen Fortschritt nahm, und so gewinnt die französische Nation den Vorsprung, der ihr für einige Zeit das gewaltige Übergewicht gesichert hat.

Aus dem Umsturz in Frankreich ist alsbald der gesamteuropäische Kampf erwachsen. Die Frage aber, wer daran die Schuld trägt, daß es zu diesem Krieg gekommen ist, wird wieder heiß umstritten. Zwei Auffassungen stehen sich dabei gegenüber. Die eine besagt, daß mit der Revolution ein Prinzip emporgestiegen sei, das keinen Frieden halten konnte und wollte, bis ihm durch überlegene Macht die Grenze gesetzt wurde; die Männer der Revolution seien systematisch auf Unterwerfung Europas ausgegangen und hätten demnach durch ihren Angriff die Schuld an dem blutigen Ringen der beiden nächsten Jahrzehnte auf sich geladen. Dem widerspricht die andere Auffassung: nach ihr ist nur durch den Angriff der alten Mächte von außen her der Revolution nicht die Zeit gelassen worden, sich frei und friedlich im Innern Frankreichs zu entwickeln und dann von da aus durch ideelle Propaganda sich über die Welt auszudehnen. Die Beantwortung dieser Streitfrage ist von hoher Wichtigkeit, weil von ihr auch die eines anderen bedeutsamen Problems abhängt, die Beurteilung nämlich der Politik Napoleons: ob er auch außenpolitisch als Erbe und Fortsetzer der Revolution zu betrachten ist oder ob er erst durch seinen persönlichen Machthunger und Ehrgeiz den Eroberungsdrang in die Haltung des revolutionären Frankreich gegenüber dem alten Europa hineingebracht hat.

Die Grundlage, von der aus die wissenschaftliche Behandlung dieses Problems eigentlich erst ergiebig werden konnte, hat wie bei

faſt allen Streitfragen, zu denen er das Wort ergriffen hat, in ſeiner wunderbaren hiſtoriſchen Intuition Leopold von Ranke geſchaffen mit der Theſe, daß die kriegeriſche Auseinanderſetzung der Revolution mit den Mächten des alten Europa erfolgen mußte, weil hier zwei Prinzipien ſich gegenüberſtanden, die friedlich nicht nebeneinander leben konnten. Aber in der Rankeſchen Darſtellung wird doch wohl das Moment perſönlicher Wirkſamkeit zugunſten des Prinzipiellen etwas gar zu ſtark in den Hintergrund gedrängt. Es gibt doch eine Stelle, die zielbewußt und mit aller Energie auf die Entfeſſelung des Krieges hingedrängt hat und der deshalb die unmittelbare Verantwortung für ſeinen Ausbruch zuzuſchieben iſt, und das iſt nicht das alte Europa, nicht der Kaiſer, ſondern das Miniſterium der Gironde. Zweifellos allerdings hat nicht von Anfang an ſeit 1789 der Gedanke kriegeriſcher Expanſion die Revolution beherrſcht, genau ſo wenig wie die Linie, die im Innern zur Beſeitigung des Königtums, zur Aufrichtung der Republik und zum Schrecken geführt hat, ihr urſprünglich vorgezeichnet war; Männer wie Mirabeau und Talleyrand zum Beiſpiel wollten den äußeren Frieden erhalten wiſſen, um in Ruhe den inneren Umbau vornehmen zu können. Zweifellos iſt auch Kaiſer Leopold der erſte geweſen, der gewiſſe Kriegsvorbereitungen getroffen hat. Jedoch waren dieſe nicht nur durch die dringenden Hilfegeſuche Marie Antoinettes hervorgerufen und demnach zum Eingreifen in die inneren Zuſtände Frankreichs beſtimmt, ſondern ebenſo durch den Appell der von der Revolution in ihren Hoheitsrechten bedrohten elſäſſiſchen Reichsſtände, ſo daß ſie den Charakter der Abwehrmaßregel tragen. Vor allem aber waren ſie einfach eine Notwendigkeit angeſichts der fortwährenden Kriegsdrohungen der Legislative. Wenn das vorläufig auch noch bloße Worte waren, die von Taten weit entfernt blieben, ergaben ſie doch die Nötigung, für alle Fälle Vorkehrungen zu treffen. Die kaiſerlichen Rüſtungen hatten alſo defenſiven Sinn; den Krieg durch ſie ſeinerſeits hervorzurufen, lag nicht in ſeiner Abſicht. Leopold und ebenſo ſeinem Nachfolger Franz II. war im Gegenteil der Gedanke eines Krieges mit Frankreich im höchſten Grade unerwünſcht, da ſie vollauf genügend im Oſten beſchäftigt waren, wo durch den Staatsſtreich Stanislaus Poniatowſkis 1791 und durch die Umwandlung des Wahlkönigtums in eine Erbmonarchie zugunſten des Hauſes Sachſen die polniſche Frage ein Geſicht gewonnen hatte, das den

Wünschen der drei nächstbeteiligten Großmächte sehr wenig entsprach. Diese Ereignisse sind deshalb auch die Einleitung zur zweiten Teilung Polens geworden, und damit war die Aufmerksamkeit der Höfe wieder sehr stark hierher gelenkt, den Ostmächten lag die glückliche Lösung dieser Frage mehr am Herzen als die Umwälzung in Frankreich. Deshalb hat der Kaiser auch die Bitten Marie Antoinettes damit beantwortet, er werde nur dann in Frankreich eingreifen, wenn alle anderen Großmächte sich ihm anschlössen; allein und auch nur im Bunde mit einem Teil von ihnen wollte er nichts unternehmen. Das besagte das Rundschreiben von Padua vom Juli und die gemeinsam mit Preußen erlassene Pillnitzer Erklärung vom August 1791. Durch diese Vorbedingung der gesamteuropäischen Intervention ist die Möglichkeit eines aus speziell österreichischem Interesse unternommenen Angriffskrieges schon ausgeschlossen, und weiter ist es für die Kritik des Sinnes dieser Pillnitzer Erklärung sehr wichtig, daß sowohl Österreich wie Preußen die Sicherheit besaßen, zu einem gemeinsamen Eingriff aller zugunsten des französischen Königtums werde England nicht zu haben sein. Denn Pitt sah nur mit freudigen Gefühlen auf dessen Schwächung, England hatte gar kein Interesse daran, seinem bisherigen Rivalen bei einer Handlung, die es als eine Art von Selbstmord oder zum mindesten Selbstentmannung auffaßte, in den Arm zu fallen. Auf seine Beteiligung konnten die Deklaranten also nicht zählen. Wenn sie trotzdem ausdrücklich und feierlich die Anteilnahme aller Mächte als Voraussetzung der eigenen Einmischung hinstellten, so war der Sinn auch dieser Erklärung ebenso wie der mit den Rüstungen verbundene kein aggressiver, vielmehr enthielt sie trotz der äußeren Form der Drohung, wodurch die Revolutionäre zur Mäßigung gegen Ludwig XVI. und Marie Antoinette gebracht werden sollten, den verhüllten Verzicht auf das Eingreifen zugunsten des Königtums. Allerdings ist sie sofort durch die Emigranten in der Richtung ihrer Wünsche entstellt worden und hat sich damit als ausgezeichnetes Agitationsmittel der französischen Kriegspartei erwiesen. Denn diese konnte sich jetzt darauf berufen, daß auswärtige Mächte überhaupt an die Möglichkeit dächten, das französische Volk seine eigenen Angelegenheiten nicht nach freiem Ermessen regeln zu lassen. Als Beleidigung der nationalen Ehre konnte das vortrefflich ausgebeutet werden. Der Kaiser aber hat durch die Erklärung den Krieg nicht heraufbeschwören wollen, und auch die folgenden Er-

eigniſſe haben an ſeinen Friedenswünſchen nichts geändert. Zwar war er entſchloſſen, das Königspaar vor der Revolution zu ſchützen, aber er war der Meinung, daß dazu diplomatiſche Mittel ausreichend ſein würden, und hat deshalb mit der wachſenden Gefahr auch ſeinen Ton verſchärft. Das Bündnis mit Preußen, das ſich jetzt aus dem durch die Reichenbacher Konvention geſchaffenen Zuſtand herausentwickelte, war wieder ausgeſprochen defenſiver Natur und ebenſo gegen Rußland wie gegen Frankreich gerichtet. Die Überlegungen, die beide Höfe anſtellten, in welcher Form ſie ſich auf Koſten Frankreichs bereichern könnten, bezogen ſich nur auf den Fall, daß von dort her der Friede gebrochen würde.

Auf dieſer Seite beſtand alſo kein ausgeſprochener Kriegswille, und demgegenüber gab es in Frankreich eine Partei, die mit allen Kräften auf den Krieg hinarbeitete, die Partei der Gironde unter der Führung von Briſſot. Sie fürchtete, daß ohne die Auffriſchung durch einen im Volke Widerhall findenden Krieg die Revolution verſumpfen werde. Sie ſah die allgemeine Ermattung der Nation, ihren Überdruß an den inneren Kämpfen und Streitereien, die täglich wachſende Finanznot, und ſie glaubte — und zwar, wie das Ergebnis gezeigt hat, mit Recht —, daß nur ein erfolgreicher Krieg über dieſe inneren Schwierigkeiten, die zum Zuſammenbruch zu führen drohten, hinweghelfen könnte. Nur auf dieſe Weiſe meinten ſie der Nation die Früchte der Revolution für die Dauer ſichern und die Fundamente befeſtigen zu können, auf denen die neue Form von Armee und Verwaltung, von Kirche und Recht ruhen ſollte. Bei dieſen Überlegungen konnten ſich die Girondiſten auch darauf ſtützen, daß in der Maſſe des franzöſiſchen Volkes der Haß gegen Öſterreich noch immer ganz tief ſaß. Sie hatte niemals den Umſturz der Bündniſſe, wie er 1756 bewerkſtelligt worden war, innerlich mitgemacht. Der jahrhundertealte Kampf mit Habsburg war ihr eben in einem Maße in Fleiſch und Blut übergegangen, daß ſich das Gefühl ſeiner ſelbſtverſtändlichen Notwendigkeit durch die entgegengeſetzte Kabinettspolitik der letzten Jahrzehnte nicht hatte ausmerzen laſſen; die großen Überlieferungen erwieſen ſich ſtärker als die künſtliche Schöpfung diplomatiſcher Geſchicklichkeit, obwohl auch bei dieſem Umſchwung zweifellos reale Intereſſen — der gemeinſame Gegenſatz gegen den zur Großmachtſtellung aufſtrebenden Staat — den Anſtoß gegeben hatten. Für die Empfindungen des franzöſiſchen Volkes gegen den Kaiſerſtaat war charakteriſtiſch, daß

es die Bezeichnung Marie Antoinettes als „Autrichienne“ als schlimmste aller Beschimpfungen meinte: ein für allemal war sie damit als Landesfeindin und Hochverräterin gebrandmarkt. Der Krieg gegen Österreich war also populär, und sobald die Gironde ans Ruder gelangt war, hat sie ihn eröffnet. Sie nahm die Schritte des Kaisers, um eine Einigung zwischen den Mächten herbeizuführen, zum Vorwand und stellte es so hin, als ob sie handle wie Friedrich der Große beim Ausbruch des Siebenjährigen Krieges: wie er damals der Koalition seiner Feinde nur zuvorgekommen sei, so wolle Frankreich nicht abwarten, bis die zum Angriff entschlossenen Gegner über es hereinbrächen, sondern selbst den günstigen Augenblick wählen. Auch Ludwig XVI. gab seine Zustimmung, glaubte er doch von dem Krieg, wie er auch ausgehe, eine Stärkung der königlichen Gewalt erhoffen zu dürfen: siegten die Gegner, so war das das Ende des Umsturzes, siegte Frankreich, so meinte er, daß der unter königlicher Führung errungene Erfolg auch ihm selbst und seiner Stellung zugute kommen werde. So hat die Legislative am 20. April 1792 den Krieg erklären können. Der direkte Anstoß ist also von der Gironde ausgegangen.

Das ist aber eben doch nur das Bild, wie es sich aus der Betrachtung des äußeren Herganges ergibt. Dem inneren Kern der Dinge nach hat es dabei zu bleiben, daß auch ohne diese unmittelbare Veranlassung auf die Dauer der kriegerische Zusammenstoß nicht hätte vermieden werden können. Früher oder später hätte das alte Europa gegen den Umsturz reagieren müssen, eine friedliche Begleichung zwischen dem Alten und dem Neuen ist nicht denkbar. Die Gewalten der Vergangenheit waren noch nicht so schwach und morsch, daß sie widerstandslos den Platz geräumt hätten. Darum bleiben die Revolutionskriege im wesentlichen trotz aller persönlichen Schuld Prinzipienkriege, die ausgefochten werden mußten, so daß letzten Endes die Frage, wer eigentlich den Anlaß zu ihrem Ausbruch gegeben hat, nur sekundäres Interesse besitzt.

Hinter dem Handeln der Legislative stand der Ehrgeiz der französischen Nation. Niemals haben Schlagwörter einen tieferen und verhängnisvolleren Einfluß ausgeübt als in der durch ungeheuerste Massensuggestionen gekennzeichneten Revolutionszeit, erst in unseren Tagen ist das noch übertroffen worden. So ist damals auch die auswärtige Politik unter die Herrschaft eines Schlagworts geraten: Herstellung der natürlichen Grenzen. Die Gewinnung der Rhein-

grenze wird das Ziel des revolutionären Frankreich. Tatsächlich war das nur die Fortsetzung der alten französischen Königspolitik im Sinne von Richelieu; bisher aber war dieses Streben getragen worden nur von der Dynastie und einer dünnen Oberschicht, jetzt wurde es entsprechend der inneren Umwälzung ergriffen von dem ganzen Volk. Mit leidenschaftlicher Erregung hat sich die Nation hinter Danton gestellt, als er den Ruf nach der Rheinlinie erschallen ließ. Da dies das Ziel war, hat die erste Periode des Kriegs mit dem Eindringen des feindlichen Heeres bis tief in die Champagne hinein um so heftiger den Nationalstolz sich aufbäumen lassen; weil anstatt der erhofften Machterweiterung der eigene Boden bedroht war, erhob sich die Nation, und mit verdoppelter Kraft stürzten sich die neugebildeten Armeen der Revolution auf den Gegner, als er zu weichen begann. Denn nun wirkte auch noch ein anderes Schlagwort auf sie ein: die Befreiung der Unterdrückten. Den anderen Völkern sollte ebenfalls das Heil der Revolution gebracht, die Brüderlichkeit aller Menschen sollte Wirklichkeit werden. Der Konvent beschloß die Offensive und die Übertragung des Kampfes gegen die Kronen auf deren eigene Länder. Die idealistische Überzeugung von dieser Sendung hat dem Vorstoß die niederwerfende Kraft verliehen. Aber dieser Idealismus gilt nur für die große Masse der Revolutionssoldaten und für einige wenige Führer. Bei denen, in deren Hand die eigentliche Macht gegeben war, sind im Gegenteil sehr materialistische Überlegungen das Ausschlaggebende gewesen. Die Finanznot hatte einen furchtbaren Grad angenommen; für sie brauchte vom Krieg keine Verschlimmerung befürchtet zu werden, denn Frankreich kämpfte ja nicht mehr mit dem teuren Werkzeug des Söldnerheeres, sondern mit dem Volksaufgebot, und wenn es gelang, die Operationen ins Feindesland zu tragen, konnte der Krieg so ziemlich sich selbst ernähren. Es konnte auch in Rechnung gestellt werden, daß die erhofften Gebietserwerbungen wohltätigen Einfluß auf die Staatskasse ausüben würden. Alles Staatsgut der befreiten Gebiete sollte nicht nur konfisziert werden, außerdem galt der Krieg den Reichen: „Krieg den Palästen, Friede den Hütten" war die Losung. Die „évacuation" der Pfalz, diese Plünderung und Beschlagnahme alles beweglichen Gutes, ist typisch dafür, wie auch vor dem Privatbesitz in keiner Weise haltgemacht wurde. Es gingen also idealistische und materialistische Beweggründe untrennbar durcheinander, und es ist schwierig

zu entscheiden, was von beiden das Überwiegende war: Frankreich eroberte, um zu befreien, aber es befreite auch, um zu erobern.

Im größten Maßstab bewegt sich von Anfang an der revolutionäre Kreuzzug. Gegen Belgien und Holland, gegen den Mittelrhein und gegen Spanien richtet er sich, und dazu kommt dann später noch der Stoß nach Oberitalien hinein. Im Laufe der Jahre hat Frankreich seinen Sieg so weit ausbauen können, daß es sich mit einer Reihe von Tochterrepubliken umgab, die alle ihm untertan waren. Das war eine Annäherung an den Gedanken, den Sieyès im Jahre 1795 dem Wohlfahrtsausschuß vorgelegt hatte, die bisherige Form des Staatensystems umzuwandeln in eine Anzahl von ungefähr gleichstarken Republiken; die praktische Folge dieser Neuordnung würde gewesen sein, daß alle diese Staaten dann sachlich, wenn auch nicht formell in Abhängigkeit von Frankreich geraten wären. Dieses Projekt ist offenbar beeinflußt von dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Nordamerika, und es erinnert stark an die Absichten, die der Herzog von Sully König Heinrich IV. zugeschrieben hat, sowie an Entwürfe zur Herstellung des ewigen Friedens, die neben anderen der Abbé de St. Pierre im 18. Jahrhundert ausgearbeitet hatte. Es ist charakteristisch dafür, wie der Gemeinschaftsgedanke doch solche Kraft besaß, daß er sich nicht mehr ausschalten ließ; gelegentlich ergriff er auch Persönlichkeiten, die ihm Einfluß auf das praktische Leben eröffneten. Bei Sieyès aber verbindet sich ganz deutlich wie bei Sully, zum Unterschied von der doch wohl rein idealistischen Richtung St. Pierres, mit dem Gemeinschaftsgedanken der Wunsch, innerhalb dieser neuartigen europäischen Staatenwelt die französische Suprematie zu errichten. Der nationale Egoismus ist der eigentliche Antrieb für ihn. Schon in diesen Anfängen der Revolutionskriege tritt also Frankreichs Streben nach der Vorherrschaft in Europa zutage, Bonaparte hat es nicht von sich aus in die Politik der Republik hineingetragen, sondern hat es bereits vorgefunden und dann fortgesetzt. Infolge dieser Tendenz hat der Befreiungszug der revolutionären Heere auch nicht haltgemacht vor irgendeinem Interesse anderer Völker, und dadurch ist der immer erneute Widerstand hervorgerufen worden.

Die Finanznot war einer der ausschlaggebenden Gründe für den Kriegsausbruch gewesen und gab auch dem Vorstoß die Richtung auf das Land, in dem das meiste Geld zu holen war, auf Holland.

Aber die Festsetzung in Belgien und Holland, der Gewinn Antwerpens als Stützpunkt für die französische Flotte enthielt den Verstoß gegen das alte und als unabänderlich empfundene Prinzip der englischen Politik, hier keine Großmacht zu dulden. Infolgedessen erwies sich Pitts Absicht, das Festland sich selbst zu überlassen, nunmehr als nicht länger durchführbar, und mit dem Eintritt Englands erweiterte sich der Revolutionskrieg zum Weltkrieg. Englands Energie hat die Bildung der großen allgemeinen Koalition bewirkt, von vornherein stellte es sich an ihre Spitze. Mit Hilfe seiner reichen Geldmittel hat es einen Staat nach dem anderen zum Kampf gegen seinen alten, nun abermals in die Schranken tretenden Rivalen zu bewegen verstanden. Das ist während des ganzen Zeitalters der Revolution und Napoleons unverändert geblieben; überallhin drang das englische Geld und warb Gegner gegen Frankreich. Wir werden das nicht bis ins einzelne hinein verfolgen können, besonderen Hinweis verdient aber die wenig bekannte Tatsache, daß auch der große Tiroler Aufstand von 1809 gegen die französischen und bayerischen Eindringlinge mit englischen Geldern finanziert worden ist; ohne diese Hilfe würden Andreas Hofer und seine Bauern sich nicht so lange haben halten können, da der Kaiserstaat ihnen nur recht geringfügigen Beistand zu leisten vermochte. Die Hilfsgelder, die sich von London aus über den Kontinent ergossen, sind neben der Flotte Englands wichtigstes Kampfmittel gewesen, es gibt keinen Staat unter Napoleons Gegnern, der sie nicht reichlich genommen hätte, und ohne diesen Rückhalt würden die festländischen Mächte das Ringen wohl nicht bis zum guten Ende haben durchführen können.

An der Art, wie alsbald nach Englands Eintritt in den Krieg Pitt der führende Mann der Koalition wurde, konnten die Franzosen erkennen, von welchem ihrer Gegner ihnen die schwerste Gefahr drohte. Die Feindschaft gegen England, die sein Schicksal geworden ist, hat Napoleon also ebenfalls bereits von der Revolution übernommen, und diese wiederum hatte sie ihrerseits von den Überlieferungen des Königtums geerbt. Gegen England ging es auf Tod und Leben, während mit den übrigen Mächten eine für Frankreich vorteilhafte Verständigung sehr wohl im Bereiche der Möglichkeit lag. Tatsächlich standen sich allerdings auch hier unversöhnbare Prinzipien gegenüber, aber der ganzen Schärfe dieses Gegensatzes waren sich die Kabinette durchaus noch nicht bewußt.

Sie meinten vielmehr, auch mit der revolutionären Regierung zum Ausgleich kommen zu können. Daher rührt die jämmerlich schwache Art, wie Österreich und Preußen den Krieg führten; sie spricht an sich schon dafür, daß beide Staaten ihn nicht gewollt haben. Daneben ist sie freilich auch darauf zurückzuführen, daß das gegenseitige Mißtrauen immer hemmend zwischen beide getreten ist. Ihr Hauptaugenmerk richtete sich eben nach dem Osten, stets war ihre Besorgnis wach, daß in Polen sich Rußland den Augenblick zunutze mache, wo die Truppen seiner beiden Konkurrenten am Rhein gefesselt waren. Wirklich hat auch Katharina die Absicht gehabt, die Mitte Europas und den Westen möglichst tief in den Konflikt hineinzutreiben, damit sie selbst währenddessen im Osten volle Handlungsfreiheit besitze. Aber in dem gewünschten Maße ist ihr das nicht gelungen, Österreich und Preußen haben lieber gegen Frankreich ein geringeres Maß von Energie aufgeboten, als sich in Polen ausschalten zu lassen. Durch die dritte Teilung im Jahre 1795 hat dies Problem mit der gänzlichen Austilgung des Staates eine vorläufige Lösung gefunden, sie hinterließ aber in allen drei Partnern gleichmäßig das Gefühl der Unbefriedigtheit, so daß sie nicht als endgültig betrachtet werden konnte. Darum hat auch die Verständigung nicht die Wirkung gehabt, daß der Krieg gegen Frankreich mit größerem Kräfteaufwand geführt worden wäre. Im Gegenteil, Preußen ist im Baseler Frieden ganz aus ihm ausgeschieden, nachdem es den eigenen Vorteil gesichert glaubte.

Die früher übliche moralische Verurteilung des Baseler Friedens, die Entrüstung darüber, daß Preußen die Sache des Reichs im Stiche gelassen habe, entbehrt jeder Berechtigung. Nationale Maßstäbe in unserem heutigen Sinn muß man sich sehr hüten, an die damalige Zeit anzulegen. Wie die Verhältnisse im Reich und in Gesamteuropa lagen, war es nichts anderes als eine glatte Selbstverständlichkeit, daß Preußen nur die Politik trieb, die seinen eigenen Interessen dienlich war, ohne jede Rücksicht auf nationale Überlegungen. Seine Haltung durch solche Gesichtspunkte auch nur irgendwie beeinflussen zu lassen, würde eine mit den Tatsachen unvereinbare Gefühlspolitik bedeutet haben. Jede Voraussetzung mangelte dafür, erst mußte durch harten Egoismus der feste Kern geschaffen werden, um den sich dann die nationale Einheit gruppieren konnte. Preußen hatte schon einmal in seinem Werdegang infolge der Beteiligung an westeuropäischen Kämpfen eine

günſtige Gelegenheit verpaßt, für ſeinen Aufſtieg notwendige Gebiete zu gewinnen, als es wegen ſeiner Beteiligung am Spaniſchen Erbfolgekrieg dem Nordiſchen Krieg ferngeblieben war. Jetzt drohte dieſelbe Gefahr hinſichtlich Polens, deshalb iſt Friedrich Wilhelm in Verhandlungen mit Frankreich über einen Sonderfrieden eingetreten, und als ihm die gewünſchte Erweiterung in Norddeutſchland zugeſagt wurde, ſchloß er ab. Der Erfolg hat ihm auch inſofern recht gegeben, als er daraufhin wenigſtens eine kleine Abänderung der inzwiſchen ohne ſeine Mitwirkung zwiſchen Öſterreich und Rußland vereinbarten Teilung Polens hat durchſetzen können.

Preußens Gegengabe gegen das Eingehen Frankreichs auf ſeine Wünſche beſtand darin, daß es im Prinzip den Übergang des linken Rheinufers in deſſen Beſitz zubilligte. Damit iſt der Baſeler Friede, der auch für viele andere Reichsſtände das Signal war, ebenfalls ihren Frieden mit Frankreich zu ſchließen und dem Krieg den Rücken zu kehren, der Beginn des letzten und entſcheidenden Stadiums der Auflöſung der Reichseinheit: große und wichtige Gebiete ſollen an eine ausländiſche Macht übergehen; während bisher es nur einzelne Landſtriche geweſen waren, geriet jetzt ein bedeutender Teil Deutſchlands in die Gefahr, dieſelbe Entwicklung zu nehmen wie Italien und unter direkte Fremdherrſchaft zu verfallen. Außerdem iſt durch den Sonderfrieden in dem Verhältnis zwiſchen Öſterreich und Preußen erneute Spannung hervorgerufen worden. Die Scheidung in eine kriegführende und eine neutrale Hälfte hat auch viel zum Auseinanderbruch des Reiches beigetragen. Das alles ſind Wirkungen des Baſeler Friedens, die, von heute her betrachtet, bedauerlich erſcheinen, aber auch ganz abgeſehen davon hat die durch ihn bedingte Neutralität auf die Dauer dem preußiſchen Staat unmittelbaren Schaden eingetragen. Der Vertrag ſelbſt läßt ſich durch das augenblickliche Intereſſe Preußens rechtfertigen, und moraliſch darf man ihn nicht verurteilen; inſofern trifft die Verteidigung, die Bismarck ihm Gerlach gegenüber hat angedeihen laſſen, durchaus zu. Aber das allzulange Feſthalten an der ſich auf ihn gründenden Politik iſt zweifellos ein ganz ſchwerer Fehler geweſen. Preußen hat fortan dem Aufſtieg Frankreichs und der Zerſchmetterung der anderen Mächte tatenlos zugeſehen; im Brande der Welt iſt es neutral geblieben, bis es ſelbſt an die Reihe kam. Es hat freiwillig in dieſen Jahren auf die Betätigung als Großmacht verzichtet, und das hat zur Folge gehabt, daß es dieſe Stellung wirklich eingebüßt hat.

Preußen war also ausgeschieden aus dem Kriege, aber auch Österreich hat ihn niemals nachdrücklich geführt; während seiner ganzen Dauer hat es bis Campo Formio hin die diplomatische Fühlung mit Frankreich nie ganz aufgegeben. Die Hofburg wäre selbst jederzeit bereit gewesen, das zu tun, was sie jetzt Preußen zum schweren Vorwurf machte, und sich ohne Rücksicht auf den Mitkämpfer zurückzuziehen, sobald die Franzosen einigermaßen günstige Bedingungen gestellt hätten. Die Kriegsfreudigkeit beider Mächte war eben überaus gering, und demgegenüber wollte für Frankreich die erbitterte Gegnerschaft Spaniens und Schwedens, die den Kampf gegen die Revolution als Kreuzzug auffaßten und leidenschaftlich betrieben, nicht viel besagen, weil sie keine Macht in den Dienst dieses Gedankens zu stellen hatten. Auch Katharina von Rußland, die in der Theorie für die Aufbietung aller Kräfte gegen den Umsturz sich begeisterte, hat sehr wenig dementsprechend gehandelt, sie wollte den Kampf im wesentlichen durch Österreich und Preußen ausgefochten wissen. Zunächst ist also noch nicht von einem wirklich bedeutenden Aufgebot der festländischen Mächte die Rede. Waren sie doch auch der Meinung, daß ein solches gar nicht erforderlich sei, weil die innere Anarchie ganz von selbst binnen kurzer Zeit dem Vordringen Frankreichs ein Ende bereiten werde. Sie ließen sich schlimmste Unterschätzung des Gegners zuschulden kommen und hielten „für den Beginn völliger Ohnmacht, was Sammlung stärkster Kräfte war" (M. Lenz). Denn in Wirklichkeit steigerte sich auf der anderen Seite die Entfaltung der vorwärts drängenden Energien in unerhörtem Umfang fast von Tag zu Tag. Die Revolution fand den Führer, der ihr den festen inneren Zusammenschluß verlieh, die erschütterte Einheitlichkeit aller nationalen Kräfte wiederherstellte und dann, auf sie gestützt, den Eroberungskrieg gegen Europa in einem Umfang aufnahm, der alles bisher Dagewesene weit hinter sich ließ.

Persönlichkeit und Politik Napoleons I. sind außerordentlich verschieden beurteilt worden. Früher herrschte die Auffassungsweise, daß in ihm nichts anderes zu erblicken sei als die „Eroberungsbestie", die durch ihren unstillbaren Machthunger von einem Krieg in den anderen gehetzt worden ist und Frieden einfach nicht halten konnte, bis sie schließlich von ihrem Schicksal ereilt wurde. Die Entstehung dieser Auffassung ist leicht begreiflich bei den von ihm mit hemmungsloser Brutalität niedergeschlagenen Völkern, aber

auch gerade französische Historiker haben sie sich zu eigen gemacht, allerdings beeinflußt durch innenpolitische Parteistellung. Neuerdings ist nun von deutscher Seite her gegen diese anklagende Auffassung Einspruch erhoben worden mit dem unserer Nation eingeborenen Hang zur Objektivität, der so vielfach den Anforderungen des Lebens gegenüber sich als Bleigewicht an sie gehängt hat, auf wissenschaftlichem Gebiet aber ihr die ganz besondere Eignung verleiht. Es ist auch eine der traurigen Begleiterscheinungen des Weltkriegs gerade in geistiger Beziehung, daß ein falsch verstandener und versetzter Patriotismus derartige, durch nichts anderes als das reine Streben nach Wahrheit hervorgerufene Versuche für unvaterländisch erklären will. Auch ernste Historiker sind der Massensuggestion unterlegen und haben in den Ruf eingestimmt, daß der Mann, der Deutschland erniedrigt hat wie kein anderer bis auf unsere Tage, notwendig moralisch verwerflich sein müsse und daß deshalb solche „Rechtfertigungen" zu unterbleiben hätten. Es ist eine eigentümliche Auffassung von Wissenschaft, die anderen großen Eroberer der Weltgeschichte als Heroen zu preisen und über Napoleon den Stab zu brechen, weil eben unser Deutschland sein Opfer gewesen ist. Nicht zu rechtfertigen ist unsere Aufgabe — dazu ist der Mann auch viel zu groß, um das nötig zu haben — oder zu verurteilen, sondern zu verstehen, „wie es gewesen ist". Die schulmeisterliche Pedanterie, die in der Politik uns so fürchterlichen Schaden zugefügt hat, sollte nicht auch in der Wissenschaft Platz greifen.

Die These von Napoleon als Eroberungsbestie besitzt unstreitig insofern einen berechtigten Kern, als das Streben nach Macht und nach ihrer Ausdehnung den beherrschenden Zug in seinem Wesen abgegeben hat. Mit dämonischer Gewalt hat es ihn vorwärts getrieben, sein unersättlicher Ehrgeiz ist für jeden nicht von vornherein ganz einseitig Befangenen unmöglich zu leugnen. Schon da aber muß auch die Einschränkung gemacht werden, daß diese Herrschsucht der Ausfluß des Bewußtseins seiner überragenden Fähigkeiten ist. Es liegt im Wesen aller starken Persönlichkeiten und, unendlich vermehrt, in dem des Genius, daß er sich gegen alle Widerstände durchzusetzen sucht, daß er das Bedürfnis empfindet, seine Eigenart in möglichst weitgestecktem Rahmen zu entfalten und ihm seinen Stempel aufzudrücken. Ist der Genius so ausgesprochen politischer Natur, wie es bei Napoleon der Fall ist, so ergibt sich aus dieser

Eigenart die Sehnsucht, durch seine staatliche Tätigkeit auf möglichst umfassende Kreise einzuwirken. Napoleons Machthunger ist also zum Teil die Folge seiner überlegenen Begabung, auf diese Weise ist er der erste Mann Frankreichs geworden. Daß er sich aber dann mit diesem weiten Tätigkeitsbereich nicht begnügt hat, sondern mit aller der ihm innewohnenden Kraft und unbedingtester Rücksichtslosigkeit daran gearbeitet hat, seinen Einfluß auszudehnen und die Grenzen Frankreichs immer weiter vorzuschieben, läßt sich nicht mehr allein durch seine persönlichen Charaktereigenschaften erklären, so stark sein Ehrgeiz selbstverständlich auch jetzt noch auf ihn eingewirkt hat und so sehr er in einzelnen Augenblicken das Ausschlaggebende gewesen sein mag. In seiner neuen Stellung verband sich vielmehr mit seinen eigenen Wünschen noch etwas anderes, was ihn weitertrieb und dem er sich, ohne sich selbst zu gefährden, nicht entziehen konnte: die Tradition seines Staates. Seitdem es ein Staatensystem gibt, war es Frankreichs Wunsch gewesen, die erste Macht des Festlandes zu sein und den bestimmenden Einfluß auf Europa zu gewinnen. Wenn auch zeitweilig die Wirklichkeit noch so weit von der Erreichung dieses Ziels entfernt war, erloschen ist die Hoffnung nie. Durch die Revolution war sie zu gewaltiger Stärke angefacht worden. Gerade die Massen des französischen Volkes berauschten sich an dem Bewußtsein, selbst den großen Fortschritt vollzogen zu haben, während das übrige Europa noch umnachtet war, und entnahmen daraus die Berechtigung, sich als etwas Besseres und Höheres zu fühlen. Sie empfanden es nur als Heil für die anderen Völker, wenn sie zu ihnen vordrangen und ihnen auch gegen ihren Willen und auf Kosten ihrer Selbständigkeit die neuen Prinzipien brachten. Dieses Gefühl hatte von Anfang an den Revolutionsheeren den Schwung verliehen, seine naturgemäße Folge war das Verlassen des nationalen Rahmens. Napoleon hat diesen Zug schon vorgefunden, die Neigung zum Angriff ist keineswegs auf ihn allein und seine persönliche Eigenart zurückzuführen. Er würde sich mit einer der wirkungsvollsten Kräfte seines Staates in Widerspruch gesetzt haben, wenn er diese Neigung nicht sich hätte betätigen lassen. Insofern hat er sogar die Politik des revolutionären Frankreich auf ein höheres Niveau gehoben, als für seine Vorgänger, wie wir gesehen haben, bei ihrem Angriff auf fremde Länder unter den sie leitenden Motiven das Geldbedürfnis an bedeutsamer Stelle gestanden hat. Auch er hat den eroberten

Gebieten ſchwere Kontributionen auferlegt und ſeine Armeen auf ihre Koſten leben laſſen, aber das war nicht Selbſtzweck für ihn. Sein Wille iſt vor allem anderen auf ſtaatliche Ausdehnung, auf Macht ſchlechthin gerichtet. In ihm gewinnt alſo das Prinzip, das ſeit Machiavell beherrſchend über der ganzen Geſchichte des Staatenſyſtems geſtanden hat, noch einmal ſchärfſten und übertriebenen Ausdruck. Er verkörpert die Tendenz, die ſchon immer im franzöſiſchen Staat gelegen hatte. Seine Alleinherrſchaft bringt in den Sinn der franzöſiſchen Politik, wie ſie die Könige betrieben hatten, keinen Wandel, deshalb iſt es ungerecht, ausſchließlich ſeine perſönlichen Charaktereigenſchaften für ſeine Eroberungen verantwortlich zu machen.

Auch dafür, daß er den Vorſtoß ſo weit getragen hat, bis er ſchließlich den Boden unter den Füßen verlor, liegen die Gründe keineswegs nur in ſeiner Perſon, ſondern wieder ſehr ſtark auch in den Dingen. Auf der einen Seite iſt es das eigenartige Verhältnis, das zwiſchen ihm und ſeinem Staat beſtand, was ihn das Augenmaß hat verlieren laſſen. Seine innenpolitiſche Stellung muß notwendig zum Verſtändnis ſeiner Außenpolitik herangezogen werden. Napoleon hat für ſein Frankreich etwas völlig anderes bedeutet, als etwa Friedrich der Große für ſein Preußen oder Bismarck für das Deutſche Reich. Bei ihm iſt es niemals zu der abſoluten Identifizierung von Staat und Perſon gekommen, in der bei dieſen beiden das Geheimnis ihres Erfolges liegt. Er geht nicht reſtlos in ſeinem Staate auf, vielmehr hat der ſich ihm unterzuordnen. Wenn auch der Form nach die Verfaſſung Frankreichs eine andere iſt, ſteht Napoleon doch über dem Staat, ganz wie der abſolute Herrſcher im Stil Ludwigs XIV., der ſich als außerhalb des Staates ſtehend und ihn als ſein Eigentum betrachtet hatte. Schon allein ſein Wort, mit dem er Frankreich als ſeine Mätreſſe bezeichnet hat, die ihm alles hingebe, beweiſt, daß ihm ein wirklich tiefes, inneres Verhältnis zu dem Lande, deſſen Schickſal in ſeinen Händen lag, gefehlt hat; es iſt völlig undenkbar, daß Bismarck etwas Derartiges geſagt haben könnte. Dieſe innerliche Kühle hat ihren Grund auch darin und iſt dann weiter dadurch verſtärkt worden, daß Napoleon kein gebürtiger Franzoſe war. Darum iſt er niemals von dem Gefühl freigeworden, ein Fremder unter dieſem Volk zu ſein, erſt auf St. Helena kommt die wahre Liebe zu dem verlorenen Ideal, ſeinem Frankreich, zum Durchbruch. Dieſe Fremdheit be-

ruhte aber durchaus auf Gegenseitigkeit, auch von den Franzosen ist sie sehr stark empfunden worden, und dadurch ist es zu erklären, daß trotz aller Begeisterung und Hingabe für den Imperator seine Macht im Innern niemals so unbedingt feste Wurzeln geschlagen hat. Eigentlich erst 1814, als die fremden Heere auf französischem Boden standen, hat sich die Nation rückhaltlos dem großen Führer hingegeben zur Verteidigung des Vaterlandes. Das französische Nationalgefühl braucht ja, zum Unterschied von dem englischen, immer einen besonderen Anstoß, der ihm dann allerdings bewundernswerte und vorbildliche Stärke verleiht, während es unter normalen Umständen hinter den inneren Streitigkeiten zurücktritt. Die durch diese Fremdheit geförderte Unsicherheit seiner inneren Stellung hat Napoleon genötigt, durch immer erneute äußere Erfolge die Begeisterung für seine Person zu beleben, jeder Stillstand war für ihn Rückschritt und Gefährdung seiner selbst. Weil ihn aber nicht das instinktmäßige und angeborene Gefühl für das Wesen seines Staates beseelte, konnte er auch nicht den richtigen Augenblick erfassen, an dem er hätte haltmachen müssen. Welcher Grund sollte ihn, den Fremden, dazu bewegen, sich mit der Erweiterung seines Machtbereichs bis zu den sogenannten „natürlichen" Grenzen hin zu begnügen, wenn er die Macht besaß, ihn noch darüber hinauszuschieben? Waren doch auch die Männer, die als die klassischen Vertreter der eigentlich nationalen Politik Frankreichs gefeiert wurden, wie Richelieu, dieser Versuchung erlegen. Eine gewisse Rücksicht mußte er allerdings auf das Schlagwort vom Recht der Nationalitäten nehmen, das mit der Revolution zur Herrschaft gekommen war; nicht allzu schroff durfte der Widerspruch werden zu der Theorie, die von der französischen Propaganda über das ganze Festland getragen wurde. Aber es ist die Eigentümlichkeit der Franzosen von jeher schon vor ihm gewesen und nach ihm geblieben, solche Schlagwörter zwar sehr gern auf sich selbst, nicht aber auf ihren Umgang mit anderen Völkern anzuwenden, oder umgekehrt, wenn es ihr Vorteil erforderte, zwar für die anderen, nicht aber für sich selbst sie als bindend zu empfinden. Auch Napoleon hat bei anderen das Recht der nationalen Selbstbestimmung nicht anerkannt. Aber gerade darin liegt einer der wichtigsten Gründe für sein endliches Scheitern, daß die französischen Heere die Ideen, denen sie ihre Kraft verdankten, bei ihrem Vordringen auch dem übrigen Europa vertraut machten, dann aber selbst gegen sie ver-

ſtießen. Der Widerſpruch zwiſchen Theorie und Praxis war infolgedeſſen gar zu klaffend. So wandten ſich dieſe Prinzipien ſchließlich gegen den durch Frankreich mit ihnen getriebenen Mißbrauch und befähigten die Völker zur Wiedererringung ihrer Selbſtändigkeit. Napoleon hat anfänglich zwar ſich mit der Schöpfung von Vaſallenſtaaten rings um Frankreich herum begnügt, in der Art, wie Sieyès es geraten hatte; der äußeren Form nach hat er alſo zunächſt die fremde Nationalität reſpektiert, ſpäter jedoch iſt er auch zu förmlicher Einverleibung geſchritten. Daß ihm jedes Verſtändnis für Geſchichte und Eigenart der Nationen fehlte, iſt begreiflich, da er ſelbſt nicht dem Volke angehörte, das er zum Siege führte. Bei dem Charakter ſeiner Stellung mußte für ihn das Streben nach der Univerſalherrſchaft noch viel näher liegen als für das nationale Königtum der Bourbonen.

Napoleons Maßloſigkeit erklärt ſich alſo nicht nur durch ſeine perſönliche Veranlagung ſondern auch aus der Weſensart ſeiner Herrſcherſtellung, und dazu kommt noch die Tatſache, daß ihm als gefährlichſter Gegner England gegenüberſtand. Durch dieſen Umſtand hat das Ringen eine ſo beſondere Form angenommen. Wir haben ſchon geſehen, wie ſeit dem erſten Tage ſeines Eintritts in den Revolutionskrieg Pitt der Hauptvertreter des Widerſtandes gegen Frankreich geworden war. Während Öſterreich und Preußen nur lau den Krieg führten, iſt in dieſen erſten Jahren nach Valmy die einzige wirklich ernſthafte Bedrohung für Frankreich, die Eroberung von Toulon, von England ausgegangen, und mit ganz kurzer, mehr äußerlicher Unterbrechung hat die Feindſchaft der beiden Mächte angehalten, bis ſchließlich ein engliſches Kriegsſchiff den entthronten Kaiſer nach St. Helena trug. Mit äußerſter Kraftanſtrengung hat England auch jetzt wieder die Macht niedergehalten, die auf dem Kontinent alle anderen überflügelt hatte. Von vorneherein hatte es erkannt, was für es ſelber auf dem Spiele ſtand, wenn die Revolution und Napoleon ſich durchzuſetzen vermochten, und deshalb iſt der Krieg hier in England getragen geweſen von voller nationaler Einmütigkeit. Unter ſeinem Eindruck ſchloſſen ſich die inneren Gegenſätze, längere Zeit hindurch hat Pitt als Führer der einigen Nation gelten können. Sein Gegner Burke ſtimmte in der Frage des Kampfes gegen die Revolution vollkommen mit ihm überein; unter den publiziſtiſchen Vorkämpfern gegen ihr Prinzip, das ihm ſchlechthin als das Böſe erſchien,

nimmt er den vordersten Platz ein. Auf diesem entschlossenen Widerstand Englands beruhte die große Gefahr für die Revolution und ihren Vollender Napoleon, alle anderen Staaten führten den Krieg mehr in dem alten Stil der Kabinettskriege, und die ersten Kampfhandlungen hatten gezeigt, daß die Insel für Frankreich unangreifbar war. Die französische Flotte war gänzlich zerfallen, da die meisten Marineoffiziere als getreue Royalisten emigriert waren; auch die Einverleibung der spanischen und holländischen Flotten vermochte der englischen nichts Ebenbürtiges entgegenzustellen. Frankreich war also England gegenüber ohnmächtig, sein und seiner freiwilligen oder unfreiwilligen Verbündeten Kolonialreich lag als reiche Entschädigung für den Verlust von 1783 wehrlos den englischen Angriffen ausgesetzt. Aber andererseits war die Seegewalt Englands ebenfalls nicht geeignet, den Kern der französischen Macht zu treffen. Dazu bedurfte es festländischer Bundesgenossen. Deren Kraft reichte aber wieder nicht aus, um Napoleon zu widerstehen; durch ihre Besiegung hat er im Gegenteil immer wieder den eigenen Geltungsbereich erweitern können. Indem er Englands Verbündete niederwarf, hoffte er schließlich auch seiner selbst Herr zu werden. Dieser Kampf gegen die von England gewonnenen Staaten hat ihn immer weiter nach Europa hineingeführt, aber gerade weil er, um England zu fassen, sich tief und tiefer in den Kontinent hineinbohrte, hat England auch immer wieder neue Bundesgenossen gefunden, die ihm selbst das Durchhalten ermöglichten. Napoleon mußte vordringen, weil das die einzige Art war, wie er England schädigen konnte, und weil er so weit vordrang, erhielt sein Gegner neue Verbündete. Es war ein circulus vitiosus, in dem er sich bewegte.

Dieselbe Wirkung, daß Napoleon versuchen mußte sich zum Herrn eines Landes nach dem anderen zu machen, ist auch davon ausgegangen, daß sein Kampf mit England, ebenfalls von der ersten Stunde an, die Form des Handelskrieges angenommen hat. Die Londoner Regierung hat mit der Aussperrung sämtlicher feindlicher Waren als Kampfmittel angefangen. Napoleon hat dann mit derselben Waffe geantwortet, er versuchte nun seinerseits, sie möglichst wirksam zu machen und der englischen Industrie den Todesstoß zu versetzen, indem er ihr ein Absatzgebiet nach dem anderen entzog. In konsequenter und großartiger Entwicklung hat sich das im Laufe der Jahre bis zu dem Gedanken der völligen Kontinen-

talſperre verdichtet. Um ſie wirkſam durchführen zu können, brauchte er aber wieder die Kontrolle über das ganze Feſtland. Denn die Erfahrung lehrte, daß da, wo er nicht ſelbſt gebot, auch die Handelsſperre niemals zu voller Geltung gelangte. Da er aber ganz beſonders auf ſie ſeine Hoffnungen aufgebaut hatte, war er entſchloſſen, keine Durchlöcherung des Syſtems zu dulden, und um dafür Sicherheit zu gewinnen, hat er eben auch die politiſche Herrſchaft an ſich geriſſen. Gerade der ungeheure Rahmen des Kampfes gegen den engliſchen Handel hat alſo ebenfalls verurſacht, daß Napoleon ſeinen politiſchen Machtbereich immer weiter auszudehnen und ganz Europa unter ſeine Botmäßigkeit zu bringen ſuchte.

Napoleons Perſönlichkeit alſo, der Charakter des Staates, von dem er ausging, und die durch die Entwicklung des Staatenſyſtems im letzten Jahrhundert hervorgerufene Art der internationalen Verhältniſſe haben ineinander gewirkt, um ihn in derſelben Richtung fortzutreiben, immer und immer wieder aufs neue die Grenzen ſeiner Macht weiter zu ſtecken, bis ſchließlich auf den Stoß der ſtärkere Gegenſtoß geantwortet hat. Sachliche Momente ſind alſo für ihn ebenſo maßgebend geweſen, wie die Befriedigung ſeines Ehrgeizes. Aber die ganze Art, wie der Kampf ausgetragen wurde, hat letzten Endes doch wieder die Prägung erhalten durch die jede Norm ſprengende Perſönlichkeit des Imperators, durch ſeinen Genius, der auch vor den ungeheuerſten Unternehmungen nicht zurückſchreckt oder vielmehr gerade in ihnen ſeine Befriedigung findet und alles in ſeinen Dienſt zu zwingen beſtrebt iſt.

Weit ausſtrahlend ſetzte ſeine Politik gleich ein. Der Sieg über Öſterreich hatte ihn zum Herrn Italiens gemacht, und alsbald gingen ſeine Gedanken weiter: die Wiederaufrichtung nicht nur der kontinentalen, ſondern der Weltſtellung Frankreichs glaubte er auf dieſer Grundlage erreichen zu können. Vom Ozean hielt ihn die Schwäche ſeiner Flotte vorläufig noch fern, aber der Beſitz Italiens gab ihm die Hoffnung, die Herrſchaft über das Mittelmeer an ſich bringen und es zum „lac français“ machen zu können. Hier war die einzige Stelle, wo er direkt den Engländern ſchweren Schaden zufügen konnte. Eine Landung auf der Inſel war ausgeſchloſſen, den Angriff auf Hannover ſperrte die im Baſeler Frieden ausgeſprochene Neutralität Norddeutſchlands, ſo blieb nur das Mittelmeer, und es wäre in der Tat eine ſchwere Einbuße für England geweſen, wenn ihm der Levantehandel entriſſen worden wäre.

Außerdem bot sich hier die Möglichkeit eines Ersatzes für die Kolonien, die draußen jenseits der Meere nicht behauptet werden konnten. Die Bedeutung eines Kolonialreiches für die europäische Großmachtstellung hat Napoleon in voller Klarheit erkannt, sein Zug nach Ägypten hat den Sinn, Frankreich wieder zu diesem notwendigen Rückhalt zu verhelfen. Deshalb hat er auch in umfassender Weise Vorkehrungen getroffen, um das Land sofort nach der Besitznahme nach jeder Richtung hin wirtschaftlich nutzbar für Frankreich zu machen. Mit sicherem Instinkt fühlte er die drohende Gefahr, daß sein Werk wie das Ludwigs XIV. infolge der Erschöpfung der Heimat und der Absperrung von allen überseeischen Hilfsmitteln zusammenbreche. Durch den Gewinn der günstig gelegenen, wertvollen Kolonie wollte er dem vorbeugen, außerdem aber gingen seine Gedanken noch weiter: in Ägypten wollte er den Stützpunkt für ein künftiges Unternehmen gegen Indien gewinnen, das seit Amerikas Verlust der kostbarste Bestandteil des englischen Weltreiches war. Als Vorbereitung für sein eigenes Erscheinen in Indien hat er die Aufstände Tippu Sahibs hervorgerufen, und um seinem Plan bessere Aussicht auf Erfolg zu verleihen, hat er sehr ernstlich den Bau des Suezkanals erwogen, über den seit dem ersten Hinweis durch Leibniz in Frankreich vielfach diskutiert worden war.

Die Expedition nach Ägypten hatte also nach jeder Richtung hin den Sinn eines Schlages gegen England. Das Unangenehme für Frankreich war nur dabei, daß der Besitzer des Landes die Türkei war, so daß seine Eroberung das oft erprobte Bündnis zu zersprengen drohte. Dessen Vorteile waren aber gar zu einleuchtend, als daß Napoleon sie leichten Herzens preisgegeben hätte, er hat im Gegenteil den dringenden Wunsch gehabt, auch weiterhin mit der Türkei in engster Beziehung zu bleiben, und noch 1797 bei der Besetzung von Ancona geschrieben, der Hafen sei unschätzbar für die Verbindung mit Konstantinopel. Er hoffte den Bruch auf die Weise vermeiden zu können, daß er das Land nicht einfach annektierte, sondern, in der Art wie England es später getan hat, bei tatsächlichem Besitz sich mit der äußeren Form des Protektorats begnügte; vielleicht werde damit auch das Sprungbrett aufgebaut, von dem aus sich die Schutzherrschaft über die ganze Türkei gewinnen ließ. Möglicherweise wäre auch wirklich die Einigung in ähnlicher Form zustande gekommen, wenn der Sieg ihm treu geblieben wäre. Denn der

Sultan hat anfänglich nicht den Mut gefunden, ihm in den Weg zu treten. Aber nach Abukir gab er dem ruſſiſchen und engliſchen Drucke nach und ging zu den Feinden Frankreichs über. Zum erſten Male durfte eine ruſſiſche Flotte durch die Dardanellen ins Mittelmeer einlaufen. Das ägyptiſche Unternehmen hat alſo Frankreich eine Freundſchaft gekoſtet, die, ebenfalls wie früher ſeine Feindſchaft mit Öſterreich, länger als ein viertel Jahrtauſend ohne Unterbrechung angedauert hatte. Wenn es auch ſpäter noch mehrfach zum Zuſammengehen der beiden gekommen iſt, hat ſich Frankreich doch nie wieder ſo feſt in Konſtantinopel in den Sattel ſchwingen können, wie es bisher darin geſeſſen hatte; die Pforte war von jetzt an weit entfernt, das Bündnis mit ihm zu ihrem Prinzip zu machen.

Auch abgeſehen von dieſer dauernden Einbuße, die das Unternehmen für die internationale Stellung Frankreichs zur Folge gehabt hat, war ſein Ende das vollſtändige Mißlingen. Die Zuſtände in der Heimat zwangen Napoleon, von ſeinem Verſuche der Weltpolitik wieder abzulaſſen. Denn die unter dem Druck Englands erfolgte Kriegserklärung Neapels und deſſen Zerſchmetterung durch die Franzoſen hatte den allgemeinen Krieg wieder aufflammen laſſen, bei dem diesmal durch die aktive Beteiligung Pauls I. von Rußland die Gefahr für Frankreich noch weſentlich erhöht war. Der Zar ſtand unter dem Einfluß des Gedankens, daß er als Monarch ſich dem Kreuzzug gegen den Umſturz nicht entziehen dürfe; dieſer zweite Koalitionskrieg wurde alſo auch von ſeiten einer feſtländiſchen Großmacht mit einer Energie geführt, die dem Auftreten Englands entſprach, und da Frankreich gleichzeitig im Innern die ſchwerſten Erſchütterungen auszuſtehen hatte, geſtaltete ſich ſeine Lage binnen kurzem geradezu verzweifelt. Napoleon mußte deshalb zurück, erſt galt es für ihn, den eigenen Staat zu ſichern, bevor er an überſeeiſche Expanſion herangehen konnte. Als er in Frankreich landete, war zwar durch Maſſénas Siege die dringendſte Gefahr ſchon beſchworen, aber die entſcheidende Wendung iſt doch auf ſein Eingreifen zurückzuführen. Durch den Staatsſtreich des 9. und 10. November 1799 (18. und 19. Brumaire) machte er der inneren Auflöſung ein Ende und gab Frankreich in ſeiner Perſon den Mittelpunkt, um den es ſich ſcharen konnte. Die wirkſamſten Kräfte, die von der Revolution erzeugt worden waren, ſich aber in der Zwiſchenzeit zerſplittert hatten, gelangten nun wieder zur Entfaltung,

und das genügte in Verbindung mit Napoleons Führerschaft, um die Not sich in höchsten Erfolg wandeln zu lassen.

Durch den Frieden von Lunéville 1801 führte er Frankreich bis an den so lange ersehnten Rhein und riß weit darüber hinaus die Entscheidung über die Gestaltung der Dinge in Deutschland an sich. Paris wurde die Stelle, an der das Urteil über den Fortbestand der Reichsfürsten fiel, hier erfolgte unter fast völliger Ausschaltung des kaiserlichen Einflusses die Festsetzung der Entschädigungen für die vom linken Rheinufer vertriebenen Stände. Nur der russische Gesandte hat dabei ebenfalls ernstlich mitreden können. Denn das war das wichtigste Ergebnis der Siege Napoleons gewesen, daß ihm die Verständigung mit Rußland gelang. Der Zar war in seiner Freundschaft für England erschüttert worden durch dessen Festsetzung auf Malta, die er als Großmeister des Malteserordens nicht dulden wollte, vor allem aber hatte sie der Streit um die Handhabung des Seerechts auseinandergeführt. Gegen Englands fortwährende Übergriffe auf diesem Gebiet hatte Paul wieder einen Bund der Neutralen ins Leben gerufen, wie ihn Katharina 1780 gegründet hatte. Da aber alle Proteste nichts halfen und da Napoleons Siege Frankreichs Freundschaft so außerordentlich im Wert steigen ließen, machte der Zar Ernst mit seiner Drohung: er brach mit England und näherte sich Napoleon. Auf dessen Ideen eingehend rüstete er bereits eine Expedition gegen Indien aus und willigte in die Einbeziehung Rußlands in die Kontinentalsperre. Es war ein Augenblick höchster Gefahr für England, von allen seinen Bundesgenossen war es abgesprengt, für Napoleon eröffnete sich die Aussicht auf vollständigen Triumph. Diese Lage des Winters 1801/02 ist wohl der Höhepunkt an materieller Machtstellung, den Napoleon erreicht hat. Äußerlich sind allerdings noch viel glänzendere Zeiten gefolgt, niemals aber ist er wieder dem endlichen Gelingen so nahe gewesen wie damals.

Im Bewußtsein seiner Kraft hat der Erste Konsul auch alsbald seine großen weltpolitischen Pläne wieder hervorgeholt. Sobald er aber selbst an überseeische Unternehmungen heranging, empfand er Englands Seeherrschaft als unerträglich und hat deshalb als Programm aufgestellt, daß ein über Europa hinausreichendes Gleichgewichtssystem gefunden werden müsse. Der Sinn und die Methoden der bisherigen Kontinentalpolitik sollten also beibehalten, aber auf den weltpolitischen Rahmen ausgedehnt werden. Napoleon

war dabei wohl auch von der Überlegung beeinflußt, daß bei weltpolitischem Gleichgewicht die Überlegenheit an festländischen Machtmitteln den Ausschlag zugunsten Frankreichs geben werde. Er ließ sich von Spanien Louisiana zurückgeben, so daß das alte französische Kolonialreich auf dem nordamerikanischen Kontinent Auferstehung feierte. Um ein Haar hätte dieses Zurückgreifen auf die Überlieferungen des königlichen Frankreich die Vereinigten Staaten veranlaßt, an Englands Seite zu treten. Denn während sie das ohnmächtige Spanien ohne schwerere Bedenken in ihrem Rücken an der Mississippimündung dulden konnten, wäre die Anwesenheit der stärksten Militärmacht der Welt ihnen unerträglich gewesen. Ihrer eigenen Ausdehnung in den Westen hinein würde ein unzerbrechlicher Riegel vorgeschoben worden sein. Deshalb erhoben sie Einspruch, und vor ihm ist Napoleon zurückgewichen; gegen eine verhältnismäßig ganz geringfügige Summe hat er 1803 Louisiana an die Vereinigten Staaten verkauft. Sein Versuch, das Ergebnis des Pariser Friedens von 1763 rückgängig zu machen, ist gescheitert, Frankreich scheidet endgültig vom nordamerikanischen Festland aus.

Napoleon hatte dem Einspruch der Vereinigten Staaten solches Gewicht beilegen müssen, weil inzwischen in Europa für ihn die verhängnisvolle Wendung zum Schlechteren eingetreten war. Die Ermordung Pauls I. machte allen den Hoffnungen, die er auf das Zusammengehen mit Rußland aufgebaut hatte, ein jähes Ende. Dessen Nachfolger Alexander I. schwenkte zwar noch nicht gleich wieder zu England hinüber, aber doch scharf von Frankreich fort. Denn er war durch Englands gewalttätiges Vorgehen gegen Dänemark als einen der Teilnehmer an der bewaffneten Seeneutralität eingeschüchtert worden. Mitten im Frieden war Nelson vor Kopenhagen erschienen und hatte sich der dänischen Flotte bemächtigt. Das Odium dieser allen Rechtsbegriffen hohnsprechenden Handlungsweise hat England auf sich genommen, weil es seinen unmittelbaren Zweck, die Sprengung der in der Bildung begriffenen gegnerischen Koalition, dadurch am besten zu erreichen hoffen konnte, wie es ihn auch wirklich glänzend erreicht hat. Da die englische Flotte Herrin des Sundes war und ihr der Weg zur russischen Küste und nach Petersburg offen stand, wich Alexander schleunigst zurück. Die Aussicht auf direkte Unterstützung von seiten Rußlands verflüchtigte sich für Napoleon, er war wieder allein auf die Kraft Frankreichs und seiner Klientelstaaten angewiesen.

Zur Weltpolitik aber reichte diese vorläufig noch nicht aus, deshalb eben sah er sich genötigt, den Forderungen Amerikas nachzugeben. Da er jedoch sich bewußt war, daß ein ausschließlich auf das europäische Festland sich beschränkendes Vorgehen seinen hohen Plänen nur verminderte Erfolgsmöglichkeiten zu bieten vermochte, ist der Wunsch, das weltpolitische Betätigungsfeld sich zurückzuerobern, dauernd in ihm lebendig geblieben.

Obwohl die Sprengung der russisch-französischen Freundschaft einen gewichtigen Erfolg der englischen Politik bedeutete, sehnten aber auch die Londoner Staatsmänner das Ende des Krieges herbei, in der Erkenntnis, so lange Frankreich gewissermaßen ohnmächtig gegenüberzustehen, als sie sich nicht auf die aktive Mitwirkung kontinentaler Verbündeter stützen konnten. Die Kolonien hatten sie Frankreich entrissen, seine Kriegs- und Handelsflotte war vom Meer verdrängt, mehr aber konnten sie ihm nicht anhaben. Seinen eigentlichen Lebensnerv zu treffen, waren die ihnen selbst zur Verfügung stehenden Kampfmittel nicht geeignet; dazu war eine große Militärmacht erforderlich, und deren Beistand zu gewinnen bestand vorläufig keine Aussicht. Die Friedensneigung wurde noch bestärkt durch das Gefühl der Erschöpfung, das sich geltend machte; die Leistungen des nun schon ein Jahrzehnt währenden Krieges hatten England derart mitgenommen, daß es bereit war, selbst unter Opfern sein Ende zu erkaufen. Die innere Geschlossenheit der ersten Jahre hatte sich auch nicht dauernd aufrechterhalten lassen, die parteimäßigen Gegensätze hatten sich doch wieder gemeldet und zermürbten die äußere Schlagfertigkeit. Sie hatten den Sturz von Pitt herbeigeführt, Addington bot nunmehr Napoleon die Hand, und der Konsul hat sie unter dem Eindruck des russischen Abspringens nicht zurückgestoßen. Die Bedingungen des Friedens von Amiens lassen erkennen, welch gewaltigen Respekt die Taten Napoleons in London eingeflößt hatten. Nicht nur, daß fast alle überseeischen Eroberungen herausgegeben wurden, das für Frankreich Erfreulichste war Englands Verzicht auf die Beherrschung des Mittelmeers, indem es die Räumung von Malta, Minorka und Elba versprach. Gibraltar sollte sein einziger Stützpunkt hier bleiben. Allerdings gab dafür auch Napoleon Ägypten, den Kirchenstaat und Neapel wieder auf, so daß nicht davon die Rede sein konnte, daß an Stelle der englischen Herrschaft über das Mittelmeer die französische getreten sei. Aber vorher hatte die englische bestanden;

daß sie sich jetzt nicht mehr auf so unerschütterliche Säulen aufbauen konnte, bildete einen Triumph Napoleons.

Lange jedoch hat der durch diesen Vertrag hergestellte Friedenszustand nicht angehalten. Die Frage, wer an seinem baldigen Zerbrechen die Schuld trägt, ist sehr häufig behandelt worden, weil sie zur Beurteilung des Gesamtcharakters der napoleonischen Politik von ganz besonderer Wichtigkeit ist, und dementsprechend hat sie sehr verschiedene Beantwortungen gefunden. Ist es Napoleon, der durch gewollte Provokationen den erneuten Krieg erzwungen hat, um in ihm die Gelegenheit zu weiteren Eroberungen in Europa und in der Welt zu gewinnen, oder ist es England, das im Widerspruch zu dem den Frieden wünschenden Napoleon bewußt auf den Bruch hingearbeitet hat, um in Fortsetzung seiner überlieferten Politik den ihm gefährlich werdenden Rivalen rechtzeitig niederringen zu können? Die Wahrheit wird wohl in der Mitte zwischen beiden Anschauungen liegen. Man wird gut tun, von Schuld weder auf der einen noch auf der anderen Seite zu reden, oder wenn man das durchaus will, sie beiden ziemlich gleichmäßig zuzuteilen. Denn der Friede von Amiens hatte weder die bestehenden Gegensätze aus der Welt geschafft, noch eine Entscheidung im Kräfteverhältnis herbeigeführt, deshalb stellte er für keinen der Beteiligten einen Abschluß dar, mit dem sie sich, ohne völlige Veränderung des Charakters ihrer Politik, auf die Dauer hätten begnügen können. Genau so wenig, wie England geneigt sein konnte, tatenlos dem Emporkommen eines seine Alleinherrschaft in der Welt bedrohenden Gegners zuzusehen, hat Napoleon daran gedacht, sein Streben aufzugeben, der englischen Weltmacht die französische entgegenzustellen. Deshalb ist es von Anbeginn ein trügerischer Friedenszustand gewesen. Napoleon hat ihn benutzt, um seine kontinentale Stellung gewaltig auszubauen, und jeder Schritt, den er nach dieser Richtung tat, enthielt eine Schwächung für England. Auch hat er keinen Zweifel daran gelassen, daß dieser Kraftzuwachs auf dem Festland ihm die Sehnen stählen sollte zum Sprung in die Welt hinaus, und hat große Mühe daran gewendet, die ihm verbliebenen Kolonien in Blüte zu bringen. So schuf er den Zustand, aus dem der Krieg hervorgehen mußte; seine unbestreitbaren Wünsche, vorläufig noch den Frieden zu erhalten, ändern an dieser Tatsache nichts. Wieder aber ist diese den Krieg unvermeidlich machende Politik nicht nur durch seinen persönlichen Ehrgeiz hervorgerufen,

sondern ist deutlich die Fortsetzung der Hoffnungen der Bourbonen und das Erbe der großen Überlieferungen des königlichen Frankreich. Auf der anderen Seite hat England die Bedingung des Friedensvertrags, Malta zu räumen, nicht erfüllt, sodaß der Verzicht auf die Beherrschung des Mittelmeers, zu dem es sich verpflichtet hatte, nicht zur Tatsache geworden ist. Beim Anblick aller der Anstrengungen Napoleons wurde die Volksstimmung immer kriegerischer, dazu kam der Aufschwung der französischen Industrie, die vielfach die englische verdrängte. Und schließlich gab es noch einen Grund, der gewichtig dafür sprach, durch neuen Krieg eine Änderung des auf dem Festland eingetretenen Zustandes und eine Rückbildung Frankreichs zu erzwingen: das ganze Land bis zur Rheinmündung war französisch geworden, der Rest von Holland in unbedingtester Abhängigkeit von Napoleon, und je stärkeren Grad das Wachstum der französischen Flotte annahm, um so bedrohlicher wurde dieser Umstand für die Insel. Kurzum, es war eine solche Menge von Widersprüchen wirklicher Lebensinteressen übriggeblieben, daß der abermalige Zusammenstoß einfach eine Notwendigkeit war. Weder England noch Frankreich konnten sich mit dem durch Amiens geschaffenen Zustand beruhigen. Wie auf den Frieden von Aachen 1748 unausbleiblich der Siebenjährige Krieg gefolgt war, so entstand auch jetzt der dritte Koalitionskrieg eigentlich naturgemäß. Denn nachdem zwischen den Hauptgegnern England und Frankreich der Kriegszustand wieder eingetreten war, ist es nicht überraschend, daß auch die festländischen Großmächte, die das Vordringen Napoleons noch viel unmittelbarer zu spüren hatten als Großbritannien, die Gelegenheit wahrnahmen, in der sich ihnen noch einmal Aussicht auf Erschütterung des französischen Übergewichts eröffnete. Nur Preußen ist trotz aller dringenden Umwerbungen von beiden Seiten weiter in seiner unfruchtbaren Neutralität verharrt.

Napoleon hatte gehofft, das Zustandekommen der großen Koalition dadurch verhindern zu können, daß er schon vorher seinen eigentlichen Feind, ohne den auch der Widerstand der anderen zusammenbrechen würde, durch Stoß ins Herz fällte. In Boulogne sammelte er sein Heer, um es nach der Insel hinüberzuwerfen und den größten seiner Erfolge zu erringen. Die Lage erinnert an die Zeit vor La Hogue, als Ludwig XIV. die Landung zu organisieren suchte. Zwei Jahre lang, von 1803 bis zum August 1805, als

ſchon die Öſterreicher ihre Truppen gegen den Rhein führten, hat er an dieſem Plan feſtgehalten und in umfaſſender Weiſe alle Vorbereitungen getroffen. Aber im letzten Moment, als die Lage ſich dramatiſch zuſpitzte, hat die engliſche Flotte den herannahenden Villeneuve, deſſen Schiffe die Überfahrt decken ſollten, überholt und zur Umkehr gezwungen. Die Herrſchaft über den Kanal war wieder unbeſtritten in Englands Hand. So mußte Napoleon von ihm ablaſſen, er warf ſich auf ſeine feſtländiſchen Gegner, und wenn ihn das auch nach Ulm und Auſterlitz und dann in nur folgerichtiger Weiterentwicklung nach Jena und Tilſit geführt hat, ſo iſt doch ſeitdem ſein eigentliches Ziel in unerreichbare Ferne entſchwunden. Denn die Unmöglichkeit, England an den Leib zu kommen, iſt durch Trafalgar beſiegelt worden. Nelſons Sieg hat vom Standpunkt der hiſtoriſchen Entwicklung aus alle die feſtländiſchen Erfolge des Kaiſers zunichte gemacht; nicht Auſterlitz hat der Zukunft die Richtung gewieſen, ſondern Trafalgar. Englands Alleingewalt zur See, ſeine Freiheit von jedem gefährlichen Nebenbuhler in Weltpolitik und Welthandel bleibt unerſchüttert. Zwar war Napoleon weit entfernt, die furchtbare Niederlage als endgültig hinzunehmen und ihr ſolche Bedeutung zuzugeſtehen, daß er ſelbſt ſeine Weltmachtspläne aufgegeben hätte. Aber ihre tatſächliche Wirkung beſtand darin, daß ihm die Anwendung direkter Mittel gegen die Inſel fortan verſagt war. Infolgedeſſen hat er ſich genötigt geſehen, ſich zu den phantaſtiſchſten Entwürfen zu verſteigen, und gerade an dem Übermaß dieſer Projekte, zu deren Verwirklichung ſelbſt ſeine Kraft nicht ausreichte, iſt er ſchließlich geſcheitert. Trafalgar bedeutet alſo den Wendepunkt ſeines Glücks, am 21. Oktober 1805 beginnt ſein Abſtieg, ſo glanzvoll auch gerade der Inhalt der nächſten Jahre noch nach außen hin geweſen iſt.

Wenn wir von dem Geſchick Napoleons aus einen Rückblick werfen auf das ſeiner Vorgänger beim Streben nach der Weltherrſchaft, ſo tritt uns eine überraſchende Ähnlichkeit entgegen. Spanien war erlegen, weil es im Kampf mit England die Herrſchaft über die Meere nicht hatte bewahren können. Derſelbe Grund hatte zum Scheitern Ludwigs XIV. geführt; auf die Hilfsmittel des franzöſiſchen Heimatlandes allein angewieſen, hatte er der Verbindung der anderen nicht ſtandzuhalten vermocht. Und nun rührt auch Napoleons Zuſammenbruch aus der gleichen Urſache her. Es iſt alſo eine große weltgeſchichtliche Linie, die wir von den Kanal-

ſchlachten des Jahres 1588 über La Hogue 1692 nach Trafalgar 1805 ziehen können. In allen drei Fällen beruht das Scheitern des Griffes nach der Hegemonie auf dem Verluſt der maritimen Stellung und auf der Abſperrung von den überſeeiſchen Gebieten. Dieſe letzteren ſind ſchließlich trotz der ſo überwiegend kontinentaleuropäiſchen Einſtellung der Großmachtspolitik das Entſcheidende geweſen. Das Feſtland allein genügte nicht mehr als Baſis einer wirklich überragenden Stellung. Friedrich Ratzel hat einmal geſagt: „Nur das Meer kann wahre Weltmächte erziehen.“ Die Geſchichte des Staatenſyſtems beweiſt die Richtigkeit dieſes Ausſpruchs. Nur ſo lange hat ein Staat ſich auf alle anderen überſchattender Höhe zu behaupten vermocht, als er den Rückhalt am Weltmeer mit allen ſeinen Nutzungsmöglichkeiten nicht verlor.

Zunächſt ſah es allerdings auch nach Trafalgar keineswegs ſo aus, als ob Napoleon ausgeſpielt habe. Auch nach der Vernichtung ſeiner Flotte und jetzt erſt recht blieb die Beſiegung Englands ſein unwandelbar feſtgehaltenes Ziel. Charakteriſtiſch dafür iſt der Armeebefehl, den er am 26. Oktober 1806 von Charlottenburg aus nach dem Siege über Preußen erließ: „Nous ne poserons plus les armes que nous n'ayons obligés les Anglais, ces éternels ennemis de notre nation, à renoncer au projet de troubler le continent et à la tyrannie des mers.“ Aber das Mittel dazu mußte jetzt mehr denn je der Kampf gegen die Bundesgenoſſen Englands und die reſtloſe Durchführung der Kontinentalſperre ſein. Auf dieſe Weiſe iſt Napoleon dazu gekommen, den alten Bau des Staatenſyſtems völlig zu zerſchlagen. Er machte ſich zum unbeſtrittenen Herrn von Deutſchland, das ihm ſeit Preßburg und Tilſit willenlos ausgeliefert war. Kaiſer Franz hat daraus die Konſequenz gezogen, indem er Öſterreich vollſtändig vom Reiche ablöſte. Mit der Zertrümmerung Preußens, der Gründung der im Vergleich mit dem bisherigen Zuſtand ſtarken, ſouveränen, aber im Rheinbund zuſammengefaßten Mittelſtaaten und ſchließlich durch die Errichtung des der Form nach ſelbſtändigen, ſachlich ebenſo wie der Rheinbund von Paris abhängigen polniſchen Staates war Napoleons Einfluß auch in Mitteleuropa der allbeherrſchende geworden und griff bereits ganz in der Art Ludwigs XIV. nach dem Oſten hinüber. Es iſt die Durchführung des alten, von den franzöſiſchen Königen gegenüber Deutſchland angewendeten Prinzips bis zur äußerſten Konſequenz, wenn er das geſamte Reichsgebiet,

ſoweit es nicht zu Öſterreich und Preußen gehörte, zu ſeinem Werkzeug machte. Eine Zeitlang hat er auch ſehr ernſt daran gedacht, ſich nicht mit dieſer „Triaspolitik“ zu begnügen, ſondern über ſie hinauszugehen mit einem Schritt, deſſen Durchführung vielleicht die Entwicklung in andere Bahnen gelenkt haben würde; er plante, Preußen von der Karte völlig auszutilgen. Nur die Fürſprache des Zaren hat ihn dazu bewogen, den Staat, wenn auch in ſo furchtbar verminderter Form, fortbeſtehen zu laſſen. Alexander ſtand der Ausſicht, außer Polen noch einen zweiten franzöſiſchen Vaſallen zum Nachbarn zu haben, ſehr wenig freundlich gegenüber, deswegen hatte er ſich für die Erhaltung des wenigſtens einigermaßen ſelbſtändigen Pufferſtaates verwendet, und ſo hat ſich Napoleon damit begnügt, auch Norddeutſchland, ſoweit er es dann ſpäter (1810) nicht doch noch unmittelbar an ſich genommen hat, nach dem Vorbild von Süddeutſchland in Mittelſtaaten zu zerlegen, von denen ſich keiner ſeinem Einfluß entziehen konnte.

Dies Entgegenkommen, das Napoleon den Wünſchen des Zaren bewieſen hatte, rührte daher, daß er notwendig ſeine Mitwirkung gegen England brauchte. Denn erſt durch die Einbeziehung Rußlands konnte die Kontinentalſperre zu gründlichſter Wirkſamkeit erhoben werden, und außerdem ſpielte Napoleon ſeit Tilſit wieder lebhaft mit dem Gedanken eines Zuges nach Indien, für den die Unterſtützung Rußlands natürlich viel beſſere Erfolgsmöglichkeiten bot. Deshalb ſchlug er auch dem Zaren ein Bündnis auf der Grundlage vor, daß Frankreich und Rußland ſich in die Beherrſchung Europas teilen ſollten, der Weſten würde Napoleons Einflußbereich, der Oſten der Alexanders ſein. Das war für Rußland die Erfüllung eines ſehr weſentlichen Teiles ſeiner alten Träume, gern iſt deshalb der Zar im Prinzip darauf eingegangen. Sehr bald aber ſtellten ſich bei der praktiſchen Durchführung Meinungsverſchiedenheiten ein. Das, worauf es Napoleon mit am allermeiſten angekommen war, die völlige Ausſperrung des engliſchen Handels, hat ſich nicht erreichen laſſen. Denn England erkannte, was ihm drohte, und handelte ebenſo klug und energiſch wie rückſichtslos und völkerrechtswidrig: durch ſein abermaliges Vorgehen gegen Kopenhagen 1807 kam es der Schließung der Oſtſee zuvor, wie 1801 überfiel es die Stadt mitten im Frieden. Da es nunmehr wieder den Sund in der Hand hatte, beherrſchte es die ganze Oſtſee, und demzufolge haben ſich die engliſchen Waren niemals ganz von Nord-

deutschland und Rußland fernhalten lassen. Der Schmuggel wurde im größten Stil organisiert, die Sperre ist also nicht zu der gehofften Wirksamkeit gekommen. Das hat fortwährende Reibereien zwischen Napoleon und Alexander ergeben. Aber auch über die andere Grundlage des Bündnisses, die Aufteilung der Türkei, konnten sie nicht zur Einigung gelangen. Ihr Verhältnis litt eben von Haus aus daran, daß in beiden die Freundschaftsgefühle nicht gerade sehr echt waren. Napoleon mußte sich stets mit dem Gedanken tragen, daß der Zar ihm eines Tages auch wieder als Gegner gegenüberstehen werde, und wollte ihn deshalb nicht allzu stark werden lassen. Aus diesem Grunde war er weit davon entfernt, Alexanders Herzenswunsch zu erfüllen und ihm einfach die ganze Türkei zu überantworten. Die russische Stellung sollte nicht derart werden, daß sie irgendwie die französische Herrschaft über das Mittelmeer beeinträchtigt hätte. Darum weigerte er sich, den Russen Konstantinopel und die Meerengen und damit die freie Ausfahrt ins Ägäische Meer auszuliefern; dahin gerade gingen aber die Wünsche des Zaren. Außerdem enthielt die Festsetzung Frankreichs in Illyrien und auf den Jonischen Inseln die Drohung, sich in die Entwicklung auf dem Balkan einzumischen, Österreich sowohl wie Rußland mußten das als Schlag empfinden. Napoleons Absicht war eben, für den Fall, daß Rußlands Verhalten nicht mit seinen eigenen Interessen in Einklang stehen würde, trotz der sonstigen Auslieferung des Ostens an den Zaren sich doch die Möglichkeit eigenen Hineinredens offen zu halten, wie das auch schon durch die Schöpfung des polnischen Klientelstaates geschehen war. Alexander aber fühlte diese Absicht sehr deutlich heraus, gerade Polen, das beide zum eigenen Einflußgebiet machen wollten, ist der Anlaß zahlreicher Streitereien gewesen. Die verabredete Teilung Europas hat sich also reinlich nicht durchführen lassen, sie stieß sich immer an dem gegenseitigen Mißtrauen. Wie stark die Überlegung, daß Rußland nicht allzu mächtig werden dürfe, auf Napoleon eingewirkt hat, konnte Alexander zu seinem Unwillen 1809 erkennen, als nach der abermaligen Niederwerfung Österreichs der Sieger es ablehnte, das ganze Galizien Rußland zu überlassen, und statt dessen seinen größten Teil an das Großherzogtum Warschau gab, d. h. unter der eigenen Kontrolle behielt.

Eine Reihe von strittigen Punkten standen also zwischen den beiden führenden Mächten des Festlandes. Obwohl Napoleon

ſich lebhaft bemühte, den Bruch zu vermeiden, richtete er ſich durchaus auf ſein Kommen ein, alle ſeine Maßregeln zeigen, daß er auf ſeinen Eintritt gefaßt war. Er hat ſich auch ſchon nach einem Erſatz für das ruſſiſche Bündnis umgeſehen, wenn auch ein wirklich gleichwertiger nicht zu haben war, und als ſolchen Öſterreich ins Auge gefaßt. Dies war, neben der Befriedigung ſeines perſönlichen Ehrgeizes, der Zweck ſeiner Ehe mit Maria Luiſe. Aber alle dieſe Vorkehrungen für den eventuell kommenden Bruch haben deſſen Eintreten gerade beſchleunigt. Alexanders Antwort auf Napoleons Heirat mit der öſterreichiſchen Prinzeſſin war die Aufhebung der Sperrbeſtimmungen für den engliſchen Handel. Die ſtärkſte Waffe des Imperators in ſeinem Handelskrieg gegen England zerbrach, und damit war eigentlich ſchon entſchieden, daß es zum Kriege auch mit Rußland kommen würde. Da die gütliche Verſtändigung ſich nicht hatte erreichen laſſen, mußte er nunmehr gewaltſam das Zarenreich in ſein Syſtem hineinzwingen, wenn er nicht den Kampf gegen England preisgeben wollte, und das war eine Unmöglichkeit für ihn, ſolange er nicht überhaupt ſich ſelbſt und ſeine Politik von Grund aus abändern wollte.

Nachdem Napoleon keine Rückſicht mehr auf den öſtlichen Verbündeten, den er bereits verloren gab, zu nehmen brauchte, offenbarte er ſein letztes Ziel, den Plan der Weltherrſchaft, in voller Deutlichkeit. Die Teilung Europas, in die er in Tilſit und Erfurt eingewilligt hatte, war nicht mehr bindend für ihn, ſeitdem ſie ſich als nicht zweckdienlich erwieſen hatte. Ganz in der Art des alten Univerſalismus ging nunmehr ſein Streben nach tatſächlicher Einheit des Feſtlandes. Auch in dieſer Zeit bleibt es dabei, daß nebeneinander ſein perſönlicher Machthunger und die Bekämpfung Englands, bei der kein anderes Mittel mehr verfing, ihn in dieſe uferloſe Richtung vorwärtsgetrieben haben. Um den Engländern das Mittelmeer ſperren zu können, hat er ſich auf Spanien geworfen und dort die nationale Dynaſtie durch ſeinen Bruder erſetzt, ebenſo ging die Einverleibung Hollands und der deutſchen Nordſeeküſte in den franzöſiſchen Staat unmittelbar gegen England. In allen von ihm abhängigen Ländern machte ſich ſein Druck um ſo ſchwerer fühlbar, je mehr er das Ganze zu einheitlicher Leiſtungsfähigkeit für den letzten entſcheidenden Schlag zuſammenfaſſen wollte. Aber gerade dieſe ſtärkere Betonung ſeiner Oberhoheit und die Verletzung jeder nationalen Rückſicht rief allenthalben den Widerſtand

hervor. Des spanischen Volkskampfes hat er niemals Herr zu werden vermocht, die Einverleibung Oldenburgs, dessen Regent wie der Zar dem Hause Holstein-Gottorp angehörte, gab die äußere Veranlassung zum Kriege mit Rußland, und als er dann geschlagen von dort zurückkehrte, da erhoben sich überall als das Entscheidende die von ihm mißhandelten nationalen Empfindungen. Vorhanden gewesen sind solche Gefühle auch schon vor der Revolution, der Wunsch nach nationaler Zusammenfügung und Selbständigkeit lebte instinktmäßig in den Völkern. Aber zu klarem Bewußtsein und damit zur wirkenden Kraft ist er erst durch die Ideen von 1789 und dann unter dem Drucke Napoleons geworden. Er selbst hat es auf St. Helena ausgesprochen, daß die Völker schon zu selbständig entwickelt gewesen seien, als daß sie sich noch in eine einzige Form hätten gießen lassen. Die Entwicklung des Staatensystems hatte von Anfang an im Widerspruch zum Universalismus gestanden, mit der fortschreitenden Zeit war der Zustand immer weniger vereinbar mit diesem Prinzip geworden, und jetzt hatten die Heere der Revolution den Gedanken, der überhaupt zur Entstehung des Staatensystems geführt hatte, den national-staatlichen, teils zu den anderen Völkern gebracht, teils ihm dort zur vollen Klarheit verholfen. Durch den Anspruch der einzelnen Nationalität auf Entfaltung ihrer von den anderen unterschiedenen Eigenart im Rahmen der ihr angemessenen Staatsform gewann der Kampf gegen Napoleon den geistigen Gehalt, ohne den die Völker wohl kaum die Schwungkraft besessen hätten, das Joch abzuschütteln. Was der Revolution ursprünglich die Überlegenheit gesichert hatte, die wechselseitige Durchdringung von Staat und Nation, hatte sich allmählich auch anderwärts vollzogen, oder zum mindesten war das Streben nach ihr geweckt worden, so daß die Ungleichheit der moralischen Kräfte in Fortfall kam. Eher war sie sogar zugunsten der Gegner Frankreichs umgeschlagen. Denn der idealistische Schwung, der es emporgehoben hatte, war notwendig abgeflaut, seitdem es diese Ideen verleugnete; die anderen dagegen fühlten erst jetzt ihren belebenden Impuls. Und nachdem das eingetreten war, mußte sich die zahlenmäßige Überlegenheit auf seiten der Koalition bemerkbar machen; Frankreichs Versuch, seine Vorherrschaft aufzurichten, brach zusammen.

Daß es die Macht der Idee gewesen ist, der schließlich, als sie sich gegen ihn selbst wendete, Napoleon erlegen ist, geht deutlich

aus der Tatsache hervor, daß die weitaus höchsten Leistungen beim Entscheidungskampf vollbracht worden sind von dem Staat, der über das Mindestmaß materieller Kräfte verfügte. Preußen war am tiefsten von dem Imperator gedemütigt worden, deshalb war der Boden hier besonders aufnahmefähig für alles, was neue Kräfte zu verleihen verhieß. Durch die Stein-Hardenbergsche Reform begann der Staat, der entsprechend der ganzen Art, wie er gewachsen war, bisher ausschließlich auf dem Kabinett des Königs ruhte, einzulenken in die Richtung des Aufbaus auf der Mitarbeit des einzelnen freien Untertanen. Die Fundamente des Staates tiefer zu legen und damit tragfähiger zu gestalten, war der leitende Gedanke des Freiherrn vom Stein, und nirgends ist mit gleich zielbewußter und zweckentsprechender Arbeit an die schwere Aufgabe herangegangen worden, den Vorsprung, den Frankreich in dieser Richtung gewonnen hatte, wieder einzuholen. Durch die erfolgreiche Tätigkeit der großen Reformer erfuhr hier in Preußen das Verhältnis von Staat und Volk die Innigkeit, die in Verbindung mit dem Haß gegen die fremden Unterdrücker auch über die unüberwindlich erscheinenden Hindernisse und über das Fehlen der notwendigsten äußeren Bedürfnisse hinweghalf. Die Männer aber, deren Verdienst diese innere Umbildung des preußischen Staates gewesen ist, haben ihr Werk vollbracht nicht etwa bloß um Preußens, sondern um Deutschlands willen. In dem verjüngten, den Zeitströmungen angepaßten Preußen hofften sie den Kern der nationalen Einheit zu gewinnen, und gerade aus diesem Gesichtspunkt heraus haben sie die Versöhnung der beiden stärksten Kräfte des deutschen Lebens angestrebt, der geistbildenden des klassischen Idealismus und der staatsbildenden Preußens, wie sie in Wilhelm von Humboldts Tat, der Gründung der Universität Berlin, zum Ausdruck gebracht worden ist. Mag das Wort von König Friedrich Wilhelm selbst herrühren oder nicht, jedenfalls ist es die treffendste und glücklichste Formulierung des Sinnes, in dem die Reformer ihre Arbeit geleistet haben: daß Preußen durch geistige Kräfte ersetzen müsse, was ihm an physischen fehle. Aus diesen neu gewonnenen geistigen Kräften leitete sich der unaufhaltsame Schwung her, der allein zum Erfolg führen konnte. So sehr neuere Forschungen den Nachweis erbracht haben, daß 1813 auch dem österreichischen Volke die Leidenschaft, die Preußen durchglühte, keineswegs fremd gewesen ist und daß es an Opfermut nicht unwürdig neben dem Bundes-

genossen gestanden hat, besteht doch nach wie vor die Auffassung zu Recht, daß der eigentliche Befreiungskampf in dem idealistischen Sinne, den wir mit dieser Vorstellung verbinden, von Preußen und seinen Führern durchgefochten worden ist. Im österreichischen Volke saß eben doch nur der Haß gegen den Überwinder und Bedrücker, von der Verinnerlichung der Leidenschaft ist hier noch nichts zu spüren. Und gerade für die österreichische und russische Staatsleitung ist es durchaus bloß ein Kabinettskrieg der herkömmlichen Form gewesen, allerdings mit dem vollen Bewußtsein des Kampfes auf Leben und Tod. Sie vertraten den Legitimismus, der den von Frankreich ausgehenden Umsturz nun endlich zur Ruhe bringen wollte, hinter ihnen stand noch nicht im entferntesten wie in Preußen die Einheit von Staat und Volk. Deshalb erhob sich aber auch die Gefahr, daß sie sich, bevor der Kampf bis zur wirklichen, vollen Entscheidung ausgefochten war, aus dem Kriege zurückzogen, sobald sie äußerlich ihr Ziel erreicht glaubten. Es hat des ganzen Einflusses von Männern wie dem Freiherrn vom Stein bedurft, um den widerstrebenden Zaren zu bewegen, nach der Vernichtung der Großen Armee nicht an der russischen Grenze stehen zu bleiben und dann ein Jahr später war ebenfalls schwerster Widerstand zu besiegen, bis der Entschluß gefaßt wurde, über den Rhein hinweg den Krieg nach Frankreich hineinzutragen. Hier war es nicht so sehr die russische Kurzsichtigkeit, sondern Metternichs Kabinettspolitik, die ständig als Hemmschuh auf die Kriegführung der Alliierten einwirkte. Wie sehr seine Auffassung im Widerspruch stand zu den Hoffnungen der nationalen Partei, beweist das Angebot, das er von Frankfurt aus an Napoleon gerichtet hat, ihn im Besitz des linken Rheinufers zu belassen. Aber es ist für Deutschland das Glück gewesen, daß Napoleon darauf nicht eingehen konnte; er durfte sich nicht mit einem Kompromiß begnügen, sondern brauchte den Sieg, wenn nicht innenpolitisch seine Stellung unhaltbar werden sollte, und lehnte deshalb ab. So ist es dem stürmischen Drängen der Preußen doch noch gelungen, den Abschluß des Krieges so lange hinauszuschieben, bis die unbedingte Waffenentscheidung eingetreten war.

Die ganze Größe des Sieges ist aber trotz der gewaltigen Leistungen der Festlandsstaaten möglich geworden nur durch die Mitwirkung Englands, des einzigen Gegners, den Napoleon niemals zu besiegen vermocht hat. Das Inselreich hat diese ganze Zeit des

Ringens mit Napoleon hindurch „die Taktik von Waterloo“ befolgt (E. Marcks), es hat durchgehalten, bis der siegbringende Verbündete schließlich erschien. Erleichtert worden ist der Koalition ihre schwere Aufgabe auch durch den ungeheuren Rahmen, in den der Imperator seine Politik eingestellt hatte: dadurch, daß er überallhin seine Posten vorgeschoben hatte, konnte er auch jetzt beim Entscheidungskampf nicht von Anfang an seine Kräfte in dem nötigen Maße konzentrieren. Er mußte sie auf alle die vielen Angriffspunkte verteilen, die sein weites Reich den Gegnern bot. Die letzte, schärfste Zusammenfassung trat erst ein, als er bereits in die Verteidigung des eigenen Bodens gedrängt war, und da war es zu spät, er ist der Übermacht erlegen.

Die Überspannung des Bogens hat also bewirkt, daß der Schütze schließlich sich seiner Feinde nicht hat erwehren können, und so ist das Ende gewesen, daß Napoleon seinem Lande nicht einmal die Grenzen hat erhalten können, die er bei seiner Übernahme der Macht vorgefunden hatte. Der zweite Pariser Frieden von 1815 schraubt Frankreich auf den Umfang von 1790 zurück. Seine Bestimmungen und die der Schlußakte des Wiener Kongresses, des ersten Vertrages, der das gesamte Europa umfaßt, stehen ganz unter dem Zeichen der Wiederaufrichtung der vorrevolutionären Gewalten. Ohne Rücksicht auf die mit der Revolution zum Durchbruch gekommenen und auch bei den anderen Völkern nicht mehr auszumerzenden Ideen wird das von Napoleon in Stücke geschlagene Staatensystem trotz tiefstgreifender Abänderung im einzelnen in seinen großen Grundzügen ganz nach der vorher gültigen Form wieder aufgebaut. Wie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts treten die fünf Großmächte als der Areopag Europas wieder nebeneinander, keine von ihnen ragt hinsichtlich der europäischen Stellung erheblich über die anderen hinaus. Das ließ sich nur dadurch erreichen, daß der von der Revolution in der Theorie beseitigte, in der Praxis der Außenpolitik aber immer noch angewendete rein mechanische Staatsbegriff auch bei dieser Neugestaltung der Karte Europas zugrunde gelegt wurde. Die alte Form war nur beizubehalten, wenn auch das alte Prinzip keine Abänderung erfuhr. Mit dessen Inkraftbleiben aber steht das äußere Ergebnis des Zeitalters in Widerspruch zu den allenthalben zur Herrschaft gelangten geistigen Kräften, und darin liegt der Grund, warum dies Ergebnis keine Dauer hat gewinnen können. Langsam zwar nur, aber um so

gründlicher und um so unwiderstehlicher hat der Zerfall des stolzen und in so mühseliger Arbeit errichteten Baues um sich gegriffen.

Die Wiederherstellung des Gleichgewichts ist dadurch bewerkstelligt worden, daß sich die Großmächte auf Kosten der Kleinen bereicherten. Von Anbeginn an hatte für die Geschichte des Staatensystems die Tendenz gesetzmäßige Geltung besessen, daß die großen Machtansammlungen immer stärkere Anziehungskraft ausübten und die kleinen immer mehr zusammenschmelzen mußten. Vor der Revolution hatte das zuletzt in der Teilung Polens besonders deutlichen Ausdruck gefunden, und auch an ihrem Abschluß bleibt es der die Regelung bestimmende Grundzug. Daß man sich darauf stützte, konnte auch, weil ja die alten Leitgedanken wieder in ihr Recht eingesetzt wurden, mit dem Konvenienzprinzip des 18. Jahrhunderts begründet werden: tatsächlich lag es im Interesse der Gesamtheit, daß an den wirklichen Entscheidungen nicht allzu viele Stellen mitwirkten; das Verhältnis einer kleineren Zahl kräftiger Staaten untereinander konnte eher einen befriedigenden Grad von Stabilität gewinnen, als das bei dem Hin und Her zu erzielen sein würde, wie es sich notwendig aus der Zersplitterung in viele kleine Teile ergeben mußte. Daraus leiteten die Großmächte ihr Recht ab, ihren Einfluß gegen früher noch zu erhöhen und ihn zum schlechthin maßgebenden zu machen.

War das der eine bestimmende Gesichtspunkt bei der Diplomatenarbeit, die das Fazit aus den Kriegsstürmen der beiden Jahrzehnte zu ziehen hatte, so ließ sie sich daneben tragen von der Absicht, Frankreich so weit einzudämmen, daß es nicht zu erneuter Erschütterung des Gleichgewichts fähig sei. Seinem Ehrgeiz wurde all das Schwere zugeschrieben, was über Europa gekommen war, deshalb sollte einem abermaligen Ausbruch ein fester Riegel vorgeschoben werden. Auf direktem Wege wurde das angestrebt durch die Beseitigung seines Übergewichts und die Verkleinerung seines Gebiets, außerdem aber auch indirekt, indem es von einem Kranz widerstandsfähiger Staaten umgeben wurde. Dem diente die Vereinigung Belgiens mit Holland zum Königreich der Niederlande, die Wacht am Rhein übernahm Preußen als Besitzer der Rheinprovinz, die Schweiz wurde verstärkt und als neutral anerkannt, Piemont erheblich vergrößert. Nach welcher Richtung also künftighin Frankreich einen Vorstoß versuchte, stets stieß es auf einen Staat, dessen Gegnerschaft immerhin auch militärisch nicht so ganz

leicht genommen werden durfte. Weiter war sehr wichtig, daß ihm eine der bisherigen Hauptstützen seiner großen internationalen Stellung entzogen wurde durch die Beseitigung seines Einflusses innerhalb Deutschlands. Ihn hatte es ja schon am Ende des ancien régime verloren gehabt, seit der Revolution hatte es ihn dann noch einmal im unerhörtesten Maße an sich gerissen; jetzt wurde er Frankreich vollständig genommen. Gerade dadurch, daß Frankreich sich stets einen Teil von Deutschland hatte botmäßig machen können, war dem europäischen Gleichgewicht die Bedrohung gekommen; das hatte es als Sprungbrett für den weiteren Aufstieg benützt. Derartiges dauernd unmöglich zu machen, erschien also als Voraussetzung für die Ruhe Europas. Deshalb begünstigten die Kabinette das Projekt der Errichtung eines deutschen Staatenbundes, innerhalb dessen sich zwei Großmächte befanden, so daß für den französischen Einfluß kein Raum mehr schien. Auf der anderen Seite aber durfte gerade im Interesse des gesamteuropäischen Gleichgewichts diese neue staatliche Organisation Deutschlands auch nicht über ein gewisses Maß an Stärke hinausgelangen. Denn die Ohnmacht der Mitte des Kontinents war der fest ruhende Angelpunkt gewesen für alle politischen Berechnungen, sie war die Voraussetzung für die bisher übliche Form des Gleichgewichts. Da jetzt das alte Gleichgewichtssystem wieder aufgerichtet werden sollte, schien auch diese Grundlage unentbehrlich, Deutschland mußte ein nur lose zusammengefügtes und deshalb schwaches Gebilde bleiben. Aus diesem Grunde wollten die Mächte von einem deutschen Nationalstaat nichts wissen, wie ihn der Kreis der Patrioten um Stein, Gneisenau und Wilhelm von Humboldt erträumte. Um gegen diese Willensmeinung der Kabinette sich durchzusetzen, hätte die nationale Bewegung zur wirklichen Volksbewegung werden müssen mit klarem, einheitlichem und begeisterndem Ziel, dem alle ihre Anhänger mit leidenschaftlichem Feuer zugestrebt hätten. Davon aber war sie noch weit entfernt. Noch fehlten dem an die absolutistische Leitung gewöhnten deutschen Volk alle Voraussetzungen zu einer politischen Aktion großen Stils, und die Führer der nationalen Partei wichen unter sich in ihren Zielen und ihren Anschauungen über die Gestalt des zu errichtenden deutschen Staates weit ab. Zu klarem Programm konnte die nationale Bewegung schon deshalb nicht sich erheben, weil die begriffliche Klärung des Nationalismus noch gar nicht geleistet war. Er war noch stark verquickt mit weltbürgerlichen Vor-

stellungen; was an Fichtes Reden an die deutsche Nation so besonders deutlich hervortritt, gilt für diesen ganzen Kreis. So fehlte der scharf umrissene Zielpunkt, und deshalb haben sich vorläufig die entgegenstehenden Kräfte als die überlegenen erwiesen. Der Deutsche Bund, der da entstand, war weder einheitlich noch freiheitlich. Nur das war im nationalen Sinne tröstlich an ihm, daß Frankreich nicht mehr so unmittelbar sich darin zur Geltung bringen konnte.

Das sicherste Mittel jedoch, ein etwaiges erneutes Attentat Frankreichs auf den mühsam erkämpften Frieden niederzuhalten, bestand in der Stärkung seiner Rivalen, der Großmächte. Sie alle gingen mit hohem Gewinn aus der großen Kriegsepoche hervor; die Entschädigung, die den drei Ostmächten für alle Schäden und Aufwendungen zuteil wurde, ist sehr erheblich ausgefallen. Die Erwerbung des größten Teiles von Polen durch Rußland bestätigte, daß die enge Verbindung zum übrigen Europa erhalten bleiben werde. Österreich verlor Belgien und den Breisgau; aber diese Einbuße war ihm mit geringem Schmerz verbunden, denn durch diese Gebiete war es häufig im Widerspruch zu den Interessen seines eigentlichen Kernes in die rein westeuropäischen Händel verwickelt worden. Es war ihm viel wertvoller, daß es dafür Gebiete erhielt, die seine Stammlande höchst günstig abrundeten. Überdies wurde ihm das Präsidium des Deutschen Bundes zugewiesen und seine Stellung in Italien derart ausgebaut, daß sein Einfluß in sämtlichen Staaten der Halbinsel der vorherrschende wurde. Im ganzen genommen ist durch die geschehene Konzentration seine Macht entschieden gesteigert worden. Bei seiner deutschen Politik mußte es allerdings darauf Rücksicht nehmen, daß auch Preußen wieder in seine Rechte als Großmacht eingesetzt worden war, und zwar ebenfalls in höherem Maße als im alten Reich. Die Neubildung des preußischen Staates auf dem Wiener Kongreß hat zwei Bestimmungen enthalten, die der zukünftigen Entwicklung die Wege gewiesen haben: sein Gebiet bleibt noch in zwei große Hälften zerteilt, und seine innere Zusammensetzung erfährt im Vergleich zu den Zeiten vor dem Zusammenbruch eine Veränderung durch die Abtrennung der polnischen Landesteile. Beides ist von höchster Wichtigkeit für die Bildung des deutschen Nationalstaats geworden. Denn während Preußen in dem Besitzstand von 1795 durch die polnischen Teilungen zum nicht unerheblichen Teil aus Deutschland

herausgewachsen war, ist es jetzt wieder die Großmacht fast ausschließlich deutschen Charakters geworden, die zum Kern der nationalen Einheit werden konnte, und das selbstverständliche Streben, die Verbindung zwischen den auseinanderliegenden Teilen herzustellen, mußte es nur noch tiefer nach Deutschland hineinführen. Sein staatlicher Egoismus schrieb ihm vor auf diese Verbindung hinzuarbeiten, und deren Herstellung bedeutete die Beschleunigung der Entwicklung, die in der zwar noch nicht gleich aufgeworfenen, aber von nun an möglichen Frage angedeutet lag, ob Preußen in Deutschland oder Deutschland in Preußen aufgehen solle.

In derselben Richtung der Vorbereitung künftiger nationaler Einheit wirkte es auch, daß die große Umwälzung in der Zusammensetzung des Reichs, die unter Napoleons Faust eingetreten war, keine Rückbildung erfuhr. Obwohl im übrigen so stark das Bestreben in den Vordergrund gestellt wurde, die Spuren seines Wirkens nach Möglichkeit wieder auszutilgen, wurde in dieser Beziehung das von ihm Geschaffene beibehalten und die Bestätigung der Säkularisationen und Mediatisierungen ausgesprochen. Die Zahl der Mitglieder des neuen Bundes blieb also im Vergleich mit dem alten Reich außerordentlich vermindert, und das war eine nicht unwichtige Voraussetzung für die Schöpfung unseres Reichs in der Form eines Bundes lebensfähiger Staaten. Die unmittelbare Folge allerdings war, ganz der Absicht entsprechend, die Napoleon bei der Schöpfung und Metternich bei der Beibehaltung der Mittelstaaten verfolgt hatte, die Belebung des Partikularismus dieser einzelnen gekräftigten Glieder, dennoch war der Zukunft insofern die Bahn geebnet, als der Einbau der wenigen in einen Gesamtrahmen eher durchführbar war als der der vielen, die früher gegeneinander und auseinander gestrebt hatten. Ein Bundesstaat konnte aus dem 1815 anerkannten Zustand sich herausentwickeln, kaum aus den Verhältnissen des alten Reichs. Deren Zersplitterung in winzigste Teilstückchen hätte vielleicht auf dem Wege gewaltsamen Zwanges sich leichter zu wirklichem Einheitsstaat umbilden lassen, aber in dieser Gewaltsamkeit, ohne die es nicht abgegangen wäre, würde keine gute und haltbare Grundlage des gemeinschaftlichen Lebens geschaffen worden sein; niemand hat die Notwendigkeit des freiwilligen Zusammenschlusses klarer erkannt und schärfer betont als der Mann, der dann der Schöpfer der Einheit geworden ist. Die bundesstaatliche Regelung hat deshalb zum mindesten als

unvermeidliches Durchgangsstadium zu gelten, und als Vorbereitung für sie hat die Lösung von 1815 trotz aller Schwächen durchaus ihre Verdienste. Ein erheblicher Teil der Deutschen wurde dadurch über den Horizont des allerengsten Partikularismus erhoben, die Aufhebung der Selbständigkeit der ganz Kleinen brachte schon den Zwang, sich einem höheren Organismus einzufügen. Wenn schon einmal es zu Ende sein sollte mit dem alten Sonderdasein, so war der Wunsch selbstverständlich, daß der neue Körper möglichst leistungsfähig sei. Diese Überlegung wies in die gleiche Richtung wie die segensreichste Tatsache, die sich aus diesem Zeitalter für Deutschland ergeben hat, die Kräftigung, vielfach Neuschöpfung der nationalen Gesinnung. Insofern ist eben doch ein wichtiger Schritt in die bessere Zukunft erfolgt.

War auf der einen Seite die Sicherung des europäischen Gleichgewichts der Zweck der Machtvermehrung für die drei Ostmächte gewesen, so ergab sich andererseits aus der gleichen Rücksicht der Zwang, die Einschränkung des französischen Staats nicht allzu rücksichtslos durchzuführen. Ein starkes Frankreich war im europäischen Spiel von jeher ein Faktor gewesen, der ebenso notwendig wie ein schwaches Deutschland zu dem alten Zustand gehörte. Die Sieger sagten sich auch, daß die Unterschrift Ludwigs XVIII. unter sehr weitgehende Abtretungen von vornherein die wieder eingesetzte Bourbonendynastie in den Augen des französischen Volkes diskreditieren würde; die Gefahr baldigen erneuten Umsturzes für Frankreich und damit für Gesamteuropa wäre dadurch wesentlich gesteigert worden, so daß gerade das Gegenteil von dem eingetreten wäre, was man von der Wiederherstellung der legitimen Monarchie erhoffte. Aus diesen Gründen sind die Wünsche des Patriotenkreises um Stein und Gneisenau unerfüllt geblieben. Sie hatten den unbedingten militärischen Sieg auch durch das Weglassen jeder Schonung in den Friedensbedingungen zum Ausdruck bringen wollen und hatten die Forderung erhoben, durch die Rücknahme Elsaß-Lothringens das gutzumachen, was Frankreich im Verlauf seines Strebens nach der Vorherrschaft dem Deutschen Reiche angetan hatte. Aber eben weil auf diese Weise Frankreichs Machtstellung allzu stark beeinträchtigt worden wäre, so daß es nicht mehr genügendes Gegengewicht gegen die Ostmächte hätte in die Wagschale werfen können, hat England Einspruch erhoben. Trotz der vernichtenden Niederlage geht also der französische Staat in äußerlich

noch immer sehr ansehnlicher Gestalt aus dem Ringen hervor. Es ist keine Rede davon, daß er seinen Vorstoß mit ähnlichem Zusammenbruch zu bezahlen gehabt hätte, wie Spanien das Mißlingen seines Ehrgeizes.

Nicht ohne schwerste Reibungen ist diese Neuordnung der Dinge nach altüberlieferten Grundsätzen zustande gekommen. Die anscheinende Unvereinbarkeit der verschiedenen Standpunkte hatte auf dem Wiener Kongreß bis dicht an den Rand eines allgemeinen Krieges geführt, bei dem Rußland und Preußen den drei anderen Großmächten gegenübergestanden hätten. Der Geschicklichkeit Talleyrands war die gründliche Spaltung der Einigkeit zwischen den Siegern gelungen. Napoleons Rückkehr aus Elba aber hat zum Einlenken gezwungen, unter ihrem Eindruck ist der Mittelweg gefunden worden, der allen annehmbar schien.

Auf dem europäischen Festland war also das Gleichgewicht zwischen den Großmächten wiederhergestellt, und die Erwähnung dieser Tatsache allein genügt, um erkennen zu lassen, daß der eigentliche Gewinner dieser Kriegsperiode in England zu erblicken ist. In aller Sicherheit und Ruhe kann es sich fortan seiner Weltpolitik und seinem Welthandel hingeben. Während die anderen, ganz auf den Kontinent eingestellt, sich gegenseitig beschäftigen und binden, umklammert England die Welt. Die zeitweilige Einverleibung Hollands in den französischen Staat hatte genügt, um die endgültige Führerschaft auch auf dem Geldmarkt von Amsterdam auf London übergehen zu lassen. Nach jeder Richtung hin steht England in den Dingen, die ihm lebensentscheidend geworden waren, ohne Konkurrenten da. Einen Augenblick hatte es allerdings so ausgesehen, als ob in dem Zeitpunkt, wo Großbritannien mit allen Kräften in den Kampf gegen Napoleon verstrickt war, sich jenseits der Meere eine neue Gefahr ihm erhöbe und als ob bereits jetzt mit den europäischen Großmächten eine überseeische sich in eine Linie stellen wolle. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten sich den allgemeinen Krieg zunutze machen und nach Kanada greifen wollen. Nachdem sie den Franzosen schon Louisiana abgejagt hatten, planten sie einen weiteren Schritt in der Richtung, sich über ihren ganzen Kontinent auszudehnen. Durch Rußlands Vermittlung jedoch, das Englands Machtmittel einheitlich der Niederzwingung Napoleons dienstbar machen wollte, war der Krieg 1814 mit dem Zurückweichen der Vereinigten Staaten zu Ende gegangen. Kanada blieb englisch,

Amerika ließ wieder ab von seinem hohen Ziel, so daß also auch hier die britische Stellung keine Beeinträchtigung erfuhr.

Die 1815 hergestellte Gesamtlage hat demnach den gleichen Charakter wie die nach Utrecht. Englands alleinige Seegeltung ist unbestritten: es beherrscht den Ozean, das Mittelmeer — durch Gibraltar, Malta und die Jonischen Inseln — und die Nordsee durch das von Dänemark ihm abgetretene Helgoland. Diesmal aber hat es sich noch länger als nach Utrecht der ungestörten Ausbreitungsmöglichkeit erfreuen können. Sechs Jahrzehnte lang ist dieser Zustand ziemlich unverändert geblieben, bis dann auch wieder kontinentale Mächte in stärkerem Maße koloniale und weltpolitische Pläne aufgenommen und Anteil an der Seegewalt für sich verlangt haben. Insofern also stimmt trotz des vorhin festgestellten Unterschiedes das Schicksal Frankreichs mit dem Spaniens überein: in beiden Fällen endet der Versuch, die eigene Vorherrschaft aufzurichten, mit der Kräftigung des Staates, der die Führung der Gegner besessen hatte. Der bisherige Vorkämpfer gegen die universalistischen Bestrebungen tritt nunmehr selbst an die erste Stelle. Das nächste Jahrhundert steht im Zeichen der englischen Weltherrschaft.

Kapitel VI

Die Weltstellung Englands (1815—1919)

Die napoleonische Epoche hatte darüber entschieden, daß in der Welt kein Staat auch nur einigermaßen sich ebenbürtig dem englischen entgegenstellen konnte. Aber dies sachliche Ergebnis sprang nicht sofort in die Augen, erst allmählich hat es sich fühlbar gemacht. Denn vorläufig blieb auch nach dem Wiener Kongreß in aller Großmachtspolitik der leitende Gesichtspunkt noch immer der europäisch-kontinentale. Trotz allen Schwergewichtes, das auf Grund der Erfahrungen des 18. Jahrhunderts den kolonialen Fragen beigemessen werden mußte und wurde, fiel nach wie vor die eigentliche Entscheidung durch die Vorgänge innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft. Was sich jenseits der Meere abspielte, besaß auch weiterhin nur sekundäres Interesse. Stärker sogar als in der letzten Periode beschränkten sich die zwischenstaatlichen Probleme in den ersten Jahrzehnten nach 1815 auf Europa, weil es außer England keine Großmacht mehr gab, die über ein wirklich bedeutsames Kolonialreich verfügte. Die Blicke der Kabinette reichten nicht über Europa hinaus, und da sie gar nicht gewillt waren, in dieser Beziehung mit England in Wettbewerb zu treten, wurde ihnen die Tatsache von dessen Überlegenheit zur See und in der Welt kaum empfindlich. Die über Napoleon siegreichen Mächte des Festlandes waren eben auch früher rein kontinental eingestellt gewesen, deshalb fanden sie vollauf Genüge darin, daß ihnen als Frucht des Sieges innerhalb Europas reiche Entschädigung für alle Verluste und Leistungen zugewiesen wurde. Sie hatten durchaus nicht das Gefühl, durch den Mangel an Kolonien England gegenüber beeinträchtigt zu sein und an realer Macht hinter ihm zurückzustehen. Sie betrachteten sich als vollkommen gleichwertige Machtfaktoren, und die Anschauung der Zeitgenossen gab ihnen durchaus darin recht. Auch weil es äußerlich den Anschein hatte, als ob die Niederzwingung des französischen Universalismus im wesentlichen

durch die großen Militärstaaten geleistet sei, konnten diese sich im Vollgefühl des Erfolgs sonnen. So kam es, daß das Zentrum der Geschehnisse auch jetzt noch unbedingt in Europa lag; dem europäischen Gleichgewicht galt die Fürsorge der Regierungen ganz in der alten Art.

In diesem Zustand ist dann aber in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ein totaler Wandel eingetreten. Das Hochkommen zweier neuer Großmächte läßt die Grundlage aller überlieferten europäischen Machtverhältnisse zusammenbrechen. Ein neuartiges System des Gleichgewichts muß ausfindig gemacht werden, und bei diesen Bemühungen erweist sich, daß konkurrenzfähig nur die Mächte bleiben können, denen die Ergänzung der heimatlichen Hilfsmittel durch koloniale Kraftquellen gelingt. Europa dehnt sich aus über die Welt, das europäische Staatensystem gestaltet sich zum Weltstaatensystem. Von diesem Augenblick an regt sich überall das Verständnis für den ungeheuren Vorsprung, den England durch das Ergebnis seines Kampfes gegen Frankreichs Vormachtsstreben errungen hatte, und sobald diese Einsicht sich durchgesetzt hat, ist der Vorsprung Großbritanniens auch nicht mehr unbestritten. Das Zeitalter der weltpolitischen Auseinandersetzung bricht an, dem wir den Namen des Imperialismus zu geben uns gewöhnt haben. Nicht mehr das europäische Gleichgewicht ist der oberste Gesichtspunkt. Die anderen Großmächte folgen England auf das Gebiet seiner jahrzehntelangen Alleinherrschaft, und in den neu entbrannten Wettbewerb treten Staaten ein, die anderen Erdteilen als dem europäischen angehören und ebenfalls auf den Rang der Großmacht Anspruch erheben können. Wie bisher in Europa, steht also seitdem in der Welt eine Anzahl selbständiger Mächte neben- und gegeneinander, das Gleichgewichtsprinzip überträgt sich auf das Weltstaatensystem. Der Sinn der Politik bleibt derselbe: die Verhütung der einseitigen Vorherrschaft eines einzelnen Staates. Aber der Rahmen, in dem sie sich abspielt, ist in gleichem Maße erweitert, wie sich der Einsatz, um den es geht, gesteigert hat.

Danach zerfällt also, vom außenpolitischen Standpunkt her gesehen, die Epoche seit 1815 in zwei sich deutlich voneinander abhebende Hälften. Ihre Grenzscheide ist mit dem Jahr 1871 gegeben.

1. Die Umbildung der kontinentalen Machtverteilung 1815—1871

Das Ziel der auf dem Wiener Kongreß geleisteten Diplomatenarbeit war gewesen, durch die Wiederaufrichtung des Gleichgewichts auf der früheren Grundlage den Anlaß zu neuen kriegerischen Zusammenstößen zu beseitigen, und in der Tat ist auf ihn die längste Friedensepoche gefolgt, die das Staatensystem erlebt hat: fast vier Jahrzehnte hat es gedauert, bis wieder Großmächte einander auf dem Schlachtfeld gegenübergestanden sind. Das könnte so gedeutet werden, als ob in dem Werk von 1815 den wirklichen Bedürfnissen der Völkergemeinschaft Rechnung getragen worden sei und als ob es den Ausdruck der lebendigen Kräfte der Zeit darstelle. Aber der Erfolg, der erreicht worden ist, darf nicht den in Wien erneut zur Herrschaft gebrachten Prinzipien zugeschrieben werden; denn unter deren Geltung war ja das 18. Jahrhundert eines der kriegereichsten der gesamten Weltgeschichte gewesen. Nicht die klare Einsicht der auf dem Kongreß versammelten Staatsmänner hat die folgende Friedenszeit ermöglicht, vielmehr ist diese einfach die naturgemäße Reaktion gegen die vorangegangenen Erschütterungen. Nach der wilden Bewegtheit des letzten Zeitalters macht sich allenthalben Ruhebedürfnis geltend. Die nächsten Jahrzehnte erhalten die Signatur durch die allgemeine äußere Notlage. Die Schäden müssen wieder gutgemacht werden, die der Krieg geschlagen hat, Hungersnöte und wirtschaftliche Krisen nehmen die ganze Kraft der Regierungen in Anspruch; die Sieger leiden darunter in gleichem Maße wie die Besiegten. Der Wiederaufbau der daniederliegenden Wirtschaft wird zu der Aufgabe, deren glückliche Lösung als Vorbedingung für alles andere erscheint. In geometrischer Progression ist seitdem die Bedeutung gestiegen, die den wirtschaftlichen Fragen für die Staatsleitungen zukam, bis schließlich von ihnen her gelegentlich sogar die entscheidenden Antriebe erfolgt sind. Während im Zeitalter des Absolutismus die Handelspolitik nur das Werkzeug des staatlichen Machtgedankens gewesen war und nur in diesem Sinne auf die außenpolitischen Geschehnisse eingewirkt hatte, gewann jetzt die Auffassung Raum, daß die Förderung der Wirtschaft nicht als Mittel, sondern als Zweck zu betrachten sei. Daneben werden die inneren Verhältnisse auch

dadurch maßgebend, daß viele der Staaten in völlig veränderter Gestalt aus dem großen Wirrwarr hervorgegangen sind. Deshalb haben sie erst einmal durch Verschmelzung der neu gewonnenen Landesteile die Ausbildung einer einheitlichen Staatspersönlichkeit zu leisten. Unter solcher inneren Unausgeglichenheit hat z. B. Preußen schwer zu leiden gehabt, eigentlich war zunächst seine materielle Macht kaum ausreichend, um es auf der Großmachtsstufe zu halten. Aber auch Österreich war nicht viel anders daran.

Ein Teil der Großmächte war also schon durch solche Gründe zu vorsichtiger Friedenspolitik genötigt, und überdies stand ihre Gesamtheit vor der schweren Aufgabe, die revolutionären Ideen in sich zu verarbeiten. Obwohl infolge der auf dem Kongreß beliebten Regelung das äußere Bild des neuen Europa von der mit 1789 hochgekommenen Gedankenwelt unbeeinflußt geblieben war, ließ sich diese aus dem Leben der Völker und aus ihrer geistigen Struktur nicht einfach wieder streichen, und daraus ergaben sich Widersprüche, die von Anfang an den Bestand des Errichteten gefährdeten. Zwei Probleme waren es vor allem, zu denen klare Stellungnahme erforderlich war: bestehen geblieben war der Anspruch der Völker auf einen ihrer Nationalität angemessenen Staat, und daneben richtete sich ihr Verlangen darauf, selbst bei der Bestimmung ihrer Geschicke mitreden zu dürfen und sich nicht mehr am Gängelband des Absolutismus leiten zu lassen. Noch war es nur der dritte Stand, der Anteil an der politischen Gewalt forderte, aber auch damit war die prinzipielle Bekämpfung des hergebrachten Zustandes gegeben. Mit den Schlagworten Nationalismus und Liberalismus waren die Völker aufgerufen worden zum Kampf gegen die französische Unterdrückung, jetzt nach vollbrachter Leistung wollten sie sich nicht wieder in das frühere Nichts zurückstoßen lassen. Beide Prinzipien aber waren unvereinbar mit dem herrschenden Gesichtspunkt der Wiederherstellung des Alten, wie ihn der Legitimismus predigte. So zeigt sich alsbald, daß der Kampf um Verwerfung oder Anerkennung der neuen Ideale der Inhalt der nächsten Zeit sein wird. Es sind, nach Friedrich Meineckes Ausdruck, zwei Universalismen, die aufeinanderprallen, der romantische und der revolutionäre. Ihr Kampf hat die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgefüllt, bis es schließlich zur Synthese der widersprechenden Prinzipien gekommen ist. Angebahnt worden ist sie in Napoleon III., vollendet in Bismarck: er kommt her von den

Vorstellungen der Romantik und bedient sich als realistischer Staatsmann zur Erreichung seiner politischen Ziele der Kampfmittel, die ihm die der Revolution entstammenden Tendenzen an die Hand gaben.

Von innen heraus erheben sich also in der Zeit nach 1815 die für das Staatsleben entscheidenden Probleme, und so ist es gekommen, daß zunächst die Intensität außenpolitischer Betätigung nachgelassen hat. Auch die zwischenstaatlichen Beziehungen sind stärker, als das sonst der Fall hätte sein können, von den Bedürfnissen beherrscht worden, die sich innerhalb der Staaten, sei es in innenpolitischer Richtung im eigentlichen Sinne des Wortes, sei es in wirtschaftlicher Beziehung, herausbildeten. Das Ringen zwischen den beiden Idealen überträgt sich auch auf die Außenpolitik; deren wechselnde Gestaltung, die Zusammensetzung der Bündnisse und der Zerfall Europas in sich bekämpfende Mächtegruppen richtet sich vielfach nach der Stellungnahme zu den innenpolitischen Welt- und Parteianschauungen. Sie übt jetzt einen ähnlichen Einfluß wie früher der konfessionelle Zwist und bewirkt, daß nicht mehr der Gesichtspunkt der Machtentfaltung der unbedingt leitende ist. Erst als durch die Herstellung der Syntheſe der Gegensatz der beiden Universalismen an unmittelbar und lebendig wirkender Kraft eingebüßt hatte, hat das außenpolitische Geschehen seine Autonomie zurückgewinnen können. Es ist in seine alten Rechte wieder eingetreten, nur bleibt der Zusammenhang, in dem es speziell zu den wirtschaftlichen Fragen steht, gegen die früheren Zeiten unendlich verstärkt.

Das Überwiegen innenpolitischer Gesichtspunkte über die außenpolitischen hat sich in der auf den Wiener Kongreß folgenden Zeit um so stärker durchsetzen können, weil der bisher im Staatensystem am kräftigsten wirkende Antrieb allen Geschehens, der Kampf gegen die überragende Stellung einer einzelnen Macht, mit dem Niederbruch Frankreichs fortgefallen war. Man wähnte das Gleichgewicht gesichert zu haben und konnte sich deshalb den von anderer Seite her sich aufdrängenden Bedürfnissen zuwenden. Innerhalb Europas bestand tatsächlich die Gefahr einer Vorherrschaft nicht mehr, und damit sie sich nicht abermals erheben könne, haben die Großmächte es unternommen, in gemeinsamer Arbeit alle strittigen Fragen zu erledigen. Schon immer hatten sie den eigentlich bestimmenden Einfluß besessen, jetzt aber wird er in ganz feste und greifbare Form gebracht. Durch die Einsetzung eines ständigen

Direktoriums wird die „Pentarchie", wie man sich damals mit Vorliebe ausdrückte, auch in äußerlich ins Auge fallender Form organisiert. Unmittelbar nach dem Friedensschluß sind es allerdings noch nicht gleich alle fünf Großmächte, die daran teilhaben: das besiegte Frankreich wird noch ferngehalten, es hat erst durch Wohlverhalten den Beweis zu erbringen, daß es der Zulassung zum Direktorium würdig sei. Diese höchste Zentralstelle wird gebildet durch die Konferenz der in Paris akkreditierten Gesandten der vier Siegermächte. Sie ist die Instanz, bei der die laufenden Angelegenheiten von zwischenstaatlicher Bedeutung erledigt werden sollen, und daneben treten dann für besonders wichtige Fälle Zusammenkünfte der leitenden Staatsmänner selbst. Aber auch auf diesen Kongressen wird scharf das Prinzip zum Ausdruck gebracht, daß die Großmächte sich bei der Führung Europas von niemand hineinreden lassen wollen. Während noch in Wien auch alle Kleineren vertreten gewesen waren, sind sie in Aachen, Troppau, Laibach und Verona ausgeschlossen geblieben. König Wilhelms von Württemberg Protest hiergegen hat keinen Erfolg gehabt, Metternich hat ihn mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantwortet. Die Kleinen haben sich eben widerspruchslos den Anordnungen der Großen zu fügen. Niemals ist der durch das Machtverhältnis gegebene Rangunterschied auch der äußeren Form nach so kraß betont worden.

Dem gemeinsamen Direktorium war als eine seiner Hauptaufgaben zugewiesen die Überwachung Frankreichs; es sollte nicht aufs neue zur Gefahr für Europa werden. Aber nachdem einmal das unmittelbare Ziel, die Niederwerfung Napoleons, erreicht war und da die Bourbonendynastie in betonter Weise ihren Willen zur Schau trug, das Geschehene hinzunehmen, hat die Einheit zwischen den Siegern nicht lange vorgehalten. Daß das Bündnis der vier Mächte sich nicht werde zur Dauer erheben lassen, hatten schon die Vorgänge auf dem Wiener Kongreß unzweideutig gezeigt; nur für einzelne, fest umrissene Zwecke konnten sie sich zu gemeinsamer Aktion zusammenfinden. Deshalb hat schon 1815 Wilhelm von Humboldt in Gesprächen mit Metternich den fruchtbaren Gedanken in die Debatte geworfen, der noch oft aufgenommen, aber niemals bis zur Verwirklichung durchgeführt worden ist: ein „intermediäres Europa" zu schaffen, d. h. durch den festen Block der mitteleuropäischen Mächte mit England die drohenden Flügelmassen Frank-

reich und Rußland in Schach zu halten. Aber Humboldts Anregung hat keinen Widerhall gefunden, England konnte damals eine solche Politik, selbst wenn — was durchaus nicht zutraf — Österreich und Preußen sie sich zu eigen gemacht hätten, nicht einschlagen. Denn seit der Wiederherstellung des kontinentalen Gleichgewichts hatte es keine Veranlassung, sich durch ein Bündnis Bindung aufzuerlegen. Allerdings war es nicht mehr in der Lage, sich einfach, wie gelegentlich in früheren Zeiten, auf seine Insel zurückzuziehen und das Festland sich selbst zu überlassen. Die dortigen Großmächte hatten jetzt auf Kosten der Kleinen ihre Macht so stark ausgebaut, daß England keine einzige von ihnen aus den Augen lassen durfte, ohne fürchten zu müssen, daß ihm ein neuer Rivale erstehe. Deshalb blieb es an allen europäischen Fragen mitredend und mithandelnd beteiligt. Während sich die kontinentalen Kabinette um sein transozeanisches Vorgehen nicht bekümmerten, hat England seine Hand in allen festländischen Geschehnissen gehalten. Wenn also die Londoner Regierung an Ausscheiden nicht denken konnte, so lag andererseits doch kein Grund für sie vor, Bündnispolitik nach altem Muster zu treiben. Sie ließ zwar deutlich erkennen, daß sie unter Umständen sofort bereit sein würde, auch wieder zu ihr zurückzugreifen, aber vorläufig war keine Macht vorhanden, zu der sie in dauerndem Gegensatz gestanden hätte, und so fehlte der Punkt, gegen den sich die Spitze eines solchen Bündnisses hätte richten können. Deshalb hat England es vorgezogen, sich vollkommen freie Hand zu wahren, und je nach dem Bedürfnis des Augenblicks sein Steuer eingestellt. Ohne Rücksicht auf irgendeinen Bundesgenossen nehmen zu müssen, kann es sich auf diese Weise bald dem einen, bald dem anderen in den Weg werfen, wer ihm gerade bedrohlich erscheint. Aufs neue tritt der ungeheure Vorteil der splendid isolation in die Erscheinung.

Diesen Aufbau seiner Politik ausschließlich auf die eigene Kraft konnte es sich erlauben, weil es in den ihm lebensentscheidenden Dingen ohne Nebenbuhler dastand, und eine weitere Folge dieses Umstandes war das Zurücktreten des machtpolitischen Charakters in seinem überseeischen Vordringen. Die gewaltige Erweiterung des britischen Kolonialreichs, die in diesen Jahrzehnten vor sich gegangen ist, war nicht der Ausfluß einer bewußt und systematisch betriebenen Expansionspolitik. Die Führung besaß vielmehr der Handel, er zog den Staat hinter sich her. Genau wie bei der

Grundlegung des Weltreichs ist auch jetzt die Kriegsflagge der Handelsflagge erst gefolgt, nicht umgekehrt; die Macht wird in den Dienst der Wirtschaft gestellt. Von nun an bleibt der Welthandel der Angelpunkt für alle Entschlüsse der Londoner Regierung. Gestützt worden ist das durch die große innere Umbildung, die damals aus dem Agrarstaat den Industriestaat gemacht hat. Sie ließ den Liberalismus ans Ruder kommen, und er hat die durch das Fehlen jeder gefährlichen Konkurrenten gebotene Möglichkeit benutzt, um das in der Manchesterschule gepredigte Ideal des Freihandels durchzuführen. In ganz besonderem Maße gilt also für den englischen Staat die Unterordnung der Außenpolitik unter Gesichtspunkte, die ihr nicht ursprünglich eigentümlich sind.

Jenseits der Meere brauchte England also kaum andere Rücksichten zu nehmen als handelspolitische, dagegen ist sein Verhältnis zum Kontinent bestimmt worden mehr durch die mit der Machtpolitik verquickten Stellungnahme zu den großen Fragen der inneren Staatsform. Gerade sie hat dazu geführt, daß die Einheit unter den Siegermächten sich nicht hat erhalten lassen. Auch äußerlich tritt schon unmittelbar nach dem Friedensschluß eine scharfe Grenzlinie ein: so großen Wert England auf seine Beteiligung an dem europäischen Direktorium legt, bleibt es doch dem neu errichteten Bündnissystem fern, wie es durch die Heilige Allianz gegeben ist. Nebeneinander bestehen also zwei sich kreuzende überstaatliche Organisationen, die beide den Ehrgeiz haben, als Repräsentation der Gesamtheit der europäischen Staatengemeinschaft anerkannt zu werden.

Daß England der Heiligen Allianz nicht beigetreten ist, hat seinen Grund in dem schon besprochenen Wunsch, sich nicht durch ein festes Bündnis in bestimmte Richtung drängen zu lassen, dann aber vor allem in dem Geist, der in ihr herrschte. Zar Alexander hatte sie, den Einflüssen entsprechend, denen er damals unterlag, eingehüllt in romantisch-mystisches Gewand. Für ihn gilt in dieser Zeit erst recht die Charakteristik, die A. Vandal von ihm gegeben hat mit seiner bekannten Gegenüberstellung: „Napoléon c'est l'action, Alexandre c'est le rêve". Seine Pläne sind jetzt noch mehr als in den früheren Jahren von traumhafter Phantastik bestimmt. Durch den Zusammenschluß aller Mächte möchte er die Gewißheit schaffen, daß der Völkerfrieden nicht mehr durch übertriebenen Ehrgeiz einzelner gestört werden kann. Es ist ein Triumph des Gemeinschaftsprinzips. Jedoch resultierte er nicht nur aus solchen

bloß sachlich-politischen Überlegungen, sondern er fußte auch wesentlich auf starken geistigen Strömungen der Zeit. Dem Gedanken der Einheit der Menschheit war aus der Ideenwelt der Aufklärung, besonders aus Rousseaus Schriften, neue Anregung zugeflossen. In Kant und Novalis hatte er eindrucksvolle Vorkämpfer gewonnen, und durch die Möglichkeit des Universalreichs, die sich mit Napoleons Auftreten ergab, waren ihm zwar viele Gegner, aber auch zahlreiche Anhänger erwachsen. Die Tendenz war stark genug geworden, einen praktischen Versuch zu rechtfertigen. So konnte der Zar das Programm verkünden, auf der Grundlage der großen idealistischen Prinzipien von Religion und Sittlichkeit die Vereinigung der Völker aufzubauen und dadurch den Gehalt des politischen Lebens auf höhere Stufe zu heben. Wie sehr diese Absicht gescheitert ist, zeigt die Sturmflut des Materialismus, die wenig später über Europa hereingebrochen ist, und daß sie scheitern mußte, liegt daran, daß man gar nicht ernstlich daran ging, einen von den alteingefahrenen Gleisen abweichenden Weg ausfindig zu machen, auf dem der Idealismus sich hätte durchsetzen können. Was an politischen Vorschlägen nach dieser Richtung hin vorgebracht wurde, so z. B. des Zaren Anregung internationaler Abrüstung aus dem Herbst 1816, war entweder nicht aufrichtig gemeint oder wurde von den anderen gar nicht erst ernst genommen. Man begnügte sich vielmehr mit der Verkündigung der abstrakt-theoretischen Richtlinien und behielt in der Praxis die bisherigen Gewohnheiten getreulich bei. Infolgedessen konnte auch dieser Vorläufer des Völkerbundes nicht über die Stufe der Utopie hinauskommen. Er beruhte auf nebelhaften, weltbeglückenden Vorstellungen und Phrasen, die des realen Inhalts entbehrten. Metternich selbst hat die Heilige Allianz deshalb ein tönendes Nichts genannt. Was doch immer im Völkerleben das Entscheidende bleibt, wurde mit einer Handbewegung in den Hintergrund geschoben.

An einem derartigen Unternehmen sich zu beteiligen, widersprach allzusehr dem Geist kaufmännischer Realpolitik, durch den England groß geworden war; seine Regierung war nicht gewillt, den Boden der tatsächlich gegebenen Welt unter den Füßen zu verlieren. Dazu aber kam, daß gerade die Rücksicht auf die Realitäten des politischen Lebens den unbedingten Zwang für England ergab, mit höchstem Mißtrauen auf die Heilige Allianz zu blicken. Denn deren Sinn erschöpfte sich nicht mit der Tendenz der Völkerbeglückung. Darin

besteht nur ihre eine Seite, und nur auf diese bezieht sich Metternichs absprechendes Urteil. Hinter dem Traum des Weltfriedens und eingehüllt in das phrasenhafte Gewand stehen ganz klare und sehr real fundierte Absichten, die es verhindert haben, daß etwas Durchgreifendes zugunsten des Idealismus geschah. Für Alexander sollte die Heilige Allianz das Mittel sein, Rußland den entscheidenden Einfluß innerhalb Europas auf die Dauer sicherzustellen, den es als Bringer des Siegs über Napoleon besaß, und Metternich betrachtete sie als das Werkzeug, den Legitimismus an der Herrschaft zu erhalten und allenthalben Liberalismus und Revolution nicht aufkommen zu lassen. Dabei stieß der Staatskanzler allerdings zunächst auf den Widerspruch des Zaren. Alexander liebte es, sich als den Schöpfer der Freiheit Europas gefeiert zu sehen und hat unmittelbar nach 1815 liberale Gedanken stark auf sich einwirken lassen. Sollte doch seiner Absicht nach die verhältnismäßig recht freiheitliche Verfassung, die er dem Großherzogtum Warschau verlieh, das Vorbild sein, nachdem eines Tages auch Rußland selbst, sobald die Verhältnisse es einigermaßen erlauben würden, den Schritt zum konstitutionellen System vollziehen könnte; übrigens hat der Zar auch dadurch den Polen die Einverleibung in das russische Reich schmackhaft zu machen gesucht, daß er zum erstenmal das Programm des Panslawismus durchblicken ließ. Aber die Zeit dieser liberalisierenden Neigungen ist rasch vorübergegangen, sehr bald ist er wieder im absolutistischen Fahrwasser gesegelt, und von diesem Moment an ist der ihm als Politiker weit überlegene Metternich die unbedingt führende Persönlichkeit in der Heiligen Allianz geworden. Damit steht deren Richtung fest, sie übernimmt die Kontrolle, daß nirgends der Liberalismus auf Kosten des Legitimismus sein Haupt erhebe.

Diese realen, der Heiligen Allianz zugrunde liegenden Absichten schlossen die Beteiligung Englands aus. Aus machtpolitischen Überlegungen konnte es sich nicht für ein Bündnis einspannen lassen, das Rußlands Einfluß zum vorherrschenden machen sollte, und seine in großer Tradition herausgebildete staatliche Eigenart erlaubte ihm nicht, sich Metternichs Kampf gegen den Liberalismus anzuschließen. Allerdings ist es vollkommen falsch, schon in der damaligen englischen Verfassung die Verwirklichung liberaler Grundsätze sehen zu wollen; nicht Volksvertretung, sondern ausgesprochene Klassenherrschaft des grundbesitzenden Adels war ihr Sinn. Immerhin waren

ihre Prinzipien nicht vereinbar mit der absolutistischen Tendenz der Ostmächte. So ist der Riß entstanden, die Heilige Allianz hat nicht die Gesamtheit der Großmächte in sich vereinigen können. Während also England zwar dem europäischen Direktorium angehört, nicht aber der Heiligen Allianz, ist umgekehrt Frankreich zu ersterem noch nicht gleich zugelassen worden, dagegen der letzteren sofort beigetreten. Mit diesem Schritt hoffte Ludwig XVIII. das Wohlwollen des Zaren zu gewinnen, auf das er dringend angewiesen war bei der durch seine geringe Popularität bedingten Unsicherheit seiner Stellung im eigenen Lande. So weit hat er die Rücksicht auf Rußland getrieben, daß dessen Gesandter in Paris, Pozzo di Borgo, vielfach als der eigentliche Regent Frankreichs bezeichnet wurde. Der Wunsch, dem Zaren gefällig zu sein, hat neben der Einsicht, daß aus dem öffentlichen Leben Frankreichs die Ideen von 1789 nicht mehr auszuschalten waren, Ludwig veranlaßt, in der Charte von 1814 eine Verfassung zu bewilligen, die lange Zeit als das Ideal einer liberalen Konstitution gegolten hat und nach deren Vorbild sich die süddeutschen Staaten gerichtet haben, als sie, ebenfalls in der Absicht Rückhalt an Rußland zu gewinnen, ihre Untertanen zu politischer Mitarbeit heranzogen. Ludwigs Haltung hat auch die gehofften Früchte getragen, auf dem Aachener Kongreß 1818 ist Frankreich, nachdem es die ihm auferlegte Kriegsentschädigung abgetragen hatte, sein Sitz im Direktorium eingeräumt worden. Auf die Dauer ließ sich eben eine Großmacht von dem Gewicht, wie es Frankreich trotz allem noch innewohnte, nicht einfach bei den internationalen Fragen übergehen.

Damit war das Konzert der fünf Großmächte wieder vollzählig. Aber diese Tatsache hat keineswegs zur Stärkung des Direktoriums beigetragen, sie war im Gegenteil der Keim seines Auseinanderbruchs. Denn je mehr Mitglieder es umfaßte, um so zahlreichere Reibungsflächen boten sich, und um so schwieriger war die Bewahrung der Einmütigkeit. Dauernde Übereinstimmung von ihnen allen war ein Ding der Unmöglichkeit, und alsbald erwies sich der Gegensatz innenpolitischer Natur. Die drei Ostmächte vertraten das konservative Prinzip, seitdem Alexander wieder dem Liberalismus den Rücken gekehrt hatte und seitdem in Preußen, unter Metternichs Einfluß, die Folgerung, die sich aus der Stein-Hardenbergschen Reform hätte aufdrängen müssen, nicht gezogen und die Verfassungsbewegung zum Stillstand gebracht worden war. England und Frank-

reich dagegen betonten ihren antiabsolutistischen Charakter. Der Eintritt Frankreichs in das Direktorium hat also den Anstoß zu einer nach innenpolitischem Standpunkt sich richtenden Parteibildung gegeben, die Scheidung des liberalen Westens vom konservativen Osten bahnt sich an, die so lange Gültigkeit besessen hat.

Die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten klafften zum erstenmal in voller Schärfe auseinander aus Anlaß der Frage, bis zu welchem Grad die Kontrolle der Großen über die anderen sich erstrecken sollte. Metternich machte den Versuch, das Direktorium für die legitimistische Politik der Heiligen Allianz einzuspannen. In der Persönlichkeit dieses Staatsmanns ist das mit dem Schlagwort „Restauration" bezeichnete Prinzip zur Verkörperung gelangt. Vielfach sind bei uns infolge der unheilvollen Wirkung, die seine Politik für Deutschland gehabt hat, seine Fähigkeiten unterschätzt worden. Um ihm gegenüber die gerechte Einstellung zu gewinnen, muß man bedenken, daß es nur seiner diplomatischen Leistung zuzuschreiben ist, wenn Österreich lange Zeit hindurch an so stolzer Stelle gestanden und der gesamten europäischen Politik seinen Stempel hat aufdrücken können. Die materiellen Mittel des Kaiserstaates berechtigten ihn keineswegs dazu. Im Alter allerdings ist Metternich erstarrt und unlebendig geworden, aber was er in seinen besten Tagen durch persönliche Geschicklichkeit und Kunst der Menschenbehandlung erreicht hat, ist bewundernswert. Auch das Urteil über die Richtung und Eigenart seiner Politik darf nicht vom einseitig deutschen Standpunkt her gefällt werden. Denn er war der Leiter der europäischen Großmacht Österreich, er hatte als solcher die Verpflichtung, seine Haltung danach einzurichten, wie er deren Interessen auffaßte. Die Rücksicht auf Deutschland durfte für ihn nur insoweit mitsprechen, als dessen Vorteil mit dem Österreichs zusammenfloß. Danach hat er gehandelt, und gerade daraus, daß er sich unter den rein österreichischen Gesichtswinkel stellte, hat sich seine reaktionäre Politik ergeben. Denn der verbissene Kampf gegen Liberalismus und Nationalismus, durch den er so tiefen Schatten auf die Entwicklung Deutschlands geworfen hat, ist nicht nur der Ausfluß seiner persönlichen konservativen Geistesrichtung, sondern er hat ihn aufgenommen, weil er darin das Heil des Kaiserstaats erblickte. Dessen Lebensnotwendigkeiten meinte er durch das Eindämmen der Ideen von 1789 zu dienen, die ja tatsächlich unvereinbar waren mit der österreichischen Staatsform. Die Anerkennung

der Theorie, daß jede Nation Anſpruch auf den ihr angemeſſenen Staat beſitze, mußte Öſterreich auseinanderſprengen, und doppelt groß war die Gefahr, daß dies Prinzip Einlaß finde, wenn bei Verwirklichung konſtitutioneller Einrichtungen die Völker an der politiſchen Leitung Anteil gewannen. Metternich fürchtete die Entwicklung, die dann wirklich in langſamem Fortgang, aber mit unerbittlicher Konſequenz Öſterreichs Ende heraufgeführt hat, und war der richtigen Überzeugung, daß wenn anderswo die dem Kaiſerſtaat unerträglichen Ideen anerkannt würden, ſie von ihm nicht fernzuhalten ſeien. Deshalb hat er die Reaktion zu ſeinem Programm gemacht und verſucht, ihr überall zum Siege zu verhelfen. Wo und in welcher Form ſich die gegneriſchen Kräfte regten, ſuchte er ſie zu erdrücken. Als logiſch und folgerichtig muß ſeine Haltung anerkannt werden; ſeine hiſtoriſche Schuld beſteht aber darin, daß er die Kraft des Neuen ſo falſch eingeſchätzt hat. Er hat nicht eingeſehen, daß er es hier mit Gewalten zu tun hatte, die nicht mehr niederzuzwingen waren. Für den wahrhaften Staatsmann hätte ſich die Aufgabe erhoben, den Ausgleich zu finden, durch den das Überlieferte ſich ohne Kataſtrophe in das unabwehrbare Neue hinüberleiten ließ. Statt deſſen iſt er bei toter Beharrungspolitik ſtehengeblieben. Die Reaktion, die ſich an ſeinen Namen knüpft, entſprach allerdings einem ſtark empfundenen Bedürfnis des Zeitalters, aber er hat ſie in einem Maße durchführen wollen, daß nicht nur die übertreibenden Auswüchſe, ſondern auch alles, was ſich von dem Neuen als lebensfähig und lebensſpendend erwieſen hatte, wieder ausgelöſcht werden ſollte. Deshalb iſt die Entwicklung über ihn und ſein Syſtem hinweggeſchritten. Trotz aller Anerkennung ſeiner Fähigkeiten darf man ihm die Eigenſchaft des ſchöpferiſchen Staaatsmanns nicht zubilligen.

Um aber überall das Alte aufrechtzuerhalten, brauchte er die Mitwirkung der anderen Staatsleitungen, und deshalb ſuchte er das Direktorium zu ſeinem Werkzeug zu gewinnen. Er proklamierte den Grundſatz, daß es die Aufgabe der Großmächte ſei, jede Regung des Umſturzes gewaltſam zu bändigen, damit kein Herd entſtehe, von dem aus die revolutionären Gedanken das übrige Europa in Brand zu ſetzen vermöchten; und aus dieſer Aufgabe leitete er das Recht ab, ſich in die inneren Verhältniſſe der Staaten einzumiſchen. Demgegenüber vertrat England die Anſchauung, daß die Verfaſſungszuſtände eigene Sache der Völker

wären, die sie selbständig zu regeln hätten. Diese Frage, ob die Intervention zulässig sei oder nicht, ist auf den Kongressen von Troppau, Laibach und Verona zugunsten der Metternichschen Auffassung entschieden worden, weil sich der Staatskanzler mit aller Energie für seinen Standpunkt einsetzte, während das vereinzelte England, um in dieser Lage den Frieden nicht zu gefährden und da seine Tory-Ministerien dem Umsturz an sich ebenfalls scharf ablehnend gegenüberstanden, nur mit halbem Herzen Widerspruch erhob. Als Mandatare des gesamteuropäischen Direktoriums haben infolgedessen Österreich die Aufstände in Italien, und Frankreich die Revolution in Spanien niedergeworfen. Die französische Regierung hat in dieser Streitfrage die liberale Anschauung verleugnet, weil sie mit Freuden die Gelegenheit ergriff, zum erstenmal seit dem großen Niederbruch auch äußerlich wieder in der Rolle eines der für Europa entscheidenden Faktoren aufzutreten. Metternich ist es also gelungen, trotz der durch die Großmächte hindurchgehenden Trennungslinie ihre Gesamtheit in den Dienst der legitimistischen Politik zu stellen.

Jedoch unter Cannings Leitung hat sich dann England zu schärferer Bekämpfung des Interventionsprinzips aufgerafft. Systematisch hat er die Handhabe ausgenützt, die ihm das Hineinspielen innenpolitischer Motive in die zwischenstaatlichen Verhältnisse bot, und aus den zum Liberalismus neigenden Staaten sich eine Waffe geschmiedet, die er gegen die Heilige Allianz verwenden konnte. Die ersehnte Erschütterung der Herrschaft der legitimistischen Prinzipien ist ihm gelungen durch ein Mittel, das ihm die außereuropäischen Verhältnisse an die Hand gaben. Er hat den Aufstand der südamerikanischen Kolonien gegen ihre Mutterländer Spanien und Portugal unterstützt, und weil England, auch in der Hoffnung die selbständig gewordenen Länder in den eigenen Einflußbereich ziehen zu können, den Schild über sie hielt, haben sie ihre Unabhängigkeit erzwungen. Dies Eintreten für die Sache der Freiheit ist als sehr wesentliches Moment zu betrachten bei der Umkleidung des britischen Namens in der Welt mit solchem Relief, daß fortan auch die unverhüllteste Art egoistischer Gewaltpolitik, wie z. B. im Opiumkrieg gegen China, ihm keinen Abbruch zu tun vermochte. Die Gloriole, die von ihm ausstrahlte, zusammen mit dem überwältigenden Eindruck der selbstverständlichen Sicherheit des englischen Auftretens, wie es sich aus der großen Tradition und aus dem Machtbewußt-

ſein ergab, hatte zur Folge, daß weniger ſelbſtbewußte Völker ſich willig beugten. Neben dieſem nicht hoch genug zu veranſchlagenden dauernden Vorteil ging aber auch der unmittelbare Zweck Cannings in Erfüllung: wenn auch nicht in Europa ſelbſt, ſo hat ſich doch eine Umſturzbewegung ſiegreich gegen die angeſtammten Gewalten durchgeſetzt; es iſt die erſte Breſche in dem Bau Metternichs. Die Aufrechterhaltung des Legitimismus hat ſich nicht unbedingt durchführen laſſen, die Allgemeingültigkeit der von der Heiligen Allianz verfochtenen Prinzipien iſt durchbrochen. Als beſonders ſchmerzlich mußte Metternich empfinden, daß ein Teil der neuentſtandenen Staaten republikaniſche Form annahm.

Die aufſtändiſchen Kolonien hatten ihren Sieg neben der Haltung Englands der Hilfe zu verdanken, die ihnen noch von einer anderen Seite her zuteil wurde: die Vereinigten Staaten von Nordamerika griffen hier in eine Frage ein, durch die ſie in unmittelbare politiſche Berührung mit den europäiſchen Mächten kommen mußten. Aber ſie taten das nicht in der Abſicht der Abweichung von ihrem bisherigen Standpunkt, ſondern im Gegenteil in der Hoffnung, durch ihr Eintreten auch den ſüdamerikaniſchen Kontinent von Europa zu löſen. Wie fremd ſie ſich noch immer dem europäiſchen Staatenſyſtem fühlten, beweiſt der 1820 gefallene Ausſpruch des Staatsſekretärs John Quincy Adams: „The political system of the United States is essentially extra-european.“ Waſhingtons politiſches Teſtament wirkte alſo noch unabgeſchwächt nach. Aber dieſer Verzicht auf politiſche Berührung mit Europa bedeutete keineswegs nach dem Willen der Nordamerikaner den auf eigene Ausdehnung. Vielmehr ſtand gerade ihr Verhalten zu dem ſüdamerikaniſchen Freiheitskampf unter dem Zeichen imperialiſtiſchen Ehrgeizes. Unter dem Einfluß von Adams hat 1823 Präſident Monroe die nach ihm benannte Doktrin erlaſſen, die für den geſamten amerikaniſchen Kontinent die Grundſätze der Nichtintervention und der Nichtkoloniſierung durch europäiſche Mächte aufſtellte, allerdings unter Anerkennung der bereits beſtehenden Kolonien. Monroes Kundgebung war erfolgt im Einverſtändnis mit Canning, den ſie als Schlag gegen das Interventionsprogramm der Heiligen Allianz nicht ungelegen kam. Aber in der Anwendung, wie die Amerikaner ſie ſich dachten, wendete ſie ſich doch auch gegen England. Alle nichtamerikaniſchen Mächte ſollten eben ferngehalten werden, gegen Europa wurde ein deutlicher Grenzſtrich gezogen. Die Vereinigten

Staaten ließen keinen Zweifel, daß sie auch weiterhin nicht dem Staatensystem als Mitglied beizutreten wünschten. Ihre eigene Hoffnung aber war, daß bei der scharfen Betonung der Grenzlinie die befreiten Gebiete von selbst in ihre Machtsphäre hineingeraten würden, und wenn auch diese Erwartungen sich nicht ganz erfüllt haben, so ist doch seitdem zweifellos die führende Stellung auf dem amerikanischen Erdteil den Vereinigten Staaten zugefallen.

Der Verlauf der südamerikanischen Ereignisse und die Haltung, die England zu ihnen eingenommen hatte, waren geeignet, die Einigkeit des europäischen Direktoriums schwer zu beschädigen. Ganz in die Brüche gegangen ist sie dann über die griechische Frage. Griechenlands Aufstand gegen die Türkenherrschaft, der die freiheitlich empfindenden Gemüter in ganz Europa, vor allem in Deutschland und Frankreich, in so leidenschaftliche Wallung versetzte, hat eine völlige Veränderung in der Konstellation der Mächte bewirkt. Die bisher am festesten erscheinende Gruppierung, der Block der Ostmächte, hat dieser Erschütterung nicht standgehalten. Denn Rußland hat daraus die Veranlassung entnommen, wieder eine durch Machtrücksichten, nicht durch innenpolitische Gedankengänge geleitete Haltung einzunehmen und damit dem System der Heiligen Allianz den Rücken zu kehren. Die Gelegenheit schien allzu günstig, durch Unterstützung der christlichen Balkanvölker der Türkei den tödlichen Schlag zu versetzen und an ihrer Stelle die eigene Herrschaft zu errichten. Zar Nikolaus I. nahm den Drang nach Konstantinopel wieder auf, und das führte ihn an die Seite der Westmächte, die ebenfalls die Sache der Griechen unterstützten. Rußland, England und Frankreich fanden sich also zusammen in der Beförderung einer revolutionären Bewegung. Metternich dagegen und in seinem Schlepptau Preußen setzten sich für die Festigung der bestehenden Gewalten ein und liehen deshalb dem Sultan, wenn auch nur moralisch, ihre Hilfe. Das Zusammengehen der konservativen Ostmächte ist damit zerbrochen, und so erleidet der Legitimismus die schwere Niederlage: was bisher nur jenseits der Meere geschehen war, muß Metternich jetzt innerhalb Europas zulassen. Ein revolutionärer Aufstand triumphiert, und es besteht die Gefahr, daß die Vorgänge in der Türkei sich anderwärts wiederholen. Alle dem Legitimismus widerstreitenden Kräfte haben einen gewaltigen Antrieb erfahren.

Die erneute Einstellung der Außenpolitik nach in ihr selbst begründeten Antrieben hat sich für Rußland reich bezahlt gemacht: der Friede von Adrianopel 1829 bedeutet die Aufrichtung seiner Vorherrschaft über den Balkan. Automatisch aber ergab diese Annäherung an das Mittelmeer den Wiederhervorbruch des englisch-russischen Gegensatzes. Sobald Rußland wieder unverfälschte Machtpolitik trieb, war seinem Zusammengehen mit den Westmächten, speziell mit England, das Ende gesetzt. Unüberbrückbar ist dann die Kluft geworden durch die Wirkungen der Julirevolution. Der Umsturz ergriff eine der Großmächte, der Pariser Straßenaufstand warf die von Europa eingesetzte Dynastie über den Haufen. Die Anwendung des Interventionsprinzips in diesem Falle würde den allgemeinen Krieg entfesselt haben, bei dem diesmal nicht wie bei der großen Revolution alle anderen einmütig gegen Frankreich zusammengestanden hätten. Solche Pläne mußten also fallen gelassen werden, aber durch die Gefahr, daß der Brand sich von Paris aus verbreiten könnte, ist der Zar wieder mit voller Wucht in die Arme des Konservatismus hinübergestoßen worden; stärker noch als vor der griechischen Erhebung geriet die russische Politik unter die Herrschaft legitimistischer und monarchistischer Interessen. Der Westen dagegen wurde noch entschiedener zum Liberalismus hinübergeführt. Denn nicht nur die Regierung Ludwig Philipps sah sich genötigt, um Wurzeln zu schlagen, die in der Charte von 1814 bewilligten Rechte zu erweitern, sondern auch in England hat sich als Folge des Zusammenbruches der Bourbonen eine erhebliche Liberalisierung der Verfassung nicht vermeiden lassen. Die Reformbill John Russells von 1832 hat der bisherigen Klassenherrschaft das Ende bereitet. Wie stark auch die Außenpolitik beider Länder durch das Einlenken in diese Richtung die Signatur erhalten hat, zeigt ihre Stellung zu der Änderung in der Karte Europas, die sich aus den Wirkungen der Julirevolution ergab: unter Begünstigung der beiden Westmächte hat Belgien sich von Holland losgelöst. Seine Selbständigkeit war speziell für Frankreich ein bedeutsamer Erfolg, enthielt sie doch die Durchbrechung des zur Niederhaltung des französischen Ehrgeizes bestimmten Werkes von 1815. Da aber die Londoner wie die Pariser Regierung mit der Unterstützung des belgischen Aufstandes die egoistische Absicht verbanden, in dem neuen Staat einen eigenen Vasallen zu gewinnen, und da keine ihn der anderen gönnte, ist erst nach jahrelangem diplomatischen

Hinundher, in dessen Verlauf Palmerston den Gedanken aufgeworfen hat, das Land dem Deutschen Bunde einzuverleiben, das endgültige Urteil über sein Schicksal gefällt worden: 1839 wurde die Souveränität des Staates anerkannt unter Anlegung der Fessel der von allen Mächten garantierten Neutralität.

Hatte hier der Legitimismus eine Schlappe davongetragen, so hat dagegen das Ausstrahlen der revolutionären Tendenz auf Osteuropa zur Stärkung der konservativen Gewalten geführt. Der polnische Aufstand konnte von Rußland unter Beihilfe Preußens blutig niedergeschlagen werden. Der gesamte Liberalismus aber hatte leidenschaftlich zugunsten der Polen Stellung genommen, besonders bei den deutschen und französischen Liberalen hat die kritiklose Polenbegeisterung hohe Wellen geschlagen; noch lange Zeit ist sie eine Art Modesache geblieben. Dadurch gerade ist Zar Nikolaus veranlaßt worden, die Betonung der monarchischen Solidarität zum Grundsatz seines Handelns zu machen. Auf dieser Basis tritt erneut die Einigkeit der drei Ostmächte in die Erscheinung; der Münchengrätzer Vertrag von 1833 gibt ihr die auch äußerlich erkennbare Form. Infolgedessen ist die Zeit von der Julirevolution bis zum Krimkrieg beherrscht durch den Gegensatz des konservativen Ostens zum liberalen Westen. Rußland und England stehen sich dabei als die führenden Staaten gegenüber, und ihr Antagonismus nimmt um so schärferen Charakter an, als durch das russische Vordringen im Kaukasus, in Turkestan und Sibirien die Möglichkeit der künftigen weltpolitischen Nebenbuhlerschaft sich abzeichnet.

Wieder also sind es die innenpolitischen Gesichtspunkte, die das Bild Europas bestimmen. Während aber die drei Ostmächte sich bis 1848 hin zu der Intimität der Heiligen Allianz zurückfanden, hat sich die Einigkeit auf der Gegenseite nicht dauernd erhalten lassen. Zwischen England und Frankreich wurde die Interessengemeinschaft gestört durch die große machtpolitische Tradition; beiden Nationen saß der Gegensatz zu tief im Blute, als daß er auf einmal wirklicher Freundschaft hätte weichen können. Nur so lange konnten sie einig bleiben, als Frankreich auf umfassendere Pläne verzichtete; jedoch mit der wieder erstarkenden Kraft stellte sich von selbst auch das Bedürfnis weiterreichender Betätigung ein. Schon unter Karl X. hatte es zum höchsten Mißvergnügen Englands mit der Festsetzung in Algier den abermaligen Versuch unternommen, seine überseeische Stellung auszubauen, und gleichzeitig wurde, wie

stets in den Zeiten des Umsichgreifens, das Programm der Rheingrenze entrollt. Auf dem Kongreß von Verona im Jahre 1823 hatte Chateaubriand den Zaren dadurch für diesen Plan zu gewinnen gesucht, daß er ihm als Gegengabe Konstantinopel in Aussicht stellte. Die unter Napoleon erfolgte Preisgabe der Türkei wirkte also noch weiter nach, nicht mehr wie früher war deren Aufrechterhaltung einer der Angelpunkte des politischen Systems Frankreichs. Auf der gleichen Grundlage der Aufteilung der Türkei hatte auch ein ganz phantastisches Tauschprojekt beruht, durch das zu Ende der zwanziger Jahre Fürst Polignac den Gewinn der Rheinlande hatte ermöglichen wollen. Diese Anzeichen einer selbstbewußteren Politik Frankreichs verschwanden aber wieder nach der Julirevolution, das Bürgerkönigtum versank, vor allem seitdem es mit Casimir Périers Tode den starken Mann verloren hatte, in Parteistreitereien und besaß darum nicht genügende Wurzelfestigkeit, um seiner Außenpolitik höhere Ziele zu setzen. Damit war wieder die Vorbedingung des Zusammengehens mit England gegeben, die dreißiger Jahre brachten die erste „entente cordiale“ beider Länder, die als Antwort auf die Münchengrätzer Einigung zwischen den Ostmächten 1834 zur Quadrupelallianz mit Spanien und Portugal erweitert wurde. Aber die Künstlichkeit dieser Schöpfung erwies sich, sobald Ludwig Philipp in der richtigen Erkenntnis, daß ein auswärtiger Erfolg bei dem Charakter seiner Untertanen das beste Mittel bildete, seiner Herrschaft Popularität zu gewinnen, eigene, nur den französischen Interessen entsprechende Wege einschlug. Die orientalische Frage riß die Entente auseinander, das Ministerium Thiers hoffte, durch die Unterstützung des Strebens Mehemed Alis nach Loslösung vom türkischen Reichsverbande, Ägypten in den französischen Einflußbereich hineinzuziehen. Durch Algier beherrschte Frankreich bereits das Westbecken des Mittelmeers, gelang ihm jetzt der Griff nach Ägypten, so war ihm auch die östliche Hälfte und damit das Ganze ausgeliefert. Das konnte England nicht dulden, deshalb ist es ihm in den Weg getreten, und auch Rußland hat die Gelegenheit ergriffen, um den Preis eines Schutzbündnisses seinen Einfluß bei der Pforte zu erhöhen.

Vor dem gemeinsamen Widerspruch ist Frankreich zurückgewichen und hat seine ägyptischen Pläne vorläufig zurückgestellt, aber diese Schlappe hat die Stellung des Ministeriums derart erschüttert, daß Thiers sich bemühen mußte, zur Besänftigung der erregten natio-

nalen Eitelkeit einen Ausgleich zu schaffen. Um die Aufmerksamkeit vom Orient abzulenken, proklamierte er das Lieblingsziel der französischen öffentlichen Meinung und erhob wie die Bourbonen die Forderung der Rheingrenze. Innenpolitisch ist ihm sein Manöver gelungen, die Opposition gegen ihn verstummte. Um so schlimmer aber waren die Folgen außenpolitischer Natur. Denn wenn schon der Versuch Frankreichs, die orientalische Frage zu seinen Gunsten zu lösen, die Einmütigkeit Englands und Rußlands ergeben hatte, so bestand hinsichtlich des Rheines unter sämtlichen Mächten unbedingte Übereinstimmung, daß eine derartige Verschiebung des Kraftverhältnisses nicht eintreten dürfe. Und Rückhalt gewann diese Überzeugung der Kabinette an der leidenschaftlichen Stellungnahme des deutschen Volkes. Zur Verblüffung Frankreichs und ganz Europas löste Thiers' Anmaßung ein wildes Aufbrausen nationaler Empfindungen in Deutschland aus. Es zeigte sich, daß die Stimmung der Freiheitskriege trotz aller Reaktion nicht erstorben war, sondern unterirdisch weiter um sich gegriffen hatte. Die Vorgänge bei dieser Kriegsgefahr von 1840 hätten von den Regierungen als Symptom gewertet werden müssen, daß ihr Kampf gegen den Nationalismus und gegen den untrennbar mit ihm verbundenen Liberalismus ein aussichtsloses Bemühen war. Frankreich aber stieß infolge dieses Ineinanderklingens der Kabinettspolitik und des instinktiven Gefühls des deutschen Volkes auf eine unüberwindliche Einheitsfront, vor der ihm nur der bedingungslose Rückzug übrigblieb. Die abermalige Niederlage hat Thiers' Sturz unvermeidlich gemacht, sein Nachfolger Guizot, der eigentliche Repräsentant der Prinzipien des Bürgerkönigtums, lenkte wieder in vorsichtigere Bahnen ein, so daß nun wieder England und Frankreich sich zusammenfinden konnten. Aber auch er durfte ohne eigene Gefährdung sich nicht in allzu scharfen Widerspruch zu den Überlieferungen des französischen Staates setzen, und so haben solche Vorkommnisse wie der Versuch, von Algier aus in Marokko einzudringen, und das wenig faire Verhalten bei Gelegenheit der spanischen Heiraten 1846 die alte Entente mit England nicht wieder zu der früheren Herzlichkeit aufleben lassen.

Obwohl also der Zusammenhalt zwischen den beiden Westmächten keineswegs ungetrübt erscheint, darf doch im allgemeinen als Grundlinie der gesamteuropäischen Verhältnisse in dieser Zeit der Zerfall in die östliche und westliche, konservative und liberale Hälfte an-

gesehen werden. Durch ihren Gegensatz ist die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts gegeben, wie das z. B. deutlich hervortritt gelegentlich der durch den Schweizer Sonderbundkrieg erwachsenden Gefährdung des Friedens. Aber alles ist anders geworden durch die Revolution von 1848.

Ihre eine Wirkung ist die Sprengung des Blockes der Ostmächte. Der Umsturz in Paris war mehr durch sekundäre, der Parteitaktik entspringende Motive veranlaßt worden, jedoch ist er der Anstoß gewesen, um alle Völker vor die ganz großen, prinzipiellen Entscheidungen über ihre innere Daseinsform zu stellen, und da erwies sich die Unvereinbarkeit des herrschenden legitimistischen Systems mit den lebendig wirkenden Kräften. Die Mitte Europas ließ sich nicht mehr länger in dem bisherigen Zustand erhalten, das Problem des deutschen und des italienischen Nationalstaats erheischte gebieterisch Lösung. Das Warnungssignal, als das die nationale Aufwallung von 1840 hätte dienen sollen, hatte nicht die gebührende Beachtung gefunden. Allerdings war ihr einige Rechnung getragen worden; der Versuch wurde gemacht, die Heeresorganisation des Deutschen Bundes den Anforderungen eines eventuellen Krieges wenigstens einigermaßen anzupassen. Im Prinzip war damit von den beteiligten Regierungen die Forderung als berechtigt anerkannt, daß Deutschland sich zu einheitlichem, schlagfähigem Körper zusammenfasse. Und wichtiger noch war das Ergebnis der Neubelebung des nationalen Gedankens, daß seitdem in der preußischen Politik ihm breiter Raum zugebilligt wurde. Von seinem Freunde Radowitz beraten, durchdrang sich Friedrich Wilhelm IV. mit der Erkenntnis, daß nur durch die Verbindung mit dem nationalen Wollen des deutschen Volkes Preußen sich auf der Großmachtstufe zu erhalten vermöge. Aus preußischem Ehrgeiz also, um nicht hinter den anderen zurücktreten zu müssen, ist er zur deutschen Politik übergegangen. Jedoch was er positiv tat, um diese Verbindung herzustellen, war nicht geeignet, sie gelingen zu lassen. Denn sein Verhalten krankte daran, daß seine romantische Denkart ihm die Einsicht verschloß, wohin letzten Endes dieser Versuch führen mußte: eine um Preußen sich bildende deutsche Einheit hatte zur Vorbedingung das Ausscheiden Österreichs. Dem Deutschen Bunde war ja die Lebensfähigkeit genommen worden gerade durch das Aneinandergekettetsein der beiden Großmächte; ihr Charakter als solche brachte es mit sich, daß ihnen ein Zusammengehen in allen Fragen unmöglich war, und

deshalb durfte der Rahmen, der sie umschloß, naturgemäß nur ein loser sein. Ein starker Körper konnte nicht entstehen, solange nicht die Leitung an einer Stelle zentralisiert war. Der Kampf gegen Österreich hätte also der Sinn einer entschieden deutschen Politik Preußens sein müssen. Friedrich Wilhelm dachte aber nicht daran, sich gegen das Erzhaus zu stellen. Darum fehlte seinem Vorgehen die entschlossene Rücksichtslosigkeit, es war nicht folgerecht genug, um zum Erfolg zu führen. Trotz allen guten Willens hat es der König nicht verstanden, die nationalen Kräfte an sich zu ziehen. So haben sich diese, als durch die Februarrevolution der Anstoß erfolgte, gegen die bestehenden Gewalten gewendet, und vor ihrem von unten her erfolgenden Stoß sind die Regierungen, die sich ihnen entweder bewußt in den Weg gestellt oder nur halbes und vom eigentlichen Ziel ablenkendes Entgegenkommen bewiesen hatten, zusammengebrochen. In Österreich und Preußen ist das nicht anders gewesen wie in den Kleinstaaten. Das deutsche Bürgertum machte also den Versuch, aus eigener Kraft über die bisher führenden Stellen hinweg seine Schicksalsfrage zu lösen. Jedoch die Macht der Vergangenheit war viel zu groß, als daß sich das Neue alsbald, trotz des beim ersten Anlauf errungenen Triumphes, hätte durchsetzen können. Die Bewegung zersplitterte sich in Parteifehden, es fehlte das Programm, das überall Begeisterung ausgelöst und alle in seinen Bann geschlagen hätte. Wieder erwies sich die unheilvolle Wirkung der Zugehörigkeit zweier Großmächte zum Bunde, ihre Anhänger standen sich im groß- und kleindeutschen Lager feindlich gegenüber. Eigentlich waren es zwei Arten von Gefühlspolitik, die da miteinander rangen: die einen ließen sich durch die Hoffnung auf Errichtung eines wirklichen Nationalstaates treiben, die anderen durch den Traditionalismus, der auf Grund der großen Vergangenheit sich für die Unlösbarkeit Österreichs vom deutschen Staatskörper einsetzte, — beide ohne sich Rechenschaft abzulegen über die Vereinbarkeit ihrer Wünsche mit den gegebenen Tatsachen. Reale Machterwägungen sind in der Paulskirche verhältnismäßig wenig zu Wort gekommen, deshalb ist ihren Bestrebungen im Augenblick die praktische Wirkung versagt geblieben. Unendliches hat sie geleistet mit der Klärung der zu lösenden Probleme und mit der Übertragung ihrer Ideale auf breitere Massen, aber deren Verwirklichung ging über ihre Kraft.

Gerade infolge der allzu idealistischen Einstellung und des Mangels an Einmütigkeit haben die alten Gewalten sich wieder erholen können:

sie rissen in dem Augenblick, als mit dem Sieg der Kleindeutschen der Streit der Parteien zur Entscheidung gekommen schien, die Führung wieder an sich. Die Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. machte der Bewegung von unten her ein Ende. Nicht revolutionären Ursprungs sollte die Schöpfung sein, die er erhoffte; darum versagte er sich den Plänen der Frankfurter Kleindeutschen, aber die von der Nationalversammlung eingeschlagene Richtung, die Wendung gegen das mit dem rein deutschen Staat unvereinbare Österreich, hat er aufgenommen. Jetzt erstrebte auch er die deutsche Einheit ohne das Erzhaus, das nur in loserem Verhältnis neben dem engeren Bunde stehen sollte, und die Umstände schienen günstig, um solche Absichten durchzusetzen. Denn durch den ungarischen und den italienischen Aufstand erhob sich für den Kaiserstaat die Gefahr des Auseinanderbruchs, so daß er die deutschen Angelegenheiten nicht zu beeinflussen in der Lage war. Er konnte es nicht verhindern, daß Preußen im Dreikönigsbündnis und in der Union den Grund legte, aus dem sich die deutsche Einheit unter seiner Führung herausentwickeln sollte. Die Verwirklichung des kleindeutschen Traumes eines Bundesstaates, in dem Österreich keinen Einfluß mehr besitze, schien damit vor der Türe zu stehen. Aber die Hoffnung hat sich nicht erfüllt, weil der König, den Zeitgeist mißverstehend, ganze Arbeit auch jetzt nicht leisten wollte: wenn er schon der Interessengemeinschaft der absolutistischen Mächte den Rücken wandte, hätte er bei der verhältnismäßig geringen Kraft seines eigenen Staates sich durch entschlossenen Übergang zum Repräsentativsystem die nötige Bundesgenossenschaft innerhalb und außerhalb Deutschlands gewinnen müssen; bei der Unterordnung der Außenpolitik unter innenpolitische Prinzipien wäre auch dies letztere möglich gewesen. Einem solchen Schritt jedoch widerstrebte seine Natur und seine Anschauungsart, er konnte nicht los von seinem Ideal des patriarchalischen Ständestaats, so daß der Liberalismus ihm entfremdet blieb. Die konservativen Mächte hatte er aber vor den Kopf gestoßen, ohne die liberalen zu gewinnen. Infolgedessen fand Preußen nirgends Stütze, als sich seine früheren Verbündeten ihm entgegenstellten. Zar Nikolaus wollte den König zurückholen von den Bahnen, die ihm als schlechthin revolutionär erschienen, und das durch Rußlands Beistand über die inneren Schwierigkeiten Herr gewordene Österreich war entschlossen, es Friedrich Wilhelm heimzuzahlen, daß er die Stunde seiner Ohnmacht zu eigenem Vorteil auszunutzen gesucht

hatte. Unter Schwarzenbergs kraftvoller Führung ging der Kaiserstaat daran, anstatt sich aus Deutschland hinausdrängen zu lassen, im Gegenteil seine Vormachtstellung im Bunde in viel positiverem Sinne als früher auszubauen und sie gegen jede Anfechtung sicherzustellen, um von dieser Basis aus die große europäische Rolle wie in den Glanzzeiten Metternichs wieder an sich zu reißen. Österreich und Preußen standen also in unmittelbarem Konkurrenzkampf um das gleiche Ziel, beide wollten die Kräfte der deutschen Nation dem eigenen Vorteil nutzbar machen. Das bisherige Zusammengehen schlug um in scharfe Gegnerschaft, und da Schwarzenbergs Ziel unvereinbar war mit der Großmachtstellung Preußens, so wird der Sinn seiner Politik richtig gekennzeichnet durch sein angebliches Wort: „avilir la Prusse, puis la démolir".

Den ersten Teil dieses Programms hat er erreicht, der Olmützer Vertrag brachte die Erniedrigung des preußischen Gegners. Vor der Energie des österreichischen Vorstoßes und unter dem Drucke Rußlands wich Friedrich Wilhelm zurück und gab die Unionspolitik auf. Wie die Dinge lagen, hätte das Festhalten an ihr den Staat in den Abgrund gestürzt, so daß berechtigterweise das Ministerium Manteuffel, im Landtag unterstützt von dem Abgeordneten von Bismarck, sich in die diplomatische Niederlage fügte, um die Katastrophe zu vermeiden. Das Ergebnis war aber nicht nur, daß der Versuch der Lösung der deutschen Frage im preußischen Sinne scheiterte, sondern das moralisch geschwächte Preußen mußte auch darein einwilligen, daß der Deutsche Bund unstreitig unter österreichische Führung geriet. Von gemeinsamer Leitung der Bundesangelegenheiten durch die beiden Großmächte war vorläufig nicht die Rede; Preußen machte vielmehr eine in Frankfurt bestimmte Politik mit, deren vornehmsten Antrieb das Interesse des Kaiserstaates abgab. Es stand also nicht mehr ausschließlich auf eigenen Füßen und nahm nicht mehr den eigenen Vorteil zum einzigen Leitstern seiner Schritte; darum bedeutet die „Schmach von Olmütz" die Abdizierung als Großmacht. Was seit 1815 häufig der preußischen Staatsleitung zum Vorwurf gemacht worden war, traf nunmehr vielfach verstärkt zu: sie lag, ohne eigene Willensbestimmung, im Schlepptau stärkerer Mächte. Hätte dieser Zustand lange angedauert, dann würde er in seinen weiteren Auswirkungen wohl auch den zweiten Teil des Schwarzenbergschen Programms zur Wirklichkeit haben werden lassen, es wäre zur Zerstückelung Preußens gekommen. Aber mit

Schwarzenbergs Tode verlor der Kaiserstaat die vorwärtsdrängende Kraft, und nicht lange danach hat Preußen unter der Führung Bismarcks Bahnen eingeschlagen, die den bisherigen genau zuwiderliefen.

Friedrich Wilhelm aber hat den vollen Mißerfolg seines Ehrgeizes zu Buche nehmen müssen. Der Ausgang konnte für ihn kein anderer sein, weil seine deutsche Politik den Grundfehler begangen hat, den gesamteuropäischen Charakter der zu lösenden Probleme zu verkennen und einseitig sich auf die deutschen Verhältnisse einzustellen. Das Ausland besaß nun einmal Recht und Macht, den innerdeutschen Zustand unter seiner Kontrolle zu halten, und Preußen allein war nicht fähig, seinen Willen den anderen aufzuzwingen. Mit ungeeigneten Mitteln und auf unrichtigem Wege hatte der preußische Ehrgeiz sich betätigt, deshalb war der Ausgang das genaue Gegenteil des Gewünschten. Nach dem Mißlingen aber bleibt naturgemäß das Verhältnis zwischen Wien und Berlin auf kühler Temperatur, trotz der äußeren Korrektheit der Beziehungen ist der Ton auf Gegensätzlichkeit gestimmt. Die Auswirkungen der 1848er Revolution haben also in der einen für das Staatensystem maßgebenden Tatsache, der Intimität der drei Ostmächte, Wandel geschaffen.

Die damit begonnene Zersetzung der bisher gültigen Form und der Sieg der in der Bewegung von 1848 erneut zum Ausdruck gekommenen Tendenzen ist vollendet worden durch das Werk der drei Männer: Napoleon III., Cavour und Bismarck. Sie haben den bei Olmütz scheinbar endgültig besiegelten Triumph des Legitimismus wieder zunichte gemacht. Die Errichtung des zweiten Kaiserreichs in Frankreich war schon ein schwerer Schlag für ihn, obwohl sie zunächst als Beseitigung der Republik von den konservativen Mächten nicht ungern gesehen wurde, und ein um so gefährlicherer Schlag, als dadurch sich in der überaus labil gewordenen Machtverteilung eine gewaltige Verschiebung zugunsten Frankreichs ergab. Ludwig Napoleon war auf den Thron gekommen wesentlich durch die Anhänglichkeit der Mehrzahl der Franzosen an seinen Namen. Das brachte aber für ihn die Verpflichtung mit sich, die in diesem Namen liegende Tradition fortzusetzen. Der Bestand seiner Herrschaft hing davon ab, ob es ihm gelingen werde, ihn zu solchem Glanze zu erheben, wie er unter seinem großen Onkel von ihm ausgestrahlt war. Der neue Kaiser konnte also gar nicht anders, als sich vom Streben nach Machterweiterung beherrschen zu lassen, so

daß mit seiner Thronbesteigung ein Moment größter Unruhe in die Staatenwelt hineinkam. Mit Recht ist er deshalb bezeichnet worden als „der Hebel, der das ganze Staatensystem aufrüttelte und aus dem Zustand vorherrschender Ruhe in den Zustand vorherrschender Bewegung versetzte“ (K. Frantz). Zwar hatte er, in dem Bestreben einer Intervention vorzubeugen und die Kabinette über die Folgen seines Staatsstreiches zu beschwichtigen, bei der Annahme des Kaisertitels das Wort geprägt: „l'empire c'est la paix“, aber es lag in der Natur der Dinge, daß er diese Verheißung nicht halten konnte. Auch wenn er dazu entschlossen gewesen wäre, würde die Einhaltung eines unbedingt friedlichen Programms ihm gar nicht möglich gewesen sein. Denn das Kaiserreich konnte die Sympathie des französischen Volkes gewinnen und Wurzel schlagen nur unter der Voraussetzung, daß es ihm gelang, wieder zur Vormacht des Kontinents zu werden, und dieser Wunsch mußte notwendig kriegerische Konflikte entfesseln. Es ist eben doch die Wirkung des Umsturzes in Frankreich, daß die lange Friedensepoche ihr Ende erreicht. Der Auftakt ist gegeben für die entscheidende Veränderung in der Zusammensetzung der Großmächte.

Frankreich war von seiner Größe herabgestürzt worden durch das Werk von 1815, das zwar bereits angefressen war, jedoch im allgemeinen noch aufrecht stand. Es ganz aus den Angeln zu heben, daraufhin mußte Napoleon ausgehen, und als Sprungbrett benützte er die orientalische Frage. Treffend hat Jakob Burckhard von ihr gesagt, daß sie komme, wenn und weil Europa gäre. Nicht die Lösung der in ihr selbst enthaltenen Probleme ist der letzte Sinn, warum die Mächte in sie eingreifen, sondern sie soll ihnen das Mittel sein, mit dem sie die Neuregulierung der allgemeinen Kräfteverhältnisse bewirken können. Dementsprechend galt es für Napoleon, durch seine orientalische Politik ein Loch in den Schild Rußlands zu schlagen, denn unter dessen Ägide war der Bau von 1815 errichtet worden, so daß der Zar als sein Hauptgegner anzusehen war. Um so mehr drängte sich der Umweg über den Orient auf, weil Napoleon bei dieser Richtung seines Vorstoßes sich auf Englands wirksamen Beistand verlassen konnte. Die Ausdehnung des russischen Einflusses innerhalb der Türkei seit dem Bündnis von Hunkiar-Iskelessi 1833 war eine Bedrohung von Englands Mittelmeerstellung. Seine Antwort darauf war die Betonung seiner eigenen Interessen durch die Errichtung eines Konsulats in Serbien und durch den

Vertrag mit Österreich über die freie Donauschiffahrt gewesen. Es hatte also zu erkennen gegeben, daß es sich nicht durch Rußland ohne weiteres werde ausschalten lassen; der Kampf um Konstantinopel begann seine ungeheure Bedeutung für die gesamte Staatenwelt anzunehmen. Indem sich nunmehr Napoleon zum Verfechter der Unabhängigkeit der Pforte aufwarf, kam er also den Londoner Wünschen entgegen.

Bei der Wendung gegen den Zaren konnte er sich auch auf Ansichten berufen, wie sie Alexis de Tocqueville vertreten hatte, daß von Osten her eines Tages für ganz Europa Gefahr drohen werde; dieser staatsmännische Geist hatte aus solcher Überzeugung heraus befürwortet, daß Frankreich unter Bruch mit seiner überlieferten Haltung das Zustandekommen der deutschen Einheit nicht verhindere, sondern im eigenen Interesse begünstige, damit dem russischen Vorwärtsdringen ein unübersteigbarer Wall in Mitteleuropa entgegengestellt werde. Noch aber waren für diese Lösung die Verhältnisse in Deutschland nicht weit genug gereift, und allzuweit wich dieser Vorschlag von allen französischen Traditionen ab; darum richtete Napoleon zunächst sein Augenmerk auf den Orient, der ihm doppelten Nutzen einbringen konnte: neben der festeren Knüpfung des Drahtes nach London, die er ganz nach dem Vorbild des Bürgerkönigtums anstrebte, winkte ihm hier die Erneuerung des alten Bündnisses mit dem Sultan. Beides hat er im Krimkrieg erreicht.

Noch ein Drittes konnte Napoleon vom Aufrollen der orientalischen Frage erwarten, was ebenfalls für seine Pläne höchst günstig war: diente sie als das Feldgeschrei, unter dem sein Vorstoß gegen Rußland vor sich ging, dann würde er nicht auf die Einheitsfront der Ostmächte treffen. Deren Block war schon gelockert, und die Balkanprobleme konnten als Sprengstoff dienen, um den noch vorhandenen Rest ihrer einstigen Solidarität zu vernichten. Wie früher die Heilige Allianz über dem griechischen Aufstand zerbrochen war, ließ sich vorhersehen, daß auch jetzt die Freundschaft zwischen Österreich und Rußland der gleichartigen Belastung nicht standhalten würde. Während also die Entente der Westmächte durch die Umbildung der französischen Staatsform vorläufig noch unberührt geblieben war, ging das Gegengewicht in Stücke, das ihr bisher die Wage gehalten hatte. Österreich hätte sich ins eigene Fleisch geschnitten, wenn es auf Rußlands Seite getreten wäre, als es galt, dessen Drang nach Konstantinopel

einzudämmen. Zwar hat es die aktive Arbeit den Westmächten überlassen, aber seine Haltung war ihnen gegenüber mehr als bloße wohlwollende Neutralität. Der Zar mußte jeden Augenblick darauf gefaßt sein, daß auch von dieser Seite her der Angriff erfolge, und ebenfalls wesentlich Österreichs Druck war es zuzuschreiben, daß Preußen sich nicht an die Seite Rußlands stellte. Sobald der Balkan zum Brennpunkt der gesamteuropäischen Politik geworden war, trat die Unvereinbarkeit der österreichischen und russischen Wünsche zutage; ihr Konkurrenzkampf begann, und fortan hat sich dieser Zustand immer nur vorübergehend verdecken lassen, wenn es gelang, anderweitige Ablenkung zu schaffen. Ein sachlicher Ausgleich und damit eine dauernde Verbindung hat sich als unmöglich erwiesen.

Napoleons Vorgehen war also überaus geschickt, er hat seinen Gegner in völlige Vereinzelung hineinoperiert, während er selbst sich auf starke Bundesgenossenschaft stützen konnte. Infolgedessen bedeutete das Ergebnis des Krimkrieges vollen Triumph für ihn; der Pariser Kongreß von 1856, der mit der Zulassung der Türkei zu den Beratungen auch äußerlich erkennen ließ, daß das Prinzip der Pentarchie keine Gültigkeit mehr besaß, brachte ihm die allgemeine Anerkennung als führende Persönlichkeit Europas. Es war ihm also gelungen, in die Tradition seines Onkels einzutreten und dadurch seine Stellung innerhalb Frankreichs zu befestigen. Jedoch sobald die französische Politik sich wieder zu dem ihr eingeborenen Charakter bekannte und die Bescheidung in der Wahl der Ziele sich als überwundene Episode kennzeichnete, ergab sich mit unweigerlicher Folgerichtigkeit die Erschwerung des Zusammengehens mit England. Noch einmal allerdings hat die Gemeinsamkeit überseeischer Interessen beide Länder bei der Expedition nach China 1860 aneinandergefügt, und auch durch den gleichzeitigen Übergang Napoleons zum Freihandel, in dem sogenannten Cobden-Vertrag, schien ein gewaltiger Block zwischen ihnen aus dem Wege geräumt; die Übereinstimmung in wirtschaftspolitischen Grundsätzen konnte seitdem ebenso als Bindemittel wirken wie bisher schon die Ähnlichkeit in den Formen des innerstaatlichen Lebens. Aber die Machtpolitik, ohne die das Kaiserreich nicht bestehen konnte, erwies sich stärker als alles andere, so daß das Trennende Herr wurde über das Vereinigende. Der glänzende Erfolg, den das zweite Kaiserreich mit seinen kolonialen Unternehmungen großen Stils aufzuweisen hatte, war geeignet, in London Mißvergnügen zu erregen,

und je schärfer ihre Erfolge sich abzeichneten, um so weniger konnte England in den rein europäischen Fragen die Entente cordiale zur festen Richtschnur nehmen; es mußte befürchten, daß jede festländische Stärkung Frankreichs auch neue überseeische Pläne auslösen werde. Deshalb stand es mit äußerster Vorsicht und kühlster Zurückhaltung Napoleon gegenüber, bereit, wo es sein konnte, sich mit ihm zu verständigen, aber ebenso bereit, ihm feindlich in den Weg zu treten, und im Grunde war seine öffentliche Meinung, in der Besorgnis, daß sich die Tage des großen Napoleon wiederholen könnten, von der Notwendigkeit des letzteren durchdrungen.

Weil Napoleon also nicht mehr mit Sicherheit auf Rückhalt an der zweiten liberalen Westmacht zählen konnte, mußte er andere Eisen ins Feuer legen, und das hat er auf verschiedene Weise getan. Die Unzuverlässigkeit seines bisherigen Bundesgenossen wies ihn auf die Verständigung mit dessen Gegner hin. Diese Bemühungen, zu Rußland in besseres Verhältnis zu gelangen, schienen also den Pendel seiner Außenpolitik nach gerade umgekehrter Richtung ausschlagen zu lassen, und seine vorsichtigen Andeutungen wurden von Alexander II. nicht zurückgewiesen. Denn dem Zaren war durch die Niederlage das Bedenkliche seiner Vereinzelung klar gemacht worden. An seine alten Freunde wollte er nicht wieder herantreten, weil er ihre Haltung während des Krimkrieges als Verrat und schnöden Undank empfand; deshalb überwand er seine gefühlsmäßige Antipathie gegen das der Revolution entsprungene Kaiserreich und traf sich 1856 mit Napoleon in Stuttgart. Die Rückenstärkung, die sich daraus für Rußland ergab, hat alsbald ihre Auswirkung gefunden in dem neuen Vordringen in Asien, das sich an den Namen des Generalgouverneurs Murawiew-Amurski knüpft. Damit übertrug sich die soeben im nahen Orient überwundene Gefahr für England auf den fernen. Ganz ausschalten ließ sich eben das Erweiterungsbedürfnis des riesigen russischen Staatskörpers nicht; war es an einer Stelle zum Stillstand gebracht, so brach es an einer anderen aus. Dieser Zusammenhang zwischen den ost- und mittelasiatischen und den Balkanfragen ist seitdem noch häufig hervorgetreten, so daß er als sicherer Punkt in die Berechnungen der anderen Kabinette eingestellt werden konnte.

Durch das Hinüberschwenken Napoleons von England zu Rußland wird alles bisher Gültige auf den Kopf gestellt; es ist das untrügliche Anzeichen, daß nicht mehr die Fragen der inneren

Staatsform den leitenden Gesichtspunkt abgeben. Aber ganz ausschalten ließen sie sich nicht wieder. Sie wirkten doch noch so stark mit, daß eine durchgreifende Verständigung zwischen dem bonapartistischen Frankreich und dem Zarismus außerhalb der Möglichkeit lag. Napoleon fühlte deutlich, mit welchem Mißtrauen Alexander ihn trotz allem betrachtete und auf wie schwankendem Boden daher die Freundschaft mit Rußland ruhte. Eine verläßliche Stütze und sicheren Ersatz für das Entgleiten Englands hatte er nicht gewonnen. Den brauchte er aber, und er glaubte ihn schaffen zu können durch das scharfe Bekenntnis zu den Prinzipien, die ihn selbst zur Macht hatten gelangen lassen. Indem er sie auch in anderen Staaten zur Geltung brachte, hoffte er, diese unter seinen Einfluß zu bringen und auf solche Weise die nötige Ergänzung der eigenen Kraft herzustellen. Da die Großmächte sich ihm entzogen, suchte er, wie Friedrich der Große bei der Begründung des Fürstenbunds, anderswie Machtkomplexe ins Leben zu rufen, die ihm als leistungsfähiges Werkzeug dienen konnten. Das war die Absicht, in der er sich zum Vollender des Teiles des Programms von 1789 aufwarf, der mit seinen Wünschen übereinstimmte. Die darin enthaltene Idee der Völkergemeinschaft hat infolge dieser Haltung Napoleons gewichtige Fortschritte erzielt mit der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 und der Genfer Konvention von 1864. Die Prinzipien, die früher nur von einzelnen Persönlichkeiten vertreten worden waren und mit deren theoretischer Verkündigung die Heilige Allianz sich begnügt hatte, gelangten nunmehr zu ersten Wirkungen in der Praxis des Völkerlebens. Das Folgenschwerste aber war, daß der Kaiser das Nationalitätsprinzip auf seine Fahne schrieb. Mit diesem Schlagwort hat er eine Zeitlang daran gearbeitet, die drei skandinavischen Staaten zu einheitlicher Großmacht zu vereinigen, wobei ihm die alte französische Tradition vorschwebte, die vorwiegende Macht des Nordens gegen seine Gegner auszuspielen. Während dieser Plan an dem Selbständigkeitsgefühl der beteiligten Höfe und Völker scheiterte, schien ihm bester Erfolg zu winken, als er dem aufsteigenden Piemont die Hand zur Herstellung der nationalen Einheit Italiens bot.

Seine Berechnung war, daß der neue Staat aus Dankbarkeit für die geleistete Hilfe und infolge des Gegensatzes, in den er unweigerlich zu dem seiner bisherigen Stellung beraubten Österreich geraten würde, sich in die Arme Frankreichs werfen werde. Deshalb

hat er nach Kräften die Bemühungen Cavours, des großen Ministers Viktor Emanuels, gefördert. Jedoch nur teilweise hat er sein Ziel erreicht, und in der Politik ist Halbheit meistens gleichbedeutend mit gänzlicher Erfolglosigkeit; wie Napoleon I. es ausgedrückt hat: „il n'y a rien de fait, s'il reste encore à faire". Zwar sind die Österreicher 1859 geschlagen worden, und als Siegespreis hat Napoleon die Lombardei dem piemontesischen Staate eingefügt. Aber damit sind die Hoffnungen der Italiener nicht befriedigt gewesen, denn ganz war die Herrschaft Österreichs noch nicht beseitigt, Venedig blieb in seinem Besitz, und gerade Venedig war ein Ziel, an dem die nationale Sehnsucht leidenschaftlich hing.

Dies Stehenbleiben auf halbem Wege war Napoleon aufgezwungen worden durch die Haltung Preußens: erschreckt durch die schnellen Siege Frankreichs, hatte der Prinzregent Miene gemacht, an Österreichs Seite zu treten. Er handelte dabei gegen den Wunsch seines Petersburger Gesandten Bismarck, der auch noch in den „Gedanken und Erinnerungen" diese Haltung schwer getadelt hat; sie war ihm, ebenso wie die Reichenbacher Konvention 1790, eine der verpaßten Gelegenheiten, unter geringen Anstrengungen den Nebenbuhler zu verdrängen und die deutsche Frage zugunsten Preußens zu entscheiden. Aber Bismarcks Einfluß war noch nicht der vorwiegende in Berlin, und so war Preußen im Gegenteil im Begriff, dem bedrängten Österreich beizuspringen. Aber rechtzeitig wich Napoleon der Gefahr aus und bot seinem Gegner den Frieden. Und Österreich ging darauf ein, weil es sich Preußen gegenüber nicht zu sehr verpflichten wollte. Für die Stimmung, die damals schon zwischen den beiden deutschen Großmächten herrschte, ist das Wort die beste Kennzeichnung, daß der Kaiserstaat nicht einmal gerettet sein wollte von Preußen.

Obwohl also Napoleon zur Rechtfertigung seines Verhaltens durchschlagende Gründe ins Feld führen konnte, blieb für die Italiener die Tatsache bestehen, daß die brennende Schmach, als die sie den österreichischen Besitz von Venetien empfanden, noch nicht getilgt war. Das Versprechen, mit dem Frankreich in den Krieg eingetreten war, die Freiheit Italiens bis zur Adria durchzuführen, war nicht erfüllt worden. Die Mißstimmung hierüber wurde noch verstärkt, als Napoleon, zur eigenen Schadloshaltung und um den Franzosen einen positiven Gewinn aus dem Kriege mitzubringen, sich Nizza und Savoyen abtreten ließ. Und

schließlich wirkte erbitternd das Verbleiben der französischen Garnison in Rom. Napoleon schützte den Kirchenstaat vor den italienischen Einheitsbestrebungen, die innerpolitische Rücksicht auf den Klerikalismus zwang ihn zum Widerspruch gegen seine Begünstigung des Nationalitätsprinzips. Damit ist das Schwanken und die Unsicherheit über ihn gekommen, die das letzte Jahrzehnt des zweiten Kaiserreichs charakterisieren. Er konnte nicht rücksichtslos die politische Linie verfolgen, die ihm ein Gegengewicht gegen die Abneigung der Großmächte zu schaffen versprach, und deshalb ist er schließlich erlegen. Seitdem beginnt auch der Versuch, durch Konzessionen an den Liberalismus sich Ersatz für den Abfall der bisher in seinem Gefolge befindlichen Parteien zu verschaffen. Aber auch dadurch hat er sich mehr Feinde gemacht als Freunde gewonnen, so daß von innen und außen her seine Stellung immer schwieriger wurde.

Mit dem anscheinend erfolggekrönten Krieg von 1859 war demnach in Wirklichkeit die Bahn des Abstiegs von der glanzvoll erstiegenen Höhe eingeschlagen. Anstatt den italienischen Staat dem französischen Einflußbereich zuverlässig einzuverleiben, hat Napoleon in ihm das Gefühl höchster Unbefriedigtheit erweckt und die Stimmungsgrundlage erzeugt, aus der die Neuorientierung der italienischen Politik herauswuchs: die Abwendung von Frankreich und das Bündnis mit Preußen. Dessen Frucht, der Gewinn Venetiens 1866, brachte die Einheit der Halbinsel zum Abschluß, mit der einen schwerwiegenden Ausnahme Roms. Hier hielten nach wie vor die französischen Truppen den Wall aufrecht, der die natürliche Hauptstadt von dem Ganzen des Landes trennte; schon abberufen, kehrten sie 1867 zum Schutz gegen Garibaldis Ansturm zurück und wiesen ihn blutig ab. Diese Niederlage des gefeierten Lieblings der öffentlichen Meinung hat die Italiener noch schärfer von Frankreich abrücken lassen. Erst als nach Sedan jeder französische Soldat auf heimatlichem Boden gebraucht wurde, hat Italien die Krönung seiner nationalen Bewegung gewinnen können. Wie Mailand bei Magenta durch Frankreich, wie Venedig bei Königgrätz durch Preußen, so ist Rom bei Sedan durch Deutschland für den Einheitsstaat gewonnen worden. Nicht also aus eigener Kraft hat Italien den Aufstieg zur Großmacht vollzogen, dem stolzen Wort: „Italia farà da sè“ entspricht der tatsächliche Verlauf in keiner Weise. Fremde Mächte haben durch ihre Siege die

Niederlagen wettgemacht, die den eigenen Anstrengungen der Italiener beschieden waren. Aber bewundernswert ist die staatsmännische Kunst und diplomatische Geschicklichkeit, mit der das Land das Versagen seiner militärischen Kraft aufzuwiegen verstanden hat. Durch sie hat es eben doch die Fähigkeit erworben, sich in eine Reihe mit den alten Großmächten zu stellen. Weil es stets auf das rechte Pferd gesetzt und sich auf die siegende Seite geschlagen hat, ist es allmählich zu solcher eigenen Machterweiterung gelangt, daß ihm die Rechte der Großmacht nicht vorenthalten werden konnten. Das Land, das seit der Entstehung des Staatensystems nichts anderes als das Objekt des Ehrgeizes der Starken gewesen war, hat sich zur Selbstherrlichkeit durchgekämpft.

Napoleons Stellung aber ist durch die nach 1859 eingetretene Abwendung Italiens schwer erschüttert worden. Jedoch ließ er sich dadurch nicht abbringen von seinem Streben nach Machterweiterung, weil er aus Rücksicht auf die Art seiner Herrschaft sich davon nicht abbringen lassen konnte. Was für Napoleon I. gegolten hatte, besaß erst recht für ihn Gültigkeit: Stillstand war ihm gleichbedeutend mit Rückschritt und Gefährdung seiner selbst. Jedes Mittel mußte ihm deshalb recht sein, um im eigenen Lande die Vorstellung des vorherrschenden Einflusses Frankreichs auf ganz Europa wachzuhalten, und zur Erhöhung des Piedestals, auf dem sein Ansehen ruhte, benutzte er trotz der gemachten schlechten Erfahrung auch weiterhin das Nationalitätsprinzip. Er suchte dessen Geltung auch auf Osteuropa auszudehnen, wo er in Polen einen für seine Absichten geeigneten Ansatzpunkt zu finden meinte. Denn auch hier hatte die Begründung des Königreichs Italien die nationalen Wünsche und damit die Sehnsucht nach Abschüttelung der russischen Fremdherrschaft neu emporschnellen lassen. Durch die Unterstützung des Aufstandes im Jahr 1863 betrat Napoleon die gleichen Bahnen, wie sie die französischen Könige und sein Onkel eingeschlagen hatten: die Errichtung des polnischen Staates sollte den französischen Einfluß in den Osten vorschieben. Die alten Beziehungen beider Länder wurden also abermals hervorgeholt. Aber Rußland hat, mit der in der Alvenslebenschen Konvention gewonnenen Deckung durch Preußen, die Bewegung niedergeschlagen, und damit hat das Scheitern des an und für sich vielversprechenden Gedankens für Napoleon geradezu verhängnisvolle Wirkung gehabt.

Denn der Zar hat ihm seine Absicht nicht vergessen, fortan war Rußland der unbedingte Gegner des bonapartistischen Kaiserreichs. Napoleon hat also sein Eintreten für Polen teuer bezahlen müssen, auch hier hat die mißbräuchliche Verwendung des Nationalitätsprinzips im Dienste des französischen Egoismus das Gegenteil des Gewünschten ergeben.

Die Haltung, die Preußen in der polnischen Frage beobachtet hatte, war der Ausfluß der Tatsache, daß die schwache und unsichere Leitung, die für die letzten Jahrzehnte charakteristisch gewesen war, Platz gemacht hatte dem größten staatsmännischen Genius, den Deutschland hervorgebracht hat. Otto von Bismarck, seit 1862 Ministerpräsident, geht daran, die deutsche Frage im preußischen Sinn zu lösen, und seine Tat hat endlich das Wort wahr gemacht, das noch unter der Einwirkung des Nachhallens der Freiheitskriege Chateaubriand 1821 gesprochen hatte: „Wie Italien wünscht das Deutschland von heute die politische Einheit. Mit diesem Gedanken wird es stets möglich sein, die germanischen Völker in Bewegung zu setzen. Fürsten und Minister werden innerhalb des deutschen Staatenbundes diese Revolution beschleunigen oder verzögern, niemals aber die Entwicklung derselben verhindern. Jedem Jahrhundert ersteht sein Geschlecht."

Seitdem Bismarck an verantwortlich leitender Stelle stand, sind zwei Antriebe in seiner Seele mächtig gewesen: die nationaldeutsche Sehnsucht und der preußische Staatsegoismus. Vielfach stößt man auf die Neigung, ausschließlich durch den letzteren die Art seines Vorgehens in der Zeit bis 1866 zu erklären und ihn schlechthin als Nurpreußen zu betrachten. Aber diese Auffassung wird, obgleich sie sich auf eine Reihe stark pointierter Aussprüche berufen kann, doch wohl seiner Eigenart nicht gerecht. Allerdings hat er sich nie durch den bloß gefühlsmäßigen Wunsch nach Erfüllung der nationalen Träume bestimmen lassen, seine Einstellung zu der ganzen Frage unterscheidet sich von der seiner Zeitgenossen durch die bei aller Lebhaftigkeit der Phantasie und des Temperaments unbeirrbare, klar durchdachte und den wirklichen Gegebenheiten Rechnung tragende Sachlichkeit. Aber gerade diese Eigenschaft hat ihn dazu gebracht, Preußen an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen. Denn einerseits hatte sie ihn zu der Erkenntnis geführt, daß eine Dauer versprechende Befriedigung der nationalen Wünsche möglich sei nur durch den Aufbau auf den preußischen

Staat, so daß ihm seitdem preußische Interessenpolitik und Dienst am gesamtdeutschen Vaterlande in eins zusammenflossen, und andererseits war sein Blick scharf genug, um das Maß des Widerhalls richtig zu erfassen, den auch in Deutschland Napoleons Appell an den nationalen Gedanken und die Vorgänge in Italien gefunden hatten. Die längst vorhandenen, aber zurückgedrängten Kräfte waren an die Oberfläche emporgekommen, hatten neue Anhänger geworben und besaßen nunmehr unwiderstehliche Durchschlagsfähigkeit. Daher galt es für Bismarck, wenn er nicht in denselben Fehler verfallen wollte wie Metternich, sie aus der feindlichen Stellung, in der sie sich bisher zu seinem Staat befanden, zu sich herüberzuholen und sich dienstbar zu machen. Der zugrundeliegenden Idee nach ist also Bismarcks Verhältnis zum nationalen Problem dem Friedrich Wilhelms IV. sehr nahe verwandt, beide wollen im gemeinsamen Interesse Deutschlands und Preußens die Nation um den preußischen Staat herumgruppieren. Aber in der Art der Ausführung offenbart sich die ungeheure Verschiedenheit. Bismarck hat der Erfolg treu bleiben können, weil seine Willenskraft über jedes Hindernis hinweghalf und weil er mit der instinktiven Sicherheit des Genius die Abgründe vermied, in die der König versunken war. Er sah, daß die Verbindung mit dem Nationalismus zu haben sein würde nur unter gleichzeitigem Eingehen auf die liberalen Forderungen; daraus mußte er, wenn er das erstere wollte, die Konsequenz ziehen, und so ist er nicht davor zurückgeschreckt, revolutionär erscheinende Prinzipien sich zu eigen zu machen, obwohl sie seinen eigenen Anschauungen und Wünschen strikt zuwiderliefen. Ohne die Bewilligung des allgemeinen Wahlrechts würden die Massen der national Empfindenden sich nie ihm zugewendet haben. Die wunderbare Freiheit von jedem Eingeschworensein auf parteimäßige Programme und Doktrinen wird deutlich dadurch bezeugt, daß er durch den schweren Kampf gegen den Liberalismus, den er in Preußen ausfocht, sich den Blick nicht trüben ließ, wie er mit der Anwendung von dessen Schlagworten und Forderungen an anderer Stelle weiter kommen konnte, als es mit der eigenen Überzeugung zu erreichen gewesen wäre. War eine Kraft so stark, daß sich ihr ganz zu entziehen ein hoffnungsloses Bemühen war, so mußte eben der Weg zur Verständigung mit ihr gefunden werden, trotz aller inneren Antipathie, um nicht schließlich ihrer Gegnerschaft zu erliegen. Und auch den anderen Fehler Friedrich Wilhelms IV.

hat Bismarck vermieden, er hat von vornherein die deutsche Frage behandelt als das, was sie war, als internationales Problem. Weil die ausländischen Mächte an der Art ihrer Lösung stark interessiert waren, mußten deren Wünsche in Rechnung gezogen werden, und die Schwierigkeit lag eben darin, daß diese unvereinbar waren mit dem für Deutschland Notwendigen. Darum bestand die Gefahr, wenn der Blick sich einseitig an die deutschen Verhältnisse hing, daß eines Tages von außen her durch überlegene Macht Halt geboten wurde. Nur bei sorgfältigster und zartester Vorbereitung also und dann, gegebenenfalls, bei rücksichtsloser Ausnutzung der sich bietenden günstigen Konstellation ergab sich die Aussicht, den eigenen Wunsch zur Geltung zu bringen.

Um so empfänglicher war Bismarck für solche Überlegungen, da er sich seit langem auch zu der anderen Einsicht durchgerungen hatte, daß die Zuschneidung Deutschlands auf Preußen nicht ohne kriegerische Auseinandersetzung mit Österreich vor sich gehen könne. Dem Kampf der beiden deutschen Großmächte würden aber die anderen nicht gleichgültig zusehen; auch das also nötigte dazu, die internationalen Zustände zum Ausgangspunkt der deutschen Politik zu machen. Nicht von Anfang an allerdings ist Bismarck der Überzeugung gewesen, daß der gewaltsame Ausschluß Österreichs den einzig gangbaren Weg darstelle. Als er nach Frankfurt ging, da war er noch, wie er an Gerlach geschrieben hat, gut österreichisch gesinnt. Dort aber hat er binnen kürzester Zeit durch den intimen Einblick in die Bedürfnisse und in die kraß ihnen widersprechenden tatsächlichen Formen des Bundeslebens die Sicherheit gewonnen, daß die Einigung Deutschlands möglich sei nur gegen den Kaiserstaat und daß ein heilsamer Ausgang nicht anders als auf dem schmerzlichen Weg des Bruderkriegs zu erreichen sein werde. Wie Friedrich der Große den Aufstieg Preußens zur Großmacht gerade auf Kosten Österreichs vollzogen hatte, so fühlte sich auch Bismarck als dessen Gegner, weil die Zusammenschweißung der beiden Staaten innerhalb des Deutschen Bundes einen unhaltbaren Zustand ergab, der zu dauernder Reibung und damit zur Lähmung des gemeinschaftlichen Körpers führen mußte, wollte sich nicht die eine von ihnen unterordnen. Da das aber eine Forderung darstellte, die unvereinbar war mit dem Großmachtscharakter, so war eine gütliche Verständigung unmöglich. Der Sinn von Bismarcks Politik war also die Neubelebung des friderizianischen Geistes. Dem einge-

borenen Wesen des preußischen Staates getreu, durchbrach er die Entstellung der Außenpolitik durch Parteidoktrinen und kehrte zurück zu dem Machtprinzip als dem eigentlichen Regulator der zwischenstaatlichen Beziehungen. Was Napoleon III. begonnen hatte, führte er weiter: er räumte auf mit den Methoden, die während der letzten Jahrzehnte Gültigkeit besessen hatten, setzte den Schlußstrich unter die Entwicklung, in die er hineingewachsen war, und leitete hinüber in eine neue, von anderen Grundsätzen bestimmte Epoche.

Gerade wegen dieses Bekenntnisses zu dem Prinzip, das zur Entstehung des Staatensystems geführt und im Ablauf seiner Geschichte das Leitmotiv abgegeben hatte, wegen der Annahme des reinen Machtstandpunktes wurde Bismarck damals und wird er erst recht heute, unter dem Eindruck unserer Katastrophe, angegriffen. Der Vorwurf wird gegen ihn erhoben, daß ihm „jede tiefere Philosophie der deutschen Geschichte und der ganzen Weltlage gefehlt" habe; sonst hätte er den eigentlichen Beruf Deutschlands, den der übernationalen Weltorganisation, und die darin enthaltene Möglichkeit des friedlichen Zusammenlebens mit Österreich erkennen müssen. In grundsätzlich falsche Bahn habe er die deutsche Politik gelenkt und um des Traumes einer nationalen geschlossenen Großmacht willen den Weg zur wahrhaften Größe versperrt. Aber dieser Tadel fällt auf das eigene Haupt der Kritiker zurück: nicht Bismarck, sondern sie haben sich der Verkennung der bestehenden Möglichkeiten schuldig gemacht. Was sie von ihm verlangen, wäre utopistischer Idealismus gewesen, dem damals noch jede Aussicht des Erfolges mangelte. Nie ist eine Erkenntnis richtiger gewesen, als daß Deutschland Wirkung auf die anderen zu üben vermöge, erst wenn es zur Einheit gelangt sei, und daß diese erreicht werden könne nicht auf dem Boden weltbürgerlicher Ideale, sondern nur auf dem festgefügter materieller Macht. Wenn wirklich Deutschlands Beruf im Fichteschen Sinn über das Nationale hinaus liegt, so bedarf es doch — und gerade darauf hat niemand dringender als Fichte selbst hingewiesen — notwendig, um segenbringenden Einfluß auf die Welt gewinnen zu können, erst einmal der Belebung und Sammlung der eigenen Kräfte. Ein Staat, der von sich allein aus ohne Rückhalt an imponierender Machtanhäufung den Versuch unternommen hätte, idealistische Prinzipien zur Herrschaft zu bringen, würde keine glückliche Figur abgegeben haben. Sein isoliertes Vorgehen hätte nur

seinen materiellen und moralischen Zusammenbruch hervorgerufen. Das Abweichen von einer Jahrhunderte hindurch gültigen Richtung kann nur durch den gemeinsamen Willen der Völker erfolgen. Wie hätte denn Bismarck die Fähigkeit besitzen sollen, durch friedliche Zusammenarbeit mit Österreich die große Zukunft vorzubereiten, wo doch der Habsburgerstaat selbstverständlich noch ganz im Banne des Machtprinzips stand. Er würde sich ihm, ebenso wie seinerzeit Jan de Witt vor Ludwig XIV., nur wehrlos überantwortet und an den herrschenden Grundsätzen nichts geändert haben. Darum bleibt es dabei, daß bloß die Macht vorwärts führen konnte, und im Gegensatz zu den Kritikern ist gerade darin Bismarcks gewaltige Leistung zu erblicken, daß er nicht nur diesen Sachverhalt erkannt, sondern auch in der praktischen Anwendung alle sich daraus ergebenden Konsequenzen gezogen hat.

Während also Bismarck seinen Weg so nahm, daß es zur endgültigen Abrechnung kommen mußte, und durch Blut und Eisen zum Bau des Deutschen Reichs gelangen wollte, hofften alle anderen, daß Österreich und Preußen sich auch diesmal, wie schon so oft, verständigen würden. Die Notwendigkeit des Bruderkriegs wurde nicht erkannt. Eine ungeheure Tragik lag ja auch in der Tat darin, daß die Einigung der Nation nur unter Ausstoßung einer großen Zahl Deutscher zu erzielen war. Aber die Deutschösterreicher waren in erster Linie Angehörige des Habsburgerstaates, und von ihm als Bündel verschiedener Nationalitäten und als überwiegend undeutsch gewordener Großmacht mußte der neu entstehende Reichskörper sich absondern. Solange Österreich-Ungarn aufrecht stand, konnte darin keine Änderung eintreten. Falls heute, nach dem gemeinsamen Zusammenbruch, doch noch die Nation die staatliche Verbindung mit den damals verlorenen Söhnen gewinnen sollte, so würde das einen versöhnenden, aber unendlich teuer erkauften Abschluß des großen Dramas bedeuten, das der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland darstellt.

Es ist begreiflich, daß das deutsche Volk bei dem rein gefühlsmäßigen Standpunkt, den es zu der nationalen Frage einnahm, sich gegen den bitteren, von Bismarck gewiesenen Weg sperrte. Ganz allein hat er ihn deshalb betreten müssen; gegen seinen König, gegen das Parlament und gegen die leidenschaftlich aufwallende öffentliche Meinung innerhalb und außerhalb Preußens hat er seine Maßnahmen getroffen. Infolgedessen fällt aber auch der Ruhm für den Erfolg,

neben der von König Wilhelm, Moltke und Roon geleisteten militärischen Vorbereitung und Durchführung, ganz allein ihm zu. Nicht genug anzustaunen ist die Genialität seines staatsmännischen Tuns.

Weil der Entscheidungskampf der beiden deutschen Großmächte nicht bloß deren eigene Angelegenheit war, stand Bismarck vor der Aufgabe, Sicherungen zu schaffen, daß Preußen nicht noch auf andere Gegnerschaft als auf die Österreichs stoße. Die klare Einsicht in den internationalen Charakter der deutschen Frage hat ihn davor bewahrt, sich schließlich einer übermächtigen Koalition gegenüber zu befinden. Sehr zustatten kam ihm bei seinem Bemühen, Österreich vom Rückhalt an Bundesgenossen abzudrängen, der seit dem Krimkrieg zwischen Wien und Petersburg aufgeklaffte Riß; ein Hinüberschwenken Rußlands zum Kaiserstaat brauchte, vorläufig wenigstens, nicht befürchtet zu werden. Im Gegenteil neigte der Zar stark der preußischen Seite zu, Bismarcks Haltung während des Polenaufstandes beantwortete er mit einem förmlichen Bündnisangebot. Soweit wollte Bismarck indessen nicht gehen in der Besorgnis, von dem übermächtigen Partner in Abhängigkeit zu geraten, und die Ablehnung ergab die Gefahr der Kränkung. Seine Meisterschaft hat sie zu verhindern vermocht, Rußlands Wohlwollen blieb Preußen erhalten, seitdem aber konnte er auch nicht auf aktive Unterstützung zählen. Immerhin hatte auch Österreich von Rußland nichts zu erwarten, eher drohte die andere Gefahr, daß Franz Joseph von einer der Westmächte Beistand erhalte. Das hat Bismarck dadurch vermieden, daß er zum Ausgangspunkt seines Vorstoßes die schleswig-holsteinische Frage nahm. Bei ihr standen die Sympathien Englands und Frankreichs scharf auf seiten der Dänen. Der Leiter der englischen Außenpolitik, Palmerston, hatte sich schon 1848 als Feind jeder wirklich starken deutschen Einheit betätigt, und wesentlich seinem Einfluß war es zuzuschreiben gewesen, wenn das Londoner Protokoll von 1852 den vorläufigen Sieg Dänemarks gebracht hatte. Auch jetzt war keine andere Haltung von ihm zu erwarten, und ebenso war Napoleon nicht gewillt, eine Verstärkung der deutschen Großmächte zuzulassen. Wenn Bismarck also Österreich in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit bei der Stange zu halten vermochte, so ergab sich für ihn daraus der Vorteil, daß dessen Verhältnis zu den Westmächten getrübt wurde.

Gerade von dieser Frage aus das deutsche Problem aufzurollen, dafür sprach auch der Umstand, daß das Schicksal der Herzogtümer

der Gegenstand besonderer nationaler Empfindlichkeit ganz Deutschlands war. Ihr Retter vor der dänischen Vergewaltigung konnte darauf rechnen, daß seine Leistung hoch angeschlagen und daß infolgedessen die Abneigung gegen Preußen verringert werde. Andererseits allerdings stand in vollem Widerspruch zu den allgemeinen Empfindungen Bismarcks eigentliches Ziel, die Herzogtümer dem preußischen Staat einzuverleiben. Die öffentliche Meinung betrachtete vielmehr den Prinzen von Augustenburg als einzig berechtigten Anwärter, und König Wilhelm wie seine ganze Familie stimmten damit überein. So hat Bismarck auch hier wieder alle gegen sich gehabt und dennoch erreicht, was er wollte. Ihm half das Mißtrauen zwischen den Westmächten. England war durch die Andeutungen Napoleons erschreckt, daß er als Preis für sein Eintreten zugunsten Dänemarks das linke Rheinufer erwarte, und der französischen Politik wälzte Bismarck dadurch einen Felsblock in den Weg, daß er in hohem Spiel den Vorschlag des Plebiszits in den Herzogtümern annahm und sich auf diese Weise eines der Grundprinzipien der napoleonischen Politik zu eigen machte. Als nun, Bismarcks Berechnung entsprechend, Dänemark sich dagegen sperrte, verscherzte es sich Napoleons Freundschaft. So ist es gekommen, daß weder von London noch von Paris her etwas Ernstliches gegen das Vorgehen der deutschen Mächte unternommen wurde. Um die Wiener Hofburg aber nicht abspringen zu lassen, besaß Bismarck die beste Handhabe in deren Eifersucht auf eine einseitige Vermehrung der preußischen Macht. Damit der Rivale nicht allein den ganzen Gewinn des dänischen Feldzugs einsteckte, mußte Österreich bis zum Ende durchhalten, und diese Einigkeit genügte, um jeden Widerstand zu überwinden. So ist das unmittelbare Ergebnis die gemeinsame Besetzung Schleswig-Holsteins durch Österreich und Preußen gewesen. Jedoch gerade das war, wie Bismarck vorhergesehen hatte, nur geeignet, noch weiteren Konfliktsstoff anzuhäufen und die endgültige Abrechnung herbeizuführen. Der Gasteiner Vertrag verklebte zwar noch einmal die schon klaffenden Risse, aber er brachte nur einen Aufschub, der Entscheidungskampf war unvermeidlich geworden.

In raschen und gewaltigen Schlägen hat Preußen ihn zu seinen Gunsten beendet. Österreich sieht sich gezwungen, auf jede Beteiligung an Deutschland zu verzichten, und erhält den Anstoß, sich wieder seiner eigentlichen Mission im Osten Europas zu-

zuwenden. Daraus ergibt sich die Steigerung des Schwergewichtes der ungarischen Reichshälfte, seit 1867 tritt der Kaiserstaat auch nach außen hin als Österreich-Ungarn auf. Für Deutschland aber ist die Rivalität seiner beiden bisher führenden Mächte aus der Welt geschafft; was immer wieder den Anlaß zu ihrer Feindschaft gegeben hatte, ist in Fortfall geraten. Und da Bismarck in erbittertstem persönlichen Ringen es durchgesetzt hat, daß Österreich selbst trotz der völligen Niederlage keine territorialen Abtretungen zu leisten hatte, so bestand künftighin nichts notwendig Trennendes; die Grundlage war geschaffen, aus der heraus sich ehrliche Freundschaft entwickeln konnte. Wundervoll vorausschauende Mäßigung hat Bismarck in den Nikolsburger Tagen bewiesen, durch den unerhörtesten Sieg ließ er sich nicht berauschen und entging so der Gefahr, durch übertriebene Ausnützung der Gunst des Augenblicks die Zukunft zu schädigen. Sein Verhalten hat das spätere Bündnis möglich gemacht, das der Stützpunkt der deutschen Weltstellung geworden ist.

Nicht Österreich also hat 1866 die Kosten zu bezahlen gehabt, sondern die norddeutschen Mittel- und Kleinstaaten, deren Sonderexistenz sich dem preußischen Staatskörper einfügen mußte. Bismarck selbst hat sein Vorgehen dadurch motiviert, in der Politik müsse man, wenn man viele Gegner habe, zunächst den stärksten außer Spiel setzen und die schwächeren schröpfen, was im Privatleben eine sehr unritterliche Gemeinheit wäre. Preußen dehnte sich aus über die ganze Breite Norddeutschlands hin, zwischen seinen Gebietsteilen wurde die Landverbindung hergestellt. Das bedeutete einen Zuwachs an innerer Kraft und Schlagfähigkeit von solchem Ausmaß, daß er die bisher gültige Machtverteilung in Europa über den Haufen warf. Deshalb konnten die anderen Regierungen nicht gleichgültig die Dinge ihren Lauf nehmen lassen. Unmittelbar nach Königgrätz erschien Napoleons Abgesandter Benedetti im preußischen Hauptquartier, um die französischen Gegenforderungen anzumelden. Schon der Verlauf der schleswig-holsteinischen Angelegenheit hatte zutage gefördert, wie weit Napoleon sich von seiner ehemaligen Schiedsrichterstellung in Europa entfernt hatte. Konnte Bismarck jetzt ungestört seine Pläne durchführen, so drohte die moralische Führerschaft an das siegreiche Preußen überzugehen. Deshalb mußte Benedetti erklären, daß Frankreich nur gegen Bewilligung einer Kompensation sich ruhig verhalten werde. Es ist also ganz die alte mechanische Kabinetts- und Gleichgewichtspolitik:

vergrößert sich ein Staat, so hat er den anderen ebenfalls einen entsprechenden Machtzuwachs zuzugestehen, damit das Kraftverhältnis sich nicht ändere. Die Tatsache aber, daß Napoleon als solche Entschädigung unzweifelhaft deutsche Gebiete des linken Rheinufers ins Auge faßte, beweist, wie sehr für ihn das Nationalitätsprinzip nur den äußerlichen Deckmantel bedeutete, hinter dem sich seine wahren Absichten versteckten. Es stand eben damit nicht anders als früher mit dem Schlagwort der „natürlichen" Grenze.

Dieser Einspruch Napoleons und die sich gleichzeitig erhebende Gefahr, daß auch Rußland sich gegen eine allzu starke Erweiterung des preußischen Machtbereichs erkläre, sind für Bismarck der Anlaß gewesen, unbedingt auf der Schonung Österreichs und auf sofortigem Friedensschluß zu bestehen. Bis zu dessen Eintritt hat er Benedetti hinzuhalten verstanden, und nun, wo er wieder freie Hand besaß, konnte er auch Frankreich gegenüber ganz anders auftreten und brauchte ihm nicht einmal die „kleinen Spesen" zu bewilligen. Vor der Drohung eines Krieges mit Gesamtdeutschland, den die Forderung deutscher Gebiete entfesselt hätte, wich Napoleon schleunigst zurück; sein Eingreifen, an das er so hohe Hoffnungen geknüpft hatte, hat ihm nicht das Geringste eingetragen.

Noch einmal hat er den Versuch gemacht, sich in der Richtung auf den Rhein hin vorzuarbeiten, um dadurch im Innern festeren Boden unter seine Füße zu bekommen. 1867 beabsichtigte er Luxemburg dem König der Niederlande abzukaufen. Jedoch abermals mußte er vor der drohenden Haltung der von Bismarck beeinflußten öffentlichen Meinung Deutschlands zurückweichen. Seine Mittel waren durch das mexikanische Abenteuer so stark in Anspruch genommen, daß er sich den schweren Kontinentalkrieg nicht zutrauen durfte. So hat ihn sein Vorstoß nur eine erneute diplomatische Niederlage erleiden lassen, die wenig versüßt wurde durch den Verzicht Preußens auf sein Recht, in Luxemburg eine Garnison zu halten. Und auch Napoleons Griff nach Mexiko, dieser letzte Ausläufer der französischen Kolonialpolitik großen Stils in Amerika, von dem er sich den Wiederaufbau eines mächtigen überseeischen Besitzes versprochen hatte, endete mit katastrophalem Zusammenbruch. Die Vereinigten Staaten hatten anfänglich die darin liegende Verletzung der Monroedoktrin hinnehmen müssen, da der Sezessionskrieg alle ihre Kräfte lähmte. Sobald sie aber den Riß im Innern überwunden hatten und wieder einigermaßen zu Atem gekommen

waren, wendeten sie sich mit aller Schärfe gegen die französische Festsetzung und zwangen Napoleon, seine Truppen abzuberufen und Kaiser Maximilian seinem tragischen Schicksal zu überlassen. Weder von der festländischen noch von der überseeischen Außenpolitik her hat Napoleon also neue gloire gewinnen können, die Unsicherheit seiner Stellung erhöhte sich von Jahr zu Jahr. Das Kaiserreich konnte sich eben nur halten, wenn es nach außen hin die führende Rolle spielte.

Darum vermehrten sich Napoleons Versuche, sie durch die Niederhaltung des aufsteigenden Rivalen Preußen zurückzuerobern. Zu solchen Bemühungen war er auch dadurch genötigt, daß Bismarcks Taten ihn vor die Alternative stellten, entweder sich in Widerspruch zu setzen zum Nationalitätsprinzip oder dem einheitlichen Grundgedanken aller französischen Politik, die Verhinderung einer kraftvollen Zusammenfassung Deutschlands, fallen zu lassen; daß in diesem Dilemma die alte Tradition sich als das Stärkere erwies, kann nicht überraschen. Noch unmittelbar vor dem Ausbruch des preußisch-österreichischen Kriegs hatte Thiers in der Kammer mit starkem Pathos die allgemeine Überzeugung der Franzosen ausgesprochen, daß die deutsche Einheit nicht geduldet werden dürfe. Allein aber fühlte Napoleon sich nicht stark genug, Bismarck in den Weg zu treten. Infolgedessen sind die Jahre von 1867 bis 1870 erfüllt von Verhandlungen mit Österreich und Italien, und tatsächlich haben sie bis dicht an ein Bündnis geführt. Mit ihnen verflocht sich der Versuch Napoleons und Beusts, durch den Vorschlag allgemeiner Abrüstung 1870 den Gegner zu eigener Verminderung seiner Kraft zu verleiten. Als Bismarck aber ablehnte in die gestellte Falle zu gehen, wurde der Nachdruck wieder auf den Ausbau der großen Koalition gegen Preußen gelegt. Ganz fertig war sie jedoch noch nicht, als es dann zum Kriegsausbruch kam, und die verblüffende Schnelligkeit der ersten deutschen Siege ließ erkennen, wer der Gewinner des Krieges sein werde. Infolgedessen hüteten sich der Wiener und der Florentiner Hof, für eine verlorene Sache einzutreten. Dazu kam der Druck Rußlands, das als Rache für 1863 die Niederwerfung Frankreichs wünschte und keine Einmischung zu dessen Gunsten geduldet hätte, und schließlich in Wien die Haltung Andrássys, der als Vertreter der ungarischen Interessen der Revanchepolitik des Grafen Beust in den Arm fiel. Aus diesen Gründen hielt sich Österreich zurück, und ohne seine Mitwirkung ist

auch Italien ferngeblieben. Napoleon stand also ohne Bundesgenossen im Entscheidungskampf gegen Gesamtdeutschland.

Den äußeren Anlaß zu dessen Losbruch hat die spanische Frage gegeben. Gegen die Wahl eines Hohenzollernprinzen zum König von Spanien erhob sich Frankreich, es fürchtete das Wiederaufleben des Reiches Karls V., wenn in Deutschland und Spanien Angehörige derselben Dynastie auf dem Throne säßen. Viel umstritten ist die Frage, ob Bismarck durch seine zweifellose Begünstigung der spanischen Kandidatur absichtlich den Krieg entfesselt hat. Daß er den Krieg mit Frankreich als notwendigerweise kommend betrachtet hat, steht außer Frage; es lag, wie er in den „Gedanken und Erinnerungen" sich ausgedrückt hat, in der historischen Konsequenz, daß ein französischer Krieg auf den österreichischen folgen werde. Aber der Beweis, daß er den Konflikt in diesem Augenblick durch die spanische Frage heraufrufen wollte, ist nicht erbracht. Ihm waren die Werbungen Napoleons um Italien und Österreich wohlbekannt, und demgegenüber mußte er seinerseits bedacht sein, die Stellung Preußens zu verstärken oder wenigstens durch die Drohung mit einer solchen Stärkung Napoleon zum Zurückweichen zu veranlassen. Seine spanische Aktion ist die Gegenmine gegen die französischen Kriegsvorbereitungen. Ihr Sinn ist, während die Politik Napoleons in einheitlich festgehaltener Linie auf die Erwerbung deutschen Gebiets hindrängte, kein unmittelbar kriegerischer. Aber als dann durch den Verzicht des Prinzen von Hohenzollern auf die Kandidatur und durch die Nachgiebigkeit gegen Frankreichs beleidigende Forderungen Preußen eine diplomatische Niederlage zu erleiden drohte, die unter Umständen durch ihren Eindruck auf Süddeutschland das ganze Einigungswerk gefährdet hätte, da hat Bismarck, um dem zu entgehen, durch die Redaktion der Emser Depesche den Krieg entfesselt. Damit hat er keineswegs etwas getan, was ihm moralisch zum Vorwurf gemacht werden darf, sondern er hat seine Pflicht als verantwortlicher Staatsmann im höchsten und vorbildlichen Sinn erfüllt. Wirklich ernstzunehmende französische Historiker (Seignobos) haben deshalb, auch noch während des Weltkriegs, die Unterstellung der „Fälschung" zurückgewiesen, und gerade die neuesten Veröffentlichungen beweisen, wie Bismarck dabei ganz im Sinne des Königs gehandelt hat. Die Verkündigung aber an alle Welt, daß der König von Preußen die Verhandlung mit dem französischen Botschafter abgebrochen habe, konnte Frankreich nicht anders als mit

der Kriegserklärung beantworten. Das hat Bismarck gewollt; daß jedoch seine Politik vor dem 13. Juli von unbedingtem Kriegswillen beherrscht gewesen sei, ist offenbar unzutreffend.

Die Beklemmungen, mit denen Napoleon seit Jahren einem deutsch-französischen Krieg entgegengesehen hatte, haben sich nach allen Richtungen hin als zutreffend erwiesen. Frankreichs Militärmacht war dem Gegner nicht gewachsen, und die Niederlage bereitete dem zweiten Kaiserreich das Ende. Nach heroischem Widerstand hat die Republik dann in die Bedingungen des Siegers sich fügen müssen. Für die deutschen Stämme aber hat der gemeinsam errungene Schlachterfolg die Auswirkung gefunden in der politischen Einigung. Nach Italien hat auch Deutschland die Form des Nationalstaats gewonnen. Der Abschluß ist erreicht, auf den die Entwicklung seit Jahrzehnten hindrängte. Während englische Staatsmänner 1815 die Klage italienischer Patrioten kaltherzig beantwortet hatten, die Ruhe Europas erfordere die Zerstückelung der Halbinsel, hatte der Freiherr vom Stein 1812 geschrieben: „Für die Ruhe Europas ist eine der ersten Bedingungen, daß Deutschland und Italien zu großen Organismen umgestaltet werden." Das war nunmehr eingetreten, und es mußte sich zeigen, was die Folge sein und welche der beiden widerstreitenden Ansichten sich als die richtige erweisen werde. Der Prozeß der Umbildung mit allen seinen erschütternden Begleiterscheinungen ist abgeschlossen, die alte Form der Zusammensetzung der Großmächte ist zerbrochen. Ein verändertes Europa bildet die Grundlage des weiteren Geschehens und gibt der folgenden Epoche den von allem Bisherigen abweichenden Sinn und Gehalt. Die Politik steht vor neuartigen Aufgaben, die andere Methoden und andere Zielsetzung erfordern.

2. Das Zeitalter des Imperialismus 1871—1919

Die bis in die tiefsten Gründe hinabreichende Veränderung der gesamteuropäischen Verhältnisse, von der soeben gesprochen wurde, besteht vornehmlich darin, daß das Verhältnis der Mitte des Kontinents zu den alten Mächten sich in das genaue Gegenteil des Überlieferten gewandelt hat. Mit der Überwindung der heillosen Zersplitterung und der daraus folgenden ohnmächtigen Schwäche ist sie zum Staubecken gewaltigster Kraftströme geworden. Anstatt

dem Gebot der Stärkeren sich zu fügen, stellt sie den Brennpunkt dar, dessen Ausstrahlungen maßgebend sind für alles kontinentale Geschehen. Und da auch Italien den eigenen Vorteil zum Leitstern seines Handelns zu nehmen vermag, so sind den anderen die beiden wichtigsten Objekte entzogen, auf denen sie ihre Ausdehnungspolitik hatten aufbauen können. Andere Gebiete müssen sie darum ihrem Betätigungsdrang erschließen. In Europa aber findet sich kein Ansatzpunkt mehr, bei dem sich nicht alsbald die Gefahr eines Konfliktes der Großmächte erhoben hätte, so daß allzu hohes Risiko mit solchem Vorgehen verbunden gewesen wäre. Deshalb wenden sie sich wieder zu den Kraftquellen jenseits der Meere; wie im 18. Jahrhundert, aber mit unendlich verstärkter Bedeutsamkeit, tritt die Kolonialpolitik in den Vordergrund. Nicht mehr die rein kontinentalen Vorgänge sind das Ausschlaggebende, andere Interessen haben zum mindesten das gleiche Schwergewicht gewonnen. Für Europa selbst hat sich daraus zunächst eine gewisse Beruhigung ergeben, ähnlich wie nach 1815 ist eine lange Zeit des Friedens zwischen den führenden Großmächten gefolgt. Der Freiherr vom Stein hat also mit seiner Prophezeiung recht behalten, wenn man, wie es ihm natürlich war, sich auf den engen festländischen Standpunkt stellt. Die lange Dauer des Friedens ist auch dadurch verursacht worden, daß nach dem Vorbild des siegreichen Deutschland fast alle Staaten sich ein Volksheer schufen. Seitdem konnte naturgemäß der Krieg in noch erhöhtem Maße als früher nur als alleräußerstes Mittel angewendet werden, denn was bei der Heranziehung der gesamten Volkskraft zum Heeresdienst auf dem Spiele stand, war zu kostbar, um es anders als für wirklich Lebensentscheidendes einzusetzen. Die allgemeine Wehrpflicht nötigte also die Regierungen, ihre Haltung noch mehr als sonst auf die Bewahrung des Friedens einzustellen.

Zu dem Ergebnis, den weltpolitischen Zusammenhang zu befestigen und das europäische Staatensystem bloß als Teil eines weiteren Rahmens erscheinen zu lassen, führte auch der dank des Friedenszustandes eintretende rapide Aufschwung von Industrie und Handel. Je großartiger ihre Entwicklung sich entfaltete, um so mehr mußten die Staatsleitungen sich auf ihre Bedürfnisse einstellen und um so stärker war deren Einwirkung auf die Außenpolitik. Weil es galt, die eigene Wirtschaft vor schädlicher Konkurrenz des Auslands zu bewahren, wurde der Freihandel, der nach dem Vorbild der beiden großen Westmächte das herrschende Prinzip geworden

war, verdrängt durch neue Schutzzollsysteme in merkantilistischem Geiste. Damit jedoch wiederholt sich auch nach anderer Richtung das Bild des 18. Jahrhunderts: der Wirtschaftskampf konnte nicht ohne Einfluß auf die politischen Beziehungen bleiben, durch ihn ist eine neue ganz besonders empfindliche Reibungsfläche eingeschaltet worden. Für die gesteigerten Bedürfnisse der Industrien aber reichten die Europa abzugewinnenden Hilfsmittel nicht mehr aus. Deshalb verband sich der Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft, zu dem in den siebziger Jahren der Grund gelegt wurde, mit ihrer Ausdehnung über die Welt. Überseeischer Besitz sollte den Bezug der nötigen Rohstoffe gewährleisten. In den Kolonien konnten außerdem Zentren gewonnen werden, nach denen sich der Strom der Auswanderung ergoß; auf diese Weise wurde der heimischen Übervölkerung Abhilfe geschaffen und der auch in den unteren Klassen geweckten Sehnsucht nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage Befriedigung gegeben, ohne daß die abwandernden Kräfte dem Vaterland verloren gingen. Dies alles hat die europäischen Mächte in den großen überseeischen Wettbewerb eintreten lassen. Das Streben nach Kolonialbesitz ist also nicht nur der Ausfluß des Machterweiterungsbedürfnisses, sondern damit verquickt sich unablösbar das wirtschaftliche Moment. Beides steht treibend hinter den Geschehnissen, die Weltpolitik erhält ihre Signatur durch die Weltwirtschaft. Den Nachdruck aber werde ich bei meiner Betrachtung auch in diesem Zeitalter auf das Politische zu legen haben. Es würde im Rahmen dieses Buches zu weit führen, den Verästelungen der wirtschaftlichen Motive ins einzelne nachzugehen; auch scheint es mir in gewissem Sinne notwendig, der dem heutigen Zeitgeist entsprechenden allzu hohen Einschätzung von deren Einfluß entgegenzutreten. So groß er gewesen ist, wäre es doch falsch, wenn man von einer Unterordnung der Außenpolitik unter ihn reden wollte, etwa in Analogie zu den konfessionellen Einwirkungen im Zeitalter von Reformation und Gegenreformation oder zu den innenpolitischen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

An dieser Entwicklung aus Europa hinaus haben unmittelbar nach 1871 Deutschland und Italien sich noch nicht beteiligen können, weil sie zunächst vor der Aufgabe standen, die eben erst gewonnene äußere Einheit innerlich zu vertiefen und zu befestigen. Auch die geschlagenen Österreich und Frankreich waren vollauf in Anspruch genommen durch die Heilung der erlittenen Kriegswunden und durch

die Verschiebungen, die als Folgen der Niederlage innerhalb ihrer staatlichen Organisationen eingetreten waren. So blieb das Feld dem englischen und russischen Expansionsdrang offen, und beide nützten mit größter Intensität die Gunst der Lage. Weltpolitisch steht deshalb der weitaus überwiegende Teil der Epoche unter dem Zeichen des Gegensatzes zwischen England und Rußland, bis sie dann (1907) infolge des Hochkommens Deutschlands zur Verständigung gelangt sind.

England hatte sich den großen kontinentalen Entscheidungen des letzten Jahrzehnts ferngehalten, weil vorläufig durch sie seine eigentlichen Lebensinteressen noch nicht berührt wurden. Es hatte der Umwertung aller Werte abwartend als Zuschauer gegenübergestanden, die Schwächung des kaiserlichen Frankreich mit Freude, das unheimliche Anwachsen der preußischen Macht mit Mißbehagen aufgenommen. Höchst bezeichnend für den Geist der englischen Politik ist der Umschwung in der Haltung seiner Presse während des siebziger Krieges. Bei Beginn des Feldzugs hatte sie sich fast einmütig scharf gegen Frankreich gestellt, weil vom Kaiserreich noch immer der Versuch ausgesprochener Vormachtspolitik zu befürchten war; Organe wie die „Times“ haben im Laufe des ersten Kriegsmonats häufig die Schuld Frankreichs an seinem Ausbruch hervorgehoben, und diese Stellungnahme hat auch in liberalen Blättern den Ausdruck gefunden, daß Deutschlands Recht auf Elsaß-Lothringen als unbestreitbar hingestellt wurde. Aber mit Sedan ist das gründlich anders geworden. Seitdem war Frankreich ungefährlich für England, Deutschland dagegen stand in überwältigender Machtentfaltung da. Deshalb wehte der Wind nunmehr andere Töne über den Kanal herüber. Die Rücknahme der geraubten Provinzen war nicht mehr der berechtigte Siegespreis, sondern galt als Vergewaltigung und maßlose Ausnutzung des militärischen Erfolgs. Wenige Publizisten nur, wie Carlyle, sind auf dem ursprünglichen Standpunkt verblieben. Man darf also aus dieser Einmütigkeit wohl den Schluß ziehen, daß der Umfall auf Einwirkung des Foreign Office zurückgeht. Das altüberlieferte Prinzip findet eben neuerliche Anwendung, den Kurs gegen den Stärksten auf dem Festlande zu nehmen. Jedoch infolge der eindeutigen Beschränkung auf den kontinentalen Rahmen, die Bismarck vorläufig innehielt, lag für England kein Grund vor, sich ihm aktiv in den Weg zu stellen. Mit mißtrauischer Zurückhaltung beobachtete es seine Schritte, der innenpolitische Gegensatz erschwerte

ebenfalls die Verständigung, aber den eigentlichen Rivalen erblickte England noch nicht in Deutschland sondern in Rußland. Denn dessen gewaltiges Umsichgreifen in Asien, das an den Riesenunternehmungen der Bahnbauten den festen Rückhalt gewann, bedrohte unmittelbar Indien und den englischen Handel. Das Zarenreich stand auf dem Sprunge, sich zur Weltmacht größten Stils zu erheben, hier schien die Entwicklung einzutreten, die England mehr als alles andere fürchten mußte und die abzuwehren der Sinn aller seiner Politik gewesen war. Schon in den fünfziger Jahren hatte Konstantin Frantz die Kurzsichtigkeit der Kabinette verspottet, daß sie ihr Idol, das Gleichgewicht, durch die Verbindung Schleswig-Holsteins mit Deutschland gefährdet wähnten, dabei aber die Ausdehnung Rußlands in Asien harmlos hinnähmen. Wie recht er gehabt hatte, dafür öffneten sich jetzt die Augen. England erkannte, wie ernst seine Lage durch diese Vorgänge geworden war, und trat Rußland entgegen. Deshalb ist zunächst in dem englisch-russischen Widerstreit die Dominante der internationalen Symphonie zu erblicken.

Weltpolitische Rücksichten wirken also bestimmend auf die europäischen Verhältnisse ein, und damit bereitet sich die umfassende Neugestaltung der Staatengemeinschaft vor. Denn durch die Wiedereinführung der weltpolitischen Tendenz werden intime Berührungen auch zu den großen staatlichen Organisationen in fremden Weltteilen hergestellt, die bisher dem europäischen Geschehen ferngestanden hatten, und dabei erweist sich, daß es unter ihnen Machtgebilde gibt, die sich gleichwertig neben die europäischen stellen dürfen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika erlebten seit der Überwindung des Sezessionskrieges sprunghaftes Aufblühen, und je deutlicher sie sich dessen bewußt wurden, um so weniger ließ sich die selbstgewollte Isolierung im Geiste Washingtons beibehalten. Ihr wirtschaftliches Unternehmertum hatte nach Europa hin Fäden angeknüpft, die sich schnell verdichteten; vor allem Getreide und Baumwolle wurden über den Ozean herübergeschickt, so daß die Kundschaft der Alten Welt den amerikanischen Produzenten unentbehrlich geworden war. Bei dem Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft konnten die staatlichen Beziehungen nicht unbeeinflußt hiervon bleiben, aber auch in rein politischer Hinsicht begann der aufgerichtete Wall abzubröckeln. Denn das Bewußtsein, seit der Beendigung des Bürgerkrieges Rückhalt an dem einigen Gesamtstaat zu besitzen, und das daraus sich ableitende Kraftgefühl

reizten zur Erweiterung des Betätigungsfeldes. Das erfolgreiche Auftreten gegen Frankreichs Mexiko-Unternehmen war ein diplomatischer und moralischer Sieg über eine der alten Großmächte gewesen; auch dadurch wurde der Expansionsdrang noch weiter verstärkt. Deshalb fand der amerikanische Geist kein Genüge mehr an der allmählichen Durchdringung der anderen Teile des Kontinents, sondern steckte seine Ziele noch weiter. Das Zutrauen zu der Tragfähigkeit der Flügel war groß genug, um das Verlassen des eigenen Erdteils zu riskieren und die Verbindung nach Ostasien anzubahnen. Hier aber stießen die Amerikaner auf Staatskörper, die ihre Selbständigkeit nicht aufzugeben gedachten. China allerdings war von innen heraus zu sehr zerfressen, und die chinesische Staatsauffassung stand mit der machtpolitischen in zu krassem Widerspruch, als daß es sich erfolgreich hätte behaupten können. Aber Japan erwies sich, nachdem es wie Amerika selbst Herr über seine inneren Schwierigkeiten geworden war, als sehr ernst zu nehmender Machtfaktor. Keineswegs bloß die Abwehr fremder Ausbeutung und die Erhaltung der eigenen Autonomie lag in seinen Absichten, sondern bald ließ sich erkennen, daß sein Ehrgeiz dahin ging, als Vormacht den fernen Osten unter seiner Kontrolle zu halten. Das bedeutete jedoch nicht nur eine Durchkreuzung der amerikanischen Pläne; ebenso in Mitleidenschaft gezogen wurden die schon lange gehegten Hoffnungen Englands, Rußlands und Frankreichs, sich hier einnisten zu können. Ostasien wurde damit einer der Brennpunkte der weltpolitischen Ereignisse, und nach doppelter Richtung hin hat das im Laufe der Entwicklung Folgen von einschneidender Bedeutung besessen: Japan hat sich in den Kreis der Weltmächte eingeschoben, und andererseits haben die ostasiatischen Probleme auch zwischen Amerika und den europäischen Mächten engere Fühlungnahme ergeben. Zwei neue Mächte sind also in den Ring getreten. Schon die letzte Epoche hatte eine Vermehrung der Großmächte gebracht, nun ist von Übersee neuer Zuwachs gekommen. Auf diese Weise ist die Sonderexistenz des europäischen Staatensystems zu Ende gegangen, den ganzen Erdball hat fortan die Politik als ihr Feld zu betrachten. Die schlechthin entscheidende Bedeutung wie bisher kommt den Vorgängen innerhalb Europas nicht mehr zu. Künftige Historiker, die in der Lage sein werden, längeren Ablauf des weltpolitischen Zeitalters zu überblicken, werden deshalb bei der Betrachtung des Gesamtzusammenhangs wohl hier einen tiefen

Trennungsstrich ziehen: was um die Wende des 15. und 16. Jahrhunderts entstanden war und seitdem sich in fester Form erhalten hatte, fügt sich einem höheren Organismus ein und legt seine Autarkie ab. Das Weltstaatensystem saugt das europäische in sich auf.

An dieser großen Umbildung hat vorläufig der Mann noch keinen Anteil genommen, dessen Tun im übrigen den Wechsel der europäischen Konstellationen nach 1871 beherrscht hat. Zwar hat Bismarck stets mit ihr gerechnet, ihr Anregungen für seine eigenen Entschlüsse entnommen und seine Schritte den Schwankungen der Weltpolitik aufs genaueste angepaßt. Aber noch besaß er nicht die Veranlassung und auch nicht die Möglichkeit, aktiv in sie einzugreifen. Unter seiner Leitung hat das Deutsche Reich während des ersten Jahrzehnts seines Bestehens in der Bewältigung der aus Europa erwachsenden Probleme Genüge gefunden. Zahlreich und schwierig genug waren sie, um volle Konzentration zu erfordern. Der beherrschende Gesichtspunkt, unter dem Bismarck an sie herantrat und den er während der ganzen Dauer seiner Kanzlerschaft niemals preisgegeben hat, war die Sorge für die Erhaltung des Friedens. Denn Frieden brauchte er einmal aus der innenpolitischen Erwägung, daß seine Schöpfung fest in sich zusammenwachsen müsse, damit sie auf die Dauer allen Stürmen widerstehe, und auch außenpolitisch schien ihm eine klare Friedenspolitik nach allen Richtungen hin das Ersprießlichste. Mit den Grenzen von 1871 war ihm Deutschland „saturiert", es besaß im politischen Sinne alles, was es notwendig zur eigenen Existenz brauchte, so daß der Antrieb für weitere Expansion fehlte. Gleichzeitig hoffte Bismarck, auf solche Weise die anderen Mächte von ihrem an sich berechtigten Mißtrauen gegen den Neuling auf der den Großen vorbehaltenen Bühne abzubringen. Durch drei Kriege war die deutsche Einheit geschaffen worden, das legte den Fremden die Besorgnis nahe, daß auch weiterhin kriegerische Erschütterungen von ihr ausgehen würden. Wenn sie aber den ehrlichen und unbezweifelbaren Friedenswillen erkännten, meinte der Kanzler sie eher dazu bewegen zu können, sich mit der geschehenen Kraftverschiebung abzufinden. Deshalb hat er keine Gelegenheit vorübergehen lassen, sich mit Wort und Tat gegen jede Friedensstörung einzusetzen, und zwar durchaus nicht nur in Fällen, wo Deutschland selbst unmittelbar beteiligt war, sondern ganz allgemein tat er, was in seinen Kräften stand, kriegerische Konflikte der Großmächte zu verhindern, weil ihm der intime Zusammenhang unter ihnen allen

bewußt war: entstand irgendwo ein Brand, so war nur geringe Hoffnung, daß nicht die Gesamtheit in Mitleidenschaft gezogen werde. Die Vermehrung der Großmächte hatte eben auch die Reibungsmöglichkeiten erhöht, und durch den Aufschwung des Handels und die Vervollkommnung der Verkehrsmittel war eine derart enge Verflechtung der wechselseitigen Interessen eingetreten, daß eine Lokalisierung, wie sie noch im Deutsch-Französischen Krieg gelungen war, nur unter besonders günstigen Umständen erwartet werden durfte.

Den Frieden wollte Bismarck also bewahren, aber bei der Abneigung, der das Reich allenthalben begegnete, weil seine Begründung den Sonderwünschen aller Großmächte zuwiderlief, war zu dessen Sicherung unabweislich eine starke Rüstung vonnöten. Zu ihr zwang auch die geographische Lage mit der Möglichkeit des Kampfes nach mehreren Fronten. Kaum ein anderes Land ist in dieser Hinsicht in solchem Maße benachteiligt; wie England durch seine insulare Lage ungeheurer Vorteil erwachsen ist, so Deutschland durch seine zentrale Lage ungeheure Schädigung. Aber Rüstung allein konnte nicht als Heilmittel angesehen werden, es galt, sie zu ergänzen durch weise Politik und das Verhältnis zu den Nachbarn so einzurichten, daß die Gefahr sich verminderte; dann brauchten auch die militärischen Sicherungsvorkehrungen nicht zur unerträglichen Last zu werden.

Dieser Absicht Bismarcks, Europa im Friedenszustand zu erhalten, erwuchs jedoch das dauernde Hemmnis durch die Art der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Von vornherein erschien eine aufrichtige Verständigung kaum möglich, und in der Tat ist der Antagonismus beider Länder eine der Konstanten des ganzen Zeitalters geblieben. Als Grund, warum der französische Revanchewille nicht zur Ruhe gekommen ist, wird nicht nur von deutschfeindlicher Seite immer wieder der Frankfurter Vertrag angeführt: durch die Losreißung Elsaß-Lothringens sei die diplomatische Auswertung des Sieges derart überspannt worden, daß die Versöhnung nicht eintreten konnte. Gewiß hat sie die Kluft verbreitert, aber auch sonst hätte diese sich wohl kaum überbrücken lassen. Aus der gesamten französischen Geschichte und Geistesart darf die Vermutung mit aller Berechtigung abgeleitet werden, daß das Volk auch bei milderen Bedingungen die Niederlage nicht verwunden haben würde. Man muß bedenken, was dem französischen Ehrgeiz

und der nationalen Empfindlichkeit zugestoßen war: an Stelle des Traumes, an der Spitze Europas zu stehen, war die Wirklichkeit des militärischen Zusammenbruchs getreten. Und man muß als besonders erschwerend daneben die Tatsache halten, daß diese Beeinträchtigung des französischen Kriegsruhms, in den die Nation stets ihren höchsten Stolz gesetzt hat, ausgegangen war von einem einzelnen Gegner. Sonst war Frankreich, seitdem es sich zu so stolzer Höhe emporgerungen hatte, niedergeworfen worden immer nur durch die Verbindung mehrerer oder gar aller Staaten; jetzt war es einem Einzelnen im Zweikampf erlegen, und überdies war der Überwinder der alte Erbfeind, auf den höhnisch herabzusehen Frankreich sich gewöhnt hatte. Das senkte einen herben Stachel in die Wunde, und er genügte, um den Haß gegen diesen einen Sieger wachzuhalten. Dazu aber kam noch als das Entscheidende, daß die Reichsgründung eine Verletzung des obersten Prinzips aller französischen Politik, der Aufrechterhaltung der Ohnmacht Deutschlands in sich schloß. Die Machtlosigkeit der Mitte des Kontinents war stets als notwendige Voraussetzung für die erhoffte große Stellung Frankreichs betrachtet worden. Es wäre der Bruch mit der gesamten Tradition gewesen, wenn nicht der Wunsch beibehalten worden wäre, das Geschehene wieder rückgängig zu machen. Aus dem Nationalcharakter also wie aus der großen Überlieferung ergab sich die Unversöhnlichkeit Frankreichs. Die Berufung auf die gegen den Willen der Bevölkerung geschehene Annexion — wobei übrigens zu bedenken ist, daß nur ein Teil von ihr die Möglichkeit besaß, in der Nationalversammlung von Bordeaux zu Worte zu kommen — ist mehr ein Agitationsmittel gewesen, wenn auch eines von denkbar hoher Wirksamkeit, als daß darin das eigentlich treibende Motiv des Revanchewillens erblickt werden dürfte. Wer als Beweis dafür, daß ohne die Abtretung der Provinzen Frankreich sich mit der Niederlage abgefunden hätte, den Vergleich mit der Zeit nach 1815 anführt, wo es in der Tat keine Revanchepolitik getrieben hat, der übersieht, daß damals der Sieg errungen war von der Gesamtheit aller anderen und daß demzufolge der Punkt fehlte, gegen den der Vergeltungswille sich hätte richten können. Nach 1871 lagen die Dinge völlig anders.

Deshalb war Bismarcks Gedankengang richtig, die Feindschaft Frankreichs als sichere und dauernde Hypothek auf Deutschlands Stellung anzusehen. „Frankreich hat uns Sadowa nicht vergessen und wird uns Sedan niemals verzeihen." Daraus hat er zunächst

einmal die Notwendigkeit abgeleitet, daß im Friedensvertrag die Verteidigungsstellung Deutschlands so stark wie nur möglich ausgebaut werde, und deshalb der Forderung des Generalstabs, auch Metz in die neue Grenzlinie einzubeziehen, nachgegeben. Dann hat er aber auch in seinem weiteren Verhalten die Folgerung gezogen, daß im deutschen Interesse Frankreich nicht wieder zu solchen Kräften gelangen dürfe, wie sie der Revanchekrieg erforderte. Das zu erreichen, schien ihm die Aufrechterhaltung der Republik ein geeignetes Mittel: die inneren Streitigkeiten würden, so meinte er, alle Lebendigkeit des Landes absorbieren. Aber welche Staatsform Frankreich auch annahm, auf keinen Fall konnte es sich allein an Deutschland heranwagen; das Maß des Umschwunges tritt hierin besonders deutlich zutage. Darum mußte für den Kanzler das Entscheidende sein, ihm jede starke Bundesgenossenschaft vorzuenthalten. Unmittelbar nach der Niederlage war Frankreich sowieso nicht bündnisfähig, in diesem Zustand sollte also nach der Absicht Bismarcks keine Änderung eintreten. Die Besorgnis, daß sich um Frankreich eine gegen das Deutsche Reich gerichtete Allianz gruppiere, stand hinter allen seinen Handlungen. Ihn drückte, nach Peter Schuwalows Ausspruch, „le cauchemar des coalitions". Diesen Sinn seiner Politik hat er selbst 1882 im Reichstag in die Worte gekleidet: „Wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgendein Verdienst zulegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Koalition gegen Deutschland seit dem Jahre 1871." Damit nicht ein solches Bündnis seiner Feinde zustande komme, hat er alle Staaten, an die Frankreich sich gegebenenfalls wenden konnte, zu sich herüberzuziehen gesucht und das Reich mit einem System eigener Allianzen umgeben. Als bedeutsame Erleichterung kam ihm dabei zustatten, daß er anfänglich seine Aufmerksamkeit bloß den festländischen Staaten zuzuwenden brauchte und England außer acht lassen konnte. Denn solange nicht in Frankreichs Kräftezustand gründliche Änderung eintrat, war ein Bündnis der Westmächte, trotz der Gemeinsamkeit liberaler Prinzipien, nicht zu befürchten. England hütete sich, an einen Staat sich zu binden, der ihm im Augenblick in keiner Weise etwas zu bieten hatte. Für Bismarck aber war es von unbezahlbarem Wert, daß er infolgedessen die Annäherung an Rußland betreiben konnte, ohne besorgen zu müssen, dadurch England in die Arme Frankreichs zu stoßen. Deshalb hat er alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt, um den Zaren zu gewinnen.

Noch während des Krieges hatte er Gelegenheit gehabt, sich ihm in einer wichtigen Frage gefällig zu erweisen. Rußland hatte den Augenblick, wo die Abrechnung zwischen Deutschland und Frankreich die gespannte Aufmerksamkeit aller Mächte erforderte, benutzt, um die demütigende Bestimmung des Pariser Kongresses von 1856 abzuschütteln, die ihm die Unterhaltung von Kriegsschiffen auf dem Schwarzen Meer untersagte. Das war die Vorbereitung einer erneuten Annäherung an das Mittelmeer, und zum Dank für die wohlwollende Neutralität, die es Deutschland gegenüber beobachtete, hatte Bismarck ihm dabei sekundiert, obwohl die Art des russischen Vorgehens keineswegs seine ungeteilte Freude erweckte. Dadurch war das Verhältnis der beiden Staaten schon günstig beeinflußt worden. Allerdings ruhte die Leitung der russischen Politik in den Händen des Fürsten Gortschakoff, der Bismarck tief antipathisch war und dies Gefühl von Herzen erwiderte; ehrliches Vertrauen hat zwischen ihnen niemals aufkommen können. Aber dem wurde die Wage gehalten durch die engen Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm und Alexander II., die in dem Worte des Zaren zum Ausdruck kamen, daß er in seinem Onkel seinen besten Freund erblicke. Darum waren Bismarcks Aussichten keine schlechten, die Reichspolitik auf Rußland stützen zu können, um so weniger, als er gleichzeitig mehrere Methoden anwenden konnte, um den Zaren von der Notwendigkeit des Zusammenstehens beider Mächte zu überzeugen.

Sein erstes Mittel war die Berufung auf die gemeinsame Gegnerschaft gegen den Klerikalismus. Bismarcks Eintritt in den Kulturkampf ist zum guten Teil durch die außenpolitische Erwägung verursacht worden, durch Herstellung einer großen antiultramontanen Einheitsfront die Mächte auf seine Seite zu bringen, die wie er feindlich zur Kurie standen. Auf dem vatikanischen Konzil war die Weltmacht der katholischen Kirche so fest organisiert worden, daß sie auch in allen politischen Dingen nicht übersehen werden durfte; dabei war es aber selbstverständlich, daß die Brücke nicht leicht zu schlagen sein werde zwischen ihr und der sich auf das protestantische Preußen aufbauenden Großmacht, deren Entstehung den Sieg über die beiden besten staatlichen Stützen des Katholizismus zur Voraussetzung gehabt hatte, über Österreich und über das im Klerikalismus verwurzelte Kaisertum Napoleons. Die Kurie lag aber außer mit Deutschland in Fehde mit Italien seit der Beseitigung des

Kirchenstaats und mit Rußland, vor allem über die Frage der polnischen Katholiken. So konnte Bismarck hoffen, mit beiden Staaten eine auf dem Gegensatz gegen den Klerikalismus beruhende Interessengemeinschaft auszubilden, deren weitere höchst erwünschte Folge ihre Fernhaltung von Frankreich gewesen wäre, weil dort der Ultramontanismus nach wie vor einen der stärksten Faktoren darstellte. Diese Erwartung hat ihm bei seiner Überzeugung, auf keinen Fall um den Kampf mit dem Vatikan herumzukommen, den Entschluß leichter gemacht, den offenen Kriegszustand herzustellen; nicht ganz war ihm dabei die Kraft des Gegners, den er sich auflud, und demzufolge die Tragweite seines Beginnens bewußt.

War dies das eine Mittel, um Alexander zu sich herüberzuziehen, so stand ihm noch eine andere Art der Einwirkung zu Gebote in der Betonung der Solidarität der konservativen Monarchien. Der Hinweis, daß nur gemeinsames Vorgehen die umstürzlerischen Bewegungen unschädlich zu machen vermöge, war geeignet, großen Eindruck hervorzurufen. Obgleich Bismarck persönlich in seiner Haltung zu den außenpolitischen Problemen sich von jeder Beeinflussung durch derartige Überlegungen freihielt, entnahm er dies Schlagwort der Innenpolitik, weil es ihm zur Erreichung seines Zweckes behilflich sein konnte. Die Befangenheit der anderen, von der er selbst losgekommen war, verwandte er als Hebel, und der Erfolg war ein vollständiger.

Denn nicht nur der Zar sondern auch Österreich-Ungarn ließ sich zu einer Politik mit solchem Vorzeichen bewegen. In Wien war mit dem Sturze Beusts die Einstellung gegen Deutschland und die Gefahr eines Revanchestrebens überwunden, Andrássy als Ungar hatte nicht den Wunsch nach Wiederaufnahme von Plänen, wie Schwarzenberg sie verfolgt hatte. Sein Blick ging vielmehr nach dem Osten und Süden, jedoch erlaubte ihm der Kräftezustand der Donaumonarchie noch nicht ein derartiges Ausholen, daß sich alsbald der Zusammenprall mit den russischen Balkaninteressen eingestellt hätte. Auch aus dem Grunde war von einer Rivalität der beiden großen Ostmächte im Augenblick noch nicht die Rede, weil für das Zarenreich nicht der Balkan sondern Asien im Vordergrund stand. Infolgedessen hat Bismarck keine allzu großen Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, um die seit dem Krimkrieg zwischen Petersburg und Wien herrschende Verstimmung zu beseitigen und mit beiden Nachbarstaaten zum Abschluß zu gelangen. Seine

Hoffnung war das gewesen bereits unmittelbar nach dem Nikolsburger Frieden, jetzt hat er diesen Plan verwirklichen können. Schon in dem auf den Frankfurter Frieden folgenden Jahr stand Europa vor der fertigen Tatsache des Dreikaiserbündnisses. Es war ein Triumph von Bismarcks Staatskunst: der Rückhalt an Österreich-Ungarn und Rußland enthob ihn jeder Gefahr; solange er ihn zu behaupten vermochte, hatte er nichts zu befürchten. Denn die Verbindung mit diesen beiden Partnern ergab eine Kraftkonzentration, der auf keine Weise etwas Gleichwertiges entgegenzustellen war, und da die Führung in ihr deutlich bei Bismarck ruhte, war Berlin zum Zentrum der europäischen Politik geworden. Ein Bündnis in der äußeren Gestalt der Heiligen Allianz sollte also die feste Stütze des Deutschen Reiches abgeben, und auch insofern ist eine Analogie zu ihr festzustellen, als die Verständigung erfolgt ist unter dem Motto des Konservativismus und der Festigung des monarchischen Prinzips. Aber der Unterschied besteht darin, daß bei dieser abermaligen Übereinkunft zwischen den drei Mächten Deutschland den Ton angab, während in der Heiligen Allianz Preußen an letzter Stelle gestanden hatte, und daß Bismarck weit davon entfernt war, wie Metternich das Bündnis zum Träger einer Interventionspolitik zu machen und die innenpolitischen Schlagworte, die ihm seine Schöpfung ermöglicht hatten, auf sein weiteres Handeln einwirken zu lassen.

Mit diesem Verzicht jedoch fiel auch ein Bindemittel fort, das vielleicht das Überwuchern des machtpolitischen Egoismus und der sich aus ihm ergebenden Zerfallgefahr hätte hintanhalten können. Wenn die Verbündeten wieder außenpolitische Erwägungen, unabgeschwächt durch andere Motivreihen, zum Ausgangspunkt ihres Handelns nahmen, mußten bei ihrer Großmachtsnatur ganz selbstverständlich um so leichter Reibungen und Gegensätzlichkeiten eintreten. Nicht sehr lange hat es deshalb gedauert, bis die ersten Lockerungen des Einverständnisses erkennbar wurden. Sie standen im Zusammenhang mit der sich anbahnenden Umänderung der Prämissen aller europäischen Politik durch das verblüffende Maß und Tempo, in dem Frankreich sich erholte. Thiers hat die gewaltige Leistung vollbracht, die für unerschwinglich gehaltene Kriegsentschädigung bereits anderthalb Jahre vor dem fälligen Termin abzubezahlen und das Land von der moralisch und materiell drückenden Last der Okkupation zu befreien. Das war schon ein Zeichen der Wieder-

kehr und Sammlung der inneren Kräfte gewesen, trotz aller Anfechtungen fand sich die Republik auf dem besten Wege, ihren Platz in der vordersten Reihe der Mächte wieder einzunehmen. Sobald sie aber die Bündnisfähigkeit zurückgewann oder auch nur zurückzugewinnen schien, durfte Bismarck sich nicht mehr einseitig auf das Dreikaiserbündnis einstellen, weil er sonst die Gefahr des englisch-französischen Zusammenschlusses und der Neubelebung der alten Scheidung Europas in das westliche und östliche Lager heraufbeschworen hätte. Trotz seines Bündnisses mit dem Zaren mußte er also England Entgegenkommen beweisen. Aber in Petersburg weckte diese Haltung Zweifel an seiner Zuverlässigkeit und den Wunsch nach Gegengewichten, durch die ein allzu starkes Wachstum des als unsicher geltenden Bundesgenossen verhindert werden könnte. Die Lösung, die manche Franzosen nach 1871 sofort als den einzig gangbaren Weg bezeichnet hatten, der Zusammenschluß der beiden Flügel gegen die starke Mitte, begann auch in Rußland Anhänger zu finden, trotz der Verschiedenheit der inneren Staatsformen. Auch hier also macht sich die Befreiung der Außenpolitik von den innenpolitischen Rücksichten geltend, wie Bismarck sie predigte und praktisch betätigte, hier aber brachte die Anwendung dieses Prinzips dem Leiter der Reichspolitik schwere Beeinträchtigung. Die Lage Deutschlands ist seitdem viel schwieriger und komplizierter geworden; von da an setzt sein Ringen gegen das Zustandekommen einer gegnerischen Koalition erst im eigentlichen Sinn ein.

In welchem Maße das Dreikaiserbündnis sich durch diese Verschiebung gelockert hatte, bewies die angebliche Kriegsgefahr des Jahres 1875. Die wiedergewonnenen Kräfte suchte Frankreich zu ergänzen und zu sichern, indem es größte Anstrengung auf die Vervollkommnung seiner militärischen Rüstung verwandte, und zwar in einem Maße, daß der deutsche Generalstab den Beginn der Mobilmachung und des Revanchekriegs zu erkennen meinte. Moltke drang deshalb darauf, zuvorzukommen und Frankreich endgültig niederzuschlagen, solange die deutschen Armeen noch sichere Überlegenheit besäßen. Aber Bismarck hat damals wie späterhin den Präventivkrieg als eine Art Selbstmord aus Furcht vor dem Tode bezeichnet und ihn verhindert. Nur glaubte er die Gelegenheit benutzen zu sollen, um durch inspirierte, kriegerisch gehaltene Zeitungsartikel den Franzosen die Gefahr zu verdeutlichen, die sie

mit der intensiven Betreibung ihrer Rüstung liefen, und gleichzeitig Klarheit über die Haltung der anderen Mächte zu gewinnen. Was sich aber dabei herausstellte, war nicht eben erfreulich für Deutschland. Denn Bismarcks Anklopfen wurde mit der Kundgebung des Entschlusses beantwortet, auf keinen Fall noch weiteren Ausbau der überragenden Stellung des Reichs hinzunehmen. Das allgemeine Mißtrauen, mit dem die Reichsgründung aufgenommen worden war, hatte sich also noch nicht überwinden lassen. Die beiden weltpolitischen Gegner England und Rußland fanden sich zusammen in einer Aktion gegen die Macht der Mitte, die Tiefe des Eindrucks wird dadurch beleuchtet, den die ungeheure Entfaltung der deutschen Kraft hervorgerufen hatte. Trotz der rein europäischen Einstellung der Politik Bismarcks hielten beide Weltmächte es für nötig, ihm in den Weg zu treten, und zwar ist dabei nicht, wie man früher annahm, Rußland, sondern England die treibende Kraft gewesen. Sachlich war ihre Demarche in Berlin überflüssig, weil Bismarck den Krieg gar nicht wollte, aber er hatte mit ihm gedroht, und als er nun der Drohung nicht die Tat folgen ließ, da hatte es den Anschein, als ob er vor dem Einspruch zurückgewichen sei. Gortschakoff ließ sich die Möglichkeit eines persönlichen Triumphes nicht entgehen: von Berlin gab er den Erlaß heraus, in dem er die Bewahrung des Friedens dem Eingreifen der Mächte, das hieß natürlich vor allem dem eigenen Verdienst zuschrieb. Lag darin schon eine tiefe Verletzung für Bismarck, so war die noch schlimmere Folge für ihn, daß gerade im Hinblick auf Frankreich das Gegenteil des Gewollten sich ergab: anstatt es einzuschüchtern, war ihm die Sicherheit geworden, daß Europa es nicht hilflos der überlegenen deutschen Macht ausliefern werde. Es ist die erste diplomatische Niederlage, die Bismarck erleidet. Die Krisis hat also den einen seiner Partner im Dreikaiserbündnis nicht mehr an seiner Seite gefunden. Infolgedessen ist nicht nur das persönliche Verhältnis der beiden Kanzler verschärft worden, sondern auch sachlich hat die Intimität der deutsch-russischen Beziehungen erheblich gelitten. Der beide Länder verknüpfende Draht besaß seitdem nicht mehr genügende Widerstandsfähigkeit, um die neue schwere Belastung auszuhalten, wie sie in den folgenden Jahren durch das Wiederauftauchen der orientalischen Frage gegeben wurde.

Unter dem ständig wachsenden Einfluß der panslawistischen Ideen, die damals in Dostojewski und Danilewski Vorkämpfer von außer-

ordentlicher geistiger Bedeutung und daneben eine Reihe überaus geschickter publizistischer Agitatoren besaßen, nahm Rußland, diesmal gleichzeitig mit dem Vordringen nach Asien hinein, seinen Drang nach Konstantinopel mit voller Stärke wieder auf. Sein dortiger Botschafter Ignatiew, dem die Türken, in richtiger Kennzeichnung der Persönlichkeit und ihrer diplomatischen Mittel, den Beinamen „Mentir-pacha“ zugelegt haben, war der Exponent dieser Richtung innerhalb der russischen Diplomatie, so daß die Übernahme der Kanzlerschaft durch ihn, wie sie in den achtziger Jahren mehrfach bevorzustehen schien, jedesmal die Ruhe Europas gefährdete. Das Ziel der Panslawisten war die Befreiung der christlichen Balkanvölker, wofür die türkische Mißwirtschaft als Vorwand herzuhalten hatte, aber unter Befreiung wurde nur die Vertauschung der türkischen mit der russischen Bevormundung verstanden. Diese Ausdehnung der russischen Machtsphäre konnte aber Österreich-Ungarn nicht teilnahmelos hinnehmen. Schon die Existenz selbständiger christlicher Balkanstaaten mit ihrer Anziehungskraft auf die Blutsverwandten innerhalb des österreichisch-ungarischen Staatsverbandes gefährdete dessen Zusammenhalt, erst recht aber schien die Festsetzung des Zarismus an der südöstlichen Grenze unerträglich. Sobald dieser Versuch unternommen wurde, stemmte Andrássy sich ihm entgegen. Während also die erste Erschütterung des Dreikaiserbündnisses der russisch-deutschen Gegensätzlichkeit entwachsen war, ist es in die Brüche gegangen durch den Konflikt zwischen Rußland und Österreich-Ungarn.

Daß die von Bismarck als Stütze der Reichspolitik gewählte Konstellation sich nicht mehr lange würde halten lassen, ging aus der Anfrage hervor, die im Herbst 1876 Zar Alexander aus Livadia an ihn richtete, ob Deutschland im Falle eines russisch-österreichischen Krieges neutral bleiben werde. Diese „Doktorfrage“, wie Bismarck sie genannt hat, bewies, daß das Barometer auf Sturm stand und daß er binnen kurzer Zeit zwischen seinen beiden bisherigen Bundesgenossen zu wählen haben werde. Die „entente à trois“ würde durch eine „à deux“ zu ersetzen sein. Um dem Panslawismus einen Dämpfer aufzusetzen, erteilte Bismarck die unmißverständliche Antwort, daß Deutschland die entscheidende Schwächung eines seiner beiden großen Nachbarn nicht dulden könne. Gortschakoff wußte demnach, daß er bei der Niederwerfung Österreich Ungarns auch auf Deutschlands Gegnerschaft stoßen würde. Aber als letztes Wort

hatte Bismarck dieſen Beſcheid keineswegs gemeint, vielmehr ſuchte er die Verhandlungen durch die Gegenfrage weiterzuleiten, ob Rußland für den Preis voller Handlungsfreiheit auf dem Balkan einen Garantievertrag über den deutſchen Beſitz Elſaß-Lothringens einzugehen bereit ſei. Noch alſo war der Kanzler nicht entſchloſſen, unter allen Umſtänden ſich für Öſterreich-Ungarn einzuſetzen; er hätte es damals vielleicht preisgegeben, wenn er bei Rußland Sicherung gegen einen eventuellen franzöſiſchen Angriff erlangt hätte. Aber Gortſchakoff hat dieſe Anregung brüsk von ſich gewieſen und erkennen laſſen, daß auch die weiteſtgehenden Konzeſſionen ihn nicht zu irgendeiner Bindung bewegen könnten, aktiv an der Wahrung der deutſchen Lebensintereſſen teilzunehmen. Er dachte nicht daran, die Aktionsfreiheit aufzugeben, die ſich 1875 ſo glänzend für ihn bewährt hatte. Die ſchwere Laſt, die auf die deutſche Politik mit der ſicheren Feindſchaft Frankreichs drückte, wollte er nicht von ihr nehmen, indem er ſelbſt ſich entſchieden gegen die Republik wendete. Auch weiterhin beabſichtigte er, ſich aus der Stellung des von Deutſchland und Frankreich Umworbenen nicht verdrängen zu laſſen. Eigentlich iſt alſo ſchon in dieſem Herbſt 1876 die Lage geſchaffen worden, aus der heraus zwangsläufig Bismarcks Option für Öſterreich-Ungarn und nicht für Rußland erfolgen mußte.

Auf den Zaren aber hat Bismarcks Warnung einen ſolchen Eindruck gemacht, daß er nicht rückſichtslos auf der Bahn weiterſchritt, in die ihn die Panſlawiſten hineinreißen wollten. Um nicht bei dem bevorſtehenden Türkenkrieg die Gefahr des Zuſammenſtoßes mit dem von Deutſchland geſtützten Öſterreich-Ungarn zu laufen, hat er ſich zur Freude Bismarcks in direkte Verhandlungen mit der Hofburg eingelaſſen und in einer geheimen Konvention vom Januar 1877 ihre Neutralität durch die Teilung des Balkans in eine öſterreichiſche und eine ruſſiſche Intereſſenſphäre erkauft. Noch einmal ſchien der Bruch der drei Kaiſermächte verhütet. Aber als dann der Krieg losbrach und nach anfänglichen Mißerfolgen der Ruſſen der Zuſammenbruch der Türkei eintrat, hat Alexander der Verſuchung nicht widerſtehen können, ſich über dieſe Abmachungen hinwegzuſetzen und ohne jede Rückſichtnahme auf Öſterreich-Ungarn den vollſtändigen militäriſchen Sieg ebenſo vollſtändig in den Friedensbedingungen zum Ausdruck zu bringen. Er machte Miene, Konſtantinopel an ſich zu nehmen und die langgehegte Sehnſucht nach der freien Ausfahrt aus dem Schwarzen Meer zu erfüllen.

Das aber wäre ein Ereignis von so unübersehbarer Tragweite gewesen, daß es nicht nur Österreich-Ungarn sondern auch England auf den Plan rufen mußte, um so mehr als mit dem Kabinettswechsel von 1874 ein durchgreifender Wandel in der Stellung der Londoner Regierung zu den großen Fragen der Weltpolitik eingetreten war. Die Leitung der Geschäfte lag nicht mehr in den Händen William Gladstones, in dem sich die freihändlerischen und jeder aktivistischen Haltung abholden Prinzipien der liberalen Partei verkörperten, sondern sein großer Gegenspieler Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield, war ans Ruder gekommen. Schon 1866 hatte er England einen mehr asiatischen als europäischen Staat genannt und dann später mit all seinem agitatorischen Geschick das ihm von einem Angehörigen der Gegenpartei, dem Radikalen Charles Dilke, gebotene Schlagwort des „größeren Britannien" ergriffen. Diese Entstehungsgeschichte des modernen britischen Imperialismus läßt erkennen, wie falsch es ist, ihn als Programm einer Partei aufzufassen; er entspricht vielmehr den wirksamsten Kräften und Tendenzen des englischen Staates. Wenn auch Beaconsfield zweifellos ihn als innenpolitisches Agitationsmittel benutzt hat, so ist dennoch die Deutung seiner Außenpolitik, daß ihm der Imperialismus nur „Phrase" und „Spielzeug" gewesen sei (Schumpeter), unhaltbar. Die Weltstellung Großbritanniens, deren Rückgrat er in Indien sah, war ihm ein Heiligtum, woran nicht gerührt werden durfte, und deshalb war es für ihn eine Selbstverständlichkeit, einer Gefährdung aktiv zu begegnen, wie sie sich aus der Annäherung Rußlands an die indische Grenze ergab. Seine Gegenmaßregel war, zur Sicherung der Verbindung mit Indien, der Ankauf der Suezkanalaktien, wodurch er den Grund zur englischen Okkupation Ägyptens legte, und es war ein Warnungssignal an Rußland, wenn er 1876 die Königin Viktoria zur Annahme des Titels „Kaiserin von Indien" bewog. In Asien also rückten sich die beiden großen Gegner immer dichter an den Leib. Dadurch schon hatte ihr Verhältnis den Charakter der Hochspannung angenommen, auf des Messers Schneide aber wurde es gestellt, als sich nunmehr auch der Gegensatz im nahen Orient hinzugesellte.

Entsprechend den Überlieferungen seiner Politik hielt England im eigenen Interesse seinen Arm über die Türkei. Beaconsfield ließ die Flotte ins Marmarameer einlaufen und verhinderte auf diese Weise den Einzug der russischen Truppen in die türkische

Hauptstadt. Denn die vollbrachten Leistungen hatten die Kräfte des Zarenreichs in einem Maße in Anspruch genommen, daß es unmöglich auch noch das Risiko eines Krieges mit England tragen konnte. Unmittelbar vor den Toren Konstantinopels wurde daher in San Stefano der Friede abgeschlossen, immerhin noch unter Bedingungen, die der Türkei schwere Opfer auferlegten. Die christlichen Balkanvölker sollten von ihr abgetrennt und dem russischen Protektorat unterstellt werden, so daß Österreichs Interessen gänzlich beiseite geschoben waren und auch England sich durch die Verstärkung des russischen Drucks in der Richtung auf das Mittelmeer beeinträchtigt fühlte. Die Panslawisten waren der Meinung gewesen, daß mit der vollendeten Tatsache die Mächte sich abfinden würden, aber das erwies sich als großer Irrtum. Der energische Einspruch Österreich-Ungarns sowohl wie Englands erzeugte die Gefahr des allgemeinen Kriegs, und erst nach monatelangen, mühseligen Unterhandlungen wurde der Ausweg betreten, die strittigen Fragen durch einen gesamteuropäischen Kongreß unter Bismarcks Vorsitz zu lösen.

Das Ergebnis des Berliner Kongresses war, daß Rußland vor der Einigkeit der anderen zurückweichen und in erhebliche Beschränkung der Bedingungen von San Stefano zugunsten der Türkei willigen mußte. Erzwungen worden ist dies im wesentlichen durch die feste Haltung der englischen Bevollmächtigten Beaconsfield und Salisbury. Mehr als einmal schien der Abbruch der Beratungen und damit der Krieg unvermeidlich, und nur Bismarcks Bemühungen war es zu danken, wenn schließlich die Verständigung doch erzielt worden ist. Trotzdem richtete sich das Mißvergnügen der Russen nicht gegen ihren Hauptgegner, sondern gegen Deutschland. Weil Bismarck den Vorsitz geführt hatte, machten sie ihn für den unbefriedigenden Ausgang verantwortlich und beschuldigten ihn, nicht wirksam genug ihre Sache verfochten zu haben. Aus der orientalischen Frage leitete sich also, obwohl Deutschland an ihr gar kein direktes Interesse besaß, die entscheidende Verstimmung zwischen Berlin und Petersburg her. Bismarck hatte das von vornherein befürchtet und deshalb sehr ungern nur die Rolle des Vermittlers übernommen; ausschließlich weil er darin das letzte Mittel sah, den Frieden zu retten, hatte er sich bereit finden lassen. Äußerlich zwar ist der Kongreß als Höhepunkt der internationalen Machtstellung des Kanzlers anzusprechen, aber diesem Glanz entspricht die wirk-

liche Sachlage insofern nicht, als durch die damaligen Vorgänge wieder neuer Grund zur Entfremdung Rußlands von den beiden anderen Kaisermächten gelegt wurde. Seitdem beginnt die Zeit der gewaltigen diplomatischen Schwierigkeiten, über die Bismarck nur durch vorsichtigstes und kunstvollstes Lavieren Herr zu werden vermochte, und die ihn in den achtziger Jahren zum Ausbau eines immer verwickelteren und immer weniger durchsichtigen Systems genötigt haben.

Unabweisbar drängte sich Bismarck, da ihm Rußland zu entgleiten drohte, der Wunsch auf, Ersatz dafür zu finden in besseren Beziehungen zu England. Ihm war bewußt, daß der einflußreichste Mann Frankreichs, Gambetta, genau wie früher Thiers, als Ideal den englisch-russisch-französischen Zusammenschluß gegen Deutschland anstrebte. Unter den veränderten Verhältnissen mußten solche Pläne durchaus nicht mehr so aussichtslos erscheinen, wenn es nicht Bismarck gelang, mit England auf freundschaftlichen Fuß zu kommen. Schon in der Mitte der siebziger Jahre, als die ersten Anzeichen der Abwendung Rußlands erkennbar wurden, hatte Bismarck in London über die Möglichkeit eines Bündnisses sondieren lassen; obwohl er damals auf glatte Abweisung gestoßen war, warf er jetzt den gleichen Gedanken in die Debatte und traf diesmal auf bereitwilliges Entgegenkommen, teils infolge seiner guten persönlichen Beziehungen zu Beaconsfield, die sich auf dem Kongreß angesponnen hatten, teils infolge der Fortdauer der englisch-russischen Spannung über den Orient. Denn England brauchte gegen den Aufstieg der russischen Weltmacht Anlehnung an einen starken kontinentalen Bundesgenossen, in seiner Vereinzelung war ihm unbehaglich geworden. Deshalb ist von beiden Seiten in der nächsten Zeit sehr ernstlich an der Verständigung gearbeitet worden; der Plan ist so weit gediehen, daß in London schon ein fertiger Entwurf für einen festen Bundesvertrag ausgearbeitet war. Es ist allerdings falsch, das Bündnis mit England als Bismarcks eigentliches Ziel ansprechen zu wollen. Noch ging er nicht mit voller Energie darauf los, weil er die Hoffnung auf Rußland nicht aufgegeben hatte. Aber eifrig war er bemüht, sich für den Notfall diesen Weg offen zu halten. Wieder einmal also war der Gedanke aufgetaucht, den Wilhelm v. Humboldt 1815 angeregt hatte; England und Deutschland zogen die völlige Umstellung ihrer Politik infolge des gemeinsamen Gegensatzes gegen Rußland in Erwägung. Und Vollendung

ſchien dieſe Tendenz zu finden in der Anbahnung beſſerer Beziehungen zwiſchen Deutſchland und Frankreich. Der Beginn des ſpäter mit aller Energie betriebenen Verſuchs, die Franzoſen durch koloniale Erfolge von der Vogeſengrenze abzulenken, iſt in den Verſicherungen zu erblicken, die Bismarck auf dem Kongreß dem franzöſiſchen Vertreter Waddington erteilte, er werde überſeeiſchen Unternehmungen der Republik keine Hinderniſſe bereiten. Eine gewiſſe Entſpannung hat ſich in der Tat daraus abgeleitet. Auch England erklärte, einem eventuellen Gang nach Tunis nichts in den Weg ſtellen zu wollen; es hoffte auf dieſe Weiſe den franzöſiſchen Unwillen über ſeine Erwerbung von Zypern zu beſchwichtigen, wodurch es zum Erſatz für die Weitergabe der Joniſchen Inſeln an Griechenland 1863 ſeine Stellung im öſtlichen Mittelmeerbecken vervollſtändigt hatte. So hat der ruſſiſche Vorſtoß die Annäherung zwiſchen allen anderen nicht mehr als volle Unmöglichkeit erſcheinen laſſen.

Während auf dieſe Weiſe Stege über den Abgrund im Weſten gelegt wurden, erfuhren die öſtlichen Gegenſätze die entſcheidende Zuſpitzung. Trotz der auf dem Kongreß erzwungenen Einſchränkung der Bedingungen von San Stefano blieb Rußlands Stellung auf dem Balkan im Vergleich mit dem Zuſtand vor Kriegsausbruch weſentlich verſtärkt, ſo daß Öſterreich-Ungarn ſich nach einem Gegengewicht umſehen mußte, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. Rußlands Machtzuwachs beantwortete deshalb Andráſſy mit der Okkupation von Bosnien und der Herzegowina. Der Konkurrenzkampf der beiden Mächte war damit in ſchärfſter Art angekündigt, auch die gelockerte Form des Dreikaiſerbündniſſes ließ ſich nicht mehr halten. So ſtand Bismarck nun wirklich vor der Notwendigkeit der Wahl, und ſie iſt zugunſten Öſterreich-Ungarns ausgefallen. Die Zurückweiſung ſeines Fühlers im Jahre 1876 hatte ihm das ſchon nahegelegt; falls er aber noch ſchwankte, ſo wurde ihm jeder Zweifel genommen durch einen drohenden Brief des Zaren im Auguſt 1879 an Kaiſer Wilhelm, in dem er ſich über die Unzuverläſſigkeit der deutſchen Politik beſchwerte und mit dürren Worten den Krieg als ihre unvermeidliche Folge hinſtellte. Wenn Alexander ſchon jetzt derart hochfahrende Töne anſchlug, ließ ſich ſchließen, auf welche Zumutungen Bismarck ſich hätte gefaßt machen müſſen für den Fall, daß er allein auf das Bündnis mit Rußland angewieſen geweſen wäre. Der ſelbſtbewußte Leiter einer Großmacht konnte ſich ſolche Behandlung einfach nicht gefallen laſſen. Deshalb war

dieser Brief das Ungeeignetste, was der Zar tun konnte, wenn er ehrlich die Absicht hatte, sich mit einem Manne wie Bismarck zu verständigen; er selbst hat diesen Schritt auch ganz kurze Zeit danach als „Dummheit" bezeichnet, aber sie war nicht mehr zurückzunehmen. Außerdem erfuhr Bismarck auch noch, daß Gortschakoff in Paris angeklopft hatte, ob Frankreich zu einem Bündnis mit Rußland zu haben sei. Zwar hatten die Franzosen diese erste Anbiederung von russischer Seite abgewiesen, weil sie befürchteten, sonst den sofortigen Krieg mit Deutschland zu entfesseln, wozu sie sich noch nicht gerüstet fühlten. Charakteristisch für die Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich ist die Tatsache, daß Waddington selbst Gortschakoffs Vorschlag zu Bismarcks Kenntnis brachte, nach dem Ausdruck des Fürsten, „wie eine tugendhafte Frau es ihrem Manne sagt, wenn jemand ihr unanständige Anträge macht". Aber ebenso charakteristisch für Frankreichs auch in diesem Augenblick festgehaltenen Wunsch, wenn die Möglichkeit sich biete, eine antideutsche Richtung einzuschlagen, ist die Tatsache, daß Waddington bei seiner scheinbar so vertrauensvollen Mitteilung nicht die ganze Wahrheit sagte: er verschwieg sorgfältig, daß er den Russen seine Beteiligung zugesagt hatte, falls es ihnen gelänge, noch eine dritte Macht zu gewinnen. Weit war die Entspannung also noch nicht gediehen. Auf die Antwort aus Paris hin hatte sich Gortschakoff nach Rom gewendet, aber Cairoli hatte ebenfalls wesentlich wegen des militärischen Schwächezustandes abgelehnt. Damit war der russische Plan hinfällig geworden. Bismarck jedoch war auch über diese Vorgänge unterrichtet, sie hatten ihm Gortschakoffs wahre Gesinnung enthüllt. Einen zuverlässigen Bundesgenossen würde er niemals an ihm gehabt haben, infolgedessen stand sein Entschluß nunmehr fest, an Österreich-Ungarn heranzutreten.

Jedoch während Franz Joseph und Andrássy freudig die gebotene Hand ergriffen, erhob Kaiser Wilhelm leidenschaftlichen Einspruch. Er wollte von seinem Neffen und Freund nicht ablassen und erachtete, wenn wirklich das Dreikaiserbündnis sich nicht halten ließ, den Anschluß an Rußland für den einzig gangbaren Weg. In dem gewaltigen Ringen der beiden Männer, das die Tage von Nikolsburg und Versailles noch übertrifft, hat Bismarck nur durch die äußersten Mittel sich durchsetzen können. Schließlich ist das Bündnis mit Österreich unter Dach gebracht worden, Deutschland ist von Rußland abgerückt, und so liegt in Bismarcks damaliger

Wahl scheinbar die Wurzel zu der Konstellation, die den Weltkrieg heraufgeführt hat. Deshalb liegt die Frage nahe, ob nicht Kaiser Wilhelm doch schärfer gesehen hat als sein Kanzler und ob nicht der Aufbau der internationalen Stellung Deutschlands auf das Bündnis mit Rußland das Richtigere gewesen wäre. Angesichts der Katastrophe, die zuletzt aus dem Eintreten für Österreich-Ungarn über uns gekommen ist, wird diese Frage heute vielfach bejaht und die Option von 1879 als der eigentliche Grund unseres Unglücks bezeichnet. Nichts aber kann falscher sein als ein derartiger Gedankengang.

Denn der Wechsel der politischen Zusammenhänge ist ein so rascher, daß die Zurückführung eines Geschehnisses auf ein anderes, durch volle dreieinhalb Jahrzehnte davon getrenntes niemals Berechtigung besitzt, soweit es sich um diplomatische Verbindungen handelt. Aber auch abgesehen von diesem methodischen Fehler, dessen sich die Verurteiler des Zweibundes schuldig machen, verkennen sie die materielle Sachlage. Das Risiko, das mit dem Abschluß mit Rußland, vorausgesetzt daß er überhaupt zu haben gewesen wäre, sich verknüpft hätte, war wesentlich höher als der unmittelbar zu erwartende Vorteil. Die Gründe, mit denen Bismarck 1863 seinem König die Ablehnung des damaligen russischen Bündnisangebots empfohlen hatte, waren im großen und ganzen trotz der inzwischen eingetretenen Verschiebung auch 1879 noch stichhaltig. Wenn sich die reine Kontinentalmacht Deutschland mit der Weltmacht Rußland verband und ausschließlich auf sie angewiesen war, so lag die Führung gewiß nicht in Berlin, sondern der Zar saß am längeren Hebel, so daß unter Umständen die Kräfte des Reichs für Ziele eingesetzt werden mußten, die ihm wesensfremd waren und seine eigenen Lebensinteressen nicht berührten. Um nicht in gefährliche Vereinzelung zu verfallen, mußte es dann fast bedingungslos sich hinter Rußland stellen; dabei aber war mit Bestimmtheit vorauszusehen, daß der Panslawismus die Gunst dieser Lage ausbeuten und seine Ziele zu verwirklichen streben werde, solange ihm ein so starkes Werkzeug zur Verfügung stand. Diese Steigerung des russischen Expansionsdrangs würde zweifellos England genötigt haben, sich mit Frankreich zu verständigen; nicht nur also würde die eben begonnene Annäherung zwischen Berlin und London unterbrochen worden sein, sondern der Sinn aller bisherigen Politik Bismarcks, Frankreich nicht aus der Isolierung heraus-

kommen zu lassen, wäre vereitelt gewesen. Überdies würde sich dieser Gruppe der Westmächte notgedrungen alsbald auch Österreich-Ungarn zugesellt haben, um bei ihr Schutz für seine Balkaninteressen zu gewinnen. Schon unter den bestehenden Verhältnissen hatte sich Andrássy vertraglich England zu gemeinsamem Vorgehen auf dem Balkan verpflichtet; jetzt hätte er sich vollkommen auf London einstellen müssen, wenn Deutschland sich ihm versagte. Der Anschluß an Rußland hätte also für das Reich geradezu die Gefahr der Einkreisung von der anderen Seite heraufbeschworen, und infolge der geographischen Lage würde bei dem dann nicht zu vermeidenden Krieg Deutschland die Hauptlast zu tragen gehabt haben. Die lange Friedensperiode, die dem Bündnis mit Österreich-Ungarn gefolgt und dadurch verursacht worden ist, mit allen ihren segensreichen Wirkungen für die deutsche Wirtschaft, wäre bei gegenteiligem Ausfall der Option nicht eingetreten. Jedoch selbst dann, wenn Bismarck sich für berechtigt gehalten hätte, alle diese schwerwiegenden Bedenken hintanzuschieben, wäre ihm der Weg zum Bündnis mit Rußland nicht offen gewesen. Denn die letzten Ereignisse hatten unwiderleglich offenbart, daß der russische Partner seinerseits für ein dauerndes Verhältnis von gleich zu gleich nicht zu haben war. Mehr als eine Einigung über einzelne, bestimmt umrissene Spezialfälle war nicht zu erreichen, von allseitigem Zusammengehen und umfassender Interessengemeinschaft war keine Rede. Aber gerade eine über den Moment hinausreichende Verbindung war das, was Bismarck wollte und brauchte. Es genügte ihm nicht mehr, von der Hand in den Mund zu leben, seine Absicht war vielmehr die feste Fundamentierung der Außenpolitik des Reiches.

Die aber konnte gewonnen werden durch den Abschluß mit Österreich-Ungarn; mit ihm war ein Bündnis möglich, das Dauer versprach. Denn seitdem der Habsburgerstaat sich ehrlich in den Verzicht auf allen deutschen Ehrgeiz hineingefunden hatte, stand zwischen ihm und dem Deutschen Reiche nichts, woran der Gegensatz sich notwendig hätte entzünden müssen. Und Österreich-Ungarn gegenüber waren auch alle die Bedenken hinfällig, die gegen Rußland Geltung hatten. Im Bunde mit ihm war Deutschland unbedingt der führende Teil; hier konnte Bismarck erwarten, daß das Reich nie in die Lage kommen werde, um nichtdeutscher Interessen willen seine Haut zu Markte tragen zu müssen. Auch brauchte er von

dieſem Bündnis keine gefährlichen Einwirkungen auf ſein Verhältnis zu den weſteuropäiſchen Mächten zu befürchten, wie ſie das mit Rußland hätte haben müſſen. Deshalb hat er mit Recht Öſterreich-Ungarn dem an ſich ſtärkeren Rußland vorgezogen. Der Zweibund iſt ſeitdem der feſte Punkt in der geſamten europäiſchen Politik bis zum Weltkrieg geblieben und hat die Erwartungen erfüllt, die Bismarck an ihn geknüpft hat: ſein Einfluß reichte aus, um das Hauptziel des Kanzlers, die Erhaltung des Friedens, zu gewährleiſten. Erſt der völlige Umſchwung in der Gruppierung der anderen Mächte hat dem Bündnis die Fähigkeit genommen, dieſen ſeinen Zweck zu erfüllen. Die Verurteilung von Bismarcks Schritt beruht alſo auf falſchen Vorausſetzungen. Das Bündnis mit Rußland wäre nur möglich geweſen, wenn der Sinn der „Erwerbsgenoſſenſchaft“ hineingelegt werden ſollte, und nicht das war es, was Bismarcks Abſichten entſprach, ſondern eine „Verſicherungsgeſellſchaft“ (Bülow), wie ſie durch den Zuſammenſchluß mit Öſterreich-Ungarn ins Leben gerufen wurde.

Der Zweibund war alſo fertige Tatſache, aber ſein Schöpfer betrachtete ihn keineswegs als Selbſt- und Endzweck. Um der Intimität mit Wien willen war er nicht geſonnen, den Draht nach Petersburg nun einfach abreißen zu laſſen; denn dadurch hätte er ſich dem ausgeſetzt, daß Rußland auf Grund der veränderten Lage für die Feinde Deutſchlands zu haben geweſen wäre, ſobald dieſe das Riſiko antideutſcher Politik auf ſich nehmen zu können glaubten. Nicht abzurücken vom Zarenreich war Bismarcks Abſicht, im Gegenteil ſollte ihm, ſo paradox das zunächſt erſcheint, der Vertrag mit Öſterreich gerade die Baſis der Verſtändigung auch mit Rußland ſchaffen. Er traute ſich genügend Kraft zu, um Öſterreichs Balkanehrgeiz zu mäßigen, und erwartete, daß der Zar, wenn er ſich von der Ehrlichkeit dieſes Willens überzeuge, andererſeits aber den feſten Entſchluß Deutſchlands ſähe dieſe gemäßigten Anſprüche mit voller Kraft zu ſtützen, ſeinerſeits einlenken und an ein ſo überragendes Machtgebilde, wie es der Zweibund bei der ſonſtigen Zerſplitterung Europas darſtellte, werbend herantreten werde. Von England war Rußland durch die Weltpolitik getrennt, bei Frankreich und Italien hatte es ſich eben erſt einen Korb geholt, daher mußte es notgedrungen, wenn es nicht vereinzelt bleiben wollte, bei Deutſchland anklopfen. Das iſt Bismarcks Berechnung geweſen. Das Bündnis mit Öſterreich-Ungarn bedeutete alſo in ſeinem Sinn nicht etwa den

Verzicht auf Rußland, vielmehr sollte es das Werkzeug sein, die beiden Rivalen auf einen vernünftigen Mittelweg und zur Verständigung zu bringen. Der Beginn einer einseitig mitteleuropäisch orientierten Politik darf, so sehr der äußere Anschein dazu verleitet, darin nicht erblickt werden. Deshalb ist der von Bismarck selbst gebrauchte Ausdruck „Option" eigentlich irreführend; zum mindesten war sie nur als vorläufig und als Umweg gedacht. Das eigentliche Ziel des Kanzlers blieb die Vermittlung zwischen den widerstreitenden Interessen Österreich-Ungarns und Rußlands und die Wiederanknüpfung an die vergangenen Tage des Dreikaiserbündnisses. Dabei ist aber zu beachten, daß er für den Fall, daß dies Ziel nicht zu erreichen sein werde, gleichzeitig die andere Möglichkeit, den Anschluß an England, sich offen hielt. Zwei Mittel also sind kennzeichnend für seine Politik des Jahres 1879: das eine, der Zweibund, sollte das Entgleiten Rußlands verhindern, das andere, die Verhandlungen mit England, sollte Ersatz schaffen für den Fall, daß dies Entgleiten dennoch zur Wirklichkeit werde.

Der Verlauf der Dinge hat erwiesen, wie richtig er die Wirkung des Bündnisabschlusses in Petersburg vorherberechnet hatte. Der Zar nahm genau die von ihm erwartete Haltung ein: sobald er erkannte, was er mit seinem Drohbrief angerichtet hatte, zog er andere Saiten auf. Sein Botschafter Saburoff erhielt den Auftrag, die Wogen in Berlin zu glätten. Wie die Gesamtlage war, übte eben in der Tat die Verbindung Deutschlands mit Österreich-Ungarn unwiderstehliche Anziehungskraft aus. Um nicht ihre Feindschaft heraufzubeschwören und um an dem Zusammenhalt der konservativen Monarchien Schutz vor den destruktiven Tendenzen zu finden — ein Grund, der auf den in ständiger Lebensgefahr vor den Nihilisten schwebenden Zaren besonders stark einwirkte —, ließ Alexander seine Bereitwilligkeit zu erneutem Abkommen erkennen. Von Anfang an also hat der Zweibund den Spannungsgrad herabgestimmt und seinen eminent friedlichen Charakter bewiesen. Damit ist schon der einwandfreie Beweis geliefert, wie falsch es ist, den Bruch von 1914 auf den Entschluß von 1879 zurückzuführen.

Aber der Gefahrpunkt bei dieser erneuten Anbahnung der Entente zwischen den drei Kaisermächten lag in dem Umstand, daß sie von russischer Seite getragen wurde zwar von dem guten Willen des Zaren, nicht aber des Volks, und daß seit dem Beginn liberaler Reformen durch Alexander II. Rußland nicht mehr die schlechthin

absolutistische Staatsform besaß, in der die Laune des Monarchen allgewaltig entschied. Zutreffend ist die innere Geschichte Rußlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet worden als „fortgesetztes Rückzugsgefecht der Autokratie gegen die Revolution" (Hoyos). Nur ein ganz enger Kreis am Hofe, mit Gortschakoffs Nachfolger Giers an der Spitze, hat in den nächsten Jahren die Politik des Zusammengehens mit den Mittelmächten mitgemacht; die breiten Schichten dagegen, soweit sie überhaupt zu politischen Überlegungen reif waren, und auch der weitaus überwiegende Teil der Hofgesellschaft betrachteten, durchdrungen von panslawistischen Vorstellungen, die Zertrümmerung Österreich-Ungarns als Notwendigkeit für die große Zukunft des Zarenreiches und standen deshalb auch zu dessen Verbündetem Deutschland in unversöhnlicher Feindschaft. Dieser Partei lag der Gedanke nahe, mit den westlichen Gegnern des Deutschen Reiches in Verbindung zu treten. Mit dem wachsenden Einfluß der Panslawisten steigerten sich also die Schwierigkeiten für Bismarck zu höchster Gefahr. In die russische Politik aber ist durch das Ringen der beiden Anschauungen die Unstetigkeit hineingekommen, die allen anderen Staaten die Einhaltung einer festen Linie ihr gegenüber fast zur Unmöglichkeit gemacht hat. Niemals war es mit Sicherheit vorherzusagen, ob der Zar, selbst in dem Moment, wo er entschlossen ehrliche Friedenspolitik trieb, nicht der Leidenschaft der öffentlichen Meinung erliegen werde. Infolge dieser Zwiespältigkeit hat sich für Bismarck die Aussicht verflüchtigt, den einheitlichen Begriff „Rußland" auf Deutschlands Aktivkonto zu buchen. Er mußte sich darauf beschränken, den Anhängern der Verständigung möglichste Stärkung zuteil werden zu lassen. Vorläufig besaßen sie noch Oberwasser; daß sie daraus nicht verdrängt würden, betrachtete er als Lebensfrage für Deutschland. Deshalb zeigte er weitgehendes Entgegenkommen, als der Zar den zu Boden gefallenen Faden wieder aufnahm; das hatte er ja gerade herbeiführen wollen, indem er so energisch zu Österreich hinüberschwenkte.

Doppelt willkommen aber kam ihm dieser Schritt Alexanders infolge des Wandels in seinem Verhältnis zu England. Denn als der deutsch-englische Bündnisgedanke auf bestem Wege schien, ist Beaconsfield der Agitation Gladstones erlegen. Die Wahlen des Frühjahrs 1880 brachten eine schwere Niederlage und den Sturz des konservativen Kabinetts. Seitdem sind die Bündnisverhandlungen

zwischen Berlin und London zum Stillstand gekommen. Gladstone und Bismarck waren, besonders seit der Rückkehr der Reichspolitik zu Konservativismus und Schutzzoll, durch Gegensätze von solcher Tiefe getrennt, daß der Ausgleich bis zum Grade des Zusammenschlusses hoffnungslos erschien. Andererseits aber konnte eventuell das Ansruderkommen der Liberalen den Verzicht auf den Imperialismus bedeuten, so daß die Abschwächung des englisch-russischen Gegensatzes in den Bereich der Möglichkeit trat. Blieb also Bismarck kühl ablehnend gegen das Angebot des Zaren, so war dessen Hinüberschwenken zu England und eine sich gegen Deutschland richtende Kombination der beiden Weltmächte nicht ausgeschlossen. Nach doppelter Richtung hin hatte der Kanzler Ergänzung und Sicherung für den Zweibund gesucht; die eine davon, die Einbeziehung Englands, war bereits gescheitert, darum mußte die andere, die Gewinnung Rußlands, mit um so größerer Energie betrieben werden.

Gelingen konnte sie, da an dem Zweibund als sicherem Fundament der deutschen Politik nicht gerüttelt werden sollte, nur unter der Voraussetzung, daß durch ein Balkanabkommen, wie der Zar es angeregt hatte, die Brücke zwischen Wien und Petersburg geschlagen würde. Deshalb hat Bismarck nachdrücklich in Wien darauf hingewiesen, daß nicht die Ausschaltung Rußlands, sondern eine den beiderseitigen Interessen Rechnung tragende Verständigung angestrebt werden müsse, und die ganzen achtziger Jahre hindurch, wo die Beziehungen der Mächte vom Balkan her so häufig Verwicklungen und Störungen erfahren haben, hat er an diesem Standpunkt festgehalten. Ihn leitete dabei nicht bloß das Bestreben, den modus vivendi für das Zusammengehen der drei Kaisermächte zu finden, vielmehr war es seine Überzeugung, daß die Angst der Hofburg vor Rußlands Umsichgreifen im Südosten unberechtigt sei. Denn einmal ergab sich daraus für den Zaren die sichere Gegnerschaft Englands, dem die Annäherung an Konstantinopel nicht gleichgültig sein konnte; infolgedessen würde Österreich-Ungarn im Notfall an der Seemacht Rückhalt besitzen, und eigenes vorzeitiges Einschreiten würde nur das Londoner Kabinett von einer Last entbürden, die es sonst notwendig auf sich nehmen müßte. Außerdem aber, so argumentierte Bismarck weiter, würde Rußland sich hier geradezu eine Blöße geben: es würde seinem Körper einen Teil anfügen, an dem es besonders leicht zu fassen sein werde. In der

natürlichen siebenbürgischen Festung besitze Österreich-Ungarn einen Keil, durch den es die russische Stellung aufzurollen vermöge. Nicht Stärkung also, sondern das genaue Gegenteil ergäbe sich für Rußland aus seinem Vordringen auf dem Balkan, so daß die Teilung in Interessensphären in der Art, wie sie in der geheimen Konvention vom Januar 1877 verabredet worden war, die vom österreichischen Standpunkt aus vorteilhafteste Lösung darstelle. Nicht immer hat Bismarck mit solchen Darlegungen in Wien Anklang gefunden, aber zunächst hat er den Triumph errungen, daß 1881 auf dieser von ihm vorgeschlagenen Grundlage ein Neutralitätsabkommen zwischen den drei Kaisermächten zustande kam. Die Kluft, die sich aufzutun drohte, hat sich wieder geschlossen. In dieser Erneuerung des Einverständnisses zwischen allen dreien darf also nicht etwa ein Abbiegen Bismarcks von der 1879 eingeschlagenen Richtung erblickt werden, sondern es ist die konsequente Fortentwicklung, wie er sie von Anfang an hatte herbeiführen wollen. Auch weiterhin bleibt der Zweibund das Rückgrat im außenpolitischen System des Deutschen Reiches, aber ihm ist die Hilfskonstruktion angefügt worden, die zur Verhinderung jeder Friedensstörung besonders geeignet schien.

Jedoch binnen kürzester Zeit erwies sich wieder die unheilvolle Wirkung der Uneinheitlichkeit der russischen Politik. Nur der Zar persönlich hatte sich vertraglich festgelegt, in der allgemeinen Stimmung war kein Wandel eingetreten; und wie stark die Deutschland feindlichen Kräfte waren, ließ sich an den militärischen Vorbereitungen erkennen, die trotz des Abkommens unvermindert an der Westgrenze fortgesetzt wurden. Sie veranschaulichten deutlich das geringe Maß der gewonnenen Sicherheit: der Block war nicht so fest, daß er als verläßlich hätte gelten können und daß sich aus ihm hätte das Recht ableiten lassen, dabei stehen zu bleiben. Deshalb hat Bismarck den neuen Leiter der österreichisch-ungarischen Politik, den Grafen Kálnoky, darin unterstützt, sich in Serbien (1881) und Rumänien (1883) Werkzeuge zu verschaffen, die im Notfall mit größtem Nutzen gegen Rußland angewendet werden konnten. Das Entscheidende aber war, ob es gelingen werde, das System der Sicherungen auch auf den Westen auszudehnen. Dann wäre jede Kriegsgefahr im Keim erstickt worden, und darum hat Bismarck zu diesem Zweck seine ganze Kunst eingesetzt. Einer doppelten Aufgabe sah er sich bei diesem Bemühen gegenüber: es bestand die

Möglichkeit, daß England und Frankreich die Erneuerung der Intimität der Ostmächte mit eigenem Zusammenschluß beantworteten, so daß die früher gültige Scheidung wieder eingetreten wäre, und andererseits daß Rußland im Falle seines Wiederabspringens sich mit einer der Westmächte verbinde. Den Weg, der um diese beiden Klippen herumführte, fand Bismarck in der Ausnützung der Verhältnisse, die sich durch die Erweiterung des politischen Horizonts über die Welt hin ausgebildet hatten. Daß die anderen weltpolitisch engagiert waren, während Deutschland noch unbeteiligt blieb, verwertete der Kanzler, um dem Reich den Frieden zu wahren.

Denn inzwischen war mit Frankreichs Eintritt in den kolonialen Wettbewerb die Zeit zu Ende gegangen, in der sich England und Rußland als alleinige Konkurrenten gegenüber gestanden hatten. Der Kräftezustand des französischen Staates hatte, seitdem die Republik den entscheidenden Sieg über die monarchistischen Tendenzen davongetragen und sich innerlich stabilisiert hatte, solche Fortschritte gemacht, daß ganz von selbst sich der Wunsch nach weiterreichender Betätigung einstellte. Aber auf dem Kontinent durfte an solche Versuche nicht gedacht werden, weil sie den sofortigen Zusammenstoß mit Deutschland heraufbeschworen hätten, und dem wollte sich Frankreich doch nicht aussetzen, so stark auch sein Selbstgefühl zurückgekehrt war. So richtete es seine Blicke auf fremde Weltteile und lenkte in die Bahn ein, wohin Bismarck es bereits auf dem Berliner Kongreß hatte verweisen wollen: den ihm 1878 von England und Deutschland ausgestellten Wechsel löste es nunmehr ein und sicherte sich das Protektorat über Tunis.

Die unmittelbare Folge war der Übergang Italiens zu den sich um Deutschland gruppierenden Mächten. Denn Italien hatte seit längerer Zeit die eigenen Augen auf Tunis geworfen gehabt, so daß Frankreichs Griff danach als schwere Beeinträchtigung empfunden wurde. Unter dem Druck der empörten öffentlichen Meinung verkehrte sich die bisher ausgesprochen frankreichfreundliche Haltung der Consulta in ihr Gegenteil. Hilfesuchend wandte sich Mancini an Bismarck, und da dieser keinen Zweifel daran ließ, daß der Weg von Rom nach Berlin über Wien führen müsse, wurden alle die sich gegen Österreich wendenden Leidenschaften in den Hintergrund gedrängt. Am 20. Mai 1882 ist in Wien der Dreibund unterzeichnet worden. Von vornherein aber hat Bismarck keine allzu hohen Erwartungen auf diese Erweiterung seines

Bündnisses gesetzt. Er war überzeugt, daß die neue Konstellation nur so lange sich als haltbar erweisen werde, als England, auf dessen guten Willen die italienische Wirtschaft angewiesen war und gegen dessen Flotte die Halbinsel keinen Schutz besaß, nichts einzuwenden haben werde. Die Abhängigkeit Italiens war auch im Laufe der Verhandlungen insofern sichtbar geworden, als es den dringenden Wunsch geäußert hatte, gleichzeitig England miteinzubeziehen. Bismarck hatte das verweigert, um nicht den Bruch mit Rußland hervorzurufen. Aber ganz deutlich war ihm dadurch die Bedingtheit geworden, mit der er nur auf die italienische Hilfe zählen konnte. Deshalb erblickte er im Dreibund nicht die dauernde Basis seiner Politik, wie sie der Zweibund mit Österreich-Ungarn darstellte. Aber die Erweiterung des Bündnisses, wenn er sie auch nicht als übermäßig gesichert ansah, war ihm doch höchst erwünscht als wesentliche Verstärkung der Friedensgarantien.

Die Wiederaufnahme kolonialer Tendenzen durch Frankreich hat also eine unmittelbare Ausdehnung des mitteleuropäischen Blocks bewirkt, aber auch insofern brachte sie Bismarck willkommene Erleichterung, als unter ihrem Einfluß die deutsch-französischen Beziehungen sich alsbald entspannten. Denn wenn Jules Ferry sich mit aller Energie an die Wiederaufrichtung der französischen Weltgeltung machte, so hatte das zur Voraussetzung ein erträgliches Verhältnis zum Deutschen Reich: so lange Frankreich an seiner Ostgrenze unter schwerem Druck stand, konnte es nicht anderswo seine Kraft entfalten. Infolgedessen hat Ferry schon in seinem ersten Ministerium (1880/1881) die Verständigung mit Bismarck erstrebt, wobei ihm in Barthélemy-St.-Hilaire ein Außenminister zur Seite stand, der nicht nur aus Opportunitätsgründen, sondern aus ehrlicher Überzeugung die Beendigung der Revanchepolitik befürwortete. Der gleiche Wille beherrschte auch Ferrys zweites Ministerium, das eine für die damaligen französischen Verhältnisse erstaunliche Langlebigkeit besessen hat (1883—1885). Aus dieser Haltung Ferrys ergab sich aber die völlige Veränderung der über Europa lagernden Atmosphäre. Was bisher als unabänderliche Prämisse den internationalen Berechnungen zugrunde gelegt werden konnte und mußte, der deutsch-französische Gegensatz, schien seine Gültigkeit einzubüßen. Es durfte nicht mehr als Unmöglichkeit betrachtet werden, daß Berlin und Paris eines Tages Hand in Hand arbeiten würden.

War diese Verminderung der Deutschland unmittelbar drohenden Gefahr schon ein hoch zu bewertender Erfolg, so haben sich auch noch darüber hinaus die Erwartungen erfüllt, die Bismarck in die Steigerung der kolonialen Aktivität Frankreichs gesetzt hatte: in dem gleichen Grade, in dem sich die deutsch-französischen Beziehungen entspannten, kühlten sich die französisch-englischen ab, so daß die Republik um so weniger den Bruch mit Deutschland riskieren konnte. Schon allein ihr Griff nach Tunis hatte schwere Bedenken in London hervorgerufen, er war der Grund gewesen, warum England den Übergang Italiens zu den Mittelmächten nicht nur hinnahm, sondern begünstigte. Als aber nunmehr der französische Expansionsdrang auch außerhalb Nordafrikas, in den verschiedensten Teilen der Welt sich regte, da erwachte in London die Besorgnis, einem ähnlichen Ringen wie im 18. Jahrhundert entgegenzugehen. Als Gegenmaßregel wurde die Erweiterung des eigenen Herrschaftsbereichs mit vielfach gesteigerter Intensität betrieben, der Umfang des britischen Weltreichs hat in diesen Jahren ganz außerordentliche Ausdehnung erfahren. Aus weltpolitischen Gründen standen sich also England und Frankreich abermals als Rivalen gegenüber, und als besonderer Stein des Anstoßes hat sich dabei lange Zeit hindurch das Land der Pharaonen erwiesen. Der Streit um Ägypten hat das meiste dazu beigetragen, um Bismarck die Furcht vor dem englisch-französischen Zusammenschluß von der Seele zu nehmen; trotz des an sich sowohl in London wie in Paris vorhandenen Verständigungswillens wurde durch ihn der unübersteigliche Trennungswall aufgerichtet. Beide Kabinette erkannten die sich daraus ergebende Verbesserung der Position Deutschlands, und beide wollten sie nicht eintreten lassen. Aber auf der anderen Seite wollte doch auch keines den eigenen Ehrgeiz preisgeben, und so hat sich denn doch die Lage herausgebildet, die sie zu verhindern wünschten: sie beide suchten Rückhalt in Berlin, sie durften keine Haltung einnehmen, durch die das Reich auf die Seite ihres Gegners hinübergestoßen worden wäre. Bismarck sah sich also von beiden umworben, und er hütete sich, durch einseitige Stellungnahme in der die deutschen Interessen nur indirekt berührenden ägyptischen Frage sich aus dieser glänzenden Position verdrängen zu lassen. England hat allerdings mehrfach ihn dazu verlocken wollen, in der scheinbar harmlosen und das freundschaftliche Verhältnis betonenden Form von Bitten um Rat; der Kanzler ist aber nicht in die Falle

gegangen. Damit hätte er auch seine wirksamste Waffe aus der Hand gegeben, die Drohung Partei zu ergreifen war für ihn Jahre hindurch das durchschlagende Mittel, die beiden Regierungen seinen Wünschen gefügig zu machen.

Dieser Zustand jedoch, angewiesen zu sein auf die Billigung von seiten des Deutschen Reichs, war unerträglich für den Teil der Franzosen, der kein anderes politisches Ziel kannte als die Revanche. Hineingeraten in solche Notlage war Frankreich durch die Beteiligung an der Weltpolitik, deshalb haben die Kreise um Freycinet und Clemenceau, die sich als die Bewahrer der außenpolitischen Erbschaft Gambettas fühlten und dem Ideal des englisch-russisch-französischen Zusammenschlusses gegen Deutschland zustrebten, die überseeische Bindung wieder abschütteln wollen. Stets hatte Bismarck damit zu rechnen, daß diese Richtung eines Tages zur Macht gelangen könne; auch das ist einer der Gründe gewesen, warum er das Eintreten für Frankreich, das ihm von eigenen Mitarbeitern angeraten wurde, von sich wies. Er besaß keine Sicherheit, daß nicht trotz solcher Haltung der Wind in Paris sich plötzlich drehe und daß er dann außer dem feindseligen Frankreich auch ein durch die vorherige Stellungnahme verärgertes England vor sich habe. Darum blieb er vorsichtig in der Hinterhand, allen feindlichen Regungen durch die Möglichkeit seines Hervortretens Schach bietend.

Brauchte Bismarck also aus Gründen der Weltpolitik keine englisch-französische Kooperation zu befürchten, so haben gleichartige Motive auch die andere Gefahr der Verbindung Rußlands mit einer der Westmächte nicht aufkommen lassen. Denn Frankreich war sich bewußt, daß seine Verständigung mit dem Panslawismus von Bismarck alsbald mit scharfem Hinüberschwenken zu England beantwortet werden konnte, woraus sich nicht nur die Gewißheit des Zerrinnens aller kolonialen Träume sondern schwerste Lebensgefahr für die Republik ergeben hätte. England aber mußte ebenfalls, wenn es seinerseits mit dem Zaren in Beziehung trat, die Unterstützung Frankreichs durch Deutschland befürchten, und außerdem wurde das Einschlagen solcher Richtung im Augenblick nahezu unmöglich gemacht durch die weitere Annäherung Rußlands an die indische Grenze. Was Ägypten in diesen Jahren für das englisch-französische Verhältnis bedeutet hat, bedeutete Afghanistan für das englisch-russische. Zwar hat Gladstone sein Möglichstes getan, um die ungeheure Belastung der britischen Außenpolitik, wie sie in der

Feindschaft Rußlands enthalten war, aus der Welt zu schaffen, und hat mit diesen Bemühungen bei allen antideutschen Kreisen Petersburgs freudigen Anklang gefunden. Jedoch die sachliche Schärfe des Gegensatzes erwies sich stärker als dieser Wunsch; die englisch-russische Spannung blieb unvermindert. Bezeichnend aber für Bismarcks Friedenspolitik ist, daß er auch hier nicht etwa, wie es für einen weniger weitblickenden Politiker nahegelegen hätte, die Zuspitzung bis zum Krieg gewünscht oder gar seinerseits befördert hat, vielmehr hat er im Augenblick der schärfsten Krise sich mit Energie für den Frieden eingesetzt, da Deutschland sonst ebenfalls hineingerissen worden wäre. Ein schlechtes Verhältnis der beiden entsprach seinen Wünschen, weil dann jeder von ihnen auf Deutschland angewiesen war und Rücksicht zu nehmen hatte; aber zu kriegerischem Konflikt durfte es im Interesse des Reiches nicht ausarten.

Den handgreiflichen Beweis, wie förderlich den deutschen Interessen die asiatische Rivalität zwischen England und Rußland war, liefert die 1884 erfolgende Verlängerung des geheimen Neutralitätsabkommens der drei Kaisermächte um weitere drei Jahre. Unter anderen Umständen würde sie bei der in Petersburg herrschenden Stimmung gegen Österreich-Ungarn wohl kaum zu haben gewesen sein. Aber weil Alexander III. aus der Vereinzelung die schlimmsten Folgen für die russische Weltgeltung besorgen mußte, entzog er sich, beraten von Giers, den panslawistischen Beeinflussungen. Die Richtung trug abermals den Sieg davon, die das Zusammengehen mit Deutschland und als Voraussetzung dafür die Verständigung mit Österreich-Ungarn befürwortete. Insofern ging sogar das diesmal Erreichte über das bisher Gültige hinaus, als jetzt die Intimität der Kaiserhöfe auch nach außen hin zur Schau gelegt wurde: die Zusammenkunft von Skiernewice im Oktober 1884 war eine eindrucksvolle Demonstration vor der ganzen Welt.

Aus der Erneuerung des Abkommens hat sich für Rußland eine unmittelbare Erhöhung seiner Schwungkraft ergeben, nur durfte sie sich nicht nach Richtungen betätigen, die unvereinbar waren mit den Wünschen seiner Partner. Darum trat der Balkan in den Hintergrund, aber je stärker das der Fall war, um so größere Energie wurde in Asien entfaltet. Bis um Haaresbreite hat die Wiederaufnahme des Vordringens nach Afghanistan hinein im Frühjahr 1885 an den Krieg mit England herangeführt; daß er

nicht ausbrach, ist auch jetzt wieder nicht zuletzt Bismarcks Bemühungen zuzuschreiben. Seine Stimme fand Gehör, weil er ihr Nachdruck verschaffen konnte durch die Berufung auf die ungeheure und einzigartige Festigkeit seiner Stellung: mit zwei Großmächten, denen sich zwei Balkanstaaten angeschlossen hatten, stand er in formellem Bündnis, vertraglich vereinigt war ihm die Weltmacht des Ostens, die beiden westlichen Großmächte fürchteten und suchten ihn. Man darf sagen, daß in dieser Zeit sein Ideal, über ganz Europa das System der Friedensgarantien auszubreiten, Verwirklichung gefunden hat, und die Folge war eine fast diktatorische Machtfülle des Kanzlers. Keine Regierung konnte es wagen, seine Wünsche unberücksichtigt zu lassen, aber auch keine konnte sich beklagen, daß Bismarck seine Macht mißbrauche, um die Ruhe Europas durch universalistische oder auch nur hegemonische Absichten zu erschüttern. Sein Verhalten zeigt, wie sehr ihm die wichtigste Eigenschaft des wahren Staatsmannes zu eigen war, die Kunst des Maßhaltens.

Nur nach einer Richtung hin hat er die wunderbare, selbstgeschaffene Gunst der Lage ausgenützt, um dem Reich direkte materielle Vergrößerung zu gewinnen: ohne Schwertstreich hat er es in die Reihe der Kolonialmächte geschoben. Hätten die Weltmächte uneingeschränkte Aktionsfreiheit besessen, würden sie diese Umwälzung wohl kaum ruhig hingenommen haben. Vor allem England sah mit Bangen auf diese ersten Besitzergreifungen der stärksten Kontinentalmacht in fremden Erdteilen. Es hat diese Entwicklung zu hintertreiben versucht und dann, als das nicht gelang, alles daran gesetzt, wenigstens ihr Ausmaß einzuschränken. Schwere Reibereien haben sich infolgedessen zwischen Berlin und London erhoben, aber sie blieben diplomatischer Natur und in ihnen hat Bismarck regelmäßig seinen Willen schließlich behauptet, weil die allgemeinen Zusammenhänge England keinen Widerspruch gestatteten. Der Kanzler hatte ein durchschlagendes Druckmittel in der Hand, indem er sein Eintreten für die französischen Ansprüche in Ägypten und für die russischen in Afghanistan androhte. Deshalb haben Gladstone und sein Außenminister Granville gute Miene zum bösen Spiel machen müssen; Herbert Bismarck, der in diesen schwierigen Verhandlungen besonders häufig verwendet wurde und sich dabei als Diplomat von ungewöhnlichen Fähigkeiten erwies, hat alles erreicht, was sein Vater wünschte. Die Reichsflagge wurde in fremden Kon-

tinenten gehißt, die sich gewaltig entwickelnde deutsche Industrie gewann Rückhalt an Kolonien, die, zur Blüte gebracht, ihr die nötigen Rohstoffe sicherten. Alle die Vorteile, die bisher nur den anderen aus dem Besitz eines Kolonialreiches erwachsen waren, fielen nunmehr auch dem Deutschen Reiche zu. Ganz vorsichtig nur und tastend hat Bismarck diesen Weg betreten; niemals hat er so weite Schritte auf ihm getan, daß die sichere Gegnerschaft einer der Großmächte hervorgerufen worden wäre. Das Friedenswerk, das er in Europa errichtet hatte, durfte nicht durch die Kolonialpolitik zum Einsturz gebracht werden; sie hatte sich also den europäischen Verhältnissen ein- und unterzuordnen. Entscheidend blieb ihm der europäische Kontinent. Auf die überseeischen Dinge ließ er sich nur insoweit ein, als seine Beziehungen zu den Großmächten es vertrugen. Trotz dieser Zurückhaltung war eine prinzipielle Änderung der Reichspolitik eingetreten: der Rahmen, der bisher ausschließlich innegehalten worden war, wurde durchbrochen. Nach Frankreich trat nunmehr auch Deutschland in den Ring der Weltmächte.

Immer noch aber ist es dieselbe Art der Weltpolitik, wie sie in früheren Zeiten von Kontinentalstaaten betrieben worden war: sie ist nur angefügt an den Hauptgehalt und eigentlichen Kern der außenpolitischen Betätigung, sie ist eine als unumgänglich erachtete Ergänzung, aber doch nur eine Ergänzung, nicht Selbstzweck. Nach wie vor fallen die wirklichen Entscheidungen innerhalb Europas. Immerhin hat das Deutsche Reich sich damals auf ein Feld begeben, das ihm bis dahin völlig fremd gewesen war. Die Erweiterung seines Horizontes über die Welt hin ist nicht erst auf Wilhelm II. zurückzuführen; Bismarck hat die Grundlage geschaffen, durch den neuen Kurs ist dann das überstürzte Tempo hineingebracht worden.

Bismarcks Griff nach Kolonien ist also möglich geworden nur durch die vollendete Ausnützung der gesamteuropäischen Lage. Aber das Netz, das er über das Festland ausgebreitet hatte, hatte nicht stark genug geflochten werden können, um auf die Dauer alledem standzuhalten, was an ihm zerrte, und die Durchbrechung an einer Stelle brachte die Gefahr des Zerreißens des Ganzen. Die erste Lockerung einer Masche erfolgte durch den Umschwung in Frankreich: vorübergehende Mißerfolge des Tonking-Unternehmens gaben den Anlaß zum Sieg der reinen Kontinentalpolitiker, d. h. der Männer der Revanche, über die Vertreter der Weltpolitik; Ferry

fiel im März 1885 vor Clemenceaus Angriff. Die Art, wie der gestürzte Minister trotz seiner gewaltigen Verdienste um sein Vaterland von der öffentlichen Meinung mißhandelt wurde, ist der klarste Beweis dafür, wie tiefe Wurzeln der Revanchewille im Volk geschlagen hatte. Einfach einen Strich machen unter die kolonialen Unternehmungen konnten allerdings auch Ferrys Nachfolger nicht, ganz wurden sie die Bindung nicht los. Ägypten blieb der Stein des Anstoßes auch weiterhin in einem Maße, daß noch 1887 Lord Salisbury an seinen Botschafter in Paris schreiben konnte: „It is very difficult to prevent oneself from wishing for another Franco-German war to put a stop to this incessant vexation." Dennoch war seit 1885 die Weltpolitik nicht mehr der oberste Gesichtspunkt für den Quai d'Orsay; die Vogesengrenze rückte wieder in den Brennpunkt des französischen Interesses. Seitdem war es vorbei mit der Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland, schärfer als je trat ihr Gegensatz zutage und beherrschte die internationale Lage. Ein Zwischenfall jagte den anderen, vor allem als in der Persönlichkeit Boulangers der französische Chauvinismus den Führer gefunden zu haben glaubte, nach dem er sich sehnte. Freilich hat er an dem General die herbste Enttäuschung erlebt, aber das änderte nichts an der Tatsache, daß in Frankreich leidenschaftlicherer Deutschenhaß herrschte als je zuvor. Der Verständigungswille war in sein genaues Gegenteil umgeschlagen, und daran konnte kein Zweifel bestehen, daß Frankreich zu den Waffen greifen werde, sobald es von irgendeiner Seite Unterstützung erhielt. Deshalb sah sich Bismarck genötigt, zu gleichartiger Politik wie nach 1871 zurückzukehren und die Isolierung Frankreichs sich zum Programm zu machen. Mit dieser abermaligen Hinwendung Frankreichs zur Kontinentalpolitik war eine der Voraussetzungen von Bismarcks ganz Europa umspannendem Friedenssystem hinfällig geworden, und die Zerstörung des Teilstückes erschütterte alsbald den allgemeinen Zusammenhalt. Denn der Wandel in den deutsch-französischen Beziehungen beeinflußte auch die deutsch-englischen: eines der Druckmittel, die Bismarck den Engländern gegenüber hatte anwenden können, war ihm entglitten. Es bestand nun wieder die Möglichkeit einer englisch-französischen Entente, und in dem gleichen Maße, wie die Londoner Regierung weltpolitisch ihre Bewegungsfreiheit zurückgewann, verminderte sich ihr Angewiesensein auf den guten Willen Deutschlands. Umgekehrt aber war Deutschland seit seinem Eintritt

in die Weltpolitik nicht mehr so unabhängig von England, ihm fehlte jedes Mittel, die neugewonnenen Kolonien gegen die britische Flotte zu verteidigen. Im ganzen hatte sich also das Verhältnis beider Staaten beträchtlich verschoben, und zwar zuungunsten des Reiches. Ganz anderes Gewicht mußte von nun an britischen Wünschen in Berlin zugebilligt werden.

Unter diesen Umständen war es für Bismarck desto peinlicher, daß gleichzeitig mit dem Dammbruch im Westen auch im Osten sein Deichsystem überflutet wurde durch das Wiederzutagetreten des österreichisch-russischen Gegensatzes aus Anlaß der bulgarischen Revolution im Herbst 1885. Schon seit längerer Zeit war die Aufmerksamkeit des Zaren auf den Balkan zurückgelenkt durch seinen Konflikt mit Alexander von Battenberg, und die Vergrößerung Bulgariens durch die Vereinigung mit Rumelien, die in Petersburg so lange äußerst ungern gesehen wurde, als der Battenberger auf dem Thron saß, bewirkte die Verlangsamung des asiatischen Vordringens zugunsten der orientalischen Aspirationen. Die Panslawisten kamen obenauf. In Wien aber fanden alle Mahnungen Bismarcks, die Festsetzung der Russen aus den oben dargelegten Gründen ruhig hinzunehmen, kein Gehör. Kálnoky fürchtete, daß der Panslawismus, wenn erst Bulgarien ihm anheimgefallen sei, zum unmittelbaren Schlag gegen die Donaumonarchie ausholen werde, und begünstigte darum die Einsetzung Ferdinands von Koburg, in dessen Persönlichkeit er eine Garantie gegen die russischen Bestrebungen erblickte. Mit voller Schärfe also platzten die beiderseitigen Interessen aufeinander, derart, daß auch Bismarcks Kunst die Vermittlung nicht mehr durchführen konnte. Abermals ging die Entente der drei Kaiserhöfe in die Brüche. Schon Ende 1886 war es klar, daß das im nächsten Jahr ablaufende Neutralitätsabkommen sich nicht mehr in der alten Form werde erneuern lassen; die beiden Partner, mit denen Bismarck 1881 und 1884 hatte abschließen können, waren nicht mehr unter einen Hut zu bringen. Wieder mußte die Politik à trois durch die à deux ersetzt werden. Diesmal aber war die Lage insofern noch bedrohlicher als 1879, als in Frankreich eine Macht bestand, die bereit war, mit fliegenden Fahnen zu dem sich Deutschland entziehenden Staat überzugehen. Aufs neue legte sich und schwerer als je der cauchemar des coalitions auf Bismarcks Seele.

Jedoch auch jetzt hat Bismarck die Mittel gefunden, den Einsturz seines großen Friedensbaues abzuwehren und die nicht mehr

tragfähigen Fundamente durch neue zu ersetzen. Zunächst einmal hat er, um alle direkten Angriffsgelüste niederzuhalten, seinen innenpolitischen Gegnern unter schwersten Kämpfen eine beträchtliche Verstärkung der eigenen militärischen Rüstung des Reiches abgezwungen, und daneben sich bemüht, die bestehenden Bündnisse zu befestigen. Beides griff ineinander über, denn je vollkommener Deutschland die ihm selbst zur Verfügung stehenden Kräfte nutzbar machte, desto stärkere Anziehungskraft übte es aus und desto höheren Wert mußten die anderen auf seine Bundesgenossenschaft legen. Daher ist auch im Februar 1887 der Dreibund um fünf Jahre verlängert worden. Aber bezeichnend für den Umschwung der Lage ist, daß diesmal dem italienischen Ehrgeiz schwerwiegende Konzessionen gemacht werden mußten, weil sonst ein russisch-französisch-italienisches Bündnis nicht mehr undenkbar war. Den Italienern stand bei den diesmaligen Verhandlungen die Drohung zur Verfügung, anderswo Anschluß zu suchen, während sie 1882 die Befreiung aus der Vereinzelung erstrebten und deshalb froh sein mußten, überhaupt Aufnahme zu finden. Damit sie bei der Stange blieben, machte ihnen Österreich-Ungarn das Zugeständnis, nicht einseitig von sich aus, ohne vorherige Verständigung seinen Machtbereich auf dem Balkan auszudehnen. Italiens Anspruch, bei der Entwicklung der Dinge auch auf dem Ostufer der Adria mitreden zu dürfen, wurde also erhört. Ihm liegt eine folgenschwere Umstellung der italienischen Absichten zugrunde. Denn noch Crispi hatte sein völliges Desinteressement an Albanien erklärt; jetzt erwirkte es sich das Recht, hier einzugreifen. Neben diesem Zugeständnis Österreich-Ungarns stand die Verpflichtung Deutschlands, Italien mit voller Waffenmacht beizuspringen, wenn es durch eventuelle Aspirationen Frankreichs auf Marokko und Tripolis sich zum Krieg genötigt sähe. Im ganzen ist also Italiens Stellung durch diesen Vertrag erheblich verbessert worden: es wurde als die entscheidende Mittelmeermacht anerkannt, im östlichen wie im westlichen Becken wurde sein Einfluß gewährleistet. Damit erst ist es eigentlich als Großmacht bestätigt.

Nachdem durch die Verlängerung des Dreibundes die unmittelbare Sicherung gewonnen war, lag es in Bismarcks Absicht, das Friedenswerk zu vollenden, indem er von dieser festen Stellung aus abermals ein Netz über ganz Europa ausbreitete. Im Prinzip blieb er also bei seiner alten Politik, nur mußte diesmal die Web-

art des Netzes eine andere sein als früher. Die Fäden, die er nach allen Seiten hin spannte, konnten Frankreich nicht mehr wie vor 1885 umfassen, die Republik blieb ausgeschaltet; aber wenn sie allein stand, bedeutete das keine Kriegsgefahr. Deshalb mußte der Kanzler alle Kraft und Geschicklichkeit darauf verwenden, England sowohl wie Rußland einzubeziehen; nur dann war Frankreich jede Verbindung abgeschnitten, die ihm den Versuch der Revanche gestattet haben würde. Aber wie ließ sich das ermöglichen? Auf direktem Wege war es nicht zu erreichen, eine glatte Kombination Berlin-London-Petersburg war ein jeder Realität entbehrender Traum, ganz abgesehen davon, daß die Intimität zu Rußland unvereinbar war mit der zu Österreich-Ungarn. Wenn Bismarck trotzdem mit England und Rußland übereinkommen wollte, konnte das also nur auf indirekte Weise geschehen.

Um an England heranzukommen, schlug er den Umweg über seine Bundesgenossen ein: durch das Mittelmeerabkommen vom März 1887, den sogenannten orientalischen Dreibund, verbanden sich auf Betreiben des deutschen Kanzlers England, Österreich-Ungarn und Italien zur Aufrechthaltung der bestehenden Machtverteilung an den Küsten des Mittelmeeres. Doppelte Spitze wohnte diesem Vertrag inne: er wendete sich gleichmäßig gegen die beiden Mächte, deren Pläne auf eine Verschiebung abzielten, gegen Frankreich und Rußland. Noch verstärkt wurde der ihrem Ehrgeiz vorgeschobene Damm, als auch Spanien seinen Anschluß an die neue Gruppierung vollzog. Nunmehr hatte Österreich-Ungarn gegen ein eventuelles Vordringen Rußlands auf dem Balkan und in der Richtung gegen das Mittelmeer so starken Rückhalt gewonnen, daß solche Absichten dem Zaren auch ohne Stellungnahme Deutschlands überaus bedenklich erscheinen mußten. Bismarck durfte also darauf rechnen, das unmittelbare Gefahrmoment im Osten durch diese Verbindung mit der britischen Weltmacht wesentlich herabgestimmt zu haben. Das Vorteilhafteste dabei aber bestand darin, daß sie erreicht war, ohne das Reich selbst einseitig zugunsten Englands festzulegen. Wäre das geschehen, dann wäre jede Aussicht auf Verständigung mit Petersburg vernichtet worden, und auf sie legte Bismarck ebensoviel Wert wie auf die mit London. Nach der Erfüllung des einen Teiles der Gesamtaufgabe durfte nicht der andere aus dem Auge verloren werden.

Allerdings konnte es sich auch jetzt wieder nur darum handeln, den Zaren persönlich zu gewinnen. Aber schon das bildete einen

gewichtigen Erfolg, und deshalb war Bismarck entschlossen, solange sich ihm irgendeine Handhabe biete, ihn an seiner Seite festzuhalten, sie sich nicht entwinden zu lassen. Was er vermochte, wollte er dazu beitragen, um den Panslawismus in Petersburg nicht ans Ruder gelangen zu lassen. Während er also durch seine Verbündeten über die Leitung nach London verfügte, benutzte er die eigene Ungebundenheit, um durch die Eingliederung Rußlands seinem großen System den Schlußstein einzufügen. Als Ersatz für das Dreikaiserverhältnis, das preisgegeben werden mußte, stellte er neben sein Bündnis mit Österreich-Ungarn sein Neutralitätsabkommen mit Rußland: am 16. Juni 1887 hat er den sogenannten Rückversicherungsvertrag abgeschlossen. Sein Inhalt bildet die konsequente Fortsetzung der Politik, die er seit einem Jahrzehnt in seinen Ratschlägen an die Wiener Hofburg verfochten hatte. Stets war er für die Teilung des Balkans in Interessensphären eingetreten, und dementsprechend hat er kein Bedenken getragen, den Russen die moralische und diplomatische Unterstützung des Deutschen Reichs in Aussicht zu stellen, wenn sie nach Konstantinopel und den Meerengen griffen. Deshalb kann in diesem Vertrag eine Unehrlichkeit gegen den österreichisch-ungarischen Bundesgenossen nicht erblickt werden. Bismarck selbst jedenfalls empfand ihn keineswegs als solche, wie seine Bereitwilligkeit ihn zu veröffentlichen beweist, und die Wiener haben auch selbst seine Existenz sehr gern gesehen, weil sie ihre Wünsche viel wirkungsvoller in Petersburg zu Gehör zu bringen vermochten, wenn sie sich auf die Befürwortung durch einen Freund stützen konnten, der dort fest im Sattel saß. Rußland gegenüber aber lag dem Rückversicherungsvertrag von seiten Bismarcks nicht etwa die Hoffnung zugrunde, nunmehr einen dauernd verläßlichen Partner zn gewinnen. Dem stand unüberwindlich die gewaltige Stärke des Panslawismus im Wege. Vielmehr beabsichtigte der Kanzler, auf diese Weise den zur Verständigung neigenden Kreisen den Rücken zu steifen und der Staatsleitung wenigstens insofern Bindung aufzuerlegen, daß sie im Falle eines deutsch-französischen Krieges nicht alsbald an die Seite Frankreichs trete; der damit gegebene Zeitgewinn konnte unter Umständen zur Herbeiführung des entscheidenden Sieges im Westen ausreichen, so daß Rußland dadurch überhaupt vom Eingreifen abgeschreckt würde. Sehr fest war also auch nach Bismarcks Meinung der durch den Rückversicherungsvertrag geschaffene Zusammenhalt keineswegs, immerhin bedeutete er für Deutschland

eine hochwertige Ergänzung seiner übrigen internationalen Abmachungen.

Denn damit war wieder das große, ganz Europa umspannende System zum Abschluß gebracht. Vom Dreibund aus spannen sich die Fäden nach Ost und West, nach England durch das Mittelmeerabkommen der Bundesgenossen Deutschlands, nach Rußland durch Bismarcks Rückversicherungsvertrag. Abermals war es dem Kanzler gelungen, seine Beziehungen zu den entscheidenden Mächten zu stabilisieren und Frankreich jeder Stütze zu berauben. Dem Prinzip nach war in der Tat die gleiche Lage geschaffen, wie sie sich einige Jahre vorher für das Reich aus der meisterhaften Ausnützung der weltpolitischen Konstellation ergeben hatte. Aber die Haltbarkeit des Gewonnenen war diesmal doch noch geringer und die Gefahr des Einsturzes noch größer als damals. Denn die sichere Gegnerschaft der einen Großmacht, die damals miteinbegriffen gewesen war, hatte sich nicht überwinden lassen, und auch die Drähte nach England und Rußland hin waren so dünn, daß jedes neu eintretende Ereignis von internationaler Bedeutung sie zu zersprengen drohte. Höchste Kunst nur konnte sie davor bewahren, und ebenso schwierig war es, die Abmachungen mit Österreich-Ungarn und Rußland nicht in Widerspruch zueinander geraten zu lassen; hatte sich doch hier das Deutsche Reich zwei ihrerseits sich in schärfster Rivalität gegenüberstehende Mächte verbunden. Und schließlich drückte schärfer als je der Zickzacklauf des russischen Kurses auf die deutsche Ruderführung; es galt sich darauf einzurichten, daß von hier aus der Funke aufflammen konnte, der das Ganze in Brand setzen würde. Das waren die ungeheuren Hemmungen, mit denen Bismarck zu ringen hatte. Solange er aber im Amte blieb, hat er sie nicht Herr über sich werden lassen. Stets fand er in genialer Sicherheit die Mittel zu ihrer Bewältigung.

Schon die auf den Abschluß des Rückversicherungsvertrags folgenden Monate bewiesen mit eindringlicher Warnung, wie wenig Verlaß auf Rußland durch ihn gewonnen war. Mit bestem Erfolg wurde von französischer Seite der Versuch gemacht, einen Keil zwischen die Mittelmächte und Rußland zu treiben. Durch Verfälschung amtlicher deutscher Erlasse sollte dem Zaren der Beweis erbracht werden, daß Bismarck im Gegensatz zu seiner ostensiblen Haltung Ferdinand von Koburg in Bulgarien unterstütze. Der Eindruck dieser Eröffnungen auf Alexander war auch in der Tat

ſo ſtark, daß er den Gedanken erwog, Deutſchland durch England zu erſetzen und die nötige Anlehnung in London zu ſuchen. In perſönlicher Unterredung hat Bismarck zwar den Nachweis der Fälſchung geliefert, aber das Mißtrauen des Zaren blieb wach, ſo daß die Gefahr ſeiner Kapitulation vor den Panſlawiſten noch weiter geſteigert erſchien. Das vorher ſchon ſchwache Band, mit dem Bismarck Rußland an ſeiner Seite hielt, hatte noch weiter an Widerſtandskraft verloren.

Dies Entgleiten Rußlands, das durch bis zum Zollkrieg ausartende wirtſchaftliche Gegenſätze noch beſchleunigt wurde, war um ſo beunruhigender für Deutſchland, als gleichzeitig ſich auch Zweifel an der Haltbarkeit der Verbindung mit England erhoben. Das Mittelmeerabkommen und die Streitigkeiten über Ägypten haben Salisbury nicht gehindert, im Oktober 1887 einen Kolonialvertrag mit Frankreich zu ſchließen, der die Atmoſphäre zwiſchen beiden Staaten bereinigen ſollte und als Beginn einer neuen, umfaſſenden Entente ausgelegt werden konnte. In der Tat hat Flourens, der Leiter der franzöſiſchen Außenpolitik, die Hoffnung damit verbunden, daß ſich daraus das Bündnis entwickeln ſolle. Es war alſo bereits ſo weit, daß ſowohl in Petersburg wie in Paris der Anſchluß an England ernſthaft erwogen wurde und daß England wenigſtens Frankreich Entgegenkommen bewies. Die Lage war damit für Deutſchland überaus peinlich geworden. Bismarck hat es jedoch verſtanden, ſolcher Entwicklung den Riegel vorzuſchieben, indem er England von der betretenen Bahn zurückholte. Für den Fall, daß der öſtliche Nachbar ſich nicht mehr bei der Stange halten ließ, durfte nicht auch noch die weſtliche Weltmacht verloren gehen. Deshalb ſchrieb er am 22. November 1887 an Salisbury einen Brief mit ausführlicher Darlegung der Geſamtlage und mit dem Sinn, den Miniſter von ſeiner Furcht vor einer englandfeindlichen Haltung des Prinzen Wilhelm nach ſeiner Thronbeſteigung abzubringen, neue Hinderniſſe zwiſchen England und Frankreich aufzurichten und das Londoner Kabinett zu noch intimerem Zuſammengehen mit Deutſchlands Bundesgenoſſen zu veranlaſſen. Das Ergebnis des Schrittes entſprach auch durchaus den Hoffnungen, die Bismarck in ihn geſetzt hatte: ſchon im Monat darauf wurde ein neues Mittelmeerabkommen unter Dach gebracht. Es war alſo gelungen, die indirekte Bindung Englands an Deutſchland auf dem Umweg über Öſterreich-Ungarn und Italien zu erneuern und ſogar zu befeſtigen, und da das Mittel-

meerabkommen sich ja nicht bloß gegen Rußland, sondern ebenso gegen Frankreich richtete, konnte auch die Gefahr eines englisch-französischen Zusammenschlusses wieder als beseitigt gelten.

Allerdings war nicht zu vermeiden, daß die beiden durch diesen neuen „orientalischen Dreibund" betroffenen Staaten nun ihrerseits näher aneinander heranrückten, und tatsächlich hat die Intimität zwischen Petersburg und Paris in der Folgezeit dauernd zugenommen. Als Antwort darauf hat der Kanzler sich zu einem nach allem Vorhergegangenen überraschenden Schritt von höchster Wichtigkeit entschlossen. Betrachtet man nur den äußeren Hergang der Dinge, so kann man zu der Ansicht gelangen, daß Bismarck diese Richtung der Entwicklung als unabwendbar hingenommen und die Konsequenz daraus gezogen habe, da sein bisheriges umfassendes System nicht mehr zu halten sei, rechtzeitig Ersatz zu schaffen. Denn im Januar 1889 beauftragt er seinen Londoner Botschafter Hatzfeldt, der britischen Regierung ein förmliches Bündnisangebot mit scharfer Spitze gegen Frankreich zu unterbreiten. Scheinbar also bedeutet das die grundsätzliche Umstellung; es sieht so aus, als ob er nunmehr bereit gewesen sei, sein Spiel zwischen und über den Parteien aufzugeben, auf die Verbindung mit Rußland zu verzichten und sich an Englands Seite festzulegen. Jedoch diesem äußeren Anschein entsprechen die wirklichen Absichten des Kanzlers offenbar nicht. Ich bin der Meinung, daß er bei diesem Bündnisangebot von vornherein überzeugt gewesen ist, Salisbury werde sich nicht darauf einlassen. Denn angesichts der wenig gesicherten parlamentarischen Stellung des konservativen Kabinetts lag in einem Antrag von so weitreichender Bedeutung die Gefahr, daß es darüber fallen werde. Bismarck rechnete also auf Ablehnung; die Zurückweisung eines Bündnisangebots pflegt aber Verstimmung zu hinterlassen, und die Gesamtlage Englands war nicht derart, daß es ruhigen Herzens eine unfreundliche Haltung Deutschlands in Kauf nehmen konnte. Darum glaubte der Kanzler mit Gewißheit vorhersehen zu können, daß Salisbury, um solche Wirkung nicht eintreten zu lassen, die Ablehnung durch anderweitiges Entgegenkommen versüßen werde, und in der Tat ist dies auf kolonialem Gebiet erfolgt. Das Jahr 1889 hat weltpolitisch zwischen Deutschland und England eine Verständigung von so weitreichendem Umfang gebracht, daß damals das Wort von einer „Kolonialehe" beider Länder durch Herbert Bismarck geprägt werden konnte. Vor allem in der Samoaangelegenheit, die

lange Zeit die Kabinette weit über die unmittelbare sachliche Bedeutung hinaus beschäftigt hat und die sich zur internationalen Streitfrage von höchstem Gewicht auszuwachsen drohte, haben häufig Deutschland und England gegen die Vereinigen Staaten zusammengestanden. Deren Imperialismus hatte sein Haupt erhoben, als durch die schwere weltpolitische Rivalität vom europäischen Kontinent her Großbritanniens Handlungsfreiheit so schlimme Einengung erfahren hatte. Sie benutzten, in ähnlicher Art wie wenige Jahre zuvor Bismarck selbst, die Gunst dieses Augenblicks, um weiter auszugreifen und in die Südsee einzudringen. Aber sobald England und Deutschland nicht mehr untereinander in Fehde lagen, erwuchsen diesem Vorstoß unüberwindliche Schranken.

Neben dieser kolonialen Verständigung scheint mir Bismarck aber noch etwas anderes mit seinem Bündnisangebot angestrebt zu haben. Es war anzunehmen, daß die Russen davon Kenntnis erhielten, und auf den Zaren mußte es Eindruck machen, wenn er von Deutschlands Willen hörte, sich unter Umständen mit England zusammenzutun. Das konnte als wirkungsvolle Warnung für ihn dienen, sich nicht von den Panslawisten hinreißen zu lassen. Wenn das des Kanzlers Plan war, so hat er auch hier das Gewünschte erreicht. Alexander verhinderte zwar nicht, daß selbst amtliche russische Kreise in Paris Fühlung nahmen und daß solche Anlässe wie der Ankauf von 500 000 Gewehren durch das russische Kriegsministerium bereits zu einer Art Verbrüderung zwischen Rußland und Frankreich ausgenützt wurden; aber er hütete sich, offiziell von der bisher innegehaltenen Linie abzuweichen. Ihn schreckte eben die Aussicht, dadurch Deutschland endgültig zu England hinüberzustoßen. Auf diese Weise hat Bismarck bis zum Ende seiner Kanzlerschaft nicht abermals zu einer Änderung seiner Methoden greifen müssen. Das deutsch-russische Verhältnis behielt formell die Natur vertraglich geregelter Freundschaft. Häufig kann man allerdings die Meinung hören, daß dies eben doch nur eine äußere Form ohne sachlichen Inhalt bedeutet und in Wirklichkeit die Annäherung Rußlands an Frankreich unaufhaltsame Fortschritte gemacht habe, der Zar also schon unter Bismarck für Deutschland verloren gegangen sei. Diese Auffassung ist aber unhaltbar, wie die Vorgänge unmittelbar vor und nach Bismarcks Sturz erweisen. Denn von Rußland ist damals die Erneuerung des Rückversicherungsvertrags gewünscht worden, der Zar war bereit sich noch weiter vertraglich

an das Reich zu binden; noch hatte er keineswegs vor den Panslawisten kapituliert. Bis zum Schluß hat demnach Bismarck Rußland an seiner Seite festzuhalten gewußt.

Auf diese Weise blieb das große System erhalten, durch das er die zwischenstaatlichen Verhältnisse Europas regulierte. Im Grundprinzip seiner Politik ist kein Wandel eingetreten: gestützt auf sein Bündnis, das ihm für alle Fälle ein hohes Maß von Sicherheit gewährte und dessen Stärke geeignet war, jede Angriffsabsicht zu ersticken, lavierte er hin und her zwischen den anderen Mächten und suchte sie soweit an sich heranzuziehen, als es sich ohne eigene Festlegung erreichen ließ. Damit keine der entscheidenden Weltmächte sein Gegner würde und infolgedessen den französischen Revanchewillen sich verbände, konnte er sich mit keiner zu tief einlassen. Das ist die große, bewundernswert innegehaltene, einheitliche Linie, die durch seine gesamte Politik in den achtziger Jahren hindurchgeht. Dies Spiel Bismarcks mit den fremden Kabinetten ist von Peter Schuwaloff der Tätigkeit eines Flohdresseurs verglichen worden, der, während er das eine seiner Tierchen vor dem Publikum tanzen lasse, die anderen sorgfältig in Watte verpacke. Aber die scheinbare Leichtigkeit, mit der Bismarck dies fertigbrachte, war nur die Wirkung höchster Kunst, wie jede vollendete Leistung der naiven Betrachtung die Schwierigkeiten nicht zu Bewußtsein kommen läßt. In Wirklichkeit befiel manchmal den Kanzler selbst die bange Sorge, ob die Fortführung des Spieles noch möglich sein werde. Daß sie ihm nicht gelungen wäre und daß die Gewalt der Dinge schließlich den Sieg davongetragen haben würde über seinen Willen und seine Kraft, das zu behaupten besitzt niemand das Recht. Denn jeder seiner Schritte läßt erkennen, in welchem Maße trotz Alter und Krankheit die schöpferische Phantasie des Staatsmanns ihm erhalten geblieben war und daß er die höchste seiner Fähigkeiten nicht eingebüßt hatte, überraschende, den Blicken der anderen verschlossene Pfade aufzuspüren, die zum Ziele führten. Jedoch den Beweis dafür bis zum äußersten zu erbringen, ist ihm nicht vergönnt gewesen. Wider seinen Willen mußte er in kritischer Zeit vom Steuer abtreten und sein Werk anderen Händen überlassen.

Das deutsche Volk aber nahm es ruhig hin, daß das unersetzliche Kapital an diplomatischer Kunst, geschäftlicher Erfahrung und internationaler Autorität, das ihm in der Person des Reichsgründers zur Verfügung stand, beiseite geschoben und zur Wirkungslosigkeit

verdammt wurde, während er selbst zur Weiterarbeit gewillt war. Von nirgendsher sind im Augenblick des Geschehens ernste Proteste erfolgt; die verächtlichen Worte, die im Ausland über dies Verhalten gesprochen worden sind, besitzen nur allzu bittere Berechtigung. Gleichzeitig aber sind die Vorgänge von 1890 geeignet, die ungeheure Größe von Bismarcks Lebenswerk ins rechte Licht zu setzen. Denn sie erbringen den einwandfreien Beweis, daß die politische Bedeutung und Machtgeltung, zu der das Reich emporgestiegen war, erreicht worden ist durch nichts anderes als die Leistung der gewaltigen Einzelpersönlichkeit. Bismarcks Taten dürfen nicht als Ausdruck des Gesamtwillens der durch ihn vertretenen Nation betrachtet werden, nicht Kollektivkräfte haben sie hervorgerufen; er ist nicht der Träger und Verwirklicher der das deutsche Volk beherrschenden Strömungen, sondern er hat ihm mit seinem Werk etwas aus eigenem Sinn und eigenem Können Geschaffenes zum Geschenk gemacht, dem die große Masse seiner Landsleute durchaus fremd gegenüberstand. Wäre der Kanzler die Verkörperung dessen, was der Nation selbstverständlich war und woran sie von sich aus alle ihre Kräfte setzte, so wäre seine Entfernung nicht ertragen worden. Aber instinktmäßig besaß das deutsche Volk noch keine Beziehung zu machtpolitischer Wirksamkeit, das Bleigewicht der Vergangenheit hing an ihm und hinderte es, dieselbe Freiheit des Blicks wie glücklichere Nationen zu gewinnen. Von oben her war es gewöhnt sein Schicksal bestimmt zu sehen, und so fest war diese durch Jahrhunderte erzeugte Eigentümlichkeit, dieser Verzicht auf Selbstbestimmung eingewurzelt, daß nicht mit einem Schlage seine Wirkung aus der Welt geschafft werden konnte. Der Fluch der Zerrissenheit und die Enge der eigenen Verhältnisse hatte den Sinn nicht zur Entfaltung gelangen lassen, der die Fähigkeit verlieh zum erfolgreichen Betreten der den Großmächten vorbehaltenen Bühne. Dorthin aber war Deutschland durch Bismarck gestellt. Daß daraus dem Bestand des Erreichten Gefährdung erwachsen könnte, diese Erkenntnis hat als Alp auf dem Lebensabend des Reichsgründers gelegen.

*

Obwohl bei dem Konflikt zwischen Kaiser und Kanzler die außenpolitischen Fragen nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben, ist auf Bismarcks Entlassung der völlige Umschwung der europäischen Gesamtlage zurückzuführen. Denn die erste Tat des neuen Kurses

war die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags, und das bedeutete die Preisgabe von Bismarcks großem System. Caprivi sah in der Politik, die er bei seinem Amtsantritt vorfand, ein Gewirr von sich schneidenden und kreuzenden Linien und fürchtete, sich in diesem Labyrinth nicht zurechtfinden zu können. Er empfand das Bedürfnis nach klarerer und einheitlicher Formel. Der Sache nach war er gewillt, Bismarcks Politik fortzusetzen, im Endziel stimmte er mit ihm überein: auch er wollte die Erhaltung des Friedens gewährleisten, indem er vom Dreibund ausgehend möglichst gute Beziehungen sowohl nach Petersburg wie nach London hin unterhielt. Um dieses gleichen Endziels willen glaubte der Mann, der von nun an der eigentliche Leiter der deutschen Außenpolitik geworden war, Fritz von Holstein, sich nach wie vor als „Bismarckianer" bezeichnen zu dürfen, und auch eine so gut unterrichtete Persönlichkeit wie Kiderlen-Waechter war der Meinung, daß nur auf unbedeutende, keineswegs den Sinn des Ganzen bestimmende Nebendinge Verzicht geleistet worden sei. Es war also die Absicht der neuen Männer, zwischen den Weltmächten, ohne sich für eine von ihnen zu entscheiden, Deutschland in die Höhe zu führen. Aber sie glaubten das erreichen zu können nur unter Anwendung anderer Methoden, als Bismarck sie in den letzten Jahren befolgt hatte. Die im Rückversicherungsvertrag gegebenen Versprechungen meinten sie nicht in Einklang bringen zu können mit den sonstigen Verpflichtungen des Reichs, und deshalb wurde die vom Zaren gewünschte Verlängerung verweigert. Keineswegs jedoch sollte dies den Abbruch des Verhältnisses zu Rußland bewirken; Kaiser Wilhelm betonte vielmehr energisch seinen Willen, auch fürderhin sein Freund zu bleiben. Hoffte er also den östlichen Nachbarn sich nicht zum Feinde zu machen, so war er andererseits darauf bedacht, ganz nach Bismarcks Vorbild, gleichzeitig mit England auf gutem Fuß zu verharren. In Fortsetzung der kolonialen Verständigung der letzten Zeit hat er das durch den Helgolandvertrag vom 1. Juli 1890 zu erreichen gesucht, der außerdem der deutschen Nordseeküste die starke Deckung verschaffen sollte. An ihm hat der entlassene Kanzler erbitterte Kritik in breitester Öffentlichkeit geübt, und in der Tat hätte wohl bei einigermaßen geschicktem Verhalten nur ein wesentlich billigerer Preis für die Insel bezahlt zu werden brauchen. Das Schlimmste aber an diesem Vertrag war, daß durch ihn der Sinn der deutschen Politik ein ganz anderer erschien, als er tatsächlich war.

Denn die Gleichzeitigkeit der Nichterneuerung des vertraglichen Verhältnisses zu Rußland und die Neubegründung eines solchen zu England konnte trotz aller Versicherungen Caprivis nur gedeutet werden als prinzipielle Umstellung.

So ist in dem Zaren der Glauben erweckt worden, daß Wilhelm II. sich von ihm abgewendet und für England optiert habe. Bestärkt wurde er weiter darin durch die demonstrative Erneuerung des Dreibundes im Mai 1891 und durch den Besuch Kaiser Wilhelms in England vom gleichen Jahr. Dazu kam noch stimmungsverschärfend der Beginn der deutschen Orientpolitik. Der Ausbau der anatolischen Bahn, hauptsächlich durch deutsches Kapital, bedeutete das Ende des Zustandes, an dem Bismarck keine Änderung hatte eintreten lassen wollen, daß das Reich in der orientalischen Frage keine eigenen Interessen besitze und demzufolge den gegebenen Vermittler zwischen den unmittelbar Beteiligten darstelle. Je stärker sich der deutsche Einfluß in Konstantinopel durchzusetzen vermochte, um so mehr fühlte sich Rußland getroffen; von nun an stand ihm als Gegner seines von so starken Gefühlsmomenten getragenen Balkanehrgeizes auch Deutschland gegenüber. In der eigenen Orientpolitik des Reichs lag also ein besonders scharfes Abweichen von der im Rückversicherungsvertrag vorgezeichneten Linie. Alles das hat Alexander III. die Überzeugung gegeben, daß der Wille zur Aufrechterhaltung guter Beziehungen trotz aller schönen Worte in Berlin nicht mehr bestünde. So ist der Entschluß in ihm gereift, den Wünschen des Panslawismus und den Werbungen der französischen Republik nachzugeben. Die letzte Stütze, auf der das Zusammengehen Rußlands und Deutschlands geruht hatte, brach zusammen; die Uneinheitlichkeit der politischen Linienführung, wie sie durch das Ringen der beiden Parteien hervorgerufen worden war, wurde überwunden — zuungunsten des Deutschen Reichs. Der Besuch des französischen Geschwaders in Kronstadt im Juli 1891 war der Beginn einer festeren Form der russisch-französischen Entente: im nächsten Jahre wurde sie durch die Militärkonvention ergänzt und 1893 in das wirkliche Bündnis umgewandelt. Seitdem strömte das französische Geld nach Rußland hinein und ermöglichte dem Zarenreich die vollständigere Ausnützung der ihm von der Natur geschenkten Mittel.

Unzweifelhaft ist es demnach die Wirkung der Politik des neuen Kurses gewesen, daß das eintrat, was Bismarck unter allen Umständen hatte verhindern wollen: Frankreich war aus der Isolierung

herausgekommen. Diese Folge steht einwandfrei fest; viel umstritten aber ist die Frage, ob die deswegen gegen die Reichsleitung erhobenen Vorwürfe Berechtigung besitzen. Für den jungen Kaiser persönlich ergibt die Tatsache eine starke Entlastung, daß die Gesamtheit seiner nunmehrigen außenpolitischen Berater in voller Einmütigkeit die Verlängerung des Rückversicherungsvertrags als unmöglich bezeichnet hat. In der Tat ist ja auch, ohne mich in die Einzelheiten dieser Diskussion einzulassen, darauf hinzuweisen, daß zur Fortsetzung von Bismarcks System erlesenste diplomatische Meisterschaft und ein höheres Maß von geschäftlicher Erfahrung vonnöten war, als dem neuen obersten Ratgeber der Krone und ihrem Träger zu Gebote stand. Daß Caprivi sie sich nicht zutraute, muß als richtige Einschätzung der eigenen Mittel und Fähigkeiten anerkannt werden. Genau wie Bismarck die Reichsverfassung, mit der überragenden Bedeutung des Kanzleramtes, ganz auf sich selber und seine Arbeitskraft berechnet hatte, war auch die Außenpolitik des Reichs von ihm auf sein eigenes Format zugeschnitten, und in dieses Gewand vermochten die kleineren Nachfolger nicht hineinzuwachsen. Sie konnten darum weder das gleiche Prinzip noch die gleichen Methoden beibehalten, und es war an sich nur berechtigt, daß sie nicht gewillt waren, sklavisch am Vorbild des großen Meisters zu hängen; ein solches Verhalten wäre nicht nur durchaus unpolitisch, sondern auch gerade unbismarckisch gewesen. Jedoch selbst wenn man alles dies ihnen zugute hält, so läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß sie durch ihr Vorgehen, durch die Art, wie sie sich von dem bisher befolgten System abwandten, genau das Gegenteil bewirkt haben von dem, was sie erreichen wollten. Die Preisgabe der unter Bismarck behaupteten Positionen erfolgte, ohne irgend etwas als Entschädigung dafür zu gewinnen, und durch die auf alle Fälle unnötige, brüske Form, über die keine höflichen Floskeln hinwegtäuschen konnten, wurde in Petersburg eine Stimmung erzeugt, die künftighin auch bei den bisher günstig gesinnten Stellen ein wirklich vertrauensvolles Zusammenarbeiten ausschloß. Übertrieben ist es allerdings, wenn man die ganze weitere, bis zu unserer Katastrophe hinführende Entwicklung als das notwendige Ergebnis der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags hinstellt; aber daß die Dinge sich in dieser Richtung bewegen konnten, dazu ist in der Tat durch die damalige Handlungsweise der deutschen Regierung der Grund gelegt

worden. Und von einer Schuld wird Kaiser Wilhelm, selbst wenn man sachlich die Haltung des neuen Kurses in vollem Umfang billigen wollte, nicht freizusprechen sein: daß er den Schöpfer des großen Systems, durch das die Interessen des Reichs am besten gewahrt worden waren, verhindert hat, es noch länger wirksam zu erhalten. Die Beeinträchtigung, die sich für Deutschland eines Tages naturnotwendig durch das Ausscheiden des Reichsgründers ergeben mußte, ist vor der Zeit „d'un cœur léger" herbeigeführt worden.

Caprivis Blick war offen genug, um sich der Erkenntnis nicht zu verschließen, daß seine Weigerung längerer vertraglicher Bindung an Rußland den alsbaldigen Zusammenschluß des Zaren mit Frankreich bewirken werde. Aber er meinte das in Kauf nehmen zu müssen und zu können, denn er hatte die Hoffnung, trotzdem wieder an ihn heranzukommen, und wenn das gelang, war in der Tat geradezu eine Besserung der Gesamtlage zu erwarten: dann würde der russische Friedenswille dem Revanchestreben seines Verbündeten als Fessel dienen. In der Tat hat längere Zeit hindurch im Zweibund dieses Verhältnis bestanden, eine sofortige Gefährdung ist dem Reich nicht aus ihm erwachsen. Dennoch ergab sich aus dem Verzicht auf das Bismarcksche System nach verschiedenen Richtungen hin unzweifelhafte Schädigung der Reichsinteressen. Der eindeutige Aufbau der deutschen Politik auf den Dreibund und der Anschluß Rußlands an Frankreich bedeutete den Zerfall des europäischen Festlands in zwei sich gegenüberstehende Lager. Die Politik des Gleichgewichts trat damit wieder ein mit allen ihren die Ruhe gefährdenden Begleiterscheinungen; die überragende Stellung des Reichs war verloren gegangen. Aber auch unmittelbar ist der Berliner Regierung die Minderung ihres Einflusses ins Bewußtsein gerufen worden durch das Verhalten ihres Bundesgenossen. Seitdem Deutschland nicht mehr über die direkte Leitung nach Petersburg verfügte, fiel ihm die Freundschaft Österreich-Ungarns noch schwerer ins Gewicht als vorher, und damit ergab sich für die Österreicher die Möglichkeit selbständigeren Auftretens; sie brauchten nicht mehr zu befürchten, daß Deutschland eines Tages ihnen das Zarenreich vorziehe. In den Verhandlungen über den Handelsvertrag hat sich dieser Umschwung alsbald gezeigt, es ist der Beginn der Entwicklung, daß die Führung des Dreibunds nicht mehr so unbedingt in Berlin ruht. Wenn also der Verzicht

auf die Vereinbarung mit Rußland sich schon innerhalb des Blockes fühlbar machte, der das Fundament der deutschen Politik abgab, so trat seine Wirkung erst recht zutage in dem Verhältnis zu England. Das wirksamste Druckmittel, das Bismarck hatte anwenden können, war fortgefallen; England wurde in die Lage versetzt, sich seine Freundschaft sehr viel teurer bezahlen zu lassen. Die Nichterneuerung des Mittelmeerabkommens, wodurch nunmehr auch die nach der anderen Richtung hin angefügte Hilfskonstruktion Bismarcks zusammenstürzte, ließ erkennen, daß die Londoner Regierung ihre uneingeschränkte Handlungsfreiheit zurückzugewinnen gewillt war. Besseres konnte ihr dafür nicht geschehen als die Wiederherstellung des festländischen Gleichgewichts durch die Scheidung der Mächte in zwei Lager: der Gegensatz von Dreibund und Zweibund ermöglichte ihr den Rückzug aus allen festländischen Verpflichtungen. Die eigene Stellung aber hatte England gesichert durch die Annahme des 1889 von Salisbury proklamierten „Zweimächtestandard" für die Flotte: auch die Verbindung der beiden nächststarken Seemächte sollte keine Überlegenheit über die Beherrscherin der Meere erzeugen. Die splendid isolation besaß also in ihrer vorteilhaftesten Form wieder Gültigkeit für England.

Wilhelm II. und Caprivi aber schöpften aus der Tatsache der Vereinzelung Englands und des Fortbestehens seines weltpolitischen Gegensatzes zu Rußland die Hoffnung, ihre Absicht des Spieles zwischen den Parteien in der Art Bismarcks verwirklichen zu können; Deutschland sollte sich wieder die Stellung des von beiden Seiten Umworbenen zurückgewinnen. Auf diese Weise meinten sie auch dem allgemeinen Frieden am besten zu dienen. Denn genau wie Bismarck waren auch die Männer des neuen Kurses entschlossen, jede von anderer Seite kommende Friedensstörung zu verhindern und selbst offenkundig friedenserhaltende Politik zu treiben. Der Einfluß des Reichs sollte in diesem Sinn verwertet werden, und dieser Absicht ist Wilhelm II. durch alle Wandlungen der europäischen Lage während seiner Regierung treugeblieben. Um so leichter aber war das zu erreichen, wenn Deutschland durch seine Stellung zwischen den Parteien ausschlaggebend blieb. Insofern also hat Caprivi einen der Grundgedanken Bismarcks übernommen, und unter dem Einfluß von Holstein ist dies Prinzip auch von Caprivis Nachfolgern beibehalten und dogmatisiert worden, selbst dann noch, als es sich ohne schädliche Wirkung nicht mehr durchführen ließ. Voraussetzung

aber zu diesem schiedsrichterlichen Einfluß war die Beseitigung der sicheren Feindschaft Frankreichs. Denn wie die Dinge sich gestaltet hatten, waren erträgliche Beziehungen zu Rußland nicht vereinbar mit dem Fortbestand der Hochspannung im Westen. Darum hat Wilhelm II. Frankreich gegenüber sich entgegenkommend erwiesen und seinen Willen zu friedlicher Verständigung betont. Trotz allerlei Zwischenfällen hat er dabei auch nicht unbedeutende Erfolge erzielt, abermals ist eine gewisse Entspannung eingetreten. Die Aussichten auf weiteren Ausbau dieser Entwicklung schienen um so günstiger, als es der Reichsleitung gelang, den 1890 zu Boden gefallenen Faden zu Rußland wieder aufzunehmen.

Seitdem 1891 der Bau der transsibirischen Bahn in Angriff genommen worden war, die aus dem Riesenreich eine wirtschaftliche Einheit und ein aktionsfähiges Ganzes machen sollte, waren die Voraussetzungen der russischen Politik wieder andere geworden. In den Vordergrund ihres Interesses war Ostasien getreten, der Balkan und der nahe Orient kamen erst in zweiter Linie. Der eigentliche Grund für die Feindschaft Rußlands gegen den Dreibund hatte damit in hohem Maße an Durchschlagskraft eingebüßt; die Reichsleitung brauchte vorläufig weder zu befürchten, daß sie selbst über die Türkei, noch daß Österreich-Ungarn über den Balkan mit dem Panslawismus zusammenpralle. Caprivis Hoffnung, trotz der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags nicht in Konflikt mit Rußland zu geraten, schien sich also zu erfüllen, und mit der Thronbesteigung Nikolaus' II. 1894 hat die Versöhnung noch weitere Fortschritte gemacht. Um den Grad der Hinwendung nach Asien, die den deutschen Interessen so dienlich war und die Gefahr europäischer Konflagrationen herabminderte, zu vermehren, erbot sich Wilhelm II., seinerseits die dafür nötige Rückendeckung innerhalb Europas zu übernehmen, und in der Tat ist damals intime Fühlung zwischen beiden Monarchen hergestellt worden. Dadurch wird die Schiefheit der Auffassung bewiesen, die in direkter Linie den Ausbruch des Weltkriegs auf die Vorgänge von 1890 zurückführen will. Eine Stütze findet sie allerdings in den belgischen Gesandtschaftsberichten, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß der Abschluß des Zweibundes in ganz Europa als Beginn einer auf Krieg hinzielenden Entwicklung aufgefaßt worden ist. Aber der positive Gang der Dinge hat vorläufig diese Erwartung nicht bestätigt. Zunächst wirkte der Zweibund nicht als Friedensstörung, weil Rußland die Verstärkung

seiner Position nach einer Richtung hin ausbeutete, die nicht mit den Interessen der Mittelmächte unvereinbar war. Der überwiegende Teil der Franzosen war damit allerdings keineswegs zufrieden. Nicht um der Friedensgarantie willen hatte er die Verbindung mit dem Zarismus mit so überschwenglichem Jubel begrüßt und nicht um solcher Zwecke willen sein Geld nach dem Osten fließen lassen. Für ihn hatte das Bündnis keinen anderen Sinn als die Ermöglichung der Revanche. Der russische Kriegsminister Obrutschew hatte deshalb schon vor dem Abschluß der Militärkonvention bedenklich die Frage an General Boisdeffre gestellt: „Wenn ihr einen unterschriebenen Vertrag habt, werdet ihr dann nicht losschlagen?" Aber wenn auch infolgedessen in Paris das Voranstellen Asiens als „Desertion" des Verbündeten empfunden wurde, mußte sie doch hingenommen werden, um nicht der endlich errungenen Befreiung aus der Isolierung alsbald wieder verlustig zu gehen. So trat die kriegerische Richtung in den Hintergrund, aber sie blieb lebendig, mit der Möglichkeit ihres Emporkommens mußte stets gerechnet werden.

Vorderhand aber war die überraschende Wendung des deutsch-russisch-französischen Einvernehmens zur Tatsache geworden, auch nach außen hin trat sie in deutlich erkennbarer Form in die Erscheinung: am Ende des Chinesisch-Japanischen Kriegs fanden sich die drei Mächte zu gemeinsamem Handeln zusammen. Zum erstenmal wurde Japan zum Gegenstand der Sorge für Gesamteuropa, da es seinem Aufstieg überstürztes Tempo verleihen wollte. Im Frieden von Schimonoseki 1895 machte es den Versuch, seinen überwältigenden militärischen Sieg auch diplomatisch restlos auszunützen und das chinesische Reich faktisch unter seine Botmäßigkeit zu zwingen. Damit streckten die Japaner aber ihre Hände nach einem Objekt aus, auf das sich auch die Begehrlichkeit der anderen schon längst gerichtet hatte. Rußland erhob daher Einspruch, Frankreich konnte bei dieser ersten Probe auf das Bündnis sich nicht versagen und trat an seine Seite, und auch Deutschland schloß sich an. Hohenlohes Hoffnung dabei war, durch Befestigung der neugeschaffenen Entente die Kontinentalstellung Deutschlands auszubauen, daneben aber wirkte als treibende Kraft der Wunsch nach Erweiterung des Kolonialreichs: Wilhelm II. wollte bei der Liquidierung der Masse China eigenen Gewinn davontragen, und in der Tat hat sich auch kurze Zeit darauf das Eintreten für China bezahlt gemacht durch die Abtretung von Kiautschou. Die ostasiatischen Handelsinteressen

sollten gesichert und verstärkt werden durch die Errichtung eines eigenen Flottenstützpunktes; um dieser Aussicht willen glaubte man in der Wilhelmstraße, die Verfeindung der aufsteigenden Großmacht des Ostens in Kauf nehmen zu dürfen, obwohl die Nichtbeteiligung Englands an dem gemeinsamen Schritt der Mächte zur Vorsicht hätte mahnen sollen. Allerdings war die erste Anregung zu der Intervention gerade von London ausgegangen; sobald aber Lord Rosebery die Bereitwilligkeit der anderen erkannte, hatte er sich vorsichtig zurückgezogen und war draußen geblieben. Dadurch bereitete er den Boden für das spätere Bündnis. Von Deutschland dagegen fühlte sich Japan schwer vor den Kopf gestoßen. Denn der Staat hatte sich emporgearbeitet zum guten Teil durch von dem deutschen Vorbild entlehnte Mittel, um so größer war nunmehr seine Enttäuschung, als Deutschland in einer Frage, an der es bisher noch kein unmittelbares eigenes Interesse an den Tag gelegt hatte, sich so scharf für die Gegenseite einsetzte. Von ihm hatte es geglaubt, ein anderes Verhalten erwarten zu dürfen. Vor der Vereinigung der drei großen Militärmächte blieb ihm nichts übrig, als zurückzuweichen und sich in seinen Ansprüchen gegen China beträchtlich zu bescheiden. Der Groll darüber richtete sich aber hauptsächlich gegen Deutschland. Einer der in Zukunft gewichtigsten Faktoren der Weltpolitik ist dadurch dem Reich entfremdet und für die Umwerbungen seiner Feinde zugänglich gemacht worden. Zweifellos ist deshalb die Beteiligung Hohenlohes an dem Einspruch ein Fehler gewesen: der sich aus ihr ergebende Vorteil stand in keinem Verhältnis zu den Schädigungen, die sie im Gefolge gehabt hat. Wie wenig Japan die damaligen Vorgänge vergessen hat, zeigt sein Ultimatum vom August 1914, das in blutiger Ironie sich zum Teil wörtlich anlehnt an die nach Schimonoseki in Tokio überreichte deutsche Note. Dennoch ist es übertrieben, wenn vielfach der Eintritt Japans in den Weltkrieg in direkten Kausalzusammenhang mit den Ereignissen von 1895 gebracht wird. Denn wenige Jahre später (1901) ließ es trotz allem seine Bereitwilligkeit erkennen, ein Bündnis mit Deutschland einzugehen. Bei seinem Konflikt mit Rußland mußte ihm die Verständigung mit dessen westlichem Nachbar äußerst erwünscht erscheinen. So tief also hat die 1895 geschaffene Verstimmung nicht gefressen, daß sie unabänderlich gewesen wäre und sich nicht wieder hätte überwinden lassen, wenn sie nicht später durch noch schlimmere Fehler verschärft worden wäre. Immerhin

hatte Deutschland seitdem mit der durch die Verletzung des japanischen Ehrgeizes gegebenen Abneigung zu rechnen, an Stelle der Freundschaft trat Gegensätzlichkeit, und das war kein guter Auftakt für die weltpolitische Betätigung des neuen Kurses.

In Europa dagegen war mit der Annäherung der drei Mächte eine Lage geschaffen, die Englands Wünschen im höchsten Maße zuwiderlief. Statt des Gleichgewichts, statt Zerspaltung und gegenseitiger Bekämpfung schien ein einheitlicher Block von solcher Stärke sich auszubilden, wie ihn England im eigenen Interesse nicht ertragen konnte. Die Entwicklung schien einzutreten, die der Inselstaat stets hatte verhindern wollen. Deshalb hat sich Salisbury auch jetzt ihr in den Weg geworfen und die festländische Einigkeit zu zerstören gesucht, indem er 1895 in Cowes Wilhelm II. den Vorschlag der Teilung der Türkei machte. Darin liegt ein grundsätzlicher Wandel des Sinnes der britischen Orientpolitik. Seit einem Jahrhundert war die Aufrechterhaltung der Türkei ihr unbedingt festgehaltenes Prinzip gewesen, weil sie als Damm gegen Rußland unentbehrlich schien. Aber das Interesse war erlahmt, seitdem eine dritte Großmacht sich in Konstantinopel eingenistet hatte. Deutschland war, nachdem sein Einfluß dort der vorherrschende geworden war, genötigt, die Verteidigung der Türkei gegen das russische Andrängen zu übernehmen; damit fiel ihm die Aufgabe mit allen ihren Lasten zu, die England bisher erfüllt hatte. Trat jetzt der Orient wieder in den Gesichtskreis der Mächte, so war mit höchster Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß darüber das Reich mit Rußland in Zwist gerate. Salisbury wollte also die orientalischen Probleme aufrollen, damit darüber die europäische Einheitsfront zerbreche, und gleichzeitig dabei die bedrohte eigene Stellung in Ägypten sichern. Auch den anderen Vorteil glaubte er dadurch erreichen zu können, daß Rußland, vom nahen Orient gefesselt, in Asien haltmachen werde. Mitgespielt für die Bereitwilligkeit Englands, die Selbständigkeit der Türkei preiszugeben, hat auch die Verminderung seines wirtschaftlichen Interesses an ihr: seitdem es für die ihm notwendige Getreidezufuhr nicht mehr auf Südrußland angewiesen war, sondern sie aus anderen Weltteilen erhalten konnte, war ihm der Gedanke, den Bosporus und die Dardanellen in den Händen einer anderen Großmacht zu wissen, nicht mehr so unerträglich.

Kaiser Wilhelm aber hat den Vorschlag Salisburys abgewiesen, weil er die ihm zugrunde liegende Idee, Deutschland mit Rußland

zu veruneinigen, durchschaute und weil die Aufteilung der Türkei Deutschlands eigenen Orientplänen zuwiderlief. Das hat Verstimmung zwischen beiden Persönlichkeiten, aber auch zwischen beiden Kabinetten hervorgerufen. Ein Symptom für deren Stärke war das Telegramm vom 3. Januar 1896, in dem der Kaiser den Präsidenten Krüger zur siegreichen Abwehr des räuberischen Überfalles durch Dr. Jameson beglückwünschte. Der britische Imperialismus hatte sich zu einem übereilten Schachzug hinreißen lassen und durch diesen Agenten — zwar formell von Salisbury mißbilligt — den noch selbständigen Rest von Südafrika dem Weltreich einverleiben wollen. Deutschland aber begrüßte das Mißlingen dieses Vorstoßes vor aller Welt, und das war nicht etwa eine impulsive Tat des Kaisers persönlich, sondern ein Staatsakt der Reichsregierung. Leidenschaftliche Empörung wurde dadurch in London erregt, die gesamte öffentliche Meinung brauste wild auf. Um die Mitte der neunziger Jahre stand also Berlin Petersburg erheblich näher als London. Aber die gelegentliche, durch Einzelinteressen bedingte Stellungnahme gegen England änderte nichts an dem Willen, mit ihm sich nicht zu überwerfen; ein Bruch lag keineswegs in der Absicht der Reichsleitung. In dem alten Grundprinzip der deutschen Politik ist also kein Wandel eingetreten.

Die guten Beziehungen zu Rußland, wenn es sich auch dabei wieder nur um den Zaren persönlich und nicht um das in unüberwindlicher Abneigung verharrende Volk handelte, haben sich von größtem Nutzen erwiesen, als erneut der Balkan sich wieder regte. Österreich-Ungarn hat es nicht verstanden, auf die Dauer Bulgarien an seiner Seite festzuhalten. Der Übertritt des bulgarischen Kronprinzen zur griechisch-katholischen Konfession war das Kennzeichen, daß Ferdinand den ursprünglichen Gegensatz zu Rußland preisgab und in dessen Lager hinüberschwenkte. Der Russenfeind Stambulow wurde entlassen und durch dem Panslawismus ergebene Minister ersetzt. Dessen Einfluß auf dem Balkan war also neu belebt worden. Aber die starke Bindung des Zarenreichs in Ostasien und das freundschaftliche Verhältnis zwischen Wilhelm und Nikolaus haben verhindert, daß diese abermalige Einschaltung der alten Reibungsfläche unliebsame Folgen hatte. Sie hat nicht den Bruch mit Österreich-Ungarn bewirkt, sondern im Gegenteil einigten sich die beiden Konkurrenten im Mai 1897, sie verzichteten auf Ausdehnung des eigenen Gebiets und verpflichteten sich, keinen Schritt ohne

gegenseitige Verständigung zu unternehmen. Es war nicht die Teilung in Interessensphären, die Bismarck als die beste Grundlage dauernden Übereinkommens empfohlen hatte; vielmehr beschränkten sich die Mächte mehr auf allgemein gehaltene Versicherung ihrer Harmonie. Der Beginn wirklichen Zusammengehens konnte diese Abmachung wegen ihres Vermeidens aller speziellen Festsetzungen nicht sein, aber im Augenblick hatte sie die sehr erfreuliche Wirkung, daß der Balkangegensatz zum Schweigen gebracht und damit eine weitere, wichtige Verbesserung der auf dem Kontinent herrschenden Stimmung erzielt wurde. Deshalb hat auch die Krisis des griechisch-türkischen Kriegs von 1897 und des Streites um Kreta trotz aller daran haftenden Dornen keine schlimmeren Weiterungen für die Großmächte zur Folge gehabt.

Je mehr aber die Tatsache des deutsch-russischen Einverständnisses sich mit dem Fortbestehen des russisch-französischen Bündnisses als vereinbar erwies, desto stärker regte sich in Paris die Unzufriedenheit mit diesem den eigenen Hoffnungen so völlig widersprechenden Ergebnis. Daß die Revanchepolitiker noch nicht zu Einflußlosigkeit herabgesunken waren, konnte England aus der geheimen Mitteilung entnehmen, die im Augenblick der durch das Krüger-Telegramm hervorgerufenen Aufregung die französische Regierung nach London gelangen ließ, trotz allem besitze Frankreich nur einen Feind. Der Botschafter Courcel gab die Erklärung ab, daß Großbritannien im Falle eines Kriegs mit Deutschland „auf die sehr wohlwollende Neutralität, wahrscheinlich sogar auf die aktive Teilnahme, jedenfalls bei jeder Differenz mit Deutschland auf die Unterstützung Frankreichs rechnen dürfe". Es war für England eine große Beruhigung, daraus zu ersehen, wie wenig Festigkeit der ihm so unerwünschten kontinentalen Solidarität eignete. So bitter also war die Enttäuschung über die Entwicklung der Dinge, daß Frankreich, ungeachtet des Zweibundes, mit dem weltpolitischen Gegner Rußlands liebäugelte. Aber dem wurde ein brüskes Ende gesetzt durch das Wiederemportauchen des eigenen französischen Gegensatzes zu Großbritannien um seines Kolonialreiches willen. Die Vorgänge zu Beginn der achtziger Jahre wiederholten sich, wo die kolonialen Fragen beide Länder auseinandergerissen hatten, so daß Deutschland den Vorteil daraus ziehen konnte. Diesmal aber war der Konflikt getragen von noch stärkerer Leidenschaftlichkeit der Volksstimmung. Auch jetzt wieder war die Wirkung der besseren Beziehungen zu Deutschland die Verstärkung der Energie

gewesen, die Frankreich jenseits der Meere einsetzte; in Afrika rundeten sich seine Besitzungen zu gewaltigem zusammenhängenden Komplex. Das aber wurde von England in der gleichen Weise erwidert. In Joseph Chamberlain fand der britische Imperialismus seine repräsentative Persönlichkeit, und seine Wirksamkeit an der heimischen Zentralstelle wurde mit höchstem Erfolg ergänzt durch die Leistungen der großen Kolonisatoren draußen in fernen Erdteilen. Cecil Rhodes in Südafrika und Cromer in Ägypten sind dafür die leuchtendsten Namen. Aus der gesteigerten Intensität der weltpolitischen Betätigung beider Nationen ergab sich aber automatisch, wie so oft schon in früheren Jahrhunderten, ihre Rivalität und damit auch in Europa ihr Zusammenprall.

Die feindselige Stimmung hat ihren Höhepunkt erreicht aus Anlaß der Faschodaaffäre im Jahre 1898, als Marchand, in der Absicht, die zusammenhängende Landbrücke von Meer zu Meer quer über den afrikanischen Kontinent hinweg herzustellen, tief in den Sudan hinein vorstieß und Kitchener ihn zwang, die bereits gehißte Trikolore niederzuholen. Diese Demütigung hat zu rasenden Ausbrüchen des altüberlieferten Englandhasses im französischen Volke geführt, und mit ähnlicher Schärfe antwortete die englische Presse. Der Krieg war in unmittelbare Nähe gerückt. Aber Delcassé hat kapituliert und trotz aller damit verbundenen Erniedrigung den Rückzug angetreten, aus dem Gedankengang heraus, daß Frankreich nicht Englands Feindschaft auf sich laden dürfe, weil sonst jede Aussicht auf die Revanche sich verflüchtigte. Und die Franzosen verstanden den Grund, warum ihre Regierung sich fügte, und hießen ihn gut. So schmerzlich das koloniale Opfer war und so schwer erträglich die Verletzung der nationalen Empfindlichkeit, sie wurde hingenommen um des Grolles gegen Deutschland willen. Nichts läßt besser die Tiefe erkennen, mit der das Revancheſtreben im französischen Volk verwurzelt war, als diese Haltung in der Faschodaangelegenheit: lieber erlitt es eine neue Niederlage, als daß die Aussicht beeinträchtigt wurde auf Rache für die alte.

Abermals also siegte in Paris wie beim Sturze Jules Ferrys 1885 die kontinentale Einstellung über die weltpolitische, und so hat gerade der Gipfelpunkt des kolonialen Streits den Engländern die Gewißheit gegeben, daß sie von Frankreich nichts zu fürchten hatten. Seit der Überwindung der Krisis lenkten die Beziehungen zwischen London und Paris wieder in ruhigeres Fahrwasser ein; die

französische Staatsleitung ist fortan, wenn auch während des Burenkriegs die Volksstimmung sich noch einmal in fesselose Wut gegen die britischen Welteroberer hineingesteigert hat, zur Verständigung gewillt gewesen. Das bedeutete aber gleichzeitig, daß alle Versuche Frankreich von der Feindschaft gegen Deutschland abzubringen, hoffnungslos gescheitert waren.

Insofern also konnte eine gewisse Beruhigung in England einkehren: an der Einheitsfront der kontinentalen Mächte würde es sich nicht stoßen. Aber das wog doch nicht die rapide Verschlechterung seiner allgemeinen Lage auf, die im übrigen in dieser Zeit eingetreten ist. Zu Deutschland stand es seit dem Krüger-Telegramm auf sehr gespanntem Fuße, sein Verhältnis zu Deutschlands Bundesgenossen war seit der Nichtverlängerung des Mittelmeerabkommens kühl, die Feindschaft mit Rußland war durch die Konkurrenz in Ostasien denkbar scharf. Vor der Tatsache, daß ihm das ganze Festland außer Frankreich mit einem Mißtrauen gegenüberstand, das sich leicht zu aktiver Feindseligkeit verdichten konnte, durfte es die Augen nicht verschließen. Und zu dieser aus Europa herauswachsenden Gefahr gesellte sich die schwere überseeische Konkurrenz. Das Aufblühen Japans hatte seit seinem Sieg über China sich in sprunghafter Form vollzogen, so daß es bei allen weltpolitischen Überlegungen in die Gesamtrechnung miteinzustellen war, und auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika huldigten nunmehr unverhüllt imperialistischen Prinzipien. Durch ihren Vorstoß gegen Kuba und die Philippinen kehrten sie endgültig dem Grundsatz Washingtons den Rücken; sie ließen sich in Unternehmungen ein, aus denen sich notwendig auch politische Beziehungen zu anderen Mächten ergeben mußten. Sie sind dadurch mit Spanien in den Krieg geraten, und die Art, wie sie ihren Sieg in den Friedensbedingungen ausnützten, stellte sie unmittelbar in den weltpolitischen Zusammenhang hinein. Um ein Haar wäre es über die Philippinen durch die Entsendung eines deutschen Geschwaders zum Zusammenstoß zwischen dem Reich und den Vereinigten Staaten gekommen, aber in erster Linie betroffen durch das Auftreten des starken Mitbewerbers war doch der bisherige Alleinherrscher der Meere. Die außerordentliche Verstärkung der amerikanischen Macht mußte den britischen Staatsmännern um so peinlicher sein, als sie um Venezuelas willen 1895 mit ihr scharf aneinandergeraten waren. Das amerikanische Selbstbewußtsein hatte sich dabei in einer Botschaft des Präsidenten Cleveland in einer

Weise geäußert, daß nur die höchste Kaltblütigkeit seitens Englands den Krieg verhindert hat.

Es war also vorbei mit der Unbestrittenheit von Englands Weltstellung, in allen Erdteilen hatte es damit zu rechnen, daß Großmächte seine Wege kreuzten, und zu ihnen allen stand es in keineswegs freundschaftlichen Beziehungen. Infolgedessen hat sich die Lage dahin verschoben, daß die splendid isolation, wenn Großbritannien noch länger in ihr verharrte, sich aus höchstem Vorteil zu schwerer Gefahr umzuwandeln drohte. Sie konnte durch die Koalition der anderen gegen das bisher auf einsamer Höhe stehende Weltreich beantwortet werden, nachdem deren Interessen sich jetzt in gleicher Richtung wie die englischen bewegten. Unter diesen Umständen hat das Londoner Kabinett, zunächst noch vorsichtig die bestehenden Möglichkeiten abtastend, Umschau nach einem starken Bundesgenossen gehalten. Ein Versuch, wie es in dieser Beziehung mit Rußland stände, ließ noch die völlige Aussichtslosigkeit erkennen, die ersten Andeutungen schon sind in Petersburg abgewiesen worden. Der Zar stand eben noch ganz im Banne seiner asiatischen Hoffnungen, die niemals im Einverständnis mit England zu verwirklichen waren. So drängte sich der Gedanke auf, durch das Bündnis mit Deutschland als der stärksten Militärmacht des Festlandes die englische Weltstellung unangreifbar zu machen.

1898 trat Chamberlain mit diesem Vorschlag an den deutschen Botschafter Hatzfeldt heran, aber die Reichsleitung hat sich nicht darauf eingelassen. Damit hat sie durchaus in Wahrung der deutschen Lebensnotwendigkeiten gehandelt. Der Staatssekretär Bülow, der, beraten von Holstein, unter dem greisen Reichskanzler Hohenlohe die auswärtigen Geschäfte leitete, konnte sich bei seiner Ablehnung zutreffend auf Bismarcks Grundsatz berufen, daß Deutschland kein Bündnis eingehen dürfe, durch das es um fremder, nicht eigener Interessen willen in Kriege verstrickt werden könnte. Diese Gefahr aber bestand bei dem englischen Angebot im höchsten Maße, denn die Absicht war, nach alter, oft bewährter Überlieferung, sich einen starken Kontinentaldegen zu sichern, mit dessen Hilfe die Rivalen niedergehalten werden sollten. Holsteins Satz, daß Deutschland nicht sich dazu mißbrauchen lassen dürfe, für andere Leute die Kastanien aus dem Feuer zu holen, wäre durch die Annahme dieses ersten Bündnisangebots Englands in der Tat verletzt worden. Nur dann hätte das Reich darauf eingehen dürfen, wenn als Gegen-

gabe die unbedingte Garantie alles dessen, was es selbst als lebensnotwendig für sich erachtete, geboten worden wäre, und davon war England damals noch weit entfernt.

Dennoch war es für Bülow höchst erfreulich, daß die Engländer von sich aus an ihn herangetreten waren. Dadurch wurde seine Absicht erleichtert, den Grundgedanken des Bismarckschen Systems beizubehalten und durch Herstellung guter Beziehungen zu beiden führenden Mächten die eigene Unabhängigkeit zu wahren. Deshalb hat er die von Chamberlain eingeleiteten Verhandlungen trotz der Ablehnung des eigentlich Beabsichtigten nicht einfach ergebnislos im Sande verlaufen lassen. Obwohl er auch im nächsten Jahr, 1899, sich dem abermals an ihn herantretenden Antrag entzog, ist eine gewisse Entspannung eingetreten. Durch die Verständigung über die eventuelle Aufteilung der portugiesischen Kolonien (1898), dann weiter durch den Samoavertrag (1899) und schließlich durch das Yangtseabkommen (1900) betonte Deutschland seinen Willen, alle kolonialen Streitigkeiten zu beseitigen und friedlich und schiedlich mit England auszukommen. Deshalb hat es auch seine Notlage im Burenkrieg in keiner Weise zu eigenen Gunsten ausgebeutet. Die Reichsleitung legte also größten Wert darauf, alles auszuschalten, was verschärfend auf das Verhältnis beider Nationen einwirken konnte, aber auf das Bündnis ließ sie sich nicht ein, sondern bewahrte sich volle Aktionsfreiheit. Nicht nur gegen England jedoch hat sie das getan, genau so verhielt sie sich, ihrem leitenden Grundsatz getreu, auch zur anderen Seite: die während des Burenkrieges an sie herantretende Anregung, gemeinsam mit Rußland und Frankreich in London zu intervenieren, hat sie von sich gewiesen. Scheinbar bot sich damals die Möglichkeit, den festen kontinentalen Block zu errichten, aber Bülow hat sehr richtig gehandelt, der Lockung zu widerstehen; denn offenbar war es nichts als ein Schein. Der Zweibund sah mit Mißfallen auf den Beginn des Aneinanderrückens Deutschlands und Englands, und um einen Keil zwischen sie zu treiben, suchte er das Reich vorzuschieben in einer Angelegenheit, bei der England ein Durchkreuzen seiner Wünsche niemals verziehen haben würde. Wenn auf diese Weise der Keim der Annäherung erstickt worden wäre, dann war der Plan weiter wohl der, Deutschland sitzen zu lassen und seine nunmehrige Vereinzelung auf seine Kosten auszunützen. Das anscheinend freundschaftliche Angebot war also nichts anderes als eine

schlimme diplomatische Falle, aber Bülow war klug genug, dies zu durchschauen.

Deutschland blieb also bei dem System der Vermeidung einseitiger Stellungnahme und des Hin- und Herlavierens zwischen „Bär und Walfisch". Aber bei dem außerordentlichen Tempo, in dem das Reich sich nunmehr der Weltpolitik hingab, barg das die Gefahr in sich, aus der Stellung des von beiden Seiten Umworbenen zu geraten in die des mit beiden Verfeindeten. Bei der Entlassung Bismarcks hatte Kaiser Wilhelm das Programm aufgestellt: „Der Kurs bleibt der alte, Volldampf voraus!" Sehr richtig ist darauf hingewiesen worden (Luckwaldt), daß dies Programm in sich selbst eine Unmöglichkeit war: der alte Kurs mit seinem vorsichtigen Vermeiden aller ringsum drohenden Klippen vertrug sich nicht mit Volldampf, und Volldampf wurde jetzt tatsächlich aufgemacht, ohne abzuwarten, bis das Reichsschiff in weniger gefährliches Fahrwasser gelangt sei. In doppelter Weise suchte Wilhelm II. den Ausbau der deutschen Weltstellung zu erreichen: neben die Orientpolitik wurde durch Tirpitz' große Vorlage von 1897 der Flottenbau gestellt. In dieser Gleichzeitigkeit der beiden weitausgreifenden Unternehmungen liegt einer der schlimmsten Fehler der wilhelminischen Politik, denn dadurch ist die Gefahr so groß geworden, daß das Reich auf allen Seiten nicht nur wie bisher auf Mißtrauen sondern auf direkte Feindseligkeit stieß. Der Flottenbau ging ja direkt gegen England, durch ihn sollte Deutschlands weltpolitische Konkurrenzfähigkeit über jeden Zweifel hinausgehoben werden: es wollte die Abhängigkeit abschütteln, in die es nach Bismarcks freimütigem Eingeständnis durch seinen Kolonialbesitz von dem Inhaber der stärksten Seemacht geraten war. In der Orientpolitik aber und der allmählichen Durchdringung des Türkischen Reiches mit deutschem Kapital und deutschem politischem Einfluß erblickte Rußland die Durchkreuzung seiner alten Hoffnungen, während England ebenfalls dies Unternehmen nur mit größtem Mißbehagen ansah. Flottenbau und Orientpolitik gleichzeitig zu betreiben hieß also die beiden führenden Weltmächte vor den Kopf stoßen, und dadurch wurde die Möglichkeit heraufbeschworen, daß die Betroffenen über alles sie bisher Trennende hinweg sich die Hände reichten gegen den ihnen bedrohlich erscheinenden Emporkömmling. In diesem Verhalten der Reichsleitung lag eine ungeheuerliche Überschätzung der deutschen Kraft, die sich furchtbar gestraft hat.

Dazu kam noch ein zweiter schwerwiegender Fehler, den die Reichsleitung auf sich lud. Zar Nikolaus hatte 1899, vor der Gefahr eines Krieges mit England um Asiens willen, die allgemeine Friedenskonferenz im Haag angeregt. Es war ein Symptom, wie stark die Sehnsucht der Menschheit nach Überwindung der althergebrachten Grundlagen aller Politik geworden war, andererseits aber hat dies Bekenntnis einer der führenden Mächte zu ihr — ganz gleichgültig, ob es noch so sehr durch Egoismus und nicht durch pazifistischen Idealismus veranlaßt war — der Bewegung gewaltige Förderung zuteil werden lassen. Deutschland aber erkannte nicht, daß es hier moralische Imponderabilien vor sich hatte, deren Stärke nicht unterschätzt werden durfte. Auf dieser ersten wie dann auch auf der zweiten Friedenskonferenz von 1907 hat es abgelehnt, sich auf die vorgeschlagenen internationalen Abmachungen einzulassen, die dem alten Ideal des Völkerbundes den Boden bereiten sollten, und hat sich geweigert, die obligatorische Verweisung zwischenstaatlicher Streitfälle an ein Schiedsgericht auf sich zu nehmen. Vor allem glaubte es um seiner zentralen Lage willen, die ihm unter Umständen den Kampf nach vielen Fronten auferlegte, nicht abrüsten zu können, anstatt die Vorteile wahrzunehmen, die bei gemeinsamem Vorgehen gerade infolge dieser Sachlage ihm geboten waren. Seine Haltung war verursacht durch die sachlich zutreffende Erkenntnis, daß Großmächte in Lebensfragen sich doch niemals dem Spruch eines Schiedsgerichts unterwerfen würden; aber darüber wurde versäumt, der Zeitstimmung Rechnung zu tragen und ihr ebenso wie die anderen Mächte formale Konzessionen zu machen, die den guten Willen, an der Sicherung des allgemeinen Friedens mitzuarbeiten, erkennen ließen. Die deutsche Politik war zu sehr auf materielle und zu wenig auf psychologische Momente eingestellt und erweckte daher den Eindruck brutaler Plumpheit. Durch die schroffe Weigerung der Reichsleitung wurde in den anderen die Besorgnis wesentlich gesteigert, daß sie um allzu ehrgeiziger Pläne willen die friedliche Verständigung nicht mitmachen wolle, und diese Vorstellungen wurden verstärkt durch die Eigenart der persönlichen Kundgebungen Kaiser Wilhelms. Dazu kamen schließlich auch noch kindische Übertreibungen einiger Enthusiasten und Fanatiker, die im Ausland als Ausdruck der Meinungen und Wünsche des ganzen deutschen Volkes teils wirklich aufgefaßt, teils von böswilliger Agitation hingestellt wurden. Der Boden war für

solche Saat um so empfänglicher, weil der wirtschaftliche Wettbewerb von seiten Deutschlands sich auf allen Gebieten so gewaltig auswuchs. Hiergegen sind gerade in England bereits am Ende der neunziger Jahre scharfe Hetzartikel erschienen, die nun ihrerseits von den Vertretern einer antienglischen Richtung in Deutschland als Ausdruck der Stimmung des ganzen englischen Volkes ausgenützt werden konnten. Mit solcher Auffassung tut man den Äußerungen der „Saturday Review“ und ähnlicher Organe zuviel Ehre an. Immerhin waren sie insofern nicht bedeutungslos, als sie die Gesinnung einflußreicher Kreise gegen Deutschland widerspiegelten: der englische Handel fürchtete von dem deutschen überflügelt zu werden, wie das mit dem anderer Mächte bereits geschehen war.

Alles dies hat dazu beigetragen, daß sich überallhin die Vorstellung verbreitete, Deutschland sei beherrscht durch den Pangermanismus wie Rußland durch den Panslawismus und stehe auf dem Sprunge, seinerseits eine Vormachtstellung sich anzumaßen, wie in früheren Jahrhunderten Spanien und Frankreich es getan hatten. Es ist die unverzeihliche Schuld der Reichsleitung, daß sie, obwohl sie tatsächlich frei war von solcher Absicht, ihre Haltung in eine äußere Form kleidete, die derartigen Besorgnissen Berechtigung zu geben schien, und daß sie von ihren Vertretern im Ausland, vor allem in untergeordneten Stellungen, ein Auftreten duldete, das ebenfalls als Bestätigung der vorgefaßten Meinung ausgelegt wurde. Die so schnell und mehr durch die Tat eines großen Einzelnen als aus eigenstem Bedürfnis heraus emporgekommene Großmacht hat sich nicht von den bösartigen Eigenschaften des Parvenütums freihalten können. Auf diese Weise ist allmählich allenthalben das Mißtrauen gegen den jüngsten weltpolitischen Mitbewerber umgeschlagen in offene Abneigung; nur der Respekt vor der unheimlichen Kraft, die im Reich gesammelt war, verhinderte noch die Verdichtung zu aktiv-feindlichen Handlungen.

Um dieser Kraft willen hat auch England, bevor es endgültig sich gegen Deutschland wandte, noch einmal den Versuch gemacht, zum Ausgleich mit ihm zu kommen. Wieder wie 1898 und 1899 bot Chamberlain 1901 das Bündnis. Der gewaltige Unterschied gegen die ersten Versuche besteht aber darin, daß England diesmal entschlossen war, es mit sehr ernsten Opfern zu erkaufen. Denn inzwischen hatte sich seine Gesamtlage in bedrohlichster Weise verschlechtert. Der Burenkrieg hatte ihm schwere Wunden geschlagen,

und dieser eigenen Schwächung Großbritanniens stand das starke Wachstum seiner vier weltpolitischen Rivalen gegenüber: Rußland, Deutschland, Japan und die Vereinigten Staaten waren unverkennbar in schnellem Aufstieg. Wie viele Mächte in den weltpolitischen Wettbewerb eingetreten waren und infolgedessen geneigt sein konnten, sich gegen die auf diesem Gebiet führende Macht zusammenzuschließen, war England handgreiflich vor Augen geführt worden bei den Wirren des Boxeraufstandes in China. Sie alle hatten sich damals verbunden zur Niederwerfung der Bewegung, die sich die Vertreibung aller Fremden zum Ziele setzte. Angesichts dieser Tatsachen aber fühlte England seine Weltstellung wanken. Es konnte nunmehr nicht anders, als die Isolierung aufgeben und sich nach Bundesgenossen umsehen. Dabei hat Chamberlain neben Deutschland auch Japan miteinbeziehen wollen, so daß sowohl die antirussische wie die antiamerikanische Tendenz der geplanten Kombination außer Frage stand. Japan wäre freudig bereit gewesen, auf den Vorschlag einzugehen; im Schutze solcher Verbündeter drohte seinem Aufstieg keine Störung. Die deutschen Staatsmänner dagegen mußten naturgemäß durch die in dem Bündnis gegebene Wendung gegen Rußland zu höchster Vorsicht gemahnt werden. Chamberlains Antrag zielte auf die Preisgabe ihres oft bewährten Systems: es galt zu prüfen, ob wirklich ausreichende Gründe zu so völliger Neuorientierung der deutschen Politik vorlagen.

In dieser Beziehung wurde ihnen kein Zweifel gelassen, daß England seinerseits zu grundsätzlichem Wandel entschlossen war und daß es nicht die Absicht hatte, noch länger das Hin- und Herlavieren Deutschlands mitanzusehen. Gleich bei Beginn der Verhandlungen, im Januar 1901, hatte Chamberlain mit aller wünschenswerten Deutlichkeit betont, daß Großbritannien notwendig Bundesgenossen brauche. Er war soweit gegangen, anzukündigen, daß es, falls sich Deutschland versage, sich zur Verständigung mit dessen Gegnern genötigt sehen werde, sei es auch unter solchen Opfern wie Marokko und Persien. Hier ist also der gesamte Gang, den die Einkreisungspolitik später genommen hat, warnend und drohend vorhergesagt worden: Deutschland hat abgelehnt, und daraufhin ist England durch die Preisgabe Marokkos an Frankreich und durch Konzessionen in Persien an Rußland herangekommen. Es ist das Verhängnis des Reichs gewesen, daß Bülow und Holstein diese Ankündigung als leeren Bluff genommen haben. Sie hielten den englisch-russischen

Gegensatz für viel zu tief, als daß er überbrückt werden könne, und glaubten infolgedessen keinen Anlaß für Deutschland zu sehen, sich durch die bisher immer vermiedene einseitige Abmachung mit England aus der vorteilhaften Stellung zwischen den Parteien verdrängen zu lassen. Diese ihre Auffassung hat gründliche Widerlegung gefunden. Insofern muß zugegeben werden, daß die weltpolitische Einsicht der deutschen Staatsmänner unzureichend gewesen ist; ihre Kurzsichtigkeit und Befangenheit in eingefahrenen Geleisen hat fürchterliche Folgen für das deutsche Volk gehabt.

Aber die Dinge liegen, obwohl dies feststeht, doch nicht so einfach, daß bedingungslos der Stab über sie gebrochen werden dürfte. Denn es ist fraglich, ob auch bei besserer Einsicht und demzufolge bei besserem Willen auf der deutschen Seite das Bündnis zur Wirklichkeit hätte werden können. Allerdings halte ich das Schlagwort, das oft bei uns zu hören ist, daß der wirtschaftliche Kampf die Einigung unmöglich gemacht haben würde, für unzutreffend. Es gibt doch zu denken, daß ein für das englische Wirtschaftsleben repräsentativer Mann wie Chamberlain, der, um die deutsche Konkurrenz der britischen Industrie fernzuhalten, den Schutzzoll für das Empire verlangte, zugleich der Vorkämpfer des Bündnisgedankens gewesen ist. Er hielt also politisches Zusammengehen trotz der Handelsrivalität für möglich. Als dann aber die Verständigung zwischen den Kabinetten gescheitert ist, hat der wirtschaftliche Gegensatz weiter verschärfend und vergiftend gewirkt. Insofern kommt ihm erhebliches Gewicht zu in der Vorgeschichte des Weltkriegs; das Primäre jedoch ist nicht in ihm, sondern in der Machtpolitik zu erblicken, so daß die Charakterisierung des Weltkriegs einfach als britischen Handelskriegs weit über das berechtigte Maß hinausgreift. Bei freundschaftlichen politischen Beziehungen würde also ein beiderseits befriedigender Ausgleich über die Betätigungsfelder des deutschen und englischen Handels nicht übermäßig schwer zu finden gewesen sein.

Aber ob allen Ernstes diese politische Freundschaft zu gewinnen sein werde, das war die schwere Frage, die Bülow sich vorlegen mußte, und sie war trotz des scheinbaren Entgegenkommens durchaus nicht unbedingt geklärt. Die Berliner Regierung wurde zu größter Zurückhaltung durch die ihr bekannte Tatsache gezwungen, daß der Premierminister Salisbury dem Gedanken Chamberlains keineswegs freudig beipflichtete. Wenn auch die von ihm vorgeschickten

Unterhändler sich auf seine prinzipielle Zustimmung berufen konnten, hat er sich persönlich peinlichst im Hintergrund gehalten, um sie eintretendenfalls desavouieren zu können. Auch daß er die Ausdehnung auf den Dreibund ablehnte, mußte stutzig machen und das Bedenken erregen, ob hier nicht vielleicht Absichten ähnlicher Art vorlägen, wie während des Burenkriegs bei dem Angebot Rußlands und Frankreichs an das Reich. Der Ernst der ganzen Angelegenheit erschien in fraglichem Licht; die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß Salisbury mit dem Angebot Chamberlains nur die Absicht verfolgte, das Verhältnis Deutschlands zu seinen kontinentalen Nachbarn zu stören. England hatte eben erst die Abmachung über die eventuelle Aufteilung der portugiesischen Kolonien von 1898 illusorisch gemacht, indem es die Vorbedingung für deren Verkauf, die drückende Finanznot der Lissaboner Regierung, durch Hergabe einer Anleihe beseitigte. Ohne jede Frage lag darin Deutschland gegenüber ein unfaires, dem Sinne des Vertrags zuwiderlaufendes Benehmen. Bülow mußte sich dagegen decken, noch einmal Ähnliches zu erleben; höchste Vorsicht war seine staatsmännische Pflicht. Solange also nicht aus englischen Akten uns volle Klarheit über die eigentlichen Absichten Salisburys geworden ist, besitzen wir noch nicht die Berechtigung zu abschließendem Urteil darüber, ob wirklich durch Bülows und Holsteins Schuld dies Bündnis nicht zustande gekommen ist, das in der Tat die denkbar beste Friedensgarantie abgegeben hätte. Schließlich darf auch nicht außer acht gelassen werden, welche Schwierigkeiten Bülow im eigenen Lande gehabt haben würde im damaligen Augenblick der wildesten Burenbegeisterung, in der sich ja weniger positive Sympathie für das heldenmütig kämpfende Volk als Abneigung gegen die Briten offenbarte. Der Versuch, mit England abzuschließen, würde in der öffentlichen Meinung Deutschlands auf erbitterten Widerstand gestoßen sein. Alles das nötigt dazu, vorläufig nicht ohne weiteres in die Verurteilung Bülows einzustimmen. Es steht fest, daß er sich unzutreffender Einschätzung der großen weltpolitischen Zusammenhänge schuldig gemacht hat; aber die Frage, ob er wirklich mit der Ablehnung des englischen Bündnisangebots eine unverzeihliche Unterlassungssünde begangen hat, ist bei dem heutigen Stande unseres Wissens noch nicht spruchreif, und wenn überhaupt von einer Schuld die Rede sein kann, so liegt sie keineswegs bloß bei den Diplomaten, sondern mit ihnen hat sie das gesamte deutsche Volk in seiner politischen Instinktlosigkeit zu tragen.

Wie dem auch ſei, in jedem Fall iſt dieſer Augenblick die Schickſalsſtunde des Reichs geweſen. Denn ob die Gewinnung Deutſchlands ernſtlich angeſtrebt ſein mag oder nicht, nach ihrem Mißlingen iſt England, genau wie Chamberlain es angedroht hatte, entſchloſſen ins andere Lager übergegangen. Zunächſt hat es ſeine Stellung draußen in der Welt verſtärkt durch den Abſchluß mit Japan; damit war die gefährlich gewordene Vereinzelung ſchon überwunden. Aber Großbritannien bedurfte auch wirkſamer Sicherungen gegen eventuelle Angriffe vom europäiſchen Feſtland her. Da Deutſchland ſich dazu nicht hergeben wollte, machte ſich Eduard VII. an die Aufgabe, den Zweibund zu gewinnen. Er begann die Einkreiſungspolitik gegen ſeinen kaiſerlichen Neffen.

Unſchwer gelang ihm ſeine Abſicht mit Frankreich. Von Gambetta an hatten alle ausgeſprochenen Revanchepolitiker die Hoffnung gehegt, gemeinſam mit England und Rußland gegen Deutſchland im Feld erſcheinen zu können, und ſobald die Franzoſen die Sicherheit gewannen, daß das zu ſchließende Abkommen ſeine Spitze gegen den Sieger von 1871 richten ſollte, griffen ſie freudig zu. Wenn das Ideal des Zuſammengehens der drei Mächte nicht erreichbar ſein ſollte, winkte Frankreich auf dieſe Weiſe eine Entſchädigung für den Fall, daß der Zar von ſeinem Willen, ſich mit Berlin zu verſtändigen, nicht abzubringen ſein würde. Es war die konſequente Fortſetzung der von Delcaſſé 1898 begonnenen Politik, daß jetzt einer der wichtigſten kolonialen Streitpunkte gütlich beglichen wurde: Frankreich verzichtete in dem Vertrag von 1904 auf ſeine ägyptiſchen Aſpirationen, dafür erhielt es freie Hand in Marokko. Durch die weltpolitiſche Verſtändigung wurde die Bahn freigemacht für das Zuſammengehen in Europa.

Seit dieſem Vertrag ſind die Bemühungen der deutſchen Regierung, unter Berufung auf die beſtehenden internationalen Abmachungen über die „offene Tür“ die einſeitige Beſitzergreifung Marokkos durch Frankreich zu verhindern, immer wieder auf die feſte Verbindung Englands und Frankreichs geſtoßen. Die von Eduard geſchaffene Entente hat feſten Halt beſeſſen, und ſo hat Deutſchland, da es im Hinblick auf Frankreichs daneben noch beſtehendes Bündnis mit Rußland den Krieg vermeiden wollte und mußte, jedesmal ſein anfänglich drohendes und brüskes Auftreten revidieren müſſen. Marokko war kein Gegenſtand, um deſſenwillen der Beſtand des Deutſchen Reichs aufs Spiel geſetzt werden durfte.

Zwar wurde zu Beginn jedes einzelnen Zwischenfalls — von der Rede Kaiser Wilhelms in Tanger 1905 und der Konferenz von Algeciras 1906 an bis zur Entsendung des „Panther" nach Agadir 1911 — ein auf Einschüchterung berechnetes Benehmen an den Tag gelegt; der Anschein der Entschlossenheit bis zum äußersten sollte erweckt werden. Aber als dann die Gegenseite nicht nachgab, sondern ihrerseits die Bereitschaft erkennen ließ, wurden in Berlin andere Saiten aufgezogen, um nicht den Krieg heraufzubeschwören. Man begnügte sich mit geringfügigen Konzessionen. Diese Art der Politik, vor der ein Mann wie Kinderlen-Waechter mit Recht gewarnt hat, ohne dann aber selbst anders zu handeln, hat die Abneigung gegen Deutschland erhöht und seinem Ansehen schweren Schaden zugefügt. Denn obwohl faktisch die Reichsleitung sich nur gegen die Verletzung der internationalen Vereinbarungen über Marokko zur Wehr setzte und das Recht unzweifelhaft auf ihrer Seite stand, erschien sie nach außen hin als der Ruhestörer, der dann aber im entscheidenden Moment nicht den Mut besaß, seinen großen Worten die Tat folgen zu lassen. Die französische Presse, deren Selbstbewußtsein unermeßlich gestiegen war, seitdem sie des Rückhalts an England sicher war, konnte die Haltung der Berliner Regierung als gleichzeitig brutal und feige, und Wilhelm II. persönlich als „valeureux poltron" hinstellen. Obwohl also auf diese Weise die Achtung, die Deutschland im Ausland entgegengebracht wurde, sich außerordentlich verminderte, fühlten sich seine Gegner doch nicht ganz sicher, ob nicht vielleicht trotz allem eines Tages Deutschland seine Drohungen wirklich ausführen werde; sie glaubten ja an das angebliche deutsche Vormachtstreben — zum Teil allerdings gaben sie sich nur den Anschein, als ob sie daran glaubten — und suchten nach Sicherungen gegen dessen Betätigung. So schwankten die Meinungen hin und her zwischen Befürchtungen vor dem Friedensstörer Deutschland und verächtlichem Herabsehen auf den Widerspruch zwischen seinen Worten und Handlungen. Das Gesamtergebnis der deutschen Marokkopolitik war demnach die erhebliche Verschlechterung der internationalen Lage und die Verschärfung der Stimmung gegen das Reich.

Mit dem Vertrag von 1904 hatte also der englisch-französische Antagonismus sein Ende gefunden. Auf ganz andere Schwierigkeiten aber hatte Eduard VII. zu rechnen bei seinen Bemühungen um das andere Mitglied des Zweibunds. Denn hier galt es, prin-

zipielle Gegensätze aus der Welt zu schaffen und die Rücksicht auf schwerwiegende materielle Interessen zu überwinden. Solange Rußland den starken ostasiatischen Ehrgeiz besaß, war an ein Handinhandgehen in Europa nicht zu denken; gütlicher Ausgleich schien in dieser Frage nicht möglich. Zu Hilfe kam Eduard allerdings die öffentliche Meinung innerhalb Rußlands, die nach wie vor im Banne panslawistischer Ideale stand; aber Zar Nikolaus hatte sich von ihnen abgewendet, weil er die in ihnen liegende Gefahr für den europäischen Frieden erkannte und weil er seinem Staat die glänzendere Zukunft durch den Aufbau auf Asien zu sichern meinte. Wieder also klaffte die Uneinheitlichkeit der russischen Politik auf, aber bewundernswert hat England es verstanden, sie zu überwinden und das gesamte politische Rußland in den Dienst seiner Wünsche zu stellen.

Es ist ihm gelungen, den ostasiatischen Stein des Anstoßes aus dem Weg zu schaffen und Rußland dort einzudämmen, ohne sich selbst mit ihm darüber zu verfeinden. Direkt betroffen durch das russische Eindringen in die Mandschurei fühlte sich der japanische Ehrgeiz, da das zeitweilige Zurückweichen nach Schimonoseki keineswegs den endgültigen Verzicht auf seine Hoffnungen in China bedeutet hatte. Mandschurei und Korea waren die Streitäpfel, und indem England dem japanischen Expansionsdrang Vorschub leistete, hat es die eigenen Absichten in vollem Umfang erreicht. Der 1904 entbrannte Krieg hat im Frieden von Portsmouth mit dem glänzenden Triumph Japans geendet. Der Sieg ist ihm so gründlich zugefallen, weil neben dem Angriff von außen her auch im Innern, wieder nicht ohne britischen Anteil, sich gegen den Zaren die Revolution erhob. Infolgedessen ist das Ergebnis des Krieges nicht nur ein hoher Gewinn für Japan gewesen, gleichzeitig sind Englands Geschäfte dadurch besorgt worden. Denn das geschlagene Rußland mußte dem fernen Osten den Rücken wenden und richtete seinen Erweiterungswillen auf Mittelasien und Europa. Das erstere war allerdings wegen der darin liegenden Bedrohung Indiens den Engländern sehr unerwünscht, aber Eduard hoffte den Streit um Persien auf einem beide Teile befriedigenden Mittelweg gütlich beilegen zu können. Hingegen die aus der Rückwendung Rußlands nach Europa sich unausbleiblich ergebende Wiederbelebung seines Balkanehrgeizes war genau das, was England hatte herbeiführen wollen. War ihm doch seit dem Erlahmen

seines eigenen Interesses an der Türkei das russische Streben nach Konstantinopel nur erwünscht, weil sich daraus das Erkalten der russisch-deutschen Beziehungen ergeben mußte: die orientalischen und Balkanfragen würden jetzt zum Konflikt Rußlands nicht nur wie früher mit Österreich-Ungarn sondern direkt mit Deutschland führen. Um dem aber ruhigeren Herzens entgegensehen zu können, würde der Zar der Anlehnung an noch stärkere Stützen bedürfen, als Frankreich allein sie ihm zu bieten vermochte; er würde sich genötigt sehen, die dargereichte Hand Englands nicht von sich zu weisen. Das war die auf weite Sicht eingestellte und mit höchster Geschicklichkeit in allen Einzelheiten durchgeführte Politik Englands.

Bülow hat die Augen vor dem, was da drohte, nicht verschlossen; er sah die eindeutige Wendung der britischen Diplomatie gegen Deutschland und hat daraus die richtige Folgerung gezogen. Weiteres Lavieren, wie er es 1901 sich noch nicht hatte versperren lassen wollen, war nunmehr unmöglich geworden. Die Weltlage erforderte klare Stellungnahme, es mußte Partei ergriffen werden, wenn die gewaltige gegnerische Koalition verhindert werden sollte. Wie aber diese Stellungnahme zu erfolgen habe, dafür war der Weg gewiesen durch das eigene frühere Verhalten. Der Faden nach England war abgerissen, so blieb nur der Anschluß an Rußland. Ihn zu erreichen ist fortan Bülows Bemühen gewesen. Noch 1902 allerdings hatte er einen russischen Bündnisfühler zurückgewiesen, weil er damals noch an die Möglichkeit des Spieles zwischen den Parteien glaubte. Von nun an jedoch setzte er sich dieses Ziel. Aber er vermochte sich dabei nicht zu dem einzig durchschlagenden Mittel zu entschließen. Ein einigermaßen haltbarer Bund war mit Rußland herzustellen nur unter der Voraussetzung der Preisgabe der Orientpolitik. Deren Abbau jedoch nach alledem, was bereits in sie hineingesteckt worden war, und bei der Art, wie Kaiser Wilhelm sich persönlich und demonstrativ vor aller Welt für sie eingesetzt hatte, wäre nur unter bedenklichem Prestigeverlust durchführbar gewesen, ganz abgesehen von den Wirkungen, die auf den Fortbestand des Bündnisses mit Österreich-Ungarn die Öffnung des Balkans für den russischen Ehrgeiz haben konnte. Noch wurde auch die Lage in Berlin nicht für derart bedrohlich angesehen, daß so einschneidende Maßregeln erforderlich wären. Darum glaubte man sich mit kleineren Mitteln behelfen zu können, die sich dann aber als untauglich erwiesen haben. Während des Russisch-Japanischen Krieges wurde gegen den Zaren

eine mehr als wohlwollende Neutralität beobachtet; dadurch, in Gemeinschaft mit der damals in Petersburg herrschenden schweren Verstimmung gegen England als den Hintermann Japans, hoffte Kaiser Wilhelm die Grundlage zu schaffen, aus der ohne sonstige prinzipielle Umstellungen der deutschen Politik ein Bündnis mit Rußland erwachsen könnte. Der Zar sollte nicht etwa aus dem Zweibund herausgelockt werden, sondern die Meinung ging dahin, daß gerade durch die Vermittlung des Bundesgenossen auch Frankreich zu gewinnen wäre. Der ganze Kontinent sollte also fest in sich verbunden den britischen Zerteilungsbestrebungen entgegentreten.

Einen Augenblick hat der Kaiser geglaubt, diesen seinen Plan verwirklichen zu können. Aus persönlicher Begegnung mit Nikolaus in den finnischen Schären (Björkö, Juli 1905) brachte er triumphierend den fertig unterschriebenen Bündnisvertrag mit nach Hause und meinte, die nötige Sicherung errungen zu haben. Bülow aber hat bessere Einsicht bewiesen; er bezeichnete den Versuch, das Verhältnis beider Staaten durch die persönliche Fühlungnahme von Herrscher zu Herrscher zu entscheiden, als das wirksamste Mittel, um den Draht nach Petersburg überhaupt zum Zerreißen zu bringen, und beantwortete die kaiserliche Handlungsweise mit seinem Entlassungsgesuch. In der Tat hat der nach Petersburg zurückgekehrte Zar keinen Minister gefunden, der sich den abgeschlossenen Vertrag zu eigen gemacht hätte. Allzusehr widersprach er den Bindungen, die Rußland Frankreich gegenüber auf sich genommen hatte, und den Wünschen der öffentlichen Meinung. Noch einmal und diesmal ganz scharf offenbart sich die Zwiegespaltenheit der russischen Politik: der Zar möchte in eine Richtung hinein, die dem allgemein als selbstverständlich Geltenden diametral zuwiderlief. Aber nunmehr trat auch mit krasser Deutlichkeit zutage, daß der Zarismus, zumal bei der Schwäche der ihn verkörpernden Persönlichkeit, seinen Willen durchzuzwingen nicht mehr fähig war. Dieser letzte Versuch, die Außenpolitik selbstherrlich zu bestimmen, hat zur glatten Niederlage des Zaren geführt. Er hat sich genötigt gesehen zu der Mitteilung nach Berlin, daß seinem schriftlich gegebenen Wort keine Gültigkeit innewohne. Sein Zorn aber, daß ihm solche Demütigung nicht erspart blieb, richtete sich in erster Linie gegen Wilhelm II.; der Kaiser hatte ihn zu diesem Versuch persönlicher Politik verleitet, die durchzuführen er nicht die Kraft besaß, ihm schob er deshalb die Schuld an der erlittenen Erniedrigung zu. Von diesem Augenblick an war

er nicht mehr unzugänglich für die Umwerbungen Eduards VII. und seines mit gleich großer Geschicklichkeit wie Deutschfeindlichkeit arbeitenden Botschafters Nicolson. So verblaßt der das 19. Jahrhundert beherrschende Gegensatz Englands und Rußlands, er findet sein Ende in dem Abkommen über Persien 1907. Nach den ostasiatischen Fragen ist nunmehr auch in den mittelasiatischen der Ausgleich hergestellt, und er erfuhr die entscheidende Ergänzung durch die Verständigung über den Balkan bei der Zusammenkunft in Reval 1908 zwischen Eduard und Nikolaus. Was Bülow und Holstein für undenkbar gehalten hatten, ist zur Wirklichkeit geworden. Auch Rußland steht Seite an Seite mit England, der Zweibund hat sich in seiner Gesamtheit der britischen Kontinentalpolitik zur Verfügung gestellt. Von jetzt an ist Rußland in die Bahn eingelenkt, in die Frankreich es alsbald nach dem Abschluß des Bündnisses hatte hineinreißen wollen.

Im Hauptstück war damit die Einkreisungspolitik vollendet. Obwohl sie sich eindeutig gegen Deutschland richtete, war ihr Sinn nicht unbedingt auf kriegerische Lösung eingestellt. Zum Teil lagen ihr ausgesprochen defensive Absichten zugrunde. Denn die wilhelminische Politik hatte nach außen hin den Eindruck entstehen lassen, daß sie eine hegemonische Stellung begehre, so wenig diese Absicht tatsächlich in ihr lebendig war; infolgedessen hielt England einen möglichst starken Damm dagegen für erforderlich. Dies Sicherungsbedürfnis hat zweifellos eine wichtige Rolle in der Einkreisung gespielt. Aber damit erschöpften sich keineswegs ihre Ziele, sondern sie ist auch noch durch den anderen Plan hervorgerufen, den Zweibund als Werkzeug zu benutzen, um die Zerrissenheit des Kontinents zu verewigen: die festländischen Mächte sollten sich wieder gegenseitig Fesseln auferlegen und in Schranken halten. Die alten Methoden der Gleichgewichtspolitik wurden aufs neue befolgt, damit die Gefahr für die eigene Weltstellung sich vermindere. Auf keine Weise konnte der britische Vorteil besser gewahrt werden als durch die Fortdauer des Gegensatzes der beiden Allianzen; feindlich sollten sie sich gegenüberstehen, aber daß es direkt zum Kriege komme, lag nicht im Interesse Englands.

Nicht also um des Krieges willen ist die Einkreisung betätigt worden, aber sie hat zweifellos die Kriegsgefahr ganz außerordentlich erhöht. Subjektiv nicht auf die Entfesselung des Krieges berechnet, hat sie objektiv doch das Tor für seinen Eintritt geöffnet. Denn

ſie ſtärkte in Paris wie in Petersburg der Partei den Rücken, auf deren Programm das Losſchlagen ſtand. Aber auch abgeſehen davon lag in ihr ſelbſt die Bedrohung des Friedens: ſie lief in einem Maße auf die Iſolierung und Abſperrung Deutſchlands hinaus, daß das Reich ſich ſchließlich dem Diktat der überlegenen Kombination hätte fügen müſſen. Dagegen ſetzte es ſich ſelbſtverſtändlich zur Wehr. Inſofern lag eben doch den Plänen Eduards VII. eine diplomatiſche Aggreſſive zugrunde, die den Frieden Europas im höchſten Maße bedrohte. Daß auch die nicht unmittelbar beteiligten Staaten dieſe Auffaſſung von den Ereigniſſen beſaßen, dafür haben wir den klaſſiſchen Beweis in den Berichten der belgiſchen Geſandten. Die fortſchreitende Elektriſierung der über Europa lagernden Atmoſphäre bis zu dem Grade, daß ſchließlich die Funken herausſpringen mußten, iſt die Wirkung der Einkreiſung geweſen.

Der Eindruck der deutſchen Machtentfaltung war aber ſo gewaltig, daß König Eduard das Erreichte noch nicht genügend erſchien. Er wollte das Reich in gänzliche Vereinzelung hineinoperieren, indem er den Dreibund ſprengte und auch Öſterreich-Ungarn zu ſich herüberzog. Selbſt dem iſolierten Deutſchland traute er alſo genügend Kraft zu, um die Zerriſſenheit des Kontinents zu gewährleiſten, an der England keine Änderung eintreten laſſen wollte. Aber ſeine vorſichtigen Andeutungen wurden von Franz Joſeph abgewieſen, weil die Lebensnotwendigkeiten der Donaumonarchie unvereinbar ſchienen mit einem Bündnis, durch das ſie mit dem wieder dem Balkan zugewendeten Rußland zuſammengekoppelt worden wäre. Seitdem Iswolſki die auswärtigen Geſchäfte des Zarenreichs leitete, wurde in Petersburg, genau wie England es hatte erreichen wollen, ſyſtematiſch der europäiſche Geſichtspunkt in den Vordergrund geſtellt. Das nötigte Öſterreich-Ungarn, die Anlehnung an das Deutſche Reich nicht preiszugeben. So blieb Europa zerſpalten in den Dreibund und den von England gedeckten Zweibund. Mißtrauiſch, vielfach direkt feindſelig ſtanden ſie ſich gegenüber. Der Zuſtand begann unhaltbar zu werden; ein Ventil mußte geöffnet werden, ſollte nicht die Exploſion in ihrer ganzen Furchtbarkeit erfolgen.

Eine Anzahl großer Kriſen ſind durch dies Ringen der beiden Allianzen heraufgeführt worden. Die erſte brach aus durch die Umwandlung der Okkupation von Bosnien und der Herzegowina in die endgültige Annexion von ſeiten Öſterreich-Ungarns. Der Be-

ginn der jungtürkischen Revolution 1908 hatte den ganzen Balkan in solchen Aufruhr versetzt, daß Aehrenthal sich zur Klärung des Besitzverhältnisses genötigt fühlte, die zunehmende Schärfe der großserbischen Agitation trieb ihn in dieselbe Richtung, und auch angesichts der zwischen König Eduard und dem Zaren in Reval verabredeten Aufteilung der Türkei schien ihm dieser Schritt eine Notwendigkeit. Die Selbständigkeit, die unter seiner zielbewußten und mutigen Leitung die Haltung der Donaumonarchie kennzeichnete, war ebenfalls ein Symptom für die Verschlechterung der Lage Deutschlands: weil ihm sein Verbündeter unentbehrlich wurde, entglitt die Führung im Dreibund in steigendem Maße den Händen der Berliner Regierung. Aehrenthal wurde der Entschluß um so leichter, als Iswolski selbst die Annexion in Wien angeregt hatte, in der Hoffnung, als Preis dafür die Zustimmung zu seinen Teilungsplänen zu gewinnen, und wirklich war ihm in Wien die Öffnung der Meerengen in Aussicht gestellt worden. Aber am Widerspruch Edward Greys ist dieses Buchlauer Abkommen gescheitert, denn noch schien ihm der russische Partner nicht sicher genug, um ihm solchen Vorteil einzuräumen. Während also Österreich-Ungarn das ihm Bewilligte wirklich erhielt, entglitt den Russen die erhoffte Kompensation. Der Zorn Iswolskis über diesen Hereinfall hat das Verhältnis beider Staaten auf des Messers Schneide gestellt, aber das Eintreten Deutschlands für seinen Bundesgenossen schreckte den Russen zurück. Denn noch waren die Wirkungen der Revolution und des verlorenen Kriegs nicht überwunden, noch war die Armee nicht imstande, selbst im Verein mit mächtigen Verbündeten den Kampf gegen das gefürchtete deutsche Heer zu bestehen; und da Rußland den Gang nicht wagen konnte, mußte sich die ganze Entente zum Rückzug entschließen. Das Ergebnis dieser ersten Krisis war demnach ein glänzender Triumph des deutsch-österreichischen Zusammenhalts.

Bülow hat in seinem Optimismus diesen Sieg für einen endgültigen genommen. Statt dessen war er für die anderen der Ansporn, wirkungsvollere Maßnahmen zu treffen, damit ein zweites Mal sich dieser Ausgang nicht wiederhole, so daß in der Gesamtlage nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung sich für Deutschland ergab. Der Tod König Eduards hat keine Erschütterung seines Werks bedeutet. Nur scheinbar steht damit im Widerspruch das Potsdamer Abkommen von 1910 zwischen den neuen Leitern der deutschen und russischen Politik, Bethmann Hollweg und Sassonow. Diese

Verständigung über Teile des orientalischen Problems war von seiten Rußlands nur ein vorübergehendes taktisches Abbiegen, keine Veränderung der Grundtendenz seiner Politik. Darum ist der Einspruch Deutschlands gegen das abermalige, allen Verträgen ins Gesicht schlagende Vordringen Frankreichs in Marokko 1911 auf die feste Einigkeit der Gegenseite gestoßen, und der Verlauf der sich daraus entwickelnden Krisis hat deutlich offenbart, wie sehr sich der Zweibund der Führerschaft Englands unterordnete. Obgleich selbst gar nicht betroffen, hat England sich zum Wortführer aufgeworfen und seine Entschlossenheit betont, mit den Waffen für den französischen Anspruch einzutreten. Umgekehrt wiederholte sich damit das Bild von 1909: wie damals Rußland vor dem energischen Eingreifen Deutschlands zurückwich, so jetzt Deutschland vor der Drohung Englands. Es begnügte sich mit der völlig unzulänglichen Abfindung am Kongo. Die Niederlage der Entente in der bosnischen Angelegenheit ist wettgemacht worden durch die Deutschlands in Marokko.

Daß Bethmann Hollweg nachgab, beruhte nicht nur auf der Einsicht, daß um Marokkos willen kein Weltkrieg entfesselt werden durfte, sondern auch auf der Erkenntnis, daß er nicht mehr unbedingt auf alle Glieder des Dreibunds rechnen konnte. Schon in allen den letzten Krisen hatte Italien keineswegs fest auf der Seite seiner Bundesgenossen gestanden. Von dem Augenblick des Übergangs Englands zu den Gegnern Deutschlands an ist Italiens Haltung, genau wie Bismarck es vorhergesehen hatte, zweifelhaft geworden. Formell blieb es in dem überlieferten Bündnis, aber schon in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts war der Grad seiner Annäherung an Frankreich derart geworden, daß er sich kaum mehr mit dem Bundesverhältnis zu Frankreichs Gegnern vertrug. In Paris konnte man schon seit 1902 im Fall eines Krieges mit Deutschland mit Sicherheit auf die Haltung Italiens rechnen, die es 1914 tatsächlich angenommen hat, und die Intimität beider Länder hat sich von da an dauernd in aufsteigender Linie bewegt dank der überaus geschickten Tätigkeit des französischen Botschafters in Rom Barrère, dessen außerordentliche Fähigkeiten schon Bismarcks Bewunderung hervorgerufen hatten. Wie Italien emporgekommen war durch die Geschicklichkeit seiner Diplomatie, so hat es auch jetzt wieder skrupellos den eigenen Vorteil zu wahren verstanden. Die Abmachungen mit Frankreich erweiterte es in den nächsten Jahren auf England und Rußland und gewann auf diese Weise die guten Be-

ziehungen zu den beiden großen Lagern, in die Europa zerspalten war. Wieder schuf es sich die Möglichkeit, im Kriegsfalle der gewinnenden Seite beizutreten. Dies tatsächliche, wenn auch nicht formelle Abrücken der italienischen Regierung vom Dreibund wurde begleitet durch das Wiedererwachen des Volkshasses gegen Österreich-Ungarn. Die Irredentisten durften sich schärfer als je betätigen, immer lauter erscholl das Verlangen nach Triest und Trient, und noch weitere Verschärfung erfuhr der Gegensatz durch die Ausdehnung des italienischen Ehrgeizes auf die Ostküste der Adria. Weil der Versuch, aus eigener militärischer Kraft sich ein Kolonialreich in Afrika zu schaffen, schmählich vor den Abessiniern 1896 zusammengebrochen war, wurden nun näherliegende Ziele hervorgeholt. Die Mittelmeerstellung sollte gründlich ausgebaut werden, bevor an Unternehmungen weiter draußen gegangen wurde. Deshalb machte Italien von dem ihm 1887 bei der Verlängerung des Dreibunds eingeräumten Recht Gebrauch, aber sein Eingreifen in Albanien wurde in Wien mit größtem Mißvergnügen aufgenommen. Bei den Feinden Deutschlands dagegen erregte es hohe Freude, und um so mehr bemühten sie sich, den Balkan wieder zum Brennpunkt der gesamten Politik zu machen. Englands hierauf gerichtete Versuche sind also nicht nur auf den oben besprochenen Wunsch zurückzuführen, dadurch Zwietracht zwischen Deutschland und Rußland zu säen, sondern auch auf die andere Überlegung, daß auf diese Weise der Zusammenhalt innerhalb des Dreibunds beeinträchtigt würde.

Wie sehr tatsächlich durch alle diese Vorgänge der Dreibund sich bereits innerlich gelockert hatte, dafür ist das beste Kennzeichen Italiens Griff nach Tripolis 1911. Es eröffnete diesen durch nichts als seinen Eroberungswillen begründeten Krieg gegen die Türkei; das aber war der Staat, der in den Zukunftsplänen Deutschlands und Österreich-Ungarns als Bundesgenosse in Aussicht genommen war. Durch die Verbindung mit dem Sultan sollte dem russischen Vordringen nach dem Balkan und in Mittelasien ein fester Riegel vorgeschoben werden. Italiens Angriff aber machte die Aufnahme der Pforte in den Dreibund zur Unmöglichkeit. Aus der Stellung, die es zwischen den Parteien gewonnen hatte, ergab sich, daß keine ihm ernstliche Schwierigkeiten bereiten würde, um es nicht sicher zur anderen hinüberzutreiben, und das benützte Italien zu kraftvoller Betätigung seines Machthungers.

Die im Tripolisfeldzug zutage getretene Schwäche der innerlich zersetzten Türkei ist für die christlichen Balkanvölker das Signal zum eigenen Losschlagen gewesen. Die enge Verbindung, in der während der achtziger Jahre Serbien zu Österreich-Ungarn gestanden hatte, war völlig in das Gegenteil verkehrt. Gerade Serbien war in stärkstem Maße der panslawistischen Agitation erlegen und zum Herd der gegen den Einfluß und Bestand der Donaumonarchie sich richtenden Bestrebungen geworden. Außer Rumänien oder vielmehr außer König Karl von Rumänien persönlich, der noch im Bunde mit Österreich-Ungarn verharrte, während das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit der russischen Propaganda verfallen war, besaßen seitdem die Mittelmächte keinen Parteigänger mehr auf der Halbinsel. War das schon ein gewichtiger Erfolg der russischen Diplomatie, so war es ein Triumph für sie, als ihr 1912 die Errichtung eines festen Blocks durch den Abschluß des Bündnisses zwischen Bulgarien, Griechenland, Serbien und Montenegro glückte. In Petersburg dachte man sich diesen Balkanbund in erster Linie als Sturmbock gegen Österreich-Ungarn, aber er hat sich doch nicht einfach als gehorsamer Vasall erwiesen. Ferdinand von Bulgarien hat ihn zunächst nach anderer Richtung, gegen die Türkei, gewendet. Vor dem Angriff der Verbündeten ist sie im ersten Balkankrieg 1912 zusammengebrochen, es schien vorbei zu sein mit dem Bestand ihrer Herrschaft auf dem europäischen Festland, die Bulgaren fühlten sich bereits als Herren von Konstantinopel. Jedoch gerade das Maß dieses Erfolgs widersprach dem Egoismus der Russen. Sie selbst wollten ja das Erbe der Türken antreten, nicht es in andere Hände gelangen lassen; die Entstehung eines so machtvollen Staates auf dem Balkan, daß er sich ihrer Bevormundung hätte entziehen können, waren sie nicht zu dulden gewillt. Deshalb haben sie durch erneuten Balkankrieg dem allzu selbständig gewordenen Werkzeug den Siegespreis wieder entrissen. Sie benutzten die Eifersucht von dessen Bundesgenossen und des sich bisher mißtrauisch im Hintergrund haltenden Rumänien, um Bulgarien wieder in enge Schranken zu verweisen; der Friede von Bukarest (August 1913) brach die große Stellung, die es sich errungen hatte. Den Türken ist auf diese Weise die Rettung gekommen; einen Teil ihres europäischen Herrschaftsbereiches und den Besitz der Meerengen konnten sie trotz des Schiffbruchs bewahren.

Infolge dieser Vorgänge war zwar Bulgarien der Todfeind Rußlands geworden, aber sonst war der gesamte Balkan unter dessen

Einfluß geraten. Während die westlichen Mitglieder der Entente bei Gelegenheit des Marokkostreites 1911 ihre Revanche für die Niederlage in Bosnien genommen hatten, hat jetzt auch Rußland die damals erlittene Demütigung wettgemacht. Fester als je hat es auf der Halbinsel Fuß gefaßt und damit Österreich-Ungarn eine schwere Schlappe zugefügt, ohne daß die beiden Mächte direkt beteiligt waren. Deshalb war die Wirkung des russischen Erfolges die außerordentliche Verschärfung seines Verhältnisses zu Österreich-Ungarn, und noch weitere Verschlimmerung konnte nicht ausbleiben, weil das Bewußtsein des Rückhalts am großen russischen Bruder die kleinen Balkanvölker ermutigte, ihren Haß gegen die Donaumonarchie sich austoben zu lassen und in Taten umzusetzen.

Aufs neue war also Rußland zum Angriff gegen die Mittelmächte übergegangen, wenn auch diesmal auf indirektem Wege. Daß daraus nicht unmittelbar der kriegerische Konflikt der beiden großen Allianzen entstanden ist, hat seinen Grund in der Haltung Englands. Edward Grey ist während der Balkanwirren ernstlich bemüht gewesen, das Hinausgreifen des Krieges über seinen Herd zu verhindern. Das Londoner Kabinett wollte die sich bietende Gelegenheit nicht benutzen, um die große Endabrechnung einzuleiten. Das ist eine Stütze für die Auffassung, die in der Einkreisungspolitik nicht entschlossenen Kriegswillen als vorherrschend annimmt. Aber es kam noch ein neuer Grund für England hinzu. Die gütliche Beilegung des Marokkozwistes war ihm ein Beweis, daß die versöhnlichen Worte, die Bethmann Hollweg nach London richtete, seiner wahren Gesinnung entsprachen. Der Reichskanzler hatte die furchtbare Lage, in die Deutschland durch das Gelingen der Einkreisung geraten war, erkannt und hat seit seinem Amtsantritt alle seine Anstrengungen darauf gerichtet, durch Wiederanbahnung des verschütteten Verhältnisses zu England aus ihr herauszukommen. Dadurch hoffte er der Welt den Frieden und Deutschland die Sicherheit weiteren wirtschaftlichen Aufstiegs zu erhalten, und überdies die für das Reich so ungünstig gewordene Gestaltung innerhalb des Dreibunds wieder rückgängig zu machen: bei guten Beziehungen zu London verringerte sich die Gefahr des Abspringens Italiens, und den österreichischen Wünschen brauchte nicht mehr so weites Entgegenkommen bewiesen zu werden. Aber ähnlich wie Bülows Werbung um Rußland nach 1904 wurde auch dieser letzte Versuch, den Krieg zu verhindern, mit untauglichen Mitteln unternommen. Zwar

war nach dem Tode Eduards VII. und bei den sich häufenden Streitigkeiten mit Rußland über Persien die englische Staatsleitung empfänglicher für solche Überlegungen, so daß auf beiden Seiten der Willen bestand, zum Ausgleich zu gelangen; aber beide waren vorsichtig genug, die starke eigene Verteidigungsstellung für alle Fälle beizubehalten, und dadurch ist die Gefahr schließlich doch übergroß geworden, daß der Kampf der Allianzen fortdauere und den Versöhnungswillen ersticke.

Immerhin lag der Haltung Greys während der Balkankriege unverkennbar der Wunsch zugrunde, neben seiner Entente die unbedingte Friedensgarantie zu schaffen durch Übereinkommen mit Berlin. Er behielt sich in Rußland und Frankreich die Mittel vor, Deutschland durch Druck und eventuell durch gewaltsamen Druck in die Schranken zu verweisen, die er im englischen Interesse vor seinem Aufstieg aufrichten wollte, aber außerdem legte er das zweite Eisen ins Feuer, sich mit ihm direkt zu einigen. Das war der Zweck der Reise Haldanes nach Berlin im Frühjahr 1912; er hatte den Auftrag, einen Modus ausfindig zu machen, um die deutsche Flottenrüstungen ein England erträgliches Maß nicht übersteigen zu lassen. Aber an Tirpitz' ablehnender Haltung ist die Vereinbarung gescheitert, und deshalb hat Grey wieder mehr Nachdruck auf die andere Seite seines politischen Spiels gelegt. Um die errichteten Sicherungen nicht verloren gehen zu lassen, hat er sich dem französischen Antrag nicht entzogen, die Entente auf festere Form zu bringen. Durch den Briefwechsel vom 12. November 1912 gab er seinen kontinentalen Freunden die Gewißheit, daß sie im Ernstfall auf Englands aktive Mitwirkung zählen konnten. Er selbst glaubte sich damit noch nicht endgültig gebunden und die Tür nach der anderen Richtung nicht zugestoßen zu haben. In Wirklichkeit aber hatte er sich mit gefesselten Händen der Kriegslust der anderen ausgeliefert: machten sie von dem ihnen ausgestellten Wechsel Gebrauch, so war er genötigt, ihn einzulösen, um nicht allein zu bleiben und sich die Feindschaft aller auf den Hals zu laden. Aber diese Konsequenz seiner Handlung erkannte er selbst nicht, sondern ist auch weiterhin bemüht gewesen, die zu Deutschland hin eingeschlagene Linie festzuhalten. Dabei hat er auch das Entgegenkommen Bethmann Hollwegs gefunden, der seinerseits eine im Prinzip ganz ähnliche Politik trieb: wie England durch die Befestigung der Entente, suchte er durch die Wehrvorlage von 1913 möglichst starke Position zu gewinnen, um mit besserem Erfolg von ihr aus verhandeln zu können.

Trotz Haldanes Mißerfolg wurde also von beiden Seiten die Flinte nicht ins Korn geworfen; soweit es angängig war, sollte die Verständigung geführt werden, damit allmählich die Stimmung erwachse, die zu Besserem befähigte. Durch diesen Willen sind die Verhandlungen über ein Kolonialabkommen getragen worden, die unmittelbar vor Kriegsausbruch am Ziel zu sein schienen. Es ist offenbar unberechtigt, in ihnen nur ein Manöver zu erblicken, wodurch Grey die Deutschen in trügerische Sicherheit einlullen und um so leichter umgarnen wollte. England hat sich vielmehr in diesen Jahren, nach viel bewährtem Muster, die beiden Wege offen halten wollen, entweder das Reich mit Hilfe seiner Ententegenossen niederzuringen oder zum Ausgleich mit ihm zu gelangen. Dem sachlichen Kern nach war es das gleiche Prinzip, wie Bismarck es in den achtziger Jahren befolgt hatte: den Frieden zu sichern, indem Europa nach allen Richtungen mit einem Netz von Verbindungen überzogen wurde, so daß von keiner Seite her eine Störung erfolgen würde.

Aber Grey hat sich über die eigene Kraft verhängnisvoller Täuschung hingegeben, wenn er meinte, dies Spiel durchführen zu können. Gerade seine und Bethmanns Erfolge bei ihren Bemühungen zunächst einmal die weniger gefährlichen Reibungsflächen auszuschalten, denen dann später vielleicht auch die schlimmeren folgen könnten, haben in Deutschlands kontinentalen Feinden den Entschluß reifen lassen, loszuschlagen, bevor das Verständigungswerk unter Dach gebracht und England nicht mehr so notwendig auf sie angewiesen sein würde. Welche Gefühle die Anzeichen einer deutsch-englischen Entspannung in ihnen auslösten, beweist der Verlauf der letzten, unmittelbar vor der Katastrophe einsetzenden diplomatischen Aktion, die den Sinn hatte, eine dauernde Friedenssicherung zu schaffen. Seit dem Scheitern der deutsch-englischen Verhandlungen über die Flottenrüstungen hatte der Londoner Botschafter der Vereinigten Staaten, Walter Page, den Präsidenten Wilson bearbeitet, den zu Boden gefallenen Faden seinerseits aufzunehmen und durch seine Vermittlung die direkt nicht gelungene Verständigung herbeizuführen. In der Tat erschien im Juni 1914 Wilsons Freund Oberst House in Berlin mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Abrüstung Englands, Deutschlands und Amerikas. Während Tirpitz sich abermals ablehnend verhielt, öffnete der Kaiser das Tor für Verhandlungen, in dem er House bat, in London das Terrain zu sondieren und dann nach Berlin zurückzukommen. Bei den Engländern aber fand House

kein Gehör. Denn der bloße Gedanke einer Verminderung der englischen Flottenrüstung hatte in Paris eine förmliche Panik hervorgerufen, so daß Asquith sich bewogen fühlte, selbst zur Beruhigung hinüberzufahren, und hier hat er der Beredsamkeit Poincarés keinen Widerstand entgegenzusetzen vermocht. Er ließ sich betören und ging deshalb nicht auf den amerikanischen Vorschlag ein. Klar zeigt diese Episode, wo die eigentlichen Kriegstreiber saßen. Auf den englischen Staatsmännern bleibt aber die Schuld liegen, daß dieser letzte, keineswegs aussichtslose Versuch ergebnislos verlaufen ist.

Um so fester aber war seit diesen Vorgängen in Paris und Petersburg der Entschluß geworden, die Zeit auszunützen, in der England noch zur Verfügung stand, da seine Abmachungen mit Deutschland über bescheidenes Maß noch nicht hinausgekommen waren. Wenige Wochen, nachdem das erste greifbare Ergebnis in den deutsch-englischen Verhandlungen erzielt worden war, ist durch die Schuld Rußlands die entscheidende Wendung zur Katastrophe eingetreten. Die systematische Hetze, die es auf dem Balkan betrieben hatte, trug ihre Frucht in dem ständigen Anwachsen der serbischen Anmaßungen und schließlich in der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers. Die Belgrader Regierung war allerdings direkt an ihr wohl kaum beteiligt, aber sie trug insofern Schuld, als sie mit allen Mitteln den fanatischen Haß gegen Österreich-Ungarn befördert hatte. Niemals hätte sie sich das erlauben können, wenn ihr nicht die Sicherheit gegeben gewesen wäre, daß Rußland durch dick und dünn mit ihr gehen und sie vor Gewaltmaßregeln schützen werde. In den Angriffen des südlichen Nachbars spürte Österreich-Ungarn die Todfeindschaft der nördlichen Großmacht. An dieser Tatsache, daß von Petersburg her die großserbische Bewegung erzeugt und dauernd ermutigt wurde, hatten die Mittelmächte den Beweis für die Entschlossenheit Rußlands zum Krieg. Denn friedliches Übereinkommen war in diesen Lebensfragen der Donaumonarchie ein Ding der Unmöglichkeit.

Nach der Ermordung Franz Ferdinands konnte Österreich-Ungarn nicht anders, als mit ernstester Energie gegen den zum Schlag ausholenden Feind aufzutreten. Hätte es das Treiben der Serben noch länger hingenommen, so würde es jede Autorität auf dem Balkan eingebüßt, alle die gegen seine Existenz gerichteten Bestrebungen ermutigt und letzten Endes die Stellung als Großmacht verloren haben. Über die Gefahr, daß Rußland sein serbisches

Werkzeug decken und daß infolgedessen aus dem Einschreiten gegen den Kleinstaat der allgemeine Krieg entbrennen könnte, haben Bethmann und Berchtold sich keiner Täuschung hingegeben. Aber wenn Österreich-Ungarn sich jetzt nicht zur Wehr setzte, würde es ohne allen Zweifel später durch das Weitergreifen der auf seine Vernichtung abzielenden Bewegung dazu genötigt worden sein, und das hätte dann vielleicht erfolgen müssen von nicht so guter moralischer Position aus, wie sie durch die Mordtat gegeben schien. Wenn überhaupt noch eine Möglichkeit bestünde, den allgemeinen Brand zu verhindern, glaubten Berlin und Wien übereinstimmend, es durch schärfstes Auftreten in diesem Moment erreichen zu können. Vielleicht würde das vor die Entscheidung gestellte Rußland doch vor den Folgen seines eigenen Tuns zurückschrecken. Aus diesen Überlegungen heraus hat die Reichsleitung in Wien zur Anwendung größter Energie geraten. Der Kriegswille, der in Berlin bestand, bezog sich immer nur auf den serbischen Krieg. Darin wurde das letzte, verzweifelte Mittel erblickt, um den Entscheidungskampf der Großmächte herumzukommen.

Aber die schwache Hoffnung auf den Sieg der Vernunft in Petersburg erfüllte sich nicht. Rußland blieb bei seiner bisherigen Haltung und stellte sich vor Serbien. Damit wurde für Deutschland die Frage seiner Bündnispflicht akut, und mit Recht ist sie bejaht worden. Denn mit dem Angriff auf Österreich-Ungarn stand auch für das Reich alles auf dem Spiel. Versagte es sich, so mußte Wien nachgeben, und Deutschland verlor seinen letzten Bundesgenossen. Allein wäre es der Gesamtheit der anderen gegenübergestanden und hätte sich hilflos deren Diktat fügen müssen, was auch der durch den Triumph maßlos gewordene Panslawismus, der französische Revanchewillen und die englische Handelseifersucht verlangt haben würden. Wollte Deutschland sich nicht abfinden mit diesem Zerfall seiner Machtgeltung — und ein freiwilliges Beugen wäre das Anzeichen schwerster innerer Fäulnis gewesen —, so mußte es sich das Bündnis mit Österreich-Ungarn erhalten, da die Möglichkeit eines besseren durch eigene Schuld nicht mehr bestand. Ganz scharf machte sich jetzt der Umschwung geltend: Deutschland war angewiesen auf Österreich-Ungarn und mußte deshalb dessen Interessen sich zu eigen machen. Bethmann Hollweg durfte sich einem Krieg nicht entziehen, der nicht direkt, sondern nur mittelbar aus der Gestaltung der Gesamtlage heraus die deutschen Lebensnotwendigkeiten berührte.

Weil dem so war, hat der Kanzler aber auch alles aufgeboten, um diesen Krieg doch noch fernzuhalten. Als Österreich-Ungarn sich weigerte, über sein Verhältnis zu Serbien in Verhandlungen mit Rußland einzutreten, ist er nicht davor zurückgeschreckt, mit der Verneinung der Bündnispflicht zu drohen. Infolgedessen hat Wien sich bereit erklärt, diesen letzten Verständigungsversuch zu machen, den damals Grey selbst das weit wirksamere Mittel genannt hat als seinen eigenen Vorschlag einer allgemeinen Konferenz. Damit bricht der heute immer wieder erhobene Vorwurf in sich zusammen, daß Deutschland durch die Verhinderung dieser Konferenz die Schuld am Kriegsausbruch trage. Aber auch dieser letzte Versuch ist zerschlagen worden durch die russische Mobilisierung. Der unmittelbare Anstoß zum Weltkrieg ist also von Rußland erfolgt. Mit der Vernichtung seiner staatlichen Existenz büßt es diese Schuld.

Aber nicht ihm allein darf sie aufgebürdet werden. Die Panslawisten würden nicht so gehandelt haben, wenn ihnen nicht durch den Mund des gerade in Petersburg weilenden französischen Ministerpräsidenten Poincaré die Gewißheit erteilt worden wäre, daß Frankreich mitginge. Sein ganz persönlicher Triumph war es, wenn Rußland sich jetzt zum Krieg entschloß. Die Stunde schlug, an deren Herbeiführung er, seitdem er zur Macht gelangt war, alle seine Kraft, Geschicklichkeit und Verschlagenheit gesetzt hatte. An diesem Ziel hatte er die ganzen letzten Jahre gemeinsam mit dem Botschafter Rußlands Iswolski gearbeitet. Sie beide haben in vollem Bewußtsein den Krieg unvermeidlich zu machen gesucht und verstanden.

Letzten Endes aber ist der Krieg undenkbar ohne die Haltung, die Grey in diesen Julitagen angenommen hat. Es strafte sich nun, daß er, ohne Wissen der Mehrheit des Kabinetts und erst recht des Parlaments, sich seiner Handlungsfreiheit begeben hatte. Bismarcks Wort fand Bestätigung: „Es gibt Situationen, wo sich ein Staat der Konsequenz seiner früheren Politik auch dann nicht mehr zu entziehen vermag, wenn er es möchte." Grey hatte die Entscheidung aus der Hand gegeben: wenn er jetzt nicht die 1912 eingegangene Verpflichtung erfüllte, so lief er Gefahr, die mühsam geschaffene Entente zu vernichten und wieder in die schlimme Lage der Jahrhundertwende zurückzufallen. An seinem Verhalten zu dem deutschen Botschafter, als dieser in Bethmanns Auftrag ihn zur Neutralität zu bewegen suchte, läßt sich erkennen, wie sehr er

sich verstrickt fühlte. Er verweigerte die Antwort, unter welchen Bedingungen England neutral bleiben würde; er konnte es nicht mehr, und hat dann in der Verletzung der belgischen Neutralität die wunderbar wirksame Handhabe gefunden, um die öffentliche Meinung zur Kriegsstimmung fortzureißen. Weil er sich aber dem Panslawismus gegenüber nicht zu energischem Auftreten entschließen konnte, hat der seinen Willen durchgesetzt. Wenn Grey in Petersburg Worte gebraucht hätte, wie Bethmann Hollweg sie in Wien gebraucht hat, wäre es — das darf ruhig behauptet werden — nicht zum Kriege gekommen. Ohne die englischen Hilfsmittel würde der Zweibund ihn nicht haben riskieren können; der Verlauf hat ja auch gezeigt, wie vernichtend das Ergebnis für Rußland und Frankreich gewesen wäre, wenn sie nicht den Halt an England besessen hätten. Es hätte angesichts der russischen und französischen Kriegsentschlossenheit des Aufgebots der ganzen Kraft bedurft, um die Katastrophe abzuwehren; nichts Derartiges ist von Greys Seite geschehen. So sind ihm die Wasser über dem Kopf zusammengeschlagen.

Während also die Entente die Feuerprobe bestanden hat, zerbrach Deutschlands Bündnis im Augenblick der Gefahr. Italien entzog sich seinen Verpflichtungen unter Berufung auf nicht stichhaltige, formale Vorwände; es nahm die Haltung ein, die nach seiner ganzen Politik des letzten Jahrzehnts erwartet werden mußte: vorerst blieb es neutral, bis es den sicheren Sieger zu erkennen meinte und bis ihm genügender Preis für seine Parteinahme geboten war. Die Versuche Deutschlands, Österreich-Ungarn zu solchen Konzessionen zu veranlassen, sind zu spät gekommen, Italien hat sich den Gegnern angeschlossen. Demgegenüber war es nur eine schwache Entschädigung, daß die Türkei und Bulgarien auf die Seite der Mittelmächte traten. Die Großmacht Italien, schon allein wegen ihrer geographischen Lage mit ihrem Druck auf Frankreich, wäre ganz anders ins Gewicht gefallen; statt dessen war sie nun die schlimme Last für Österreich-Ungarn. Und auf der anderen Seite wuchs von Monat zu Monat die Zahl der Alliierten, zum guten Teil durch schlimme Fehler der deutschen Diplomatie.

Es ist soweit gekommen, daß etwa zwei Drittel der Staaten aller Erdteile im Feld erschienen und unter ihnen die beiden überseeischen Großmächte. Daß die englischen Werbungen diesen Erfolg gehabt haben, ist nicht allein durch ihre Geschicklichkeit und die

Furcht vor der hinter ihnen stehenden Macht einerseits, und andererseits durch die Ungeschicklichkeit des deutschen Verhaltens zu erklären, sondern vor allem durch die Tatsache, daß die ganze Welt an das Vormachtstreben Deutschlands glaubte. Verstärkt wurde diese Überzeugung durch die titanische Kraft, die es bewies: an allen den vielen Fronten war es die deutsche Leistung, die dem Widerstand den Erfolg gab, und darin offenbarte sich, daß das Reich in der Tat Fähigkeiten besaß, die zu solchem Streben berechtigt hätten, wie seine Feinde es ihm zuschoben. Objektiv hatte diese Absicht ihm ferngelegen, aber der Glaube der anderen daran hatte um so eher aufkommen können, weil der sichere Instinkt des Hasses schon vor dem Kriege diese dem deutschen Volke selbst unbewußte Kraft herausfühlte.

Sie zu zerbrechen hat einen Kampf gekostet, wie England ihn nimmermehr führen zu müssen meinte. Anstatt wie sonst lediglich mit Geld und Flotte, zu Lande aber mit den Heeren seiner Verbündeten zu fechten, hat es das Letzte hergeben und sich mit seinem ganzen Bestand einsetzen müssen. Die Wahrscheinlichkeit eines deutschen Sieges war allerdings schon durch die Fehler in der ersten Marneschlacht tief herabgedrückt worden. Dennoch schien uns noch einmal der Enderfolg zu winken: es sah aus, als ob eine der obersten Lehren der Geschichte des Staatensystems aufs neue erhärtet werden sollte. Die Möglichkeit schien in handgreifliche Nähe gerückt, daß die sich der Vormachtstellung erfreuende Macht durch die Abschneidung ihrer überseeischen Hilfsmittel zusammenbreche. Durch den Unterseebootkrieg drohte England seine Weltstellung zu verlieren, und die Insel würde unter dem Gelingen der deutschen Pläne noch weit schwerer gelitten haben als Spanien und Frankreich früher unter dem Verlust ihrer Seegeltung. Damit eröffnete sich die Aussicht, daß den großen Marksteinen — den Kanalschlachten 1588, Lahogue 1692 und Trafalgar 1805 — ein vierter sich anreihe. Aber England ist Herr geworden über die furchtbare Gefahr, der mit ungenügenden Mitteln begonnene Unterseebootkrieg hat seinen Zweck nicht erfüllt, sondern nur den äußeren Anlaß für den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg gegeben. Der Pfeil ist auf den Schützen zurückgeprallt. Die große weltgeschichtliche Linie läßt sich also nicht über Trafalgar hinausziehen. Damit bleibt das britische Reich die Ausnahme von der Erfahrung, die mehrfach in der neuzeitlichen Politik Bestätigung gefunden hat:

es ist ihm gelungen, die überragende Weltstellung auf unverhältnismäßig kleiner heimatlicher Basis aufzubauen. Die Erschütterung des Krieges ist an ihm vorübergegangen ohne schädliche Wirkung für die Festigkeit seines Weltreichs. Das ist dadurch möglich geworden, daß die Reichsfreudigkeit der einzelnen auf höhere Stufe emporsteigenden Dominien durch rechtzeitige Konzessionen an ihr Selbständigkeitsbedürfnis lebendig gehalten worden war. Darum hat das 1776 von Nordamerika gegebene Beispiel keine Nachahmung gefunden. Die Kolonien hatten nicht den Eindruck, rechtlos der Willkür des Mutterlandes ausgeliefert zu sein; nicht einmal von Irland, dieser sonst stets blutenden Wunde am Körper des britischen Reichs, sind während des Kriegs schwerere Störungen ausgegangen. Die Folgerung hat England daraus gezogen, indem es die höchstentwickelten seiner Kolonien nach dem Frieden als selbständige Mitglieder in den Völkerbund hat eintreten lassen und indem Irland zum Dominium umgestaltet worden ist.

Der Widerstand, den Deutschland und seine Bundesgenossen Jahre hindurch der ungeheuren Übermacht leisteten, schien noch einmal seine Belohnung zu finden. Es gelang nach einer Richtung hin den eisernen Gürtel zu durchbrechen: der Osten wurde in Stücke zerschlagen. Der das Erlahmen seines Staates fühlende Zar war bereit gewesen zur Verständigung, da riß ihm die — vorher, solange er noch fest zu den Alliierten stand, von Deutschland eingeleitete, nunmehr durch England unterstützte — Revolution die Zügel aus den Händen. Rußland brach auseinander. Aber die Befreiung im Osten hat das Verhängnis nicht mehr von Deutschland abwehren können. Denn seine eigene Kraft war zermürbt durch die Einwirkungen der Blockade. Im Felde fehlte es an Menschen und Material, um noch weiter den sich durch den Zuzug der Amerikaner täglich verstärkenden Feinden standzuhalten, in der Heimat versagten die Nerven vor Hunger und Leid. Als dann noch der Abfall der Verbündeten eintrat, da brach auch das deutsche Volk körperlich und moralisch zusammen, die Revolution zertrümmerte das Kaiserreich und lieferte Deutschland wehrlos der Willkür seiner Feinde aus. Die Blockade mit allen ihren materiellen und moralischen Folgeerscheinungen ist der eigentliche Grund unseres Unheils; damit ergibt sich von dem Standpunkt aus, den unsere Gegner einnehmen, die Möglichkeit, die Linie von 1588 bis 1805 doch noch bis zu einem neuen Zielpunkt weiterzuführen. Denn nach ihrer Auffassung

hat ja Deutschland die Vormachtstellung angestrebt, und so wäre wieder ein nach dem Höchsten langender Staat zusammengebrochen, weil er vom Weltmeer mit allen seinen Nutzungsmöglichkeiten abgedrängt wurde. So gesehen, reiht sich den alten Beispielen ein weiteres an. Aber diese Betrachtung steht im Widerspruch zu dem objektiven Hergang der Dinge, weil sie ein hegemonisches Streben Deutschlands voraussetzt, wie es nicht bestanden hat.

Das Ziel der Einkreisungspolitik war gewesen, daß der britischen Weltstellung vom Kontinent her keine Gefahr erwachsen solle. Nach furchtbarstem Kampfe nur hat England den Staaten gegenüber, die ihm in den letzten Jahrzehnten bedrohlich erschienen waren, dieses Ziel erreicht, dafür aber auch in einem Maße, wie es selbst das wohl nicht für möglich gehalten hat. Die beiden großen Festlandsmächte, die im Laufe des 19. Jahrhunderts seine gefährlichsten Rivalen geworden waren, Rußland und Deutschland, sind niedergebrochen; von ihnen hat England vorläufig nichts zu befürchten. Wieder hat der Zustand Gültigkeit gewonnen, der Jahrhunderte hindurch die Grundlage allen europäischen Geschehens abgegeben hatte: die Mitte des Kontinents ist machtlos. Von Bismarcks Werk steht nur noch die äußere Form, die Reichseinheit. Daß sie nicht verloren gegangen ist, bildet allerdings den Punkt, an den sich Hoffnung auf bessere Zukunft anklammern kann. Aber im übrigen ist das Maß des Zusammenfalls derart, daß es nicht nur erwünschte Folgen für England gehabt hat. Denn der ihm vorteilhafteste Zustand Europas, das Gleichgewicht, ist gründlich verloren gegangen. Das vorher erst in zweiter Linie in Betracht kommende Frankreich steht als Inhaber des weitaus stärksten Heeres plötzlich allgewaltig auf dem Festland da. Damit sind aber alsbald alle die alteingewurzelten Hoffnungen der Franzosen wiedererwacht, und ganz nach den früheren Methoden suchen sie sich die große Stellung zu erringen. Die Rheinlinie halten sie in der Hand und haben gleich auch wieder in der Form der Brückenköpfe über die „natürliche" Grenze hinausgegriffen. Der Sinn ihres Verhaltens gegen Deutschland ist offenbar die Zersprengung unseres letzten Gutes, der Einheit, um jede Hemmung des eigenen Einflusses zu beseitigen. Die Abhängigkeit Mitteleuropas soll auch dadurch gewährleistet werden, daß unter Berufung auf das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen eine Anzahl kleiner Staaten ins Leben gerufen worden sind, die alle der französischen Politik als Stützpunkte dienen

sollen. Dadurch ist es ihr gelungen, auch in Osteuropa festen Fuß zu fassen, genau wie das die Könige in vergangenen Jahrhunderten getan haben. Aber die gleiche Folge, die damals das Umsichgreifen des französischen Ehrgeizes gehabt hat, läßt sich auch heute schon erkennen: in England regt sich die Sorge, daß die Tage seines Ringens mit Frankreich um die Weltstellung sich erneuern könnten, und sie ist umso größer als die Entwicklung der modernen Technik durch den Ausbau der Luftwaffe und durch weittragende Geschütze die Grundtatsache der englischen Geschichte, die insulare Lage, in ihrem Werte schwer beeinträchtigt. Es wird sich zeigen, ob der neue Aufstieg Frankreichs nur als Zuckungen eines im Absterben begriffenen Körpers zu gelten hat oder ob wirklich der nationale Schwung, der es schon vor dem Krieg und dann erst recht in ihm ergriffen hat, ihm solche Kräfte einflößt, wie sie zur Beteiligung an der Politik der großen Mächte erforderlich sind. Die Zukunft wird darüber entscheiden, ob Frankreich nur relativ infolge der augenblicklichen Schwäche der anderen Kontinentalstaaten stark erscheint oder ob es absolut über wirkliche Macht verfügt. Um heute in der vordersten Reihe zu stehen, genügt ja nicht mehr eine für europäische Verhältnisse ausreichende Machtentfaltung, sondern dabei ist die Rivalität der großen Weltmächte in Betracht zu ziehen.

Denn das historisch wichtigste Ergebnis des Krieges ist die endgültige Überwindung des rein europäischen Rahmens. Was seit 1871 sich angebahnt hat, ist nunmehr zur Tatsache geworden, und das bedeutet den Beginn einer neuen Epoche der Menschheitsgeschichte. Deren Führung hat seit den Tagen der Griechen bei den europäischen Völkern geruht; sie ist ihnen durch ihre Selbstzerfleischung entglitten. Europa ist nicht mehr der bestimmende Weltteil. Die Vorgeschichte des Kriegs hatte noch einmal die Tatsache scharf hervortreten lassen, daß über das Wohl und Wehe der Staaten die Hauptentscheidung immer noch im Abendlande fiel. Trotz allen Hineinspielens weltpolitischer Zusammenhänge sind die Ereignisse, die den Anstoß zu ihm gegeben haben, kontinentaler Natur gewesen. Durch die Katastrophe Europas ist das anders geworden. Was sich hier ereignet, ist nicht mehr das schlechthin Bestimmende für die Gesamtheit des Staatensystems. Die Ausbildung der Weltgemeinschaft ist vollendet; das früher Sekundäre ist jetzt das Primäre geworden. Damit aber stehen wir vor der Tatsache, daß die Indogermanen sich in die Führung der Geschichte mit

anderen Rassen zu teilen haben. Es ist eine welthistorische Umwälzung von solcher Tragweite, daß sie nicht mit dem einen Schlag als entschieden gelten kann. Das aber steht jedenfalls fest: wenn wir von dem Politiker die Fähigkeit verlangen, die großen die Allgemeinheit erfassenden Bewegungen rechtzeitig zu erkennen und zu leiten, dann hat es ganz Europa an Politikern gefehlt.

Die Umbildung zum Weltstaatensystem ist auf der einen Seite der größte Vorteil für England. Denn damit erst fällt das eigentliche Wesen seiner Macht in vollem Umfang ins Gewicht, und sein Reich hat durch den Krieg ja nicht nur an innerer Versteifung, sondern erst recht an äußerem Umfang riesenhaft zugenommen. Aber auf der anderen Seite hat ihm die Entwicklung der Dinge während des Kriegs schwerste Beeinträchtigung gebracht. Es ist die Ironie der Geschichte, daß ihm in dem Augenblick höchsten Triumphs und der Niederringung der bisherigen Rivalen neue Konkurrenten erstehen von einer Gefährlichkeit, wie dem Deutschen Reich sie niemals innegewohnt hätte. Es wiederholt sich das Geschehnis des 18. Jahrhunderts: wie damals gleichzeitig mit dem endgültigen Sieg über den einzig gefährlich erscheinenden Feind der Abfall der wichtigsten Kolonie das Weltreich in seinen Fugen erschütterte, so treten jetzt mit Deutschlands und Rußlands Zusammenbruch andere Mächte auf den Plan, die Großbritannien nicht zum alleinigen Genuß der Weltherrschaft gelangen lassen. Die Flotte der Vereinigten Staaten ist unheimlich gewachsen, auf dem Geldmarkt wird Londons vorher anerkannte Stellung als Zentrale durch Neuyork bestritten, in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen muß England auf das Wort Amerikas hören. Nur die persönliche Überlegenheit von Lloyd George und Clemenceau über Wilson hat verhindert, daß das Versailler Friedenswerk ganz nach amerikanischem Diktat zugeschnitten wurde. So sehr die Vereinigten Staaten offensichtlich bemüht sind, im Geiste Washingtons sich politisch wieder auf sich selbst zu stellen, können sie doch nicht wieder heraus aus dem weltpolitischen Zusammenhang. Und ungeheuer hat auch Englands Bundesgenosse in Ostasien um sich gegriffen. Der englische Handel in China und sogar in Indien ist schon vielfach durch den japanischen verdrängt, die Kolonien in der Südsee blicken mit größter Besorgnis auf das Vordringen der Gelben. Japans Aufwärtsentwicklung war bisher stets gehemmt durch seine finanziellen Nöte; auch darin ist gründliche Abhilfe geschaffen worden durch seine Kriegslieferungen an die

Verbündeten. Japan ist eine der entscheidenden Weltmächte. Nimmt man dazu noch die Drohung, die vom europäischen Kontinent her durch Frankreichs überragende Macht auf England lastet, so zeigt sich, daß von alleiniger Weltherrschaft Englands heute keine Rede sein kann.

Damit ergibt sich als der nach dem Weltkrieg gültige Zustand, das Nebeneinander einer Anzahl starker Mächte, und daraus wieder die notwendige Folge, daß im Weltstaatensystem zwischen seinen Mitgliedern sich ein Gleichgewicht herausbilden wird, wie es so lange die Geschichte des europäischen Staatensystems bestimmt hat; um so mehr als neben den wirklich entscheidenden Mächten eine Reihe anderer stehen, die ebenfalls sich in die erste Reihe schieben möchten. Es ist unsere Hoffnung, daß die wechselnden Konstellationen dieses Weltgleichgewichts eines Tages auch Deutschland wieder den Zutritt gestatten werden.

Unter dem Eindruck aber der furchtbaren Kriegserlebnisse hat sich mit unwiderstehlicher Gewalt in den Völkern die Sehnsucht geregt, daß die Wiederholung solcher Greuel ausgeschlossen sein soll. Das Ideal des ewigen Friedens hat große Scharen neuer Anhänger gewonnen, und wenn es schon früher mächtig war, so kann sich heute die Praxis ihm erst recht nicht entziehen. Wie einst der Nationalismus ist nunmehr der Pazifismus das allgewaltige Schlagwort geworden. Die Sieger haben sich genötigt gesehen, dem Rechnung zu tragen durch die Schaffung des Völkerbundes; der Gemeinschaftsgedanke hat damit den größten seiner bisherigen Triumphe erfochten. Innerdeutsche Angelegenheiten werden geregelt unter Mitwirkung von Brasilien und China. Vorläufig zwar ist diese Konzession der Sieger an den Idealismus nur eine scheinbare und formale. Die Wirklichkeit steht in krassestem Widerspruch zu den Prinzipien, denen laut gehuldigt wird. Nie ist die Machtpolitik schärfer und eindeutiger gehandhabt worden. Aber daß dieselben Staatsmänner, die materiell allmächtig sind und in ihren Handlungen so uneingeschränkt das machtpolitische Prinzip betätigen, sich genötigt sehen, sie der äußeren Form nach in Einklang mit dem Gemeinschaftsgedanken zu bringen, ist der Beweis für dessen Stärke. Unentrinnbar hat er sich unseren Tagen aufgeprägt. So kehrt die Politik der Großmächte wieder zurück zu dem Prinzip, von dem sie sich mit der Entstehung des Staatensystems abgewendet hatte. Der mittelalterliche Gedanke der Einheit der Menschheit steht als Motto über dem Tor, durch das die Welt heute nach der alles aufwühlenden Katastrophe zu neuen Taten hindurchschreitet.

Perſonenverzeichnis

Adams, John Quincy 298.
Addington 265.
Aehrenthal, Graf Lexa v. 403.
Alba, Herzog von 96.
Alberoni, Kardinal 188, 197 f., 200.
Alberti, Leon Battiſta 20.
Albrecht II., deutſcher Kaiſer 42.
Albret, Graf v. 32.
Alexander VI., Papſt 47, 53.
— I., Kaiſer von Rußland 264, 270 ff., 275, 291 ff.
— II., Kaiſer von Rußland 312 f., 317, 322, 337 ff., 341, 343 f., 348, 352 ff.
— III., Kaiſer von Rußland 361, 365, 367 ff., 372, 376, 378.
— von Battenberg, Fürſt von Bulgarien 365.
Alvensleben, v. 316.
Andrássy, Graf Julius 326, 339, 348 f., 351.
Anna, Kaiſerin von Rußland 204.
Asquith 410.
Auguſt II., König von Polen 179 f., 184 f., 203.
Auguſtinus, der heilige 7 f.

Bacon, Francis 14, 101.
Barillon 163.
Barrère 404.
Barthélemy-St.-Hilaire 358.
Beaconsfield ſ. Disraeli.
Benedetti, Graf 324 f.
Berchtold, Graf 411.
Bernhard von Weimar 129.
Beſtuſchew 208.
Bethlen Gabor, Fürſt von Siebenbürgen 113.
Bethmann Hollweg **403**, 407 ff., 411 ff.
Beuſt, Graf Fr. F. v. 326, 339.
Bismarck, Fürſt 4, 160, 174, 226 f., 227, 240, 252, 256, 280, 287, 307 f., 314, **317**—379, 385, 388, 390, 404, 409, 416.
— Herbert v. 362, 371.
Bodin, Jean 18.
Boisdeffre, General 381.
Bolingbroke, Henry St. John, Viscount of 174, 176, 196.
Bonifaz VIII., Papſt 9, 39.
Borgia, Ceſare 53.
Boſſuet 165.
Boulanger, General 364.
Bourbon, Karl von, Connétable 68.
Boyneburg, Johann Chriſtian v. 143.
Briſſot, J. P. 246.
Bülow, Bernhard Fürſt von 388 ff., 392 ff., **399** ff., 403, 407.
Burke, Edmund 239, 258.
Bute, John Stuart, Graf v. 221.

Cairoli, Benedetto 349.
Calvin 87, 94 f.
Canning, George 297 f.
Caprivi, Graf 375, 377 ff.
Carlyle, Thomas 331.
Cavour, Camillo, Graf v. 308, 314.
Cecil, William (Lord Burleigh) 100.
Chamberlain, Joſeph 386, 388 f., 392 ff.
Chateaubriand, F. R. de 302, 317.
Choiſeul, Etienne François, Herzog von 234.
Chriſtian IV., König von Dänemark 112, 116 f., 119, 122, 130.
Claudia von Frankreich 57.
Clemenceau, Eugène 360, 364, 418.
Clemens VII., Papſt 78 f.
— VIII., Papſt 103.
Cleveland, Präſ. d. Ver. Staaten 387.
Clive, Lord Robert 214.

Cobden 311.
Colbert, J. B. 38, 144 f., 153 f., 173.
Coligny, Gaspard v. 93 ff., 97.
Contarini, Gasparo 79.
Coureel 385.
Crispi, Francesco 366.
Cromer, Viscount 386.
Cromwell, Oliver 133 f., 147 f., 177, 188.

Danilewski 27, 183, 342.
Dante Alighieri 22.
Danton, G. J. 248.
Delcassé, Théodore 386, 396.
Deslandes, André 203.
Dilke, Charles 345.
Disraeli, Benjamin, Earl of Beaconsfield 345 ff., 354.
Dostojewski, F. M. 342.
Drake, Francis 99.
Dupleix, Joseph François 214.
Durham, Lord 236.

Eduard VII., König v. England 396 f., 398.
Elisabeth, Königin von England 83, 85, 97 ff., 104, 106, 117, 158.
— Kaiserin von Rußland 208 f., 215, 217, 221.
— Farnese, Königin von Spanien 197.
Essex, Robert Graf v. 101.
Eugen, Prinz von Savoyen 167 f., 211.

Farnese, Alexander 91.
Ferdinand I., deutscher Kaiser 68, 71, 84.
— II., deutscher Kaiser 110, 113, 115 f., 121 f., 124 ff., 130.
— III., deutscher Kaiser 130, 132.
— der Katholische von Spanien 14, 30, 32 f., 45, 59, 61.
— von Koburg, König von Bulgarien 186, 365, 384 f., 406.
Ferrante, König von Neapel 53.
Ferry, Jules 358, 363 f., 386.
Fleury, Kardinal 193, 201 ff., 207.
Flourens, Emile 370.
Franz I., deutscher Kaiser 202.
— II., deutscher Kaiser, Kaiser von Österreich 244, 269.
Franz I., König von Frankreich 38, 57, 60, 63, 65 ff., 75, 78, 80, 84, 86, 103 f., 142.
— II., König von Frankreich 85 f.
— Ferdinand, Erzherzog 410.
— Joseph, Kaiser von Österreich 322, 349, 402.
Freycinet, Charles 360.
Friedrich III., von Österreich, deutscher Kaiser 43 f.
— Kurfürst von der Pfalz, König von Böhmen 117.
— der Weise, Kurfürst von Sachsen 62.
— I. König von Preußen.
— der Große, König von Preußen 29, 137, 141, 174, 178, 180, 192 f., **204**, **232**, 239, 247, 256, 313, 319.
— Prinz von Augustenburg 323.
— Wilhelm, der Große Kurfürst von Brandenburg 143, 156, **160** ff.
— Wilhelm I., König von Preußen 188, 190, 204 ff.
— Wilhelm II., König von Preußen 239, 252.
— Wilhelm III., König von Preußen 274.
— Wilhelm IV., König von Preußen 304 ff., 318.
Frobisher, Sir Martin 99.
Fürstenberg, Fürst von 162.

Gambetta, Léon 347, 360, 396.
Garibaldi, Giuseppe 315.
Gentz, Friedrich 26, 195.
Giers, N. K. v. 354, 361.
Gladstone, William 345, 354 f., 360, 362.
Gneisenau, Neidhart Graf v. 278, 281.
Görtz, Graf 188.
Gortschakoff, Fürst A. M. 338, 342 ff., 349.
Granville, G. L. Graf v. 362.
Gresham, Thomas 98.
Grey, Sir Edward 403, 407 ff.
Grotius, Hugo 23, 105, 137.
Guicciardini 22.
Guise, Franz v. 93.
— Karl v., Kardinal 93.
Guizot, F. P. G. 303.

Guſtav Adolf, König von Schweden 115 f., **121** ff., 129.

Hairedin Barbaroſſa 69.
Haldane, Viscount 408 f.
Hardenberg, Karl Auguſt, Fürſt von 274, 294.
Haro, Don Luis de 135.
Hatzfeldt, Graf 174, 371, 388.
Heinrich II., König von England 15.
— VII., König von England 14, 35 ff., 55 f., 59, 77, 98, 196.
— VIII., König von England 37, 59 f., 63, 75 ff., 106.
— II., König von Frankreich 81, 104, 120, 127.
— III., König von Frankreich 97.
— IV., König von Frankreich 97, 103 f., 106 ff., 119, 127, 142, 249.
— v. Anjou 155.
Heinſius, Ratspenſionär von Holland 171.
Hertzberg, Ewald Friedrich, Graf v. 240.
Hobbes, Thomas 137.
Hofer, Andreas 250.
Hohenlohe, Fürſt Chlodwig 381 f., 388.
Holſtein, F. v. 375, 379, 388, 393 ff., 401.
Houſe, Oberſt 409.
Humboldt, Wilhelm v. 274, 278, 289 f., 347.

Ignatiew, M. P. 343.
Innocenz III., Papſt 9, 36.
— XI., Papſt 165.
Iſabella von Kaſtilien 30, 32, 45.
Iswolſki, Alexander 402 f., 412.
Iwan der Schreckliche, Zar von Rußland 180.
Jakob IV., König von Schottland 56, 60.
— VI., König von Schottland (Jakob I., König von England) 98, 101, 107, 117.
— II., König von England 164 f., 167.
Jameſon, Doktor 384.
Joachim I., Kurfürſt von Brandenburg 62.
Johann, König von England 36.
Johann Sobieſki, König von Polen 155.
Johann Zapolya, König von Ungarn 71.
Joſeph I., deutſcher Kaiſer 174 f.
— II., deutſcher Kaiſer 225, 227, 230 ff., **238** ff.
— Pater 122.
Juan d'Auſtria, Don 97.
Juana von Kaſtilien 55, 57.
Julius II., Papſt 53, 58 f., 7

Kálnoky, Graf 356, 365.
Kant, Immanuel 292.
Karl der Große 7, **10** f., 15, 30, 37.
— V., deutſcher Kaiſer 20, 57, 61 ff., 63—84, 86 f., 110, 116, 199.
— VI., deutſcher Kaiſer 174, 192, 196 ff., 205, 230.
— der Kühne, Herzog von Burgund 44 ff., 50, 54, 66.
— I., König von England 117 f.
— II., König von England 149 f., 154, 158, 163.
— VII., König von Frankreich 38.
— VIII., König von Frankreich 13, 51 ff., 53 ff., 57 f., 66, 153.
— IX., König von Frankreich 97.
— X., König von Frankreich 301.
— König von Rumänien 406.
— IX., König von Schweden 115.
— XI., König von Schweden 179.
— XII., König von Schweden 179, **183** ff.
— II., König von Spanien 170, 175.
— III., König von Spanien 199.
— Guſtav, König von Schweden 143, 180.
— Theodor, Kurfürſt von Pfalz-Bayern 230.
Katharina von Aragon, Königin von England 76.
Katharina von Medici, Königin von Frankreich 95 ff.
— II., Kaiſerin von Rußland 221, 223 ff., 229 ff., 237 f., 251, 253, 263.
Kaunitz, W. A. Fürſt von 26, 213, 216 ff., 226, 230.
Khleſl, Kardinal 110.
Kiderlen-Wächter, A. v. 375, 397.
Kitchener, Earl of 386.
Krüger, Paul 384.

Labourdonnaye, B. F. Mahé de 214.
Leibniz, Gottfried Wilhelm 143, 155 f., 180, 261.
Leo X., Papſt 61, 78.
Leopold I., deutſcher Kaiſer 132, 146, 149, 157 ff., 159 f., 164, 167 f., 170 f., 184.
— II., deutſcher Kaiſer 240, 244.
— Prinz von Hohenzollern 327.
Lionne, Hugues de 149, 152, 154 f., 159, 196.
Liſola, Freiherr von 146, 149, 152, 156.
Lloyd George 418.
Lorenzo Medici 27.
Ludwig, Markgraf von Baden 167.
— XI., König von Frankreich 14, 38, 40, 45.
— XII., König von Frankreich 40, 55—60.
— XIV., König von Frankreich 15, 91, 119, 121, 135, 140 ff., **142**, **175**, 179, 183, 185, 190 ff., 192, 195, 197, 202, 237, 241, 256, 261, 267 ff., 321.
— XV., König von Frankreich 50.
— XVI., König von Frankreich 236, 245, 247.
— XVIII., König von Frankreich 281, 294.
— der Mohr, ſ. Sforza
— Philipp, König von Frankreich 300, 302.
Luther, Martin 72, 79, 87.

Machiavelli, Niccolò 14, 20 ff., 24, 58, 137, 256.
Mancini, P. St. 357.
Mansfeld, Ernſt v. 119, 122.
Manteuffel, Otto Theodor v. 307.
Marchand, franzöſiſcher Offizier 386.
Maria von Burgund 43, 50.
— Königin von England 85 f.
— von Medici, Königin von Frankreich 108, 119 f.
— Thereſia, deutſche Kaiſerin 199, 202, **206** ff., 217 f., 221, 225 f.
— Thereſia, Königin von Frankreich 135, 146.
— Stuart, Königin von Schottland 85 f., 98, 100.
Marie Antoinette, Königin von Frankreich 244 f., 247.
— Louiſe, Kaiſerin von Frankreich 272.
Marlborough, John Churchill Herzog von 174, 185 f.
Maſſéna 262.
Mathias, deutſcher Kaiſer 110 ff.
— Corvinus, König von Ungarn 43.
Max Emanuel, Kurfürſt von Bayern 162.
Maximilian I., deutſcher Kaiſer 43, 51, 54, 57 f., 60, 63, 66, 84, 168.
— Kurfürſt von Bayern 113, 120.
— Kaiſer von Mexiko 326.
Mazarin, Kardinal 131, 133, 135, 142 ff., 159.
Mehemed Ali 302.
Methuen 176.
Metternich, Fürſt 30, 275, 280, 289, **292** ff., 307, 318, 340.
Mirabeau, Marquis de 244.
Moltke, Graf Helmuth v. 322, 341.
Monroe, James 298.
Montesquieu, Ch. de 24, 234.
Moritz, Kurfürſt von Sachſen 81.
— von Sachſen, Marſchall von Frankreich 211.
Morus, Thomas 24.
Müller, Adam 29.
Murawiew-Amurski 312.

Napoleon I. 13, 20, 140, 214, 220, 243, 249 f., **253**—292, 312, 314, 316.
— III. 287, 308 ff., 322, **324** ff., 338.
Nelſon, Horatio Viscount of 264, 268.
Nicolſon 401.
Nikolaus I., Kaiſer von Rußland 299 ff., 301, 306, 312.
— II., Kaiſer von Rußland 380, 384, 388, 391, 396, 398 ff., 403.
Novalis 292.

Obrutſchew 381.
Oldenbarneveldt 105.
Olivarez, Herzog von 65, 112 120 f., 129.
Oñate 110.
Oranien, ſ. Wilhelm.

Otto I. 7.
Ottokar von Böhmen 42.
Oxenstierna, Axel 127.
Oxford, Lord 174.

Page 409.
Palmerston, Lord 301, 322.
Patkul, Johann Reinhold v. 180.
Paul III., Papst 79 f.
— IV., Papst 80.
— I., Kaiser von Rußland 262 ff.
Périer, Casimir 302.
Peter der Große, Kaiser von Rußland 168, 180 ff., 185 ff., 192, 204, 208.
Philipp II. August, König von Frankreich 15, 37.
— IV. (der Schöne), König von Frankreich 15, 37, 39.
— von Habsburg (der Schöne), König von Kastilien 55, 57.
— II., König von Spanien 65, 74, 82 bis 104, 109, 112.
— III., König von Spanien 104, 109.
— IV., König von Spanien 112.
— V., König von Spanien 170, 173, 175.
— von Orléans, Regent von Frankreich 197, 201.
Pitt, William, Graf von Chatham 219 ff, 232.
— William d. J. 235 f., 238 f., 245, 250, 258, 265.
Pius II., Papst (Aeneas Silvius Piccolomini) 10.
Poincaré, Raymond 410, 412.
Polignac, Fürst 302.
Pompadour, Marquise de 216.
Pomponne, S. A. de 155, 196.
Pozzo di Borgo 294.
Pufendorf, Samuel 28, 72.

Radowitz, Joseph Maria v. 304.
Raleigh, Walter 101.
Ravaillac 108.
Rhodes, Cecil 383.
Richelieu, Kardinal 20, 28, 112, 114, 117 ff., 142, 144, 248, 257.
Rohan, Louis, Herzog von 28, 158.
Roon, Albrecht Graf v. 322.
Rosebery, Lord 382.
Rousseau, J. J. 292.
Rudolf IV., Herzog von Österreich 42.
Russell, Lord John 300.
Ruyter, de, Admiral 148.

Saburoff 353.
St. Pierre, Abbé de 27, 249.
Salandra, Antonio 22.
Salisbury, Lord 54, 346, 364, 370 f., 379, 383 f., 391, 394 f.
Sassonow 403.
Schönborn, Johann Philipp v., Kurerzkanzler 143, 155.
Schuwalow, Graf Peter 337, 373.
Schwarzenberg, Fürst Felix 307 f. 339.
Sforza, Franz 52.
— Giangaleazzo 52 f.
— Ludwig (der Mohr) 52 f.
Sieyès, Abbé 249, 258.
Sigismund, König von Polen 115.
Sixtus IV., Papst 53.
— V., Papst 100, 103.
Soubise, Prinz von 118.
Spinola, Ambrosius 118.
Spinoza, Baruch 28, 151.
Stambulow 384.
Stanislaus Leszynski, König von Polen, Herzog von Lothringen 203.
— Poniatowski, König von Polen 244.
Stein, Freiherr vom 274 f., 278, 281, 294, 328, 329.
Suffren 234.
Suleiman II., Sultan 71.
Sully, Herzog von 102, 104, 106, 249.

Talleyrand, Ch. M., Fürst von Benevent 244, 282.
Temple, William 149 f.
Thiers, Adolphe 302 f., 326, 340, 347.
Thomas von Aquino 18.
Thomson, James 178.
Tilly, Joh. Tserklaes Graf v. 122.
Tippu Sahib 261.
Tirpitz, Alfred v. 390, 408.
Tocqueville, Alexis de 310.

Tourville 169, 234.
Tromp 129.
Tromp d. J. 148.
Turgot, A. R. J. 243.

Ulrich, Herzog von Württemberg 64.
Urban VIII., Papst 121.

Vauban, Sebastian Le Prêtre de 146.
Vergennes, Charles Gravier, Graf v. 234, 236.
Viktor Emanuel II., König von Italien 314.
Viktoria, Königin von England 345.
Villars, Marschall 186.
Villeneuve, Admiral 268.

Waddington, W. H. 348 f.
Wallenstein, Albrecht v. 113 ff., 122 f., 125 f., 198.
Walpole, Spencer Horatio 196, 199.
Walsingham, Francis 100.
Washington, George 235, 298, 332, 387, 418.
Wilhelm I., König von Preußen, deutscher Kaiser 314, 321 ff., 327, 338, 348 ff.
— II., König von Preußen, deutscher Kaiser 363, 370, 374, 375—400, 409.
— von Oranien 91, 95, 100.
— III., König von England 91, 105, 156 ff., 170 ff., 177, 193 f., 196.
— I., König von Württemberg 289.
Wilson, Woodrow 228, 409, 418.
Witt, Jan de 150 f., 156, 178, 321.
Wolsey, Kardinal 76 f., 106, 194.

Ximenez, Kardinal 33.

Politische Bücherei

Albert von Hofmann / Politische Geschichte der Deutschen. Vier Bände.

1. Band 1922. 6. Tausend. 444 Seiten Gr.-8°. In Halbleinen geb. M 10.—
2. Band 5. Tausend 1922. 723 Seiten Gr.-8°. In Halbleinen geb. M 12.—
3. Band 1923. 735 Seiten Gr.-8°. In Halbleinen gebunden M 12.—
4. Band 1925. 717 S. Gr.-8°. In Halbleinen gebunden M 12.—

Ganzleinenausgabe Band 1—4 M 50.—.

Hier ist lebendige Geschichte im besten und stärksten Sinne des Wortes. Die Art, in der die große Aufgabe gelöst wird, entspricht der unabweisbaren Forderung, unsere Geschichte vom Standpunkt des nationalen, politisch eingestellten Deutschen zu sehen und die Beziehungen zwischen uns und unserer Vergangenheit herzustellen. Deutsche Rundschau.

Einzigartig ist Hofmanns Kunst und Verdienst, in der Vergangenheit Gegenwartsbeziehungen aufzudecken und die Gegenwart heranreifen zu lassen. Wer nach geschichtlicher Erkenntnis ringt, hat hier das Werk in der Hand, das über Treitschke und Lamprecht hinausführt. Dr. Hanns Martin Elster im Hannoverschen Kurier.

J. J. Ruedorffer / Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart. 8. u. 9. Tausend. 1920. XVIII und 323 Seiten Gr.-8°

In Halbleinen gebunden M 8.—

Ein Buch, das unter unseren politischen Gegenwartsschriften in die allererste Reihe gehört und daher eindringlich zum Studium empfohlen werden muß. Dr. Paul Rohrbach.

Eines der gescheitesten Bücher, die in der historisch-politischen Literatur der letzten Jahrzehnte hervorgebracht worden sind. Sozialistische Monatshefte.

Ganz ohne Zweifel ist Ruedorffer einer der gemäßigtsten und besonnensten Männer, die jemals in Deutschland zur auswärtigen Politik des Reiches das Wort ergriffen haben. Preußische Jahrbücher.

Hans Rothfels / Bismarcks englische Bündnispolitik.

1923. 144 Seiten Gr.-8°. In Halbleinen gebunden M 5.50

Der Verfasser hat mit seiner sorgfältigen kritischen Untersuchung nicht nur die tatsächlichen Vorgänge wesentlich geklärt, sondern sie auch in die Gesamtentwicklung der großartigen Friedenspolitik Bismarcks mit scharfem politischem Blick eingeordnet. Sein in ein vornehmes, klar komponiertes Gewand gekleidetes, außerordentlich fesselndes Buch ist ein brauchbares Mittel zur Vertiefung deutscher Selbstkritik auf dem trotz alles Redens darüber ernsthaft nur selten angebauten, dornenvollen Acker der auswärtigen Politik.

J. Hashagen i. d. Köln. Zeitung.

Maximilian von Hagen / Bismarcks Kolonialpolitik.

1923. XXVI und 593 Seiten Gr.-8°. In Halbleinen gebunden M 12.—

Hagens Werk ist nicht nur das gründlichste, das über die Entstehung der deutschen Kolonialpolitik im allgemeinen und den Anteil Bismarcks hierin im besonderen geschrieben worden ist, sondern es gehört gleichzeitig zu den wertvollsten, die überhaupt über Bismarck erschienen sind. Ministerialrat Dr. Zöhlinger in der Kölnischen Zeitung.

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart

Federalizm 319.

Anglia 240 kolonie
312 Rosja 383
358 w Szkocji 402
360 Ugorska
388 Hiszpania
417 irredentyzm
418 - Polski charakter prawny

Windelband

Die auswärtige Politik der Großmächte

1494-1919

POLITISCHE BÜCHEREI